SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Regionale Alterung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Binnenwanderungen: Teil A und B

Mai, Ralf; Roloff, Juliane; Micheel, Frank

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Mai, R., Roloff, J., & Micheel, F. (2007). *Regionale Alterung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Binnenwanderungen: Teil A und B.* (Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, 120). Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB). https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-330921

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

MATERIALIEN ZUR BEVÖLKERUNGSWISSENSCHAFT

Ralf Mai, Juliane Roloff und Frank Micheel

Regionale Alterung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Binnenwanderungen

Teil A und B

2007
Heft 120

ISSN
0178-918X

BiB Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
beim Statistischen Bundesamt · 65180 Wiesbaden

Anschrift der Autoren

Ralf Mai
Tel.: ++49 (0)611/75-4513
E-Mail: ralf.mai@destatis.de

Juliane Roloff
Tel.: ++49 (0)611/75-2614
E-Mail: juliane.roloff@destatis.de

Frank Micheel
Tel.: ++49 (0)611/75-2445
E-Mail: frank.micheel@destatis.de

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
Friedrich-Ebert-Allee 4
65180 Wiesbaden
Fax: ++49 (0)611/753960
http://www.bib-demographie.de

Vorwort

Der vorliegende Materialienband beinhaltet eine detaillierte Beschreibung der demographischen Alterung und der Binnenwanderung in den Bundesländern. Hierzu werden die einzelnen Komponenten der Bevölkerungsentwicklung (Fertilität, Mortalität und Migration) sowohl im gesamtdeutschen Überblick als auch in den jeweiligen Bundesländern analysiert. Ergänzt werden die demographischen Daten mit ökonomischen Kurzbeschreibungen der einzelnen Bundesländer, die einen Bezug zu den Binnenwanderungen herstellen. Als Datenbasis für die hier vorliegende Auswertung dienen, wenn nicht anders vermerkt, Materialien und Daten des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter. Die demographische Entwicklung in Deutschland insgesamt und in den einzelnen Bundesländern wird innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 dargestellt und miteinander verglichen. Als Ausblick dienen die Länderergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter bis zum Jahr 2050.

Die vorliegende Arbeit ist in zwei Teile (A und B) unterteilt. In Teil A, bearbeitet von *Ralf Mai*, *Juliane Roloff* und *Frank Micheel*, wird der Verlauf der demographischen Alterung in Deutschland und den Bundesländern innerhalb des gewählten Zeitraums dargestellt. In Teil B (*Ralf Mai,* unter Mitarbeit von *Manfred Scharein*) stehen die Binnenwanderungen im Mittelpunkt. Es werden die Trends der Binnenwanderungen zwischen den Bundesländern analysiert und in Modellrechnungen ihr Einfluss auf Bevölkerungsbestand, Geburtenzahlen und Alterung in den einzelnen Ländern berechnet.

Bereits im Jahr 2000 wurden von *Juliane Roloff* Ergebnisse zur demographischen Entwicklung in den Bundesländern veröffentlicht. Der damalige Untersuchungszeitraum reichte von 1950 bis 1998 (früheres Bundesgebiet) bzw. von 1989 bis 1998 (neue Bundesländer). Mittlerweile haben sich neue Entwicklungen und Erkenntnisse herauskristallisiert. Insofern sehen wir eine Aktualisierung als dringend erforderlich, um mit diesen neuen Informationen an die Öffentlichkeit zu treten und den Debatten über den demographischen Wandel in Deutschland und den Bundesländern eine solide Grundlage zu bieten.

Dr. habil. Charlotte Höhn
Professorin und Direktorin
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Inhaltsverzeichnis

Teil A: Regionale Alterung in Deutschland (Ralf Mai, Juliane Roloff, Frank Micheel)

1 Einleitung ... 9

2 Regionale Alterung in Deutschland – ein Tatsachenbericht ... 10

3 Komponenten der Bevölkerungsdynamik im Ländervergleich ... 21

3.1 Fertilität ... 21

3.2 Mortalität ... 24

3.3 Wanderungen ... 29

3.4 Bilanz ... 33

4 Die demographische Entwicklung in den Bundesländern unter besonderer Berücksichtigung ihrer Wirtschaftsprofile ... 42

4.1 Baden-Württemberg ... 43

4.2 Bayern ... 55

4.3 Berlin ... 64

4.4 Brandenburg ... 72

4.5 Bremen ... 81

4.6 Hamburg ... 90

4.7 Hessen ... 98

4.8 Mecklenburg-Vorpommern ... 107

4.9 Niedersachsen ... 116

4.10 Nordrhein-Westfalen ... 125

4.11 Rheinland-Pfalz ... 134

4.12 Saarland ... 143

4.13 Sachsen ... 151

4.14 Sachsen-Anhalt ... 160

4.15 Schleswig-Holstein ... 169

4.16 Thüringen ... 178

5 Ausblick: Die zukünftige Alterung in den Bundesländern ... 187

5.1 Kinder und Jugendliche ... 189

5.2 Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ... 189

5.3 60-Jährige und Ältere ... 190

Anhang: Ausgewählte Wirtschaftsdaten im Ländervergleich ... 197

Abbildungsverzeichnis ... 208

Tabellenverzeichnis ... 212

Kartenverzeichnis ... 216

Teil B: Trends der Binnenwanderung in Deutschland (Ralf Mai, unter Mitarbeit von Manfred Scharein)

1 Einleitung ... 219
1.1 Begriffe und Selektivität ... 219
1.2 Relevanz von Binnenwanderungen für die Regionalpolitik ... 221
2 Historischer Überblick über das Binnenwanderungsgeschehen ... 222
2.1 Die Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg ... 222
2.2 Die Zwischenkriegszeit ... 225
2.3 Die Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg ... 225
3 Erklärungsansätze (großräumiger) Binnenwanderungen ... 227
3.1 Überblick ... 227
3.2 Mikro- und makrotheoretische Erklärungsansätze ... 228
3.3 Erklärungsansätze altersselektiver Wanderungen ... 232
4 Fernwanderungen zwischen den Bundesländern seit 1950 ... 235
5 Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland ... 244
5.1 Sonderfall Berlin ... 244
5.2 Überblick über die Ost-West-Wanderungen ... 247
5.3 West-Verflechtungen der ostdeutschen Länder ... 252
5.4 Altersselektivität der Abwanderung nach Westdeutschland ... 259
5.5 Fazit ... 273
6 Effekte der Binnenwanderungen auf die Bevölkerungsentwicklung und Alterung in den Bundesländern ... 274
6.1 Vorbemerkungen ... 274
6.2 Demographischer Effekt der Binnenwanderungen ... 275
6.3 Binnenwanderungen und Alterung ... 279
Anhang ... 283
Abbildungsverzeichnis ... 287
Tabellenverzeichnis ... 288
Kartenverzeichnis ... 289

Literatur ... 290

Teil A

Regionale Alterung in Deutschland

Ralf Mai, Juliane Roloff, Frank Micheel

1 Einleitung

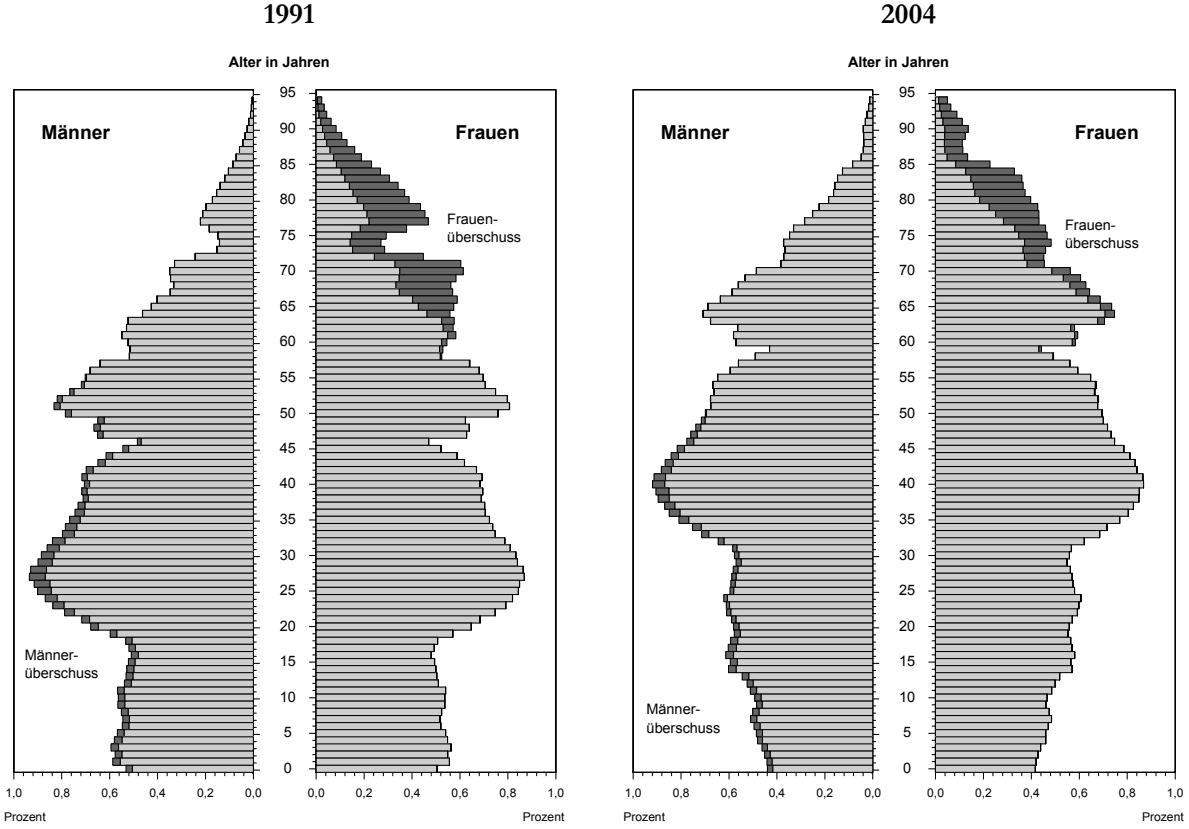
Demographische Trends offenbaren sich in räumlich gut voneinander abgrenzbaren Mustern, die relativ persistent sind und in unterschiedlicher Form und Intensität global beobachtet werden können. In der Bevölkerungswissenschaft war trotz der Bedeutung der regionalen Sichtweise lange Zeit ein Mangel an regionaldemographischen Arbeiten festzustellen. Die regionalen Differenzen der Fertilität, der Mortalität, der Altersstruktur und des Wanderungsverhaltens innerhalb eines Landes können jedoch beträchtlich sein. Diese Muster haben weiterhin Auswirkungen auf die Entwicklung der Regionen. Dabei werden gerade Binnenwanderungen umso wichtiger für die Bevölkerungsentwicklung und das Vorhandensein regionaler Bevölkerungsdifferenzen, je kleiner die räumliche Ebene wird. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, die Gründe und Strukturen zu erklären, die hinter solchen Mustern stehen. Wenn man die Vielfalt möglicher Faktoren für eine Menge an regionalen Einheiten in Betracht zieht, die auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt sind und miteinander interagieren, kann man die Komplexität erahnen, die sich aus einer solchen Analyse ergibt. Ein weiteres Problem ist die regionale Ebene selbst, weil Differenzierungsgrad, Verlässlichkeit und Verfügbarkeit der Daten mit zunehmender regionaler Schärfe abnehmen. Schließlich sollte man nicht nur die interagierenden Effekte zwischen den Determinanten, sondern auch zwischen den demographischen Prozessen selbst beachten. Beispielsweise kann ein hoher Geburtenüberschuss Abwanderungen provozieren, während Fortzüge hauptsächlich junger Menschen die Geburtenzahlen senken.

Es sei festgehalten, dass die Bevölkerungsentwicklung vor allem durch regionsspezifische Arbeits- und Lebensbedingungen, sozioökonomische Strukturen, und nicht zuletzt regionalkulturelle Eigenheiten determiniert wird. *Birg* (1981) sieht die regionale Bevölkerungsweise daher als eigene Variable, die auch bei einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse weitestgehend bestehen bleiben würde. *Boustedt* (1976) verortet die ausschlaggebenden Faktoren einer regionalen Bevölkerungsentwicklung in den Bereichen *biologische Struktur* (das generative Verhalten), *Tragfähigkeit* (die ökonomischen Voraussetzungen) und *Attraktivkräfte* (z.B. die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur).

Demographisch wird eine Bevölkerungsentwicklung durch die bestehende Altersstruktur sowie die natürliche und räumliche Bevölkerungsbewegung bestimmt. Die Altersstrukturunterschiede zwischen Regionen sind letztlich ein Produkt der demographischen Ereignisse der vorausgegangenen 100 Jahre. Dementsprechend lange dauert es, bis sich Veränderungen im demographischen Verhalten im Altersaufbau niederschlagen (demographisches Moment). Fertilität und Mortalität weisen ebenfalls teils ausgeprägte regionale Unterschiede auf, die oft sehr beständig sind. Wanderungsbewegungen können sich weiterhin deutlich in Richtung und Zusammensetzung unterscheiden, diese können sich aber auch im zeitlichen Verlauf relativ kurzfristig ändern. Die Bevölkerung einer Region wird daneben von exogenen, interregionalen Faktoren beeinflusst (z.B. Wanderungsverflechtungen und damit verbundene sozioökonomische Faktoren). Dadurch sind Ursache und Wirkung von Differenzen in der regionalen Bevölkerungsentwicklung nicht immer klar zu trennen und eine Einbeziehung möglichst differenzierter Bestimmungsgründe vonnöten.

2 Regionale Alterung in Deutschland – ein Tatsachenbericht

Abb. 1: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland 1991 und 2004 (in Prozent)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Darstellung: BiB

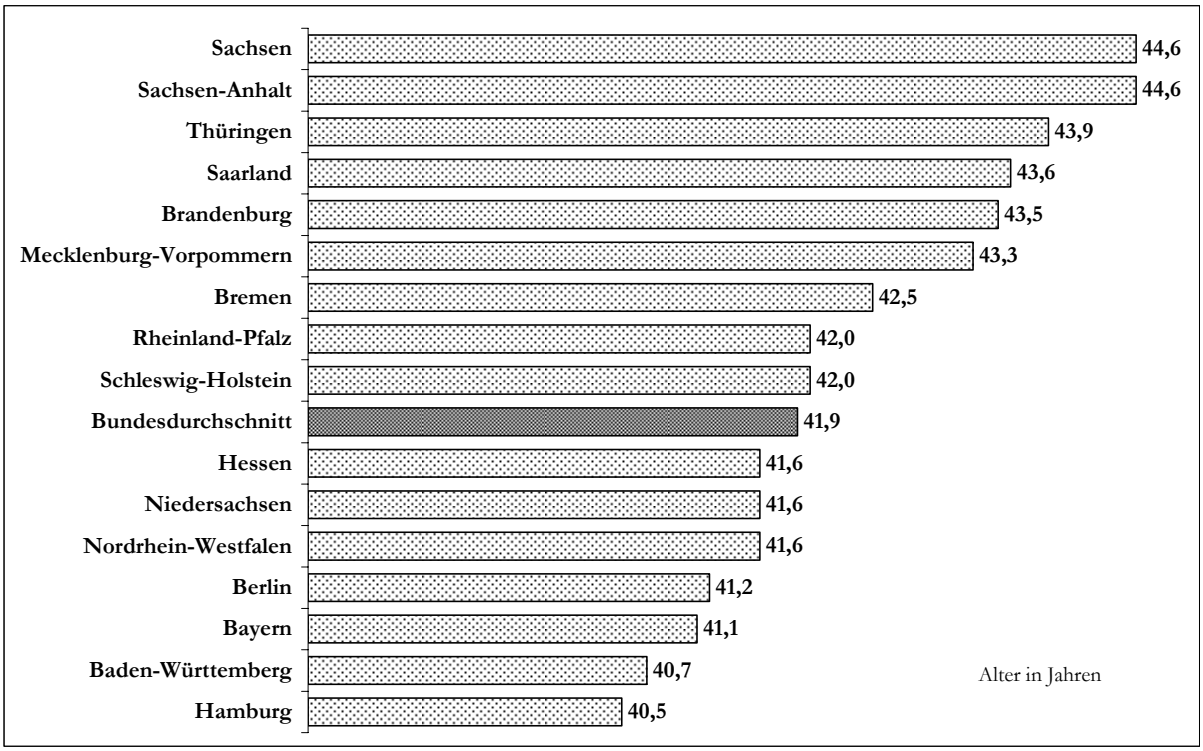
Vergleicht man als Einstimmung auf das Thema dieser Studie zunächst die Altersaufbauten der Bevölkerung in Deutschland am Ende der Jahre 1991 und 2004 (Abb. 1), so fällt auf, dass die „Einschnürung" der sehr jungen und jüngeren Altersklassen weiter fortgeschritten ist.

Diese ist ursächlich bedingt zum einen durch das seit nunmehr ca. drei Jahrzehnten anhaltend niedrige Geburtenniveau in den westdeutschen Ländern, zum anderen durch den Ende der 1980er Jahre zu beobachteten rapiden Geburtenrückgang auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Somit haben die mittleren und älteren Jahrgänge gegenüber den Jüngeren innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 weiter an Gewicht gewonnen. Prozentual ausgedrückt heißt das, dass derzeit die 25 bis unter 50 Jahre alten Menschen (37 % der gesamten Bevölkerung) und auch die ab 55-Jährigen (30 %) gegenüber den Kinder und Jugendlichen (20 %) überwiegen.

Die im Folgenden noch näher zu beschreibenden, zum Teil erheblichen Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern werden vorab schon anhand eines Vergleiches des Durchschnittsalters (Median)[1] der Bevölkerung in den Bundesländern deutlich (Abb. 2).

[1] Bei dieser statistischen Größe handelt es sich um einen im Vergleich zum arithmetischen Mittel robusteren Mittelwert, der einen Einfluss von Extremwerten ausschließt, indem er die Gesamtheit der betreffenden Bevölkerung in zwei Hälften teilt.

Abb. 2: Durchschnittsalter der Bevölkerung in den Bundesländern am 31.12.2004



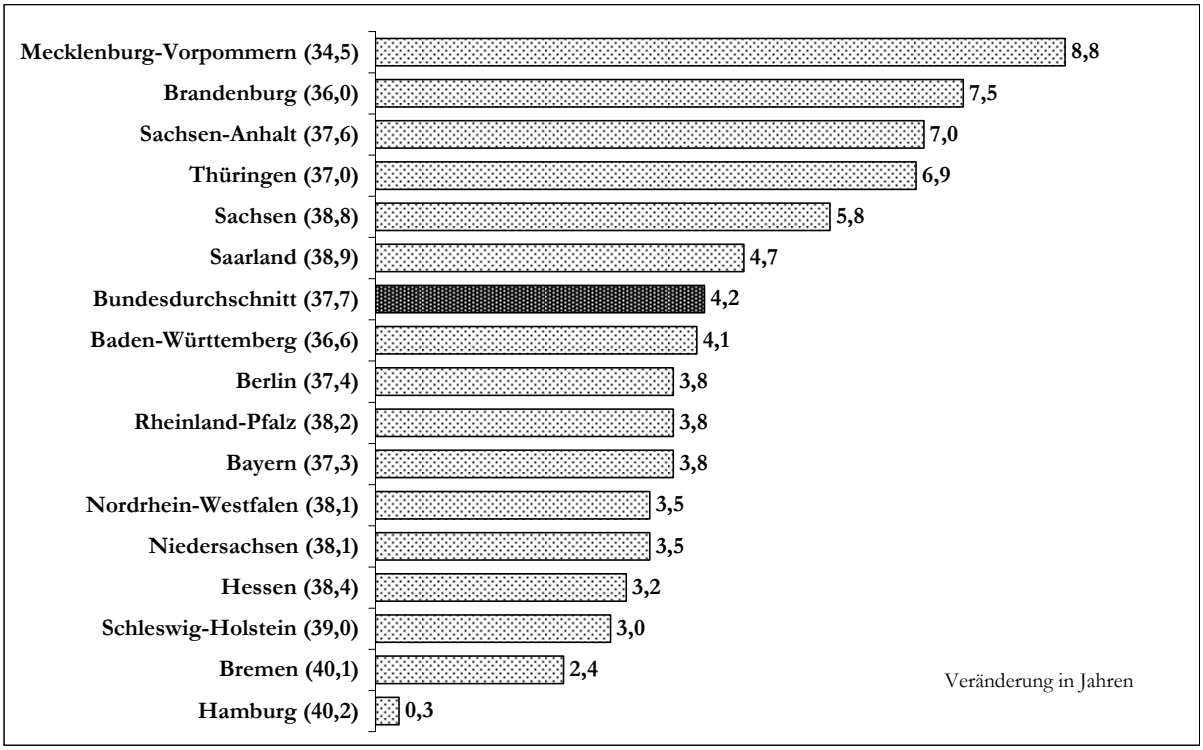
Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: J. Roloff

Am Jahresende 2004 war die Bevölkerung in Deutschland im Schnitt 41,9 Jahre alt. Darunter hatten Sachsen und Sachsen-Anhalt mit jeweils 44,6 Jahren die älteste Bevölkerung. Hamburg und Baden-Württemberg weisen demgegenüber mit 40,5 bzw. 40,7 Jahren das niedrigste Durchschnittsalter ihrer Bewohner auf. Somit macht der Altersunterschied zwischen den beiden ältesten Ländern und Hamburg 4,1 Jahre aus. Anhand der Abbildung 2 ist zudem zu sehen, dass alle ostdeutschen Länder eine im Vergleich zu den westdeutschen Ländern (außer dem Saarland) ältere Bevölkerung aufweisen.

Geht man in das Jahr 1991 zurück, so ergibt sich ein ganz anderes Bild: Die Bevölkerung in Deutschland war insgesamt um 4,2 Jahre jünger. Die älteste Bevölkerung hatten damals die beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen mit 40,2 bzw. 40,1 Jahren. Das demographisch jüngste Land war Mecklenburg-Vorpommern: seine Bevölkerung war im Schnitt 34,5 Jahre alt und somit im Vergleich zu der von Hamburg und Bremen um 5,7 bzw. 5,6 Jahre jünger.

Selbst das heute jüngste Land Baden-Württemberg hatte gegenüber Mecklenburg-Vorpommern eine um 2,1 Jahre ältere Bevölkerung. Abbildung 3 zeigt, dass innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 in allen Bundesländern die demographische Alterung weiter fortgeschritten ist. Am stärksten davon betroffen ist Mecklenburg-Vorpommern, das ehemals jüngste Bundesland; das Durchschnittsalter seiner Bevölkerung ist um 8,8 Jahre gestiegen, gefolgt vom Land Brandenburg mit 7,5 Jahren. Insgesamt betrachtet ist in allen ostdeutschen Ländern die Bevölkerung schneller „gealtert" als in den westdeutschen Ländern. Innerhalb Westdeutschlands hat das Saarland mit 4,7 Jahren noch den vergleichsweise höchsten Jahreszuwachs. Demgegenüber ist in Hamburg das Durchschnittsalter der Bevölkerung nahezu unverändert geblieben (Abb. 3).

Abb. 3: Die Veränderung des Durchschnittsalters der Bevölkerung in den Bundesländern, 2004 gegenüber 1991[1] in Jahren



[1] In Klammern = Durchschnittsalter 1991

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: J. Roloff

Bekanntermaßen ist das demographische Altern durch einen Anstieg der Zahl alter und sehr alter Menschen einerseits und durch ein Sinken der Zahl junger Menschen andererseits gekennzeichnet. Daher ist es von Interesse, welche der einzelnen Altersklassen, hier zusammengefasst in Hauptaltersgruppen, in den einzelnen Bundesländern den stärksten Veränderungen unterworfen waren.

Vorab lässt sich für Deutschland insgesamt feststellen, dass sein Bevölkerungszuwachs ausschließlich auf der Zunahme der 60 Jahre und älteren Menschen beruht: So stieg deren Zahl von 16,4 Millionen (1991) auf 20,6 Millionen (2004), d.h. um 26 %; dagegen sank die Zahl der Kinder und Jugendlichen und der Menschen im mittleren Alter um jeweils 3 % (Tab. 1).

Betrachtet man die einzelnen Bundesländer, so stellt sich diese Entwicklung keineswegs einheitlich dar. In allen westdeutschen Ländern, außer in Bremen und dem Saarland, ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen gestiegen und hat somit zum Bevölkerungswachstum mit beigetragen. Der prozentuale Anstieg 2004 gegenüber 1991 bewegt sich dabei zwischen 4 % (Nordrhein-Westfalen) und 10 % (Schleswig-Holstein). Demgegenüber ist in allen ostdeutschen Ländern und in Berlin (hier um 16 %) ein starker Rückgang der unter 20-jährigen Bevölkerung festzustellen: In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen macht er zwischen 34 und 39 % aus. Am geringsten sank die Zahl der Kinder/Jugendlichen in Brandenburg (28 %) (Tab. 1).

Im Vergleich zu den anderen Hauptaltersgruppen hat sich die Bevölkerung im mittleren bzw. erwerbsfähigen Alter noch am wenigsten verändert. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ist deren Zahl 2004 gegenüber 1991 nahezu unverändert geblieben; Bayern und Hamburg haben sogar einen leichten Zuwachs um 1 % zu verzeichnen. In allen übrigen Ländern sank die Zahl der 20- bis unter 60-jährigen Menschen, insbesondere in Sachsen-Anhalt, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen und im Saarland (vgl. Tab. 1).

Tab. 1: Bevölkerung nach Hauptaltersgruppen, Veränderung 2004 gegenüber 1991 in +/- Prozent

	0 bis unter 20 Jahre	20 bis unter 60 Jahre	60 und mehr Jahre
Deutschland	*-3,4*	*-2,9*	*25,5*
Baden-Württemberg	5,9	0,1	29,8
Bayern	6,1	1,1	26,3
Berlin	-15,8	-5,3	26,1
Brandenburg	-28,0	-0,9	49,0
Bremen	-2,8	-9,3	13,0
Hamburg	5,9	0,6	11,4
Hessen	4,9	-2,0	22,3
Mecklenburg-Vorpommern	-38,5	-9,6	42,3
Niedersachsen	8,9	-0,8	26,3
Nordrhein-Westfalen	4,4	-4,1	22,3
Rheinland-Pfalz	6,1	0,2	22,4
Saarland	-3,8	-9,2	19,3
Sachsen	-33,7	-9,2	22,0
Sachsen-Anhalt	-36,1	-13,9	23,8
Schleswig-Holstein	10,3	-3,4	32,0
Thüringen	-35,7	-8,5	26,4

Datenquelle: Statistische Landesämter; Bearbeitung: J. Roloff

Tab. 2: Bevölkerung nach Hauptaltersgruppen 2004 in 1.000 Personen und Strukturanteile

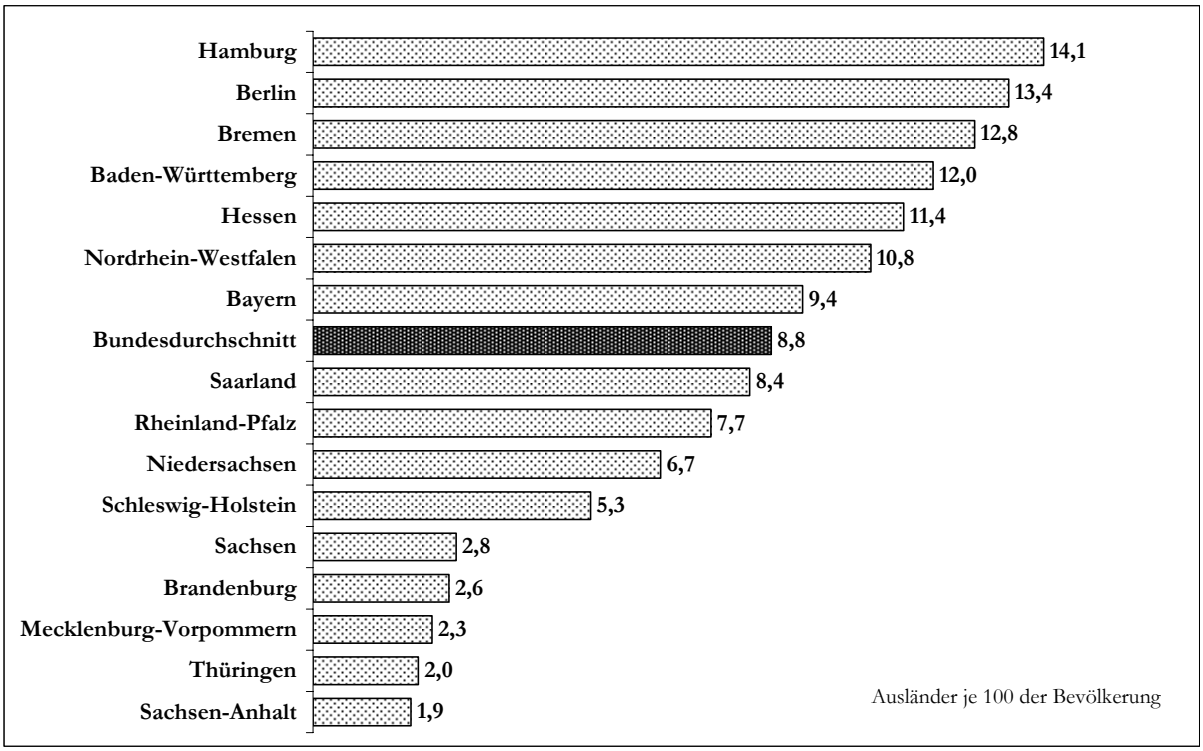
	0 bis unter 20 Jahre		20 bis unter 60 Jahre		60 und mehr Jahre	
	in 1.000	Anteil	in 1.000	Anteil	in 1.000	Anteil
Deutschland	*16.712,5*	*20,3*	*45.223,1*	*54,8*	*20.565,2*	*24,9*
Baden-Württemberg	2.307,9	21,5	5.886,5	54,9	2.523,0	23,5
Bayern	2.621,3	21,1	6.849,3	55,0	2.973,3	23,9
Berlin	592,9	17,5	1.994,3	58,9	800,6	23,6
Brandenburg	467,5	18,2	1.433,8	55,8	666,5	26,0
Bremen	121,8	18,4	365,2	55,1	176,3	26,6
Hamburg	308,4	17,8	1.005,8	58,0	420,7	24,2
Hessen	1.228,0	20,1	3.382,2	55,5	1.487,6	24,4
Mecklenburg-Vorpommern	317,7	18,5	966,5	56,2	435,4	25,3
Niedersachsen	1.720,2	21,5	4.275,8	53,4	2.005,0	25,1
Nordrhein-Westfalen	3.811,6	21,1	9.785,2	54,1	4.478,5	24,8
Rheinland-Pfalz	853,7	21,0	2.193,5	54,0	1.013,8	25,0
Saarland	203,3	19,2	572,2	54,2	280,9	26,6
Sachsen	727,6	16,9	2.329,0	54,2	1.239,7	28,9
Sachsen-Anhalt	431,0	17,3	1.364,2	54,7	699,3	28,0
Schleswig-Holstein	591,1	20,9	1.503,6	53,2	734,0	25,9
Thüringen	408,6	17,3	1.316,0	55,9	630,7	26,8

Datenquelle: Statistische Landesämter; Bearbeitung: J. Roloff

Anhand Tabelle 1 ist zudem ein relativ starker Anstieg der über 60-Jährigen sowohl in den alten als auch den neuen Bundesländern 2004 gegenüber 1991 ersichtlich. Auffällig ist dieser mit um 49 % in Brandenburg und um 42 % in Mecklenburg-Vorpommern; am geringsten stieg die Zahl der Älteren (um weniger als 20 %) in Bremen, Hamburg und im Saarland.

Tabelle 2 zeigt die Gliederung der Bevölkerung der einzelnen Bundesländer nach Hauptaltersgruppen im Jahr 2004 auf. Dabei lässt sich feststellen, dass in allen Bundesländern die Altenanteile durchweg höher als die Kinder- und Jugendlichenanteile sind. Darunter weisen Sachsen und Sachsen-Anhalt mit 12 bzw. 11 Prozentpunkten den größten, Baden-Württemberg dahingegen mit 2 Prozentpunkten den niedrigsten prozentualen Unterschied auf.

Abb. 4: Der Ausländeranteil in den Bundesländern, 2004 (in Prozent)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: J. Roloff

Die demographisch ältesten Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt haben mit 29 bzw. 28 % den unter allen Ländern höchsten Altenanteil zu verzeichnen. Es folgen Thüringen, Bremen und das Saarland (jeweils 27 %).

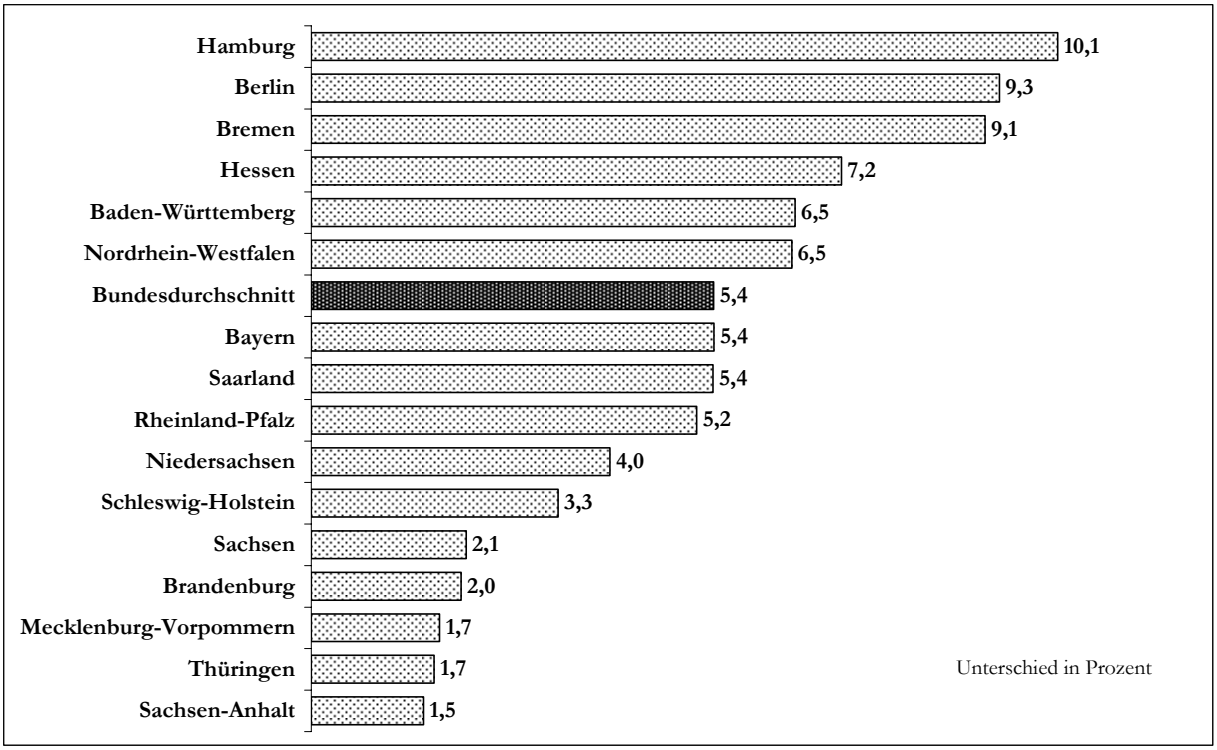
Zweifelsohne hat die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer wegen ihrer besonderen demographischen Situation (siehe *Roloff/Schwarz* 2002) einen verjüngenden Effekt. Doch ist unbestritten, dass dieser nicht von nachhaltiger Dauer ist, denn auch die ausländische Bevölkerung altert (Näheres siehe *Roloff* 2004).

In Deutschland waren im Jahr 2004 insgesamt 7,3 Millionen Ausländerinnen und Ausländer registriert; dies entspricht 9 % der Gesamtbevölkerung. Betrachtet man Abbildung 4, so fallen die äußerst niedrigen Prozentwerte bei den ostdeutschen Ländern ins Auge, sie liegen generell unter 3 %. Im Vergleich dazu sind von 100 der in Hamburg lebenden Menschen 14 Ausländer. Innerhalb der westdeutschen Länder weist Schleswig-Holstein mit 5 % den niedrigsten Ausländeranteil auf (Abb. 4).

Klammert man den „Ausländereffekt“[2] aus, so wäre die Bevölkerung in Deutschland 2004 im Schnitt um fast ein Jahr älter. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung im Stadtstaat Bremen würde sich sogar um knapp 2 Jahre erhöhen. Dem folgen die beiden anderen Stadtstaaten Hamburg und Berlin; d.h. ohne ausländische Bevölkerung wäre ihre Bevölkerung um 18 bzw. 17 Monate älter. Ebenfalls um mehr als ein Jahr älter wären Hessen, Nordrhein-Westfalen sowie das Saarland. In den übrigen westdeutschen Ländern würde der Alterunterschied zwischen 11 und 7 Monaten ausmachen. Dagegen läge das Durchschnittsalter der Bevölkerung in allen ostdeutschen Ländern ohne Ausländer nur zwischen 5 und 4 Monate höher.

2 Ohne Berücksichtigung derjenigen Ausländer, die sich bis 2004 einbürgern ließen.

Abb. 5: Altenanteil in den Bundesländern ohne Ausländer 2004, prozentuale Unterschiede[1] zum Altenanteil mit Ausländern



[1] Altenanteil mit Ausländern (vgl. Tab. 2) = 100

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: J. Roloff

Ohne Berücksichtigung der Ausländer würde der Altenanteil ebenfalls Veränderungen erfahren: Auf Deutschland bezogen würden im Jahr 2004 statt 25 % dann 26 % der Bevölkerung 60 Jahre oder älter sein. Die größten Effekte ergeben sich ebenfalls bei den drei Stadtstaaten: Die prozentualen Unterschiede zwischen den Altenanteilen mit und ohne Ausländer machen hier zwischen 9 und 10 % aus. Demgegenüber würde in den ostdeutschen Bundesländern dieser Unterschied mit durchschnittlich 2 % bei weitem geringer ausfallen (Abb. 5). Am deutlichsten ist der Verjüngungseffekt der ausländischen Bevölkerung beim Altenquotienten.

Ohne Ausländer würden in Deutschland (2004) auf 100 der 20- bis 59-jährigen Bevölkerung[3] statt 45 dann 49 Menschen im Alter von 60 und mehr Jahren entfallen; der Altenquotient würde somit um 8 % höher liegen. Hierunter weisen ebenfalls Hamburg, Berlin und Bremen mit 14 bzw. 13 % den vergleichsweise höchsten Unterschied auf. Dahingegen würde sich der Altenquotient in den neuen Ländern ohne Ausländer nur geringfügig verändern, d.h. die Differenz würde hier im Schnitt 3 %, darunter höchstens 3,3 % in Sachsen, ausmachen (Tab. 3).

Bei der Interpretation der Alterung einer Bevölkerung ist ein weiterer Aspekt zu berücksichtigen: Frauen weisen generell gegenüber den Männern ein höheres Durchschnittsalter auf. So waren sie in Deutschland insgesamt im Jahre 2004 im Schnitt um 2,7 Jahre älter als die Männer. Das lässt sich zum einen durch die höhere Lebenserwartung der Frauen erklären, aber auch durch den infolge der Dezimierung der Männerjahrgänge während des Zweiten Weltkrieges hohen Frauenüberschusses bei den älteren Jahrgängen.

[3] Derzeitig ist der Altenquotient auf der Grundlage des Lebensjahres 60 noch am aussagefähigsten, da seit Jahren das durchschnittliche tatsächliche Renteneintrittsalter bei rd. 60 Jahren liegt.

Tab. 3: Altenquotient mit und ohne Ausländer, Deutschland und Bundesländer 2004

	mit Ausländern	ohne Ausländer	Differenz in %*
Deutschland	*45,5*	*49,1*	*7,9*
Baden-Württemberg	42,9	47,1	10,0
Bayern	43,4	47,1	8,5
Berlin	40,1	45,4	13,0
Brandenburg	46,5	47,9	3,1
Bremen	48,3	54,4	12,7
Hamburg	41,8	47,8	14,3
Hessen	44,0	48,5	10,3
Mecklenburg-Vorpommern	45,0	46,2	2,5
Niedersachsen	46,9	49,6	5,8
Nordrhein-Westfalen	45,8	50,0	9,2
Rheinland-Pfalz	46,2	49,7	7,5
Saarland	49,1	53,0	8,0
Sachsen	53,2	55,0	3,3
Sachsen-Anhalt	51,3	52,4	2,1
Schleswig-Holstein	48,8	51,3	5,0
Thüringen	47,9	49,1	2,5

* Altenquotient mit Ausländern = 100

Datenquelle: Statistische Landesämter; Bearbeitung: J. Roloff

Tab. 4: Durchschnittsalter der Männer und Frauen in den Bundesländern 2004

	Männer	Frauen	Differenz*
Deutschland	*40,6*	*43,3*	*2,7*
Baden-Württemberg	39,8	41,8	2,0
Bayern	40,0	42,2	2,2
Berlin	40,1	42,4	2,3
Brandenburg	42,1	44,9	2,8
Bremen	40,8	44,3	3,5
Hamburg	39,3	41,8	2,5
Hessen	40,7	42,7	2,0
Mecklenburg-Vorpommern	41,7	44,9	3,2
Niedersachsen	40,4	42,8	2,4
Nordrhein-Westfalen	40,4	42,8	2,4
Rheinland-Pfalz	40,9	43,2	2,3
Saarland	42,3	44,9	2,6
Sachsen	42,4	47,0	4,6
Sachsen-Anhalt	42,6	46,7	4,1
Schleswig-Holstein	40,8	43,3	2,5
Thüringen	42,1	45,9	3,8

* Durchschnittsalter Frau – Durchschnittsalter Mann

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: J. Roloff

Betrachtet man die Bundesländer im Einzelnen, so weisen sie unterschiedliche Altersdifferenzen zwischen den Geschlechtern auf. In Sachsen lag dieser Altersunterschied im Ländervergleich mit 4,6 Jahren am höchsten. Am niedrigsten ist der Abstand zwischen dem Durchschnittsalter von Frau und Mann in Baden-Württemberg und Hessen (jeweils 2 Jahre) (Tab. 4).

Wie sind diese regionalen Unterschiede zu erklären? Die zwischen den einzelnen Bundesländern differierenden geschlechterspezifischen Altersunterschiede weisen vor allem auf einen unterschiedlich großen Bestand an älteren Frauen hin. Dies wird anhand der Altenanteile von Männern und Frauen und der Geschlechterrelation der über 60-Jährigen in den Bundesländern besonders deutlich (Tab. 5).

Tab. 5: Altenanteile der Männer und Frauen sowie die Geschlechterrelation der über 60-Jährigen in den Bundesländern 2004

	Altenanteil			Geschlechter-
	Männer	Frauen	Differenz*	relation**
Deutschland	*21,9*	*27,8*	*27,3*	*133*
Baden-Württemberg	20,9	26,1	25,0	130
Bayern	21,1	26,6	26,3	132
Berlin	20,4	26,7	30,4	137
Brandenburg	22,4	29,4	31,2	134
Bremen	23,1	29,9	29,4	138
Hamburg	20,9	27,4	30,9	138
Hessen	21,8	26,9	23,1	128
Mecklenburg-Vorpommern	21,4	29,2	36,2	139
Niedersachsen	22,2	27,8	25,4	131
Nordrhein-Westfalen	21,9	27,5	26,0	133
Rheinland-Pfalz	22,1	27,8	25,8	131
Saarland	23,2	29,8	28,1	135
Sachsen	24,4	33,0	35,1	142
Sachsen-Anhalt	23,8	32,0	34,3	141
Schleswig-Holstein	23,2	28,6	23,0	129
Thüringen	22,7	30,7	35,1	140

* Weiblicher Altenanteil = 100

** Frauen je 100 Männer

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: J. Roloff

2004 befanden sich in Deutschland von 100 der Männer 22 und von 100 der Frauen 28 im Alter von 60 und mehr Jahren; der weibliche Altenanteil lag somit im Vergleich zum männlichen um 27 % höher. Dies gilt für alle Bundesländer. Dabei bilden die ostdeutschen Länder Mecklenburg-Vorpommern (36 %), Sachsen, Thüringen (35 %) und Sachsen-Anhalt (34 %) die Spitzengruppe. Demgegenüber weisen Hessen und Schleswig-Holstein mit 23 % den niedrigsten Abstand zwischen dem männlichen und weiblichen Altenanteil auf (vgl. Tab. 5).

In Bezug auf das Durchschnittsalter der Gesamtbevölkerung ist festzuhalten, dass dieses vor allem durch den überdurchschnittlich hohen weiblichen Altenanteil determiniert ist. So hat das derzeit älteste Land Sachsen mit 33 % den von allen Bundesländern höchsten Wert zu verzeichnen. Ähnliches lässt sich für das demographisch zweitälteste Bundesland Sachsen-Anhalt feststellen: Der Altenanteil seiner weiblichen Bevölkerung betrug 32 % (Tab. 5). Dieser relativ hohe Anteil älterer Frauen in den neuen Bundesländern ist im Wesentlichen Ausdruck der dort höheren Übersterblichkeit der Männer: d.h. im Vergleich zu Westdeutschland ist die Differenz zwischen weiblicher und männlicher Lebenserwartung größer (siehe weiter Kapitel 3.2). Ein weiterer Grund ist aber auch die überdurchschnittlich hohe weibliche Abwanderung in jüngeren Altersstufen.

Anhand der Tabelle 5 ist zudem ersichtlich, dass in allen Bundesländern, wie nach den vorangegangenen Ausführungen zu erwarten, bei den 60 Jahre und älteren Menschen ein mehr oder minder hoher Frauenüberschuss zu verzeichnen ist. Er liegt in Sachsen und Sachsen-Anhalt mit 142 bzw. 141 Frauen je 100 Männer weit über dem bundesdeutschen Durchschnitt (133). Am niedrigsten sind die Frauenüberschüsse mit 128 bzw. 129 in Hessen und Schleswig-Holstein.

Bei der Betrachtung des Durchschnittsalters und der Altersstrukturen gewinnt die Entwicklung der Zahl der Hochbetagten, der 80 Jahre alten und älteren, zunehmend an Bedeutung. Im letzten Untersuchungsjahr 2004 lebten in Deutschland 3,6 Millionen Hochbetagte; gegenüber 1991 wa-

ren es somit um 16 % mehr. Unter den Bundesländern haben das Saarland, Bayern, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg mit über 20 % den höchsten Zuwachs ihrer über 80-Jährigen erfahren. Am geringsten stieg deren Zahl noch in Sachsen und der Hansestadt Bremen (um 7 %). Nur in Berlin und Hamburg ist ein Rückgang der hochbetagten Bevölkerung zu verzeichnen: um (beachtliche) 17 % bzw. um 3 % (Tab. 6), und dies traf, wie Tabelle 7 zeigt, in den beiden Stadtstaaten für Männer und Frauen gleichermaßen zu.

Gesunken ist zudem die Zahl der über 80-jährigen Männer in Sachsen (um 2 %) und in Sachsen-Anhalt (hier allerdings um wenige 0,3 %). Es fällt auf, dass die übrigen ostdeutschen Länder den im Vergleich zu allen westdeutschen Ländern geringsten Zuwachs an hochbetagten Männern aufweisen. Stieg z.B. im Saarland deren Zahl 2004 gegenüber 1991 um 35 %, so war es in Mecklenburg-Vorpommern nur 1 % (Tab. 7).

Ansonsten ist bei beiden Geschlechtern innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 ein Zuwachs der ab 80-Jährigen festzustellen, wobei dieser bei der Hälfte der Bundesländer bei den Frauen höher ausfällt. Generell sind in allen Bundesländern die hochbetagten Frauen zahlenmäßig stärker vertreten. So lebten z.B. in Nordrhein-Westfalen im letzten Untersuchungsjahr 343 Tausend mehr Frauen als Männer, die 80 Jahre oder älter waren (vgl. Tab. 7).

Der oben dargestellte Frauenüberschuss der über 60-Jährigen lässt sich in allen Bundesländern insbesondere auf einen relativ starken Frauenüberschuss der Hochbetagten zurückführen. Dabei liegt die regionale Spanne zwischen 321 (Berlin) und 238 Frauen je 100 Männer (Hessen) (vgl. Abb. 6).

Somit kann man festhalten: Das demographische Altern trifft stärker für den weiblichen als für den männlichen Bevölkerungsteil zu, mit einem Schwerpunkt auf den Hochbetagten, und, wie noch dargestellt wird, wird dies aller Voraussicht nach auch in Zukunft so bleiben. Dabei gab und gibt es deutliche regionale Unterschiede.

Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass sich der demographische Wandel in markanten Veränderungen der Alterstruktur äußert. Und hier lässt sich eine regionale Zweiteilung während der letzten Jahre feststellen: In Westdeutschland verlief die Alterung schwächer als im Osten – eher verursacht durch die anwachsende Zahl Älterer. Dagegen sieht sich Ostdeutschland einer sehr viel stärkeren Alterung gegenüber – hier vor allem infolge einer starken Abnahme der jüngeren Bevölkerung. Kleinräumiger betrachtet sind im Westen vor allem altindustrialisierte Städte und Regionen entlang der Küste und der Alpen überdurchschnittlich alt, im Osten sticht (noch) der Süden mit dem höchsten Durchschnittsalter heraus.

Betrachtet man abschließend stellvertretend für alle Bundesländer die Altersaufbauten[4] des demographisch jüngsten Landes Hamburg und des demographisch ältesten Landes Sachsen (Abb. 7), so sind durchaus Unterschiede zu erkennen, die das Ergebnis regional unterschiedlich verlaufender demographischer Prozesse sind. Den Wanderungen, vor allem den Wanderungen zwischen den Bundesländern, kommt hier eine besondere Bedeutung zu, auch wenn Fertilität und Mortalität ebenfalls regionale Unterschiede aufweisen. Daher wird dem Thema „Binnenwanderungen" neben der allgemeinen Darstellung der demographischen Prozesse ein gesonderter Teil B in diesem Forschungsbericht gewidmet.

---

[4] Die Altersaufbauten der einzelnen Länder 2004 im Vergleich mit 1991 sind dem jeweiligen Länder-Kapitel vorangestellt.

Tab. 6: Hochbetagte in den Bundesländern 2004

	80 Jahre und älter in 1.000	Veränderung 2004 zu 1991*
Deutschland	*3.557,0*	*15,5*
Baden-Württemberg	447,5	21,7
Bayern	535,9	24,4
Berlin	130,6	-17,1
Brandenburg	91,2	12,5
Bremen	34,3	7,1
Hamburg	81,6	-2,8
Hessen	270,1	16,6
Mecklenburg-Vorpommern	57,6	13,8
Niedersachsen	360,1	17,3
Nordrhein-Westfalen	768,9	17,2
Rheinland-Pfalz	184,2	23,5
Saarland	48,8	25,4
Sachsen	210,8	6,6
Sachsen-Anhalt	107,4	10,7
Schleswig-Holstein	130,4	13,7
Thüringen	97,8	15,5

* 1991 = 100 %

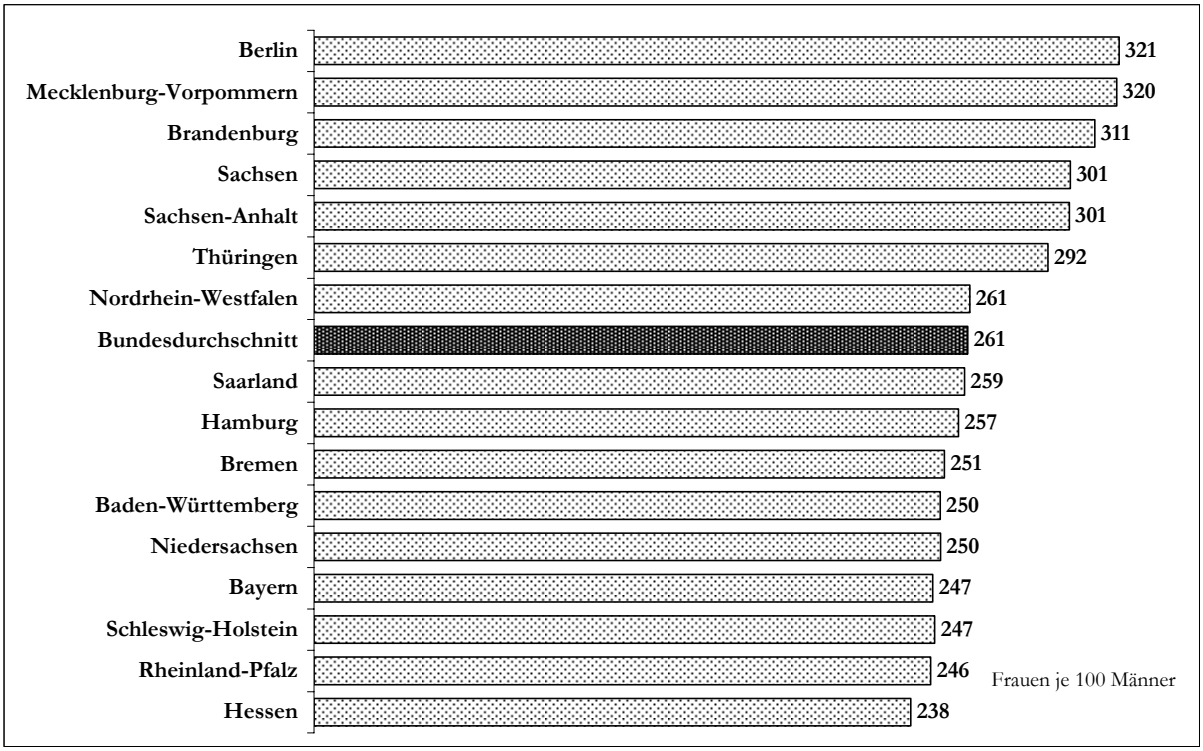
Datenquelle: Statistische Landesämter; Bearbeitung: J. Roloff

Tab. 7: 80 Jahre und ältere Männer und Frauen in den Bundesländern 2004

	Männer		Frauen	
	in 1.000	Veränderung 2004/1991	in 1.000	Veränderung 2004/1991
Deutschland	*986,6*	*16,0*	*2.570,4*	*15,3*
Baden-Württemberg	128,0	20,7	319,5	22,1
Bayern	154,6	24,0	381,2	24,5
Berlin	31,0	-15,2	99,5	-17,6
Brandenburg	22,2	2,6	69,0	16,2
Bremen	9,8	8,4	24,5	6,6
Hamburg	22,9	-0,2	58,7	-3,7
Hessen	79,9	18,8	190,1	15,7
Mecklenburg-Vorpommern	13,7	1,0	43,9	18,4
Niedersachsen	103,0	16,6	257,1	17,6
Nordrhein-Westfalen	212,8	24,1	556,1	14,8
Rheinland-Pfalz	53,3	26,9	130,9	22,1
Saarland	13,6	35,1	35,2	22,1
Sachsen	52,5	-2,1	158,3	9,8
Sachsen-Anhalt	26,8	-0,3	80,6	14,9
Schleswig-Holstein	37,5	15,4	92,9	13,0
Thüringen	24,9	3,2	72,8	20,4

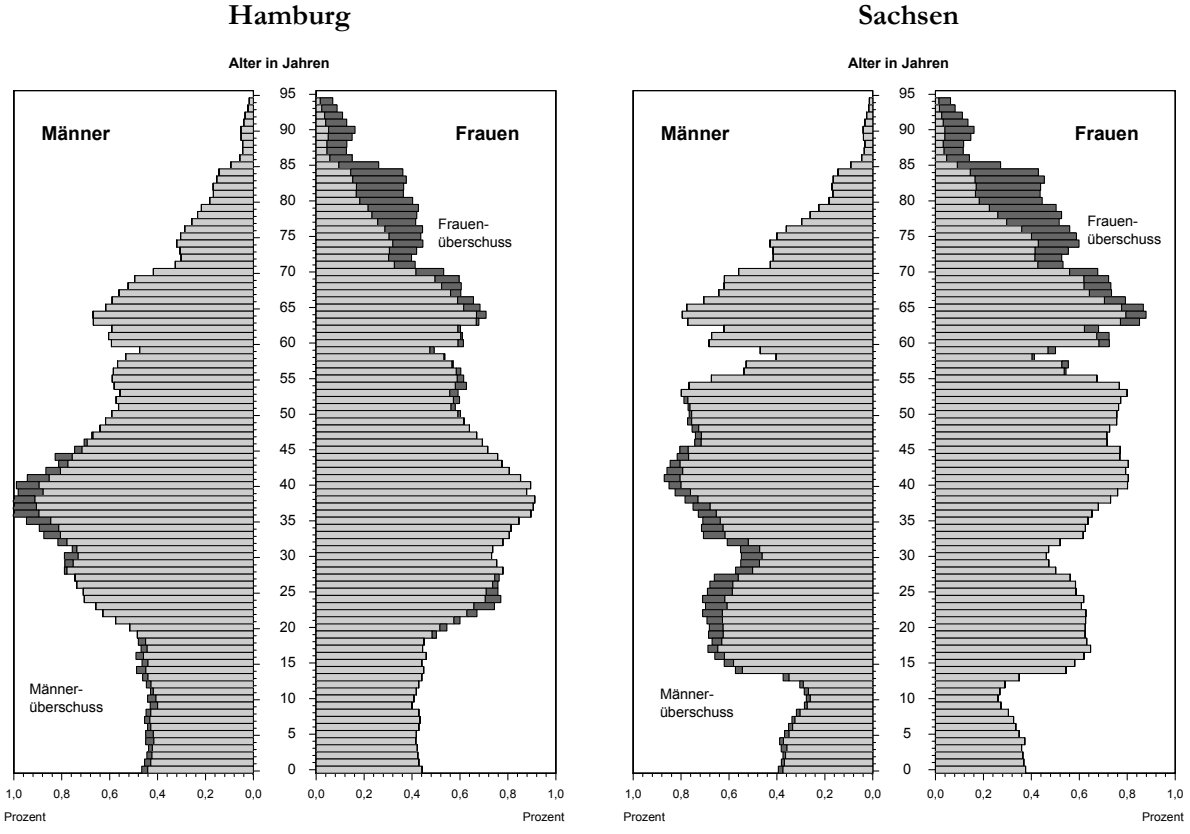
Datenquelle: Statistische Landesämter; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 6: Geschlechterrelation der 80-Jährigen und älteren in den Bundesländern 2004 (Frauen je 100 Männer)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 7: Altersaufbau der Bevölkerung in Hamburg und Sachsen 2004 (in Prozent)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Darstellung: BiB

3 Komponenten der Bevölkerungsdynamik im Ländervergleich

3.1 Fertilität

Nachdem die grundlegenden Trends und Strukturen der Alterung der Bundesländer aufgezeigt wurden, werden nun die demographischen Prozesse, die hierfür verantwortlich sind, im regionalen Überblick beschrieben. Die Bevölkerungsentwicklung wird zunächst maßgeblich von der natürlichen Bevölkerungsbewegung, dem Zusammenspiel von Geburten und Sterbefällen, beeinflusst. Beide Prozesse schlagen sich in räumlichen Mustern nieder, die trotz einer ausgleichenden Raumordnungspolitik in Deutschland in den letzten Jahrzehnten relativ konstant geblieben sind.

Die *Fertilität* wird von verschiedenen Faktoren auf unterschiedlichen Ebenen beeinflusst. Vor allem das individuelle Verhalten und sein Einfluss auf die Fertilität sind schwierig zu bestimmen. Dies gilt erst recht für regionale Fertilitätsanalysen. Prinzipiell lassen sich dieselben Determinanten ausmachen. Doch aufgrund regionsspezifischer Faktoren (z.B. sozioökonomische Struktur, soziokulturelle Werte und Einstellungen, Haushalts- und Familienstrukturen) erhöht sich die Komplexität der Analyse. Daher kann es vor allem auf regionaler Ebene keinen monokausalen Erklärungsansatz geben. Es kann aber angenommen werden, dass die Bestimmungsfaktoren angesichts der persistenten räumlichen Muster relativ schwer veränderbar sind, und dass weiterhin soziokulturelle Faktoren eine wichtige Rolle spielen.

Betrachten wir die Entwicklung des Geburtenniveaus[5] der Länder: Tabelle 8 belegt, dass auf der Ebene der Bundesländer teilweise erhebliche regionale Unterschiede bzw. Schwankungen im Geburtenniveau erkennbar sind. Generell liegen die Geburtenziffern in allen Ländern deutlich unter der als „Bestanderhaltungsniveau“ bezeichneten Marke. Dies ist die durchschnittliche Kinderzahl von ca. 2,1 je Frau im Alter zwischen 15 und 45 Jahren, die statistisch benötigt würde, um eine Bevölkerung im Bestand zu erhalten und die oft als Ziel einer „idealen Bevölkerungsentwicklung“ angegeben wird. Der höchste Wert der Bundesländer im Jahr 2004 lag allerdings bei nur 1,43 Kindern je Frau, und zwar in Niedersachsen. Niedersachsen war damit im Jahr 2004 das Land mit dem höchsten Geburtenniveau, gefolgt von Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Über dem Bundesdurchschnitt von 1,36 lagen sieben (westdeutsche) Bundesländer. Schlusslichter waren die Stadtstaaten Berlin und Hamburg (1,20 bzw. 1,21). Bemerkenswert ist, dass Mecklenburg-Vorpommern mit 1,34 immerhin den 8. Platz belegte. Nach dem dramatischen ostdeutschen Geburtenrückgang Anfang der 1990er Jahre lag dieses Land 1994 noch auf dem letzten Platz. Betrachtet man dagegen die Werte für 1990, so erkennt man, dass Mecklenburg-Vorpommern damals noch das Land mit der höchsten Geburtenziffer in Deutschland war (1,64). Diese neuerliche Rückkehr zu einem höheren Niveau im Vergleich zu den übrigen ostdeutschen Ländern (ausgenommen Sachsen) ist rückblickend also kein Trendbruch.

Die Länderunterschiede im Fertilitätsverhalten seit 1990 sind damit klar von einem Ost-West-Gegensatz bestimmt. Nach 1990 fand in Ostdeutschland ein historisch außergewöhnlicher Geburtenrückgang statt, wobei sich die Geburtenziffern teilweise halbierten (Tab. 8). Ein großer Teil dieses Rückgangs ist allerdings auch durch einen Aufschub der Geburten in spätere Lebensjahre infolge einer allmählichen Anpassung an das westdeutsche Muster begründet.

---

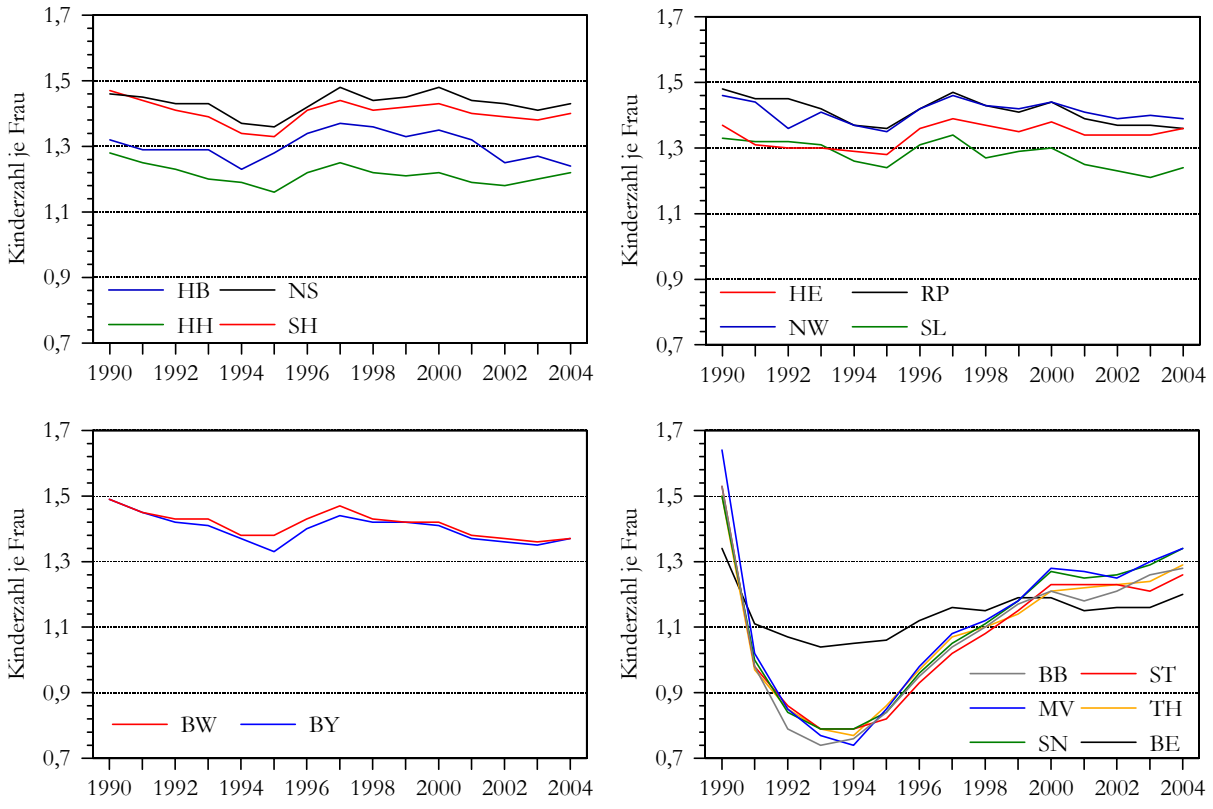
[5] Aufgrund der Datenverfügbarkeit und für eine bessere Anschaulichkeit sind auch die Werte für 1990 angegeben.

Tab. 8: Zusammengefasste Geburtenziffer (TFR) 1990-2004 (Geburten je Frau zwischen 15 und 45 Jahren)

	1990	1994	1997	2000	2004	Rang 1990-2004	in %
Deutschland	*1,45*	*1,24*	*1,37*	*1,38*	*1,36*	--	*-6,7*
Baden-Württemberg	1,49	1,38	1,47	1,42	1,37	4	*-8,5*
Bayern	1,49	1,35	1,44	1,41	1,36	7	*-9,1*
Berlin	1,34	1,05	1,16	1,19	1,20	15	*-10,7*
Brandenburg	1,53	0,76	1,05	1,21	1,28	11	*-16,1*
Bremen	1,32	1,23	1,37	1,35	1,24	13	*-5,5*
Hamburg	1,28	1,19	1,25	1,22	1,21	16	*-5,6*
Hessen	1,37	1,29	1,40	1,38	1,36	6	*-0,5*
Mecklenburg-Vorpommern	1,64	0,74	1,08	1,28	1,34	8	*-18,0*
Niedersachsen	1,46	1,38	1,49	1,51	1,43	1	*-2,1*
Nordrhein-Westfalen	1,46	1,37	1,46	1,44	1,39	3	*-4,9*
Rheinland-Pfalz	1,48	1,37	1,47	1,44	1,36	5	*-7,9*
Saarland	1,33	1,26	1,34	1,30	1,24	14	*-6,6*
Sachsen	1,50	0,77	1,05	1,27	1,34	9	*-10,7*
Sachsen-Anhalt	1,53	0,79	1,02	1,23	1,26	12	*-17,5*
Schleswig-Holstein	1,47	1,34	1,44	1,43	1,40	2	*-4,9*
Thüringen	1,50	0,77	1,07	1,21	1,29	10	*-13,9*

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Landesämter; Bearbeitung: R. Mai

Abb. 8: Zusammengefasste Geburtenziffern (TFR) der Länder, 1990-2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Statistische Landesämter; Bearbeitung: R. Mai

Weniger beachtet wird, dass auch in den westdeutschen Ländern die Geburtenziffern bis 1994, wenn auch nur leicht, absanken (Abb. 8[6]). Dieses Jahr bildet sowohl für Ost- als auch Westdeutschland einen Wendepunkt. Die Ziffern stiegen wieder an, im Westen leicht, im Osten deutlich. Mittlerweile (2004) kann man nicht mehr ohne weiteres von einer Zweiteilung Deutschlands

[6] Die Länder in der Abbildung sind gemäß den Ländergruppen geordnet, die im weiteren Verlauf verwendet werden (vgl. Kapitel 3.4).

im periodenspezifischen Geburtenniveau sprechen.[7] Abbildung 8 verdeutlicht dies mit dem zeitlichen Verlauf bis 2004. Hier sind nicht so sehr die Entwicklungspfade der einzelnen Länder interessant, sondern die grundsätzlichen Muster. Aus dem Verlauf lässt sich Folgendes verallgemeinern:

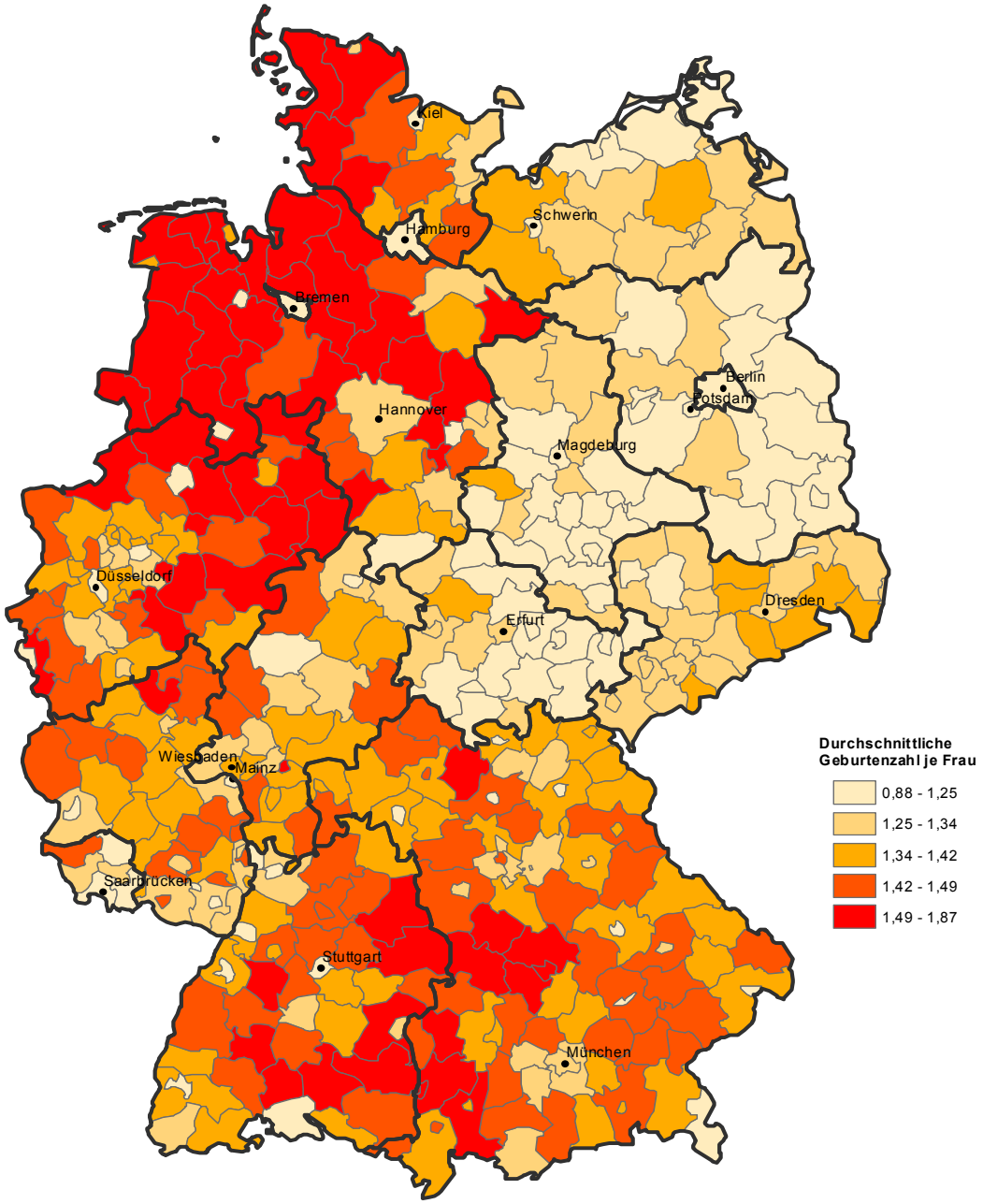
- Die ostdeutschen Länder durchliefen einen relativ gleichmäßigen Rückgang bis 1994 und anschließenden Wiederanstieg, haben sich aber in den letzten Jahren zunehmend ausdifferenziert.
- Es lässt sich immer schwieriger zwischen Ost und West unterscheiden; die einst klare Trennung zwischen beiden Landesteilen scheint sich allmählich aufzulösen. Die neuen Bundesländer haben zwar eine noch unterdurchschnittliche Fertilität, dazu zählen aber auch westdeutsche, nämlich die Stadtstaaten und das Saarland.
- Im Westen setzte sich Niedersachsen in den letzten Jahren mit einer höheren Fertilität etwas von den übrigen Ländern ab. Das Geburtenniveau der West-Flächenstaaten bewegte sich gleichwohl in einem relativ engen Korridor mit kleineren Schwankungen (leichter Abfall bis 1994, danach Anstieg). Seit Mitte der 1990er Jahre ist keine wesentliche Trendänderung mehr zu beobachten. Nur das Saarland und Bremen mussten seitdem noch nennenswerte Rückgänge verbuchen.

Diese regionalen Differenzen gelten erst recht für eine kleinräumigere Ebene (vgl. Karte 1). Auf Kreisebene betrug die Spannweite der Geburtenziffern innerhalb 2001 bis 2003 gut 1,0 – mit einem Minimum von 0,88 (Heidelberg) und einem Maximum von 1,87 (Cloppenburg). Die regionalen Muster unterscheiden sich auch siedlungsstrukturell: im ländlichen Raum ist die Fertilität etwas höher, auch wenn dieser Unterschied abgenommen hat (*Gans* 2001).

Vor allem Großstädte (mit Universitäten) stechen mit einer weit unterdurchschnittlichen Fertilität heraus. In Ostdeutschland sind die regionalen Unterschiede weniger ausgeprägt, wobei die suburbanen Regionen die höchsten Werte aufweisen. Neben dem Ost-West-Muster lassen sich weitere räumliche Schwerpunkte abgrenzen: so liegen die Gebiete mit den höchsten Werten Westdeutschlands im Nordwesten (West-Friesland, Niedersachsen, Westfalen) und Süden (Württemberg, Teile Bayerns), in Ostdeutschland ebenfalls vor allem im Norden und Süden (weite Teile Mecklenburg-Vorpommerns und Teile von Sachsen).

[7] Dies soll nicht die Tatsache verdecken, dass in den Prozessen der Familienbildung noch markante Unterschiede bestehen (*Konietzka/Kreyenfeld* 2004).

Karte 1: Zusammengefasste Geburtenziffern (TFR) der Kreise, Durchschnitt 2001 bis 2003



Datenquelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: INKAR 2005; Bearbeitung: R. Mai

3.2 Mortalität

Im Gegensatz zur Fertilität beeinflusst die Sterblichkeit die Bevölkerungsdynamik in zunehmendem Maße, weil sie sich im Gegensatz zum Geburtenniveau seit Jahrzehnten kontinuierlich verändert, indem die Lebenserwartung stetig ansteigt. Dieser Anstieg hat einen steigenden Anteil an der Alterung, während das Geburtenniveau auf seinem (niedrigen) Niveau verharrt. Regionale Mortalitätsdifferenzen waren Gegenstand zahlreicher demographischer Studien (z.B. *Kemper/Thieme* 1991, *Mai* 2004, *Luy* 2004). In der Vergangenheit waren sie vor allem in Großstädten Ausdruck unterschiedlicher Ernährungs- und Stillgewohnheiten (Säuglingssterblichkeit und Reaktionen auf Krankheiten und Seuchen). Heutzutage kommen hauptsächlich unterschiedliche Umweltbedingungen, Unterschiede in der wirtschaftlichen und soziokulturellen Struktur als Ursa-

chen zum Tragen. Doch wie auch bei der Fertilität lassen sich die Ursachen regionaler Mortalitätsdifferenzen, wenn überhaupt, nur schwer bestimmen und zuordnen. Individuelle Faktoren (wie der Lebensstil) können zu einem großen Teil zur Erklärung beitragen. Trotzdem ist das Wissen um strukturelle Differenzen als Bestimmungsfaktoren eine wichtige Kenngröße für die Regionalpolitik, weil diese darauf abzielt, regionale Disparitäten in den Lebensbedingungen auszugleichen.

Die räumlichen Mortalitätsdifferenzen in Deutschland haben sich zwar verringert, sind aber dennoch signifikant und messbar. Seit längerem bestehende Unterschiede sind trotz des Sterblichkeitsrückgangs weitestgehend erhalten geblieben. Großräumig lassen sich ähnlich wie bei der Fertilität zwei Hauptmuster ausmachen, die feinere räumliche Muster umfassen (s.u.): Dies sind zum einen ein Ost-West-Gegensatz, und zum anderen ein Gefälle von Nord nach Süd, und zwar in Ost wie West. Die Ost-West-Lücke in der Lebenserwartung (bei Geburt) war 1990 recht groß, nämlich 2,8 (Frauen) bzw. 3,5 (Männer) Jahre (*Luy* 2004). In den folgenden Jahren schloss sie sich jedoch zügig und verschwand bei den Frauen bis 2002/2004 fast völlig (0,4 Jahre), während sie bei den Männern noch 1,5 Jahre betrug. Diese „Übersterblichkeit" (die Differenz der Lebenserwartung zwischen Männern und Frauen) ist im Osten also höher. Der ostdeutsche Aufholprozess kann u.a. den Verbesserungen in den Lebensbedingungen, den sozioökonomischen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen zugeschrieben werden. Es muss sich jedenfalls um Faktoren handeln, die kurzfristig beeinflussbar sind. *Luy* (2004) führt außerdem die Fortschritte im Bereich der (Langzeit-)Pflegeeinrichtungen und -versorgung an, die eine wichtige Rolle für die Sterblichkeitsverbesserungen gespielt haben könnten. Allerdings scheint sich der Anpassungsprozess in den letzten Jahren verlangsamt zu haben, und es ist unklar, inwieweit die Lücke in absehbarer Zeit geschlossen werden kann, oder ob es sich hierbei um die Herausbildung persistenter räumlicher Muster handelt.

Betrachten wir nun die Entwicklung in den Ländern.[8] Die Abbildung 9 und Tabelle 9 verdeutlichen den beachtlichen Anstieg der Lebenserwartung in allen Bundesländern, selbst wenn man diesen Zeitraum von wenigen Jahren betrachtet. Zu beiden Zeitpunkten der Sterbetafelberechnung (1993/95 und 2002/04) ist ein (wenn auch nicht völlig konsistentes) Nord-Süd- bzw. Ost-West-Gefälle auszumachen. Der Süden Westdeutschlands nimmt in Bezug auf die Lebenserwartung eindeutig die führende Stelle ein. Er weist bei Frauen wie Männern die höchste Lebenserwartung auf, außer bei den Männern innerhalb der Jahre 1993/95, als sich Hessen noch vor Bayern auf den zweiten Platz geschoben hatte. Die neuen Bundesländer weisen dagegen zu beiden Zeitpunkten die niedrigsten Werte auf, jedoch befinden sich auch einzelne westdeutsche Länder in der Schlussgruppe (Saarland, Bremen). Das Nord-Süd-Gefälle äußert sich in niedrigeren Werten in Norddeutschland. Spitzenreiter war 2002/04 (wie auch 1993/95) Baden-Württemberg mit einer Lebenserwartung von 82,6 (Frauen) bzw. 77,4 (Männer) Jahren. Auf dem letzten Platz fand sich Mecklenburg-Vorpommern bei den Männern mit 73,8 und das Saarland bei den Frauen mit 80,4 Jahren.

---

[8] Für eine vergleichende Länderanalyse der Lebenserwartung waren die Werte erst ab der Sterbetafel 1993/95 verfügbar.

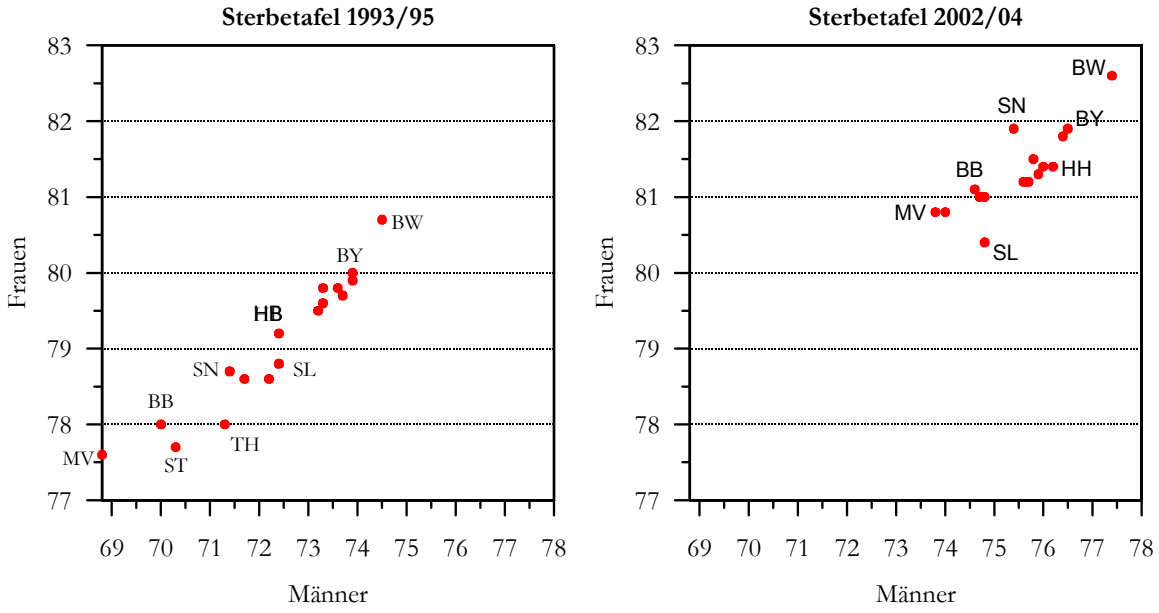
Tab. 9: Lebenserwartung bei Geburt in Jahren (Sterbetafel 1993/95 und 2002/04)

	Sterbetafel 1993/95					Sterbetafel 2002/04					Veränderung*	
	Frauen	*Rang*	Männer	*Rang*	Überst.	Frauen	*Rang*	Männer	*Rang*	Überst.	Frauen	Männer
D	*79,5*		*73,0*		*-6,5*	*81,6*		*75,9*		*-5,7*	*2,6*	*4,0*
BW	80,7	*1*	74,5	*1*	-6,2	82,6	*1*	77,4	*1*	-5,2	*2,3*	3,9
BY	80,0	*2*	73,9	*3*	-6,1	81,9	*2*	76,5	*2*	-5,5	*2,4*	3,5
BE-O	78,6	*12*	72,2	*11*	-6,3							
BE-W	78,6	*13*	71,7	*12*	-6,9							
BE						81,2	*9*	75,7	*8*	-5,5		
BB	78,0	*15*	70,0	*16*	-8,0	81,1	*11*	74,6	*14*	-6,5	*4,0*	*6,6*
HB	79,2	*9*	72,4	*9*	-6,9	81,0	*12*	74,7	*13*	-6,3	*2,3*	*3,3*
HH	79,6	*7*	73,3	*6*	-6,3	81,4	*6*	76,2	*4*	-5,3	*2,3*	*4,0*
HE	79,9	*3*	73,9	*2*	-6,0	81,8	*4*	76,4	*3*	-5,4	*2,4*	*3,4*
MV	77,6	*17*	68,8	*17*	-8,7	80,8	*14*	73,8	*16*	-7,0	*4,2*	*7,3*
NS	79,8	*5*	73,3	*7*	-6,5	81,5	*5*	75,8	*7*	-5,8	*2,2*	*3,4*
NW	79,5	*8*	73,2	*8*	-6,3	81,2	*10*	75,6	*9*	-5,5	*2,1*	*3,3*
RP	79,8	*4*	73,6	*5*	-6,2	81,3	*8*	75,9	*6*	-5,4	*1,8*	*3,1*
SL	78,8	*10*	72,4	*10*	-6,4	80,4	*16*	74,8	*11*	-5,5	*2,0*	*3,4*
SN	78,7	*11*	71,4	*13*	-7,2	81,9	*3*	75,4	*10*	-6,4	*4,1*	*5,6*
ST	77,7	*16*	70,3	*15*	-7,4	80,8	*15*	74,0	*15*	-6,8	*4,0*	*5,3*
SH	79,7	*6*	73,7	*4*	-5,9	81,4	*7*	76,0	*5*	-5,4	*2,2*	*3,1*
TH	78,0	*14*	71,3	*14*	-6,7	81,0	*13*	74,8	*12*	-6,2	*3,8*	*4,9*

* in Prozent

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Landesämter; Bearbeitung: R. Mai

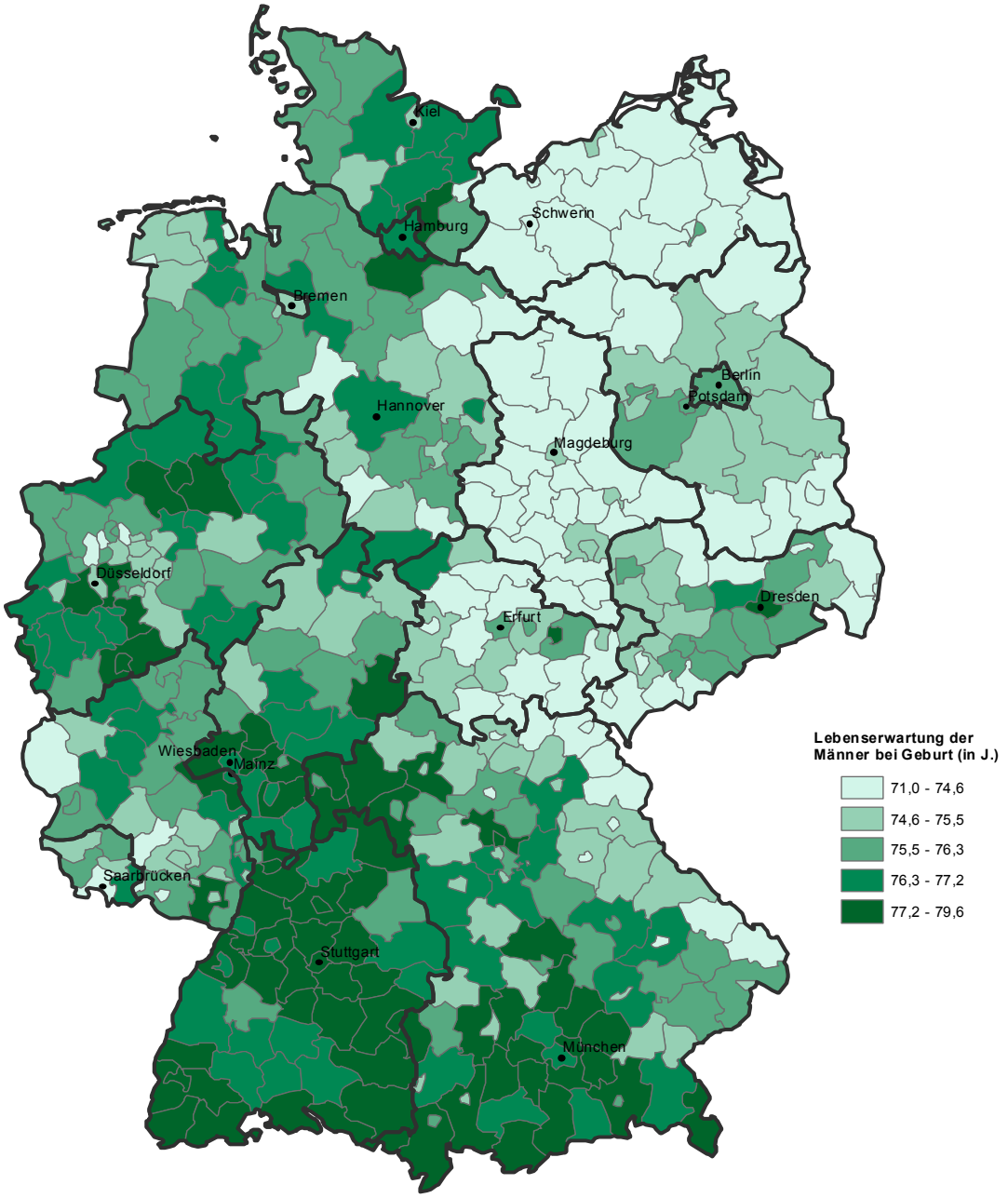
Abb. 9: Lebenserwartung bei Geburt in den Ländern, Sterbetafel 1993/95 und 2002/04 (in Jahren)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Landesämter; Bearbeitung: R. Mai

Dieser Gegensatz ist auch vor dem Hintergrund selektiver Wanderungsbewegungen zu sehen. Es gibt Grund zu der Annahme, dass regionale Mortalitätsdifferenzen bis zu einem gewissen Grad auch das Resultat selektiver Wanderungen sind („*healthy migrant effect*“, *Cischinsky* 2005; *Lay/Caselli* 2004). Wanderungen sind selektiv (vgl. Teil B), auch, was die körperliche Verfassung betrifft. Gesunde Personen sind aktiver und eher in der Lage bzw. willens, umzuziehen. Dieser Effekt kann zu einer Reduktion der Mortalitätsrate in der Zielregion führen, und umgekehrt.

Karte 2: Lebenserwartung der Männer nach Kreisen, 2003



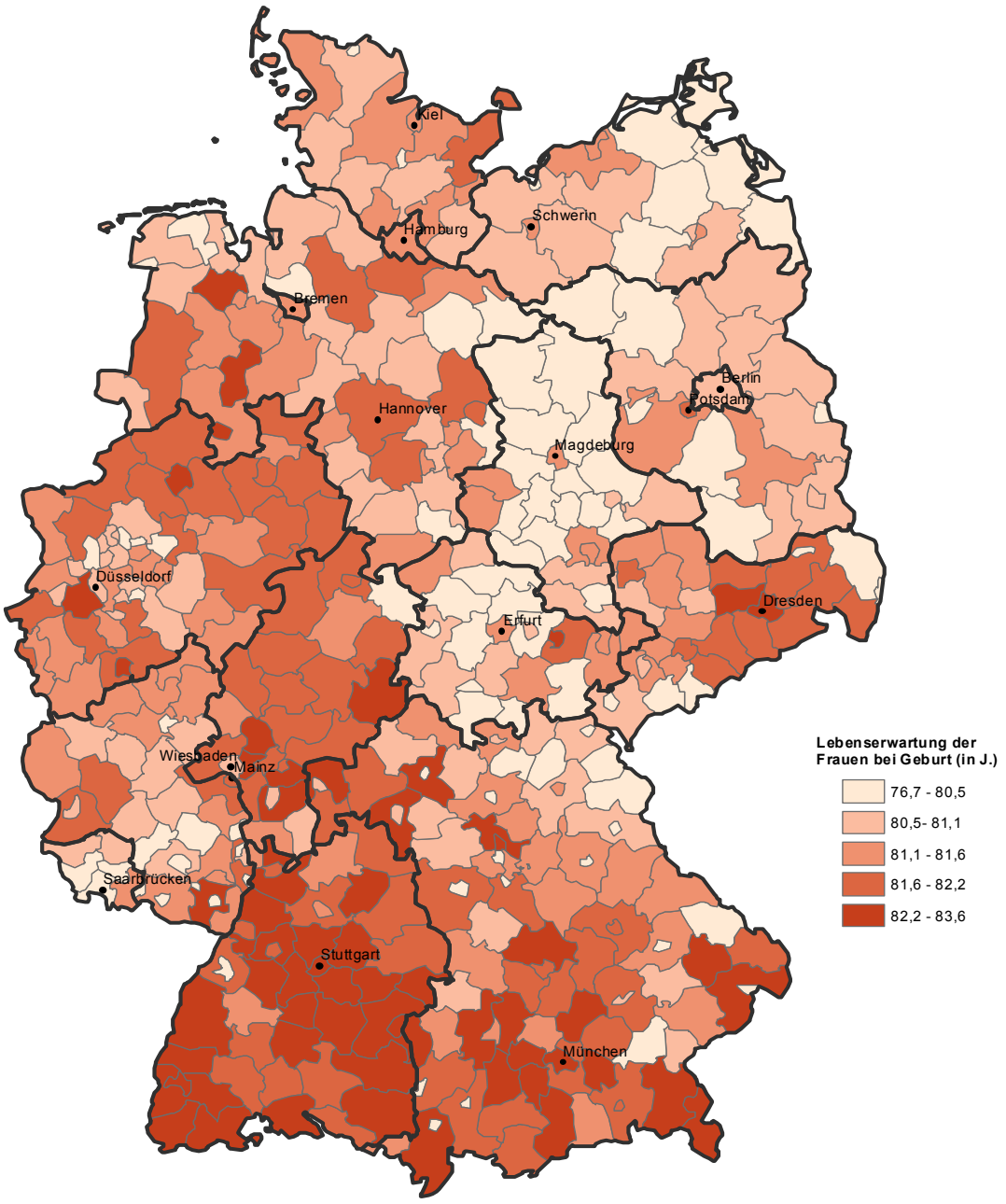
Datenquelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: INKAR 2005

Tabelle 9 zeigt, dass sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den Ländern zwischen 1993/95 und 2002/04 verringerten. Bemerkenswert ist der Aufholprozess im Osten: Vor allem die Sterblichkeit der ostdeutschen Frauen verringerte sich merklich, aber auch in Ostdeutschland sank die Übersterblichkeit. Im Westen stieg die Lebenserwartung der Männer überdurchschnittlich, wodurch auch hier sich die Übersterblichkeit etwas verringerte. Dennoch haben die ostdeutschen Männer auch 2002/04 eine unterdurchschnittliche Lebenserwartung.

Die Unterschiede zwischen den Ländern kommen nochmals in Abbildung 9 zum Ausdruck. Grundsätzlich herrscht ein Zusammenhang zwischen männlicher und weiblicher Lebenserwartung: je höher der Wert bei den Männern, desto höher auch bei den Frauen. Allerdings ist dieser Zusammenhang auf regionaler Ebene nicht immer gegeben; gerade in Ostdeutschland gab es Regionen mit einer überdurchschnittlichen weiblichen, aber unterdurchschnittlichen männ-

lichen Lebenserwartung (*Mai* 2004). Im Vergleich der zwei Zeiträume erkennt man, dass die Lebenserwartung der Männer in allen Ländern stärker anstieg als bei den Frauen. Zudem hat sich die regionale Variabilität der Länder verringert, vor allem in Folge des ostdeutschen Aufholprozesses. Die Bundesländer sind näher aneinander gerückt. Lediglich Baden-Württemberg und das Saarland (bei den Frauen) nehmen in 2002/04 eine Ausnahmestellung ein: Sie stehen an der Spitze bzw. am Ende dieses Prozesses.

Karte 3: Lebenserwartung der Frauen nach Kreisen, 2003



Datenquelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: INKAR 2005

Die Karten 2 und 3 zeigen die oben beschriebenen regionalen Unterschiede detaillierter mit einer Darstellung der Lebenserwartung in den Kreisen. Offensichtlich wird hier nochmals der Ost-West- und Nord-Süd-Gegensatz bei beiden Geschlechtern. Auch innerhalb Ostdeutschlands gibt es ein Nord-Süd-Muster, wobei die niedrigste Sterblichkeit sich auf sächsische Regionen im Süden konzentriert – vor allem bei den Frauen weisen diese eine hohe Lebenserwartung auf.

Die Lebenserwartung scheint hier dem siedlungsstrukturellen Gefälle zu folgen, mit einer höheren Sterblichkeit im ländlichen Raum (*Mai* 2004). Dieses Phänomen tritt im Westen weniger deutlich auf. Die höchste weibliche Lebenserwartung bei Geburt wies im Jahr 2003 der Kreis Tübingen (83,6 Jahre) und die niedrigste der Kreis Pirmasens (76,7 Jahre) auf. Bei den Männern waren es ebenfalls Tübingen (79,6 Jahre) und der Kreis Hoyerswerda mit 71,0 Jahren.

3.3 Wanderungen

Neben Geburten und Sterbefällen bestimmen Wanderungen die Bevölkerungsentwicklung. Sie teilen sich auf in Außen- (über die Bundesgrenze) und Binnenwanderungen (innerhalb einer Staatsgrenze).[9] Zusammen ergeben diese die Gesamtwanderung eines Landes bzw. einer Region. Summiert man die Wanderungszahlen für den Zeitraum 1991 bis 2004, erhält man im Ländervergleich ein sehr differenziertes Bild (Abb. 10, Tab. 10). Das Verhältnis von Binnen- zu Außenwanderungssaldo in den Bundesländern ist durchaus unterschiedlich. Generell ist die Bedeutung der Zuwanderung aus dem Ausland in Westdeutschland um ein Vielfaches größer als in den neuen Bundesländern. Aber selbst die westdeutschen Länder weisen deutliche Unterschiede auf, zumindest in der absoluten Verteilung der Zuwanderung. Zwei Länder, nämlich Bayern und Rheinland-Pfalz, konnten sogar höhere Binnen- als Außenwanderungen aufweisen, während bei allen anderen Ländern der ausnahmslos positive Außenwanderungssaldo größer als der Binnenwanderungssaldo war. In Niedersachsen war das Außenwanderungsplus vor allem aufgrund des Aufnahmelagers Friedland[10] sehr hoch und lag mit fast 1,1 Millionen Personen an erster Stelle. Als nächstes Land folgte Nordrhein-Westfalen mit einem Außenwanderungsgewinn von 672 Tsd. Personen und Baden-Württemberg mit 527 Tsd. Zusammen mit Bayern (412 Tsd.) konnten diese vier Länder fast zwei Drittel der gesamten Zuwanderungsgewinne aus dem Ausland verbuchen. Die ausländischen Zuwanderungsgewinne in die übrigen Länder spielten in absoluten Zahlen ausgedrückt eine eher geringe Rolle.

Relativ betrachtet[11] verschiebt sich die Rangfolge beim Außenwanderungssaldo (vgl. Tab. 10). Nun rücken Länder wie Schleswig-Holstein und Hamburg in der Rangfolge höher; Niedersachsen bleibt allerdings an der Spitze auch der relativ gemessenen Zuwanderung. Die geringste Zuwanderung aus dem Ausland (relativ wie auch absolut) wiesen dagegen die ostdeutschen Länder auf, mit nur 23 bis 27 Zuwanderern je 1.000 Einwohner (Ausnahme: Brandenburg mit 54,0).

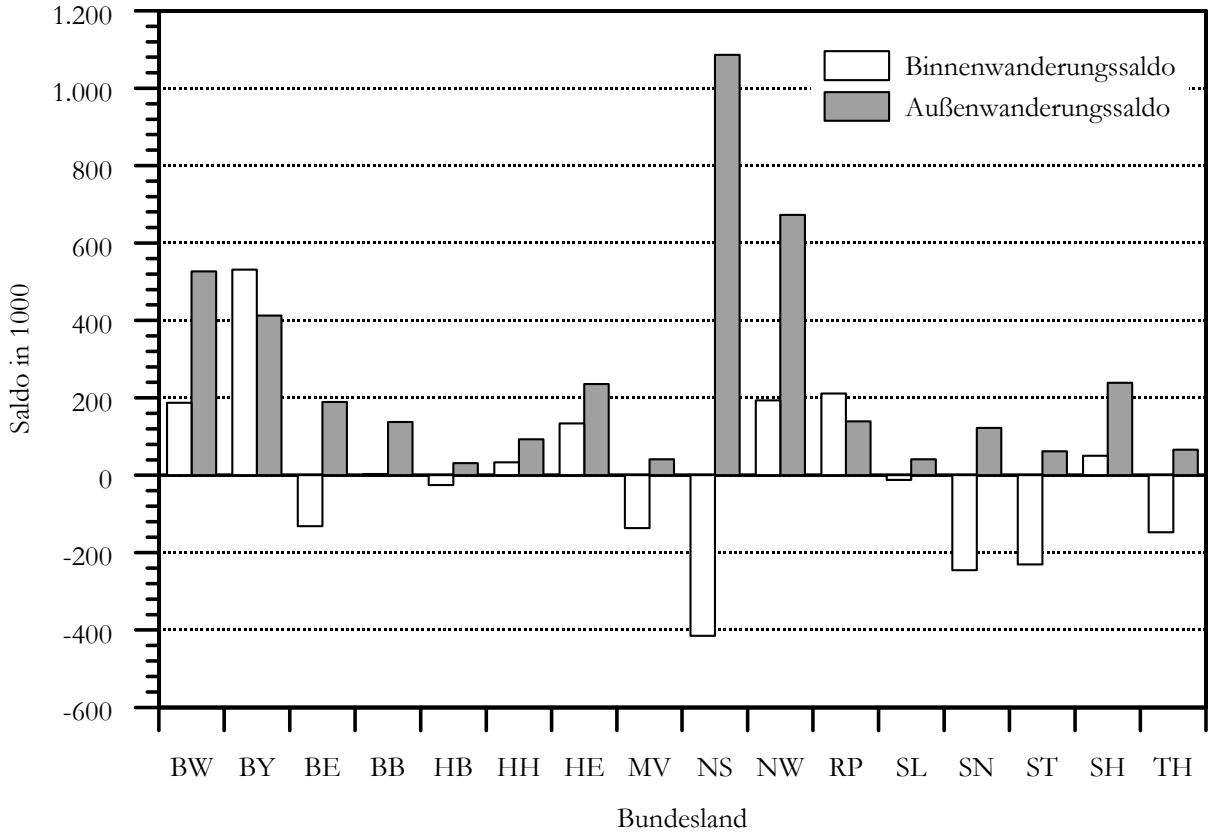
---

9 Vgl. ausführlicher Teil B.

10 Zuzüge von Spätaussiedlern gelten in der Statistik als Zuzüge aus dem Ausland.

11 Verwendet wurden hierfür Saldoraten, die den Saldo auf je 1.000 der Bevölkerung beziehen.

Abb. 10: Binnen- und Außensaldo 1991-2004 (in 1.000)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

Der Binnenwanderungssaldo zeigt ein noch weniger einheitliches Bild. Ein Grund ist, dass innerhalb eines Staates jeder Binnenzuzug auch ein Binnenfortzug sein muss, der Saldo für ganz Deutschland in der Summe also immer ausgeglichen ist. Entsprechend dieser Logik teilt sich das Binnenwanderungsgeschehen Deutschlands auf die Länder auf und produziert so Zuzugs- und Fortzugsländer. Allein Bayern wies zwischen 1991 und 2004 netto über eine halbe Million Binnenzuzüge auf; weit dahinter stehen Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen an zweiter und dritter Stelle mit 211 bzw. 193 Tsd. Personen Netto-Zuwanderung. Pro Einwohner waren seit 1991 ebenfalls vor allem Rheinland-Pfalz und Bayern Binnenwanderungsgewinner (53 bzw. 44 je 1.000 Einwohner), gefolgt von Hessen, Hamburg, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Im Westen hatten nur das Saarland und Bremen negative Binnenwanderungssalden, außerdem Niedersachsen aufgrund der vielen Fortzüge von Spätaussiedlern infolge ihrer Verteilung auf die einzelnen Bundesländer. Die übrigen Binnenwanderungsverluste verteilen sich auf die ostdeutschen Länder, mit Ausnahme Brandenburgs, das durch die vielen Zuzüge aus Berlin leichte Gewinne verbuchen konnte. Relativ betrachtet verloren vor allem Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern Einwohner durch Binnenfortzüge (-86 bzw. -75 je 1.000 Einwohner) (Tab. 10).

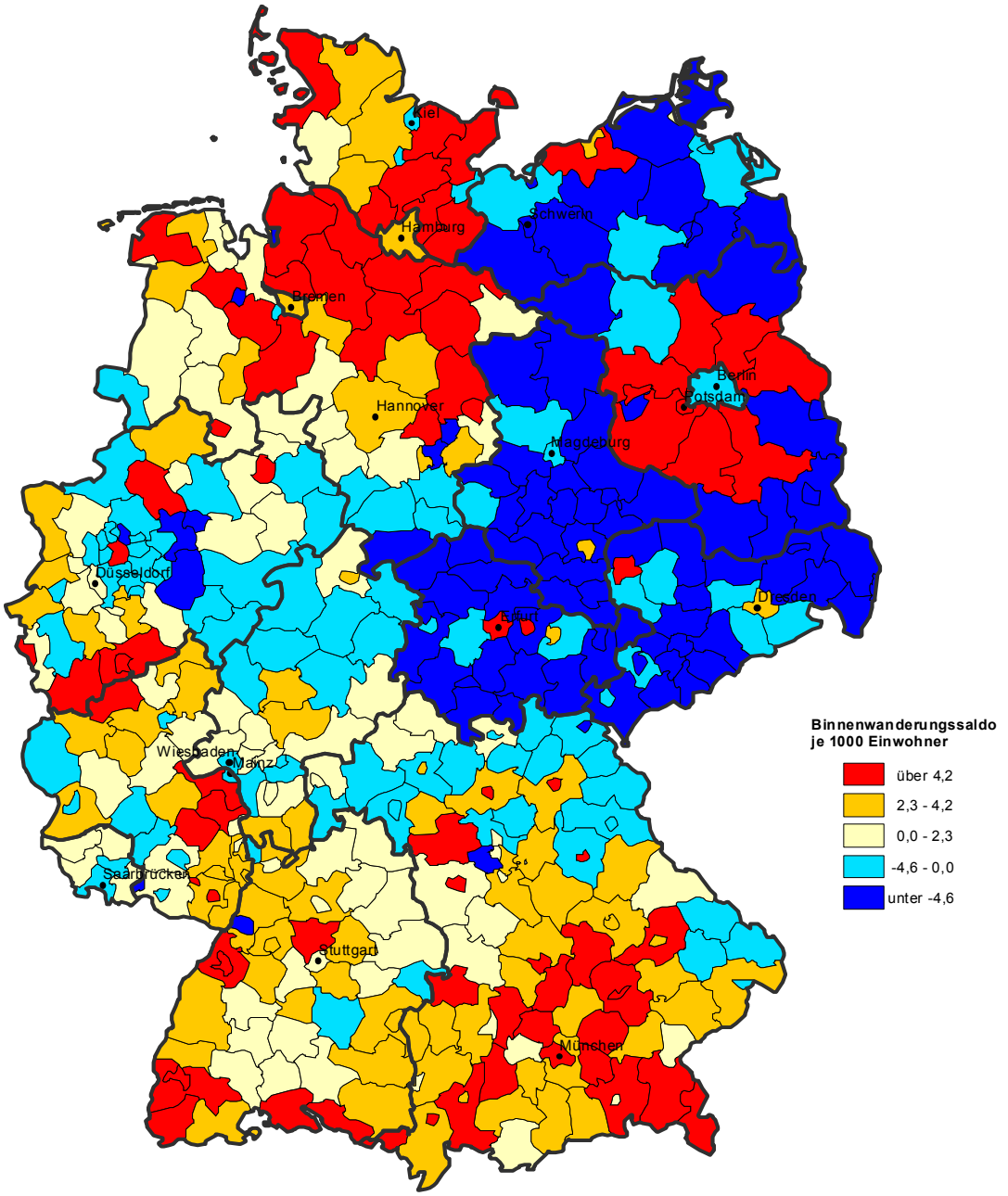
Tab. 10: Binnen- und Außenwanderungen nach Ländern, 1991-2004 (absolut und je 1.000 Einwohner)

Land	Binnensaldo	Außensaldo	Gesamtwanderungssaldo	Binnensaldo je 1.000	Außensaldo je 1.000	Gesamtwanderungssaldo je 1.000	Rang
			1991-2004				
BW	187,4	527,0	714,4	17,9	51,7	69,6	6
BY	531,0	412,5	943,5	44,0	34,9	78,9	4
BE	-131,4	189,2	57,8	-38,3	55,0	16,7	11
BB	3,5	138,0	141,6	1,2	54,0	55,3	8
HB	-24,9	31,1	6,2	-36,9	46,2	9,3	12
HH	33,5	93,2	126,7	19,5	55,1	74,7	5
HE	133,4	235,9	369,3	22,3	39,9	62,2	7
MV	-136,1	41,2	-94,8	-74,9	22,6	-52,3	15
NS	-415,4	1086,1	670,8	-52,3	139,3	87,0	3
NR	193,3	672,5	865,8	10,9	37,9	48,7	9
RP	211,1	139,4	350,4	53,5	35,7	89,2	2
SL	-12,3	41,1	28,8	-11,4	38,1	26,7	10
SN	-245,5	122,0	-123,4	-54,2	26,8	-27,4	13
ST	-230,8	62,3	-168,4	-86,2	22,7	-63,5	16
SH	50,1	238,9	289,0	17,1	88,9	106,1	1
TH	-147,0	66,0	-81,1	-59,3	26,3	-33,0	14
			2004				
BW	26,9	4,3	31,2	2,5	0,4	2,9	6
BY	34,2	12,2	46,4	2,8	1,0	3,7	4
BE	-7,0	7,5	0,5	-2,1	2,2	0,1	12
BB	-0,5	1,5	1,0	-0,2	0,6	0,4	11
HB	0,7	2,4	3,1	1,0	3,7	4,7	1
HH	5,3	2,4	7,7	3,1	1,4	4,4	3
HE	4,5	0,1	4,6	0,7	0,0	0,8	10
MV	-9,7	2,1	-7,6	-5,6	1,2	-4,3	15
NS	-50,8	78,5	27,7	-6,4	9,8	3,5	5
NR	17,6	16,6	34,2	1,0	0,9	1,9	8
RP	8,5	2,3	10,8	2,1	0,6	2,7	7
SL	0,0	1,6	1,6	0,0	1,5	1,5	9
SN	-13,6	4,6	-9,0	-3,1	1,1	-2,1	13
ST	-16,0	2,8	-13,2	-6,3	1,1	-5,2	16
SH	10,8	2,2	13,0	3,8	0,8	4,6	2
TH	-10,8	1,4	-9,5	-4,6	0,6	-4,0	14

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

Die Bilanz, also der Gewinn/Verlust aus beiden Wanderungsbewegungen, lässt sich ebenfalls Tabelle 10 entnehmen. 1991 bis 2004 wanderten die meisten Menschen aus dem Ausland und dem übrigen Deutschland nach Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen (106, 89 und 87 Personen je 1.000 Einwohner). Auf den letzten Plätzen finden sich allesamt ostdeutsche Länder. Bis auf Brandenburg konnte dort die geringe Auslandszuwanderung die Binnenabwanderung nicht ausgleichen. Im letzten Untersuchungsjahr 2004 hat sich die Struktur bzw. Rangfolge der Länder im Wanderungsgeschehen nicht wesentlich verändert. Auch in diesem Jahr weisen nur die neuen Bundesländer (wiederum mit Ausnahme von Brandenburg) einen Abwanderungsüberschuss auf. Bremen konnte sich dagegen an die erste Stelle mit der höchsten Zuwanderung setzen, gefolgt von Schleswig-Holstein und Hamburg (Tab. 10).

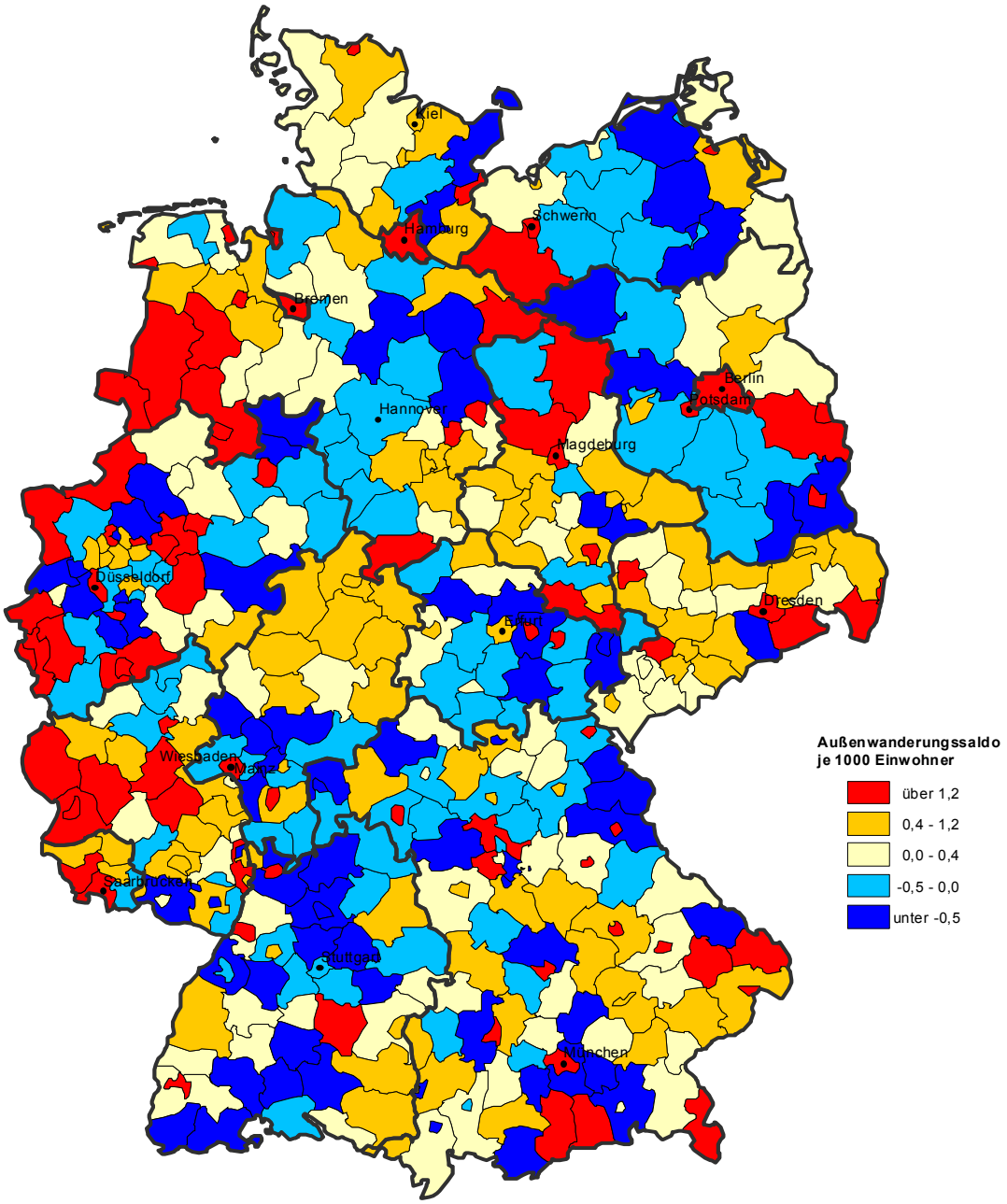
Karte 4: Binnenwanderungssaldo nach Kreisen, 2003



Datenquelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (INKAR 2005)

Das kleinräumig differenzierte Muster der Wanderungen kommt in den Karten 4 und 5 zum Ausdruck. Der Binnenwanderungssaldo ist regional erwartungsgemäß sehr unterschiedlich (Karte 4). Deutlich tritt der Gegensatz zwischen Ostdeutschland als Abwanderungsregion und Teilen des Westens als Zuzugsgebieten hervor. Die wichtigsten davon sind jedoch relativ konzentriert auf wenige Regionen, nämlich das Umland von Hamburg, Bremen, Köln/Bonn, Berlin, Stuttgart, das südliche Baden und vor allem der Großraum München. Die stärkste Zuwanderung ist demnach geprägt vom anhaltenden Trend der Suburbanisierung, der Abwanderung von der Stadt ins Umland. Daneben spielen aber auch großräumigere Wanderungen eine Rolle (vgl. Teil B).

Karte 5: Außenwanderungssaldo nach Kreisen, 2003



Datenquelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (INKAR 2005)

Karte 5 mit dem Außenwanderungssaldo zeigt ein gänzlich anderes Muster. Die Zuwanderung aus dem Ausland konzentriert sich hier weniger auf das Umland, sondern auf die größeren Städte bzw. Agglomerationen, während der ländliche Raum geringe Zuwanderung erfährt. Die Außenwanderung ist damit räumlich sehr viel konzentrierter.

3.4 Bilanz

Fasst man die erläuterten regionalen Prozesse der Bevölkerungsdynamik zusammen, so kann man zwei gegensätzliche Trends seit 1991 abgrenzen: Bevölkerungswachstum einerseits (Westdeutschland) und Schrumpfung der Bevölkerung andererseits (Ostdeutschland). Der Übersichtlichkeit halber bieten sich für eine weitere Analyse Gruppen an, zu denen die Bundesländer zusammengefasst werden (vgl. *Bucher/Heins* 2001), bevor auf die länderspezifischen Entwicklungen

eingegangen wird. Eine solche Gruppierung trägt der räumlichen und strukturellen Nähe der Länder Rechnung und veranschaulicht die wesentlichen Trends. Im Folgenden wurden vier Ländergruppen verwendet:

- *Nord*: Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen;
- *Mitte*: Nordrhein-Westfalen, Hessen, Saarland, Rheinland-Pfalz;
- *Süd*: Baden-Württemberg, Bayern;
- *Ost*: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, Berlin.

Die demographische Zweiteilung Deutschlands (vgl. Tab. 11) lässt sich wie folgt in Zahlen ausdrücken: Westdeutschlands Bevölkerung wuchs innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 um 4,1 Millionen deutlich im Bestand an, Ostdeutschlands Bevölkerung schrumpfte dagegen um 1,3 Millionen. Das Wachstum im Westen verteilte sich jedoch ungleich auf die Ländergruppen: fast die Hälfte des Gesamtzuwachses entfiel auf die beiden Südländer, während Mitte und Nord nur ca. 1,3 bzw. 0,9 Millionen mehr Einwohner verbuchen konnten. Der hohe Zuwanderungsgewinn aus dem Ausland war im Westen gleichmäßiger verteilt: insgesamt 1,4 Millionen Personen wanderten aus dem Ausland nach Norddeutschland, 1,1 Millionen nach Mitte und 0,9 Millionen nach Süddeutschland.

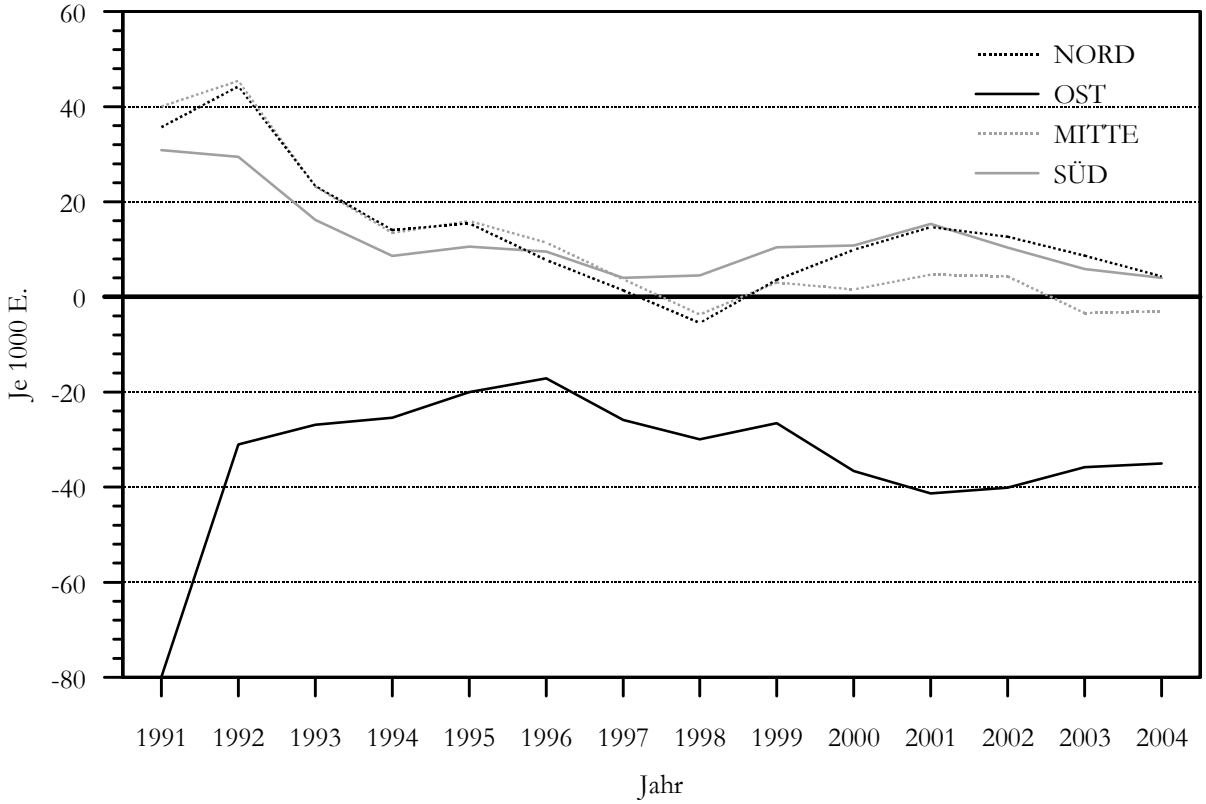
Die Binnenwanderung übte in Mitte, Nord und Süd (sowie in Berlin) einen größeren Einfluss auf die Bevölkerungsdynamik aus als die natürliche Bevölkerungsentwicklung. In Ostdeutschland war es umgekehrt – allerdings regional differenziert. Das Zuwanderungsplus aus dem Osten (+887 Tsd.) konnte das westdeutsche Geburtendefizit (-225 Tsd.) mehrfach kompensieren. Die westdeutsche Bevölkerungsschrumpfung infolge von Sterbeüberschüssen konnte also durch Binnenwanderungsgewinne ausgeglichen werden, hinzu kam die hohe Zuwanderung aus dem Ausland. Umgekehrt trug die Binnenabwanderung aus Ostdeutschland gen Westen zu einer stärkeren Alterung und Schrumpfung der ostdeutschen Bevölkerung bei und verstärkte das Geburtendefizit (-1.092 Tsd.; vgl. Teil B). Im Westen wiesen die Ländergruppen Nord und Mitte ebenfalls Geburtendefizite auf (-177 und -279 Tsd.); der Süden dagegen hatte 1991 bis 2004 noch Geburtenüberschüsse (231 Tsd.) (Tab. 11).

Tab. 11: Komponenten der Bevölkerungsdynamik nach Ländergruppen, 1991-2004 (in 1.000 Personen)

	Natürlicher Saldo	Binnensaldo	Außensaldo	Bilanz
West	-224,9	887,2	3.477,8	4.140,1
...Nord	-177,3	-356,7	1.449,4	915,3
...Mitte	-278,9	525,5	1.088,8	1.335,5
...Süd	231,3	718,4	939,6	1.889,3
Ost	-1.091,9	-887,2	618,8	-1.313,1
...Berlin	-105,1	-131,4	189,2	-47,3

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: Berechnung: R. Mai

Abb. 11: Gesamtsaldo der Bevölkerungsentwicklung nach Ländergruppen, 1991-2004 (Wachstumsrate je 1.000 Einwohner)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: Berechnung: R. Mai

Betrachtet man die zeitliche Dynamik der Bevölkerungsbilanz nach Ländergruppen, so wird nochmals die regionale Zweiteilung seit 1991 deutlich (Abb. 11). Während die westlichen Länder bis Mitte der 1990er Jahre noch spürbare Zuwächse ihrer Bevölkerung verzeichnen konnten, flachte dies danach immer mehr ab. In den letzten Jahren gab es in Westdeutschland ein recht geringes Bevölkerungswachstum, das zudem seit 2001 wieder zurückgeht. Die Mitte-Länder haben seit den letzten zwei Jahren sogar eine abnehmende Bevölkerung. In Ostdeutschland schrumpfte die Bevölkerung durchweg, wobei von 1992 bis Mitte der 1990er Jahre die Abnahme geringer wurde. Inwieweit sich der seit den drei letzten Jahren erkennbare, leicht stärker gewordene Trend einer geringeren Schrumpfung fortsetzt, muss abgewartet werden, er könnte nämlich lediglich auf einen altersstrukturellen Effekt zurückzuführen sein.

Eine weitere Möglichkeit, die Bevölkerungsdynamik und ihre Komponenten regional zu vergleichen, ist die Einteilung in acht Typen („Webb-Systematik"; vgl. *Webb* 1963):

A: Geburtenüberschüsse größer als Wanderungsverluste → Zunahme

B: Geburtenüberschüsse größer als Wanderungsgewinne → Zunahme

C: Wanderungsgewinne größer als Geburtenüberschüsse → Zunahme

D: Wanderungsgewinne größer als Sterbeüberschüsse → Zunahme

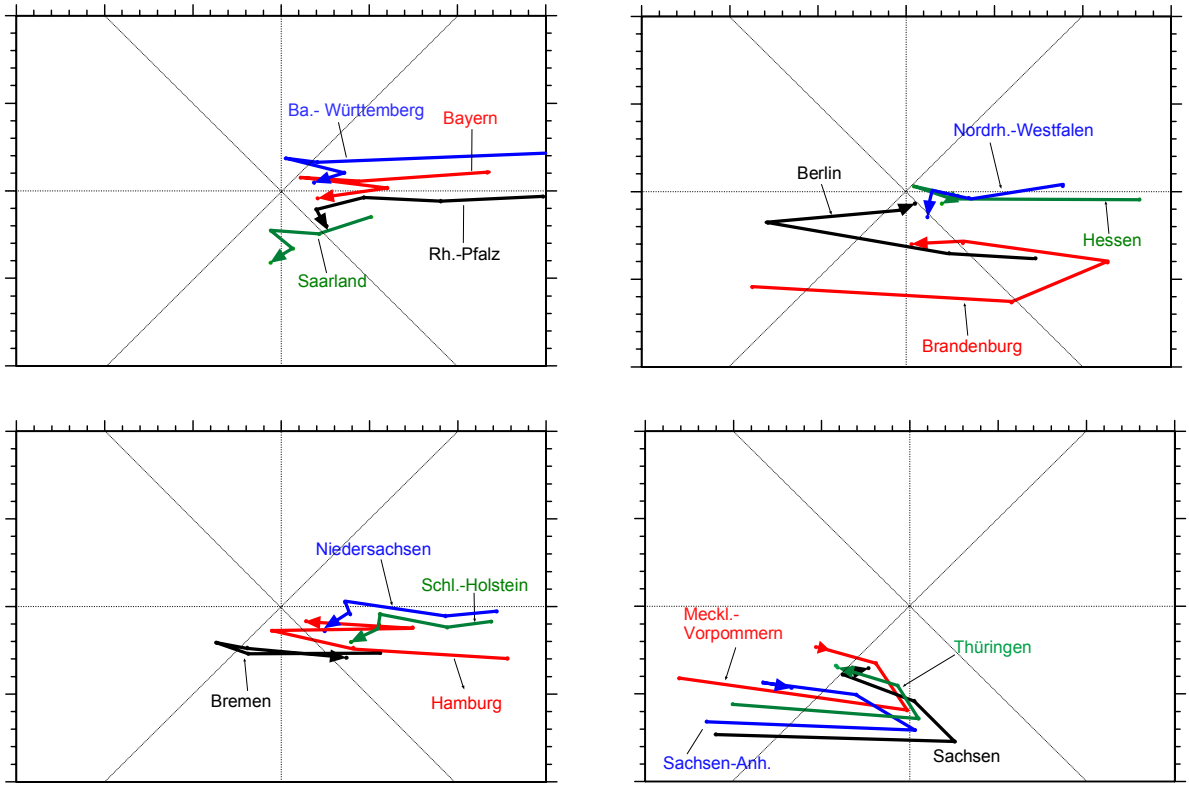
E: Sterbeüberschüsse größer als Wanderungsgewinne → Abnahme

F: Sterbeüberschüsse größer als Wanderungsverluste → Abnahme

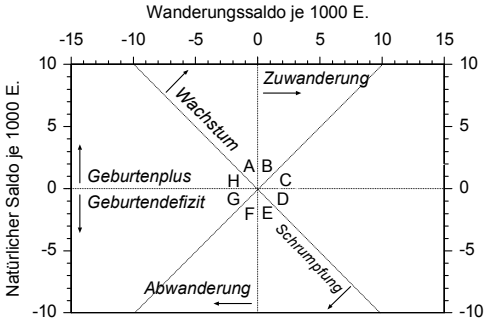
G: Wanderungsverluste größer als Sterbeüberschüsse → Abnahme

H: Wanderungsverluste größer als Geburtenüberschüsse. → Abnahme.

Abb. 12: Komponenten der Bevölkerungsdynamik im zeitlichen Verlauf, 1991-2004



Legende:



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

Anhand dieser Typen lässt sich die Art der Veränderung im Bevölkerungsbestand unmittelbar darstellen. Abbildung 12 zeigt, welche Länder im Bevölkerungsbestand abgenommen und welche hinzugewonnen haben (bezogen auf 1.000 der Bevölkerung). Zudem sieht man, wie stark die Länder durch einen positiven oder negativen natürlichen Saldo gekennzeichnet sind. Schließlich ist die Dimension Zeit integriert mit den Jahren 1991, 1994, 1997, 2000 und 2004. Die Grafiken erlauben es anhand der Pfeillinien der Zeitpunkte und ihrer Richtung, den bevölkerungsdynamischen Pfad der jeweiligen Länder zu verfolgen.[12] Der besseren Übersichtlichkeit halber sind die Länder teilweise nicht nach den oben angeführten Gruppen grafisch eingeteilt.

Die Diagramme in Abbildung 12 geben, im Gegensatz zu den zuvor gezeigten aggregierten Werten, einen Eindruck von der zeitlichen Unregelmäßigkeit der demographischen Prozesse. Die Bevölkerungsentwicklung der Länder war von 1991 bis 2004 von einer recht großen Dynamik

[12] Durch die Darstellung von lediglich fünf Zeitpunkten ist der Kurvenverlauf u.U. geglättet, eventuelle Schwankungen werden nicht angezeigt. Allerdings dürften sich diese in einem relativ kleinen Rahmen bewegen.

und einem oft abrupten Wechsel der bestimmenden Komponenten gekennzeichnet. Es lassen sich verallgemeinert folgende Muster unterscheiden:

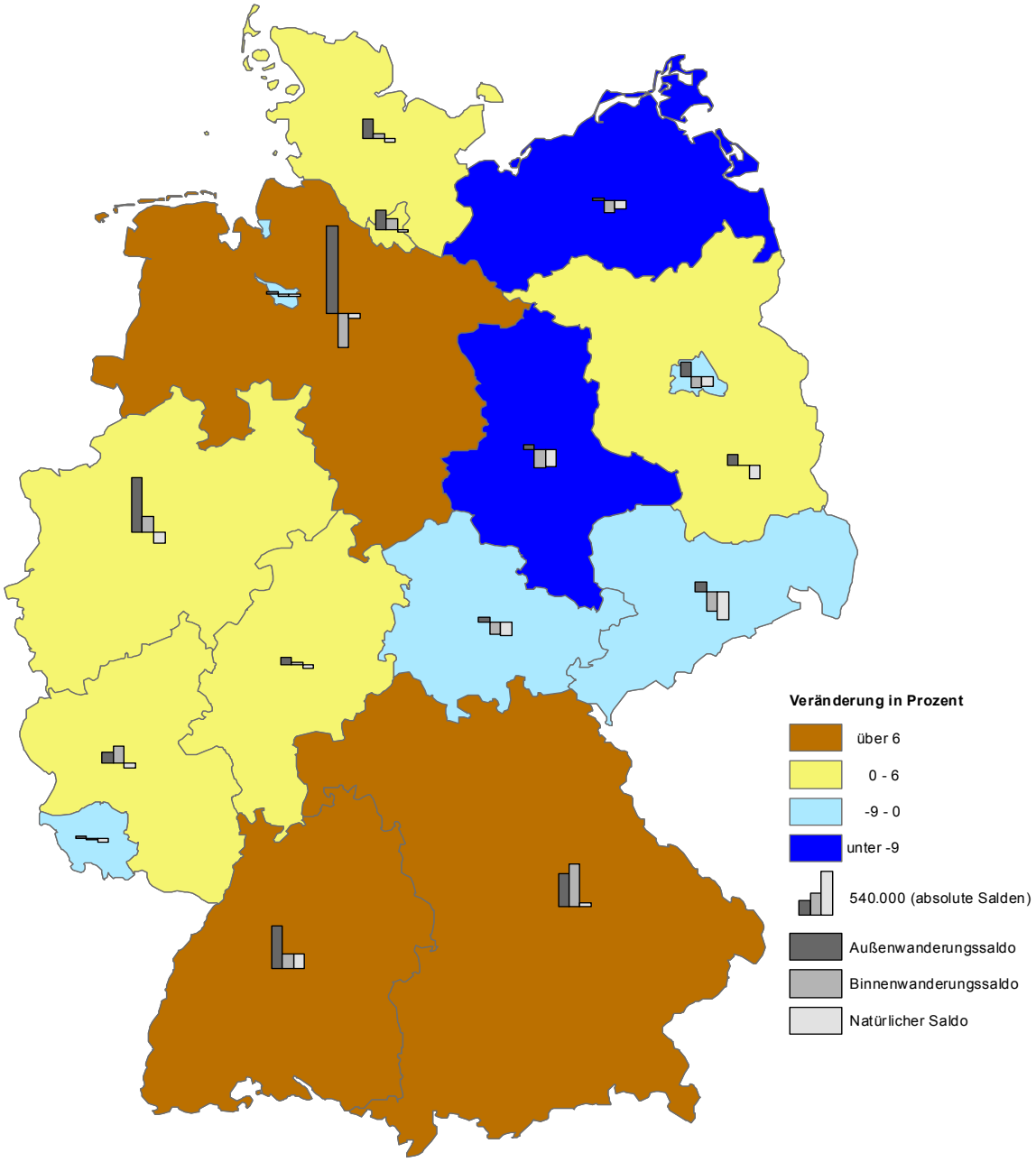
- Die westdeutschen Flächenstaaten weisen durchgängig ein Wachstum der Bevölkerung auf, das sich allerdings in den letzten Jahren immer stärker an die Grenze zur Schrumpfung hin bewegte. Die Zuwanderungsgewinne seit 1991 haben merklich abgenommen. Bayern und Baden-Württemberg bilden eine Untergruppe, weil sie einen leicht positiven natürlichen Saldo aufweisen (Bayern allerdings seit kurzem nicht mehr). In beiden Ländern gab es zudem ab 1997 eine kleine Trendumkehr, weil die Zuwanderung wieder anstieg. Allerdings hielt dies nur wenige Jahre an. Die übrigen Länder verzeichneten Sterbeüberschusse.
- Die neuen Bundesländer weisen im Zeitverlauf einen durchweg negativen natürlichen Saldo auf, der sich allerdings etwas abgemildert hat. Die anfänglich hohe Abwanderung wurde in den 1990er Jahren geringer, stieg in den anschließenden Jahren wieder an, und flaut seit kurzem wieder ab. Brandenburg bildet hier einen Sonderfall mit einem starken Einfluss von Wanderungsgewinnen auf die Bevölkerungsdynamik und infolgedessen mehrjährigem Bevölkerungswachstum.[13]
- Die westdeutschen Stadtstaaten und das Saarland weisen in ihrem Verlauf eigenständige Muster auf, wobei bei den Stadtstaaten die Wanderungen einen ungleich größeren Einfluss auf die Bevölkerungsdynamik hatten. Diese hatte relativ unstetige zeitliche Verläufe. Das Saarland dagegen veränderte seine Dynamik im Zeitverlauf relativ wenig und rutschte langsam vom Bevölkerungswachstum in die Bevölkerungsabnahme. Es wies 2004 einen bei beiden Komponenten negativen Saldo auf.

Karte 6 schlüsselt die Komponenten der Bevölkerungsdynamik für den Zeitraum 1991 bis 2004 nochmals nach Ländern auf. Westdeutschland (mit Ausnahme Bremens und des Saarlandes) gewann seit der Wiedervereinigung an Bevölkerung hinzu, wobei nur Bayern und Baden-Württemberg in diesem Zeitraum noch Geburtenüberschüsse aufwiesen. Vor allem Ostdeutschland, aber auch Niedersachsen verloren Einwohner durch Binnenabwanderung. Außenwanderungsgewinne waren in jedem Bundesland zu beobachten. Diese waren meist der alleinige Faktor für ein Wachstum der Bevölkerung – allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. In Ostdeutschland gab es eine Zweiteilung der schrumpfenden Länder: In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Berlin war die Binnenabwanderung größer als die Sterbeüberschüsse; in Sachsen, Brandenburg und Thüringen hatte das Geburtendefizit ein größeres Gewicht. Im Westen waren in Bayern und Rheinland-Pfalz Zuzüge aus dem Bundesgebiet zahlreicher als diejenigen aus dem Ausland; sie waren die Hauptzielländer der Binnenwanderungen. Bayern und Baden-Württemberg wiesen als einzige Länder Geburtenüberschüsse auf, zudem war Baden-Württemberg in diesem Zeitraum das einzige Bundesland, in dem die Geburtenüberschüsse höher als die Binnenwanderungsgewinne waren.

---

13 Vgl. Kapitel 4.4.

Karte 6: Prozentuale Bevölkerungsveränderung und Komponenten der Bevölkerungsentwicklung, 1991-2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

Bezogen auf die Bevölkerungsgröße konnte in der Summe der Jahre 1991 bis 2004 Schleswig-Holstein den stärksten Zuwachs verbuchen, nämlich 89 Personen je 1.000 Einwohner (Tab. 12). Die beiden Süd-Länder Baden-Württemberg und Bayern folgen mit einem Zuwachs von 87 bzw. 83 Personen je 1.000 Einwohner. Auf den letzten Plätzen liegen, wie zu erwarten, die ostdeutschen Länder mit einer Bevölkerungsabnahme. Sachsen-Anhalt schrumpfte um 142, Sachsen um 106, Mecklenburg-Vorpommern um 104 und Thüringen um 99 Personen je 1.000 Einwohner. Nur Brandenburg bildete aufgrund der starken Zuwanderung (s.o.) eine Ausnahme und nahm um „nur“ 6,4 Personen je 1.000 ab (9. Platz). Im letzten Untersuchungsjahr 2004 hat sich Baden-Württemberg mit einer Gesamtsaldorate von 2,3 je 1.000 Einwohner an die erste Stelle gescho-

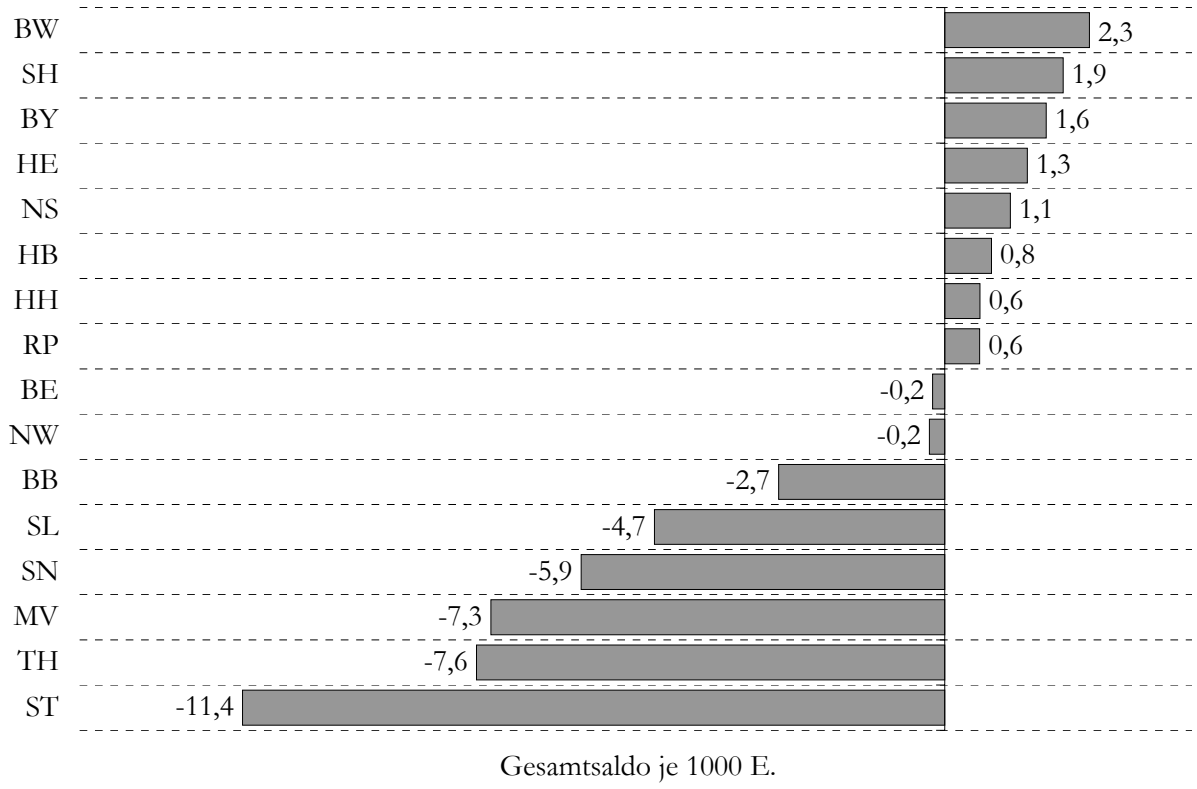
ben; dem folgen Schleswig-Holstein und Bayern (1,9 bzw. 1,6 je 1.000 Einwohner). Die ostdeutschen Länder finden sich auch in diesem Jahr am unteren Ende der Skala (Tab. 12 und Abb. 13).

Tab. 12: Komponenten der Bevölkerungsdynamik nach Ländern, 1991-2004 (absolut und je 1.000 Einwohner)

Land	Natürlicher Saldo	Wanderungs-saldo	Gesamtsaldo	Natürliche Saldorate	Wanderungs-saldorate	Gesamt-saldorate	Rang (GS-Rate)
			1991-2004				
BW	181.148	714.409	895.557	17,6	69,6	87,3	2
BY	50.165	943.528	993.693	4,3	78,9	83,2	3
BE	-105.113	57.835	-47.278	-30,5	16,7	-13,9	10
BB	-157.934	141.557	-16.377	-61,7	55,3	-6,4	9
HB	-24.435	6.234	-18.201	-36,4	9,3	-27,1	12
HH	-43.758	126.650	82.892	-25,7	74,7	48,9	7
HE	-36.269	369.337	333.068	-6,0	62,2	56,2	6
MV	-93.623	-94.848	-188.471	-51,4	-52,3	-103,8	14
NS	-62.936	670.788	607.852	-8,0	87,0	79,0	4
NW	-140.667	865.827	725.160	-7,8	48,7	41,0	8
RP	-56.705	350.440	293.735	-14,1	89,2	75,1	5
SL	-45.275	28.781	-16.494	-42,2	26,7	-15,5	11
SN	-357.438	-123.445	-480.883	-78,7	-27,4	-106,1	15
ST	-212.408	-168.440	-380.848	-78,6	-63,5	-142,1	16
SH	-46.210	289.001	242.791	-16,7	106,1	89,3	1
TH	-165.419	-81.088	-246.507	-66,5	-33,0	-99,5	13
			2004				
BW	5.009	20.065	25.074	0,5	1,9	2,3	1
BY	-5.296	25.752	20.456	-0,4	2,1	1,6	3
BE	-2.346	1.686	-660	-0,7	0,5	-0,2	9
BB	-7.711	808	-6.903	-3,0	0,3	-2,7	11
HB	-1.939	2.442	503	-2,9	3,7	0,8	6
HH	-1.459	2.451	992	-0,8	1,4	0,6	7
HE	-4.175	12.335	8.160	-0,7	2,0	1,3	4
MV	-4.089	-8.584	-12.673	-2,4	-5,0	-7,3	14
NS	-11.116	19.600	8.484	-1,4	2,5	1,1	5
NW	-26.395	21.888	-4.507	-1,5	1,2	-0,2	10
RP	-8.142	10.445	2.303	-2,0	2,6	0,6	8
SL	-4.355	-621	-4.976	-4,1	-0,6	-4,7	12
SN	-15.210	-10.144	-25.354	-3,5	-2,4	-5,9	13
ST	-11.671	-16.833	-28.504	-4,7	-6,7	-11,4	16
SH	-5.739	11.153	5.414	-2,0	3,9	1,9	2
TH	-8.015	-9.899	-17.914	-3,4	-4,2	-7,6	15

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

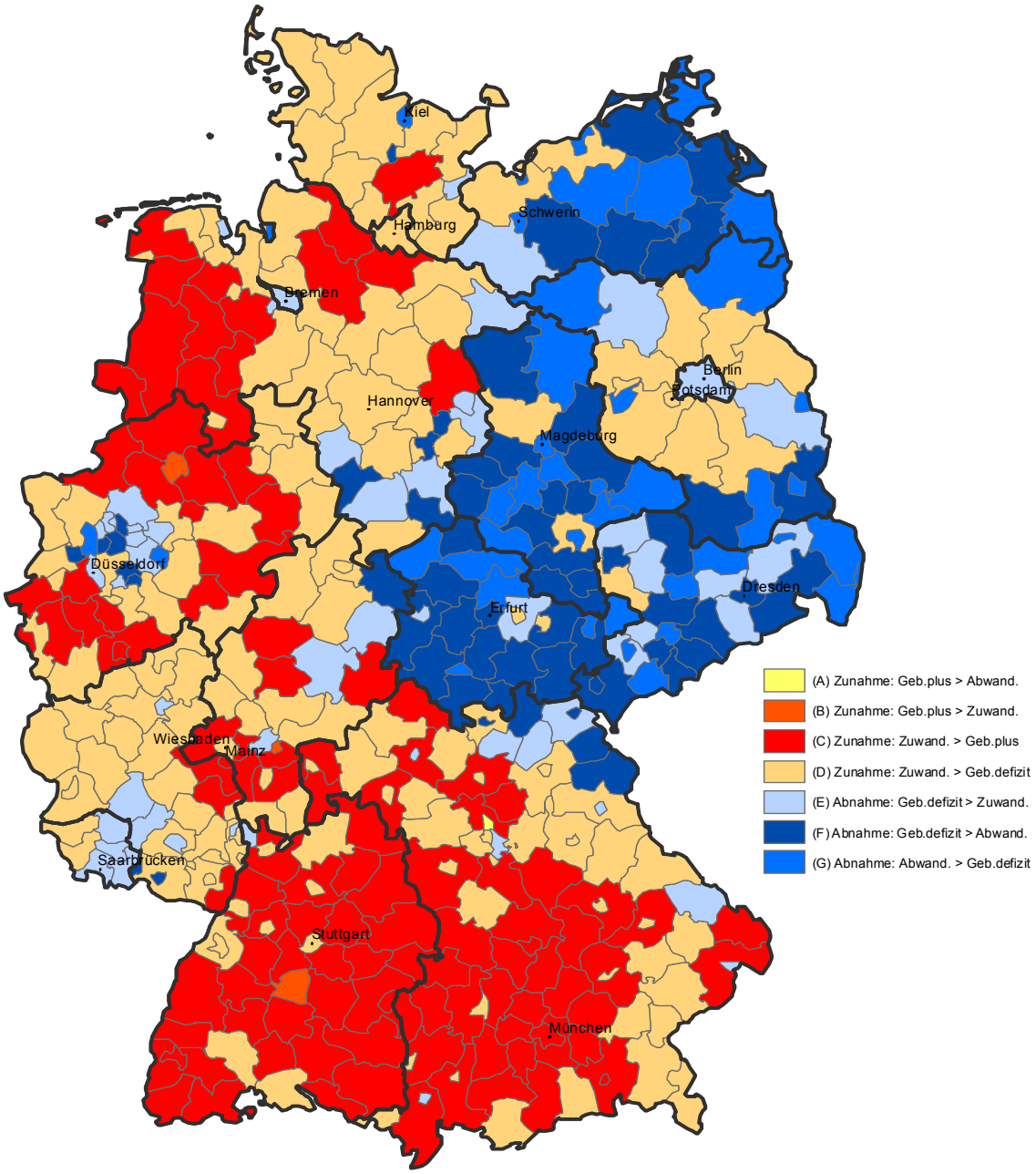
Abb. 13: Rangfolge der Bevölkerungsdynamik, 2004 (Gesamtsaldo je 1.000 E.)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

Die oben angesprochene Zweiteilung Deutschlands zeigt auf einer kleinräumigeren Ebene noch aufschlussreichere Muster (vgl. *Bucher/Schlömer/Lackmann* 2004). Karte 7 zeigt hierfür die oben angeführte Webb-Klassifikation für die Kreise in Deutschland und den Zeitraum von 1991 bis 2003 (die letzte Klasse „H" ist dabei nicht besetzt). Deutlich wird der Gegensatz zwischen Wachstum und Schrumpfung in Ost und West. Allerdings ist auch offensichtlich, dass im Westen viele Kreise in den letzten Jahren bereits einen Sterbeüberschuss verbuchen mussten, der oft aber noch durch die Zuwanderung ausgeglichen wurde. Vor allem im Süden, aber auch in West-Niedersachsen und Westfalen fanden sich Kreise mit Geburtenüberschüssen. Diese resultierten allerdings weniger aus einem hohen Geburtenniveau, sondern mehr aus altersstrukturellen Effekten. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann diese Kreise ebenfalls eine negative natürliche Bevölkerungsentwicklung aufweisen werden. Zuwanderung gab es dagegen in fast allen westdeutschen Kreisen, mit Ausnahme etwa von Teilen des Ruhrgebiets oder einzelnen strukturschwachen Städten. Einzig in Erlangen konnte ein Geburtenüberschuss die Abwanderung ausgleichen – jedoch ist dies wohl eher eine Momentaufnahme und den dortigen speziellen Umständen geschuldet (großer Wanderungsumschlag aufgrund der Universität etc.).

Karte 7: Komponenten der Bevölkerungsdynamik nach Kreisen, 1991-2003



Datenquelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (INKAR 2005)

4 Die demographische Entwicklung in den Bundesländern unter besonderer Berücksichtigung ihrer Wirtschaftsprofile

Im Folgenden werden die Bundesländer mit ihrem jeweiligen Wirtschaftsprofil[14] und ihrer demographischen Entwicklung im Einzelnen vorgestellt und, soweit wie möglich, mit der Gesamtentwicklung in Deutschland verglichen. Abschließend wird ein Ausblick auf das Jahr 2050 vorgenommen. Vorab wird in Tabelle 13 ein Überblick über die Rangfolge der Bundesländer hinsichtlich ihrer Bevölkerungszahl am Ende des Jahres 2004 gegeben.

Mit 18,1 Millionen Einwohnern ist Nordrhein-Westfalen das bevölkerungsreichste Land Deutschlands. Dem folgen Bayern mit 12,4 Millionen und Baden-Württemberg mit 10,7 Millionen Einwohnern. Der Stadtstaat Bremen weist dahingegen mit 663,2 Tausend Menschen den geringsten Bevölkerungsstand auf. Bis auf Sachsen, das mit 4,3 Millionen Einwohnern einen der mittleren Plätze (6) einnimmt, stehen die ostdeutschen Bundesländer gemeinsam mit Hamburg und dem Saarland am Ende der Hierarchie (Tab. 13).

Tab. 13: Die Bevölkerung am Jahresende 2004 in den Bundesländern

	in 1.000	Anteil*
Deutschland	*82.500,8*	*100,0*
Nordrhein-Westfalen	18.075,4	21,9
Bayern	12.443,9	15,1
Baden-Württemberg	10.717,4	13,0
Niedersachsen	8.000,9	9,7
Hessen	6.097,8	7,4
Sachsen	4.296,3	5,2
Rheinland-Pfalz	4.061,1	4,9
Berlin	3.387,8	4,1
Schleswig-Holstein	2.828,8	3,4
Brandenburg	2.567,7	3,1
Sachsen-Anhalt	2.494,4	3,0
Thüringen	2.355,3	2,9
Hamburg	1.734,8	2,1
Mecklenburg-Vorpommern	1.719,7	2,1
Saarland	1.056,4	1,3
Bremen	663,2	0,8

* Je 100 der Gesamtbevölkerung Deutschlands

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: J. Roloff

[14] Im Anhang werden die in den Wirtschaftsprofilen verwendeten Indikatoren erläutert sowie einer kritischen Betrachtung unterzogen. Zudem werden Abbildungen zu den Wirtschaftsdaten im Ländervergleich vorgestellt.

4.1 Baden-Württemberg

4.1.1 Wirtschaftsprofil

Die allgemeine Wirtschaftsentwicklung, gemessen an der Veränderung des Bruttoinlandsprodukts[15] (BIP) gegenüber dem Vorjahr, war in der Schwächephase Anfang der 1990er Jahre stärker ausgeprägt als im gesamten Bundesgebiet. Von 1992 bis 1993 betrug der Rückgang in Baden-Württemberg 4,7 %, dagegen im gesamten Bundesgebiet nur 1,1 % bzw. 2,6 % in den alten Bundesländern. Positive Wachstumsraten waren dann zwischen 1994 und 2002 zu beobachten, wobei die Entwicklung in Baden-Württemberg etwas günstiger verlief als in Deutschland. Die Jahresleistung im Jahr 2002 war um 15 % höher als im Jahr 1994, im Vergleich dazu ist in der Bundesrepublik das reale BIP um 12 %, in den alten Ländern um 13 % gewachsen. Auch im neuen Jahrtausend gab es eine wirtschaftliche Schwächephase, die ebenfalls in Baden-Württemberg stärker ausgeprägt war als im gesamten Bundesgebiet (Abb. 14).

Innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes von 1991 bis 2004 ist das BIP in Baden-Württemberg um 15 %, demgegenüber in Deutschland um 18 % bzw. 15 % in den alten Bundesländern gestiegen.

Im Jahr 2004 betrug das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Baden-Württemberg 27.300 Euro. Damit lag es deutlich über dem Bundesdurchschnitt (24.438 Euro).

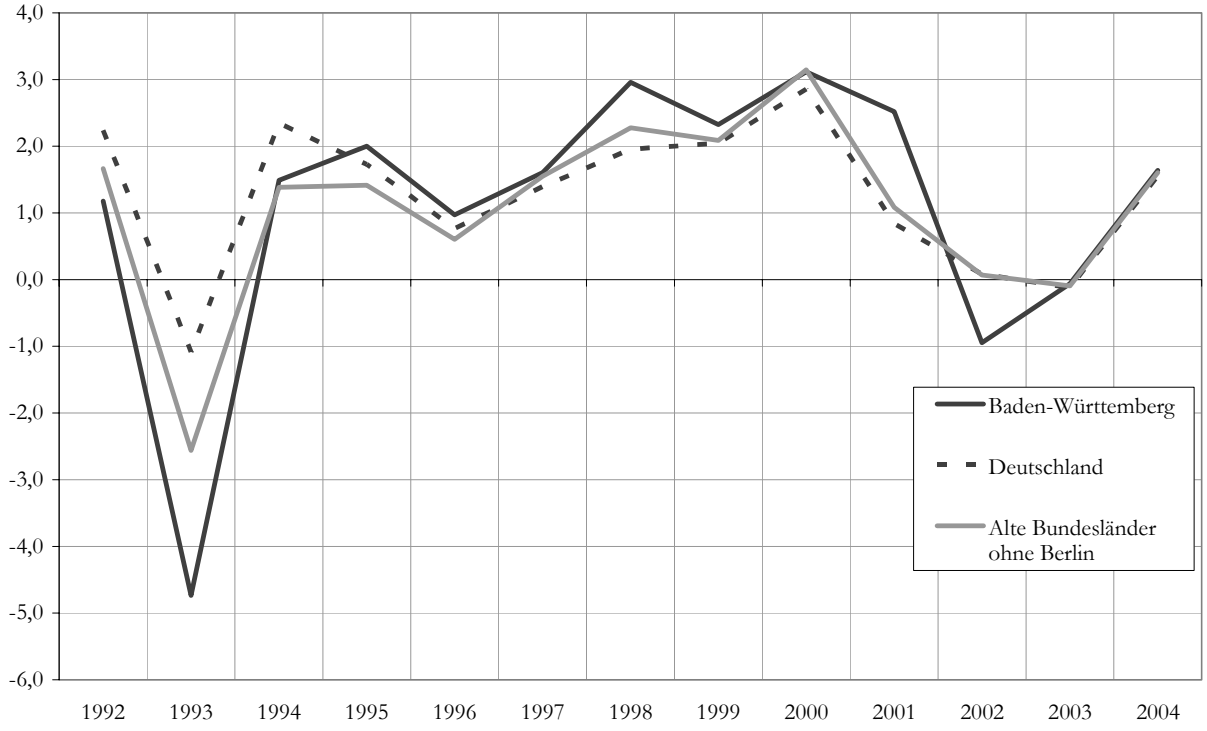
Die Bruttolöhne und -gehälter sind im Zeitraum von 1991 bis 2004 um 28 % gestiegen; so verdient heute in Baden-Württemberg ein Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt 28.839 Euro. Damit liegt das Lohnniveau Baden-Württembergs über dem Bundesdurchschnitt (26.683 Euro), aber auch über dem Durchschnitt der westlichen Länder (27.649 Euro). Die Arbeitsproduktivität (BIP je Erwerbstätiger) betrug im Jahr 2004 rund 54.600 Euro (gegenüber 1991: +9 %) und die Lohnstückkosten lagen 2004 gegenüber 1991 um 15 % höher.

Der Dienstleistungssektor im Land Baden-Württemberg hielt im Jahr 2004 an der gesamten Bruttowertschöpfung einen Anteil von 63 %, das Produzierende Gewerbe machte 36 % aus, während der land- und forstwirtschaftliche Sektor mit einem Anteil von fast 1 % leicht unter dem Bundestrend liegt. Der Anteil des Dienstleistungssektors an der Bruttowertschöpfung ist innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 um 8 Prozentpunkte angestiegen, und dies ausschließlich zu Lasten des Produzierenden Gewerbes, dessen Anteil um 8 Prozentpunkte gefallen ist. Der landwirtschaftliche Anteil an der Bruttowertschöpfung blieb dementsprechend konstant. Trotz des Voranschreitens des Strukturwandels zugunsten des tertiären Sektors ist der Dienstleistungssektor in Baden-Württemberg weniger stark ausgeprägt als im gesamten Bundesgebiet (im Jahr 2004 waren in der Bundesrepublik 71 % der gesamten Bruttowertschöpfung den Dienstleistungsbereichen zuzuordnen).

---

15 Hier und im Folgenden, wenn nicht anders vermerkt, in Preisen von 1995.

Abb. 14: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Datenquelle: VGR der Länder, Bearbeitung: F. Micheel

Allerdings ist zu dieser so genannten „Dienstleistungslücke" gegenüber dem (west-)deutschen Durchschnitt, wie die Daten auf dem ersten Blick vermuten lassen, anzumerken, dass viele Dienstleistungen bei der Betrachtung nach Branchen zwar dem Produzierenden Gewerbe zugerechnet werden (produktionsfremde Serviceeinheiten wie Gebäudereinigung oder Catering-Service, Vorleistungen wie Planung oder F&E-Aktivitäten sowie „mitgelieferte" Dienstleistungen wie Wartung und Reparaturen), jedoch bei der Zuordnung nach Tätigkeiten diese Lücke deutlich geringer wird (*Rau/Werner* 2005: 6 und 20).

Die gesamte Wertschöpfung im Produzierenden Gewerbe wird von drei Branchen dominiert: Automobilindustrie, Maschinenbau[16] sowie Elektrotechnik (*Rau/Werner* 2005: 5). Die Konzentration auf diese drei Kernbereiche ist im Hinblick auf das wirtschaftliche Potenzial als ambivalente Größe anzusehen, denn die Entwicklung Anfang der 1990er Jahre offenbarte die Schwächen einer Konzentration auf wenige Branchen. Grundsätzlich führen Konzentrationsprozesse zu Spezialisierungsvorteilen. Aber die gesamte wirtschaftliche Entwicklung ist besonders stark von diesen Branchen abhängig. Neben der Produktion sind auch Forschung und Entwicklung sehr eng an diese Industriezweige gebunden, man spricht hier von einem Lock-in-Effekt. Daher war die baden-württembergische Wirtschaft nicht in der Lage, flexibel auf die Schwächephasen zu reagieren (*Grabher* 1993).

Im Jahr 2004 waren 5,35 Mio. Menschen erwerbstätig; gegenüber dem Jahr 1991 waren dies um 5 % mehr. Baden-Württemberg hatte im Jahr 2004 mit 69,1 % die zweithöchste Erwerbstätigenquote im Bundesgebiet. Die Aufgliederung der Erwerbstätigen in die Sektoren Landwirtschaft,

[16] Der Maschinenbau gilt als eine Schlüsselbranche in Baden-Württemberg: etwa ein Drittel des Umsatzes im gesamtdeutschen Maschinenbau wird in Baden-Württemberg generiert, dieser beschäftigungsstarke Zweig bietet über 250 Tausend Personen einen Arbeitsplatz (*Bertelsmann-Stiftung* 2005: 65f).

Industrie sowie Dienstleistungen zeigt, dass der Dienstleistungssektor mit 64 % dominiert. Im Produzierenden Gewerbe waren 34 % tätig, während 2 % der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft arbeiteten. Die Zahl der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe hat sich im Zeitraum von 1991 bis 2004 insgesamt um gut 380 Tausend bzw. um 17 % verringert. Vergleichsweise stärker vollzog sich diese Entwicklung in der Landwirtschaft (1991 bis 2004: -57.900 bzw. -35 %). Im gleichen Zeitraum ist im tertiären Sektor ein Anstieg von rund 708 Tausend Erwerbstätigen (+26 %) zu beobachten.

Mit einem Bestand von 340 Tausend gemeldeten Arbeitslosen im Jahr 2004 wies Baden-Württemberg die deutschlandweit niedrigste Arbeitslosenquote (6,9 %) auf. Der Abstand zum westdeutschen Mittel betrug 2,5 Prozentpunkte. Innerhalb dieses Bundeslandes wurde in Mannheim (Stadt) die höchste Arbeitslosenquote von 11,9 %, im Landkreis Esslingen die niedrigste Quote von 5,3 % gemessen (*Rau/Werner* 2005: 11). Von den Arbeitslosen des Jahres 2004 waren rund 12,4 % im Alter von 55 Jahren oder älter. Fast genau so groß war der Anteil der arbeitslos gemeldeten Personen unter 25 Jahre.

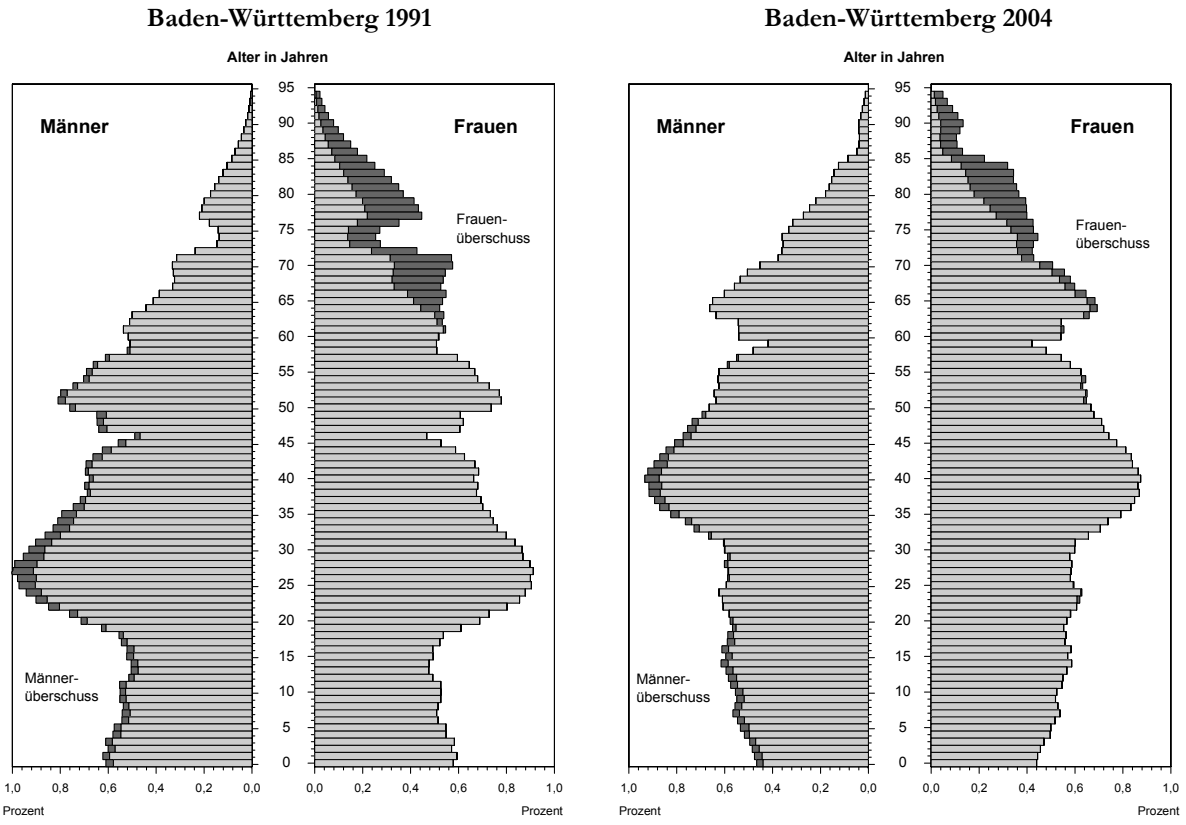
Am Jahresende 2004 waren 231.842 Sozialhilfeempfänger (Deutsche und Ausländer) gemeldet, das entspricht einer Sozialhilfequote von 2,2 %; im Ländervergleich war dies die zweitniedrigste Quote.

Baden-Württemberg ist ein Land, welches aus seiner wirtschaftlichen Entstehungsgeschichte her viele qualifizierte Arbeitskräfte anzog (vgl. auch Teil B). Dies lag u.a. am Mangel an natürlichen Ressourcen, aber auch an der Produktion von überwiegend hochwertigen Gütern anstelle von Massenprodukten: „Das Aufkommen neuer Industriezweige im Zuge der zweiten Phase der industriellen Revolution wirkte sich zum Vorteil des Südwestens aus. Für die neuen „Hightechbranchen“ am Ende des 19. Jahrhunderts, zu denen beispielsweise die Elektrotechnik, die Feinmechanik, die Optik und der Fahrzeugbau gezählt werden, waren als Standortfaktor nicht mehr natürliche Ressourcen wie Kohle oder Eisen entscheidend, sondern qualifizierte Arbeitskräfte mit technologischem Wissen“ (*Rau/Werner* 2005: 4f). Der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Bereich der wissensintensiven Dienstleistungen betrug im Jahr 2002 rund 7 %.

Im Jahr 2004 wurden in Baden-Württemberg je 100 Tausend Einwohner 121 Patente (nach Erfindersitz) angemeldet. Damit lag dieses Land weit über dem Bundesdurchschnitt (59 Patente je 100 Tausend Einwohner).

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) (hier im Jahr 2001) lagen mit einem Anteil von 3,9 % am BIP ebenfalls über dem Bundesdurchschnitt (2,5 % des BIP). Das Verhältnis bezüglich der Finanzierung der F&E-Ausgaben zwischen der privaten Wirtschaft und dem öffentlichen Sektor zeigt ein deutliches Übergewicht für die privaten Unternehmen auf: 79 % gegenüber 21 % aus der öffentlichen Förderung.

4.1.2 Bevölkerungsentwicklung



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Darstellung: BiB

4.1.2.1 Geburten und Fertilität

Nach einem leichten Anstieg (1991 bis 1993) hatte Baden-Württemberg fast kontinuierlich einen Rückgang seiner absoluten Geburtenzahlen zu verzeichnen. Innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes 1991 bis 2004 sanken sie um 18 % und erreichten mit 96.655 Kindern den seit 1985 niedrigsten Stand (vgl. Tab. 14).

Der Geburtenrückgang „beruhte insgesamt gesehen zum etwas größeren Teil (rund 57 Prozent) darauf, dass sich die Jahrgangsstärken der Frauen innerhalb des Altersbereichs zwischen 15 bis 45 Jahren verschoben haben (»Altersstruktureffekt«). Im Übrigen (zu etwa 43 Prozent) resultierte der Rückgang der Geborenenzahlen aus der Zurückhaltung der Paare, Kinderwünsche zu realisieren (»Verhaltenseffekt«) (*Statistisches Landesamt Baden-Württemberg* 2005a).

Für die Darstellung der Fertilitätsentwicklung wird für alle Bundesländer die zusammengefasste Geburtenziffer zugrunde gelegt (vgl. auch Kapitel 3.1.). Diese ist die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern von Frauen im gebärfähigen Alter, hier der Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren.[17] Sie geben an, wie viele Kinder von 1.000 Frauen geboren würden, wenn die altersspezifischen Geburtenziffern des Kalenderjahres während ihres gesamten reproduktiven Lebens gelten würden.

[17] Zusammengefasste Geburtenziffern können alternativ auch aus den altersspezifischen Geburtenziffern der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren errechnet werden. Da von 45 bis 49 Jahre alten Frauen aber kaum noch Kinder geboren werden (auf 1.000 Frauen dieses Alters entfällt im Schnitt nicht mehr als eine Geburt), können diese hier vernachlässigt werden.

Tab. 14: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Baden-Württemberg

Jahr	Lebendgeborene absolut	Index 1991 = 100	Geburten je 1.000 Frauen	Index 1991 = 100	Differenz*
1991	117.528	100,0	1.453	100,0	9,2
1992	117.559	100,0	1.433	98,6	11,0
1993	117.982	100,4	1.429	98,3	11,9
1994	113.398	96,5	1.379	94,9	11,1
1995	112.459	95,7	1.379	94,9	10,5
1996	114.657	97,6	1.424	98,0	8,3
1997	116.419	99,1	1.468	101,0	7,3
1998	111.056	94,5	1.431	98,5	5,7
1999	107.973	91,9	1.420	97,7	4,4
2000	106.178	90,3	1.422	97,9	3,3
2001	101.366	86,2	1.378	94,8	2,3
2002	99.603	84,7	1.373	94,5	2,5
2003	97.596	83,0	1.363	93,8	1,8
2004	96.655	82,2	1.366	94,0	0,8

* in +/- Prozent zu Deutschland

Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Bearbeitung: J. Roloff

In Baden-Württemberg befindet sich die zusammengefasste Geburtenziffer innerhalb unseres gesamten Untersuchungszeitraumes auf einem stabil niedrigen Niveau von durchschnittlich 1.400 Geburten je 1.000 Frauen (vgl. Tab. 14). Damit liegt sie weiterhin „innerhalb der Schwankungsbreite zwischen etwa 1.500 und 1.320 Geborenen je 1.000 Frauen, in der sich das Geburtenniveau im Lande seit rund 25 Jahren bewegt" (*Statistisches Landesamt Baden-Württemberg* 2005a). Somit kann in Baden-Württemberg der einfache Generationenersatz seit langem nicht mehr gewährleistet werden.[18]

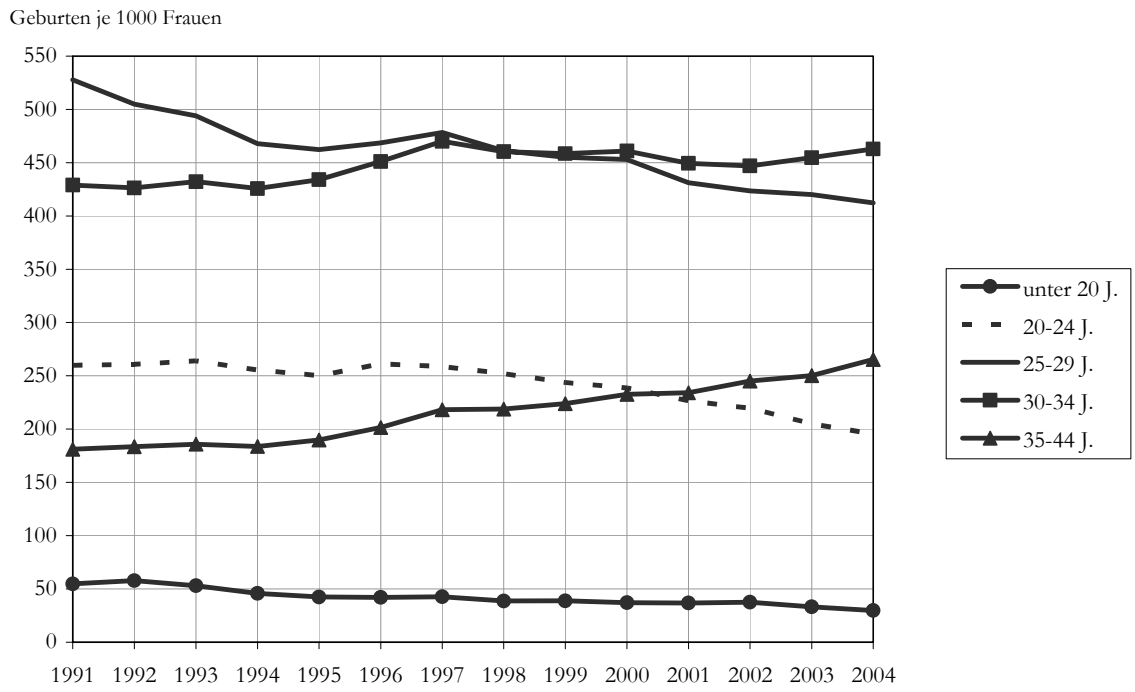
Die vergleichsweise höchste Geburtenziffer war mit 1.468 Kindern je 1.000 Frauen noch im Jahr 1997 zu verzeichnen, sie lag um 7 % über dem damaligen Bundesdurchschnitt. In den Jahren zuvor (1992 bis 1995) übertraf das Baden-Württemberger Geburtenniveau das gesamtdeutsche im Schnitt um 11 %.

Innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 sank das Geburtenniveau in Baden-Württemberg um 6 %. Darunter hat es 2003 mit 1.363 Geborenen je 1.000 Frauen seinen bisherigen Tiefststand erreicht und ist mit 1.366 im letzten Berichtsjahr nahezu unverändert geblieben. Im Vergleich zum gesamtdeutschen Geburtenniveau (1.355 Geburten) lag das in Baden-Württemberg keine 1 % mehr darüber (Tab. 14).

Anhand der Abbildung 15 wird deutlich, dass der Geburtenrückgang von 1991 bis 2004 insbesondere auf das um 24 % gesunkene Geburtenniveau der unter 30-jährigen Frauen zurückzuführen ist.

[18] Dies gilt für alle übrigen Bundesländer, so dass im Weiteren nicht mehr darauf eingegangen werden soll (Kapitel 3.1.).

Abb. 15: Geburtenniveau in Baden-Württemberg nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Bearbeitung: J. Roloff

Darunter sank die Geburtenziffer der unter 20-jährigen Frauen von 55 (1991) auf 30 (2004), d.h. um allein 46 %. Demgegenüber werden zunehmend mehr Kinder von den über 30 Jahre alten Frauen zur Welt gebracht. Deren Geburtenniveau stieg seit 1991 um 19 %, und dies ist insbesondere den Frauen im Alter zwischen 35 und 44 Jahren zu verdanken: Wurden 1991 von 1.000 dieser Frauen 181 Kinder geboren, waren es 2004 bereits 265 Kinder, d.h. um 47 % mehr. Doch konnte damit der Geburtenrückgang bei den jüngeren Frauen per Saldo nicht ausgeglichen werden (vgl. Abb. 15).

Angesichts dieser Entwicklung stellt das Statistische Landesamt Baden-Württemberg fest (2005a), dass „sich gegenwärtig keine Anzeichen dafür (finden), dass die Geburtenhäufigkeiten in den kommenden Jahren deutlich ansteigen würden, aber auch keine Signale für ein drastisches Abknicken nach unten".

4.1.2.2 Sterbefälle und Sterblichkeit

Innerhalb des Zeitraumes 1991 bis 2004 war die Gestorbenenzahl in Baden-Württemberg einigen jährlichen Schwankungen unterworfen. Dazu heißt es in einer Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg: „Die bislang meisten Verstorbenen wurden 1996 mit 98.908 gezählt. Dieser Wert wurde selbst im Jahre 2003, einem Jahr, das auch wegen seines extremen sommerlichen Klimas aus dem Rahmen fiel, nicht mehr erreicht. Trotz der während der Hitzeperiode zusätzlich gestorbenen Personen, wurden 2003 mit 97.229 Fällen – gut 2.100 mehr als im Jahr 2002 – gegenüber 1996 doch erheblich weniger Todesfälle registriert" (*Statistisches Landesamt Baden-Württemberg* 2005b). Im letzten Untersuchungsjahr 2004 war ein noch stärkerer Rückgang zu verzeichnen: Es verstarben 91.646 bzw. im Vergleich zu 1996 um 7.262 weniger Menschen. Dies ist zugleich die seit 1987 geringste Zahl an Sterbefällen (Tab. 15).

Tab. 15: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Baden-Württemberg

Jahr	absolut	Index*	Sterbeziffer**
1991	97.146	100,0	9,7
1992	95.977	98,8	9,5
1993	98.572	101,5	9,6
1994	96.638	99,5	9,4
1995	97.733	100,6	9,5
1996	98.908	101,8	9,5
1997	97.167	100,0	9,3
1998	96.810	99,7	9,3
1999	96.933	99,8	9,3
2000	95.336	98,1	9,1
2001	94.097	96,9	8,9
2002	95.112	97,9	8,9
2003	97.229	100,1	9,1
2004	91.646	94,3	8,6

* 1991 = 100 %

** Gestorbene je 1.000 Einwohner

Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Bearbeitung: J. Roloff

Die rohe Sterbeziffer, d.h. die Zahl der Gestorbenen je 1.000 der Bevölkerung, sank von 9,7 (1991) auf 8,6 ‰ (2004) (Tab. 15).

Die häufigste Todesursache (und dies gilt ebenso für alle übrigen Bundesländer) sind Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Deren Anteil an allen in Baden-Württemberg im Jahr 2004 Verstorbenen machte allein 44 % aus; dem folgten mit 26 % bösartige Neubildungen (*Statistisches Landesamt Baden-Württemberg* 2005b).

Entsprechend der abgekürzten Sterbetafel 2002/2004 haben die neugeborenen Jungen in Baden-Württemberg die Chance, 77,4 Jahre alt zu werden; die Lebenserwartung der neugeborenen Mädchen liegt bei 82,6 Jahren, somit gegenüber der der männlichen Neugeborenen um 5,2 Jahre höher. „Seit Anfang der 70er-Jahre hat die Lebenserwartung Neugeborener in Baden-Württemberg um fast neun Jahre bei den Männern und um etwa acht Jahre bei den Frauen zugenommen. Seinerzeit (1970/72) betrug die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt 68,5 Jahre für Jungen und 74,5 Jahre für Mädchen. Im Vergleich zum Beginn der 50er-Jahre ist die Lebenserwartung im Lande sogar um 12,5 Jahre bei den Männern und um knapp 14 Jahre bei den Frauen angestiegen“ (*Statistisches Landesamt Baden-Württemberg* 2005c).

Die Lebenserwartung der Baden-Württemberger liegt deutlich über dem gesamtdeutschen Durchschnitt. So haben sowohl die neugeborenen Jungen als auch die neugeborenen Mädchen in Baden-Württemberg eine gegenüber dem Bundesdurchschnitt um 18 bzw. 12 Monate höhere Lebenserwartung. Tabelle 16 zeigt, dass insbesondere bei den Altersstufen bis 40 dieser Abstand relativ hoch ist: Bei den Jungen/Männern liegt er zwischen 17 und 16 Monaten und bei den Mädchen/Frauen zwischen 12 und 11 Monaten. Aber auch bei den Altersstufen danach liegt die Lebenserwartung der Männer und Frauen in Baden-Württemberg gegenüber dem gesamten Bundesgebiet höher – so z.B. bei den 80-jährigen Männern und Frauen um jeweils 4 Monate (vgl. Tab. 16).

Tab. 16: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Baden-Württemberg und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002 bis 2004

Altersstufe	Lebenserwartung in Jahren		Abstand zum Bundesdurchschnitt in Monaten	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
0	82,6	77,4	12,1	18,1
1	81,8	76,7	11,5	17,3
20	63,0	58,0	11,4	16,9
40	43,4	38,7	11,2	15,8
60	24,8	21,0	9,1	11,5
65	20,5	17,1	8,4	9,8
80	9,0	7,6	4,3	4,2

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, abgekürzte Sterbetafel 2002/2004; Bearbeitung: J. Roloff

Interessant ist es zudem, dass es „unter den Mitgliedsländern der Europäischen Union gegenwärtig nur wenige (gibt), deren Bevölkerungen eine höhere Lebenserwartung aufweisen als die Baden-Württembergs. Nach Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union (EUROSTAT) waren dies um das Jahr 2002 bei den Frauen Frankreich (83 Jahre), Italien (82,9) und Spanien (82,5 Jahre). Bei den Männern erreichte nur Schweden mit 77,7 Jahren eine höhere durchschnittliche Lebenserwartung als Baden-Württemberg, alle anderen EU-Länder verzeichneten hier niedrigere Zahlen“ (*Statistisches Landesamt Baden-Württemberg* 2005c).

4.1.2.3 Wanderungen

Betrachtet man zuerst das Binnenwanderungsgeschehen, d.h. die Zu- und Abwanderungen aus bzw. in andere Bundesländer, so hatte Baden-Württemberg nach einem anfänglichen Wanderungsplus in den Jahren 1993 bis 1997 einen steten Binnenwanderungsverlust von insgesamt 33,7 Tausend Menschen zu verzeichnen. Erst ab 1998 überwiegen wieder die Zu- die Fortzüge, und bis einschließlich 2004 sind 147,3 Tausend mehr Menschen aus dem übrigen Bundesgebiet nach Baden-Württemberg gekommen als es verlassen haben.[19]

In der Summe der Jahre 1991 bis 2004 hatte Baden-Württemberg einen Gesamtwanderungsgewinn von 715 Tausend Menschen zu verzeichnen; auf 1.000 seiner Einwohner bezogen waren es 56 Personen. Bis 1999 (und noch einmal im Jahr 2002) trugen hierzu insbesondere Zuwanderungen aus dem Ausland bei; d.h. die Außenwanderungssalden lagen in diesen Jahren z.T. bei weitem höher als die Salden der Binnenwanderungen (vgl. Tab. 17).

Innerhalb der Jahre 1991 bis 2003 betrugen die Nettozuwanderungen aus dem Ausland 552,1 Tausend Menschen, die insbesondere den starken Wanderungsströmen aus dem früheren Jugoslawien Anfang der 1990er Jahre zu verdanken waren. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg erreichten im Jahr 2003 die Wanderungsgewinne aus dem Ausland mit 4.287 Personen bzw. 0,4 Personen je 1.000 Einwohner den seit 1985 niedrigsten Stand. Im letzten Berichtsjahr 2004 hat Baden-Württemberg erstmalig innerhalb unseres Untersuchungszeitraumes einen, allerdings leichten Außenwanderungsverlust von 1.990 Personen zu verzeichnen. Diese „ergaben sich vollständig aus den Nettoabwanderungen in verschiedene Länder Europas. Wie schon im Vorjahr beruhte dies hauptsächlich auf Wanderungsverlusten gegenüber der Europäischen Union (rund -5.900) und nur noch schwachen Nettozuströmen aus den europäischen Nicht-EU-Ländern (etwa 1.100). Aus den außereuropäischen Ländern gewann das

[19] Über die einzelnen Wanderungsströme ist im Teil B Genaueres zu erfahren, so dass an dieser Stelle auf weitere Ausführungen verzichtet werden kann. Dies gilt ebenso für alle übrigen Bundesländer.

Land 2004 per Saldo rund 2.800 Personen. Als Hauptherkunftsregion erwies sich dabei wie in den Vorjahren der asiatische Raum (insgesamt knapp 2.100 Personen), vor allem die dortigen Länder der früheren Sowjetunion, China und Thailand". Wie das Statistische Landesamt weiter feststellte, sind „seit Anfang 2000 rund 18.700 Personen per Saldo in Länder der EU abgewandert. Dies betrifft in erster Linie Nettoabwanderungen nach Italien (-12.000 Personen) und Griechenland (-5.000). Hierbei handelte es sich fast ausnahmslos um ausländische Staatsbürger" (*Statistisches Landesamt Baden-Württemberg* 2005d).

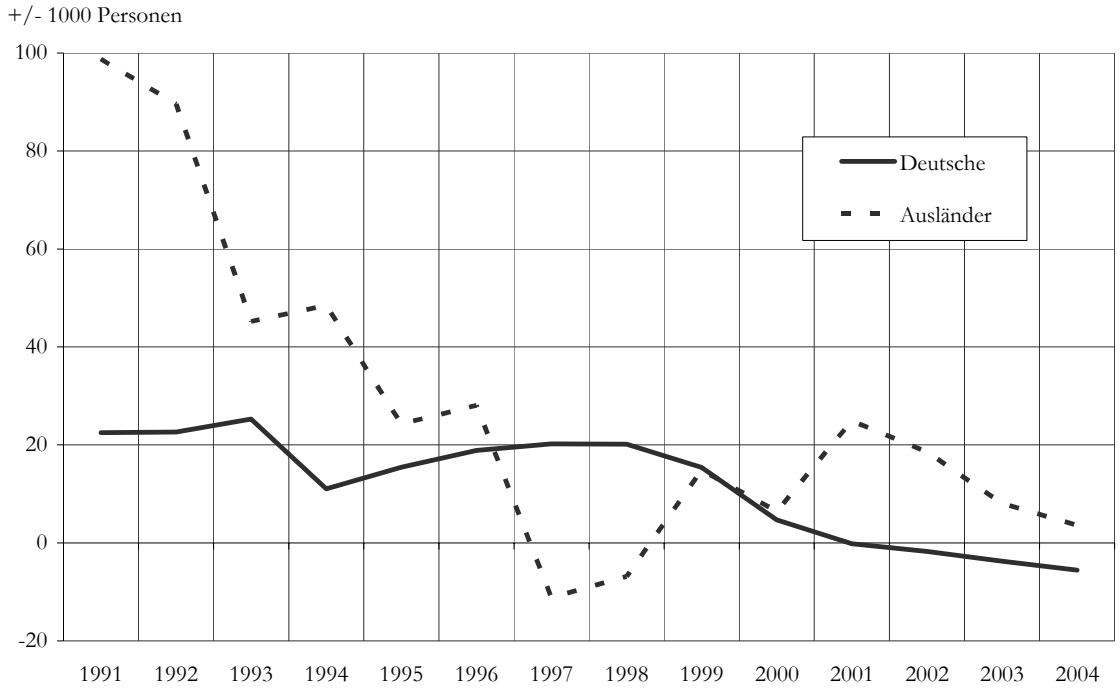
Tab. 17: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Baden-Württemberg, 1991 bis 2004

Jahr	Binnenwanderung		Außenwanderung		Gesamtwanderung	
	in 1.000 Personen	je 1.000 * Einwohner	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*
1991	38,2	3,8	121,3	12,1	159,5	15,9
1992	13,1	1,3	112,2	11,1	125,3	12,4
1993	-4,6	-0,4	70,5	6,9	65,9	6,5
1994	-8,2	-0,8	29,5	2,9	21,3	2,1
1995	-7,2	-0,7	39,7	3,8	32,5	3,1
1996	-7,5	-0,7	46,9	4,5	39,4	3,8
1997	-6,2	-0,6	9,0	0,9	2,8	0,3
1998	1,9	0,2	13,3	1,3	15,2	1,5
1999	8,6	0,8	30,3	2,9	38,9	2,9
2000	26,5	2,5	11,1	1,1	37,6	1,1
2001	44,5	4,2	24,7	2,3	69,2	2,3
2002	16,8	1,6	39,3	3,7	56,1	3,7
2003	26,9	2,5	4,3	0,4	31,2	0,4
2004	22,1	2,1	-2,0	0,0	20,1	1,9

* Je 1.000 Einwohner am Jahresende

Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 16: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Baden-Württemberg, 1991 bis 2004



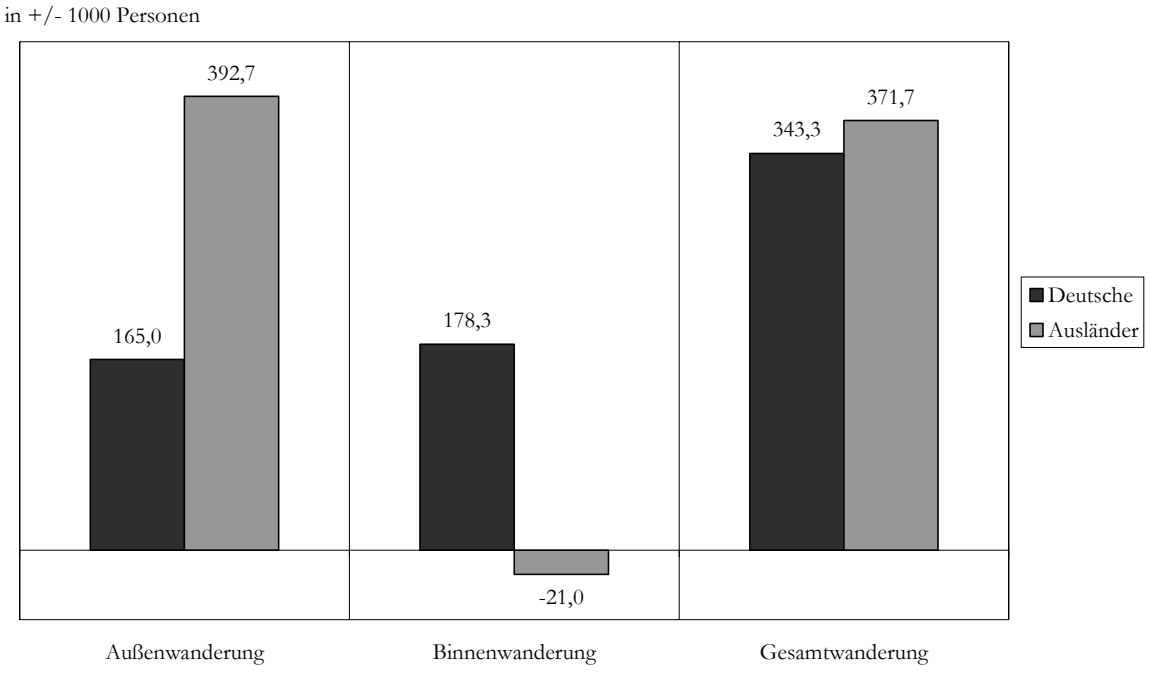
Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Bearbeitung: J. Roloff

Über den gesamten Zeitraum hinweg überwog in Baden-Württemberg der Zuzug von Ausländern den Zuzug an Deutschen (darunter Über-/Aussiedler) aus dem Ausland. Ihr Anteil am gesamten Außenwanderungssaldo der Jahre 1991 bis 2004 (Σ = + 559,7 Tausend Personen) betrug 70 % (vgl. Abb. 16). Nur in den Jahren 1997 und 1998 sind in Baden-Württemberg Außenwanderungsverluste an Ausländern (zusammen -18,1 Tausend) zu verzeichnen (Abb. 16).

Diese resultieren in einem hohen Maße aus Abwanderungen in Richtung früheres Jugoslawien, wobei es sich mehrheitlich um heimkehrende ehemalige Bürgerkriegsflüchtlinge handelt. Wie noch zu sehen sein wird, weisen auch die übrigen Bundesländer in den Jahren 1997 und 1998 Außenwanderungsverluste bzw. im Vergleich zu den Vorjahren wesentlich geringere Wanderungsgewinne auf. Diese sind ebenfalls auf hohe Abwanderungsströme von Ausländern in Richtung früheres Jugoslawien zurückzuführen, so dass bei der Beschreibung des Außenwanderungsgeschehens der anderen Bundesländer nicht mehr darauf eingegangen werden soll.

Wie des Weiteren anhand Abbildung 16 zu sehen ist, sind seit Jahr 2001 weniger Deutsche aus dem Ausland nach Baden-Württemberg gezogen als von dort abwanderten. In der Summe der Jahre 2001 bis 2004 waren es 11.232, darunter 2004 allein 5.576 Personen. Einen großen Anteil hieran hat die Schweiz: „In den vergangenen fünf Jahren zogen rund 10.000 Personen mehr von Baden-Württemberg in die Schweiz fort als umgekehrt von dort ins Land zuzogen. In diesem Fall waren es per Saldo ausnahmslos Deutsche, die diesen Wanderungsverlust ausmachten“ (*Statistisches Landesamt Baden-Württemberg* 2005d). Insgesamt hat die deutsche Bevölkerung in Baden-Württemberg innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 über Zuwanderungen 343,3 Tausend Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit dazu gewonnen, davon kamen 165 Tausend bzw. 48 % aus dem Ausland.

Abb. 17: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Baden-Württemberg, Summe der Jahre 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Bearbeitung: J. Roloff

Dem Außenwanderungsplus von insgesamt 392,7 Tausend Ausländern stand ein Binnenwanderungsminus von wenigen 21 Tausend Ausländern gegenüber, so dass Baden-Württembergs ausländische Bevölkerung innerhalb o.a. Jahre um 371,7 Tausend Personen wuchs (Abb. 17).

4.1.2.4 Bevölkerungsbilanz

Innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 weist das Land Baden-Württemberg eine positive Bilanz sowohl der natürlichen als auch räumlichen Bevölkerungsbewegung auf. Im gesamten Untersuchungszeitraum waren mit Ausnahme des Jahres 1997 dabei die Wanderungsgewinne teils erheblich höher als die Geburtenüberschüsse (vgl. Tab. 18).

Demnach beruht der gesamte Bevölkerungszuwachs von 871 Tausend Menschen innerhalb des Zeitraumes 1991 bis 2004 zu 82 % auf positiven Salden der Binnen- und Außenwanderung. Besonders deutlich wird dies im Jahr 2003: Der Geburtenüberschuss von 400 Personen, der damit einen Tiefststand erreichte, trug nur wenig zum Bevölkerungswachstum von 31,6 Tausend Personen gegenüber dem Vorjahr bei. Hier waren es fast ausschließlich die hohen Wanderungsgewinne, die einen Bevölkerungsrückgang kompensierten (Tab. 18). Hinsichtlich der Entwicklung des Geburtenüberschusses stellt das Statistische Landesamt Baden-Württemberg (2005e) fest: „Entgegen den Erwartungen setzte sich der besonders seit Ende der 90er Jahre zu beobachtende Rückgang der Geburtenüberschüsse im vergangenen Jahr nicht fort. Obwohl 2004 mit rund 96.650 Geborenen etwa 940 Kinder weniger zur Welt kamen als im Jahr zuvor, ergab sich ein deutlich höheres Geburtenplus als 2003 (seinerzeit 360 Personen), weil die Zahl der Sterbefälle 2004 mit 91.650 Gestorbenen um rund 5.580 (fast -6 Prozent) niedriger ausfiel als in 2003. Baden-Württemberg ist damit seit 2001 das einzige Land Deutschlands, in dem mehr Kinder geboren werden als Menschen sterben."

Tab. 18: Bevölkerungsstand und -veränderung in Baden-Württemberg

Jahr	Bevölkerung zu Beginn des Jahres	Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Überschuss der Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-)	Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-)		Bevölkerung am Ende des Jahres
		in 1.000			je 1.000 Ew.	in 1.000
1991	9.821,8	20,4	159,3	179,6	18	10.001,8
1992	10.001,8	21,6	125,1	146,7	14	10.148,7
1993	10.148,7	19,4	65,8	85,2	8	10.234,0
1994	10.234,0	16,8	21,1	37,9	4	10.272,1
1995	10.272,1	14,7	32,6	47,3	5	10.319,4
1996	10.319,4	15,7	39,4	55,1	5	10.374,5
1997	10.374,5	19,3	2,9	22,1	2	10.396,6
1998	10.396,6	14,2	15,2	29,4	3	10.426,0
1999	10.426,0	11,0	38,9	49,9	5	10.475,9
2000	10.475,9	10,8	37,6	48,5	5	10.524,4
2001	10.524,4	7,3	69,2	76,5	7	10.600,9
2002	10.600,9	4,5	56,1	60,6	6	10.661,3
2003	10.661,3	0,4	31,2	31,6	3	10.692,6
2004	10.692,6	5,0	20,1	24,1	2	10.717,4

Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Bearbeitung: J. Roloff

Die Bevölkerung in Baden-Württemberg stieg von 10 Millionen (Ende 1991) auf 10,7 Millionen Menschen (Ende 2004) bzw. um 7 %. Darunter wuchs die ausländische Bevölkerung, nicht zuletzt bedingt durch die, teilweise recht hohen, Wanderungsgewinne mit 12 % schneller als die deutsche Bevölkerung mit 7 %. Allerdings ist diese Entwicklung nicht homogen. So wird seitens des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg (2005e) festgestellt: „Der Bevölkerungszuwachs im vergangenen Jahr (um 25,1 Tausend gegenüber 2003 – d. A.) beruhte vollständig auf der Entwicklung bei der deutschen Bevölkerung. Diese nahm um etwa 33.400 Personen zu, so dass zum Jahresende 2004 knapp 9.436.000 Deutsche in Baden-Württemberg lebten. Dagegen war die Zahl der ausländischen Staatsbürger (…) rückläufig. (…) Damit lebten Ende 2004 knapp 1.282.000 Ausländer im Land – fast 0,7 Prozent weniger als Anfang des Jahres. (…) Bei der deutschen Bevölkerung ergab sich der Einwohnerzuwachs 2004 hauptsächlich durch Einbürgerungen von Ausländern (…) und aus Wanderungsgewinnen. (…) Die Abnahme der Zahl ausländischer Staatsbürger im Lande um etwa 8.500 Personen resultierte daraus, dass die Zahl der in 2004 eingebürgerten Ausländer die vergleichsweise niedrigen Nettozuwanderungen von rund 6.600 Personen und das Geburtenplus der ausländischen Bevölkerung von etwa 3.700 Personen deutlich übertraf. Damit lag die Ausländerzahl in Baden-Württemberg im vergangenen Jahr um nahezu 90.000 Personen (fast 7 Prozent) niedriger als 1996. Damals wurde mit etwa 1.370.000 Ausländern die bislang höchste Zahl registriert."

Interessant ist in diesem Zusammenhang, wie viele Personen in Baden-Württemberg bisher eingebürgert worden sind.[20] Innerhalb der Jahre 2000 bis 2004 haben demnach 115.559 bzw. 9 % der in Baden-Württemberg lebenden Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft erworben. Im letzten Berichtsjahr waren es 16.068 Personen. „Bei etwa 68 Prozent der Einbürgerungen im Jahre 2004 nahmen Ausländer, die seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland lebten, den Anspruch auf Erwerb eines deutschen Passes wahr. Den mit Blick auf die Rechtsgründe zweitgrößten Anteil an den Einbürgerungen 2004 stellten die Fälle, in denen Ehegatten und minderjährige Kinder von eingebürgerten Ausländern mit eingebürgert wurden (rund 14 Prozent). Am dritthäufigsten (10 Prozent) waren Einbürgerungen von ausländischen Ehegatten deutscher Staatsbürger. Hauptsächlich handelte es sich hier um ausländische Ehefrauen" (*Statistisches Landesamt Baden-Württemberg* 2005f). 41 % der Einbürgerungen im Jahr 2004 entfielen auf zuvor türkische Staatsbürger, dem folgten mit 12 % Menschen aus dem früheren Jugoslawien. Von Interesse ist, gerade unter dem Blickwinkel der demographischen Alterung, dass insbesondere junge Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben. So waren lt. Angaben des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg rd. zwei Drittel der im Jahr 2004 Eingebürgerten jünger als 35 Jahre und 22 % zwischen 35 und 45 Jahre alt. Dagegen machte der Anteil der 60 Jahre und Älteren nur knapp 2 % aus.

[20] Zur statistischen Erfassung heißt es in einer Fachserie des Statistischen Bundesamtes: „Das am 1. Januar 2000 in Kraft getretene Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 15. Juli 1999 enthält im § 36 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) die Rechtsgrundlage für die jährlichen Erhebungen einer Bundesstatistik über die Einbürgerungen (…) . Diese Bundesstatistik bezieht sich auf ausländische Personen, welche die deutsche Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung erworben haben; der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsort gemäß § 4 Abs. 3 StAG (im Inland geborenes Kind ausländischer Eltern) ist nicht enthalten" (*Statistisches Bundesamt* 2000: 6).

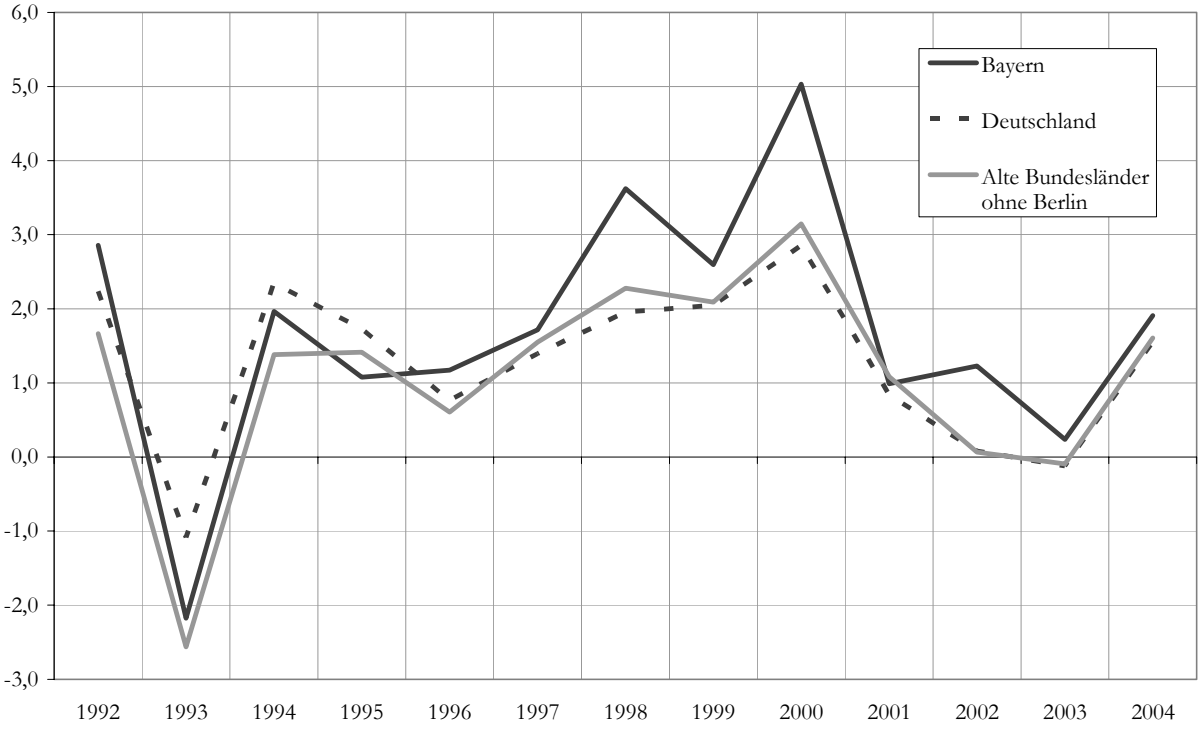
4.2 Bayern

4.2.1 Wirtschaftsprofil

Im gesamten Zeitraum von 1991 bis 2004 ist die Wirtschaftsleistung in Bayern um 24 % gestiegen (Bundesgebiet: +18 %, Westdeutschland +15 %). Das Wachstum war in diesem Zeitraum im Vergleich mit den übrigen westdeutschen Bundesländern am kräftigsten.

Die bayerische Wirtschaft veränderte sich im Rezessionsjahr 1993 mit -2,2 % gegenüber dem Vorjahr stärker als in der Bundesrepublik (-1,1 %). Im Vergleich zu den alten Ländern (-2,6 % gegenüber dem Jahr 1992) ist die bayerische Wirtschaft weniger stark geschrumpft. Seit dem Jahr 1996 sind die Wachstumsschübe höher als im gesamten Bundesgebiet, mit Ausnahme von 2001 gilt dies auch für den Vergleich mit den alten Bundesländern. Der stärkste Zuwachs war im Jahr 2000 zu verzeichnen, wo das BIP sich gegenüber dem Jahr 1999 um 5 % erhöhte (Bundesgebiet sowie Westdeutschland um jeweils rd. 3 %) (vgl. Abb. 18).

Abb. 18: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr, in Prozent



Datenquelle: VGR der Länder; Bearbeitung: F. Micheel

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ist von 1991 bis 2004 von 24.929 Euro auf 28.775 Euro bzw. um 15 % gestiegen. Aktuell entspricht es 118 % des Bundesdurchschnitts (bzw. 110 % des westdeutschen Durchschnitts). Die Wachstumsschwäche in der Phase 1992/1993 war mit -3 % stärker ausgeprägt als in der gesamten Bundesrepublik.

In Bayern werden im Vergleich zum Bundesgebiet überdurchschnittlich hohe Löhne und Gehälter gezahlt. Dort verdiente im Jahr 2004 ein Arbeitnehmer durchschnittlich 28.016 Euro; im Vergleich zu 1991 sind es fast ein Drittel mehr.

Die Arbeitsproduktivität ist im Zeitraum von 1991 bis 2004 um knapp 20 % angestiegen. Innerhalb der westlichen Bundesländer war diese Zunahme am größten. Die Arbeitsproduktivität macht jetzt

57.442 Euro je Erwerbstätigen aus. Die Lohnstückkosten sind im o.a. Zeitraum um 8 % angestiegen. Diese Veränderungsrate ist im Vergleich zum Bundesgebiet unterdurchschnittlich.

Im Jahr 2004 waren 69 % der gesamten Bruttowertschöpfung durch Dienstleistungen erbracht worden, einen Anteil von 29 % hielten das Produzierende Gewerbe und die Landwirtschaft einen Anteil von 1 %. Der Dienstleistungssektor ist von 1991 bis 2004 um 7 Prozentpunkte gewachsen, dagegen sind die Anteile der anderen beiden Wirtschaftssektoren an der Bruttowertschöpfung geschrumpft: Produzierendes Gewerbe um 7 Prozentpunkte und Landwirtschaft um 0,1 Prozentpunkte.

Betrachtet man die sektorale Entwicklung in Bayern in einem längeren Zeitraum (nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute), so kann ein relativ schneller Strukturwandel vom Agrar- über den Industrie- zum Dienstleistungsstandort ausgemacht werden. Eine Reihe von ökonomischen und politischen Ursachen trug zu dieser Entwicklung bei, wie z.B. Verlegungen von Firmensitzen bedeutender Unternehmen von Berlin nach München, die Herausbildung spezialisierter industrieller Zentren, Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften, aber auch eine Wirtschaftspolitik, die den strukturellen Wandel beschleunigte. Dabei ist zu beachten, dass die Produkte der früh gebildeten industriellen Zentren einem Lebenszyklus ausgesetzt sind. Vor allem die Produkte in der Textil-, Glas-, Keramik- und Porzellanindustrie haben bereits ihre Reifephase erreicht, viele Produktionsabläufe werden mechanisch abgewickelt. Damit sind diese „reifen" Branchen dem Druck des internationalen Wettbewerbs besonders stark ausgesetzt. Technischer (in diesem Fall arbeitssparender) Fortschritt oder Produktionsverlagerungen führen in diesen Branchen zu nennenswertem Beschäftigungsabbau. Auf der anderen Seite bilden sich ganze Cluster von High-Tech-Unternehmen; besonders die Regionen in und um München profitierten von diesem Konzentrationsprozess. In diesen Branchen werden derzeit große Chancen für Beschäftigungswachstum gesehen (*Böhme/Eigenhüller* 2005: 9ff).

Die Erwerbstätigenzahl ist zwischen 1991 und 2004 um 4 % angestiegen. Somit arbeiten derzeit rund 6,23 Millionen Menschen in Bayern. Davon sind 67 % im Dienstleistungsbereich, 30 % im produzierenden Gewerbe und 3 % in der Landwirtschaft tätig. Im Bereich der Landwirtschaft ist von 1991 bis 2004 ein Rückgang der Erwerbstätigenzahlen um 126 Tausend Personen bzw. um 38 % zu melden. Im produzierenden Gewerbe sind rund 370 Tausend Erwerbstätige, d.h. um 17 % weniger gezählt worden als im Jahr 1991. Dagegen konnte das Erwerbstätigenvolumen im Dienstleistungssektor um rund 742.300 Personen bzw. um 22 % ausgebaut werden. Mit einer Erwerbstätigenquote von 69,4 % im Jahr 2004 belegte Bayern den Spitzenplatz im Ländervergleich.

Mit einem jahresdurchschnittlichen Bestand an 450 Tausend Arbeitslosen betrug im Jahr 2004 die Arbeitslosenquote 7,9 %. Damit ist sie die zweitniedrigste Arbeitslosenquote im Bundesgebiet; der Jahresdurchschnitt lag in den alten Ländern um 1,5 Prozentpunkte höher. Der Anteil der unter 25 Jahre alten Arbeitslosen an der Gesamtzahl betrug im letzten Untersuchungsjahr 14 %. Die älteren Arbeitslosen im Alter von 55 oder mehr Jahren machten einen Anteil von 13 % aus.

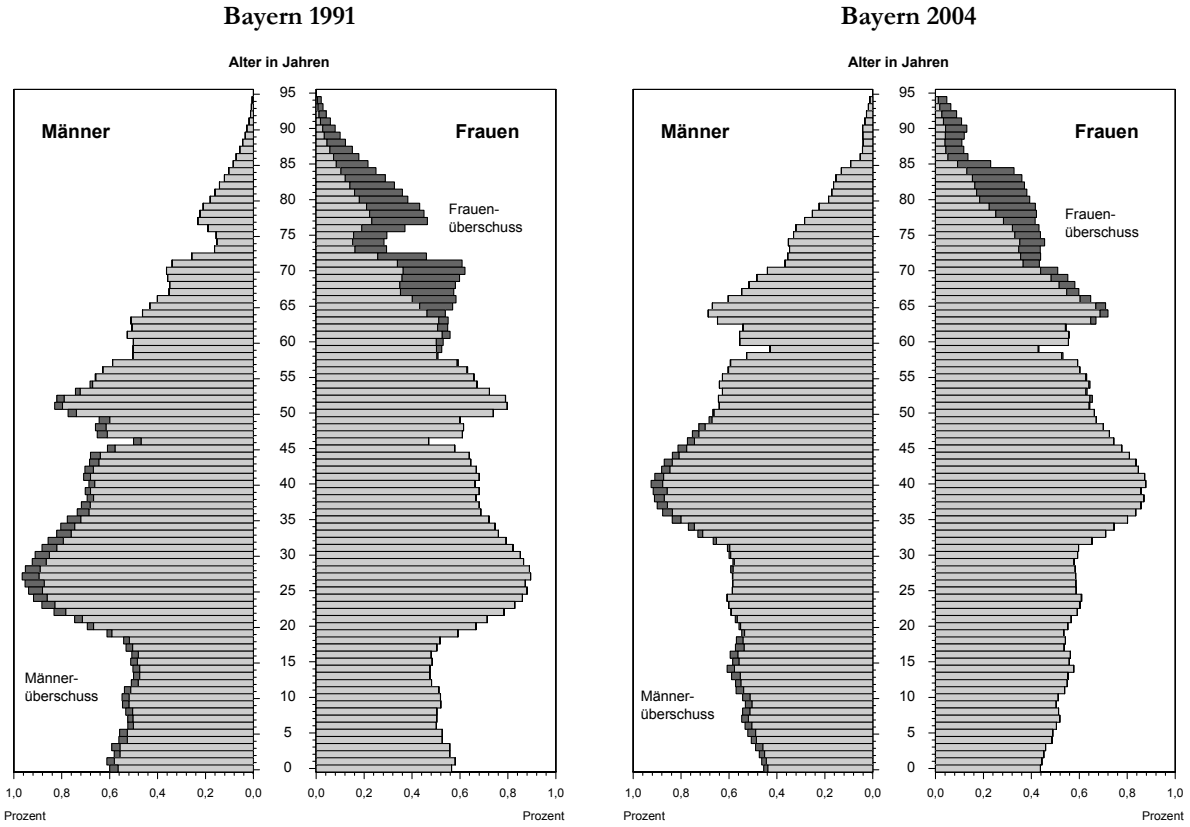
Der Arbeitsmarkt ist in Bayern von regionalen Unterschieden geprägt. Im Raumordnungsbericht 2005 wurde dokumentiert, dass in der Bundesrepublik die Südregionen im Allgemeinen besser abschneiden als die nördlichen Bundesländer. Z.B. lag im Landkreis Dingolfing im September 2004 die Arbeitslosenquote mit 4,2 % innerhalb des gesamten Bundesgebietes am niedrigsten. Es gibt jedoch Regionen, die nicht so günstige Entwicklungen vorweisen können. So ist in den letz-

ten Jahren die Arbeitslosigkeit in den Regionen Freyung, Hof, Lichtenfels, Kulmbach und Coburg um mehr als drei Prozentpunkte angestiegen (*Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung*[21] *2005*: 152f). So betrug in der Stadt Hof die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 15,8 %. Sie war damit die höchste in Bayern. Demgegenüber ist 2004 innerhalb Bayerns die niedrigste jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote in Eichstätt (4,4 %) gemessen worden.

Die Sozialhilfequote Ende 2004 betrug mit 223.890 Sozialhilfeempfängern 1,9 %. Damit ist der Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung in Bayern bundesweit am geringsten.

Bayern weist im Jahr 2004 mit 109 Patentanmeldungen je 100 Tausend Einwohner die zweithöchste Patentdichte in der Bundesrepublik auf. Die Aktivitäten für Forschung und Entwicklung nehmen einen Anteil von 3 % des BIP ein. Die Aufteilung zwischen öffentlichen und privaten F&E-Ausgaben erfolgte im Verhältnis von etwa 80 zu 20 zugunsten der privaten Wirtschaft.

4.2.2 Bevölkerungsentwicklung



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Darstellung: BiB

4.2.2.1 Geburten und Fertilität

Im Freistaat Bayern ist die Zahl der Lebendgeborenen seit 1991 fast kontinuierlich gesunken; nur in den Jahren 1996/1997 war zwischenzeitlich ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Wurden 1991 in Bayern 134.400 Kinder geboren, waren es 2004 mit 111.164 Geburten 17 % weniger (vgl. Tab. 19).

Hinsichtlich der Entwicklung seiner zusammengefassten Geburtenziffer weist Bayern ein wechselhaftes Bild auf: Von 1991 bis 1995 sinkt das Geburtenniveau von 1.446 auf 1.344 Kinder je

21 Im Folgenden BBR.

1.000 Frauen. In den beiden darauf folgenden Jahren steigt es dann fast auf das Ausgangsniveau, um danach bis 2003 stetig auf 1.350 zu sinken. Erst im letzten Berichtsjahr wurden wieder etwas mehr Kinder geboren, und damit lag hier die Geburtenziffer von 1.365 mit der des Jahres 2001 fast gleichauf. Über den gesamten Zeitraum 1991 bis 2004 hinweg betrachtet sank das Geburtenniveau um 6 % (Tab. 19).

Wie in Baden-Württemberg weisen auch in Bayern die zusammengefassten Geburtenziffern im Vergleich zum Durchschnitt des gesamten Bundesgebietes in allen Jahren durchweg höhere Werte auf, jedoch in unterschiedlichen Dimensionen: Liegt das Geburtenniveau Bayerns in den Jahren 1991 bis 1994 noch um 9 bis 11 % über dem Bundesdurchschnitt, beträgt dieser Abstand 2004 nur noch minimale 0,7 % (vgl. Tab. 19).

Tab. 19: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Bayern

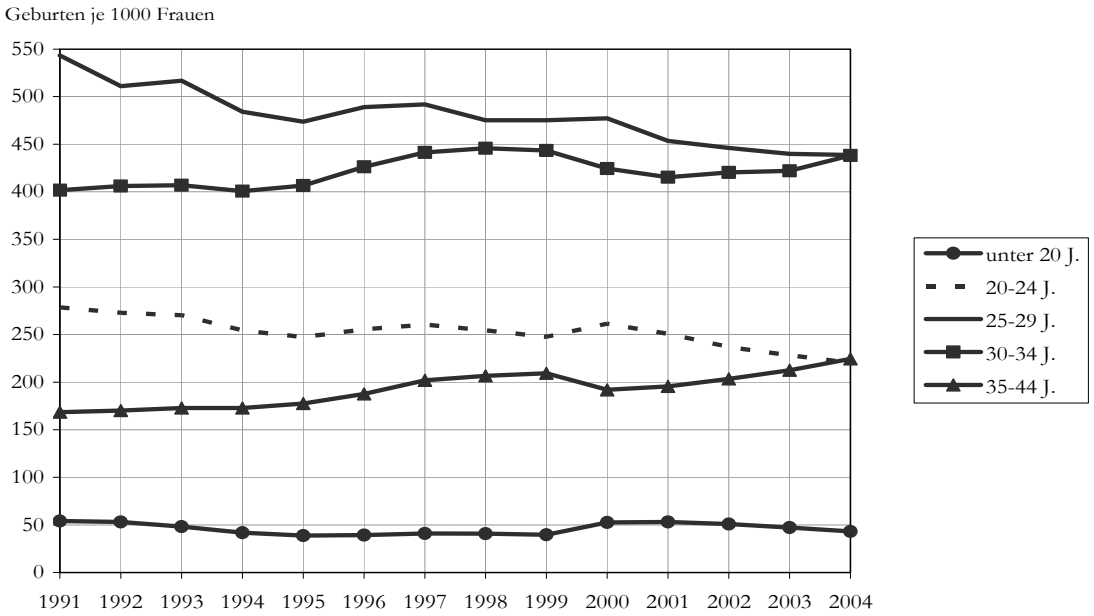
Jahr	Lebendgeborene absolut	Index 1991 = 100	Geburten je 1.000 Frauen	Index 1991 = 100	Differenz*
1991	134.400	100,0	1.446	100,0	8,6
1992	133.946	99,7	1.414	97,8	9,5
1993	133.897	99,6	1.415	97,9	10,8
1994	127.828	95,1	1.354	93,6	9,1
1995	125.995	93,7	1.344	93,0	7,7
1996	129.376	96,3	1.398	96,7	6,3
1997	130.517	97,1	1.437	99,3	5,0
1998	126.529	94,1	1.423	98,4	5,1
1999	123.244	91,7	1.416	97,9	4,1
2000	120.765	89,9	1.408	97,3	2,2
2001	115.964	86,3	1.368	94,6	1,6
2002	113.818	84,7	1.358	93,9	1,3
2003	111.536	83,0	1.350	93,4	0,8
2004	111.164	82,7	1.365	94,4	0,7

* In +/- Prozent zu Deutschland

Datenquelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; Bearbeitung: J. Roloff

Betrachtet man die Summe der Geburtenziffern einzelner Altersgruppen der Frauen in Bayern (Abb. 19), so lässt sich insbesondere bei den 25- bis 29-jährigen und den 20- bis 24-jährigen Frauen ein vergleichsweise starker Rückgang ihrer Geburten feststellen: So wurden 2004 im Vergleich zu 1991 von 1.000 der 25- bis 29-jährigen Frauen 105 Kinder weniger geboren, und bei den 20- bis 24-jährigen Frauen sank die Geburtenziffer von 279 auf 220. Dem Rückgang der Geburtenzahlen der unter 30 Jahre alten Frauen (um insgesamt 20 %) steht ein um 16 % gestiegenes Geburtenniveau der 30 bis 44 Jahre alten Frauen gegenüber. Wie in Baden-Württemberg sind es auch hier die 35- bis 44-jährigen Frauen, die den stärksten Geburtenzuwachs aufweisen. Wurden je 1.000 von ihnen 1991 noch 169 Kinder geboren, waren es 2004 bereits 225, d.h. um ein Drittel mehr. Damit lag deren Geburtenniveau etwas über dem der 20- bis 24-jährigen Frauen. Und von den 30 bis 34 Jahre alten Frauen wurden im letzten Untersuchungsjahr im Schnitt fast genauso viele Kinder geboren wie von den 25- bis 29-Jährigen (vgl. Abb. 19). Diese positive Entwicklung bei den älteren Frauen konnte jedoch das allgemeine Sinken des Geburtenniveaus in Bayern nicht aufhalten.

Abb. 19: Geburtenniveau in Bayern nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004



Datenquelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; Bearbeitung: J. Roloff

4.2.2.2 Sterbefälle und Sterblichkeit

Die Zahl der Gestorbenen in Bayern weist innerhalb der Jahre 1991 bis 2003 keine spektakulären Veränderungen auf. Starben 1991 in diesem Bundesland 122.276 Menschen, waren es 2003 mit 121.778 nur knapp 500 Menschen weniger. Erst im letzten Untersuchungsjahr sank die Gestorbenenzahl etwas stärker: gegenüber dem Vorjahr um 5.318 Personen bzw. um 4 % und gegenüber dem Ausgangsjahr um 5.816 Menschen bzw. um 5 %. Die Zahl der Sterbefälle je 1.000 Einwohner in Bayern sank somit von 10,6 (1991) auf 9,3 (2004) (Tab. 20).

Tab. 20: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Bayern

Jahr	absolut	Index*	Sterbeziffer**
1991	122.276	100,0	10,6
1992	120.753	98,8	10,3
1993	122.649	100,3	10,4
1994	121.581	99,4	10,2
1995	121.992	99,8	10,2
1996	123.329	100,9	10,2
1997	121.441	99,3	10,1
1998	120.447	98,5	10,0
1999	119.519	97,7	9,9
2000	118.846	97,2	9,7
2001	117.930	96,4	9,6
2002	119.755	97,9	9,2
2003	121.778	99,6	9,8
2004	116.460	95,2	9,3

* 1991 = 100 %

** Gestorbene je 1.000 Einwohner und 1 Jahr

Datenquelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; Bearbeitung: J. Roloff

Die im Zeitraum 2002 bis 2004[22] in Bayern neugeborenen Jungen können damit rechnen, dass sie 76,5 Jahre alt werden. Die Lebenserwartung der neugeborenen Mädchen beträgt 81,9 Jahre; somit haben sie gegenüber den Jungen eine um 5,5 Jahre höhere Überlebenschance.

Die Lebenserwartung sowohl der weiblichen als auch männlichen Neugeborenen liegt um 4 bzw. 7 Monate über dem Bundesdurchschnitt. Innerhalb der in Tabelle 21 ausgewiesenen Altersstufen haben nur die 80-jährigen Frauen eine im Vergleich zu allen gleichaltrigen Frauen im Bundesgebiet etwas geringere Überlebenschance um einen Monat; bei den 80-jährigen Männern liegt diese dagegen um einen Monat höher.

Tab. 21: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Bayern und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002 bis 2004

Altersstufe	Lebenserwartung in Jahren		Abstand zum Bundesdurchschnitt in Monaten	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
0	81,9	76,5	4,4	7,0
1	81,2	75,8	4,1	6,4
20	62,4	57,1	3,8	6,4
40	42,8	37,9	3,6	6,6
60	24,3	20,4	2,0	4,0
65	19,9	16,6	1,6	3,5
80	8,6	7,3	-0,7	0,7

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, abgekürzte Sterbetafel 2002/2004; Bearbeitung: J. Roloff

4.2.2.3 Wanderungen

Von 1991 bis 2004 hat Bayerns Bevölkerung stets über Zuwanderungen dazu gewonnen, allerdings in sehr unterschiedlichen Dimensionen. 1991 und 1992 hatte Bayern die bis dato höchsten Wanderungsgewinne zu verzeichnen. So entfielen in diesen beiden Jahren auf 1.000 Einwohner in Bayern 12 bzw. 14 Zuwanderer, und daran war zu 62 bzw. 79 % ein Wanderungsplus aus dem Ausland beteiligt. Erst 9 Jahre später (2001) lässt sich nochmals ein relativ hoher Gesamtwanderungsgewinn von 101,4 Tausend Personen feststellen. Dieser resultiert, im Gegensatz zu den beiden oben beschriebenen Jahren, zu 61 % aus Zuwanderungen aus anderen Bundesländern. Insgesamt betrachtet war bis 1994 das Wanderungsgeschehen in Bayern hauptsächlich durch Wanderungen aus dem Ausland geprägt. Erst ab 1995 hat Bayern höhere Binnenwanderungs- als Außenwanderungsgewinne zu verzeichnen (vgl. Tab. 22).

Innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes waren mehr Ausländer als Deutsche aus dem Ausland nach Bayern zugewandert; ihr Anteil am gesamten Wanderungsgewinn (413,9 Tausend) betrug 77 %. Ausnahmen bilden hierunter nur die bereits erwähnten Jahre 1997/1998 und das Jahr 1994, in denen Bayern ein nahezu gleich hohes Wanderungsplus von Deutschen und Ausländern aus dem Ausland aufweist (vgl. Abb. 20).

Anhand der Abbildung 20 sind bis 2002 fast stetig rückläufige Zuwanderungsgewinne an Deutschen aus dem Ausland zu erkennen, und in den letzten beiden Untersuchungsjahren wanderten erstmalig mehr Deutsche aus Bayern über die Grenzen Deutschlands aus, als von dort nach Bayern zuzogen; 2004 waren es allein 5.197.

---

22 Die Werte für Bayern wurden vom Statistischen Bundesamt aufgrund einer länderspezifischen Methodik ermittelt.

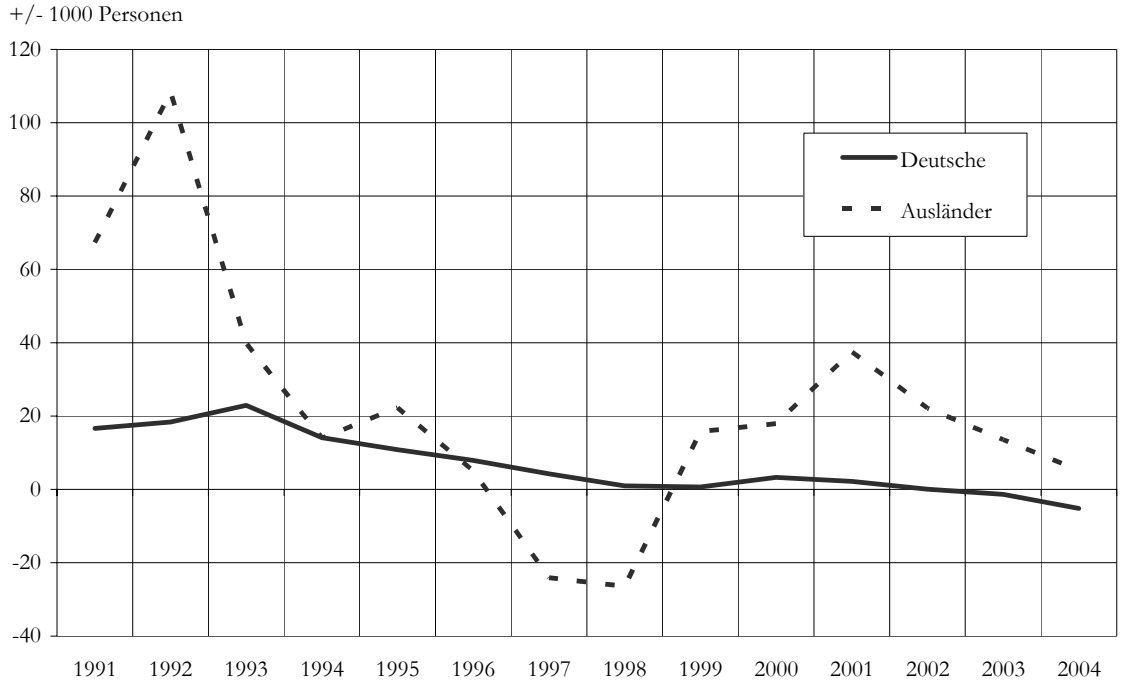
Tab. 22: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Bayern, 1991 bis 2004

Jahr	Binnenwanderung		Außenwanderung		Gesamtwanderung	
	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*
1991	51,1	4,4	83,5	7,2	134,6	11,6
1992	34,4	2,9	126,7	10,8	161,1	13,7
1993	19,1	1,6	62,7	5,3	81,8	6,9
1994	24,3	2,0	28,1	2,4	52,4	4,4
1995	34,4	2,9	33,1	2,8	67,5	5,7
1996	31,4	2,3	12,9	1,1	44,3	3,4
1997	33,3	2,8	-19,8	-1,6	13,5	1,1
1998	39,5	3,3	-25,5	-2,1	14,0	1,2
1999	48,2	4,0	16,5	1,4	64,7	5,3
2000	52,1	4,3	21,2	1,7	73,4	6,0
2001	61,7	5,0	39,7	3,2	101,4	8,2
2002	41,4	3,3	22,2	1,8	63,6	5,1
2003	34,2	2,8	12,2	1,0	46,4	3,7
2004	25,7	2,1	0,1	0,0	25,8	2,1

* Je 1.000 Einwohner am Jahresende

Datenquelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; Bearbeitung: J. Roloff

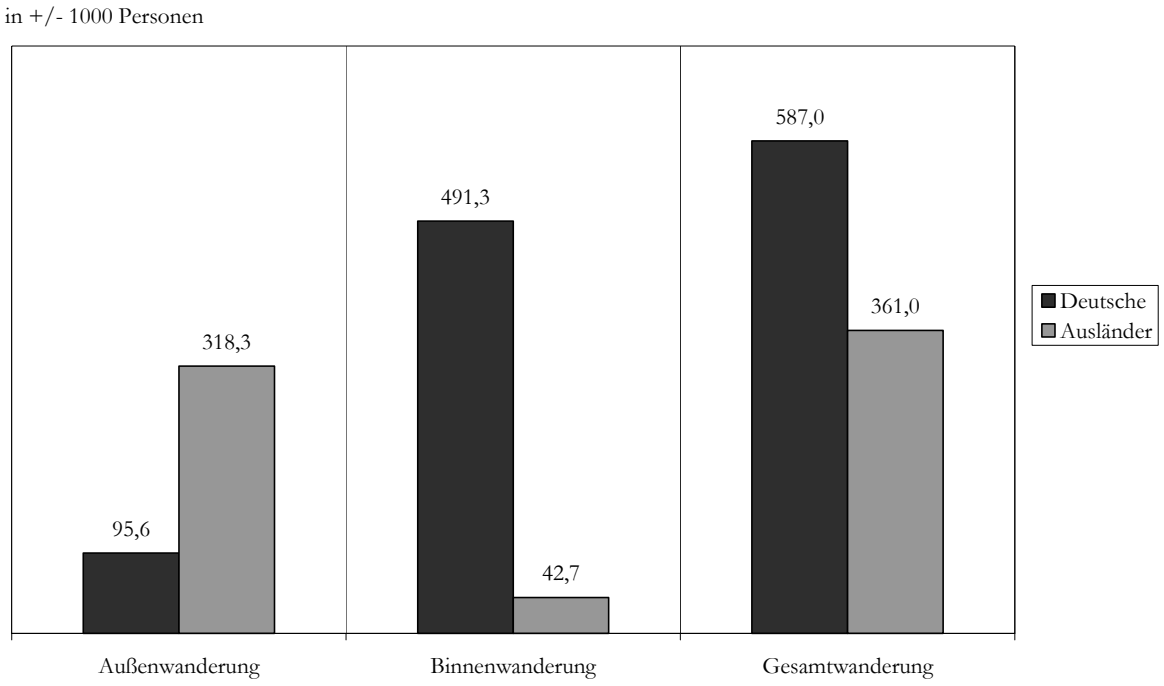
Abb. 20: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Bayern, 1991 bis 2004



Datenquelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; Bearbeitung: J. Roloff

In den Jahren 1991 bis 2004 hat Bayerns deutsche Bevölkerung 587 Tausend Personen über Zuwanderungen dazu gewonnen, davon kamen nur 95,6 Tausend Personen bzw. 16 % aus dem Ausland. Demgegenüber wuchs die ausländische Bevölkerung in Bayern hauptsächlich infolge von Zuwanderungen aus dem Ausland; d.h. das gesamte Wanderungsplus von 361 Tausend Ausländern beruht zu 88 % auf Außenwanderungsgewinnen (Abb. 21).

Abb. 21: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Bayern, Summe der Jahre 1991 bis 2004



Datenquelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; Bearbeitung: J. Roloff

4.2.2.4 Bevölkerungsbilanz

Von 1991 bis 2000 wies Bayern eine positive Bilanz seiner natürlichen Bevölkerungsbewegung auf; d.h., innerhalb dieser Jahre wurden 73,5 Tausend mehr Menschen geboren als starben. Seit 2001 ist dagegen ein Geburtendefizit zu verzeichnen, das mit 10,3 Tausend Personen im Jahr 2003 ins Auge fällt. Demgegenüber lassen sich durchweg positive Wanderungssalden feststellen, die in allen Jahren (allerdings mit unterschiedlicher Quantität) höher als die Salden der natürlichen Bevölkerungsbewegung lagen.

Der Anstieg der bayerischen Bevölkerungszahl um 994,8 Tausend Menschen innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 war zu 92 % durch Wanderungsgewinne aus anderen Bundesländern und dem Ausland bestimmt. Und seit 2001 konnte nur ein Wanderungsplus einen Bevölkerungsrückgang verhindern. Es fällt zudem auf, dass ab diesem Jahr der Bevölkerungsanstieg deutlich schwächer ausfällt: Wuchs die Bevölkerung Bayerns 2001 gegenüber 2000 noch um 99,5 Tausend, waren es 2004 gegenüber dem Vorjahr nur noch um 20,5 Tausend (Tab. 23).

Auch in Bayern nahm die ausländische Bevölkerung innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 stärker als die deutsche zu, d.h. um 26 gegenüber nur 6 %. 87.488 bzw. 7 % der Ausländer erhielten innerhalb der Jahre 2000 bis 2004 die deutsche Staatsangehörigkeit.

Tab. 23: Bevölkerungsstand und -veränderung in Bayern

Jahr	Bevölkerung zu Beginn des Jahres	Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-)	Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-)		Bevölkerung am Ende des Jahres
		in 1.000			je 1.000 Ew.	in 1.000
1991	11.448,8	12,1	134,6	146,7	13	11.596,0
1992	11.596,0	13,2	160,7	173,9	15	11.770,3
1993	11.770,3	11,2	81,4	92,6	8	11.863,3
1994	11.863,3	6,2	52,2	58,4	5	11.921,9
1995	11.921,9	4,0	67,5	71,5	6	11.993,5
1996	11.993,5	6,0	44,3	50,4	4	12.043,9
1997	12.043,9	9,1	13,4	22,5	2	12.066,4
1998	12.066,4	6,1	14,1	20,2	2	12.086,5
1999	12.086,5	3,7	64,7	68,4	6	12.155,0
2000	12.155,0	1,9	73,4	75,3	6	12.230,3
2001	12.230,3	-2,0	101,4	99,5	8	12.329,7
2002	12.329,7	-5,9	63,6	57,6	5	12.387,4
2003	12.387,4	-10,3	46,4	36,1	3	12.423,4
2004	12.423,4	-5,3	25,8	20,5	2	12.443,9

Datenquelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; Bearbeitung: J. Roloff

4.3 Berlin

4.3.1 Wirtschaftsprofil

Die wirtschaftliche Entwicklung Berlins verlief in der Zeit von 1991 bis 2004 im Vergleich zur Bundesrepublik insgesamt ungünstiger. Während in (West-)Deutschland die Wirtschaft im Zeitraum zwischen 1994 und 2002 durchweg wuchs (Bundesgebiet: +12 % bzw. +13 % in den alten Ländern), waren in Berlin fast durchweg Schrumpfungen zu beobachten: sein BIP sank um 6 %. Insgesamt betrachtet ist gegenüber dem Jahr 1991 im Jahr 2004 die Berliner Jahresleistung um rund 2 % zurückgegangen. Damit ist Berlin das einzige Bundesland, dessen Wirtschaft sich in o.a. Zeit negativ entwickelt hat, und dies besonders in den Jahren 1996 und 1997: hier sank das BIP um 2,5 % (1996 gegenüber 1995) bzw. um 2,4 % (1997 gegenüber 1996) (Abb. 22).

Demgemäß fiel im Stadtstaat Berlin das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Zeitraum 1991 bis 2004 von 21.023 Euro auf 20.918 Euro bzw. um ein halbes Prozent und lag somit im letzten Untersuchungsjahr um 15 % unter dem Bundesdurchschnitt. Die Bruttolöhne und -gehälter sind in den Jahren von 1991 bis 2004 von 19.070 Euro auf 26.396 Euro bzw. um 38 % gestiegen. Damit liegen sie knapp unterhalb des durchschnittlichen Gesamtlohnniveaus in Deutschland.

Die Arbeitsproduktivität bzw. das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen ist 2004 gegenüber 1991 um 6 % angestiegen und macht heute rund 46.200 Euro aus. Damit nimmt Berlin den letzten Rang bei den westlichen Bundesländern ein. Dagegen sind im Vergleich zu den übrigen Bundesländern die Lohnstückkosten am stärksten gestiegen: 2004 gegenüber 1991 um 29 %.

In Berlin dominiert mit einem Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung von 83 % der Dienstleistungsbereich. Es folgt der sekundäre Sektor mit 17 %, während die Landwirtschaft mit einem Anteil von nicht einmal einem halbem Prozent faktisch keine Rolle spielt. Der schon in 1991 überdurchschnittlich hohe Dienstleistungsanteil hat bis zum Jahr 2004 um weitere 8 Prozentpunkte zugenommen. Dagegen sind die Beiträge von Landwirtschaft und Industrie zur Bruttowertschöpfung in diesem Zeitraum geringer geworden (-0,1 bzw. -8 Prozentpunkte).

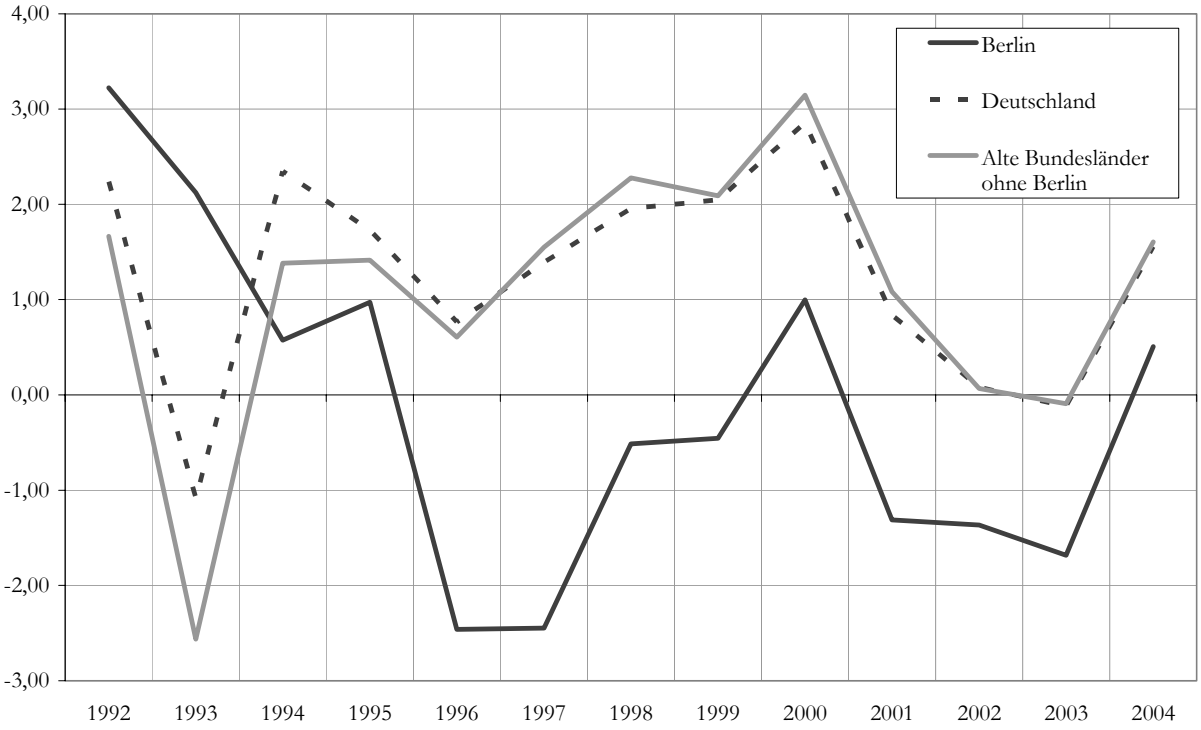
Im Jahr 2004 waren in Berlin 1,53 Mio. Menschen erwerbstätig. Gegenüber dem Jahr 1991 wurde ein Rückgang der Erwerbstätigenzahl von gut 129 Tausend Personen bzw. um 8 % beobachtet. Damit weist Berlin innerhalb der Stadtstaaten die schlechteste Entwicklung auf.

Die Erwerbstätigenquote lag im Jahr 2004 bei 57,7 %. Mit diesem Ergebnis landet Berlin im Ländervergleich auf dem letzten Platz.

Die Berliner Arbeitslosenquote betrug im Jahr 2004 durchschnittlich 19,8 % und ist damit die vierthöchste innerhalb Deutschlands. Sie war zudem 0,3 Prozentpunkte niedriger als der Durchschnitt der neuen Länder (einschließlich Berlin). Von den im Jahr 2004 knapp 298 Tausend gemeldeten Arbeitslosen waren 11 % unter 25 Jahre und 10 % über 55 Jahre alt.

Am Jahresende 2004 wurden in Berlin 270.585 Sozialhilfeempfänger gezählt; und mit 8 Sozialhilfeempfängern je 100 Einwohnern erreicht dieser Stadtstaat im Ländervergleich die zweithöchste Quote. Für Großstädte ist es allerdings keine ungewöhnliche Tatsache, dass sich die Sozialhilfequote auf einem hohen Niveau befindet.

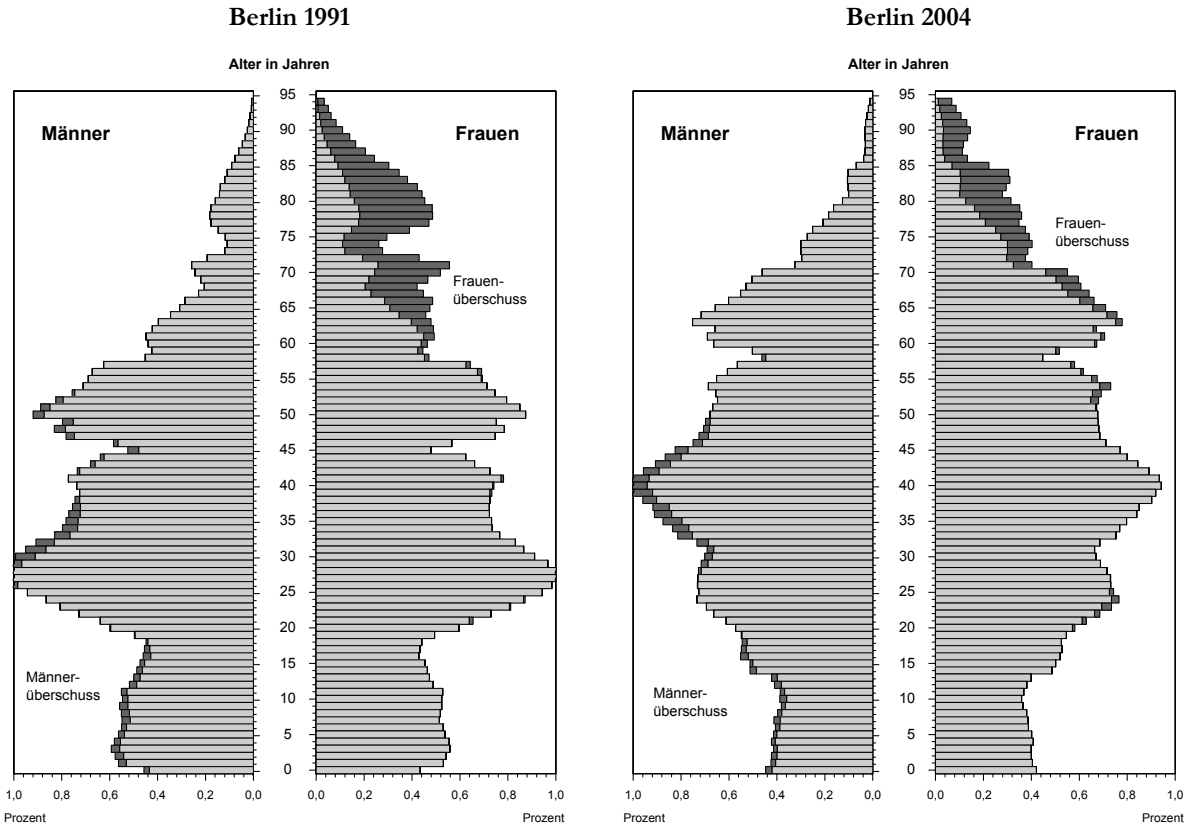
Abb. 22: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Datenquelle: VGR der Länder; Bearbeitung: F. Micheel

Das Land Berlin ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, dass hohe F&E-Anteile am BIP (mit 4 % nimmt es im Ländervergleich Rang eins ein) nicht zwingend mit einem entsprechend hohen Output korrespondieren. 27 Patente pro 100 Tausend Einwohner wurden im Jahr 2004 angemeldet, der Wert liegt damit unter der Hälfte des Bundesdurchschnitts. Eine wesentliche Erklärung für die relativ geringen Forschungserfolge wird von *Keller/Niebuhr/Stiller* (2004) in dem überdurchschnittlich hohen Anteil von öffentlicher Förderung für Forschungsaufwendungen (45 % der gesamten Ausgaben im Jahr 2001) gesehen.

4.3.2 Bevölkerungsentwicklung



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Darstellung: BiB

4.3.2.1 Geburten und Fertilität

Die Zahl der in Berlin Lebendgeborenen sank 1991 bis 2004 von 30.562 auf 29.446, d.h. um knapp 4 %. Allerdings lässt sich innerhalb des Untersuchungszeitraumes ein zeitweiliger Anstieg der Geburten feststellen, wobei im Jahr 1997 mit 30.369 Geburten wieder fast das Niveau des Ausgangsjahres erreicht wurde (Tab. 24).

Nachdem die Geburtenziffer in Berlin im Zeitraum 1991 bis 1994 von 1.105 auf 1.045 Kinder je 1.000 Frauen sank, erfuhr sie in den Folgejahren eine positive Entwicklung und lag 2004 mit 1.195 Geburten je 1.000 Frauen um 8 % über dem Ausgangsniveau des Jahres 1991 (Tab. 24). Allerdings erreichte die Berliner TFR in allen Jahren nicht das Niveau des gesamten Bundesgebietes, worunter die Differenz in den Jahren 1991 bis 1993 besonders augenfällig ist: Hier lag das Geburtenniveau um 17 bis 18 % unterhalb des Durchschnitts aller Länder. Diese Differenz schwächte sich in den Folgejahren etwas ab, und wies 2004 mit 12 % den bis dato niedrigsten Stand auf (Tab. 24). Ein wesentlicher Grund für das niedrige Niveau ist die Wiedervereinigung, weil die Zusammenlegung mit Ost-Berlin das Berliner Geburtenniveau im Zuge des enormen Geburtenrückgangs in Ostdeutschland deutlich absenkte.

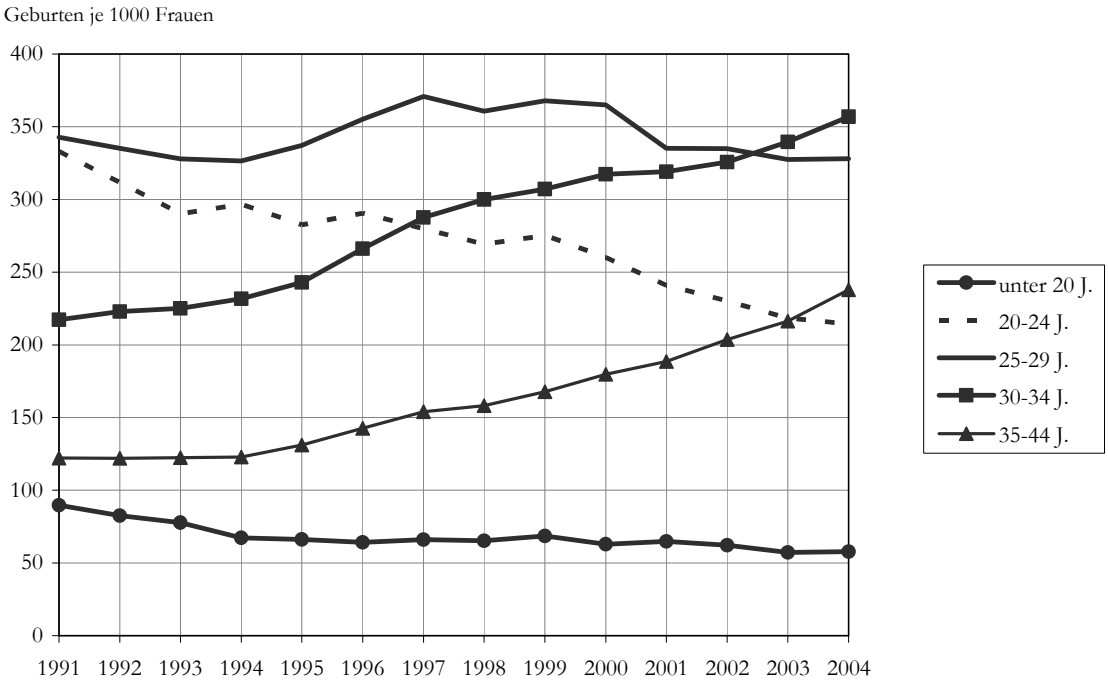
Tab. 24: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Berlin

Jahr	Lebendgebore-ne absolut	Index 1991 = 100	Geburten je 1.000 Frauen	Index 1991 = 100	Differenz*
1991	30.562	100,0	1.105	100,0	-17,0
1992	29.667	97,1	1.074	97,3	-16,8
1993	28.724	94,0	1.043	94,4	-18,3
1994	28.503	93,3	1.045	94,6	-15,8
1995	28.648	93,7	1.060	95,9	-15,1
1996	29.905	97,9	1.119	101,3	-14,9
1997	30.369	99,4	1.158	104,9	-15,3
1998	29.612	96,9	1.153	104,4	-14,8
1999	29.856	97,7	1.187	107,4	-12,7
2000	29.695	97,2	1.185	107,3	-13,9
2001	28.624	93,7	1.148	104,0	-14,7
2002	28.801	94,2	1.156	104,7	-13,7
2003	28.723	94,0	1.159	104,9	-13,4
2004	29.446	96,3	1.195	108,2	-11,8

* In +/- Prozent zu Deutschland

Datenquelle: Statistisches Landesamt Berlin; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 23: Geburtenniveau in Berlin nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Landesamt Berlin; Bearbeitung: J. Roloff

Bei Betrachtung der TFR nach den Altersgruppen der Frauen in Berlin fällt auf, dass, ebenso wie in Baden-Württemberg und Bayern, bei den unter 30 Jahre alten Frauen die Zahl der Geburten innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 um 22 % gesunken ist. Darunter haben die unter 20- sowie die 20- bis 24-jährigen Frauen mit jeweils um 36 % den vergleichsweise stärksten Rückgang ihrer Geburten zu verzeichnen. Dagegen wurden je 1.000 der ab 30-jährigen Frauen innerhalb desselben Zeitraumes im Schnitt um 75 % mehr Kinder geboren: Darunter stieg die Geburtenziffer der 30- bis 34-Jährigen von 217 auf 357 bzw. um 64 %, und übertraf damit im Jahr 2004 die der 25- bis 29-jährigen Frauen (328). Noch stärker stieg das Geburtenniveau der 35 bis 44 Jahre alten

Frauen: von 122 auf 238, d.h. allein um 95 % und war somit 2004 höher als das der 20- bis 24-jährigen Frauen (215) (vgl. Abb. 23).

4.3.2.2 Sterbefälle und Sterblichkeit

Im Jahr 1991 starben in Berlin 43.654 Menschen; in den Folgejahren sank die Gestorbenenzahl nahezu stetig und lag mit 31.792 im letzten Untersuchungsjahr bzw. mit 27 % gegenüber 1991 um einiges niedriger. Dementsprechend deutlich war die Entwicklung der Sterbeziffer: Starben im Jahr 1991 von 1.000 der Berliner Einwohner 13, waren es 2004 nur noch 9 (Tab. 25).

In Berlin betrug gemäß der abgekürzten Sterbetafel 2002/2004 die Lebenserwartung eines neugeborenen Jungen 75,7 Jahre, diejenige eines neugeborenen Mädchens 81,2 Jahre. Somit haben die Mädchen die Chance, 5,5 Jahre länger zu leben als die Jungen.

Tab. 25: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Berlin

Jahr	absolut	Index*	Sterbeziffer**
1991	43.654	100,0	12,7
1992	42.004	96,2	12,2
1993	41.273	94,5	11,9
1994	40.738	93,3	11,7
1995	38.245	87,6	11,3
1996	38.099	87,3	11,0
1997	36.447	83,5	10,6
1998	35.224	80,7	10,3
1999	34.996	80,2	10,3
2000	33.335	76,4	9,8
2001	32.826	75,2	9,7
2002	33.492	76,7	9,9
2003	33.146	75,9	9,8
2004	31.792	72,8	9,4

* 1991 = 100 %

** Gestorbene je 1.000 Einwohner und 1 Jahr

Datenquelle: Statistisches Landesamt Berlin; Bearbeitung: J. Roloff

Tab. 26: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Berlin und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002 bis 2004

Altersstufe	Lebenserwartung in Jahren		Abstand zum Bundesdurchschnitt in Monaten	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
0	81,2	75,7	-4,3	-2,4
1	80,4	75,0	-5,0	-2,6
20	61,7	56,3	-5,0	-3,4
40	42,1	37,1	-4,8	-3,4
60	23,8	20,0	-3,5	-0,7
65	19,6	16,3	-2,5	0,5
80	8,8	7,4	2,0	1,8

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, abgekürzte Sterbetafel 2002/2004; Bearbeitung: J. Roloff

Innerhalb der in Tabelle 26 ausgewiesenen Altersstufen weisen die Mädchen/Frauen in Berlin bis zum 65. Lebensalter und die Jungen/Männer bis zum 60. Lebensalter eine im Vergleich zu allen Bundesländern höhere Sterblichkeit auf. Haben z.B. die Berliner 40 Jahre alten Frauen die Chance, noch 42 weitere Jahre zu leben, lag diese fernere Lebenserwartung bei den gleichaltrigen Frauen im gesamten Bundesgebiet um 5 Monate höher. Bei den Männern ist diese Sterblichkeitsdifferenz niedriger: Haben z.B. die 60-jährigen Frauen in Berlin eine gegenüber dem Bundesdurchschnitt um knapp 4 Monate niedrigere Lebenserwartung, macht diese Differenz bei

den gleichaltrigen Männern nur knapp einen Monat aus. Erst in der Altersstufe 80 haben die Frauen und Männer in Berlin eine gegenüber dem Bundesdurchschnitt um jeweils 2 Monate höhere Überlebenschance (Tab. 26).

4.3.2.3 Wanderungen

Innerhalb des Untersuchungszeitraumes 1991 bis 2004 hatte Berlin nur im Ausgangsjahr 1991 einen leichten Binnenwanderungsgewinn von 1 Tausend Personen bzw. 0,3 Personen je 1.000 seiner Einwohner zu verzeichnen. In den darauf folgenden Jahren zogen stets mehr Menschen aus als nach Berlin. 1997 hatte die Hauptstadt mit 26 Tausend Menschen den höchsten Binnenwanderungsverlust zu verbuchen (vgl. Tab. 27).

Im Gegensatz zur Binnenwanderung weist Berlin weitestgehend positive Salden seiner Außenwanderung auf. Nur 1997 und 1998 gab es einen leichten Wanderungsverlust. In diesen beiden Jahren zogen 1,4 Tausend mehr Menschen aus Berlin in das Ausland als von dort herkamen. In den Jahren 1996 bis 2000 konnte das Außenwanderungsplus die negativen Binnenwanderungssalden nicht ausgleichen, so dass Berlins Bevölkerung innerhalb dieser Jahre insgesamt 60,6 Tausend Menschen infolge Abwanderungen verlor. In den übrigen Jahren, 2003 und 2004 allerdings nur minimal, führten die Wanderungsgewinne aus dem Ausland insgesamt zu einem Wanderungsplus (Tab. 27).

Tab. 27: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Berlin, 1991 bis 2004

Jahr	Binnenwanderung		Außenwanderung		Gesamtwanderung	
	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*
1991	1,0	0,3	24,4	7,1	25,4	7,4
1992	-2,2	-0,6	34,3	9,9	32,1	9,2
1993	-7,0	-2,0	29,2	8,4	22,2	6,4
1994	-8,4	-2,4	17,2	5,0	8,9	2,5
1995	-12,2	-3,5	22,2	6,4	10,0	2,9
1996	-18,7	-5,4	14,3	4,1	-4,5	-1,3
1997	-26,0	-7,6	-1,0	-0,3	-26,9	-7,9
1998	-20,9	-6,2	-0,4	-0,1	-21,3	-6,3
1999	-13,2	-3,9	6,2	1,8	-7,0	-2,1
2000	-5,8	-1,7	5,0	1,5	-0,9	-0,3
2001	-0,7	-0,2	11,2	3,3	10,5	3,1
2002	-1,1	-0,3	9,7	2,9	8,7	2,6
2003	-7,0	-2,1	7,5	2,2	0,5	0,1
2004	-9,1	-2,7	10,8	3,2	1,7	0,5

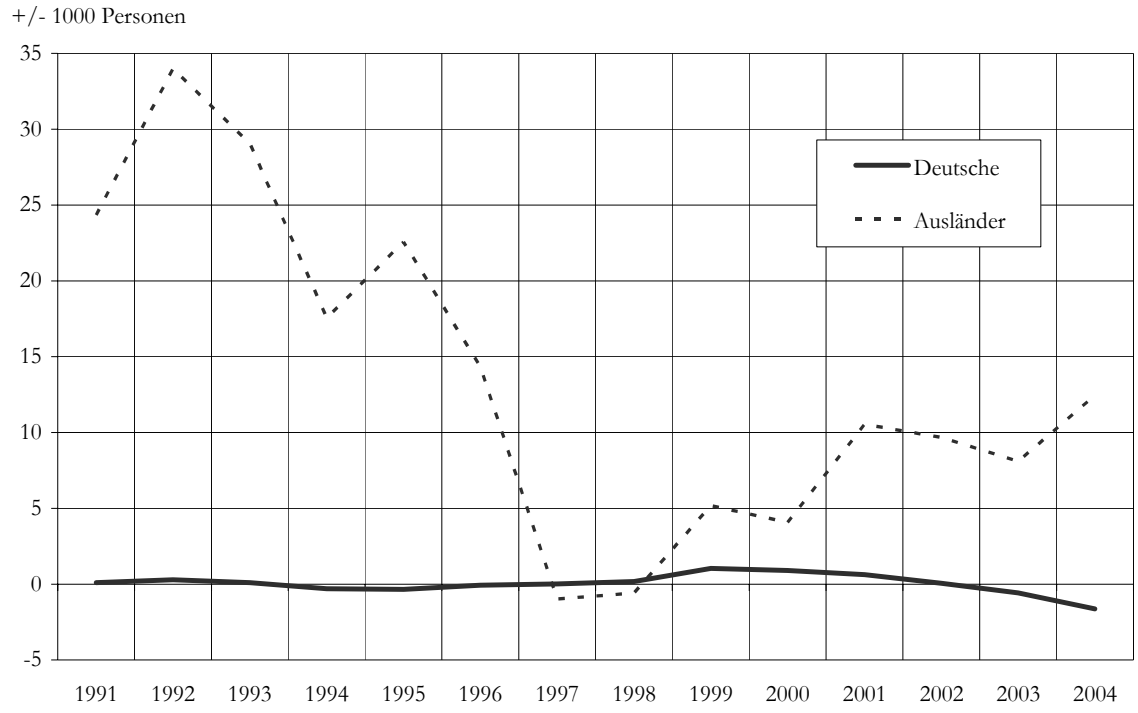
* Je 1.000 Einwohner am Jahresende

Datenquelle: Statistisches Landesamt Berlin; Bearbeitung: J. Roloff

Über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg (bis auf die Jahre 1997/1998) waren am Außenwanderungsgeschehen Berlins fast ausschließlich Ausländer beteiligt. Deren Anteil am gesamten Wanderungsgewinn aus dem Ausland in den Jahren 1991 bis 2004 (190,7 Tausend) machte nahezu 100 % aus (vgl. Abb. 24).

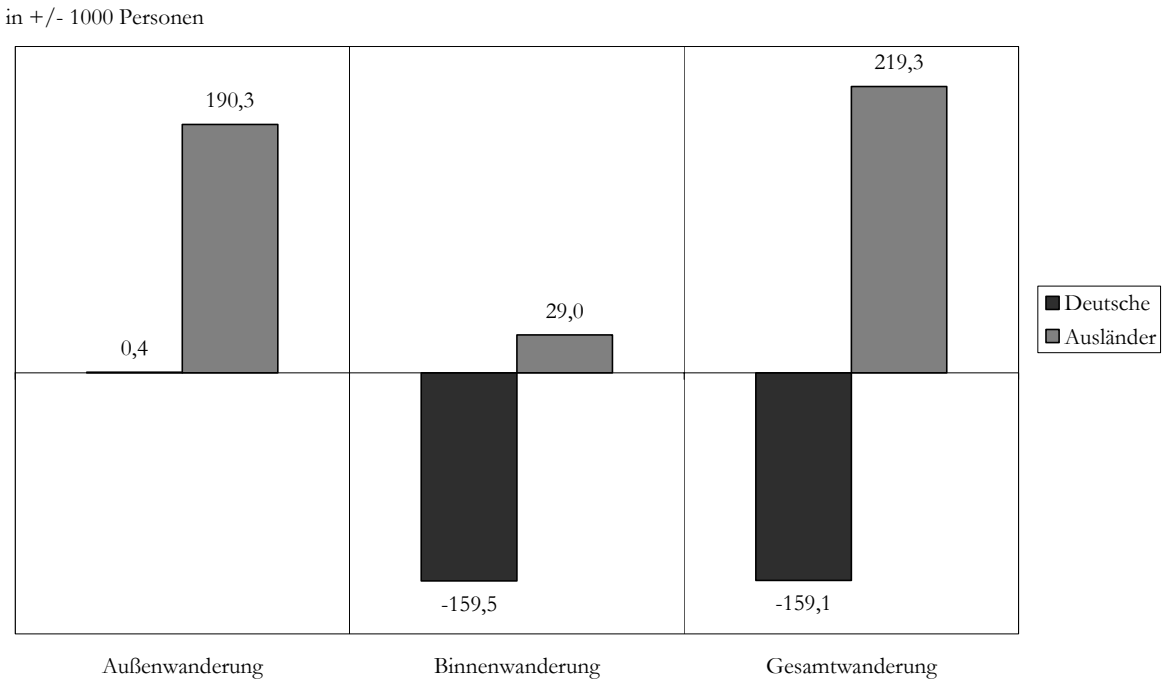
Demnach waren es nur wenige Deutsche, die per Saldo aus dem Ausland nach Berlin zuzogen; d.h. innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 gerade mal 395 Personen. Dieser sehr niedrige Wanderungsgewinn ist auf ein Wanderungsminus in der Summe von nur drei Jahren, 1994, 1995 und insbesondere 2004, zurückzuführen. In diesen Jahren zogen 2.266, davon 2004 allein 1.635, mehr Deutsche ins Ausland als von dort herkamen.

Abb. 24: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Berlin, 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt Berlin, Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 25: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Berlin, Summe der Jahre 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt Berlin, Bearbeitung: J. Roloff

Diesem gesamten schwachen Außenwanderungsplus an Deutschen steht zudem ein Wanderungsverlust von 159,5 Tausend Deutschen in andere Bundesländer gegenüber. Somit verlor Berlins deutsche Bevölkerung insgesamt 159,1 Tausend Personen durch Abwanderungen. Dagegen

stieg die Zahl der Ausländer in Berlin infolge eines Gesamtwanderungsplus von 219,3 Personen, die mehrheitlich (87 %) aus dem Ausland kamen (Abb. 25).

4.3.2.4 Bevölkerungsbilanz

2004 lebten im Vergleich zum Ausgangsjahr 1991 in Berlin 56,2 Tausend weniger Menschen, d.h. seine Einwohnerzahl sank um knapp 2 %. Jedoch ist es nur die deutsche Bevölkerung, die einen Verlust aufweist: Deren Zahl sank innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 von 3,1 auf 2,9 Millionen Menschen bzw. um 6 %. Dagegen wuchs im gleichen Zeitraum die ausländische Bevölkerung von 340 auf 454,5 Tausend Menschen bzw. um 34 % an.

Die Bevölkerungsbilanz Berlins weist keine gleichmäßige Entwicklung auf. Zwar lassen sich durchgängig Geburtendefizite feststellen, aber mit sinkender Tendenz: Wurden 1991 13,1 Tausend weniger Geborene als Gestorbene gezählt, waren es 2004 2,3 Tausend weniger Geburten als Sterbefälle. Diese Geburtendefizite konnten jedoch nur in den Jahren 1990 bis 1993 sowie in den Jahren 2001 und 2002 durch einen Überschuss an Zuzügen, überwiegend aus dem Ausland, kompensiert werden, so dass in diesen Jahren die Bevölkerung Berlins einen Zuwachs erfuhr (vgl. Tab. 28).

Seit Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes sind 32.835 Ausländer in Berlin deutsche Staatsbürger geworden. Je 100 der dort lebenden ausländischen Bevölkerung sind dies 7 Personen. Betrachtet man allein die im Jahr 2004 Eingebürgerten, waren von diesen 6.509 Personen fast 39 % solche, die bisher eine türkische Staatsangehörigkeit besaßen. An zweiter und dritter Stelle folgten Iraner (7 %) und Polen (6 %). Die große Mehrheit der neuen Staatsbürger, 65 %, hielt sich zuvor bereits zwischen 8 und 20 Jahren in Deutschland auf (vgl. *Statistisches Landesamt Berlin* 2005).

Tab. 28: Bevölkerungsstand und -veränderung in Berlin

Jahr	Bevölkerung zu Beginn des Jahres	Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-)	Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-)		Bevölkerung am Ende des Jahres
		in 1 000			je 1.000 Ew.	in 1.000
1991	3.433,70	-13,1	25,4	12,3	4	3.446,0
1992	3.446,0	-12,3	31,6	19,2	6	3.465,7
1993	3.465,7	-12,5	22,0	9,4	3	3.475,4
1994	3.475,4	-12,2	8,5	-3,8	-1	3.472,0
1995	3.472,0	-10,6	10,0	-0,6	0	3.471,4
1996	3.471,4	-8,2	-4,5	-12,7	-4	3.458,8
1997	3.458,8	-6,1	-26,9	-33,0	-10	3.425,8
1998	3.425,8	-5,6	-21,3	-26,9	-8	3.398,8
1999	3.398,8	-5,1	-7,0	-12,2	-4	3.386,7
2000	3.386,7	-3,6	-0,9	-4,5	-1	3.382,2
2001	3.382,2	-4,2	10,4	6,2	2	3.388,4
2002	3.388,4	-4,7	8,7	4,0	1	3.392,4
2003	3.392,4	-4,4	0,5	-3,9	-1	3.388,5
2004	3.388,5	-2,3	1,7	-0,7	0	3.387,8

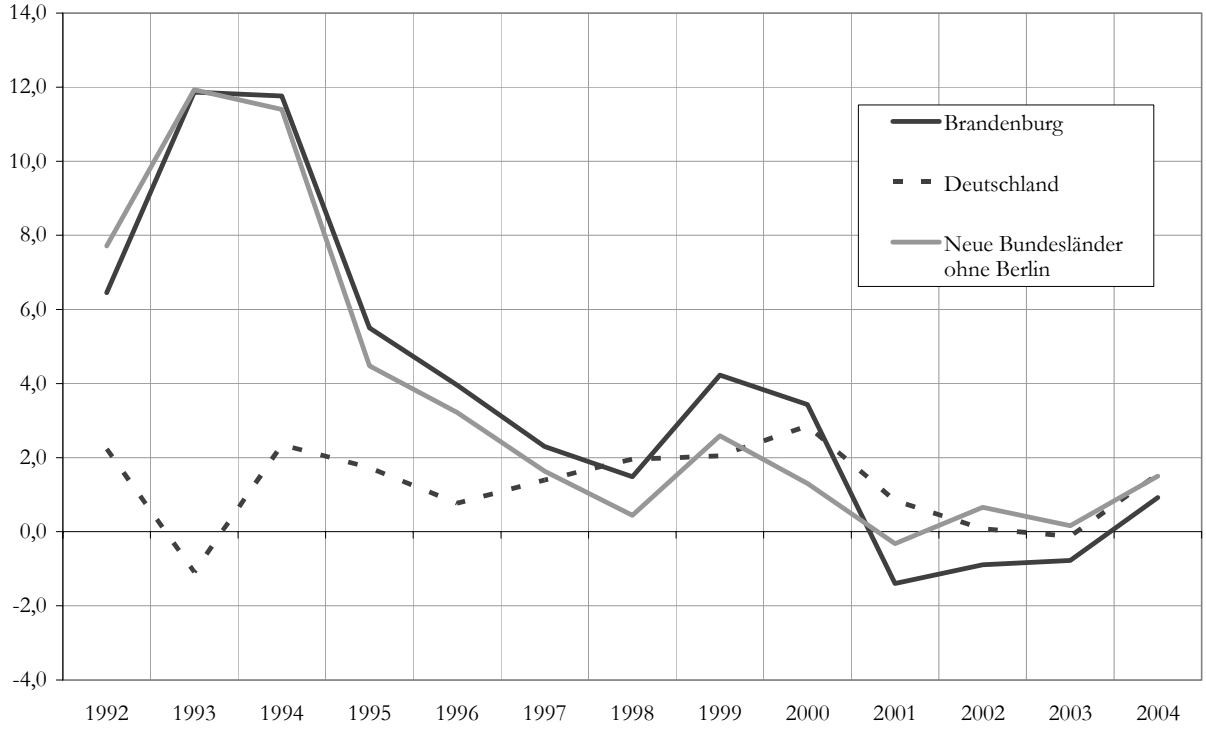
Datenquelle: Statistisches Landesamt Berlin; Bearbeitung: J. Roloff

4.4 Brandenburg

4.4.1 Wirtschaftsprofil

In Brandenburg kam es nach der anfänglichen Aufschwungphase, besonders in den Jahren 1993 und 1994 (mit Wachstumsraten von jeweils über 10 %), allmählich zu einer Angleichung an den Bundesdurchschnitt. Im Jahr 2001 ist die Wirtschaftsleistung gegenüber dem Vorjahr erstmals gesunken, um über ein Prozent. Auch in den beiden Folgejahren nahm die Wirtschaftsleistung gegenüber den Vorjahren ab. Insgesamt lag der Wert des realen BIP im Jahr 2004 um fast 60 % höher als im Jahr 1991. Im Ländervergleich weist Brandenburg für den Zeitraum 1991 bis 2004 das zweithöchste Wirtschaftswachstum auf. Zum hohen Wirtschaftswachstum haben in den Anfängen der 1990er Jahre neben einzelnen Bereichen im Produzierenden Gewerbe (v.a. das Baugewerbe) die Bereiche der Dienstleistungsunternehmen beigetragen (*Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg* 1998: 7). Im Zeitraum von 1994 bis 2000 verlief die wirtschaftliche Entwicklung in Brandenburg günstiger als in den übrigen ostdeutschen Bundesländern, seit dem Jahr 2001 befindet sich das Wachstum jedoch unterhalb des ostdeutschen Durchschnitts (vgl. Abb. 26).

Abb. 26: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Datenquelle: VGR der Länder; Bearbeitung: F. Micheel

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner hatte im Jahr 2004 einen Wert von 16.241 Euro. Im Vergleich zum Jahr 1991 ist es um 60 % angestiegen, lag damit aber trotzdem um 34 % deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Im Land Brandenburg stiegen innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter um 92 %, d.h. von 11.322 auf 21.276 Euro je Arbeitnehmer und erreichten 81 % des Bundesdurchschnitts.

Von 1991 bis 2004 war in Brandenburg eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um fast 87 % zu beobachten. Diese liegt jetzt bei 41.073 Euro je Beschäftigten und damit um 11.370 Euro unter dem Bundesdurchschnitt. Der Anstieg der Lohnstückkosten zwischen 1991 und 2004 betrug knapp 4 %. Brandenburg weist hier zusammen mit Hamburg die drittniedrigste Steigerung im Ländervergleich auf.

Gemessen an der Bruttowertschöpfung zeigt das Land Brandenburg folgende Wirtschaftsstruktur: Der Dienstleistungsanteil lag im Jahr 2004 mit 72 % an der Spitze, gefolgt vom Produzierenden Gewerbe mit 26 % und der Landwirtschaft mit 3 %. Gegenüber dem Jahr 1991 legten die Dienstleistungsbereiche um 5,4 Prozentpunkte zu. Das Volumen des Dienstleistungssektors erreichte im Jahr 2004 den 1,8-fachen Wert von 1991. Dagegen sind hinsichtlich der Bruttowertschöpfung der Anteil des Industriesektors um 4,2 Prozentpunkte und der Anteil der Landwirtschaft um 1,2 Prozentpunkte gesunken.

Die wirtschaftlichen Monostrukturen aus der DDR-Zeit[23] bereiteten dem Strukturwandel eine schwierige Ausgangsposition, um eine Marktwirtschaft zu etablieren. Die Transformation der brandenburgischen Wirtschaft hat aber, wie die Zahlen belegen, deutliche Spuren in der sektoralen Wirtschaftsstruktur hinterlassen. Dies lässt sich an der Beschäftigungsentwicklung in den Wirtschaftssektoren ablesen. Nach der Vereinigung fand ein massiver Beschäftigungsrückgang in der Land- und Forstwirtschaft statt. Zum Zeitpunkt der Wende wurden in diesem Sektor fast 180 Tausend Beschäftigte gezählt, deren Zahl ging zum Jahr 1991 auf 108 Tausend zurück. Im Jahr 1995 waren knapp 54 Tausend und im Jahr 2004 nur noch etwa 41 Tausend Personen in der Landwirtschaft tätig. Das Baugewerbe erlebte, bedingt durch die starke finanzielle Förderung, Anfang bis Mitte der 1990er Jahre einen regelrechten Boom: der Anteil der Beschäftigten im Baugewerbe stieg auf einen Höhepunkt von 17,6 % (gut 188 Tausend) im Jahr 1995. Danach kam es zu einer anhaltenden Konsolidierung, und im Jahr 2004 stellten 104 Tausend Beschäftigte im Baugewerbe einen Anteil an der gesamten Beschäftigung von 11 %. Das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) spielt bezüglich der Beschäftigung mittlerweile eine untergeordnete Rolle. In der DDR waren noch rund 40 % der Beschäftigten in diesem Wirtschaftsbereich tätig. Im Jahr 2004 waren es mit rund 136 Tausend Beschäftigten nur noch 13 %. Anfang der 1990er Jahre war der Beschäftigungsabbau besonders stark. Die stärksten Beschäftigungsimpulse im Dienstleistungsbereich gingen auf Nachholprozesse sowie auf eine allgemeine Modernisierung der Wirtschaft zurück, hiervon profitierten besonders die unternehmensbezogenen Dienstleistungen (*Bogai/Wielthölter* 2005: 13ff).

Im Zeitraum von 1991 bis 2004 sank die Zahl der Erwerbstätigen um rund 171 Tausend Personen bzw. um 14 % und liegt hinsichtlich der prozentualen Veränderung gleichauf mit Sachsen. Diese beiden Bundesländer haben von den neuen Ländern die geringsten negativen Veränderungsraten vorzuweisen. In Brandenburg wurden für das Jahr 2004 knapp über eine Million Erwerbstätige gezählt, und die Erwerbstätigenquote machte 61,3 % aus.

Im Jahresdurchschnitt waren 2004 fast 251 Tausend Arbeitslose gemeldet. Davon waren fast 12 % jünger als 25 Jahre und 9 % mindestens 55 Jahre alt. Die Arbeitslosenquote betrug 20,4 %, womit Brandenburg im Ländervergleich den drittletzten Rang belegte. Sie war zudem etwas hö-

---

[23] Gekennzeichnet durch Schwerindustrie sowie ländlich geprägte Regionen und durch eine relativ große Anzahl von Gemeinden mit weniger als 2 Tausend Einwohnern (*Bogai/Wielthölter* 2005: 13).

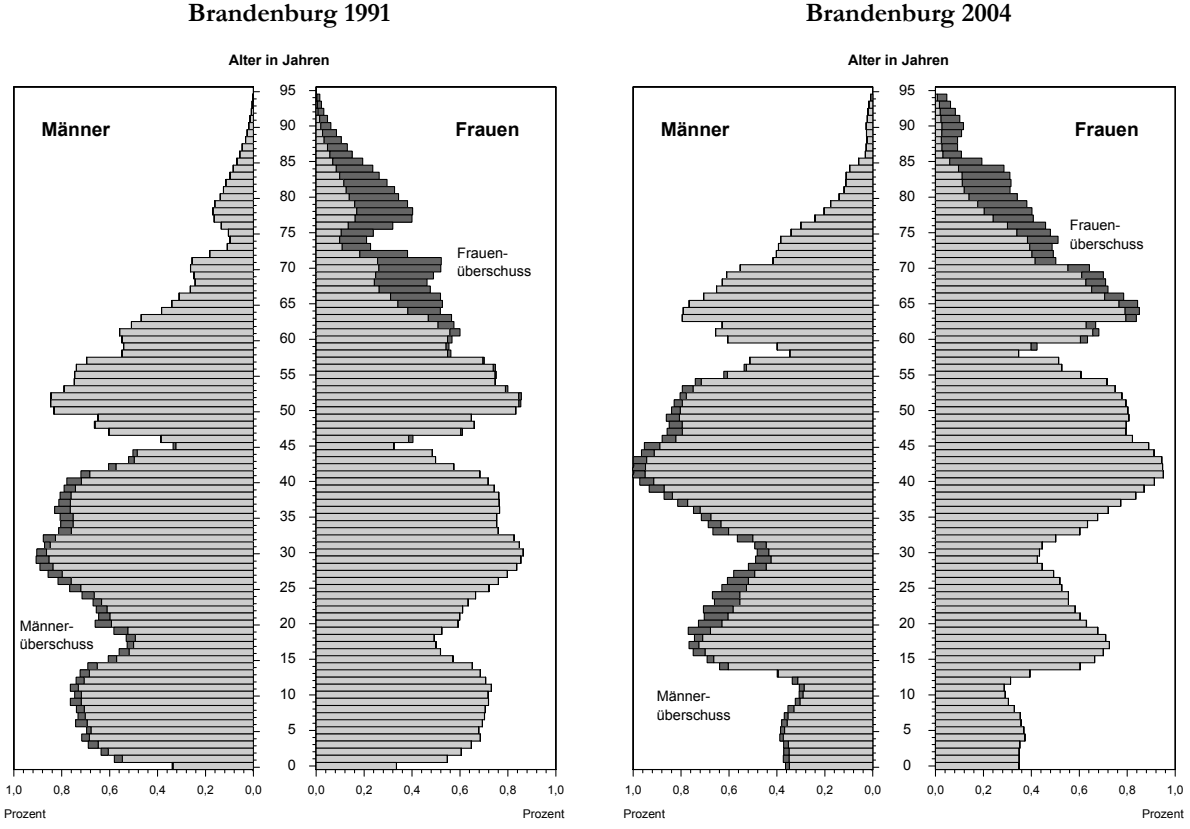
her ausgefallen als im ostdeutschen Durchschnitt (0,3 Prozentpunkte). Der höchste und der niedrigste Wert bzgl. der Arbeitslosigkeit innerhalb des Landes Brandenburg streuen im Jahr 2004 um etwa sieben Prozentpunkte: Während in Potsdam (Stadt) die Quote im Jahresdurchschnitt 13,4 % betrug, war in der Uckermark die höchste Arbeitslosenquote von 27,7 % zu vermelden.

Bezüglich der Standortdebatte ist eine deutliche Zweiteilung im Land zu erkennen: offensichtlich profitierten die Regionen um Berlin vom Einfluss der wirtschaftlichen Aktivitäten in der Hauptstadt, wohingegen die Situation in den Regionen an der Grenze zu Polen deutlich angespannter war. Die Gründe können unterschiedlich sein. Die Bildung von Ballungsräumen um Berlin kann ein Anzeichen dafür sein, dass in Berlin die Agglomerationsvorteile gegenüber den -nachteilen überwiegen werden. Aber auch Pendlerbeziehungen zwischen Berlin und dem Umland können positive Effekte ausstrahlen (*Bogai/Wielthölter* 2005: 30ff).

Brandenburg wies im Jahr 2004 mit 3 % (entspricht 78.010 Sozialhilfeempfängern) innerhalb der ostdeutschen Länder die zweitniedrigste Sozialhilfequote auf.

Im Jahr 2004 belegte Brandenburg mit 13 Patentanmeldungen pro 100 Tausend Einwohner im Ländervergleich den vorletzten Platz. Der Anteil der F&E-Aktivitäten am BIP lag im Jahr 2001 bei 1,5 %. Die Finanzierung der Forschungsaktivitäten wurde überwiegend vom öffentlichen Sektor übernommen; d.h. sein Anteil betrug 63 % gegenüber 37 % der privaten Wirtschaft (2001).

4.4.2 Bevölkerungsentwicklung



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Darstellung: BiB

4.4.2.1 Geburten und Fertilität

1991 wurden im Land Brandenburg 17.215 Kinder geboren. Danach sank die Geburtenzahl bis 1993 auf einen bisher nicht erreichten Tiefststand von 12.238 Kindern und lag dementsprechend um 29 % unter dem Ausgangsniveau. In den Folgejahren wurden wieder mehr Geburten registriert, und 2000 wurde mit einer Geburtenzahl von 18.444 das Niveau des Jahres 1991 um 7 % übertroffen. Nach 2000 wurden zwar wieder etwas weniger Kinder geboren, doch waren es weiterhin mehr als im Ausgangsjahr. Innerhalb des gesamten Zeitraumes 1991 bis 2004 stieg die Geburtenzahl auf 18.148 bzw. um 5 % (Tab. 29).

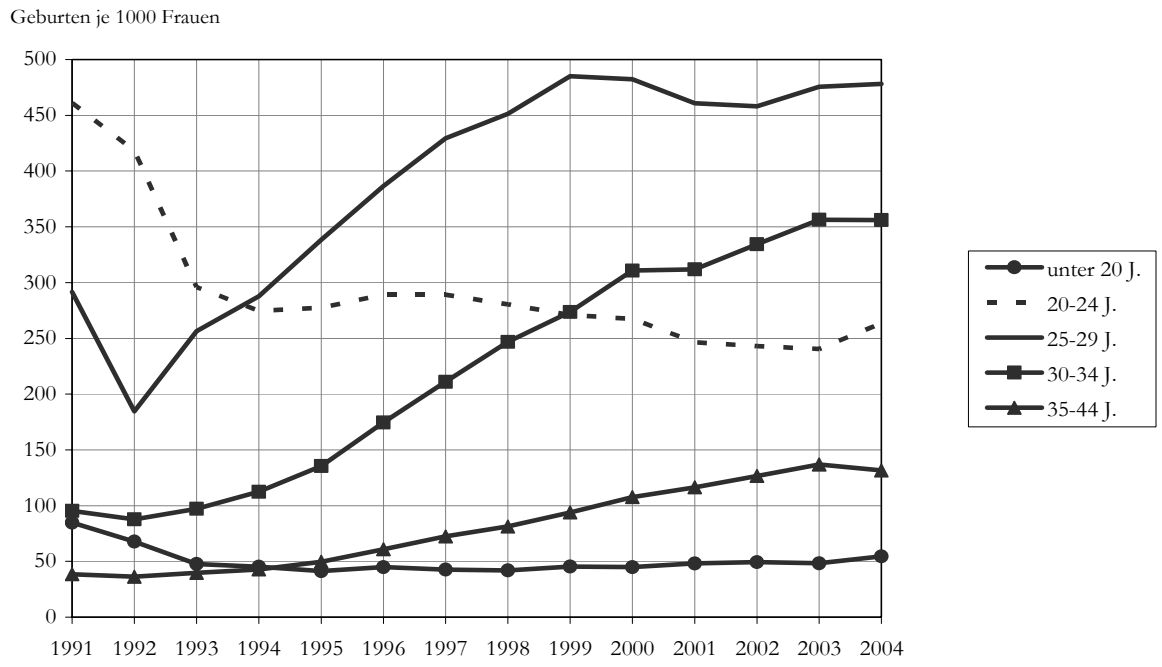
Tab. 29: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Brandenburg

Jahr	Lebendgeborene absolut	Index 1991 = 100	Geburten je 1.000 Frauen	Index 1991 = 100	Differenz*
1991	17.215	100,0	971	100,0	-27,0
1992	13.469	78,2	795	81,9	-38,4
1993	12.238	71,1	737	75,9	-42,3
1994	12.443	72,3	763	78,6	-38,5
1995	13.494	78,4	842	86,7	-32,5
1996	15.140	87,9	956	98,5	-27,3
1997	16.370	95,1	1.045	107,6	-23,6
1998	17.146	99,6	1.102	113,5	-18,6
1999	17.928	104,1	1.169	120,4	-14,0
2000	18.444	107,1	1.213	124,9	-11,9
2001	17.692	102,8	1.184	121,9	-12,1
2002	17.704	102,8	1.211	124,7	-9,6
2003	17.970	104,4	1.258	129,6	-6,0
2004	18.148	105,4	1.284	132,2	-5,2

* in +/- Prozent zu Deutschland

Datenquelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 27: Geburtenniveau in Brandenburg nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004



Datenquelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg; Bearbeitung: J. Roloff

Die seit 1994 positive Geburtenentwicklung in Brandenburg wird anhand der zusammengefassten Geburtenziffer noch deutlicher. 1991 wurden je 1.000 Frauen 971 Kinder geboren. Bis 1993 sank das Geburtenniveau auf einen Tiefststand von 737 Kindern je 1.000 Frauen. In den Jahren danach stieg die Geburtenziffer bis 2004 auf 1.284 und lag damit um 32 % über der des Jahres 1991; sie war zudem nicht weit vom gesamtdeutschen Durchschnitt entfernt, d.h. sie lag nur noch um 5 % darunter. Im Vergleich hierzu betrug 1993 dieser Abstand noch 42 % (Tab. 29).

Innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 sanken die Geburtenzahlen je 1.000 der unter 25 Jahre alten Frauen um 58 %. Demnach ist das seit Mitte der 1990er Jahre in Brandenburg stetig gestiegene Geburtenniveau ausschließlich dem positiven Geburtenverhalten der Frauen im Alter von 25 und mehr Jahren zu verdanken. Zwar sank auch bei diesen Frauen das Geburtenniveau 1992 gegenüber 1991 um 27 %, danach stieg es aber stetig: von 1992 bis 2004 auf über das 3-fache. Besonders auffällig ist der Geburtenanstieg bei den 30-jährigen und älteren Frauen: Wurden 1992 von 1.000 der 30 bis 34 Jahre alten Frauen 88 Kinder geboren, waren es 12 Jahre später 356 Kinder. Zudem liegt das Geburtenniveau dieser Frauengruppe inzwischen seit 1999, mit steigender Tendenz, über dem der 20- bis 24-jährigen Frauen. Ebenso gestiegen ist die Geburtenziffer der 35- bis 44-jährigen Frauen (von 36 auf 132) und zudem seit 1995 schneller als die der unter 20-jährigen Frauen (vgl. Abb. 27).

Diese Entwicklung ist eindeutiges Ergebnis eines Nachholeffekts, und dies gilt für alle neuen Bundesländer: In der ersten Hälfte der 90er Jahre haben sich viele junge Menschen in Ostdeutschland gegen Kinder bzw. gegen ein weiteres Kind entschieden, „um sich in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland mit den neuen Möglichkeiten und Risiken zurechtzufinden“ (*Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung* 2004: 22). Und: „Für die Geburtenhäufigkeit ist es üblich, dass auf kurzzeitige Geburtentiefs kurzzeitige Anstiege folgen. Geburten werden dann nachgeholt, wenn sich die gesellschaftlichen Umstände wieder gebessert haben. Timing-Effekt, das Vorziehen oder Nachholen von Geburten im Biografieverlauf, wird dieses Phänomen in der Bevölkerungswissenschaft genannt“ (*Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung* 2004: 20).

4.4.2.2 Sterbefälle und Sterblichkeit

1991 wurden in Brandenburg 31.167 Sterbefälle registriert; dies entspricht einer rohen Sterbeziffer von 12,2 ‰. Ab da sank die Zahl der Gestorbenen, abgesehen von wenigen jährlichen Schwankungen, stetig bis 2004 auf 25.859 bzw. um 17 %; je 1.000 Einwohner Brandenburgs waren es somit 10 Gestorbene (vgl. Tab. 30).

Die abgekürzte Sterbetafel 2002/2004 weist für die in Brandenburg neugeborenen Jungen eine durchschnittliche Lebenserwartung von 74,6 Jahren aus. Die Lebenserwartung der neugeborenen Mädchen beträgt 81,1 Jahre; ihre Überlebenschance gegenüber den Jungen liegt somit (auch im Vergleich zur geschlechterspezifischen Differenz der Lebenserwartung in anderen Bundesländern) mit 6,5 Jahren überdurchschnittlich hoch.

Vergleicht man das derzeitige Sterblichkeitsniveau in Brandenburg mit dem des gesamten Bundesgebietes, so weisen in diesem Land sowohl die Männer als auch die Frauen in allen Altersstufen eine höhere Sterblichkeit auf. Dabei sind die Männer weiter vom allgemeinen Durchschnitt entfernt als die Frauen. So haben z.B. die zwischen 0 und 40 Jahre alten Männer in Brandenburg gegenüber allen Männern gleichen Alters in Deutschland eine um 14 bis 16 Monate geringere Lebenserwartung; bei den Frauen dieser Altersstufen macht dieser Unterschied „nur“ 6

bis 5 Monate aus. Erst ab der Altersstufe 60 wird die Differenz zwischen Männern und Frauen kleiner. So weisen z.B. die 65-jährigen Frauen und Männer in Brandenburg eine im Vergleich zum Bundesdurchschnitt um 7 bzw. 8 Monate geringere Überlebenschance auf, und bei den 80 Jahre alten Frauen und Männern sind es jeweils rd. 5 Monate (vgl. Tab. 31).

Tab. 30: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Brandenburg

Jahr	absolut	Index*	Sterbeziffer**
1991	31.167	100,0	12,2
1992	29.352	94,2	11,5
1993	29.024	93,1	11,4
1994	28.490	91,4	11,2
1995	27.401	87,9	10,8
1996	27.622	88,6	10,8
1997	26.756	85,8	10,4
1998	26.327	84,5	10,2
1999	26.016	83,5	10,0
2000	26.068	83,6	10,0
2001	25.889	83,1	10,0
2002	26.494	85,0	10,2
2003	26.862	86,2	10,4
2004	25.859	83,0	10,0

* 1991 = 100 %

** Gestorbene je 1.000 Einwohner und 1 Jahr

Datenquelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg; Bearbeitung: J. Roloff

Tab. 31: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Brandenburg und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002 bis 2004

Altersstufe	Lebenserwartung in Jahren		Abstand zum Bundesdurchschnitt in Monaten	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
0	81,1	74,6	-5,3	-15,5
1	80,4	73,9	-5,6	-15,7
20	61,6	55,3	-5,4	-15,4
40	42,0	36,2	-5,5	-13,7
60	23,5	19,3	-6,5	-8,8
65	19,2	15,6	-6,8	-8,2
80	8,2	6,8	-5,0	-5,4

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, abgekürzte Sterbetafel 2002/2004; Bearbeitung: J. Roloff

4.4.2.3 Wanderungen

Das Land Brandenburg verzeichnete 1991 bis 1993 Binnenwanderungsverluste, doch mit abnehmender Tendenz, in den Jahren 1994 bis 2000 dann stetig wachsende Wanderungsgewinne aus anderen Bundesländern. In den Jahren von 2001 bis 2003 wanderten dann wieder mehr Menschen aus dem Land Brandenburg in das übrige Bundesgebiet ab, als von dort zuzogen. Jedoch sind diese Verluste nicht mehr so hoch gewesen wie in den ersten Jahren des Untersuchungszeitraumes: im Jahr 2003 verlor Brandenburg beispielsweise per Saldo lediglich 500 Menschen an andere Bundesländer; 1991 waren es demgegenüber noch 30,4 Tausend. Im letzten Untersuchungsjahr wies Brandenburg wieder ein leichtes Wanderungsplus von 742 Personen auf (vgl. Tab. 32).

Tab. 32: Wanderungen in Brandenburg, Überschuss der Zu(+) bzw. Fortzüge(-)

Jahr	Binnenwanderung		Außenwanderung		Gesamtwanderung	
	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*
1991	-30,4	-12,0	8,0	3,1	-22,4	-8,8
1992	-24,2	-9,5	34,9	13,7	10,7	4,2
1993	-9,7	-3,8	21,5	8,5	11,8	4,6
1994	5,0	2,0	10,1	4,0	15,1	6,0
1995	7,9	3,1	11,3	4,4	19,2	7,6
1996	10,7	4,2	14,2	5,6	24,9	9,7
1997	18,4	7,2	10,8	4,2	29,2	11,3
1998	18,3	7,1	8,0	3,1	26,3	10,1
1999	11,0	4,2	8,0	3,1	18,9	7,3
2000	5,4	2,1	2,9	1,1	8,4	3,2
2001	-4,5	-1,7	3,8	1,5	-0,7	-0,3
2002	-4,9	-1,9	3,0	1,2	-1,9	-0,7
2003	-0,5	-0,2	1,5	0,6	1,0	0,4
2004	0,7	0,3	0,1	0,0	0,8	0,3

* Je 1.000 Einwohner am Jahresende

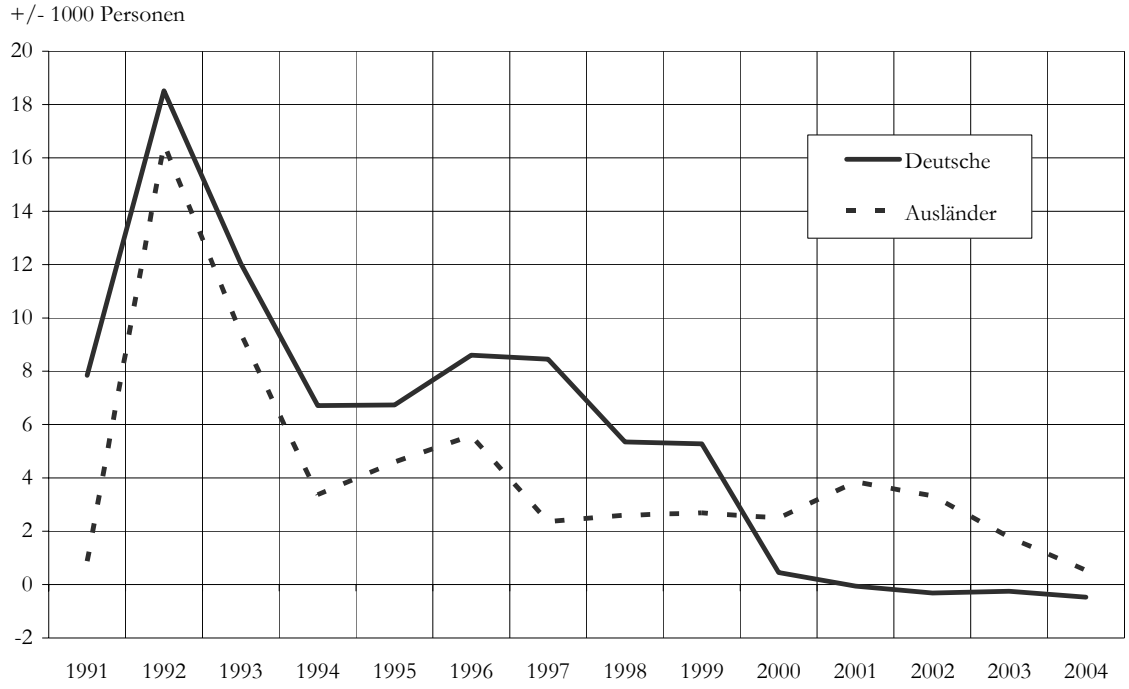
Datenquelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg; Bearbeitung: J. Roloff

Für Brandenburg lassen sich in allen Jahren positive Salden seiner Außenwanderung, allerdings in unterschiedlichen Dimensionen, feststellen. Bis auf die Jahre 1991, 2001 und 2002 konnten diese die Negativsalden der Binnenwanderung ausgleichen, so dass hier Brandenburg insgesamt ein Wanderungsplus hatte. Dieses fiel im Vergleich zu den übrigen Jahren in den Jahren 2003 und 2004 jedoch sehr gering aus. So gewann Brandenburgs Bevölkerung in diesen beiden Jahren nur 1,8 Tausend Personen über Wanderungen hinzu, 1997 z.B. waren es demgegenüber 29,2 Tausend Personen (Tab. 32).

Im Gegensatz zu den bisher betrachteten Bundesländern waren es in Brandenburg in der Mehrheit der Untersuchungsjahre (1991 bis 1999) mehr Deutsche als Ausländer, die aus dem Ausland zuwanderten und blieben (vgl. Abb. 28). So betrug deren Anteil am Außenwanderungsgewinn der Jahre 1991 bis 1999 (127,5 Tausend) 62 %. Erst seit 2000 sind mehr Ausländer als Deutsche am Brandenburger Außenwanderungsgeschehen beteiligt. Zogen im Jahr 2000 nur 449 mehr Deutsche nach Brandenburg zu als weg, machte der Wanderungsgewinn an Ausländern 2,5 Tausend aus. Seit 2001 hat Brandenburg, jedoch nur leichte, Wanderungsverluste an Deutschen zu verbuchen. In der Summe der Jahre 2001 bis 2004 verlor es an das Ausland 1,1 Tausend Deutsche, demgegenüber gewann es von dort 9,5 Tausend Ausländer (Abb. 28).

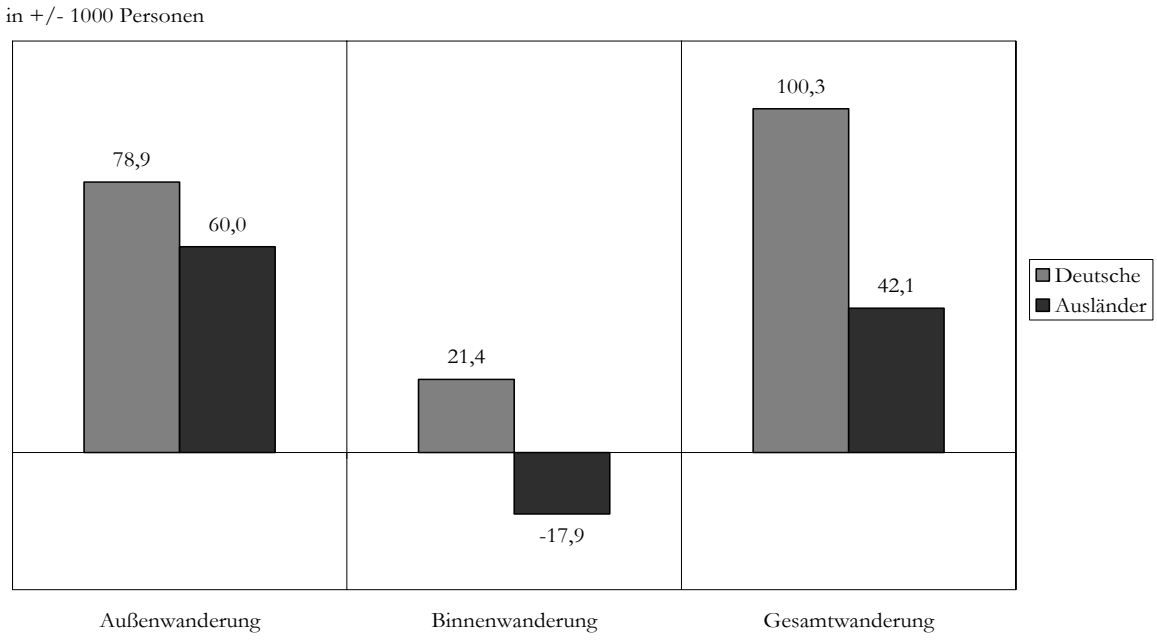
In der Summe der Untersuchungsjahre lag das Wanderungsplus an Deutschen aus dem Ausland (+78,9 Tausend) höher als das der Ausländer (+60 Tausend). Mit anderen Worten: Am gesamten Außenwanderungsgewinn der Jahre 1991 bis 2004 (138,9 Tausend) waren 57 % Deutsche beteiligt. Das Land Brandenburg gewann zudem von 1991 bis 2004 21,4 Tausend Deutsche aus dem übrigen Bundesgebiet hinzu. Dem steht ein Binnenwanderungsverlust von 17,9 Tausend Ausländern gegenüber. Somit verringerte sich der Gesamtzuwachs der ausländischen Bevölkerung infolge von Zuwanderungen auf 42,1 Tausend Personen (Abb. 29).

Abb. 28: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Brandenburg, 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 29: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Brandenburg, Summe der Jahre 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg; Bearbeitung: J. Roloff

4.4.2.4 Bevölkerungsbilanz

Im Land Brandenburg sank die Bevölkerungszahl im Jahr 1991 gegenüber dem Vorjahr um beträchtliche 36,3 Tausend Personen. In den Jahren von 1992 bis 1994 war der Bevölkerungsverlust mit insgesamt 11,1 Tausend nicht mehr ganz so stark. Während im erstgenannten Jahr der Bevöl-

kerungsrückgang durch negative Salden sowohl der natürlichen als auch räumlichen Bevölkerungsbewegung verursacht wurde, beruhte dieser in den folgenden drei Jahren ausschließlich auf Geburtendefiziten, die durch Wanderungsgewinne nicht kompensiert werden konnten. Das war dann aber bis 2000 der Fall: Den Gestorbenenüberschüssen standen jetzt entsprechend hohe Wanderungsüberschüsse gegenüber, so dass die Bevölkerung in Brandenburg in den Jahren 1995 bis 2000 um 65,3 Tausend Personen wachsen konnte (vgl. Tab. 33).

Tab. 33: Bevölkerungsstand und -veränderung in Brandenburg

Jahr	Bevölkerung zu Beginn des Jahres	Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-)	Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme(-)		Bevölkerung am Ende des Jahres
		in 1.000			je 1.000 Ew.	in 1.000
1991	2.578,3	-14,0	-22,4	-36,3	-14	2.542,7
1992	2.542,7	-15,9	10,7	-5,2	-2	2.542,7
1993	2.542,7	-16,8	11,8	-5,0	-2	2.537,7
1994	2.537,7	-16,0	15,1	-0,9	0	2.536,7
1995	2.536,7	-13,9	19,2	5,3	2	2.542,0
1996	2.542,0	-12,5	24,9	12,4	5	2.554,4
1997	2.554,4	-10,4	29,2	18,9	7	2.573,3
1998	2.573,3	-9,2	26,3	17,1	7	2.590,4
1999	2.590,4	-8,1	19,0	10,9	4	2.601,2
2000	2.601,2	-7,6	8,4	0,8	0	2.602,0
2001	2.602,0	-8,2	-0,7	-8,9	-3	2.593,0
2002	2.593,0	-8,8	-1,9	-10,7	-4	2.582,4
2003	2.582,4	-8,9	1,0	-7,9	-3	2.574,5
2004	2.574,5	-7,7	0,8	-6,9	-3	2.567,7

Datenquelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg; Bearbeitung: J. Roloff

Seit 2001 sinkt die Bevölkerungszahl in Brandenburg erneut. Jedoch waren hier die Bevölkerungsverluste nicht so gravierend und somit lag die Bevölkerungszahl am Jahresende 2004 noch um 25 Tausend Personen höher als die des Jahres 1991 (vgl. Tab. 33). Das ist ausschließlich dem überaus hohen Anstieg der ausländischen Bevölkerung in Brandenburg geschuldet: Sank die deutsche Bevölkerung innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 um allerdings nur knapp 1 %, stieg die Zahl der Ausländer von 18,4 auf 67,2 Tausend bzw. auf fast das 4-fache.

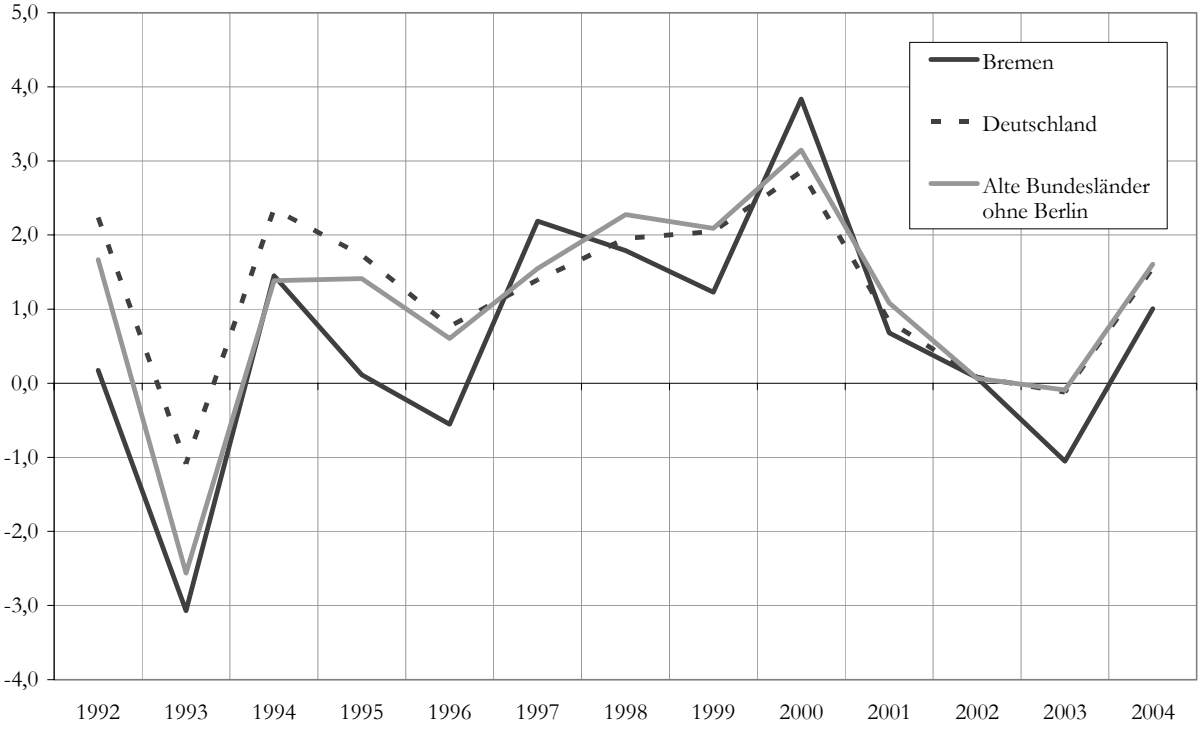
In den Jahren von 2000 bis 2004 haben 1.869 der im Land Brandenburg wohnenden Ausländer, d.h. 3 %, die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Laut Mitteilung des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg kamen von den im letzten Berichtsjahr 286 Eingebürgerten 29 % aus EU-Staaten; davon waren 61 % ehemals Polen. Fast 20 % aller Eingebürgerten waren vorher asiatische Staatsangehörige. Die Mehrheit der Eingebürgerten im Jahr 2004, 70 %, waren 16 bis unter 45 Jahre alt; 14 % waren unter 16-Jährige und 13 % 45- bis unter 60-Jährige. Nur ein Bruchteil (3 %) war älter als 60 Jahre. Weiter heißt es dort: „Die meisten Einbürgerungen erfolgten in der kreisfreien Stadt Potsdam (66 Personen) sowie in den Landkreisen Oder-Spree (32 Personen), Havelland (25 Personen) und Uckermark (22 Personen)“ (*Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg* 2005).

4.5 Bremen

4.5.1 Wirtschaftsprofil

In den Jahren von 1991 bis 2004 erhöhte sich im Stadtstaat Bremen das reale Bruttoinlandsprodukt um 8 %; es entwickelte sich also deutlich schwächer als im Bundesgebiet, der Abstand beträgt 9,8 Prozentpunkte (bzw. 7,1 Prozentpunkte, wenn man den Durchschnitt der westdeutschen Länder als Vergleichsmaßstab hinzuzieht). Im Ländervergleich belegt Bremen mit seinem Wirtschaftswachstum den drittletzten Rang. Drei Schwächephasen prägten die wirtschaftliche Entwicklung: im Vergleich zu den jeweiligen Vorjahren sank das BIP 1993 um 3,1 %, 1996 um 0,6 % sowie 2003 um 1,1 % (Abb. 30).

Abb. 30: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Datenquelle: VGR der Länder; Bearbeitung: F. Micheel

Bremen hatte im Jahr 2004 mit 32.624 Euro das zweithöchste BIP je Einwohner in Deutschland vorzuweisen. Gegenüber dem Jahr 1991 ist das Pro-Kopf-BIP um 11 % gestiegen und lag im Jahr 2004 um mehr als ein Drittel über dem Bundesdurchschnitt.

Ein Arbeitnehmer hatte im Jahr 2004 einen Bruttolohn bzw. ein Bruttogehalt von 27.963 Euro; gegenüber 1991 waren dies um 24% mehr. Damit ist das Lohnniveau in Bremen höher als im Bundesdurchschnitt.

Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 55.278 Euro je Erwerbstätigen landet Bremen im Jahr 2004 innerhalb der Länderhierarchie auf dem vierten Rang. Gegenüber 1991 ist seine Arbeitsproduktivität um 12 % gewachsen. Die Lohnstückkosten sind im Zeitraum von 1991 bis 2004 um 8 % gestiegen.

Der Anteil des Dienstleistungssektors an der gesamten Bruttowertschöpfung lag im Jahr 2004 bei 74 %, das Produzierende Gewerbe hielt einen Anteil von 26 %. Demgegenüber war die Landwirtschaft in Bremen mit einem Anteil von 0,2 % nahezu bedeutungslos. Der Dienstleistungs-

sektor konnte sich im Vergleich zum Jahr 1991 um 6,4 Prozentpunkte steigern. Dementsprechend sind das Produzierende Gewerbe um 6,3 Prozentpunkte und die Landwirtschaft um 0,1 Prozentpunkte gesunken.

Aufgrund der Siedlungsstruktur spielt die Land- und Forstwirtschaft in Bremen eine untergeordnete Rolle. Die Nähe zum Meer machte Bremen zu einer bedeutenden Hafenstadt und damit zu einem wichtigen Standort für die Wirtschaftsbereiche Distribution und Logistik. Trotz des hohen Dienstleistungsanteils vollzog sich der Strukturwandel zugunsten des tertiären Sektors relativ langsam. Dies wird u.a. auf das „Verharren" auf altindustriellen Branchen, in denen mittlerweile Sättigungstendenzen festzustellen sind, zurückgeführt. In diesen Industriezweigen sind eher Beschäftigungsrückgänge als -zuwächse zu erwarten. Darüber hinaus blieb die Entwicklung einiger Dienstleistungsbereiche (Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister sowie öffentliche und private Dienstleister) im Zeitraum von 1993 bis 2001 hinter der Entwicklung im Bundesgebiet zurück. Sechs große, zusammengefasste Industriezweige prägten und prägen die Bremer Wirtschaft in besonderem Maße: die maritime Wirtschaft (Hafen, Logistik), der Nahrungs- und Genussmittelsektor, Bildung und Forschung, der Fahrzeugbau (darunter Luft- und Raumfahrtsektor und die Automobilbranche), die Stahlverarbeitung sowie der Tourismus (*Wrobel/Brück-Klingberg/Harten* 2005: 17ff).

In Bremen waren im Jahr 2004 etwa 391 Tausend Menschen erwerbstätig. Gegenüber dem Jahr 1991 ist die Erwerbstätigenzahl um 14,3 Tausend Personen (knapp 4 %) gesunken. Im Vergleich zu den anderen Stadtstaaten liegt Bremen damit in der Mitte. Die Erwerbstätigenquote betrug im letzten Untersuchungsjahr 59 %.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit waren in Bremen im Jahr 2004 durchschnittlich gut 42 Tausend Personen als arbeitslos gemeldet. Davon waren 9 % unter 25 Jahre alt und 10 % mindestens 55 Jahre alt. Die Arbeitslosenquote betrug 14,4 % und lag somit 2,7 Prozentpunkte oberhalb des Bundesdurchschnitts und 5 Prozentpunkte höher als in Westdeutschland. In Bremerhaven war die Arbeitslosenquote mit 19,8 % deutlich höher als in der Stadt Bremen, wo sie 13,3 % betrug.

Ergebnisse einer IAB-Studie legen nahe, dass die Rahmenbedingungen für Beschäftigung in anderen Bundesländern besser sind als in Bremen. Grundsätzlich sollten bei der Betrachtung die Siedlungsstrukturen der Stadtstaaten gegenüber den Flächenländern berücksichtigt werden. Es handelt sich bei der Stadt Bremen um eine Kernstadt in Agglomerationsräumen, bei Bremerhaven um eine Kernstadt in Regionen mit verstädterten Räumen (Klassifizierung des BBR). Für diese Städtetypen sind im Allgemeinen negative Standorteffekte festzustellen. Suburbanisierungsprozesse (Bevölkerung und Arbeitsplätze betreffend) oder interregionale Wanderungsverluste finden zu einem großen Teil ihre Ursachen in den Agglomerationsnachteilen der Kernstädte.[24] Nach Elimination dieser Variablen wurde immer noch ein negativer Standorteffekt Bremens festgestellt. Eine Reihe von Gründen kann diesen erklären, wie z.B. die angespannte Haushaltslage, sinkende Einwohnerzahlen, Verlagerungen einiger Firmensitze in das Umland, eine unflexible Reaktion auf den Strukturwandel, eine sehr hohe Exportabhängigkeit oder die relativ schwache Innovationsfähigkeit (*Wrobel/Brück-Klingberg/Harten* 2005: 51ff).

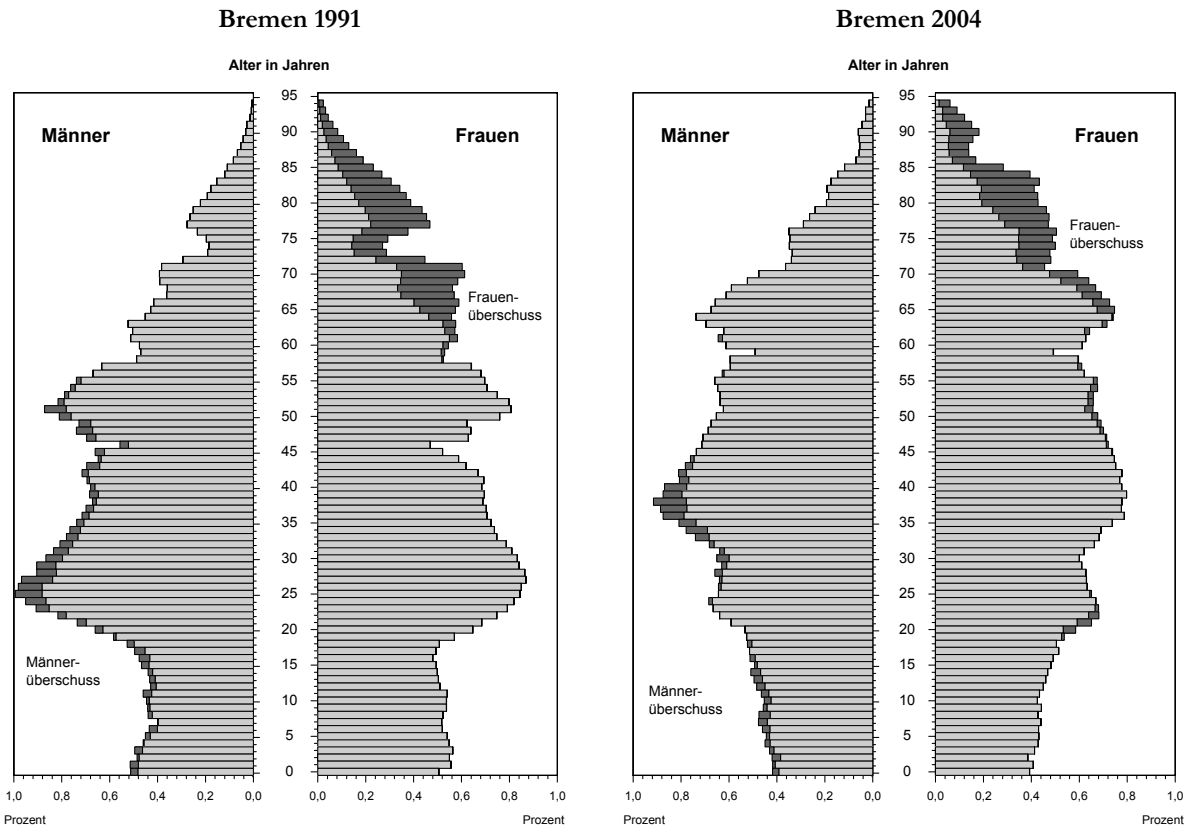
---

[24] Zu den Nachteilen zählen v.a. gestiegene Grundstücks- und Immobilienpreise, aber auch starke Umweltbelastungen oder hohes Verkehrsaufkommen. Die Abwanderung trifft Bremen doppelt: zum einen ist ein Verlust von Humankapital (Hochqualifizierte) auf den Arbeitsmärkten zu befürchten, zum anderen verringert sich die Finanzkraft Bremens beim Länderfinanzausgleich überproportional, wenn die Einwohner Bremens in das Umland abwandern (*Wrobel/Brück-Klingberg/Harten* 2005: 9f).

Bremen hatte am Jahresende 2004 mit 9 % die höchste Sozialhilfequote in Deutschland. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger betrug zu diesem Zeitpunkt 59.548.

Im Jahr 2004 wurden 26 Patente je 100 Tausend Einwohner angemeldet. Von den westdeutschen Bundesländern belegt Bremen damit den vorletzten Rang vor Schleswig-Holstein. Im Jahr 2001 betrug der Anteil der F&E-Aktivitäten am BIP 2 %. Wie in Berlin zeigt sich auch in Bremen, dass der Output, gemessen an der Patentdichte, durch einen hohen Anteil an öffentlich finanzierter Forschung (im Jahr 2001 im Verhältnis von 51 zu 49 zugunsten des öffentlichen Sektors gegenüber der Privatwirtschaft) vergleichsweise niedrig ausfällt.

4.5.2 Bevölkerungsentwicklung



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Darstellung: BiB

4.5.2.1 Geburten und Fertilität

Die Geburtenentwicklung im Stadtstaat Bremen war innerhalb des Untersuchungszeitraumes tendenziell rückläufig: Wurden 6.789 Kinder im Jahr 1991 geboren, waren es im letzten Untersuchungsjahr 2004 nur noch 5.442 bzw. 20 % weniger.

Allerdings verlief diese Entwicklung nicht gleichmäßig: In den Zwischenjahren stiegen die Geburtenzahlen vereinzelt, ohne jedoch jemals wieder das Ausgangsniveau zu erreichen (vgl. Tab. 34).

Betrachtet man die zusammengefasste Geburtenziffer im Stadtstaat Bremen, so sank diese bis 1994 auf einen bisherigen Tiefststand von 1.232. Danach stieg das Geburtenniveau bis 1997 auf 1.372 Kinder je 1.000 Frauen bzw. gegenüber dem Ausgangsjahr 1991 um 6 %. In den Jahren danach wurden wiederum weniger Kinder geboren. Die Geburtenziffer lag demnach 2004 nur

noch um 12 Kinder je 1.000 Frauen über der des Jahres 1994 und gegenüber 1991 war sie um knapp 4 % gesunken (Tab. 34).

In der Mehrheit der Jahre war die Bremer Geburtenziffer nicht sehr weit von der des gesamten Bundesgebietes entfernt. Erst seit 2002 lassen sich größere Abstände feststellen: 2004 lag das Geburtenniveau Bremens um 8 % unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt (Tab. 34).

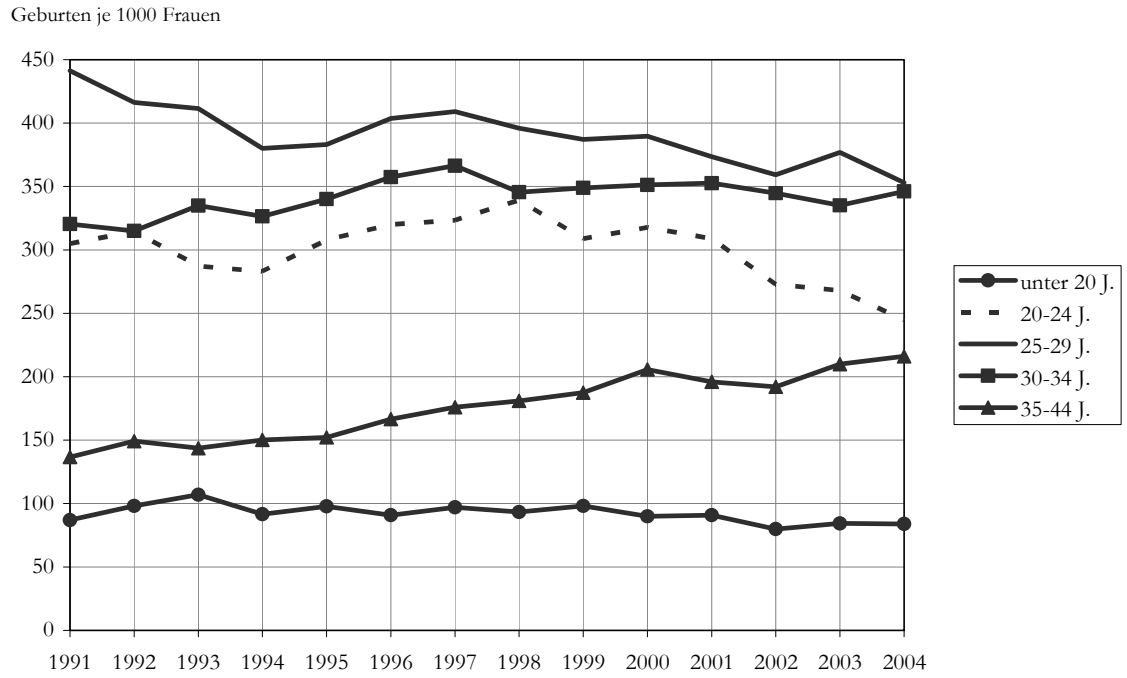
Tab. 34: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Bremen

Jahr	Lebendgeborene absolut	Index 1991 = 100	Geburten je 1.000 Frauen	Index 1991 = 100	Differenz*
1991	6.789	100,0	1.290	100,0	-3,1
1992	6.757	99,5	1.293	100,2	0,2
1993	6.656	98,0	1.284	99,5	0,6
1994	6.288	92,6	1.232	95,4	-0,8
1995	6.429	94,7	1.281	99,3	2,6
1996	6.623	97,6	1.338	103,7	1,8
1997	6.644	97,9	1.372	106,3	0,3
1998	6.360	93,7	1.355	105,0	0,1
1999	6.096	89,8	1.330	103,1	-2,2
2000	6.070	89,4	1.355	105,0	-1,6
2001	5.831	85,9	1.322	102,4	-1,9
2002	5.484	80,8	1.249	96,8	-6,8
2003	5.577	82,1	1.274	98,8	-4,8
2004	5.442	80,2	1.244	96,4	-8,2

* in +/- Prozent zu Deutschland

Datenquelle: Statistisches Landesamt Bremen; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 31: Geburtenniveau in Bremen nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Landesamt Bremen; Bearbeitung: J. Roloff

Wie bereits bei den bisher beschriebenen Bundesländern (außer Brandenburg) ist der Geburtenrückgang ausschließlich auf die gesunkenen Geburtenzahlen der unter 30-jährigen Frauen zurückzuführen. Deren Geburtenniveau lag 2004 im Vergleich zu 1991 um 18 %, darunter bei den 20- bis 24-

jährigen und 25- bis 29-jährigen Frauen um jeweils rd. 20 % niedriger. Die unter 20 Jahre alten Frauen weisen hier noch die geringsten Veränderungen ihrer Geburtenziffern auf, diese sanken nur um knapp 4 %. Anhand der Abbildung 31 ist zu sehen, dass diese Entwicklung nicht linear verläuft, sondern von jährlichen Schwankungen geprägt ist. Abbildung 31 zeigt zudem, dass die Geburtenentwicklung bei den über 30-jährigen Frauen günstiger verlief: Über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg betrachtet stieg deren Geburtenziffer um 23 %. Dieser Anstieg ist vor allem den 35- bis 44-jährigen Frauen zu verdanken: Wurden je 1.000 Frauen dieses Alters 1991 noch 137 Kinder geboren, waren es 2004 216 Kinder. Bei den 30 bis 34 Jahre alten Frauen stieg das Geburtenniveau mit 8 % nicht ganz so stark (vgl. Abb. 31).

Diese Entwicklung macht deutlich, dass der allgemeine Trend zu „späten Geburten" sich fortsetzt, und dies nicht nur in Bremen, sondern in allen Bundesländern. Bekamen 1991 in Deutschland die Frauen im Schnitt noch mit 26,9 Jahren ihr erstes Kind, waren sie 2004 bereits 29,6 Jahre alt.

4.5.2.2 Sterbefälle und Sterblichkeit

Innerhalb des Zeitraumes von 1991 bis 2004 sank, abgesehen von einigen jährlichen Schwankungen, die Zahl der Sterbefälle in Bremen stetig: von 8.601 auf 7.381 bzw. um 14 %. Nur 1993 lag die Zahl der Gestorbenen mit 8.643 etwas über der des Ausgangsjahres. Die Sterbeziffer sank demgemäß innerhalb o.a. Zeitraumes von 12,6 auf 11,1 ‰ (vgl. Tab. 35).

Tab. 35: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Bremen

Jahr	absolut	Index*	Sterbeziffer**
1991	8.601	100,0	12,6
1992	8.275	96,2	12,1
1993	8.643	100,5	12,6
1994	8.123	94,4	11,9
1995	8.378	97,4	12,3
1996	8.080	93,9	11,9
1997	8.036	93,4	11,9
1998	7.838	91,1	11,7
1999	7.670	89,2	11,5
2000	7.638	88,8	11,5
2001	7.473	86,9	11,3
2002	7.668	89,2	11,6
2003	7.658	89,0	11,5
2004	7.381	85,8	11,1

* 1991 = 100 %

** Gestorbene je 1.000 Einwohner und 1 Jahr

Datenquelle: Statistisches Landesamt Bremen; Bearbeitung: J. Roloff

Entsprechend der abgekürzten Sterbetafel 2002/2004 haben die männlichen Neugeborenen in Bremen die Chance, im Schnitt 74,7 Jahre zu leben. Bei den weiblichen Neugeborenen sind es 81 Jahre; somit liegt deren Lebenserwartung um 6,3 Jahre höher.

Der Vergleich der durchschnittlichen Lebenserwartung zwischen Bremen und Deutschland insgesamt zeigt, dass bei den Männern in allen hier ausgewiesenen Altersstufen bis 65 eine höhere Sterblichkeit vorherrscht. Besonders hoch ist diese Differenz bei den jüngeren Altersklassen (bis 40 Jahre): Haben die in Bremen neugeborenen Jungen gegenüber allen in Deutschland neugeborenen Jungen eine um 14 Monate geringere Überlebenschance, macht dieser Unterschied bei

den Männern, die das 60. Lebensalter vollendet haben, 3 Monate aus; bei den 65-jährigen Männern ist dieser Abstand mit 0,4 Monaten dann nur noch geringfügig. In der Altersstufe 80 liegt die durchschnittliche Lebenserwartung der Männer in Bremen dagegen mit rd. 4 Monaten über dem Durchschnitt aller Bundesländer (vgl. Tab. 36).

Tab. 36: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Bremen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002 bis 2004

Altersstufe	Lebenserwartung in Jahren		Abstand zum Bundesdurchschnitt in Monaten	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
0	81,0	74,7	-6,2	-13,9
1	80,5	74,0	-4,9	-14,5
20	61,7	55,4	-4,4	-14,4
40	42,3	36,5	-2,5	-10,7
60	24,3	19,8	2,5	-3,0
65	20,1	16,2	3,6	-0,4
80	9,2	7,6	6,5	3,8

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, abgekürzte Sterbetafel 2002/2004; Bearbeitung: J. Roloff

Die Bremer Frauen weisen bis zur Altersstufe 40 eine im Vergleich zu allen Frauen dieser Altersstufen geringere Lebenserwartung auf: z.B. liegt diese bei den neugeborenen Mädchen in Bremen um 6 Monate darunter. Ab der Altersstufe 60 haben die Bremer Frauen eine höhere Überlebenswahrscheinlichkeit: Haben z.B. die 80-jährigen Bremer Frauen die Aussicht, noch 9,2 Jahre zu leben, sind es bei allen gleichaltrigen Frauen in Deutschland mit 8,6 Jahren um rund ein halbes Jahr weniger (vgl. Tab. 36).

4.5.2.3 Wanderungen

Von 1991 bis 2001 hatte Bremen durchgängig Binnenwanderungsverluste zu verzeichnen. Innerhalb dieser Jahre verlor der Stadtstaat 27,7 Tausend bzw. je 1.000 seiner Einwohner 42 Menschen an andere Bundesländer. Erst in den drei letzten Untersuchungsjahren weist Bremen leichte Binnenwanderungsgewinne auf, d.h. innerhalb der Jahre 2002 bis 2004 wanderten in diesen Stadtstaat 3 Tausend mehr Menschen zu, als von dort wegzogen (vgl. Tab. 37).

Tab. 37: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Bremen, 1991 bis 2004

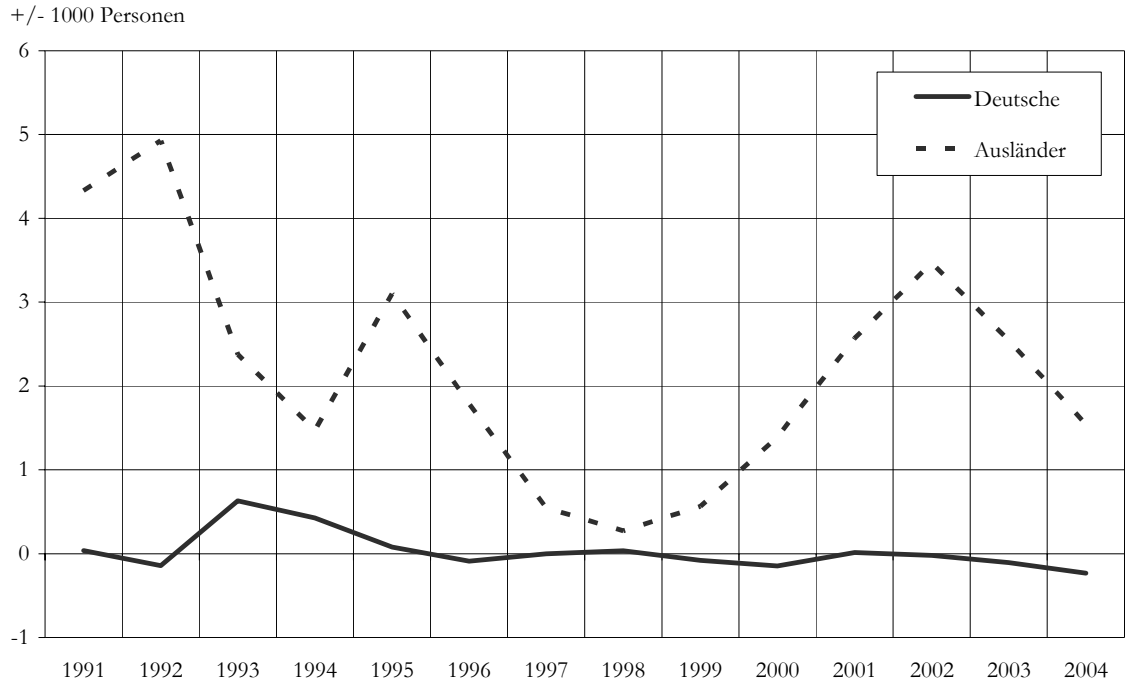
Jahr	Binnenwanderung		Außenwanderung		Gesamtwanderung	
	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*
1991	-0,5	-0,8	4,4	6,4	3,9	5,6
1992	-1,1	-1,6	4,8	6,9	3,7	5,3
1993	-3,8	-5,5	3,0	4,3	-0,8	1,2
1994	-3,1	-4,6	1,9	2,7	-1,2	-1,9
1995	-1,5	-2,2	3,2	4,7	1,7	2,5
1996	-2,2	-3,3	1,7	2,5	-0,5	-0,8
1997	-3,0	-4,5	0,5	0,8	-2,5	-3,7
1998	-4,7	-7,1	0,3	0,5	-4,4	-6,6
1999	-3,8	-5,7	0,5	0,7	-3,3	-5,0
2000	-2,5	-3,8	1,2	1,9	-1,3	-1,9
2001	-1,5	-2,3	2,6	3,9	1,1	1,6
2002	1,2	1,8	3,4	5,2	4,6	7,0
2003	0,7	1,0	2,4	3,7	3,1	4,7
2004	1,1	1,7	1,3	2,0	2,4	3,7

* Je 1.000 Einwohner am Jahresende

Datenquelle: Statistisches Landesamt Bremen; Bearbeitung: J. Roloff

Demgegenüber hatte Bremen in allen hier untersuchten Jahren positive Außenwanderungssalden zu verzeichnen, die jedoch nur 1991 und 1992 sowie in den Jahren 1995 und 2001 die negativen Binnenwanderungssalden ausgleichen konnten. In der Summe der Jahre 1991 bis 2004 gewann Bremen zwar über Zuwanderungen aus dem Ausland 31 Tausend Personen dazu, konnte aber infolge der Binnenwanderungsverluste in der Mehrheit der Jahre im Endeffekt nur einen Gesamtwanderungsgewinn von 6,5 Tausend Personen verbuchen; je 1.000 seiner Einwohner waren dies 10 Personen (vgl. Tab. 37).

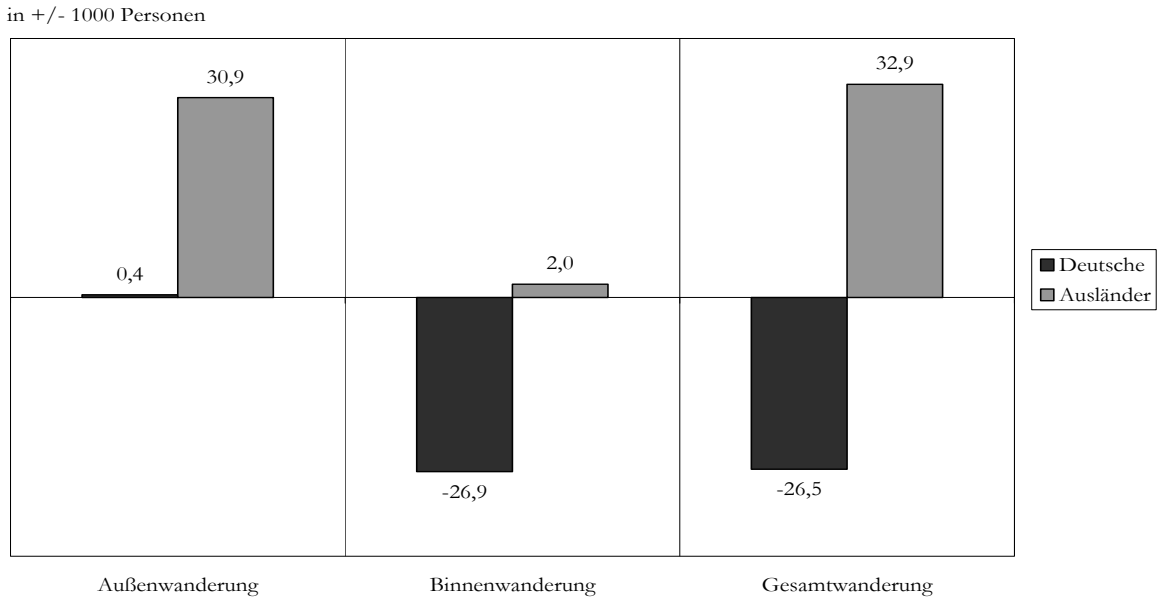
Abb. 32: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Bremen, 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt Bremen; Bearbeitung: J. Roloff

Anhand Abbildung 32 wird deutlich, dass die Wanderungsgewinne an Ausländern die an Deutschen aus dem Ausland z.T. bei weitem überwogen. In sechs der vierzehn Untersuchungsjahre wanderten zudem mehr Deutsche aus Bremen in das Ausland ab, als von dort einwanderten. Infolgedessen ist der Gesamtgewinn an Deutschen aus dem Ausland in der Summe der Jahre 1991 bis 2004 mit 401 Personen sehr gering. Und dieser reichte bei weitem nicht aus, die Wanderungsverluste an Deutschen in andere Bundesländer von insgesamt 26,9 Tausend Personen aufzufangen. Demgegenüber gewann Bremen innerhalb des Untersuchungszeitraumes 30,9 Tausend Ausländer aus dem Ausland dazu. Deren Anteil am gesamten Außenwanderungsgeschehen Bremens macht 99 % aus. Hinzu kommt noch ein leichtes Wanderungsplus von 2 Tausend Ausländern aus anderen Bundesländern (Abb. 32). Im gesamten Untersuchungszeitraum verzeichnete der Stadtstaat Bremen einen Gesamtwanderungsverlust von 26,5 Tausend Deutschen, dem ein Wanderungsplus von 32,9 Tausend Ausländern gegenüber steht (Abb. 33).

Abb. 33: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Bremen, Summe der Jahre 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt Bremen; Bearbeitung: J. Roloff

4.5.2.4 Bevölkerungsbilanz

Im Jahr 2004 lebten im Vergleich zum Jahr 1991 in Bremen 20,5 Tausend bzw. 3 % weniger Menschen. Sowohl Anfang der 1990er Jahre als auch in den drei letzten Jahren, 2002 bis 2004, war ein Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen, der aus so hohen Wanderungsgewinnen resultierte, dass der permanente Gestorbenenüberschuss ausgeglichen werden konnte. Innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes starben in Bremen 23,9 Tausend mehr Menschen als geboren wurden. Dieses Geburtendefizit konnte durch das Wanderungsplus von insgesamt 6,1 Tausend Personen bei weitem nicht ausgeglichen werden (vgl. Tab. 38). Der Bevölkerungsrückgang 2004 gegenüber 1991 ist ausschließlich der gesunkenen deutschen Bevölkerungszahl geschuldet: Lebten 1991 in Bremen 606,9 Tausend Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit, waren es 2004 28,3 Tausend bzw. 5 % weniger. Dagegen erhöhte sich die Zahl der Ausländer von 76,8 auf 84,6 Tausend bzw. um 10 %. 9.572 bzw. 11 % der in Bremen registrierten Ausländer sind innerhalb der Jahre 2000 bis 2004 eingebürgert worden.

Tab. 38: Bevölkerungsstand und -veränderung in Bremen

Jahr	Bevölkerung zu Beginn des Jahres	Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-)	Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-)		Bevölkerung am Ende des Jahres
		in 1.000			je 1.000 Ew.	in 1.000
1991	681,7	-1,8	3,8	2,0	3	683,7
1992	683,7	-1,5	3,7	2,1	3	685,8
1993	685,8	-2,0	-0,8	-2,8	-4	683,1
1994	683,1	-1,8	-1,3	-3,1	-5	680,0
1995	680,0	-1,9	1,7	-0,3	0	679,8
1996	679,8	-1,5	-0,5	-2,0	-3	677,8
1997	677,8	-1,4	-2,5	-3,9	-6	673,9
1998	673,9	-1,5	-4,4	-5,9	-9	668,0
1999	668,0	-1,6	-3,3	-4,9	-7	663,1
2000	663,1	-1,6	-1,3	-2,8	-4	660,2
2001	660,2	-1,6	1,1	-0,6	-1	659,7
2002	659,7	-2,2	4,6	2,4	4	662,1
2003	662,1	-2,1	3,1	1,0	2	663,1
2004	663,1	-1,4	2,3	0,9	1	663,2

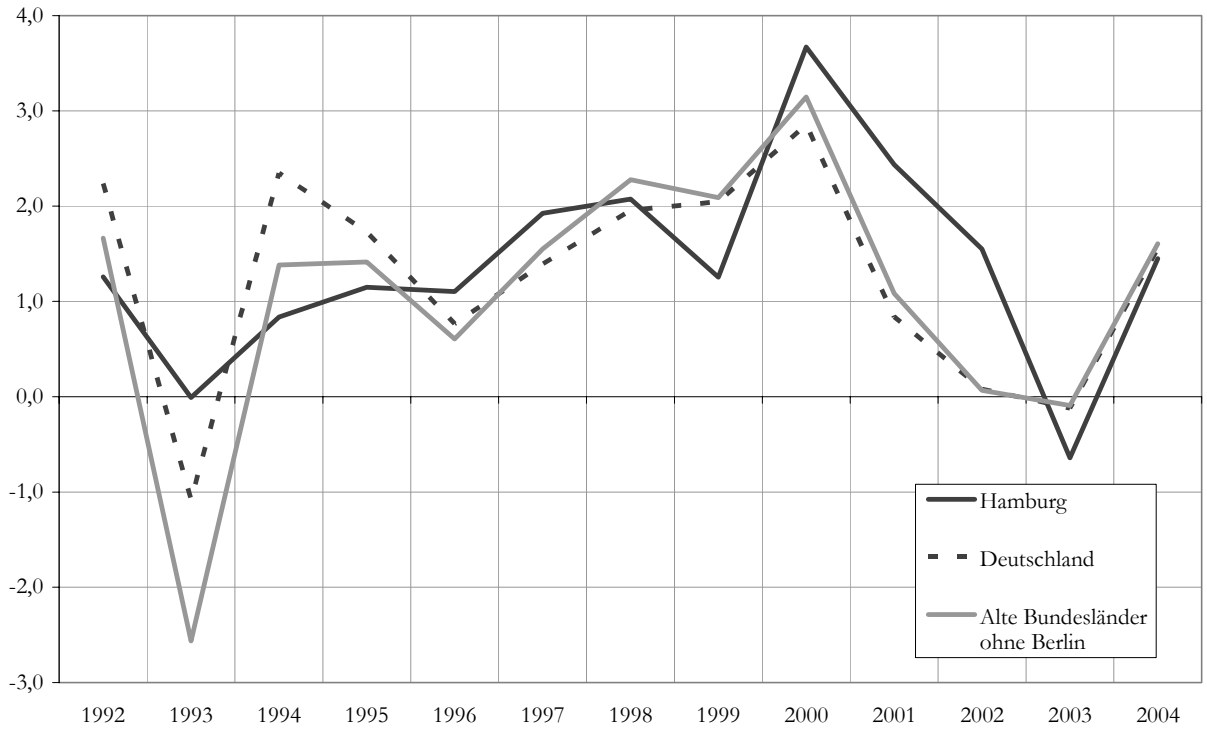
Datenquelle: Statistisches Landesamt Bremen; Bearbeitung: J. Roloff

4.6 Hamburg

4.6.1 Wirtschaftsprofil

Das wirtschaftlich enttäuschende Jahr 1993 war in Hamburg nicht so dramatisch ausgefallen wie im (westdeutschen) Bundesgebiet. Die Wirtschaftsleistung stagnierte gegenüber dem Vorjahr, während im Bundesgebiet das reale BIP um 1,1 % nachließ, in den alten Ländern betrug die Schrumpfung gegenüber dem Vorjahr 2,6 %. Der Spitzenwert wurde, wie auch in der gesamten Bundesrepublik, im Jahr 2000 erreicht, das Wachstum gegenüber dem Jahr 1999 betrug 4 % (BRD: +2,9 %). Auch im Vergleich mit dem Wachstum der westdeutschen Länder (+3 %) fiel das Wachstum in Hamburg höher aus. Die schwache Entwicklung im Jahr 2003 war im Vergleich zum Bundesgebiet noch intensiver: so sank hier das BIP gegenüber dem Jahr 2002 um 0,6 %, in (West-)Deutschland dagegen nur um 0,1 % (vgl. Abb. 34). Im Zeitraum von 1991 bis 2004 konnte die Wirtschaftsleistung um rund 20 % gesteigert werden, die Steigerung lag damit über dem Bundesdurchschnitt (knapp 18 %).

Abb. 34: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Datenquelle: VGR der Länder; Bearbeitung: F. Micheel

Im Stadtstaat Hamburg wurde im Jahr 2004 mit 42.296 Euro das höchste BIP je Einwohner in Deutschland erzielt. Gegenüber dem Jahr 1991 konnte es um 14 % zulegen. In Relation zum Bundesgebiet entspricht das Pro-Kopf-BIP gut 170 % des Bundesdurchschnitts, etwas niedriger lag der Wert im Jahr 1991.

Im Jahr 2004 wurden in Hamburg mit 29.652 Euro auch die deutschlandweit höchsten Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer verdient; im Vergleich zu 1991 war es um ein Viertel mehr.

Auch hinsichtlich der Arbeitsproduktivität nimmt Hamburg im Ländervergleich die Spitzenposition ein: 2004 wurden 70.827 Euro je Erwerbstätigen erwirtschaftet. Im Vergleich zum Jahr

1991 wurde eine Steigerung von 18 % ermittelt. Die Steigerungsrate der Lohnstückkosten ist im gleichen Zeitraum mit knapp 4 % recht moderat ausgefallen.

Der Dienstleistungsanteil an der gesamten Bruttowertschöpfung ist in Hamburg 2004 gegenüber dem Jahr 1991 um 3,7 Prozentpunkte gestiegen und macht jetzt fast 82 % aus. Die Anteile des Produzierenden Gewerbes und der Landwirtschaft sanken entsprechend um 3,6 Prozentpunkte auf 18 % bzw. um 0,1 Prozentpunkte auf 0,1 %. Hamburg weist, gemessen an der Bruttowertschöpfung, den im Vergleich zu den übrigen Bundesländern zweitgrößten Dienstleistungssektor auf.

Hamburg hat eine besonders verkehrsgünstige Lage. Neben dem Zugang zu internationalen Gewässern existieren starke Verflechtungen zu den umliegenden Regionen. Letztgenannte Tatsache ist insofern wichtig, weil der wirtschaftliche Erfolg der Hansestadt sich nur unter Einbeziehung der gesamten Metropolregion erklären lässt. Hamburg ist nicht nur als traditionelle Hafenstadt bekannt, es hat sich mittlerweile ein „Kompetenz-Cluster" mit Medien und Informationstechnologien, Luftfahrt, Hafen/Logistik, Life Science/Gesundheitswesen gebildet. Zu den weiteren wirtschaftlichen Schwerpunkten zählen die Bereiche Finanzdienstleistungen, chemische Industrie und Landwirtschaft[25] in Verbindung mit dem Ernährungsgewerbe (*Kropp/Niebuhr* 2006: 19ff). Das Resümee der IAB-Autoren *Kropp* und *Niebuhr* (2006: 28) über Hamburgs wirtschaftliche Lage fällt positiv aus: „Hamburg hat sich im nationalen und internationalen Wettbewerb erfolgreich als überregionales Dienstleistungs-, Handels- und Schifffahrtszentrum etablieren können. Dieser Erfolg ist nur durch die Einbeziehung der gesamten Metropolregion möglich gewesen. Die Erschließung der regionalen Potenziale zur Stärkung der Bereiche, in denen sich die Metropolregion erfolgreich spezialisiert hat, ist sicher auch künftig eine erstrebenswerte Politik. Die guten Kontakte nach China erlauben es Hamburg, auch an den Wachstumspotenzialen dieser Region teil zu haben."

Im Vergleich zu den anderen Stadtstaaten belegt Hamburg hinsichtlich der Veränderungsraten der Erwerbstätigenzahlen den ersten Platz. In der Zeitspanne 1991 bis 2004 ist ein Zuwachs von mehr als einem Prozent bzw. um 12 Tausend Erwerbstätige zu verzeichnen; somit sind heute 1,04 Millionen Personen in Hamburg erwerbstätig. Die Erwerbstätigenquote lag im Jahr 2004 mit 64,8 % nur leicht über dem Bundesdurchschnitt.

Die Bundesagentur für Arbeit meldete für Hamburg für das Jahr 2004 eine jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote von 11 %. Diese lag damit 0,7 Prozentpunkte über dem gesamtdeutschen, jedoch 1,6 Prozentpunkte über dem westdeutschen Durchschnitt. Von den in Hamburg gut 84 Tausend arbeitslosen Personen waren knapp 9 % jünger als 25 Jahre alt. Fast 12 % zählten zu den 55 Jahre und älteren Arbeitslosen.

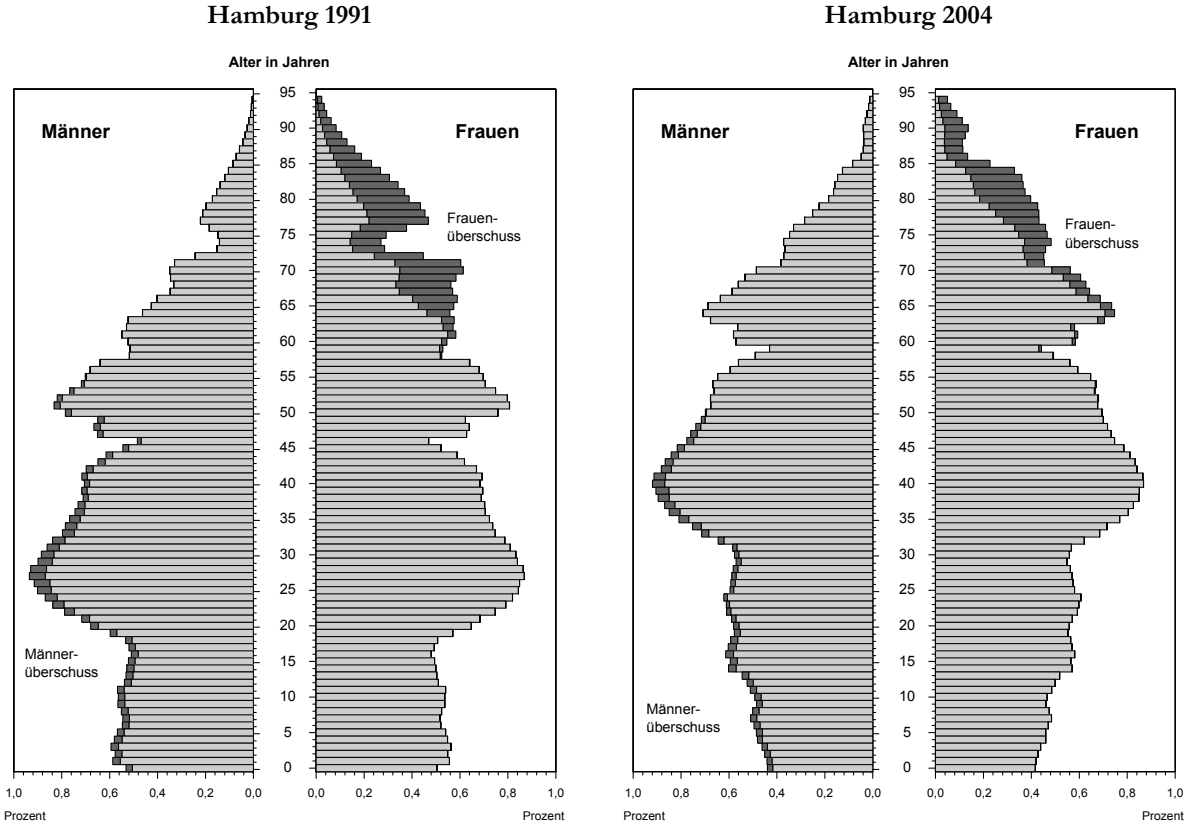
Ende 2004 waren in Hamburg 122.908 Personen von der Sozialhilfe abhängig. Daraus errechnet sich eine Sozialhilfequote von 7,1 %. Von den Stadtstaaten wies Hamburg damit die niedrigste Quote auf, nimmt aber im Bundesvergleich den dritthöchsten Platz ein.

Hamburg ist im Jahr 2003 hinsichtlich der Patentdichte (57 Patenanmeldungen pro 100 Tausend Einwohner) Spitzenreiter bei den Stadtstaaten. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung hielten im Jahr 2001 einen Anteil am BIP von knapp 2 %. Knapp 52 % dieser Aufwendungen wurden vom öffentlichen Sektor getragen, die übrigen 48 % von der privaten Wirtschaft.

---

25 Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse bezieht Hamburg zum großen Teil aus dem angrenzenden Alten Land.

4.6.2 Bevölkerungsentwicklung



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Darstellung: BiB

4.6.2.1 Geburten und Fertilität

Im Vergleich zu den bisher beschriebenen Bundesländern weist der Stadtstaat Hamburg, die Jahre 1991 bis 2004 insgesamt betrachtet, den niedrigsten Geburtenrückgang auf: Die Geburtenzahlen sanken von 16.503 auf 16.103 Kinder bzw. um 2 %. In zwei Jahren lagen sie sogar, wenn auch geringfügig, über dem Ausgangsniveau: Gegenüber 1991 wurden 1996 um knapp 1 % und 1997 um 3 % mehr Kinder geboren (vgl. Tab. 39).

Dementsprechend verlief die Fertilitätsentwicklung: In Hamburg sanken die Geburten je 1.000 Frauen im gebärfähigen Alter von 1.249 (1991) auf 1.214 (2004) bzw. um 3 % (Tab. 39).

In allen Jahren war die zusammengefasste Geburtenziffer in Hamburg niedriger als im gesamten Bundesgebiet. Besonders in den Jahren ab 1999 sind die Abweichungen zum Gesamtdurchschnitt relativ hoch: Die Jahre 1999 bis 2004 zusammengenommen, lag das Hamburger Geburtenniveau im Schnitt um 11 % unter dem aller Bundesländer (vgl. Tab. 39).

Betrachtet man die Summe der Geburtenziffern einzelner Altersgruppen der Hamburger Frauen, so ergibt sich ein recht wechselvolles Bild (Abb. 35).

Im Gegensatz zu den bisher beschriebenen Bundesländern stiegen die Geburtenzahlen der unter 20-jährigen Frauen bis 2003 um 3 % leicht an: Wurden 1991 von 1.000 dieser Frauen 68 Kinder geboren, waren es im Jahr 2003 mit 70 etwas mehr. Erst 2004 lag die Geburtenziffer der unter 20-Jährigen mit 55 bzw. 19 % unter der des Ausgangsjahres. Zu beachten ist hierbei, dass diese Frauengruppe, wie in allen übrigen Bundesländern, das vergleichsweise niedrigste Geburtenniveau aufweist.

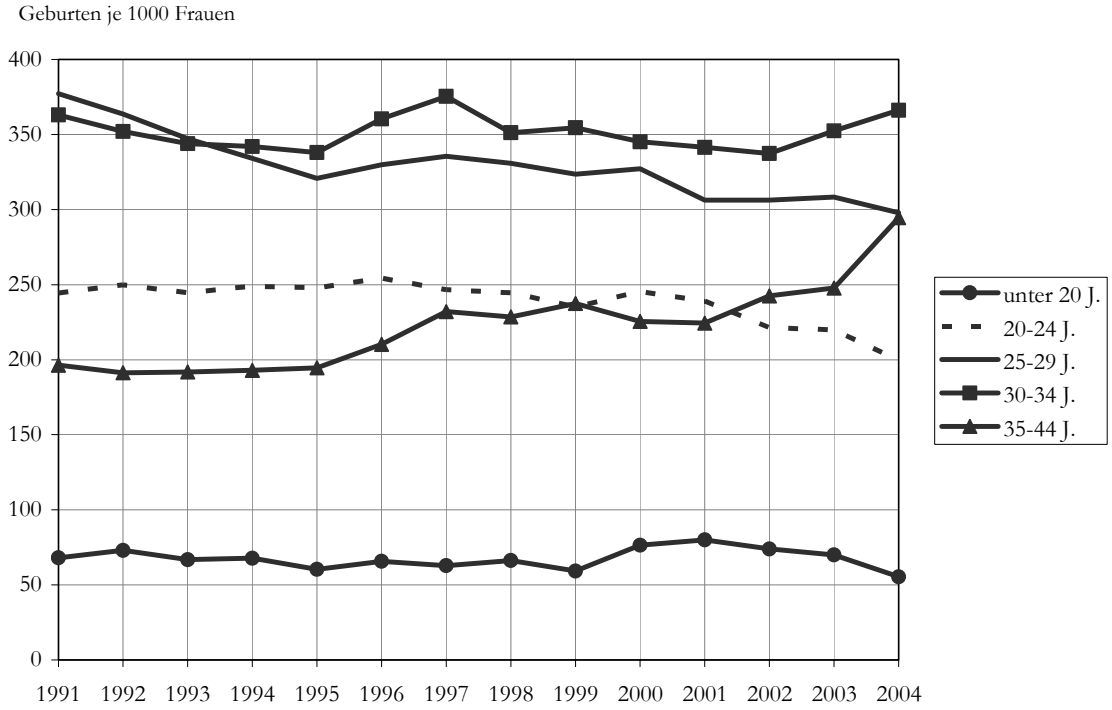
Tab. 39: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Hamburg

Jahr	Lebendgeborene absolut	Index 1991 = 100	Geburten je 1.000 Frauen	Index 1991 = 100	Differenz*
1991	16.503	100,0	1.249	100,0	-6,2
1992	16.497	100,0	1.230	98,5	-4,7
1993	16.257	98,5	1.194	95,6	-6,5
1994	16.201	98,2	1.186	94,9	-4,5
1995	15.872	96,2	1.162	93,0	-6,9
1996	16.594	100,6	1.221	97,7	-7,2
1997	16.970	102,8	1.253	100,3	-8,4
1998	16.235	98,4	1.221	97,8	-9,8
1999	16.034	97,2	1.210	96,9	-11,0
2000	16.159	97,9	1.220	97,6	-11,4
2001	15.786	95,7	1.191	95,4	-11,6
2002	15.707	95,2	1.181	94,6	-11,8
2003	15.900	96,3	1.198	95,9	-10,5
2004	16.103	97,6	1.214	97,2	-10,4

* in +/- Prozent zu Deutschland

Datenquelle: Statistikamt Nord; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 35: Geburtenniveau in Hamburg nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistikamt Nord; Bearbeitung: J. Roloff

Anhand Abbildung 35 wird deutlich, dass das Geburtenhoch im Jahr 1997 vor allem aus einem Anstieg der Geburten der 30 bis unter 45 Jahre alten Frauen resultiert: Im Vergleich zu 1991 wurden 1997 je 1.000 dieser Frauen 9 % mehr Kinder geboren. Bei den 30- bis 34-jährigen Frauen sank jedoch in den Folgejahren bis 2003 das Geburtenniveau unterhalb das des Jahres 1991 (um 3 %). Erst im letzten Jahr (2004) lag die Geburtenziffer dieser Frauen mit 366 gegenüber 363 (1991) wieder nahezu gleichauf. Die Geburtenzahlen der ältesten Frauengruppe stiegen dahingegen, abgesehen von jährlichen Ausnahmen, stetig: innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraums um allein 50 %. Seit 2002 liegt das Geburtenniveau dieser Frauen zudem über

dem der 20- bis 24-jährigen Frauen (vgl. Abb. 35), von 1.000 dieser Frauen wurden 2004 gegenüber 1991 18 % weniger Kinder geboren. Den vergleichsweise stärksten Geburtenrückgang weisen die 25 bis 29 Jahre alten Frauen auf, d.h. deren Geburtenziffer sank von 377 (1991) auf 299 (2004) bzw. um 21 % (Abb. 35).

4.6.2.2 Sterbefälle und Sterblichkeit

Im Jahr 1991 starben in Hamburg 21.434 Menschen; je 1.000 seiner Einwohner waren es 12,8 Gestorbene. Die Zahl der Sterbefälle sank dann bis 2004 auf 17.562 Menschen und lag somit um 18 % unter dem Ausgangsniveau; die Sterbeziffer fiel dementsprechend mit 10,1 ‰ niedriger aus (Tab. 40).

Tab. 40: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Hamburg

Jahr	absolut	Index*	Sterbeziffer**
1991	21.434	100,0	12,8
1992	20.444	95,4	12,1
1993	20.703	96,6	12,2
1994	20.241	94,4	11,9
1995	20.276	94,6	11,9
1996	20.196	94,2	11,8
1997	19.328	90,2	11,3
1998	19.228	89,7	11,3
1999	18.561	86,6	10,9
2000	18.210	85,0	10,6
2001	17.869	83,4	10,4
2002	18.424	86,0	10,7
2003	18.100	84,4	10,4
2004	17.562	81,9	10,1

* 1991 = 100 %

** Gestorbene je 1.000 Einwohner und 1 Jahr

Datenquelle: Statistikamt Nord; Bearbeitung: J. Roloff

Gemäß der abgekürzten Sterbetafel 2002/2004 haben die in Hamburg neugeborenen Jungen eine Lebenserwartung von 76,2 Jahren. Diese liegt bei den neugeborenen Mädchen mit 81,4 Jahren bzw. um 5,3 Jahre höher (vgl. Tab. 41).

Tab. 41: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Hamburg und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002 bis 2004

Altersstufe	Lebenserwartung in Jahren		Abstand zum Bundesdurchschnitt in Monaten	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
0	81,4	76,2	-1,3	3,5
1	80,7	75,5	-1,6	2,9
20	62,0	56,7	-1,4	2,2
40	42,4	37,4	-1,2	0,0
60	24,2	20,2	1,3	2,0
65	20,0	16,6	2,8	3,6
80	9,1	7,7	5,2	5,6

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, abgekürzte Sterbetafel 2002/2004; Bearbeitung: J. Roloff

Betrachtet man ausgewählte Altersstufen, so weisen die Männer in Hamburg gegenüber allen Männern im Bundesgebiet, ausgenommen in der Altersstufe 40, durchweg höhere Überlebenschancen auf: z.B. bei den Neugeborenen um knapp 4 und bei den Hochbetagten um knapp 6 Monate. Bei den 80-jährigen Frauen ist diese Differenz zum Bundesdurchschnitt mit 5 Mona-

ten fast gleich hoch. Doch weisen im Gegensatz zu den Männern die Frauen der übrigen Altersstufen (0 bis 40) in Hamburg eine gegenüber dem Bundesdurchschnitt etwas höhere Sterblichkeit auf. So haben die neugeborenen Mädchen im Vergleich zu allen im Bundesgebiet neugeborenen Mädchen eine um etwas über einen Monat geringere Lebenserwartung (vgl. Tab. 41).

4.6.2.3 Wanderungen

Das Binnenwanderungsgeschehen des Stadtstaates Hamburg weist einen recht unterschiedlichen Verlauf auf: Nach Wanderungsgewinnen in den Jahren 1991 bis 1993 folgen die Jahre 1994 bis 1998 mit allerdings vergleichsweise niedrigen Wanderungsverlusten. Danach lässt sich wieder, abgesehen vom Jahr 1999, ein relativ hohes Wanderungsplus feststellen (Tab. 42).

Innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes zogen aus anderen Bundesländern 33,5 Tausend mehr Menschen nach Hamburg zu als von dort weg.

Das Außenwanderungsgeschehen verlief in Hamburg größtenteils im positiven Bereich. Nur 1998 und 2004 war ein Außenwanderungsverlust von wenigen 0,5 Tausend bzw. 4,3 Tausend Personen zu verzeichnen. Bis 2001 (mit Ausnahme von 1998) lagen die Wanderungsgewinne aus dem Ausland höher als die aus anderen Bundesländern bzw. standen positiven Salden der Außenwanderung Negativsalden der Binnenwanderung gegenüber. In den drei letzten Jahren kehrte sich dieses Bild um: 2002 und 2003 war der Binnenwanderungsgewinn höher als der der Außenwanderungen, und 2004 stand einem Binnenwanderungsplus ein Außenwanderungsminus gegenüber (vgl. Tab. 42).

In der Summe der Jahre 1991 bis 2004 hatte Hamburg aber einen Gesamtwanderungsgewinn von 127,3 Tausend Menschen zu verzeichnen, der zu 74 % auf Wanderungsgewinnen aus dem Ausland beruhte.

Tab. 42: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Hamburg, 1991 bis 2004

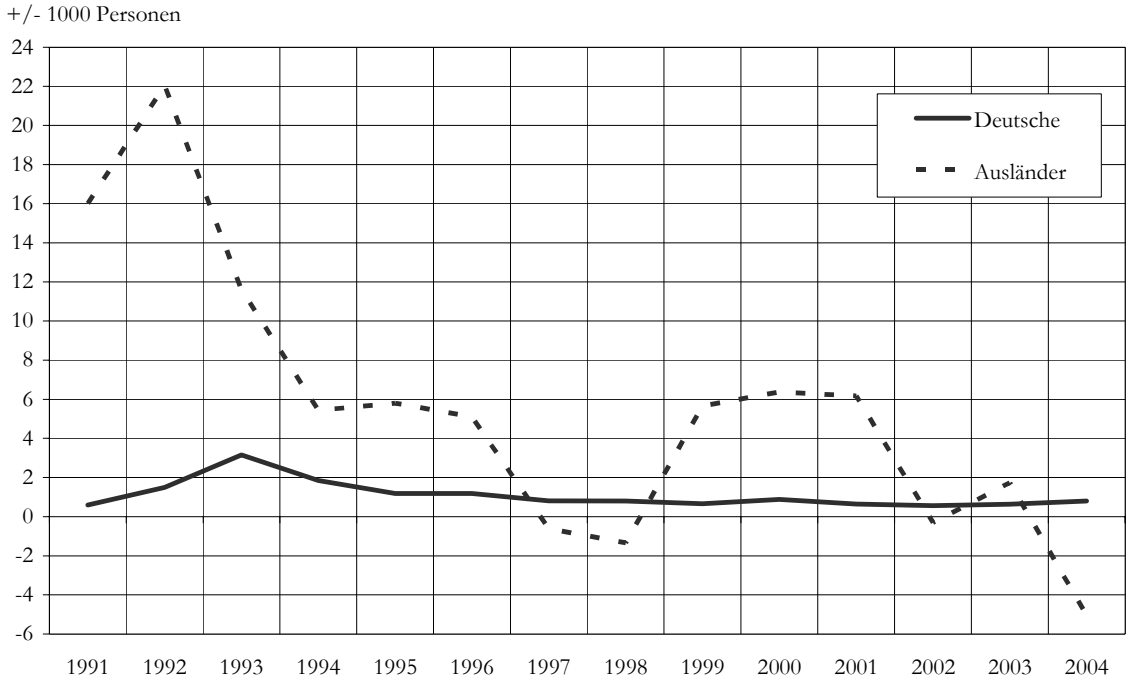
Jahr	Binnenwanderung		Außenwanderung		Gesamtwanderung	
	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*
1991	4,7	2,8	16,5	9,9	21,2	12,8
1992	0,4	0,3	23,0	13,7	23,5	14,0
1993	3,8	2,2	14,8	8,7	18,5	10,9
1994	-0,2	-0,1	7,2	4,2	6,9	4,1
1995	-0,6	-0,3	7,0	4,1	6,4	3,8
1996	-2,6	-1,5	6,3	3,7	3,7	2,2
1997	-1,1	-0,6	0,2	0,1	-0,9	-0,5
1998	-1,1	-0,7	-0,5	-0,3	-1,6	-1,0
1999	0,9	0,5	6,3	3,7	7,2	4,2
2000	5,5	3,2	7,3	4,2	12,7	7,4
2001	6,6	3,8	6,8	4,0	13,4	7,8
2002	5,2	3,0	0,3	0,2	5,4	3,1
2003	5,3	3,1	2,4	1,4	7,7	4,4
2004	6,7	3,9	-4,3	-2,5	2,5	1,4

* Je 1.000 Einwohner am Jahresende

Datenquelle: Statistikamt Nord; Bearbeitung: J. Roloff

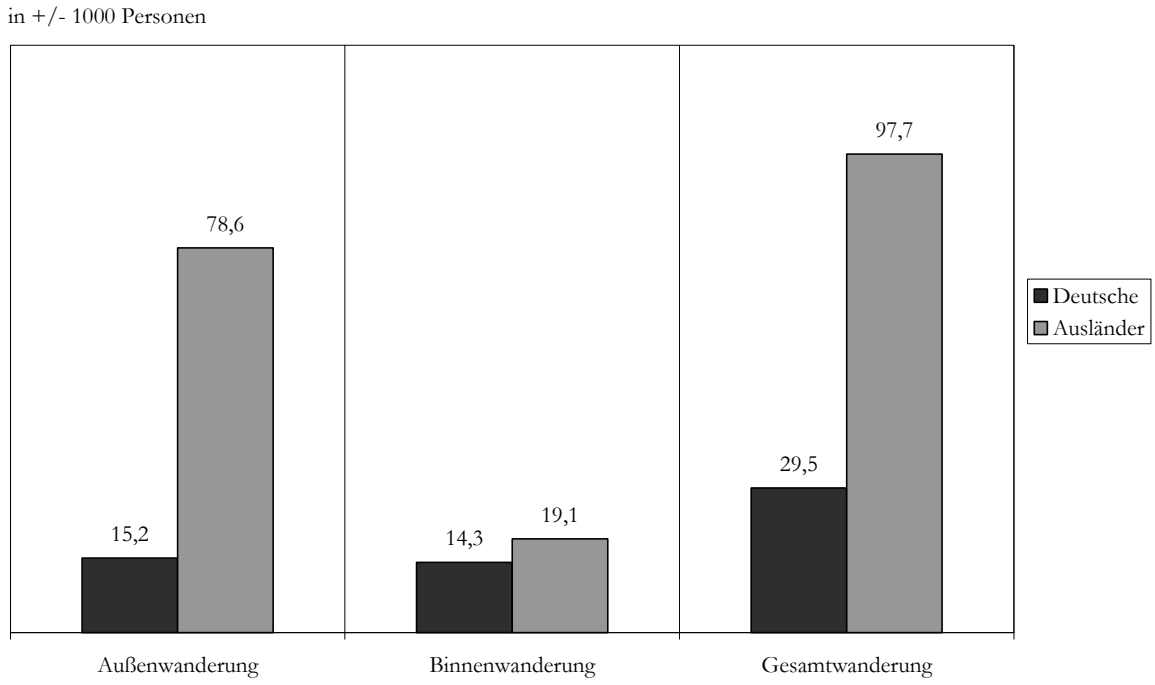
Mit Ausnahme der Jahre 1997/1998, 2002 und insbesondere 2004 zogen weitaus mehr Ausländer als Deutsche über die Grenzen Deutschlands nach Hamburg. Zum gesamten Hamburger Außenwanderungsgewinn der Jahre 1991 bis 2004 (93,8 Tausend) trugen sie allein zu 84 % bei (vgl. Abb. 36).

Abb. 36: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Hamburg, 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistikamt Nord; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 37: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Hamburg, Summe der Jahre 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistikamt Nord; Bearbeitung: J. Roloff

Zudem zogen im gesamten Untersuchungszeitraum mehr Ausländer aus den anderen Bundesländern nach Hamburg als von dort abwanderten; per Saldo waren es 19,1 Tausend Personen. Somit gewann der Stadtstaat innerhalb des Untersuchungszeitraumes 97,7 Tausend Ausländerinnen und Ausländer

über Zuwanderungen sowohl aus dem Ausland als auch aus anderen Bundesländern dazu. Hinzu kommt, die Jahre 1991 bis 2004 zusammen genommen, ein Wanderungsplus aus dem Ausland von 15,2 Tausend Deutschen sowie aus den anderen Bundesländern von 14,3 Tausend Deutschen (vgl. Abb. 37). Dass dieser Saldo im Vergleich zu den Ausländern niedriger ausfällt, ist auf die relativ hohen Binnenwanderungsverluste an Deutschen in den Jahren 1994 bis 1999 (13,4 Tausend) zurückzuführen. Infolgedessen waren die Ausländer zu 77 % am gesamten Wanderungsgewinn Hamburgs innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 beteiligt.

4.6.2.4 Bevölkerungsbilanz

Der Stadtstaat Hamburg hatte in allen betrachteten Jahren eine negative Bilanz seiner natürlichen Bevölkerungsbewegung zu verzeichnen. Der gesamte Sterbefallüberschuss betrug 43,7 Tausend Personen. Diesem standen jedoch genügend hohe Überschüsse an Zuzügen aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland gegenüber, so dass in der Mehrheit der Jahre ein Sinken der Bevölkerungszahl verhindert werden konnte (vgl. Tab. 43).

Bis auf die Jahre 1997/1998, in denen die Einwohnerzahl Hamburgs um insgesamt 7,9 Tausend Personen abnahm, wuchs die Bevölkerung, zwar in unterschiedlichen Dimensionen, aber stetig: Somit lebten in Hamburg im letzten Berichtsjahr 2004 im Vergleich zum Ausgangsjahr 66 Tausend mehr Menschen. Die ausländische Bevölkerung wuchs allerdings stärker (15 %) als die deutsche (2 %).

Seit 2000 sind in Hamburg 37.775 Personen deutsche Staatsbürger geworden. Anteilig sind es 16 % der ausländischen Bevölkerung: Hier weist Hamburg im Vergleich zu den bisher vorgestellten Bundesländern bzw. Stadtstaaten den höchsten Prozentwert auf.

Tab. 43: Bevölkerungsstand und -veränderung in Hamburg

Jahr	Bevölkerung zu Beginn des Jahres	Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-)	Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-)		Bevölkerung am Ende des Jahres
		in 1.000			je 1.000 Ew.	in 1.000
1991	1.652,4	-4,9	21,3	16,4	10	1.668,8
1992	1.668,8	-3,9	24,0	20,0	12	1.688,8
1993	1.688,8	-4,4	18,5	14,1	8	1.702,9
1994	1.702,9	-4,0	7,0	3,0	2	1.705,9
1995	1.705,9	-4,4	6,4	2,0	1	1.707,9
1996	1.707,9	-3,6	3,7	0,1	0	1.708,0
1997	1.708,0	-2,4	-0,9	-3,3	-2	1.704,7
1998	1.704,7	-3,0	-1,6	-4,6	-3	1.700,1
1999	1.700,1	-2,5	7,2	4,6	3	1.704,7
2000	1.704,7	-2,1	12,7	10,7	6	1.715,4
2001	1.715,4	-2,1	13,4	11,4	7	1.726,4
2002	1.726,4	-2,7	5,4	2,7	2	1.728,8
2003	1.728,8	-2,2	7,7	5,5	3	1.734,1
2004	1.734,1	-1,5	2,5	1,0*	1	1.734,8

* „Die Bevölkerungszunahme (gegenüber dem Vorjahr – d. A.) um 992 Personen wird um statistische Ungenauigkeiten bereinigt, so dass sich als amtlich festgesetzte Bevölkerungszunahme die Zahl von 747 Personen ergibt" *(Statistikamt Nord* 2005a: Pressemitteilung vom 10. 6. 2005)

Datenquelle: Statistikamt Nord; Bearbeitung: J. Roloff

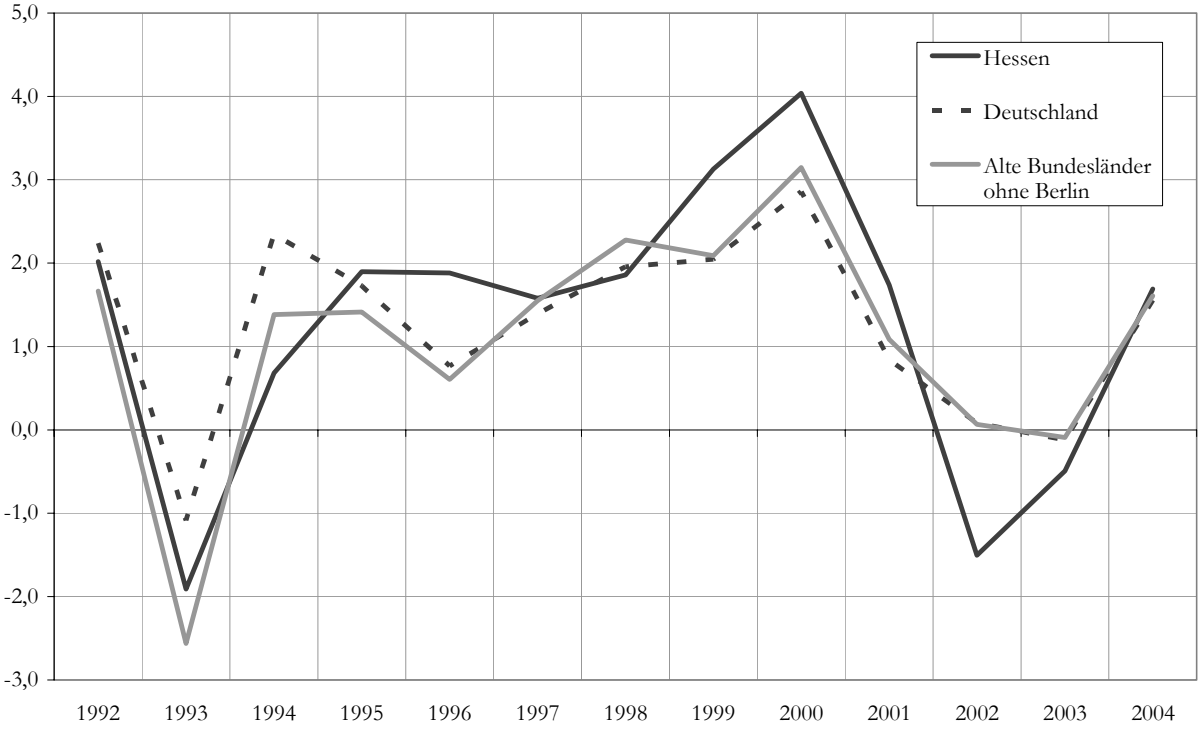
4.7 Hessen

4.7.1 Wirtschaftsprofil

Das reale Bruttoinlandsprodukt Hessens von 1991 bis 2004 ist um insgesamt 18 % gestiegen und liegt damit knapp unter dem Bundestrend, allerdings fiel es höher aus als der Durchschnitt in Westdeutschland (+15 %). Von der schwachen Phase 1992/1993 war die Wirtschaft in Hessen stärker betroffen als im gesamten Bundesgebiet. Jedoch war die „Performance" der hessischen Wirtschaft etwas günstiger verlaufen als in den alten Bundesländern. Die Leistung fiel im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 % geringer aus. Im Jahr 2000 war das Wachstum mit 4 % deutlich höher als in Deutschland bzw. im westdeutschen Bundesgebiet. Wiederum schwächer entwickelte sich dann die hessische Wirtschaft in den Jahren 2002 und 2003, wo die Verringerung der Wirtschaftsleistung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr knapp 1,5 % bzw. ein halbes Prozent betrug (vgl. Abb. 38).

Das BIP je Einwohner ist im Zeitraum 1991 bis 2004 um 12 % angestiegen, es lag im Jahr 2004 bei 30.196 Euro und um 24 % über dem Bundesdurchschnitt. Im Ländervergleich nimmt Hessen den dritten Rang ein.

Abb. 38: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Datenquelle: VGR der Länder; Bearbeitung: F. Micheel

Mit 29.051 Euro wurden in Hessen im Vergleich zum Bundesgebiet die zweithöchsten Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer erzielt. Die Lohn- und Gehaltssteigerungen gegenüber dem Jahr 1991 betrugen 28 %.

Mit 61.411 Euro je Erwerbstätigen konnte das Land Hessen seine Arbeitsproduktivität 2004 gegenüber 1991 um 14 % steigern, womit es in der Länderhierarchie den zweiten Platz belegt. Der Anstieg der Lohnstückkosten liegt mit 10 % (1991 bis 2004) rund 2 Prozentpunkte unter dem des gesamten Bundesgebiets.

Im Jahr 2004 sind 76 % der gesamten Bruttowertschöpfung im Dienstleistungssektor, 23 % im Industriesektor und 0,6 % in der Landwirtschaft erwirtschaftet worden. Der Anteil des Dienstleistungsbereichs an der gesamtwirtschaftlichen Leistung ist im Zeitraum von 1991 bis 2004 von zwei Dritteln auf über drei Viertel gestiegen. Gesunken sind dementsprechend die Anteile des Produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft: diese lagen im Jahr 1991 noch 8,4 Prozentpunkte bzw. 0,1 Prozentpunkte höher.

Eine Besonderheit der Wirtschaftsstruktur in Hessen ist die deutliche Ausprägung bestimmter Dienstleistungsbereiche. Zu nennen sind Kredit- und Versicherungswesen, unternehmensbezogene Dienstleistungen, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie die neuen Medien. Im tertiären Sektor wird dem Rhein-Main-Gebiet eine bedeutende Rolle beigemessen, da der Anteil der Beschäftigten in den unternehmensbezogenen Dienstleistungen besonders hoch ist. Darüber hinaus ist Hessen ein bedeutender Messestandort und profitiert offensichtlich von den Netzwerkstrukturen zwischen Wirtschaft und Forschung. Beim Verarbeitenden Gewerbe zählen die chemische Industrie, der Maschinenbau, die Automobilindustrie und Elektrotechnik zu den umsatzstärksten Branchen und stellen im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes mehr als die Hälfte der Beschäftigten (*Burkert/Kirchhof/Schaade* 2005: 5ff).

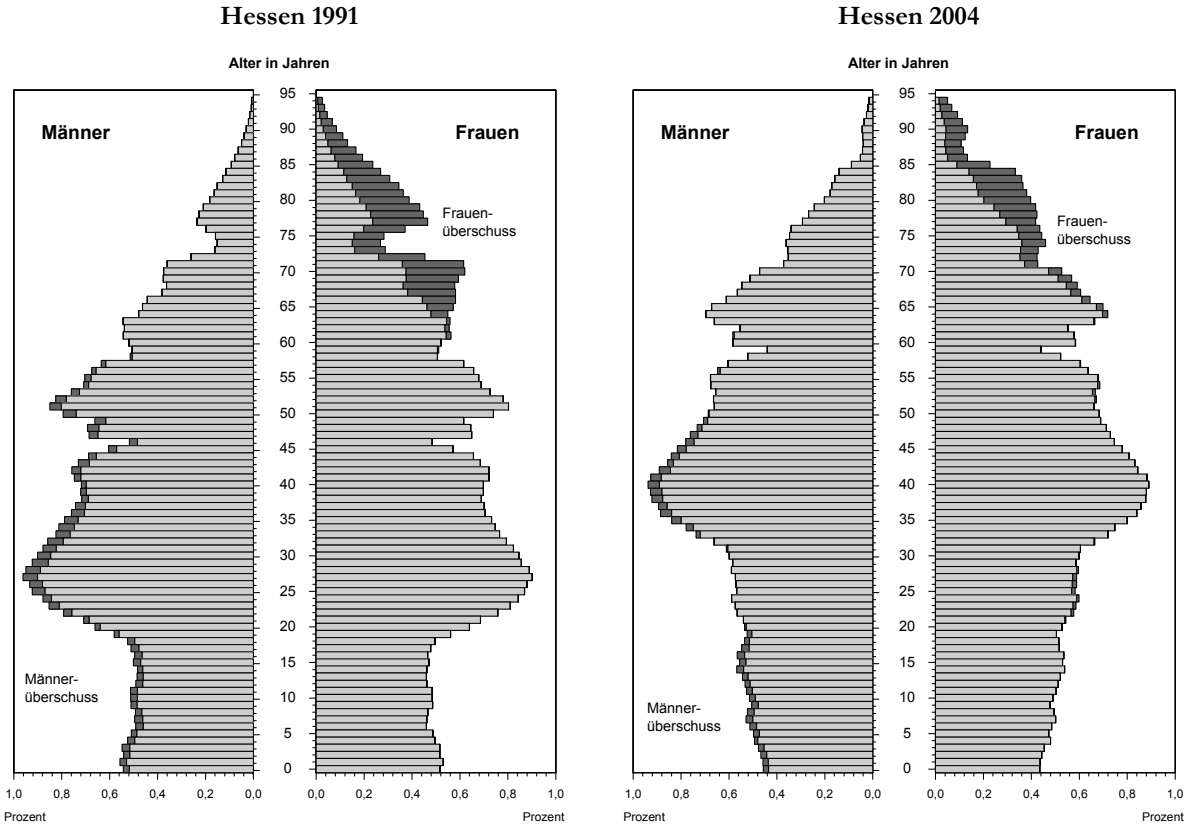
Im Jahr 2004 waren im Land Hessen fast 3 Millionen Personen erwerbstätig, dies sind gegenüber dem Jahr 1991 um knapp 4 % mehr. Die Erwerbstätigenquote betrug im Jahr 2004 66 %, das bedeutet Rang Drei im Bundesländervergleich.

Im Jahr 2004 lag der Durchschnitt der Arbeitslosenzahlen in Hessen bei 251 Tausend Personen. Die Arbeitslosenquote betrug 9,1 %. Im Ländervergleich bedeutet dieses Ergebnis einen vierten Rang, die Quote fiel um 0,3 Prozentspunkte niedriger aus als in Westdeutschland. Von den Arbeitslosen im Jahr 2004 waren 12 % unter 25 Jahre alt, der Anteil der älteren Arbeitslosen lag nur geringfügig unter diesem Wert. Im Main-Taunus-Kreis war die Arbeitslosenquote mit 5,7 % am niedrigsten, in der Stadt Kassel mit 16,8 % am höchsten. Insgesamt kann in Hessen bezüglich der Beschäftigung bzw. der Arbeitslosigkeit ein deutliches Süd-Nord-Gefälle beobachtet werden, d.h. in Südhessen ist die Arbeitslosigkeit nicht so hoch wie im Norden (*Burkert/Kirchhof/Schaade* 2005: 12f).

Die Sozialhilfequote betrug am Jahresende 2004 mit 238.517 gemeldeten Sozialhilfeempfängern 3,9 % und war 0,5 Prozentpunkte höher als der Bundesdurchschnitt.

Mit 62 Patentanmeldungen je 100 Tausend Einwohner liegt Hessen im Jahr 2004 knapp über dem Bundesdurchschnitt. Der Anteil der F&E-Ausgaben am BIP von knapp 3 % stimmte im Jahr 2001 genau mit dem des Bundesdurchschnitts überein. Im Jahr 2001 wurde ein vergleichsweise geringer Anteil der Forschungsausgaben vom öffentlichen Sektor finanziert.

4.7.2 Bevölkerungsentwicklung



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Darstellung: BiB

4.7.2.1 Geburten und Fertilität

Im Jahr 1991 wurden in Hessen 61.324 Kinder geboren; 2004 waren es mit 54.332 Geburten 11 % weniger. Damit hat Hessen den innerhalb der hier betrachteten Jahre bis dato niedrigsten Stand erreicht. Nur in einigen Jahren (1993, 1996 und 1997) übertraf die absolute Geburtenzahl die des Ausgangsjahres.

Dementsprechend verlief die Fertilitätsentwicklung. Von 1.000 Frauen im gebärfähigen Alter wurden 1991 in Hessen 1.318 Kinder geboren; im letzten Untersuchungsjahr waren es mit 1.358 etwas mehr. Das Jahr 1995 wies mit 1.284 Kindern je 1.000 Frauen das niedrigste Geburtenniveau auf. In den Jahren danach lag die Geburtenziffer stets über der des Jahres 1991, und dies insbesondere 1997 und 1998: hier wurden je 1.000 Frauen im Vergleich zum Ausgangsjahr 6 bzw. 5 % mehr Kinder geboren (vgl. Tab. 44).

Von 1992 bis 1998 übertraf das Geburtenniveau Hessens das in Deutschland insgesamt. So lag es 1994 um 4 % über dem Bundesdurchschnitt. In den Jahren 1999 bis 2003 war die Geburtenziffer Hessens, allerdings nur unwesentlich, niedriger und im letzten Untersuchungsjahr, allerdings auch nur minimal, höher als das im gesamten Bundesgebiet (vgl. Tab. 44).

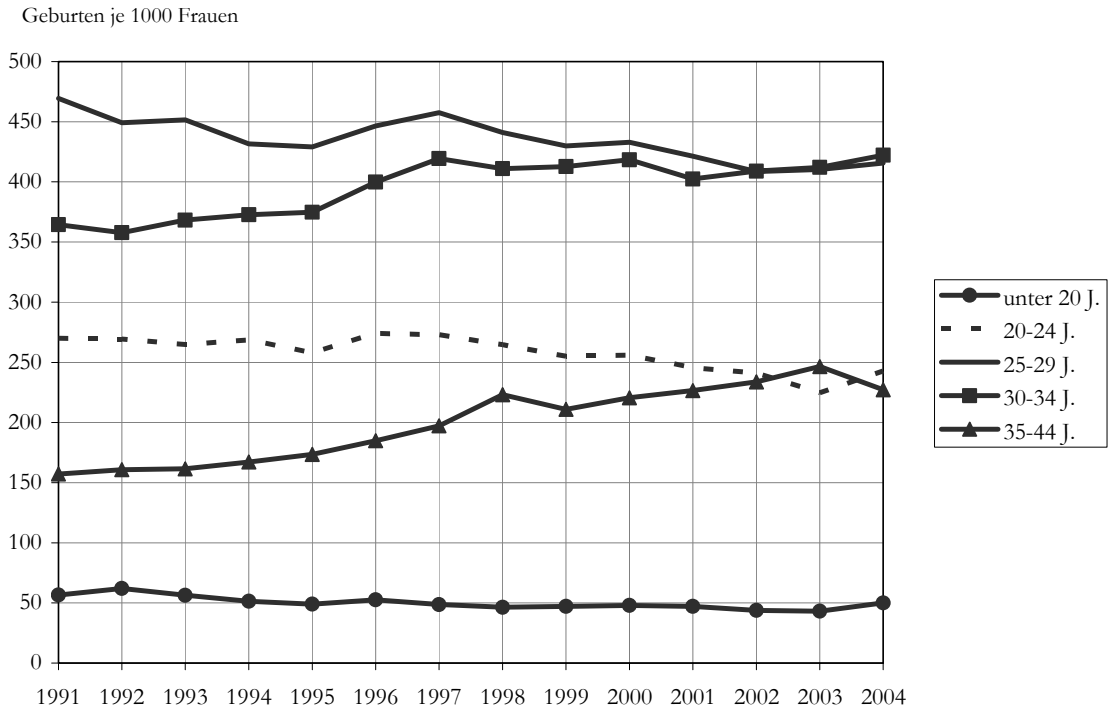
Tab. 44: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Hessen

Jahr	Lebendgeborene absolut	Index 1991 = 100	Geburten je 1.000 Frauen	Index 1991 = 100	Differenz*
1991	61.324	100,0	1.318	100,0	-1,0
1992	61.146	99,7	1.299	98,6	0,6
1993	61.610	100,5	1.302	98,8	2,0
1994	60.565	98,8	1.292	98,0	4,1
1995	59.858	97,6	1.284	97,4	2,9
1996	62.391	101,7	1.358	103,1	3,3
1997	63.124	102,9	1.396	105,9	2,0
1998	60.567	98,8	1.386	105,2	2,4
1999	58.996	96,2	1.356	102,9	-0,3
2000	58.817	95,9	1.376	104,4	-0,1
2001	56.228	91,7	1.343	101,9	-0,3
2002	55.324	90,2	1.336	101,4	-0,3
2003	54.400	88,7	1.337	101,4	-0,2
2004	54.332	88,6	1.358	103,1	0,6

* in +/- Prozent zu Deutschland

Datenquelle: Hessisches Statistisches Landesamt; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 39: Geburtenniveau in Hessen nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004



Datenquelle: Hessisches Statistisches Landesamt; Bearbeitung: J. Roloff

Hinsichtlich des Geburtenniveaus einzelner Altersgruppen der Frauen in Hessen lässt sich bei den unter 30-jährigen Frauen ein relativ starker Rückgang feststellen: So wiesen 2004 gegenüber 1991 die unter 20- sowie die 25- bis 29-jährigen Frauen ein um jeweils 11 % und die 20- bis 24-jährigen Frauen ein um 10 % niedrigeres Geburtenniveau auf. Die Geburtenzahlen je 1.000 der 30- bis 34-jährigen Frauen stiegen dahingegen von 365 auf 422 bzw. um 16 % und damit etwas über die der 25- bis 29-jährigen Frauen (2004 = 416). Analog zu den übrigen Bundesländern weisen auch in Hessen die 35 bis 44 Jahre alten Frauen einen besonders starken Anstieg an Geburten auf: Wurden 1991 je 1.000 von ihnen 157 Kinder geboren, waren es 2004 mit 227 Kindern 45 %

mehr. Wie Abbildung 39 zeigt, sank allerdings die Geburtenziffer dieser Frauengruppe wieder etwas unter die der 20- bis 24-Jährigen, die im letzten Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr einen leichten Anstieg auf 243 erfuhr.

4.7.2.2 Sterbefälle und Sterblichkeit

Innerhalb des Zeitraumes von 1991 bis 2004 sank in Hessen die Zahl der Sterbefälle von 64.013 auf 58.507 bzw. um 9 %. Auf 1.000 Einwohner Hessens bezogen war die Zahl der Sterbefälle nur unwesentlichen Veränderungen unterworfen: mit 11 ‰ weist das Ausgangsjahr noch die höchste und das letzte Jahr 2004 mit 9,6 ‰ die niedrigste Sterbeziffer auf (Tab. 45).

Tab. 45: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Hessen

Jahr	absolut	Index*	Sterbeziffer**
1991	64.013	100,0	11,0
1992	63.308	98,9	10,7
1993	64.028	100,0	10,7
1994	63.385	99,0	10,6
1995	63.346	99,0	10,5
1996	63.387	99,0	10,5
1997	61.361	95,9	10,2
1998	60.980	95,3	10,1
1999	61.054	95,4	10,1
2000	60.345	94,3	9,9
2001	59.370	92,7	9,8
2002	60.367	94,3	9,9
2003	61.500	96,1	10,1
2004	58.507	91,4	9,6

* 1991 = 100 %

** Gestorbene je 1.000 Einwohner und 1 Jahr

Datenquelle: Hessisches Statistisches Landesamt; Bearbeitung: J. Roloff

Entsprechend der abgekürzten Sterbetafel 2002/2004 haben die Neugeborenen in Hessen eine Lebenserwartung von 76,4 Jahren (Jungen) bzw. von 81,8 Jahren (Mädchen). Der geschlechterspezifische Altersunterschied beträgt somit 5,4 Jahre (vgl. Tab. 46).

Hessens Männer und Frauen haben in allen in der Tabelle 46 ausgewiesenen Altersstufen eine im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet niedrigere Sterblichkeit zu verzeichnen. So haben die 0 bis 40 Jahre alten Männer in Hessen gegenüber allen Männern dieser Alterstufen in Deutschland eine um rd. ein halbes Jahr höhere Überlebenschance. Diese Differenz ist in den darauf folgenden Altersstufen zwar geringer, doch selbst die 80-jährigen Männer in Hessen haben noch die Aussicht, etwas über einen Monat länger zu leben als die hochbetagten Männer im gesamten Bundesgebiet. Bei den Frauen ist der Abstand zum Bundesdurchschnitt geringer. So liegt deren Lebenserwartung in den Altersstufen 0 bis 65 im Schnitt um ein Vierteljahr höher als die aller Frauen dieses Alters in Deutschland. Nur bei den hochaltrigen Frauen ist dieser Abstand mit zwei Monaten etwas geringer (Tab. 46).

Tab. 46: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Hessen und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002-2004

Altersstufe	Lebenserwartung in Jahren		Abstand zum Bundesdurchschnitt in Monaten	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
0	81,8	76,4	3,2	6,5
1	81,1	75,8	3,4	6,5
20	62,4	57,1	3,5	6,4
40	42,8	37,9	3,7	6,2
60	24,4	20,4	3,5	4,0
65	20,1	16,5	3,4	3,4
80	8,8	7,4	2,2	1,3

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, abgekürzte Sterbetafel 2002/2004; Bearbeitung: J. Roloff

4.7.2.3 Wanderungen

Das Bundesland Hessen hat über den gesamten Zeitraum 1991 bis 2004 hinweg positive Salden seiner Binnenwanderung zu verzeichnen. Darunter weist das Jahr 1991 mit 22,5 Tausend Personen bzw. 4 Personen je 1.000 Einwohner den höchsten, dagegen das Jahr 1993 mit 1,8 Tausend Personen bzw. 0,3 ‰ den geringsten Wanderungsgewinn aus anderen Bundesländern auf (Tab. 47). In der Summe der Jahre 1991 bis 2004 hat Hessen 133,4 Tausend Menschen aus dem übrigen Bundesgebiet dazu gewonnen.

Tab. 47: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Hessen, 1991 bis 2004

Jahr	Binnenwanderung		Außenwanderung		Gesamtwanderung	
	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*
1991	22,5	3,9	54,2	9,4	76,7	13,2
1992	13,3	2,3	74,0	12,6	87,3	14,8
1993	1,8	0,3	45,1	7,6	46,9	7,9
1994	6,3	1,1	9,3	1,6	15,7	2,6
1995	12,0	2,0	20,7	3,5	32,7	5,5
1996	9,8	1,6	8,6	1,4	18,4	3,1
1997	9,4	1,6	-6,8	-1,1	2,7	0,4
1998	9,3	1,5	-5,4	-0,9	3,8	0,6
1999	9,8	1,6	9,1	1,5	18,9	3,1
2000	10,4	1,7	7,3	1,2	17,7	2,9
2001	10,1	1,7	2,8	0,5	12,9	2,1
2002	9,2	1,5	9,7	1,6	18,8	3,1
2003	4,5	0,7	0,1	0,0	4,6	0,8
2004	5,2	0,9	7,1	1,2	12,3	2,0

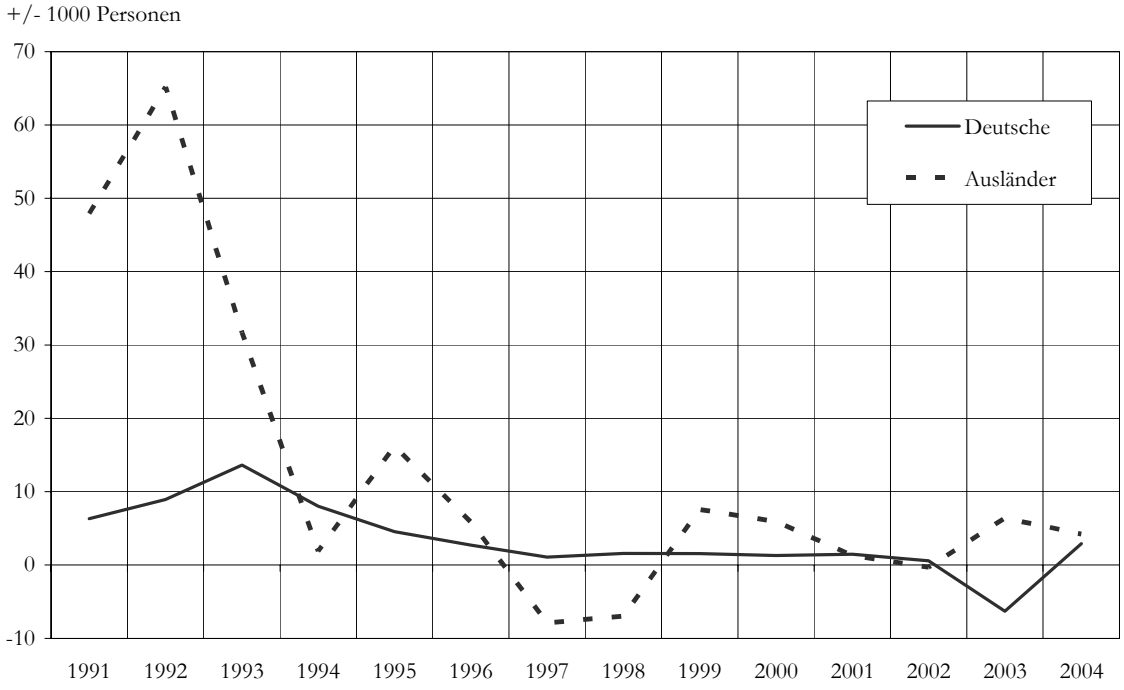
* Je 1.000 Einwohner am Jahresende

Datenquelle: Hessisches Statistisches Landesamt; Bearbeitung: J. Roloff

Außer in den – bereits bei den anderen bisher beschriebenen Bundesländern hervorgehobenen – Jahren 1997 und 1998 hatte Hessen innerhalb des Untersuchungszeitraumes einen Überschuss an Zuwanderern aus dem Ausland zu verzeichnen. Nur im Jahr 2003 fällt dieser mit 121 Personen äußerst gering aus. Doch bereits im darauf folgenden Jahr konnte Hessen wieder mit 7,1 Tausend Personen ein relativ hohes Zuwanderungsplus verbuchen. In den Jahren 1999 bis 2003 (außer 2002) waren in diesem Bundesland die Außenwanderungsgewinne stets niedriger als seine Gewinne aus der Binnenwanderung. In den Jahren bis 1995 sowie im letzten Berichtsjahr lag dahingegen das Wanderungsplus aus dem Ausland bei weitem höher (vgl. Tab. 47). Außer in den Jahren 1994, 1997, 1998 und 2002 wanderten in den übrigen Jahren, insbesondere 1991 bis 1993, mehr Ausländer als Deutsche über die Grenzen Deutschlands in das Land Hessen zu (vgl. Abb. 40). Addiert

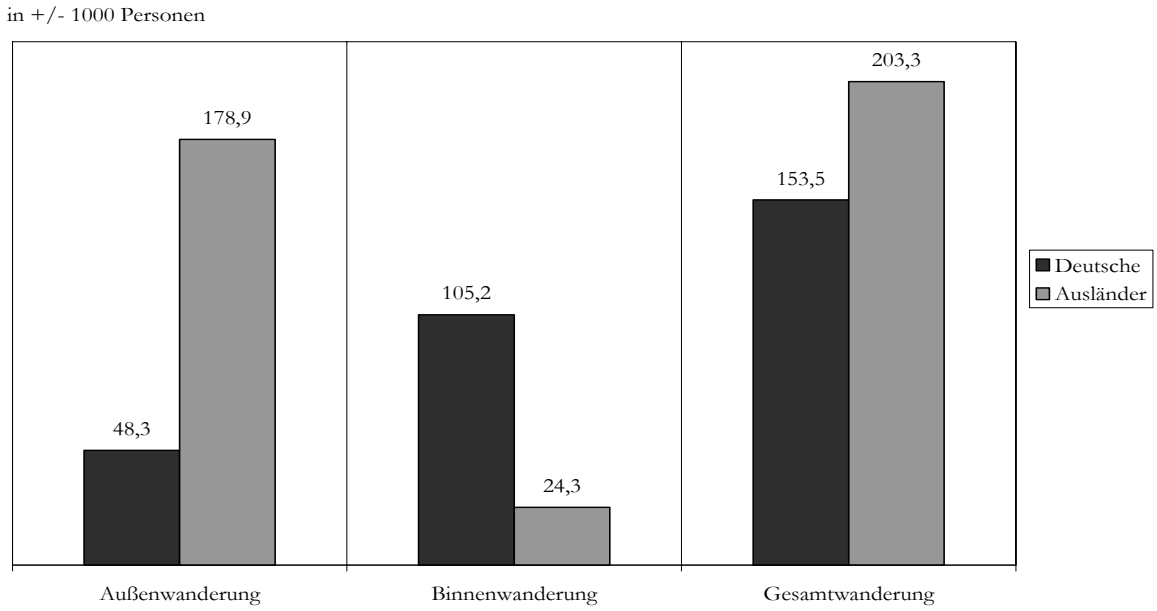
man die Jahre 1991 bis 2004, so waren von den 227,2 Tausend Personen, die Hessen über Außenwanderungen gewann, 79 % ausländischer Herkunft.

Abb. 40: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Hessen, 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Hessisches Statistisches Landesamt; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 41: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Hessen, Summe der Jahre 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Hessisches Statistisches Landesamt; Bearbeitung: J. Roloff

Anhand Abbildung 40 ist zu sehen, dass 2003, bisher einmalig innerhalb des Untersuchungszeitraumes, 6.289 mehr Deutsche aus Hessen in das Ausland weg- als von dort zuzogen, was durch

das Wanderungsplus von 6.410 Ausländern nur etwas ausgeglichen werden konnte. Dies erklärt den bereits oben erwähnten relativ niedrigen Außenwanderungsgewinn im Jahr 2003.

Der Gesamtwanderungsgewinn an Deutschen bezifferte sich von 1991 bis 2004 auf 153,5 Tausend, wovon 32 % aus dem Ausland kamen. Demgegenüber machte der gesamte Wanderungsgewinn an Ausländern 203,3 Tausend aus, der zu 88 % auf ein Außenwanderungsplus zurückzuführen war (vgl. Abb. 41).

4.7.2.4 Bevölkerungsbilanz

Das Land Hessen hatte in jedem Jahr (ausgenommen das Jahr 1997) einen Gestorbenenüberschuss zu verzeichnen. Doch konnte dieser stets durch eine positive Bilanz der Wanderungsbewegung ausgeglichen werden, so dass Hessens Bevölkerung weiter wuchs. Einzig im Jahr 2003 überstieg das Geburtendefizit das Wanderungsplus, so dass die Einwohnerzahl um 2,5 Tausend leicht zurückging (vgl. Tab. 48). Aber bereits 2004 konnte Hessens Bevölkerung infolge eines geringeren Geburtendefizits und eines relativ hohen Zuzugsüberschusses wieder anwachsen, gegenüber dem Vorjahr um 8,2 bzw. auf 6.097,8 Tausend Personen.

Innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes stieg die Bevölkerungszahl Hessens um 260,4 Tausend Personen, darunter die der Deutschen um 232,8 Tausend. Der prozentuale Zuwachs an deutscher und ausländischer Bevölkerung war, im Gegensatz zu den bisher beschriebenen Bundesländern, mit 4,5 bzw. 4,1 % nahezu ausgewogen.

Entsprechend einer Pressemitteilung des Hessischen Statistischen Landesamtes ist dies ausschließlich auf die positive Entwicklung im südhessischen Regierungsbezirk Darmstadt zurückzuführen – hier stieg die Bevölkerungszahl 2004 gegenüber 2003 um 12 Tausend Personen, „während der nordhessische Regierungsbezirk Kassel rund 2500 Einwohner verlor. Die Bevölkerungsbilanz des mittelhessischen Regierungsbezirks Gießen war mit gut 1200 Personen im Minus“. Weiter heißt es dort: „In regionaler Sicht variierten 2004 die Veränderungen von einer Bevölkerungszunahme in Höhe von 0,8 Prozent in der Landeshauptstadt Wiesbaden bis zu einer Abnahme von 0,7 Prozent im Werra-Meißner-Kreis.
Größere Bevölkerungszunahmen wurden überwiegend durch Wanderungsgewinne erzielt. Lediglich in den kreisfreien Städten Frankfurt am Main und Offenbach am Main sowie im Main-Taunus-Kreis und im Landkreis Offenbach gab es zudem noch bemerkenswerte Geburtenüberschüsse“ *(Hessisches Statistisches Landesamt* 2005a).

89.059 Ausländer und Ausländerinnen haben in Hessen in den Jahren 2000 bis 2004 die deutsche Staatsangehörigkeit erworben. Mit einem Anteil von 13 % seiner ausländischen Bevölkerung nimmt damit dieses Bundesland hinter Hamburg den zweiten Platz ein. Allerdings ist, wie in den übrigen bisher betrachteten Bundesländern, auch in Hessen die Zahl der Einbürgerungen gesunken. 2004 erfolgten 15.027 Einbürgerungen; im Vergleich zu 2000 waren dies 26 % weniger. Von den im Jahr 2004 Eingebürgerten waren 31 % ehemals Türken/Türkinnen. Dem folgen Afghanen (9 %), Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien, Marokkaner und Iraner (jeweils 7 %) (vgl. *Hessisches Statistisches Landesamt* 2005b).

Tab. 48: Bevölkerungsstand und -veränderung in Hessen

Jahr	Bevölkerung zu Beginn des Jahres	Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-)	Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-)		Bevölkerung am Ende des Jahres
		in 1.000			je 1.000 Ew.	in 1.000
1991	5.763,3	-2,7	76,7	74,0	13	5.837,3
1992	5.837,3	-2,2	87,3	85,1	14	5.922,6
1993	5.922,6	-2,4	46,9	44,5	7	5.967,3
1994	5.967,3	-2,8	15,7	12,8	2	5.980,7
1995	5.980,7	-3,5	32,7	29,2	5	6.009,9
1996	6.009,9	-1,0	18,4	17,4	3	6.027,3
1997	6.027,3	1,8	2,7	4,4	1	6.031,7
1998	6.031,7	-0,4	3,8	3,4	1	6.035,1
1999	6.035,1	-2,1	18,9	16,8	3	6.052,0
2000	6.052,0	-1,5	17,7	16,2	3	6.068,1
2001	6.068,1	-3,1	12,9	9,7	2	6.077,8
2002	6.077,8	-5,0	18,8	13,8	2	6.091,6
2003	6.091,6	-7,1	4,6	-2,5	0	6.089,4
2004	6.089,4	-4,2	12,3	8,2	1	6.097,8

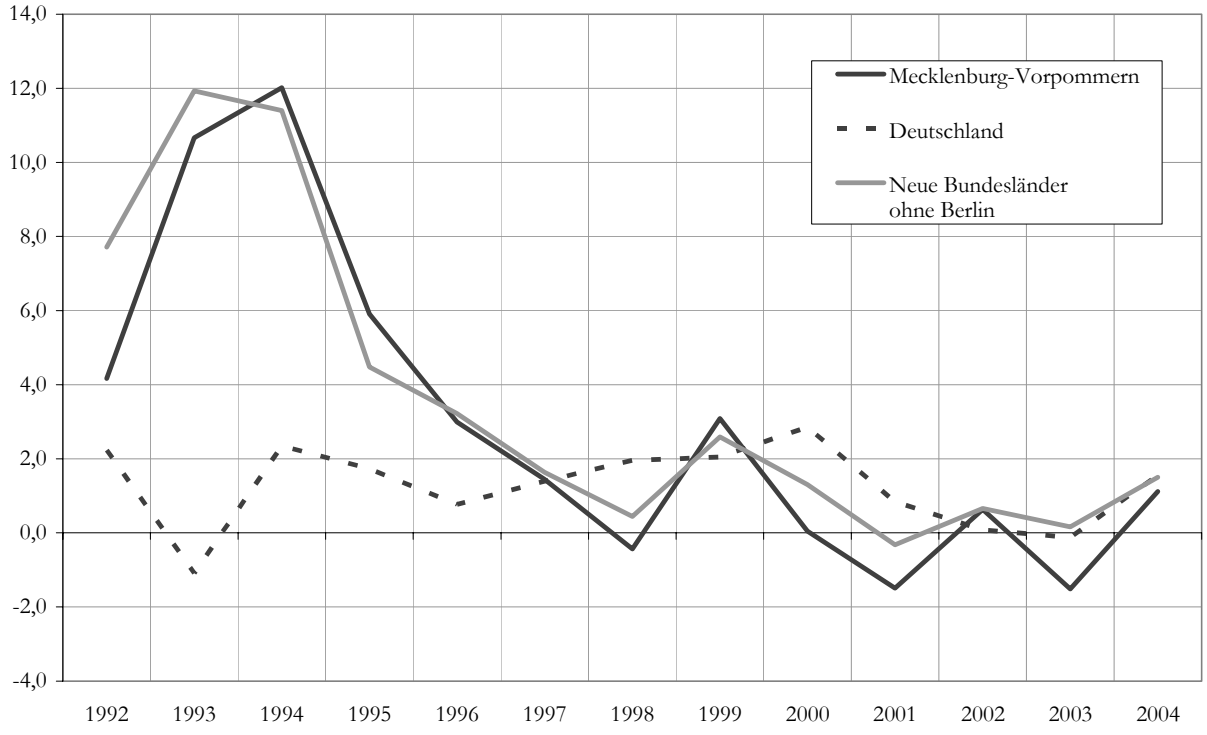
Datenquelle: Hessisches Statistisches Landesamt; Bearbeitung: J. Roloff

4.8 Mecklenburg-Vorpommern

4.8.1 Wirtschaftsprofil

Im gesamten Zeitraum 1991 bis 2004 ist die wirtschaftliche Leistung in Mecklenburg-Vorpommern um 45 % gestiegen, der Durchschnittswert für die ostdeutschen Länder betrug 57 %. Im Vergleich mit den übrigen neuen Ländern schneidet Mecklenburg-Vorpommern damit am schlechtesten ab. Der für Ostdeutschland typische Aufholprozess schlug sich zwar in relativ hohen Wachstumsraten Anfang der 1990er Jahre (z.B. 1993/1994: +12 %) nieder. Allerdings war diese Entwicklung seit Mitte der 1990er Jahre durchbrochen. Die Wirtschaftsleistung schrumpfte im Zeitraum von 1997 bis 1998 um 0,4 %, in den Perioden 2000-2001 sowie 2002-2003 um jeweils 1,5 %. Der Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern war ab dem Jahr 1999 etwas ungünstiger als in den ostdeutschen Ländern (Abb. 42).

Abb. 42: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Datenquelle: VGR der Länder; Bearbeitung: F. Micheel

Im Jahr 1991 wurde in Mecklenburg-Vorpommern noch ein Bruttoinlandsprodukt je Einwohner von 9.995 Euro erzielt. Bis zum Jahr 2004 fand zwar eine Steigerung von 60 %, d.h. auf 16.002 Euro, statt, doch ist dies von allen Bundesländern das niedrigste Pro-Kopf-BIP.

Auch in Bezug auf die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer, im Jahr 2004 waren es 21.061 Euro, wird der letzte Platz eingenommen. Obwohl sie im Zeitraum von 1991 bis 2004 um 88 % gestiegen sind, entsprachen sie im letzten Untersuchungsjahr nur etwa 79 % des Niveaus auf der gesamten Bundesebene.

Das Lohnniveau ist im Land Mecklenburg-Vorpommern von einem West-Ost-Gefälle geprägt, d.h. die an Westdeutschland grenzenden Gebiete profitieren von den relativ hohen Löhnen und der niedrigeren Arbeitslosigkeit im Westen, dagegen ist die Situation in den Grenzregionen zu Polen umgekehrt (*Niebuhr/Kalpen* 2005: 31f).

Die Arbeitsproduktivität belief sich im Jahr 2004 auf fast 39.100 Euro je Erwerbstätigen. Damit nimmt Mecklenburg-Vorpommern innerhalb aller Bundesländer den drittletzten Rang ein. In der Zeitspanne von 1991 bis 2004 waren die Steigerungsraten jedoch stets positiv; insgesamt ist die Produktivität um 73 % gestiegen. Allerdings reichte diese Entwicklung lediglich zu einem Niveau von knapp drei Viertel des Bundesdurchschnitts. Im Vergleich zu den ostdeutschen Bundesländern zeigt Mecklenburg-Vorpommern für die Jahre 1991 bis 2004 mit 10 % die höchste Steigerungsrate hinsichtlich der Lohnstückkosten auf.

Die Aufteilung der Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftssektoren zeigt für das Jahr 2004, dass die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern mit einem Anteil von 5 % (-0,2 Prozentpunkte gegenüber dem Jahr 1991) im Vergleich zu den anderen Bundesländern den höchsten Wert erreicht. Der Dienstleistungssektor hielt einen Anteil von 76 % (1991: 70 %), während 19 % im Produzierenden Gewerbe (1991: 25 %) erwirtschaftet wurden.

Die vorhandene Wirtschaftsstruktur in Mecklenburg-Vorpommern zeigt recht deutliche Schwächen, die besonders in den Gebieten an der polnischen Grenze zu beobachten sind. Allerdings erklärt der Transformationsprozess nach dem Beitritt Mecklenburg-Vorpommerns zum Bundesgebiet diese Situation nicht allein. Schon zu DDR-Zeiten galt diese Region als strukturschwach, trotz des Ausbaus der Werft-, See- und Hafenindustrie. Die damalige Regierung versuchte zudem, mit dem Aufbau weniger industrieller Kerngebiete und der Kontrolle von Wanderungsbewegungen einen weiteren wirtschaftlichen Abstieg zu verhindern (vgl. auch Teil B). Die Landwirtschaft war zu der Zeit besonders stark ausgeprägt, ihr Anteil an der Gesamtwirtschaft war etwa doppelt so hoch wie der Durchschnitt in der DDR (*Niebuhr/Kalpen* 2005).

Im Rahmen des Transformationsprozesses sind die Beschäftigungszahlen im Agrarsektor (1991-2004: -68 %) sowie im Produzierenden Gewerbe (1991-2004: -39 %) erheblich gesunken, während der Anteil des Dienstleistungsbereichs an Produktion und Beschäftigung deutlich gestiegen ist. Diese für Ostdeutschland insgesamt charakteristische Entwicklung hat zu einer Annäherung an die westdeutsche Sektorstruktur geführt. Wie in allen ostdeutschen Bundesländern war auch in Mecklenburg-Vorpommern das Baugewerbe zunächst von einem Boom gekennzeichnet. Aber mittlerweile wurden in den letzten Jahren Überkapazitäten in dieser Branche abgebaut.[26] Unter den Dienstleistungen ist ein vergleichsweise hoher Anteil an öffentlichen Dienstleistungen zu erkennen, auch hier sind inzwischen Korrekturmaßnahmen, mit entsprechendem Beschäftigungsabbau, eingeleitet worden (*Niebuhr/Kalpen* 2005: 14ff).

Die Zahl der Erwerbstätigen betrug im Jahr 2004 knapp 707 Tausend Personen. Sie ist von 1991 bis 2004 um 16 % bzw. um 138.800 Personen gesunken. Mit einer Erwerbstätigenquote von 57,8 % belegte Mecklenburg-Vorpommern im Ländervergleich den vorletzten Platz.

Für das Jahr 2004 teilte die Bundesagentur für Arbeit einen durchschnittlichen Arbeitslosenbestand in Mecklenburg-Vorpommern von rund 183 Tausend Personen mit. Damit war in diesem Bundesland die höchste Arbeitslosenquote in Deutschland, 22,1 %, erreicht worden; im Vergleich zu den neuen Ländern lag sie um 2 Prozentpunkte höher. Das Risiko, von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein, ist unter den jungen Menschen deutlich höher als bei den älteren Menschen: 12 % der gemeldeten Arbeitslosen waren unter 25 Jahre alt, 8 % waren 55 Jahre oder

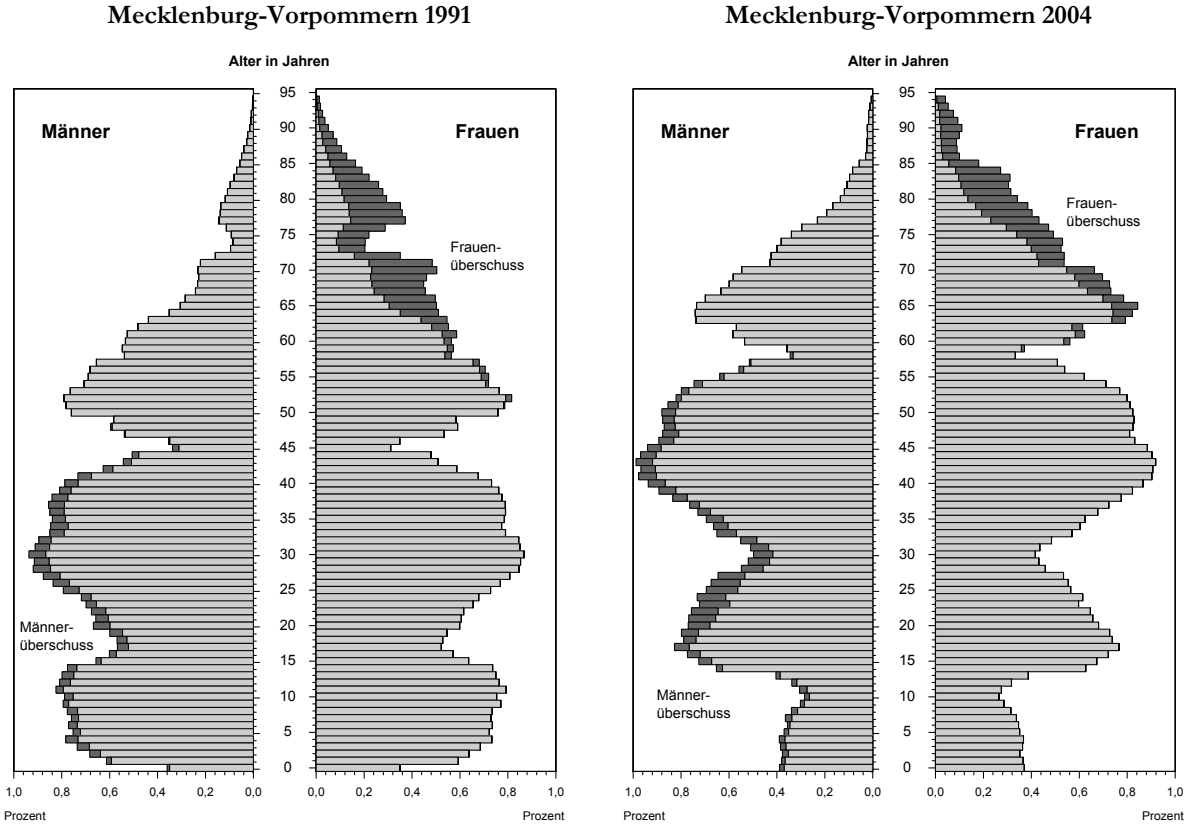
[26] Der Anteil der Beschäftigten Mecklenburg-Vorpommerns im Baugewerbe an den Erwerbstätigen insgesamt lag im Jahr 2004 noch 3 Prozentpunkte über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Das Baugewerbe hatte im Jahr 1995 seinen Höchststand mit 128 Tausend Beschäftigten.

älter. In Ludwigslust wurde im Jahr 2004 eine Arbeitslosenquote von 14,6 % gemessen. Die höchste Quote lag 9,3 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt und wurde im Landkreis Uecker-Randow (der östlichste Kreis in Mecklenburg-Vorpommern, der zugleich an Polen grenzt) beobachtet.

Mit 69.783 Sozialhilfeempfängern wurde am Ende des Jahres 2004 eine Sozialhilfequote von 4,1 % ermittelt. Damit wies Mecklenburg-Vorpommern den innerhalb der neuen Länder höchsten Wert auf.

In Bezug auf die Patentdichte (12 Patentanmeldungen pro 100 Tausend Einwohner) belegte Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2004 den letzten Platz in Deutschland. Im Jahr 2001 betrug der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP etwas über ein Prozent. Der öffentliche Sektor übernahm bei der Finanzierung der F&E-Aktivitäten die tragende Rolle: knapp 85 % der im Jahr 2001 angefallenen Kosten wurden von ihm übernommen, die restlichen 15 % von der privaten Wirtschaft.

4.8.2 Bevölkerungsentwicklung



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Darstellung: BiB

4.8.2.1 Geburten und Fertilität

Innerhalb der Jahre 1991 bis 1994 sank die Zahl der in Mecklenburg-Vorpommern Lebendgeborenen von 13.635 auf 8.934, d.h. um über ein Drittel. Danach stiegen die Geburtenzahlen wieder und lagen 2004 nur noch um 4 % unter dem Ausgangsniveau (Tab. 49).

Im Jahr 1991 wurden in Mecklenburg-Vorpommern von 1.000 Frauen im gebärfähigen Alter 1.017 Kinder geboren. Bis 1994 hatte das Geburtenniveau mit 745 Kindern je 1.000 Frauen seinen Tiefststand erreicht. Ab dann stieg es nahezu kontinuierlich. Im letzten Berichtsjahr entfielen

in Mecklenburg-Vorpommern auf 1.000 Frauen 1.342 Lebendgeborene; damit wurde das Ausgangsniveau um 32 % übertroffen (Tab. 49). Demgemäß verringerte sich auch der Abstand zum gesamtdeutschen Durchschnitt: die zusammengefasste Geburtenziffer Mecklenburg-Vorpommerns lag im Jahr 2004 nur noch um minimale 0,6 % unter der des gesamten Bundesgebietes. In den Jahren zuvor war diese Differenz bei weitem auffälliger, besonders in den Jahren 1993 und 1994: hier lag das Geburtenniveau um 40 % unter dem Bundesdurchschnitt.

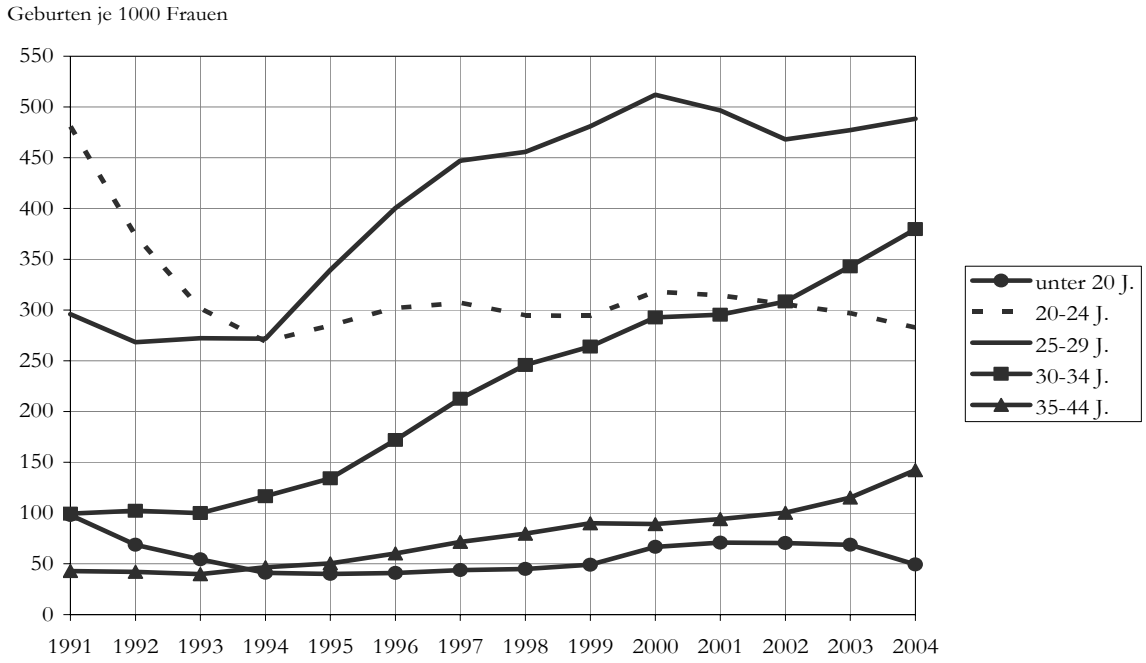
Tab. 49: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Mecklenburg-Vorpommern

Jahr	Lebendgeborene absolut	Index 1991 = 100	Geburten je 1.000 Frauen	Index 1991 = 100	Differenz*
1991	13.635	100,0	1.017	100,0	-23,6
1992	10.875	79,8	855	84,0	-33,8
1993	9.432	69,2	768	75,5	-39,9
1994	8.934	65,5	745	73,2	-40,0
1995	9.878	72,4	849	83,4	-32,0
1996	11.088	81,3	976	95,9	-25,8
1997	12.046	88,3	1.082	106,4	-20,9
1998	12.246	89,8	1.121	110,2	-17,2
1999	12.589	92,3	1.178	115,8	-13,4
2000	13.319	97,7	1.278	125,7	-7,2
2001	12.968	95,1	1.271	125,0	-5,6
2002	12.504	91,7	1.253	123,2	-6,5
2003	12.800	93,9	1.301	127,9	-2,8
2004	13.045	95,7	1.342	132,0	-0,6

* in +/- Prozent zu Deutschland

Datenquelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 43: Geburtenniveau in Mecklenburg-Vorpommern nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern; Bearbeitung: J. Roloff

Der in Mecklenburg-Vorpommern überaus starke Geburtenrückgang von 1991 bis 1994 ist vor allem auf das Geburtenverhalten der unter 25-jährigen Frauen zurückzuführen: Wurden 1991 je 1.000 der unter 20-jährigen Frauen 98 Kinder geboren, waren es 1994 nur noch 41, d.h. um 58 % weniger. Bei den 20 bis 24 Jahre alten Frauen sank die zusammengefasste Geburtenziffer von 481 auf 269 bzw. um 44 %. Im Vergleich hierzu machte der prozentuale Geburtenrückgang bei den 25- bis 29-jährigen Frauen innerhalb der o.a. Jahre nur 8 % aus, und bei den älteren Frauen lagen die Geburtenziffern 1994 gegenüber 1991 sogar etwas höher (vgl. Abb. 43).

Wie anhand der Abbildung 43 zu sehen ist, lässt sich bei diesen Frauen bis 2004 ein weiterer Anstieg ihrer Geburten feststellen: Innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes stieg die Zahl der Geburten je 1.000 der 30- bis 34-jährigen Frauen von 99 auf 380 und je 1.000 der 35- bis 44-jährigen Frauen von 43 auf 142. Auffällig ist zudem das seit 1994 gestiegene Geburtenniveau der 25 bis 29 Jahre alten Frauen: deren Geburtenziffern erhöhten sich von 272 (1994) auf 489 (2004). Von den unter 25-jährigen Frauen wurden zwar ebenfalls wieder mehr Kinder geboren, jedoch waren es weiterhin weniger als im Ausgangsjahr. So lagen die Geburtenziffern der unter 20-jährigen Frauen 2004 gegenüber 1991 um 50 % und die der 20- bis 24-jährigen Frauen um 41 % darunter (Abb. 43).

4.8.2.2 Sterbefälle und Sterblichkeit

Innerhalb des Untersuchungszeitraumes sank die Zahl der in Mecklenburg-Vorpommern registrierten Gestorbenen, bis auf wenige Ausnahmen, stetig: von 21.477 auf 17.134 bzw. um 20 %. Die Sterbeziffer ging von 11,4 auf 9,9 Gestorbene je 1.000 Einwohner zurück (Tab. 50).

Entsprechend der abgekürzten Sterbetafel 2002/2004 haben die in Mecklenburg-Vorpommern neugeborenen Jungen die Chance, im Schnitt 73,8 Jahre alt zu werden. Die mittlere Lebenserwartung der in diesem Bundesland neugeborenen Mädchen liegt bei 80,8 Jahren, somit gegenüber der der Jungen um 7 Jahre höher. Im Vergleich zu den bisher beschriebenen Bundesländern weist damit Mecklenburg-Vorpommern die höchste geschlechterspezifische Differenz in der Lebenserwartung seiner Neugeborenen auf. Betrachtet man Tabelle 51, wird die gegenüber dem Bundesdurchschnitt höhere Sterblichkeit der in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Frauen und Männer deutlich. So liegt in diesem ostdeutschen Bundesland die Lebenserwartung der Männer mit einem vollendeten Alter von 0 bis 40 Jahren um 20 bis 25 Monate unter der aller Männer dieser Altersstufen in Deutschland. Dieser Abstand verringert sich mit zunehmendem Alter, beträgt aber auch bei den Männern der Altersstufe 80 noch fast 5 Monate (Tab. 51).

Bei den Frauen sind diese Abweichungen zum gesamtdeutschen Durchschnitt nicht ganz so stark. Hier haben die Altersstufen 0 bis 65 eine um 8 bis 9 Monate geringere Überlebenschance: Beträgt z.B. die fernere Lebenserwartung der 60 Jahre alten Frauen in Deutschland 24,1 Jahre, liegt diese bei den gleichaltrigen Frauen in Mecklenburg-Vorpommern bei 23,4 Jahren. Nur bei den 80-jährigen Frauen ist diese Differenz geringer: d.h. sie weisen im Vergleich zu allen Frauen dieses Alters in Deutschland eine um knapp ein halbes Jahr geringere weitere Lebenszeit auf (vgl. Tab. 51).

Tab. 50: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Mecklenburg-Vorpommern

Jahr	absolut	Index*	Sterbeziffer**
1991	21.477	100,0	11,4
1992	20.352	94,8	10,9
1993	19.563	91,1	10,6
1994	19.835	92,4	10,8
1995	19.290	89,8	10,6
1996	18.642	86,8	10,3
1997	17.940	83,5	9,9
1998	17.619	82,0	9,8
1999	17.458	81,3	9,8
2000	17.460	81,3	9,8
2001	17.179	80,0	9,8
2002	17.333	80,7	9,9
2003	17.700	82,4	10,2
2004	17.134	79,8	9,9

* 1991 = 100 %

** Gestorbene je 1.000 Einwohner und 1 Jahr

Datenquelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern; Bearbeitung: J. Roloff

Tab. 51: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Mecklenburg-Vorpommern und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002-2004

Altersstufe	Lebenserwartung in Jahren		Abstand zum Bundesdurchschnitt in Monaten	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
0	80,8	73,8	-8,6	-24,6
1	80,2	73,1	-8,4	-25,3
20	61,4	54,6	-8,5	-23,9
40	41,8	35,7	-8,0	-20,0
60	23,4	19,2	-7,8	-10,3
65	19,1	15,5	-7,9	-8,6
80	8,2	6,8	-5,4	-4,8

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, abgekürzte Sterbetafel 2002/2004; Bearbeitung: J. Roloff

4.8.2.3 Wanderungen

In jedem Untersuchungsjahr lassen sich in Mecklenburg-Vorpommern Binnenwanderungsverluste feststellen. So wanderten in der Summe der Jahre 1991 bis 2004 insgesamt 136 Tausend mehr Menschen aus diesem in andere Bundesländer ab als von dort zuzogen. Jedoch verlief diese Entwicklung, wie die Daten in Tabelle 52 zeigen, in recht unterschiedlichen Dimensionen: Mecklenburg-Vorpommern hatte zunächst in den Jahren 1991 bis 1993 relativ hohe Binnenwanderungsverluste hinzunehmen: in der Summe dieser Jahre verlor es 52,6 Tausend Menschen an andere Bundesländer. In den darauf folgenden Jahren waren bis 1999 die Verluste geringer – und dies auffällig 1996: hier zogen nur 30 Personen mehr aus Mecklenburg-Vorpommern in das übrige Bundesgebiet weg als von dort zu. Ab 2000 lagen die Binnenwanderungsverluste dann wieder höher; in der Summe der Jahre 2000 bis 2004 waren es 58 Tausend Personen (Tab. 52).

Das Außenwanderungsgeschehen gestaltete sich in Mecklenburg-Vorpommern, bis auf 1997, positiv. Insbesondere in den Jahren 1992 bis 1994 hatte dieses Land relativ hohe Außenwanderungsgewinne zu verzeichnen. Innerhalb des gesamten Zeitraumes (1991 bis 2004) gewann Mecklenburg-Vorpommern 41,2 Tausend Personen über Zuwanderungen aus dem Ausland dazu, wovon knapp die Hälfte auf die Jahre 1992 bis 1994 entfällt. Die positiven Salden der Außenwanderung konnten jedoch, außer in den Jahren 1995 und 1996, die Negativsalden der Binnenwanderung nicht auffangen. Somit hat Mecklenburg-Vorpommern innerhalb des Untersuchungs-

zeitraumes insgesamt 94,8 Tausend Personen bzw. 52 Personen je 1.000 seiner Einwohner infolge von Wegzügen verloren (Tab. 52).

Tab. 52: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Mecklenburg-Vorpommern, 1991-2004

Jahr	Binnenwanderung		Außenwanderung		Gesamtwanderung	
	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*
1991	-26,8	-14,2	1,8	1,0	-25,0	-13,2
1992	-15,2	-8,1	8,5	4,5	-6,7	-3,6
1993	-10,7	-5,8	5,2	2,8	-5,5	-3,0
1994	-6,9	-3,8	6,6	3,6	-0,3	-0,2
1995	-4,3	-2,3	4,5	2,4	0,2	0,1
1996	(-30 Pers.)	0,0	1,7	0,9	1,7	0,9
1997	-2,3	-1,3	-1,2	-0,7	-3,5	-1,9
1998	-5,1	-2,8	1,3	0,7	-3,7	-2,1
1999	-6,9	-3,8	2,4	1,3	-4,5	-2,5
2000	-12,3	-6,9	2,8	1,6	-9,5	-5,3
2001	-14,2	-8,0	2,7	1,5	-11,4	-6,5
2002	-13,0	-7,4	2,5	1,4	-10,5	-6,0
2003	-9,7	-5,6	2,1	1,2	-7,6	-4,3
2004	-8,9	-5,1	0,3	0,2	-8,6	-5,0

* Je 1.000 Einwohner am Jahresende

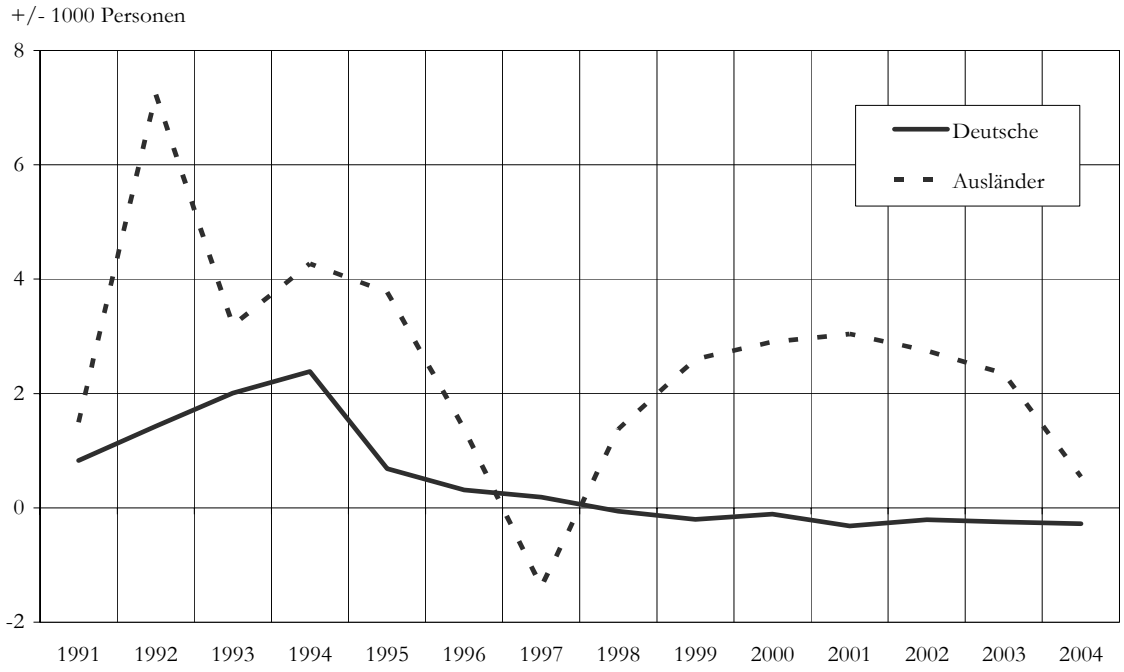
Datenquelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern; Bearbeitung: J. Roloff

Nach Mecklenburg-Vorpommern wanderten mehr Ausländer als Deutsche aus dem Ausland zu. Ihr Anteil am gesamten Außenwanderungsplus der Jahre 1991 bis 2004 (41,9 Tausend) machte allein 85 % aus. Nur das Jahr 1997 bildet eine Ausnahme: hier war ein Überschuss an Wegzügen von Ausländern zu verzeichnen, der durch den recht geringen Überschuss an Zuzügen von Deutschen nicht kompensiert werden konnte und insgesamt zu einem Negativsaldo in der Außenwanderung führte (vgl. Abb. 44).

Innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 zogen über die Grenzen Deutschlands nach Mecklenburg-Vorpommern 35,5 Tausend mehr Ausländer zu als weg. Dieser Gewinn wird allerdings durch einen Binnenwanderungsverlust von 6,2 Tausend auf 29,3 Tausend Menschen ausländischer Herkunft etwas abgeschwächt (Abb. 45).

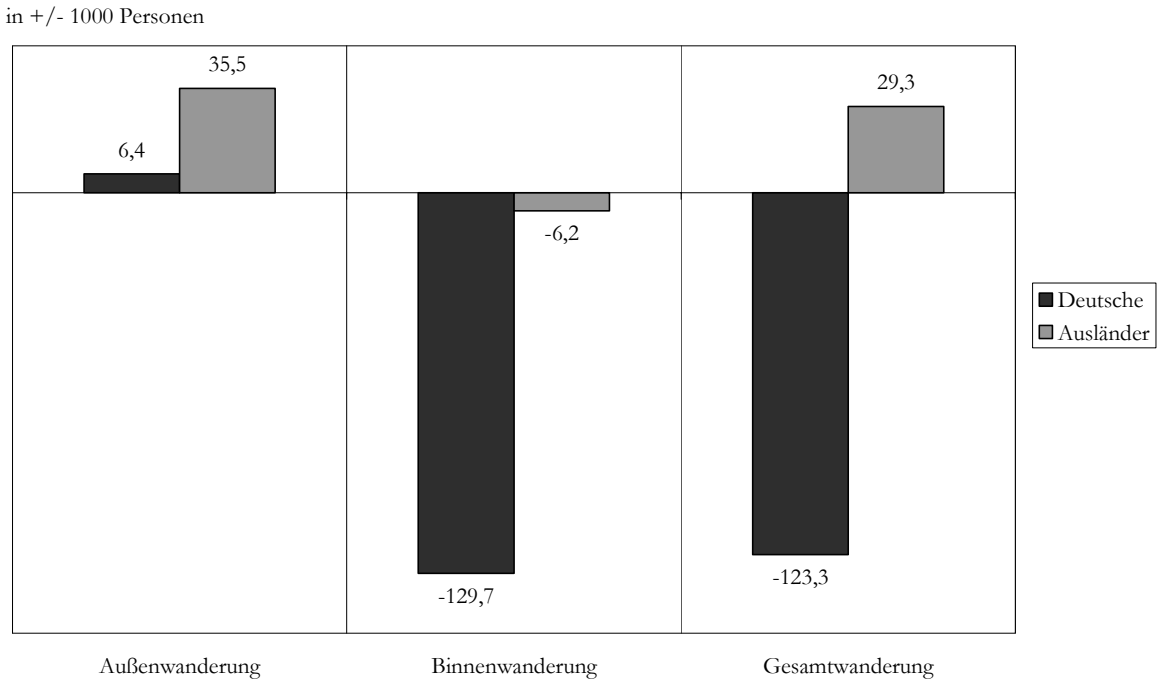
Während in den ersten sieben Jahren des Untersuchungszeitraumes mehr Deutsche aus dem Ausland nach Mecklenburg-Vorpommern kamen als von dort wegzogen, trat ab 1998 der umgekehrte Fall ein. Jedoch waren diese Außenwanderungsverluste, in der Summe der Jahre 1998 bis 2004, mit 1,4 Tausend Personen relativ niedrig, so dass Mecklenburg-Vorpommern innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes noch einen Außenwanderungsgewinn von 6,4 Tausend Deutschen verbuchen konnte. Dieser reichte bei weitem nicht aus, die hohen Binnenwanderungsverluste von insgesamt 129,7 Tausend Deutschen wesentlich zu mindern, so dass Mecklenburg-Vorpommern letztendlich per Saldo aller Untersuchungsjahre 123,3 Tausend Deutsche infolge von Abwanderungen verlor (Abb. 45).

Abb. 44: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Mecklenburg-Vorpommern, 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 45: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Mecklenburg-Vorpommern, Summe der Jahre 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern; Bearbeitung: J. Roloff

4.8.2.4 Bevölkerungsbilanz

Am Ende des Jahres 1991 lebten in Mecklenburg-Vorpommern 1,9 Millionen Menschen, Ende 2004 waren es 172 Tausend bzw. 9 % Menschen weniger. Im Gegensatz zu den bisher analysierten Bundesländern trugen sowohl Sterbefallüberschüsse (in allen Jahren) als auch Wanderungsverluste (ausgenommen die Jahre 1995/1996) zu dem Bevölkerungsrückgang bei. So starben innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 insgesamt 93,6 Tausend mehr Menschen als geboren wurden, zudem verlor Mecklenburg-Vorpommern 94,8 Tausend Menschen durch Abwanderung (Tab. 53).

Der Einwohnerverlust trifft ausschließlich für die Deutschen zu. Deren Zahl verringerte sich von 1.881,9 Tausend (1991) auf 1.680,2 Tausend (2004) bzw. um 11 %. Demgegenüber ist die Zahl der in Mecklenburg-Vorpommern registrierten Ausländer um das Dreifache gestiegen: von 9,8 Tausend auf 39,4 Tausend.

1.568 Ausländer haben innerhalb der Jahre von 2000 bis 2004 die deutsche Staatsangehörigkeit erlangt. Im Gegensatz zu den bisher beschriebenen Bundesländern ist die Zahl der Einbürgerungen in Mecklenburg-Vorpommern gestiegen: von 295 (2000) auf 396 (2004) bzw. um über ein Drittel. Jedoch darf dies nicht über das vergleichsweise niedrige Einbürgerungsquantum hinwegtäuschen. Auf alle in Mecklenburg-Vorpommern registrierten Ausländer bezogen betrug der Einbürgerungsanteil lediglich 4 %.

Tab. 53: Bevölkerungsstand und -veränderung in Mecklenburg-Vorpommern

Jahr	Bevölkerung zu Beginn des Jahres	Überschuss der Geborenen (+)bzw. Gestorbenen (-)	Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-)	Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-)		Bevölkerung am Ende des Jahres
		in 1.000			je 1.000 Ew.	in 1.000
1991	1.924,0	-7,8	-25,0	-32,8	-17	1.891,7
1992	1.891,7	-9,5	-6,7	-16,2	-9	1.865,0
1993	1.865,0	-10,1	-5,5	-15,6	-8	1.843,5
1994	1.843,5	-10,9	-0,3	-11,2	-6	1.832,3
1995	1.832,3	-9,4	0,2	-9,2	-5	1.823,1
1996	1.823,1	-7,6	1,7	-5,9	-3	1.817,2
1997	1.817,2	-5,9	-3,5	-9,4	-5	1.807,8
1998	1.807,8	-5,4	-3,7	-9,1	-5	1.798,7
1999	1.798,7	-4,9	-4,5	-9,4	-5	1.789,3
2000	1.789,3	-4,1	-9,5	-13,6	-8	1.775,7
2001	1.775,7	-4,2	-11,4	-15,7	-9	1.759,9
2002	1.759,9	-4,8	-10,5	-15,3	-9	1.744,6
2003	1.744,6	-4,9	-7,6	-12,5	-7	1.732,2
2004	1.732,2	-4,1	-8,6	-12,7	-7	1.719,7

Datenquelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern; Bearbeitung: J. Roloff

4.9 Niedersachsen

4.9.1 Wirtschaftsprofil

In Niedersachsen ist das reale Bruttoinlandsprodukt zwischen 1991 und 2004 um insgesamt 10 % gestiegen. Das Wachstum lag für diesen Zeitraum um 7,6 Prozentpunkte unter dem bundesdeutschen Durchschnitt bzw. 4,9 Prozentpunkte unter dem Wachstum in den alten Ländern. Auch Niedersachsen blieb von der Rezession Anfang der 1990er Jahre nicht verschont. Die Wirtschaftsleistung im Jahr 1993 ist gegenüber dem Vorjahr mit 1,5 % etwas stärker zurückgegangen als im gesamten Bundesgebiet. Im Vergleich mit den westdeutschen Ländern (-2,6 %) schnitt Niedersachsen jedoch etwas besser ab. Dagegen war der Aufschwung im darauffolgenden Jahr mit 1,8 % etwas schwächer ausgefallen als der Bundesdurchschnitt, lag aber um 0,4 Prozentpunkte höher als der Durchschnitt in Westdeutschland. Weitere Einbrüche gab es in den Jahren 1995 und 1996 sowie in den Anfangsjahren des neuen Jahrtausends. In diesen Jahren wurden in den alten Ländern bzw. im gesamten Bundesgebiet positive Entwicklungen beobachtet. Ab 2003 wuchs das BIP auch in Niedersachsen wieder (vgl. Abb. 46).

Niedersachsen schneidet hinsichtlich seines BIP je Einwohner bei den westdeutschen Flächenländern am ungünstigsten ab. Mit 21.309 Euro wurde in Relation zum Bundesgebiet ein Niveau von 87 % erreicht. Der Anstieg des BIP je Einwohner betrug in der Zeit von 1991 bis 2004 über 2 %.

Im Jahr 2004 lagen in Niedersachsen die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer bei 25.943 Euro und damit unter dem Bundesdurchschnitt. Sie stiegen in der Zeit von 1991 bis 2004 um 23 % an.

Im Jahr 2004 betrug das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen 49.012 Euro. Im Vergleich zum Jahr 1991 war hier ein Wachstum von 4 % zu verzeichnen. Mit 15 % (1991 bis 2004) weist Niedersachsen im Ländervergleich den dritthöchsten prozentualen Anstieg der Lohnstückkosten auf.

In Niedersachsen betrug im Jahr 2004 der Anteil der Dienstleistungsbereiche an der Bruttowertschöpfung 69 %, während das Produzierende Gewerbe und die Landwirtschaft Beiträge von 29 % und fast 3 % leisteten. 1991 bis 2004 hat im Dienstleistungssektor eine Steigerung von 4,9 Prozentpunkten stattgefunden. Dagegen ist das Produzierende Gewerbe in der gleichen Zeit um 5,2 Prozentpunkte geschrumpft. Niedersachsen ist das einzige Bundesland, in dem der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Bruttowertschöpfung für diesen Zeitraum größer wurde (+0,3 Prozentpunkte). Knapp 17 % der Bruttowertschöpfung im primären Sektor in Deutschland insgesamt entfielen im Jahr 2004 auf Niedersachsen. In diesem Land ist zudem die Landwirtschaft innerhalb der westlichen Bundesländer am stärksten ausgeprägt.[27]

Von der Landwirtschaft profitiert, als nachgelagerter Produktionszweig, die Nahrungsmittelindustrie. Mit rund 82 Tausend Beschäftigten (per 30. Juni 2005) ist das Ernährungsgewerbe nach dem Fahrzeugbau (rund 141 Tausend Beschäftigte per 30. Juni 2005) der zweitgrößte Industriezweig (ohne Baugewerbe). Neben der Land- und Forstwirtschaft bestimmen einige Industriezweige die heutige Wirtschaftsstruktur Niedersachsens, die in vielerlei Hinsicht historisch bedingt

---

[27] Auch in Bezug auf die Produktivität in der Landwirtschaft ist Niedersachsen führend: Im Jahr 2004 betrug die in 1995er Preisen ausgedrückte Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen rund 34.500 Euro; im bundesdeutschen Durchschnitt betrug sie 27.500 Euro. Dieser relativ große Abstand lässt sich u.a. auf Größenvorteile in der landwirtschaftlichen Produktion zurückführen.

ist. Die Ansiedlung industrieller Zentren reicht z.T. bis in die Zeit des Kaiserreichs zurück (z.B. die Werftindustrie in Wilhelmshaven). Die Bildung weiterer Industriekerne (v.a. Salzgitter und Braunschweig) wurde besonders in der NS-Zeit vorangetrieben. Die wichtigste Branche ist derzeit der Fahrzeugbau,[28] sie erhielt ihr Gewicht an der gesamtwirtschaftlichen Produktion auch aus dieser Zeit. Des Weiteren zählt heute die Tourismusbranche, begünstigt durch die natürlichen Gegebenheiten, zu einem bedeutendem Wirtschaftsbereich (*Brück-Klingberg/Harten/Wrobel* 2005: 10ff).

Abb. 46: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent

Datenquelle: VGR der Länder; Bearbeitung: F. Micheel

Niedersachsen konnte in der Zeit von 1991 bis 2004 im Vergleich zu den anderen Bundesländern den höchsten prozentualen Zuwachs an Erwerbstätigen verzeichnen: Im Jahr 2004 wurden gegenüber 1991 um 6 % mehr, d.h. insgesamt 3,48 Millionen erwerbstätige Personen gezählt. Die Erwerbstätigenquote lag bei 63,4 %.

Im Jahr 2004 betrug die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote 10,6 % und lag gegenüber dem gesamten Bundesgebiet um 1,1 Prozentpunkte niedriger. Im Vergleich zu den westlichen Flächenländern schnitt das Land Niedersachen jedoch ungünstiger ab. Hier wiesen nur noch Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen höhere Arbeitslosenquoten auf. Der Abstand zum westdeutschen Durchschnitt betrug 1,2 Prozentpunkte. Der Anteil der jüngeren Menschen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen von rund 377 Tausend im letzten Untersuchungsjahr betrug 11,2 %, der Anteil der 55 Jahre und älteren 10 %. Innerhalb des Landes Niedersachsen war im Jahresdurchschnitt die Arbeitslosenquote im Kreis Vechta mit 6,5 % am niedrigsten, dagegen im Landkreis Lüchow/Dannenberg mit 16,9 % am höchsten.

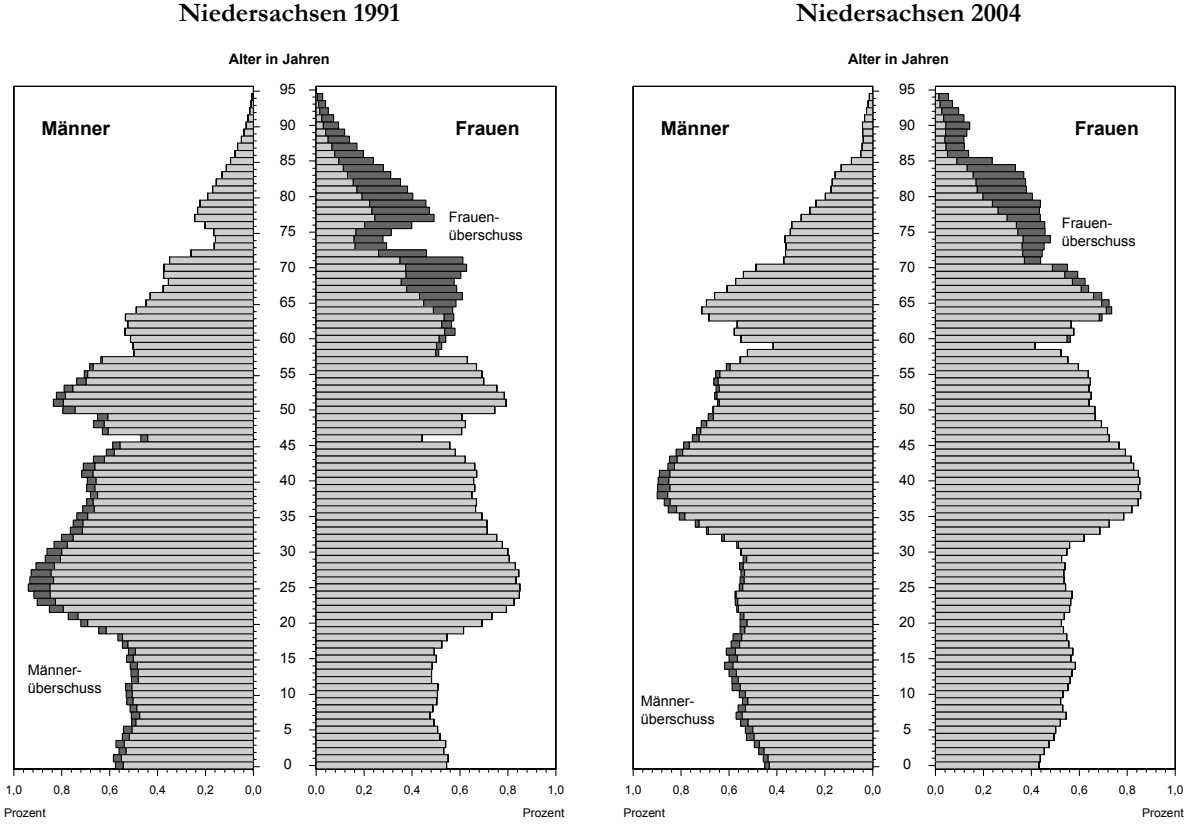
Ende 2004 waren in Niedersachsen 315.583 Personen als Sozialhilfeempfänger gemeldet, dies entsprach einer Sozialhilfequote von 3,9 %.

---

[28] Z.B. arbeiten in der Automobilstadt Wolfsburg fast 70 % der Beschäftigten bei VW (*Böhme/Eigenhüller* 2005: 29).

Im Jahr 2004 wurden 33 Patente je 100 Tausend Einwohner beim Deutschen Patent- und Markenamt angemeldet. Der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP von fast 3 % lag im Jahr 2001 mit dem Bundesdurchschnitt gleichauf. Die Aufteilung der Forschungsausgaben vom öffentlichen Sektor und von der privaten Wirtschaft ist ein Abbild des Durchschnitts in den westdeutschen Ländern: Im Jahr 2001 wurden 73 % von privaten Unternehmen, 27 % von der öffentlichen Hand getragen.

4.9.2 Bevölkerungsentwicklung



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Darstellung: BiB

4.9.2.1 Geburten und Fertilität

In Niedersachsen stiegen in den ersten beiden Jahren des Untersuchungszeitraumes die Geburtenzahlen um 1 bzw. 2 %, sanken danach etwas, stiegen dann wieder und erreichten im Jahr 1997 mit 85.907 Lebendgeborenen einen bisherigen Höchststand. In den Folgejahren wurden dann immer weniger Kinder geboren. Insgesamt sanken von 1991 bis 2004 die Geburtenzahlen in Niedersachsen von 83.122 auf 70.371 Kinder, d.h. um 15 % (Tab. 54).

Im Untersuchungszeitraum war die zusammengefasste Geburtenziffer in Niedersachsen nur 1994 und 1995 niedriger als im Jahr 1991, in dem auf 1.000 Frauen 1.418 Geburten entfielen. Ansonsten war stets ein höheres Geburtenniveau zu verzeichnen. Nennenswert sind darunter die Jahre 1997 und 2000: hier lag die Geburtenziffer um 5 bzw. 6 % über der des Jahres 1991. Im letzten Berichtsjahr wurden jedoch je 1.000 Frauen in Niedersachsen im Vergleich zum Ausgangsjahr nur 8 Kinder mehr geboren (vgl. Tab. 54).

Die Zahl der je Frau im gebärfähigen Alter geborenen Kinder in Niedersachsen lag stets über dem Bundesdurchschnitt (Tab. 54).

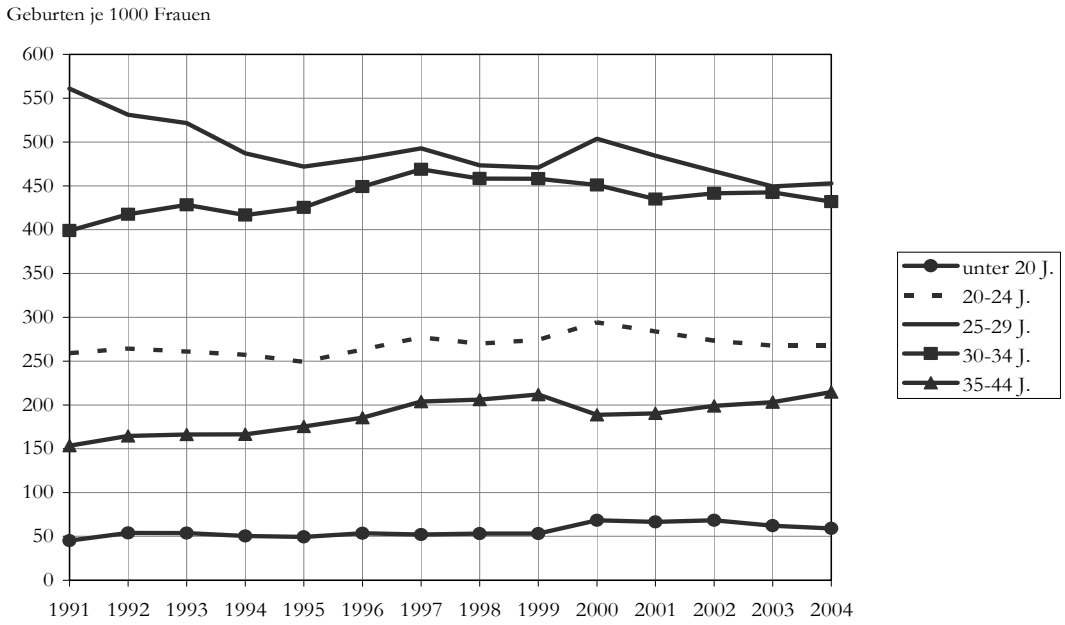
Tab. 54: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Niedersachsen

Jahr	Lebendgeborene absolut	Index 1991 = 100	Geburten je 1.000 Frauen	Index 1991 = 100	Differenz*
1991	83.122	100,0	1.418	100,0	6,5
1992	83.669	100,7	1.432	101,0	10,9
1993	84.579	101,8	1.431	100,9	12,1
1994	81.520	98,1	1.378	97,2	11,1
1995	80.994	97,4	1.371	96,7	9,9
1996	83.655	100,6	1.433	101,0	9,0
1997	85.907	103,4	1.495	105,4	9,3
1998	82.207	98,9	1.461	103,0	7,9
1999	80.483	96,8	1.468	103,6	8,0
2000	79.436	95,6	1.506	106,2	9,4
2001	75.239	90,5	1.460	103,0	8,4
2002	73.193	88,1	1.449	102,2	8,1
2003	70.600	84,9	1.425	100,5	6,4
2004	70.371	84,7	1.426	100,6	5,6

* in +/- Prozent zu Deutschland

Datenquelle: Niedersächsisches Landesamt für Statistik; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 47: Geburtenniveau in Niedersachsen nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004



Datenquelle: Niedersächsisches Landesamt für Statistik; Bearbeitung: J. Roloff

Trotz der rückläufigen absoluten Geburtenzahlen weist Niedersachsen im Vergleich zu den anderen Bundesländern mit die günstigste Fertilitätsentwicklung auf. Deutlich wird dies auch, betrachtet man die Geburtenzahlen der Frauen nach ausgewählten Altersgruppen (Abb. 47). Lässt man die jährlichen Schwankungen außer Acht, so ist, außer bei den 25- bis 29-jährigen Frauen, bei den Frauen in Niedersachsen das Geburtenniveau seit 1991 gestiegen. So wurden von den unter 20 Jahre alten Frauen, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, 2004 gegenüber 1991 statt weniger mehr Kinder geboren; d.h. deren Geburtenziffer stieg von 45 auf 59 bzw. um 31 %.

Bei der nächstälteren Frauengruppe, den 20- bis 24-Jährigen, fiel der prozentuale Anstieg etwas geringer aus: deren Geburtenniveau erhöhte sich von 259 auf 267 Kinder je 1.000 Frauen bzw. um 3 %. Bei den 30 Jahre und älteren Frauen (und dies analog zu allen übrigen Bundesländern)

stiegen die Geburtenzahlen ebenfalls: je 1.000 der 35- bis 44-Jährigen von 154 auf 215 bzw. um 40 % und je 1.000 der 30- und 34-Jährigen von 399 auf 432 bzw. um 8 %. Letztere erreichten damit nahezu das Geburtenniveau der 25 bis 29 Jahre alten Frauen, die bis dato am stärksten zum Geburtenertrag beitrugen. Jedoch waren deren Geburten rückläufig: Wurden im Jahr 1991 von 1.000 dieser Frauen 561 Kinder geboren, waren es im Jahr 2004 108 bzw. 19 % weniger Kinder (vgl. Abb. 47).

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Beitrag des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik zum Thema „Regionale Verteilung der Anteile von Lebendgeborenen mit Müttern ab 35 – Starkes West-Ost-Gefälle und Betonung großstädtisch metropolitaner Räume". Hier wird u.a. festgestellt: „Hohe Anteile von Lebendgeborenen mit älteren Müttern (ab 35 Jahren) finden sich bundesweit vor allem in großstädtisch geprägten Regionen. Die Anteile in den neuen Bundesländern liegen dabei deutlich niedriger als im früheren Bundesgebiet. Auch der kleinräumige Blick auf die niedersächsischen Einheits- und Samtgemeinden zeigt eine Häufung von hohen Anteilen an Lebendgeborenen mit älteren Müttern um die zentralen großen Städte herum" (*Niedersächsisches Landesamt für Statistik* 2005a).

4.9.2.2 Sterbefälle und Sterblichkeit

Im Jahr 1991 wurden in Niedersachsen 85.224 Sterbefälle registriert. Im Jahr 2004 lag die Zahl der Gestorbenen bei 81.487 und wies damit den bis dato niedrigsten Stand auf. Innerhalb der Zwischenjahre gab es keine gravierenden Veränderungen. Z.B. lagen die Sterbefälle 1995 mit 2 % noch am weitesten über dem Ausgangsniveau des Jahres 1991. Dementsprechend verlief die Entwicklung der Zahl der Gestorbenen je 1.000 Einwohner: Diese sank von 11,4 (1991) auf 10,2 (2004) (vgl. Tab. 55).

Tab. 55: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Niedersachsen

Jahr	absolut	Index*	Sterbeziffer**
1991	85.224	100,0	11,4
1992	83.186	97,6	11,0
1993	85.397	100,2	11,2
1994	85.700	100,6	11,1
1995	86.827	101,9	11,2
1996	85.574	100,4	10,9
1997	83.958	98,5	10,7
1998	83.677	98,2	10,6
1999	82.652	97,0	10,5
2000	82.901	97,3	10,5
2001	82.516	96,8	10,4
2002	83.512	98,0	10,5
2003	85.300	100,1	10,7
2004	81.487	95,6	10,2

* 1991 = 100 %

** Gestorbene je 1.000 Einwohner und 1 Jahr

Datenquelle: Niedersächsisches Landesamt für Statistik; Bearbeitung: J. Roloff

Für die Jahre 2002/2004 wurde für die männlichen Neugeborenen in Niedersachsen eine mittlere Lebenserwartung von 75,8 Jahren errechnet; die Lebenserwartung der weiblichen Neugeborenen wurde mit 81,5 Jahren bzw. um 5,8 Jahre höher angesetzt (vgl. Tab. 56).

Tab. 56: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Niedersachsen und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002-2004

Altersstufe	Lebenserwartung in Jahren		Abstand zum Bundesdurchschnitt in Monaten	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
0	81,5	75,8	-0,5	-1,7
1	80,9	75,1	-0,1	-1,2
20	62,1	56,5	0,1	-1,1
40	42,5	37,3	0,4	-0,6
60	24,2	20,0	1,2	-0,4
65	19,9	16,3	1,2	-0,1
80	8,7	7,2	0,8	0,0

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, abgekürzte Sterbetafel 2002/2004; Bearbeitung: J. Roloff

Die Männer in Niedersachsen weisen in allen in Tabelle 56 aufgeführten Altersstufen eine gegenüber dem gesamten Bundesgebiet höhere Sterblichkeit auf – mit allerdings abnehmender Tendenz. So haben die in Niedersachsen neugeborenen Jungen im Vergleich zu allen in Deutschland neugeborenen Jungen eine um knapp 2 Monate geringere Lebenserwartung. Bei den 60-jährigen Männern liegt diese Differenz dagegen unter einem Monat, und bei den 80-Jährigen ist die Lebenserwartung zwischen Niedersachen und dem gesamten Bundesgebiet gleich hoch.

Während die Lebenserwartung der neugeborenen und einjährigen Mädchen in Niedersachsen minimal unter der aller Mädchen dieses Alters liegt, lässt sich bei den darauf folgenden Altersstufen (auch im Vergleich zu den Männern) eine gegenüber dem Bundesdurchschnitt etwas höhere Lebenserwartung feststellen. Z.B. weisen die 60- und 65-jährigen Frauen in Niedersachsen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt eine um etwas über einen Monat höhere Überlebenschance auf (vgl. Tab. 56).

4.9.2.3 Wanderungen

In der Mehrheit der hier untersuchten Jahre sind negative Salden der Binnenwanderung zu beobachten. Besonders hoch sind darunter die Wanderungsverluste in den Jahren 2000 bis 2004: Sie machen allein 70 % des Binnenwanderungsminus von 415,4 Tausend Personen innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes aus.

Nur in den Jahren 1991 und 1993 zogen mehr Menschen aus anderen Bundesländern nach Niedersachsen zu als von dort weg. Darunter weist das Jahr 1993 mit 32,5 Tausend den vergleichsweise höchsten Binnenwanderungsgewinn auf (vgl. Tab. 57).

Die Binnenwanderungsverluste Niedersachsens konnten stets durch entsprechend hohe positive Salden der Außenwanderung aufgefangen werden. Das für den Untersuchungszeitraum geringste Wanderungsplus aus dem Ausland wurde mit 46,4 Tausend Personen im Jahr 1998 registriert (vgl. Tab. 57). Der Außenwanderungsgewinn in der Summe der Jahre 1991 bis 2004 machte über eine Million Menschen aus, und somit konnte Niedersachsens Bevölkerung per Saldo 670,8 Tausend Menschen über Zuwanderungen hinzugewinnen.

Bis auf das Jahr 1992 lagen in allen übrigen Jahren die Außenwanderungsüberschüsse der Deutschen über denen der Ausländer. Der Anteil der Deutschen am gesamten Wanderungsgewinn aus dem Ausland (von 1991 bis 2004 waren es insgesamt 1.086,8 Tausend) machte 76 % aus (vgl. Abb. 48).

Tab. 57: Salden der Binnen-[1)] und Außenwanderung in Niedersachsen, 1991 bis 2004

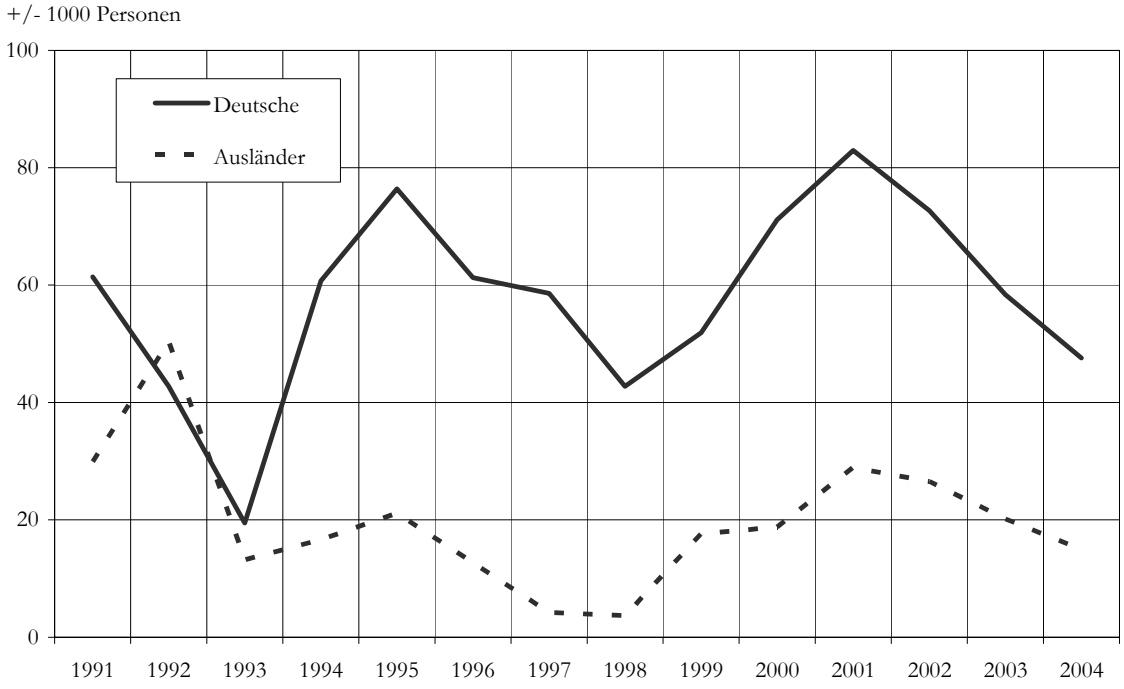
Jahr	Binnenwanderung		Außenwanderung		Gesamtwanderung	
	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*
1991	-0,7	-0,1	91,1	12,3	90,5	12,2
1992	8,1	1,1	93,0	12,4	101,1	13,4
1993	32,5	4,3	32,5	4,3	65,1	8,5
1994	-5,8	-0,8	77,2	10,1	71,4	9,3
1995	-26,6	-3,4	97,5	12,6	70,9	9,1
1996	-37,3	-4,8	74,0	9,5	36,6	4,7
1997	-34,5	-4,4	62,8	8,0	28,3	3,6
1998	-24,5	-3,1	46,4	5,9	21,9	2,8
1999	-34,5	-4,4	69,5	8,8	35,1	4,5
2000	-59,0	-7,5	89,9	11,4	30,9	3,9
2001	-74,5	-9,4	111,8	14,1	37,4	4,7
2002	-64,9	-8,1	99,2	12,5	34,4	4,3
2003	-50,8	-6,4	78,5	9,8	27,7	3,5
2004	-42,9	-5,4	62,5	7,8	19,6	2,4

* Je 1.000 Einwohner am Jahresende

1) Einschl. der Wanderungsbewegung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern der Gemeinde Friedland (Sekundärwanderungen).

Datenquelle: Niedersächsisches Landesamt für Statistik; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 48: Außenwanderungssalden von Deutschen[1] und Ausländern in Niedersachsen, 1991 bis 2004



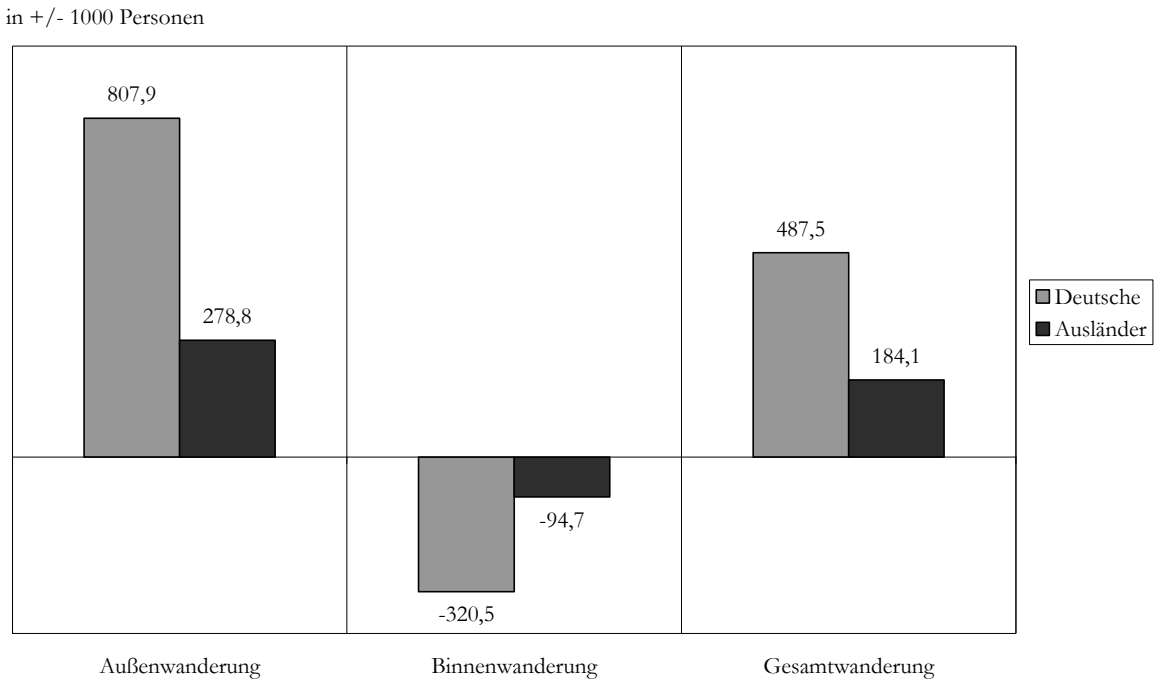
[1] siehe Tabelle 57

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Niedersächsisches Landesamt für Statistik; Bearbeitung: J. Roloff

Grund dieser relativ hohen Wanderungszahlen der Deutschen ist die Erstaufnahme der Spätaussiedler im Lager Friedland, die nicht alle im Land Niedersachsen bleiben. Davon zeugt der relativ hohe Binnenwanderungsverlust an Deutschen; d.h. innerhalb des Zeitraumes 1991 bis 2004 zogen aus Niedersachsen 320,5 Tausend mehr Deutsche in das übrige Bundesgebiet weg als von dort zuwanderten. Dadurch reduzierte sich der gesamte Wanderungsgewinn auf 487,5 Tausend

Deutsche. Dies trifft ebenso für die Ausländerinnen und Ausländer zu. Deren Zuwanderungsplus über die Grenzen Deutschlands nach Niedersachsen machte in den Jahren 1991 bis 2004 278,8 Tausend Personen aus. Dem steht ein Binnenwanderungsminus von 94,7 Tausend gegenüber, woraus sich ein Wanderungsüberschuss von 184,1 Tausend Ausländer/innen errechnet (vgl. Abb. 49).

Abb. 49: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen[1] und Ausländern in Niedersachsen, Summe der Jahre 1991 bis 2004



[1] siehe Fußnote in Tabelle 57

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Niedersächsisches Landesamt für Statistik; Bearbeitung: J. Roloff

4.9.2.4 Bevölkerungsbilanz

Im gesamten Untersuchungszeitraum weist Niedersachsen eine positive Bevölkerungsbilanz auf, die fast ausschließlich auf Wanderungsüberschüsse zurückzuführen ist. Nur in den Jahren 1992 und 1997 beruhte der Bevölkerungszuwachs, allerdings mit unterschiedlicher Gewichtung, auf positiven Salden sowohl der natürlichen als auch der räumlichen Bevölkerungsbewegung. In den übrigen Jahren wurden die Negativsalden der natürlichen Bevölkerungsbewegung durch Zuwanderung kompensiert. Somit stand dem Geburtendefizit der Jahre 1991 bis 2004 in Höhe von 62,9 Tausend ein Wanderungsplus von 670,8 Tausend Personen gegenüber, so dass die Bevölkerung um 607,9 Tausend Personen bzw. um 7 % wuchs (vgl. Tab. 58). Betrachtet man die Tabelle 58 näher, fällt zum einen das im Vergleich zu den Vorjahren hohe Geburtendefizit in den Jahren ab 2002 ins Auge: Gegenüber dem Ausgangsjahr 1991 lag es um das 5- bzw. 7-fache höher. Zum anderen lässt sich feststellen, dass Niedersachsen in den ersten beiden Jahren des Untersuchungszeitraumes (1991 und 1992) einen besonders hohen Bevölkerungszuwachs erfuhr, der fast ein Drittel des gesamten Bevölkerungsanstiegs der Jahre 1991 bis 2004 ausmachte. Die Ursache hierfür sind vor allem die überdurchschnittlich hohen Wanderungsüberschüsse in o.a. beiden Jahren. Wie in allen bisher beschriebenen Bundesländern wuchs auch in Niedersachsen die ausländische Bevölkerung stärker als die deutsche: Lebten 1991 in Niedersachsen 411,9 Tausend Aus-

länderinnen und Ausländer, waren es 2004 536,4 Tausend bzw. um 30 % mehr.[29] Dahingegen erhöhte sich die Zahl der Deutschen von 7.063,9 auf 7.464,5 Tausend bzw. um nur 6 %.

Tab. 58: Bevölkerungsstand und -veränderung in Niedersachsen

Jahr	Bevölkerung zu Beginn des Jahres	Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-) in 1.000	Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-)	Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-)	*je 1.000 Ew.*	Bevölkerung am Ende des Jahres
1991	7.366,1	-2,1	90,5	88,4	*12*	7.475,8
1992	7.475,8	0,5	101,1	101,6	*13*	7.577,5
1993	7.577,5	-0,8	65,1	64,2	*8*	7.648,0
1994	7.648,0	-4,2	71,4	67,2	*9*	7.715,4
1995	7.715,4	-5,8	70,9	65,1	*8*	7.780,4
1996	7.780,4	-1,9	36,6	34,7	*4*	7.815,1
1997	7.815,1	1,9	28,3	30,3	*4*	7.845,4
1998	7.845,4	-1,5	21,9	20,4	*3*	7.865,8
1999	7.865,8	-2,2	35,1	32,9	*4*	7.898,8
2000	7.898,8	-3,5	30,9	27,4	*3*	7.926,2
2001	7.926,2	-7,3	37,4	30,1	*4*	7.956,4
2002	7.956,4	-10,3	34,4	24,1	*3*	7.980,5
2003	7.980,5	-14,7	27,7	13,0	*2*	7.993,4
2004	7.993,4	-11,1	19,6	8,5	*1*	8.000,9

Datenquelle: Niedersächsisches Landesamt für Statistik; Bearbeitung: J. Roloff

Laut dem Niedersächsischen Landesamt für Statistik kommen 76 % der Ausländer aus einem europäischen Staat (einschl. Türkei). „Die Türken bilden weiterhin mit 112.483 Personen den größten Anteil der Einwohner in Niedersachsen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Es folgen 39.652 Personen mit serbisch-montenegrinischer (jugoslawischer), 29.366 mit polnischer und 24.262 mit italienischer Staatsangehörigkeit" (*Niedersächsisches Landesamt für Statistik* 2005b). In Niedersachsen wurden innerhalb der letzten fünf Jahre des Untersuchungszeitraumes 65.611 Personen eingebürgert; auf die Gesamtheit der ausländischen Bevölkerung bezogen sind es 12 %. Wie in fast allen bisher beschriebenen Bundesländern ist auch in diesem Bundesland die Einbürgerungszahl gesunken: von 15.427 (2000) auf 10.998 (2004), d.h. um insgesamt 29 %. Dazu stellt das Niedersächsische Landesamt für Statistik fest: „Die Zahl der Einbürgerungen ist im Vergleich zum Vorjahr um 657 (5,6 %) zurückgegangen. Damit setzte sich die seit dem Jahr 2000 beobachtete Negativentwicklung weiter fort." Betreffs der ethnischen Zugehörigkeit der eingebürgerten Ausländer heißt es: „Mit 4.042 (36,8 %) stellten die Personen mit ehemals türkischer Staatsangehörigkeit den größten Anteil aller Einbürgerungen (des Jahres 2004 – die A.) dar. Die nächstgrößere Gruppe der Eingebürgerten bildeten mit 1.102 (10 %) die Personen mit ehemals polnischer Staatsangehörigkeit. Weitere 645 (5,9 %) besaßen vor ihrer Einbürgerung die iranische und 527 (4,8 %) die libanesische Staatsangehörigkeit" (*Niedersächsisches Landesamt für Statistik* 2005c). Wie in allen anderen Bundesländern stellen auch in Niedersachsen 16 bis unter 65 Jahre alte Ausländer den Hauptteil der Eingebürgerten: hier waren es 79 %, und jede/r Fünfte war unter 16 Jahre alt. 65 Jahre oder älter war noch nicht einmal ein Prozent der neuen Staatsbürger (vgl. *Niedersächsisches Landesamt für Statistik* 2005c).

[29] Entsprechend der neuesten Auswertung des Ausländerzentralregisters lebten jedoch Ende 2004 nur 462,4 Tausend, demnach um 74 Tausend weniger Ausländer in Niedersachsen (*Niedersächsisches Landesamt für Statistik* 2005b).

4.10 Nordrhein-Westfalen

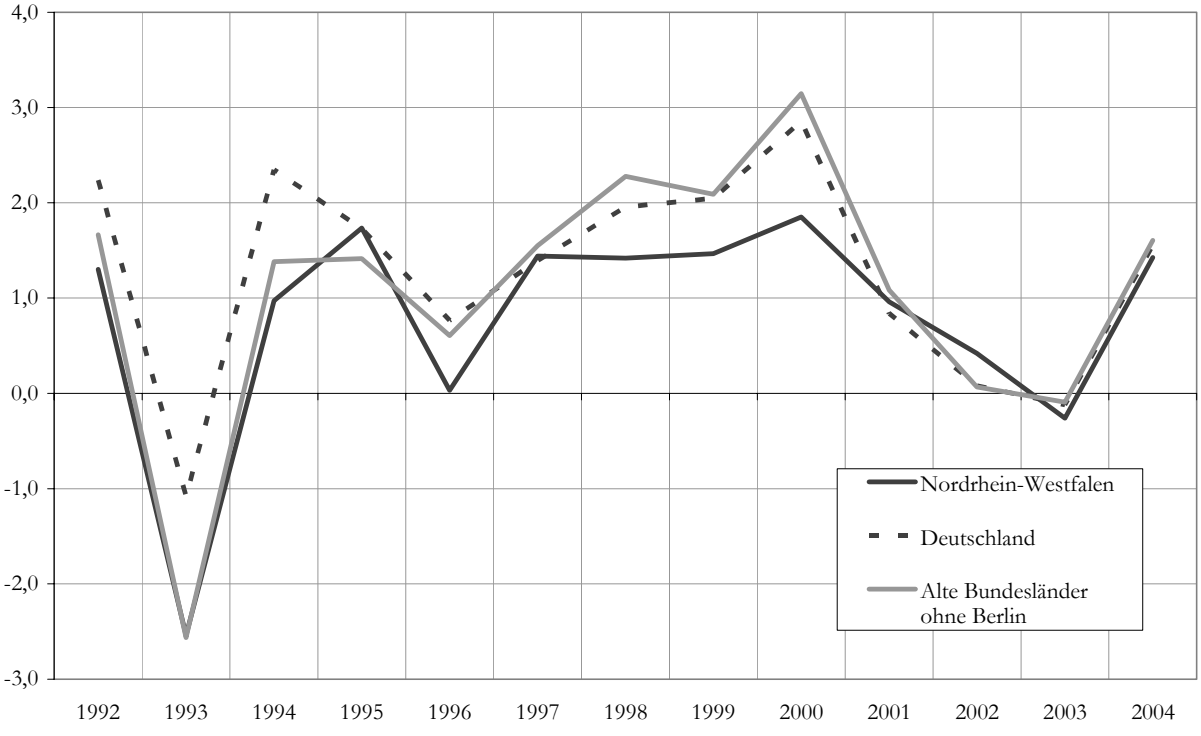
4.10.1 Wirtschaftsprofil

Die wirtschaftliche Leistung Nordrhein-Westfalens wuchs innerhalb unseres Untersuchungszeitraums um 11 %. Mit diesem Ergebnis liegt es, verglichen mit den anderen Bundesländern, im unteren Mittelfeld. Die wirtschaftliche Schwächephase in den Jahren 1992/1993 war in Nordrhein-Westfalen mit einer negativen Veränderungsrate von 2,5 % deutlich stärker ausgefallen als in der Bundesrepublik, sie entsprach jedoch nahezu der Entwicklung in den westdeutschen Ländern. Auch in den wirtschaftlich stärkeren Phasen (1994 und 2000) blieb die Leistung dieses Bundeslandes hinter der des gesamten Bundesgebiets bzw. hinter dem westdeutschen Durchschnitt zurück. In den beiden letzten Untersuchungsjahren 2003 und 2004 ist das reale BIP zuerst um 0,3 % leicht gesunken und dann wieder um mehr als ein Prozent gestiegen (vgl. Abb. 50).

Im Zeitraum von 1991 bis 2004 ist das BIP je Einwohner in Nordrhein-Westfalen von 23.130 Euro auf 24.674 Euro, d.h. um 7 % gestiegen. Damit entspricht es jetzt nahezu dem Bundesdurchschnitt.

1991 bis 2004 wuchsen die Bruttolöhne und -gehälter in Nordrhein-Westfalen um 22 % bzw. auf 27.323 Euro je Arbeitnehmer und übertreffen damit leicht den Durchschnitt aller Länder.

Abb. 50: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Datenquelle: VGR der Länder; Bearbeitung: F. Micheel

Die Arbeitsproduktivität liegt 2004 gegenüber 1991 in Nordrhein-Westfalen um 6 % höher. Sie macht nunmehr 53.815 Euro Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen aus. Ihr Wert lag um 3 % über dem Bundesdurchschnitt. Im Zeitraum von 1991 bis 2004 sind die Lohnstückkosten um 12 % gestiegen, was dem Niveau aller Bundesländer entspricht. Der Anteil des Dienstleistungssektors an der Bruttowertschöpfung lag im Jahr 2004 mit 71 % (gegenüber 1991 sind es 8,7 Prozentpunkte mehr) knapp über dem Bundesdurchschnitt. Der Anteil des Produzierenden Gewer-

bes stieg im Untersuchungszeitraum um 8,7 Prozentpunkte auf 28 %; der Anteil der Landwirtschaft blieb dagegen mit 0,8 % unverändert.

Die Wirtschaftsstrukturen in Nordrhein-Westfalen wurden und werden noch heute stark von der Montanindustrie geprägt. Die Ansiedlung der Schwerindustrie erfolgte im 19. Jahrhundert; ein großes Kohlevorkommen und die relativ leichte Zugänglichkeit begünstigten den industriellen Aufschwung im Ruhrgebiet. Eine Reihe von weiteren Industriezweigen standen im Verbund mit der Montanindustrie, z.B. die chemische Industrie, die Energiewirtschaft oder der Maschinenbau.[30] Im Bergischen Land wurde zur Zeit der Industrialisierung das Textilgewerbe ausgebaut, welches vor allem von guten Anbindungsmöglichkeiten profitierte. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Nachfrage nach Stahl für den Aufbau in Deutschland besonders groß. Allerdings bahnte sich ab den 1950er Jahren ein langsamer Abstieg der Kohleindustrie an. Dies ist einerseits auf die internationale Öffnung der Märkte zurückzuführen. Aufgrund der relativ höheren Kosten gegenüber den ausländischen Anbietern wurde die Kohle aus Nordrhein-Westfalen zu einem großen Teil durch Importprodukte verdrängt. Andererseits wurde Kohle als Energiequelle sukzessiv durch Öl, welches ergiebiger und auch besser zu transportieren war, substituiert. In der Zeit von 1957 bis 1987 kam es im Steinkohlebergbau zu einem Beschäftigungsabbau von über 70 %, im Jahr 1987 waren rund 157 Tausend Personen in diesem Zweig beschäftigt. Die Stahlindustrie erlebte ihre große Krise Anfang der 1970er Jahre, es kam in den Folgejahren ebenfalls zu einem deutlichen Beschäftigungsabbau.[31] Die Verschiebung der sektoralen Struktur zugunsten der Dienstleistungsbereiche hat in der Zwischenzeit stattgefunden, doch der Einfluss der Montanindustrie ist noch deutlich zu erkennen. Sowohl im Ruhrgebiet als auch insgesamt in den alten Bundesländern zählen der Handel, das Gesundheits- und Sozialwesen sowie die vorwiegend wirtschaftsnahen Dienstleistungen zu den drei stärksten Branchen, allerdings spielen in Nordrhein-Westfalen die Metallerzeugung und -verarbeitung sowie der Bergbau eine vergleichsweise größere Rolle (*Amend/Bauer* 2005: 12ff). *Amend* und *Bauer* (2005: 22) kommen im Hinblick auf die Wirtschaftsentwicklung in diesem Bundesland zu folgendem Ergebnis: „Die Betrachtung der sektoralen Struktur zeigt, dass keiner der Branchenschwerpunkte in NRW aus sich selbst heraus entstanden, sondern typischerweise komplementär mit der Schwerindustrie verbunden ist. Auf diese Weise entwickelte sich entlang der kohlebezogenen Wertschöpfungskette im Laufe der Zeit ein komplexes Produktionssystem unter Beteiligung verschiedener Industrien."

Im bevölkerungsreichsten Bundesland sind, in absoluten Zahlen ausgedrückt, auch die meisten Erwerbstätigen zu finden (8,24 Millionen Personen). Die Steigerungsrate der Erwerbstätigenzahl im Zeitraum von 1991 bis 2004 betrug 4 %, dies war ein Plus von etwa 314 Tausend Personen. Die Erwerbstätigenquote von 62 % lag am Ende unseres Untersuchungszeitraums 2,3 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt.

Der Bestand der in Nordrhein-Westfalen gemeldeten Arbeitslosen umfasste im Jahr 2004 gut 898 Tausend Personen. Die daraus berechnete Arbeitslosenquote lag mit 11,2 % 0,5 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt, jedoch 1,8 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer. 10 % der arbeitslos gemeldeten Personen war unter 25 Jahre alt.

---

30 Ferner begünstigte der Ausbau des Eisenbahnverkehrs die Wirtschaft im Ruhrgebiet, da zum einen für den Schienenbau Stahl erforderlich war, zum anderen der Kohletransport nicht mehr ausschließlich über den Wasserweg, sondern vermehrt über die Schiene erfolgte.

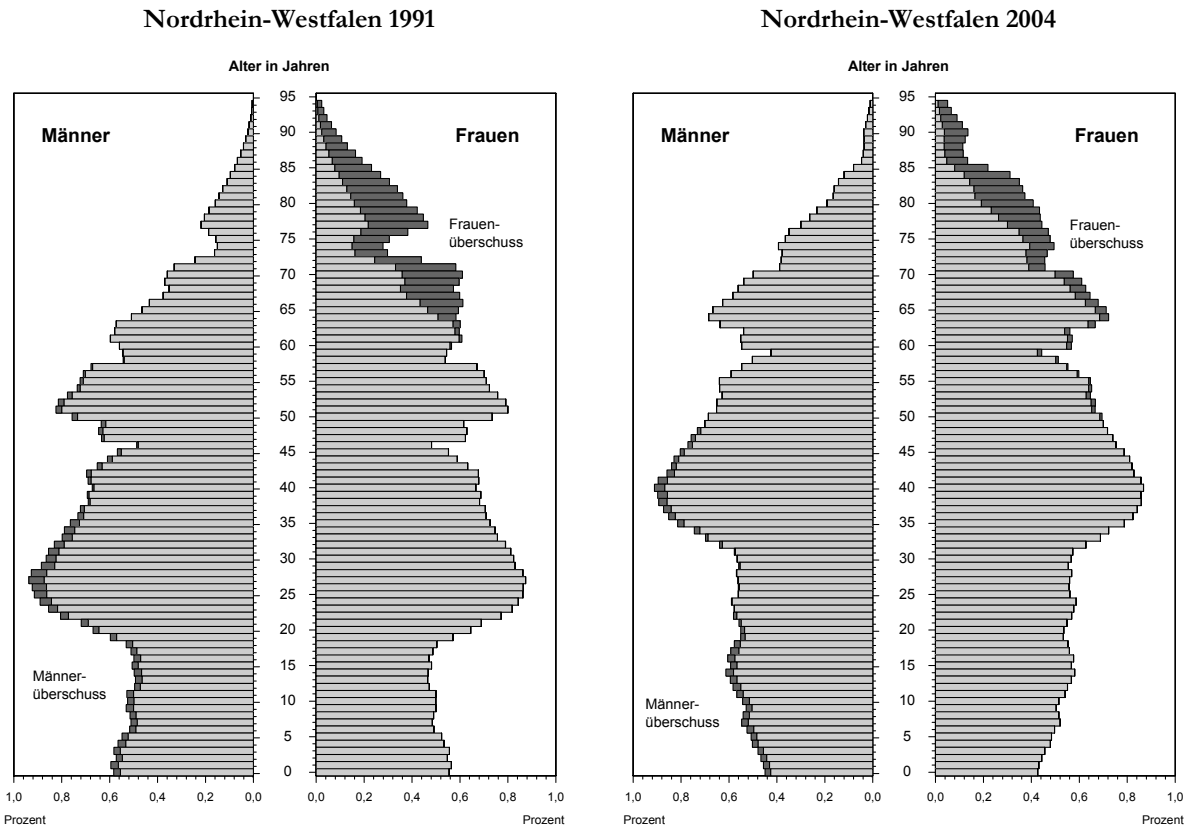
31 Die Zahl der Beschäftigten sank von 1958 bis 1987 von 219 Tausend auf 154 Tausend (fast 30 %) in den Zweigen Roheisen-, Rohstahl- und Walzstahlerzeugung.

Der Anteil der Arbeitslosen im Alter von 55 Jahren oder höher war im Vergleich dazu etwa 1,4 Prozentpunkte höher. Die höchste Arbeitslosenquote war in der Stadt Gelsenkirchen mit 19,3 %, dagegen die niedrigste mit 7,2 % im Kreis Olpe zu beobachten.

Am Jahresende 2004 waren 731.943 Personen in der Sozialhilfestatistik Nordrhein-Westfalens erfasst worden. Dies entspricht einer Sozialhilfequote von 4 %. Innerhalb der Länderhierarchie nimmt Nordrhein-Westfalen damit einen der mittleren Plätze ein.

2004 gab es in Nordrhein-Westfalen je 100 Tausend Einwohner 43 Patentanmeldungen. Die Ausgaben für F&E-Aufwendungen entsprachen im Jahr 2001 einem Anteil von 2 % am BIP. Der überwiegende Teil dieser Ausgaben, 62 %, wurde im o.a. Jahr von der Wirtschaft getragen, während die restlichen 38 % vom Staat finanziert wurden.

4.10.2 Bevölkerungsentwicklung



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Darstellung: BiB

4.10.2.1 Geburten und Fertilität

In Nordrhein-Westfalen sanken im Verlaufe des Untersuchungszeitraumes die Geburtenzahlen kontinuierlich: Wurden im Jahr 1991 noch 198.436 Geburten registriert, waren es im Jahr 2004 158.054 Geburten; der prozentuale Rückgang machte somit 20 % aus (Tab. 59).

Die Zahl der Geburten je 1.000 Frauen im gebärfähigen Alter weist in Nordrhein-Westfalen innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 keine großen Veränderungen auf. Am weitesten vom Ausgangsniveau entfernt war die zusammengefasste Geburtenziffer in den Jahren 1994 und 1995: Wurden 1991 je 1.000 Frauen 1.446 Kinder geboren, waren es in diesen beiden Jahren um 79 bzw. 91 Kinder weniger. Ab 1996 stieg das Geburtenniveau, lag 1997 mit 1.457 etwas über dem des Jahres 1991 und sank dann wiederum bis 2004 auf 1.392 bzw. um 4 % gegenüber dem Aus-

gangsjahr. Die zusammengefasste Geburtenziffer Nordrhein-Westfalens lag während des gesamten Untersuchungszeitraumes über dem Gesamtniveau aller Bundesländer, in den Jahren 1992 bis 1994 sogar um 10 bis 11 % (vgl. Tab. 59).

Tab. 59: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Nordrhein-Westfalen

Jahr	Lebendgeborene absolut	Index 1991 = 100	Geburten je 1.000 Frauen	Index 1991 = 100	Differenz*
1991	198.436	100,0	1.446	100,0	8,6
1992	196.899	99,2	1.431	99,0	10,9
1993	194.156	97,8	1.414	97,8	10,7
1994	186.079	93,8	1.367	94,6	10,2
1995	182.393	91,9	1.355	93,7	8,6
1996	188.493	95,0	1.421	98,3	8,1
1997	190.386	95,9	1.457	100,7	6,5
1998	182.287	91,9	1.429	98,9	5,6
1999	176.578	89,0	1.415	97,9	4,0
2000	175.144	88,3	1.437	99,4	4,4
2001	167.752	84,5	1.406	97,3	4,4
2002	163.434	82,4	1.390	96,2	3,8
2003	159.900	80,6	1.402	97,0	4,7
2004	158.054	79,6	1.392	96,3	3,1

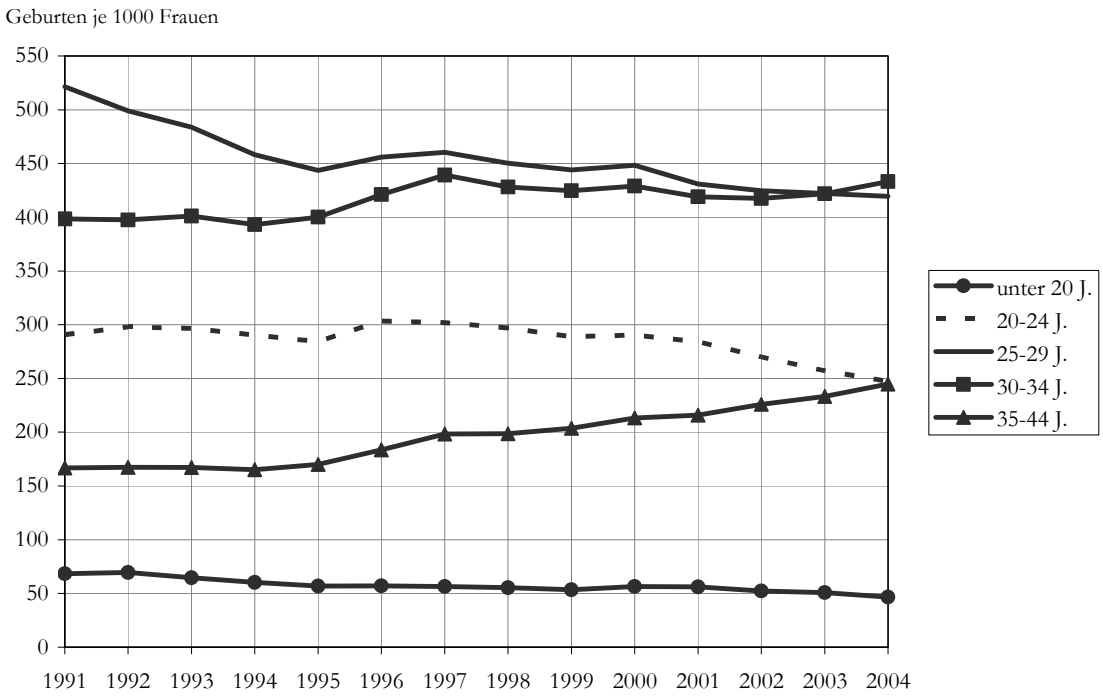
* in +/- Prozent zu Deutschland

Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen; Bearbeitung: J. Roloff

Betrachtet man im Einzelnen die Geburtenhäufigkeit der Frauen nach Altersgruppen, so lässt sich Folgendes feststellen: Der oben beschriebene „Tiefpunkt" des Geburtenniveaus in den Jahren 1994/1995 ist ausschließlich auf den Geburtenrückgang der unter 30-jährigen Frauen zurückzuführen: so war deren Geburtenniveau 1995 gegenüber 1991 um 11 % niedriger. Über den gesamten Untersuchungszeitraum 1991 bis 2004 hinweg betrachtet lässt sich bei den unter 20 Jahre alten Frauen der relativ stärkste Geburtenrückgang feststellen: Wurden 1991 je 1.000 dieser Frauen 68 Kinder geboren, waren es 2004 nur noch 47 Kinder bzw. um 32 % weniger. Das Geburtenniveau der beiden nächstfolgenden Frauengruppen sank dagegen um 15 bzw. 20 % (vgl. Abb. 51).

Wie auch in fast allen bisher dargestellten Bundesländern stiegen innerhalb des Untersuchungszeitraumes nur bei den 30 Jahre und älteren Frauen die Geburtenzahlen. Zum einen wurden von 1.000 der 30- bis 34-jährigen Frauen statt 399 (1991) nunmehr 433 bzw. um 9 % mehr Kinder geboren. Damit lag deren Geburtenniveau leicht über dem der 25- bis 29-jährigen Frauen (vgl. Abb. 51). Zum anderen stieg die Geburtenziffer der ältesten Frauengruppe von 167 auf 245 bzw. um beachtliche 47 %. Somit hatten diese Frauen zum einen den vergleichsweise stärksten Geburtenanstieg zu verzeichnen, und zum anderen näherte sich ihr Geburtenniveau weitestgehend dem der 20 bis 24 Jahre alten Frauen an (vgl. Abb. 51).

Abb. 51: Geburtenniveau in Nordrhein-Westfalen nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004



Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen; Bearbeitung: J. Roloff

4.10.2.2 Sterbefälle und Sterblichkeit

Im Jahr 1991 starben in Nordrhein-Westfalen 192.807 Menschen; 2004 wurde mit 184.449 Gestorbenen ein bisheriger Tiefststand erreicht. Die rohe Sterbeziffer Nordrhein-Westfalens sank dementsprechend von 11 (1991) auf 10,2 Gestorbene je 1.000 Einwohner (2004) (vgl. Tab. 60).

Tab. 60: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Nordrhein-Westfalen

Jahr	absolut	Index*	Sterbeziffer**
1991	192.807	100,0	11,0
1992	188.805	97,9	10,7
1993	194.667	101,0	11,0
1994	192.669	99,9	10,8
1995	193.076	100,1	10,8
1996	194.548	100,9	10,8
1997	189.946	98,5	10,6
1998	189.147	98,1	10,5
1999	188.851	97,9	10,5
2000	187.736	97,4	10,4
2001	184.824	95,9	10,2
2002	188.333	97,7	10,4
2003	190.800	99,0	10,6
2004	184.449	95,7	10,2

* 1991 = 100 %

** Gestorbene je 1.000 Einwohner und 1 Jahr

Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein- Westfalen; Bearbeitung: J. Roloff

Laut einer Pressemitteilung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen „waren Erkrankungen des Kreislaufsystems (45 Prozent aller Todesfälle) weiterhin

Todesursache Nummer 1. Von den Kreislauferkrankungen hatten die sog. ischämischen Herzkrankheiten, wie Herzinfarkt oder koronare Herzerkrankungen, das größte Gewicht (17 Prozent). Zweithäufigste Todesursache waren ‚bösartige Neubildungen', die für jeden vierten Todesfall ursächlich waren (26 Prozent), gefolgt von den Krankheiten des Atmungssystems, wie Lungenentzündung oder Grippe (8 Prozent)". Interessant ist folgende Feststellung: „Die Zahl der Selbstmorde war im Jahr 2004 mit 1 704 Personen fast doppelt so hoch wie die Zahl der bei Verkehrsunfällen Getöteten. Von diesen beiden Todesursachen waren in ca. drei Viertel der Fälle Männer betroffen" *(Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein- Westfalen* 2005a).

In Nordrhein-Westfalen können die neugeborenen Jungen eine durchschnittliche Lebenszeit von 75,6 Jahren erwarten; bei den neugeborenen Mädchen sind es 81,2 Jahre, somit um 5,6 Jahre mehr. Im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet weisen alle hier betrachteten Altersstufen eine höhere Sterblichkeit auf. Dabei ist der Abstand bei den 0 bis 40 Jahre alten Frauen mit im Schnitt 4 Monaten etwas höher als bei den gleichaltrigen Männern (im Schnitt 3 Monate). Bei den darauffolgenden Altersstufen ergibt sich ein umgekehrtes Bild: Z.B. liegt die fernere Lebenserwartung der 60-jährigen Frauen in Nordrhein-Westfalen um knapp 3 Monate unter der aller 60-jährigen Frauen in Deutschland; bei den gleichaltrigen Männern machte dieser Abstand 4 Monate aus (vgl. Tab. 61).

Tab. 61: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Nordrhein-Westfalen und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002-2004

Altersstufe	Lebenserwartung in Jahren		Abstand zum Bundesdurchschnitt in Monaten	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
0	81,2	75,6	-4,7	-3,0
1	80,5	75,1	-4,1	-2,3
20	61,7	56,3	-4,1	-2,8
40	42,1	37,1	-4,1	-3,5
60	23,9	19,7	-2,8	-4,0
65	19,6	16,0	-2,2	-3,6
80	8,6	7,1	-0,7	-1,9

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, abgekürzte Sterbetafel 2002/2004; Bearbeitung: J. Roloff

4.10.2.3 Wanderungen

Neben Binnenwanderungsgewinnen hat das Land Nordrhein-Westfalen, und hier während des gesamten Untersuchungszeitraumes, Zuwanderungsgewinne aus dem Ausland zu verbuchen, die in der Mehrheit der Jahre das Wanderungsplus aus anderen Bundesländern übertrafen (vgl. Tab. 62). In der Summe der Jahre 1991 bis 2004 betrug der Außenwanderungsgewinn 672,5 Tausend Personen. Per Saldo hat Nordrhein-Westfalen somit 865,8 Tausend Menschen über Zuzüge gewonnen; je 1.000 seiner Einwohner waren es 49 Menschen.

Unterscheidet man die Außenwanderungssalden nach Deutschen und Ausländern, so überwogen in der Mehrheit der Jahre die Zuzugsüberschüsse der Ausländer die der Deutschen. Nur im Jahr 1997 war zum einen mit 2,9 Tausend Personen das niedrigste Außenwanderungsplus an Ausländern, und zum anderen im Jahr 1998 mit 4,7 Tausend Personen der einzige Wanderungsverlust an Ausländern zu beobachten (vgl. Abb. 52). Anhand Abbildung 52 wird zudem deutlich, dass zum einen in den beiden ersten Jahren des Untersuchungszeitraumes die Wanderungsgewinne an Ausländern am höchsten waren. Ihr Anteil am Wanderungsüberschuss innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 von 508,7 Tausend Ausländern machte allein 42 % aus. Zum anderen übertrafen diese

Wanderungsgewinne bei weitem die der Deutschen. Am gesamten Außenwanderungsplus waren zu 76 % Ausländer beteiligt.

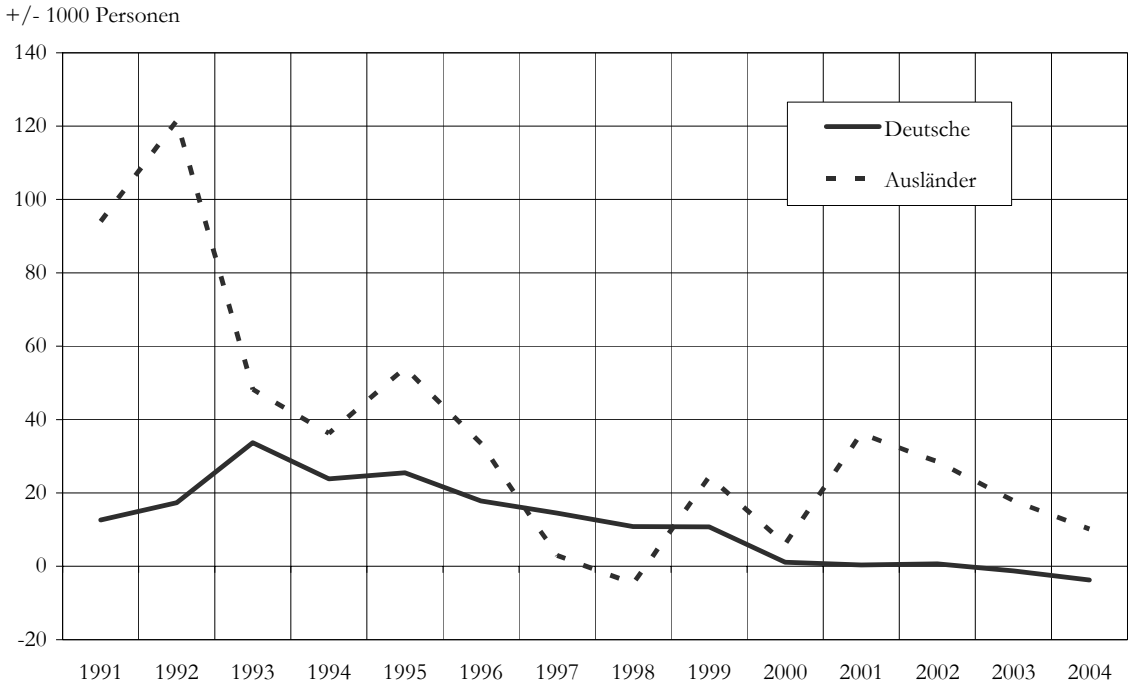
Tab. 62: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Nordrhein-Westfalen, 1991 bis 2004

Jahr	Binnenwanderung		Außenwanderung		Gesamtwanderung	
	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*
1991	47,9	2,8	106,6	6,1	154,6	8,9
1992	22,4	1,3	138,7	7,9	161,1	9,2
1993	-1,3	-0,1	81,9	4,6	80,6	4,5
1994	3,1	0,2	60,0	3,4	63,1	3,5
1995	8,2	0,5	79,5	4,5	87,6	4,9
1996	9,4	0,5	51,3	2,9	60,7	3,4
1997	8,9	0,5	17,4	1,0	26,3	1,5
1998	1,8	0,1	6,1	0,3	7,9	0,4
1999	1,4	0,1	35,2	2,0	36,6	2,0
2000	15,5	0,9	7,2	0,4	22,7	1,3
2001	22,8	1,3	36,5	2,0	59,3	3,3
2002	20,0	1,1	29,2	1,6	49,2	2,7
2003	17,6	1,0	16,6	0,9	34,2	1,9
2004	15,5	0,9	6,3	0,4	21,9	1,2

* Je 1.000 Einwohner am Jahresende

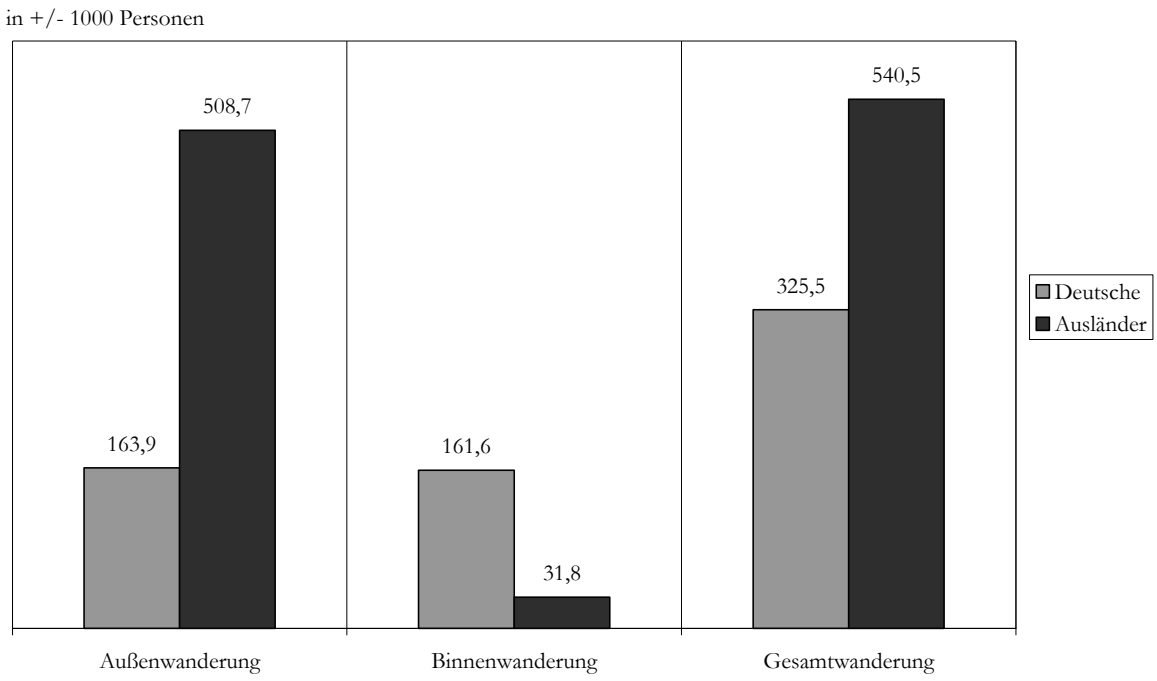
Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 52: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Nordrhein-Westfalen, 1991 bis 2004



Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 53: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Nordrhein-Westfalen, Summe der Jahre 1991 bis 2004



Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen; Bearbeitung: J. Roloff

Abbildung 53 zeigt das Gesamtresultat der Außen- und Binnenwanderungen von Deutschen und Ausländern: Demnach hat Nordrhein-Westfalens Bevölkerung innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 325,5 Tausend Deutsche über Wanderungen hinzu gewonnen, wovon 163,9 Tausend Personen bzw. die Hälfte aus dem Ausland kamen. Der Wanderungszuwachs an Ausländern betrug 540,5 Tausend und resultiert fast ausschließlich, zu allein 94 %, aus Außenwanderungsgewinnen (Abb. 53).

4.10.2.4 Bevölkerungsbilanz

Innerhalb des Zeitraumes 1991 bis 2004 stieg die Bevölkerungszahl in Nordrhein-Westfalen von 17,5 auf 18,1 Millionen bzw. um 3 %. Dieser Bevölkerungszuwachs beruhte, ebenso wie in der Mehrheit der übrigen Bundesländer, auf den im Vergleich zur Zahl der Deutschen stärkeren prozentualen Anstieg der Ausländerzahl: Wuchs die deutsche Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen von 15,8 auf 16,1 Millionen bzw. um 2 %, nahm die ausländische Bevölkerung von 1,7 auf 1,9 Millionen bzw. um 12 % zu.

Anhand der Bevölkerungsbilanz in Tabelle 63 ist zu sehen, dass der Bevölkerungszuwachs nur in einigen wenigen Jahren (1991, 1992, 1997) überwiegend aus Zuzugsüberschüssen und zugleich aus, wenn auch vergleichsweise niedrigen, Geburtenüberschüssen resultierte. Seit 1999 ist jedoch ein Geburtendefizit festzustellen, das kontinuierlich wuchs und mit 30,9 Tausend Personen im Jahr 2003 den Höchststand erreichte. Dieses konnte zwar, wie in den Jahren zuvor, durch Wanderungsüberschüsse kompensiert werden, doch konnte die Bevölkerung nur um 3,3 Tausend Menschen gegenüber dem Vorjahr anwachsen. Damit hatte Nordrhein-Westfalen im Jahr 2003 den zweitschwächsten Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen (noch niedriger war er mit 1 Tausend Personen im Jahr 1998) (vgl. Tab. 63). Im letzten Untersuchungsjahr ist erstmals, und

dies nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen seit 20 Jahren, ein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen; d.h. die Einwohnerzahl sank gegenüber dem Vorjahr um 4,5 Tausend.

Tab. 63: Bevölkerungsstand und -veränderung in Nordrhein-Westfalen

Jahr	Bevölkerung zu Beginn des Jahres	Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-)	Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-)		Bevölkerung am Ende des Jahres
		in 1.000			je 1.000 Ew.	in 1.000
1991	17.319,7	5,6	154,6	160,2	9	17.509,9
1992	17.509,9	8,1	161,1	169,2	10	17.679,2
1993	17.679,2	-0,5	80,6	80,1	5	17.759,3
1994	17.759,3	-6,6	63,1	56,5	3	17.816,1
1995	17.816,1	-10,7	87,6	77,0	4	17.893,0
1996	17.893,0	-6,1	60,7	54,7	3	17.947,7
1997	17.947,7	0,4	26,3	26,8	1	17.974,5
1998	17.974,5	-6,9	7,9	1,0	0	17.975,5
1999	17.975,5	-12,3	36,6	24,3	1	17.999,8
2000	17.999,8	-12,6	22,7	10,1	1	18.009,9
2001	18.009,9	-17,1	59,3	42,2	2	18.052,1
2002	18.052,1	-24,9	49,2	24,3	1	18.076,4
2003	18.076,4	-30,9	34,2	3,3	0	18.079,7
2004	18.079,7	-26,4	21,9	-4,5	0	18.075,4

Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen; Bearbeitung: J. Roloff

„Zwar zogen auch im Jahr 2004 mehr Menschen nach Nordrhein-Westfalen als das Land verließen, jedoch reichte der ‚Wanderungsgewinn' von rund 22.000 Personen nicht aus, um den ‚Sterbefallüberschuss' von 26.400 auszugleichen." Weiter heißt es: „Die 31 Kreise konnten im vergangenen Jahr zusammen einen Zuwachs von 2.408 Personen verbuchen, während die 23 kreisfreien Städte insgesamt 6.742 Einwohner verloren. Größte Stadt im Lande ist weiterhin Köln mit 969.709 Einwohnern, gefolgt von Dortmund (588.680), Essen (588.084) und Düsseldorf 572.663)" (*Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen* 2005b).

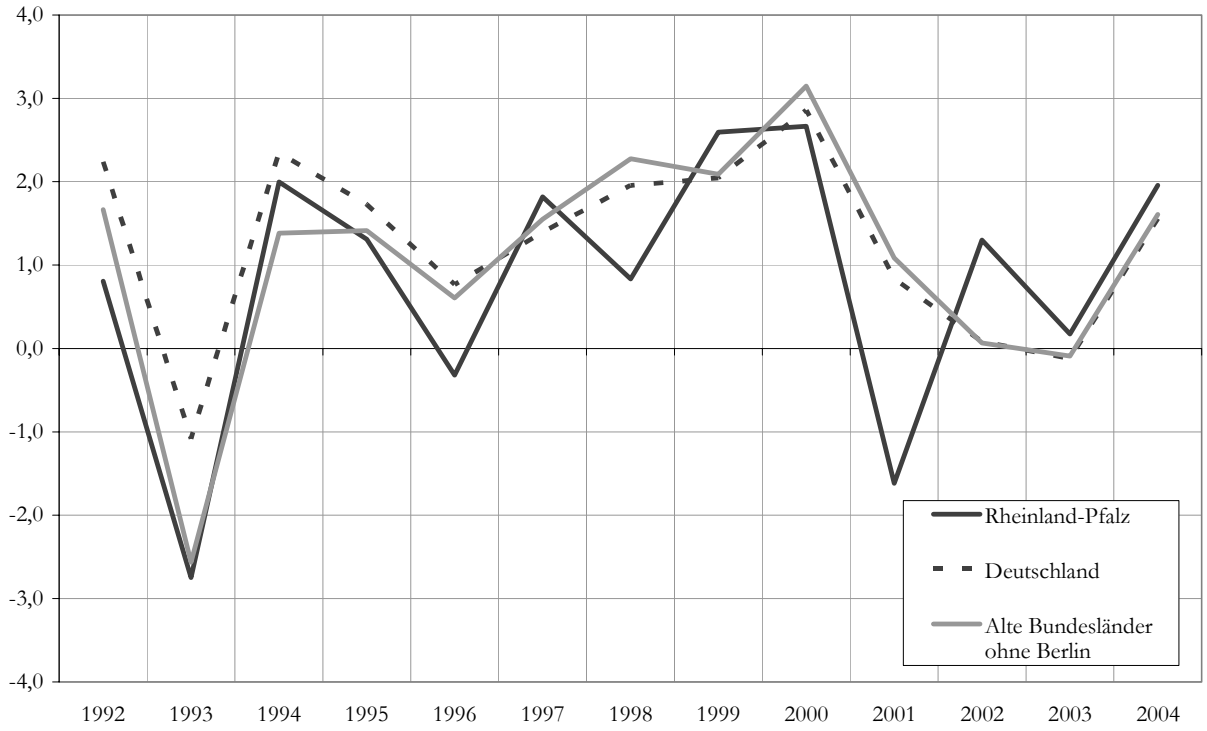
Innerhalb der Jahre 2000 bis 2004 sind in Nordrhein-Westfalen 260.525 Personen bzw. 13 % der ausländischen Bevölkerung deutsche Staatsangehörige geworden. Mit diesem Einbürgerungsanteil liegt Nordrhein-Westfalen mit Hessen gleichauf. Aber auch in Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der Einbürgerungen zurückgegangen: von 65.744 (2000) auf 40.060 (2004), d.h. um 39 %.

4.11 Rheinland-Pfalz

4.11.1 Wirtschaftsprofil

Die Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz ist innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 um insgesamt 11 % gestiegen. Sie lag damit 6,6 Prozentpunkte unterhalb des gesamtdeutschen bzw. 3,9 Prozentpunkte unterhalb des westdeutschen Durchschnitts. Negative Veränderungsraten gab es in den Jahren 1993 (-2,7 %), 1996 (-0,3 %) und 2001 (-1,6 %), wohingegen im westdeutschen Bundesgebiet in den Jahren 1996 und 2001 positive Werte zu beobachten waren. Recht deutlich war der Abstand zum Bundes- bzw. zum westdeutschen Durchschnitt im Jahr 2001. Seitdem stieg in Rheinland-Pfalz das reale Bruttoinlandsprodukt um fast 4 %, das Wachstum lag damit fast 2 Prozentpunkte höher als im gesamten Bundesgebiet (vgl. Abb. 54).

Abb. 54: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Datenquelle: VGR der Länder; Bearbeitung: F. Micheel

Bis zum Jahr 2004 ist in Rheinland-Pfalz das Pro-Kopf-BIP gegenüber dem Jahr 1991 um 4 % auf 21.902 Euro gestiegen. Ferner war zu beobachten, dass es zum einen um 10 % unter dem Bundesdurchschnitt lag und zum anderen von allen westlichen Flächenländern den zweitniedrigsten Wert (vor Niedersachsen) zu verzeichnen hatte.

Die Verdienste waren in Rheinland-Pfalz, gemessen an den Bruttolöhnen und -gehältern je Arbeitnehmer, im Jahr 2004 mit 26.152 Euro ebenfalls unterdurchschnittlich. Insgesamt stiegen sie von 1991 bis 2004 um fast ein Viertel an.

Die Arbeitsproduktivität erreichte in Rheinland-Pfalz mit einem Wert von 50.712 Euro im Jahr 2004 ein Niveau, welches knapp unter dem Bundesdurchschnitt lag. Im Vergleich zum Jahr 1991 ist hier ein Zuwachs von 6 % zu beobachten. Die Veränderung der Lohnstückkosten in der Zeitspanne von 1991 bis 2004 beträgt 15 % und liegt 2,8 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt.

Im Jahr 2004 wurden zwei Drittel der gesamten Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz in den Dienstleistungsbereichen erbracht, 32 % vom Produzierenden Gewerbe sowie knapp 2 % von der Landwirtschaft. Der Dienstleistungsanteil an der Bruttowertschöpfung ist im Zeitraum von 1991 bis 2004 um 6,2 Prozentpunkte gestiegen. Dagegen ist der Anteil der Industrieproduktion um 6,3 Prozentpunkte geschrumpft und der Anteil der Landwirtschaft ungefähr gleich geblieben.

Das Land Rheinland-Pfalz zeigt ein uneinheitliches Bild bezüglich seiner wirtschaftlichen Strukturen. Der Einfluss der natürlichen Gegebenheiten auf die Wirtschaft ist deutlich erkennbar.[32] Die landwirtschaftliche Produktion war in den Folgejahren des Zweiten Weltkriegs überproportional vertreten (1950 waren rund 36 % der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig, im damaligen Bundesgebiet etwa 23 %). Die wirtschaftliche Entwicklung wurde zum Teil dadurch geprägt, dass Rheinland-Pfalz ein wichtiger Militärstandort der Alliierten war, die Regionen Westpfalz sowie der Hunsrück tragen derzeit immer noch die negativen ökonomischen Folgen aus dem Abzug der Streitkräfte. Als Reaktion darauf wurden u.a. Förderprogramme zur Beschäftigungssicherung durchgeführt. Folgende Beispiele zeigen die regionalen wirtschaftlichen Verläufe: In der Region Ludwigshafen/Rhein-Neckar bildete sich ein wichtiger Industriestandort für Logistik und für die chemische Industrie. Im Gegensatz zur kreisfreien Stadt Ludwigshafen ist der Landkreis aber landwirtschaftlich geprägt. In der Region Koblenz/Mittelrhein ist die Wirtschaft von mittelständischen Unternehmen in den Bereichen Handwerk, Weinbau und Dienstleistungen gekennzeichnet. Die Tourismusbranche ist entlang des Rheins und der Mosel stark vertreten. Die regionale Wirtschaft um Kaiserslautern wurde durch die Ansiedlung der Fahrzeugbaubranche geprägt. Die Standortwahl wurde u.a. durch die Nähe der saarländischen Stahlindustrie beeinflusst. Die Hochschullandschaft richtete sich mit der naturwissenschaftlichen Schwerpunktsetzung auf eine Vernetzung zwischen Wissenschaft und den Wirtschaftszweigen Maschinen- und Automobilbau aus. Die Region profitiert von diesen Netzwerken, aber auch von der Zusammenarbeit der Bereiche Politik und Verwaltung. In größeren Städten wie z.B. Mainz halten die Dienstleistungsbereiche vergleichsweise hohe Anteile. Insgesamt sind die landwirtschaftlichen Traditionen und die starke Stellung der Industrie dafür verantwortlich, dass in Rheinland-Pfalz die Dienstleistungsbereiche, von regionalen und branchenspezifischen Ausnahmen abgesehen, relativ schwach ausgeprägt sind (*Hamann et al.* 2005: 3ff).

Im Jahr 2004 wurden in Rheinland-Pfalz 1,75 Millionen Erwerbstätige gezählt. Mit einer Veränderung der Erwerbstätigenzahl von rund 77.300 Personen bzw. um 5 % konnte dieses Land gegenüber dem Jahr 1991 die dritthöchste Steigerung im Bundesgebiet vorweisen. Im Jahr 2004 beträgt die Erwerbstätigenquote 65,3 % und belegt damit Rang Fünf im Ländervergleich.

Für das Jahr 2004 zählte die Bundesagentur für Arbeit in Rheinland-Pfalz eine Arbeitslosenzahl von rund 155 Tausend Personen. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote betrug damit 8,6 % und war die drittniedrigste im Bundesgebiet; der Wert lag 0,8 Prozentpunkte unter dem westdeutschen Mittel. Von den Arbeitslosen hielten die jüngeren Menschen einen Anteil von nahezu 14 % inne; dagegen betrug der Anteil der älteren Arbeitslosen 10 %. Innerhalb des Landes wies der Rhein-Pfalz-Kreis mit 6,1 % die niedrigste Arbeitslosenquote auf, während in der Stadt Pirmasens eine Quote von 19 % gemessen wurde.

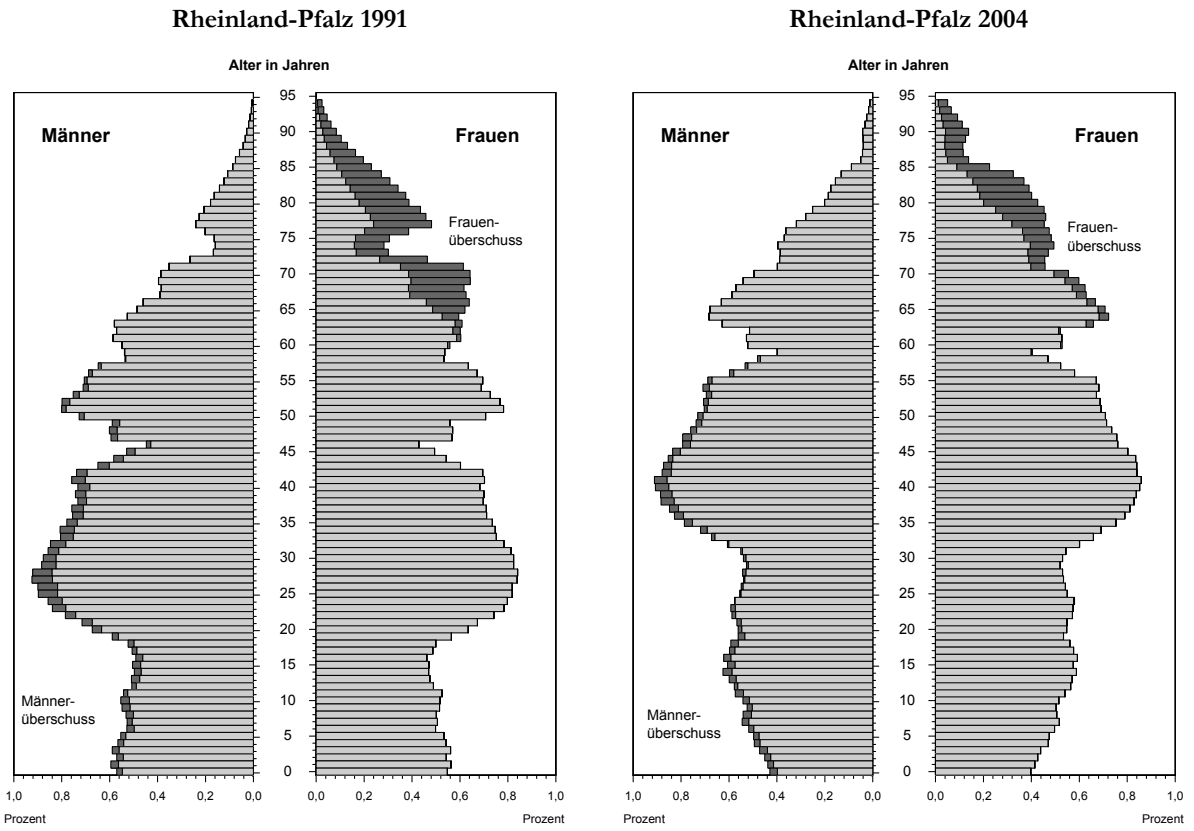
---

[32] Mehr als 85 % der gesamten Fläche in Rheinland-Pfalz bestehen aus Landwirtschafts-, Wald- und Wasserflächen.

Rheinland-Pfalz konnte am Jahresende 2004 mit 2,5 % (100.985 Sozialhilfeempfänger) gemeinsam mit dem Land Thüringen die drittniedrigste Sozialhilfequote im Ländervergleich verzeichnen.

Im Jahr 2004 lag die Patentdichte in Rheinland-Pfalz mit 53 Patentanmeldungen je 100 Tausend Einwohner nur knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung entsprachen im Jahr 2001 einem Anteil am BIP von 2 %. Gut drei Viertel der F&E-Aktivitäten wurden von der Wirtschaft, das übrige Viertel vom öffentlichen Sektor finanziert.

4.11.2 Bevölkerungsentwicklung



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Darstellung: BiB

4.11.2.1 Geburten und Fertilität

Im letzten Untersuchungsjahr 2004 wurden in Rheinland-Pfalz 33.421 Geburten registriert. Dies sind gegenüber dem Ausgangsjahr 1991 um 8.890 bzw. 21 % weniger Kinder. Damit erreichten die Geburtenzahlen innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraums einen Tiefststand (vgl. Tab. 64). In diesem Zusammenhang stellt das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz fest: „Ein Vergleich zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen macht deutlich, dass die rückläufige Geburtenentwicklung seit 1990 grundsätzlich in den Landkreisen stärker war als in den kreisfreien Städten“ (*Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz* 2005a).

Die Zahl der Geburten je 1.000 Frauen in Rheinland-Pfalz sank innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 von 1.446 auf 1.360 bzw. um 6 %. Nur im Jahr 1997 lag das Geburtenniveau mit 1.466 etwas über dem des Anfangjahres (Tab. 64).

In allen Jahren weist Rheinland-Pfalz im Vergleich zum Bundesgebiet ein höheres Geburtenniveau auf, insbesondere in den Jahren 1992 bis 1994. Hier machte der Abstand zum Bundesdurchschnitt zwischen 11 und 12 % aus; 2004 war dieser allerdings mit knapp einem Prozent nur noch marginal (Tab. 64).

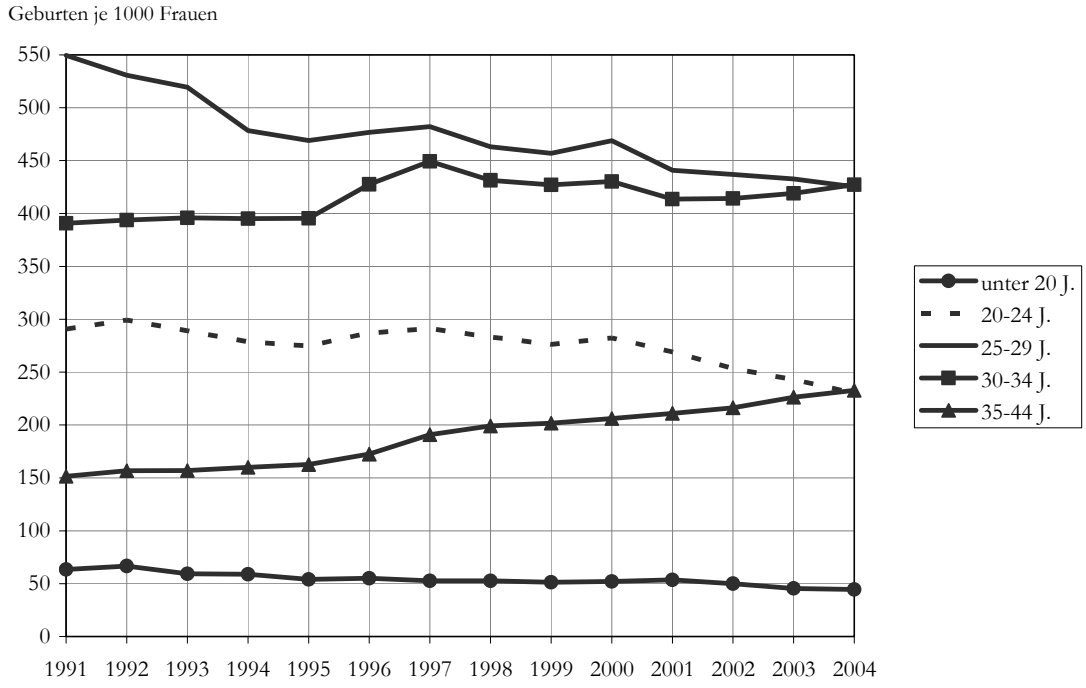
Tab. 64: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Rheinland-Pfalz

Jahr	Lebendgeborene absolut	Index 1991 = 100	Geburten je 1.000 Frauen	Index 1991 = 100	Differenz*
1991	42.311	100,0	1.446	100,0	8,6
1992	42.722	101,0	1.447	100,1	12,1
1993	42.291	100,0	1.421	98,3	11,2
1994	40.539	95,8	1.371	94,8	10,5
1995	39.684	93,8	1.356	93,8	8,6
1996	40.926	96,7	1.419	98,1	7,9
1997	41.677	98,5	1.466	101,4	7,2
1998	39.639	93,7	1.430	98,9	5,6
1999	38.190	90,3	1.413	97,7	3,9
2000	37.826	89,4	1.440	99,6	4,5
2001	35.781	84,6	1.388	96,0	3,1
2002	34.741	82,1	1.371	94,8	2,3
2003	34.100	80,6	1.367	94,5	2,1
2004	33.421	79,0	1.360	94,1	0,7

* in +/- Prozent zu Deutschland

Datenquelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 55: Geburtenniveau in Rheinland-Pfalz nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Bearbeitung: J. Roloff

Unterteilt man die Fertilitätsentwicklung der in Rheinland-Pfalz lebenden Frauen nach Altersgruppen, so lässt sich Folgendes feststellen: Bei den unter 30-jährigen Frauen war das Geburtenniveau 2004 gegenüber 1991 um 23 % rückläufig. Dies betrifft insbesondere die unter 20-jährigen Frauen, deren Geburtenziffern um 30 % sanken. Im Gegensatz dazu haben die 30 Jahre und älte-

ren Frauen eine positive Fertilitätsentwicklung zu verzeichnen. Darunter sind es auch hier die 35 bis 44 Jahre alten Frauen, die einen überdurchschnittlich hohen Anstieg ihrer Geburtenziffer aufweisen: Wurden 1991 je 1.000 von ihnen noch 152 Kinder geboren, waren es 2004 233, d.h. um 54 % mehr. Damit liegen sie jetzt mit dem Geburtenniveau der 20- bis 24-jährigen Frauen (2004 = 230) nahezu gleichauf. Bei den 30- bis 34-jährigen Frauen stieg die Geburtenziffer zuerst 1991 bis 1997 von 391 auf 449 bzw. um 15 %, sank dann jedoch wieder bis 2004 auf 427 bzw. um 5 %. Somit wurden von diesen Frauen, über den gesamten Zeitraum hinweg betrachtet, nur 9 % mehr Kinder geboren. Anhand Abbildung 55 ist zudem zu sehen, dass deren Geburtenziffer im letzten Untersuchungsjahr mit der der 25- bis 29-jährigen Frauen (2004 = 425) quasi identisch war (vgl. Abb. 55).

4.11.2.2 Sterbefälle und Sterblichkeit

Im Jahr 2004 wurden in Rheinland-Pfalz 41.563 Gestorbene registriert; im Vergleich zu 1991 waren es knapp 5 % weniger. Damit wurde innerhalb des Untersuchungszeitraumes erstmalig ein Tiefststand erreicht. Im Zeitraum von 1992 bis 2003 lassen sich allerdings gegenüber dem Jahr 1991 keine gravierenden Veränderungen in der Sterbefallstatistik feststellen. Auf 1.000 Einwohner in Rheinland-Pfalz bezogen, sank die Zahl der Gestorbenen 2004 gegenüber 1991 von 11,4 auf 10,2 ‰ (vgl. Tab. 65).

Tab. 65: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Rheinland-Pfalz

Jahr	absolut	Index*	Sterbeziffer**
1991	43.560	100,0	11,4
1992	42.635	97,9	11,0
1993	43.871	100,7	11,2
1994	42.857	98,4	10,8
1995	42.993	98,7	10,8
1996	43.752	100,4	10,9
1997	43.211	99,2	10,8
1998	42.708	98,0	10,6
1999	42.524	97,6	10,5
2000	42.088	96,6	10,4
2001	42.222	96,9	10,4
2002	42.669	98,0	10,5
2003	43.900	100,8	10,8
2004	41.563	95,4	10,2

* 1991 = 100 %

** Gestorbene je 1.000 Einwohner und 1 Jahr

Datenquelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Bearbeitung: J. Roloff

In der abgekürzten Sterbetafel 2002/2004 wurde für die in Rheinland-Pfalz Neugeborenen eine mittlere Lebenserwartung von 75,9 Jahren (Jungen) bzw. 81,3 Jahren (Mädchen) errechnet. Demnach haben die neugeborenen Mädchen eine gegenüber den Jungen um 5,4 Jahre höhere Überlebenschance (vgl. Tab. 66). Vergleicht man die Lebenserwartung der Menschen in Rheinland-Pfalz mit der aller in Deutschland lebenden Menschen, so lassen sich bei den Männern bis zur Altersstufe 40, im Gegensatz zu den bisher beschriebenen Bundesländern, nur sehr geringfügige Abweichungen feststellen. So ist die Lebenserwartung der 1-jährigen Jungen in Rheinland-Pfalz (75,2 Jahre) mit der Lebenserwartung aller in Deutschland lebenden Jungen dieses Alters identisch. Bei den höheren Altersgruppen ab 60 Jahre weisen die Männer in Rheinland-Pfalz gegen-

über dem Bundesdurchschnitt eine im Schnitt um 1,5 Monate geringere Überlebenschance auf (Tab. 66).

Tab. 66: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Rheinland-Pfalz und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002-2004

Altersstufe	Lebenserwartung in Jahren		Abstand zum Bundesdurchschnitt in Monaten	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
0	81,3	75,9	-3,2	-0,1
1	80,6	75,2	-2,6	0,0
20	61,9	56,6	-2,5	0,6
40	42,3	37,4	-2,0	0,5
60	23,9	19,9	-1,9	-1,6
65	19,6	16,1	-1,9	-1,7
80	8,5	7,1	-1,4	-1,3

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, abgekürzte Sterbetafel 2002/2004; Bearbeitung: J. Roloff

Bei der Lebenserwartung der Frauen sind im Vergleich zu den Männern etwas stärkere Unterschiede gegeben. Die in Rheinland-Pfalz neugeborenen Mädchen haben eine über ein Vierteljahr niedrigere Lebenszeit zu erwarten als alle im Bundesgebiet neugeborenen Mädchen. Ein weiteres Beispiel: Die 40 Jahre alten Frauen in Rheinland-Pfalz haben eine gegenüber allen gleichaltrigen Frauen um 2 Monate geringere Überlebenschance (Tab. 66).

4.11.2.3 Wanderungen

Rheinland-Pfalz weist durchweg Binnenwanderungsgewinne aus. Dabei waren diese in den ersten fünf Jahren des Untersuchungszeitraumes am höchsten und trugen mit 55 % zum gesamten Zuwanderungsgewinn aus anderen Bundesländern (in der Summe der Jahre 1991 bis 2004 = 211,1 Tausend Personen) bei. Das vergleichsweise geringste Binnenwanderungsplus war mit 8,1 bzw. 8,5 Tausend in den beiden letzten Jahren zu beobachten (Tab. 67).

Bis zum Jahr 1993 beruhten die Gewinne des gesamten Wanderungsgeschehens in Rheinland-Pfalz eher auf Zuwanderungen aus dem Ausland als aus anderen Bundesländern. In der Summe dieser Jahre stand einem Plus an Zuwanderungen aus dem Bundesgebiet von 73 Tausend ein Außenwanderungsplus von 83,6 Tausend Personen gegenüber. Bei den Außenwanderungen waren es zudem die Jahre 1991 bis 1993 mit den höchsten Zuzugsüberschüssen, die damit allein 60 % des gesamten Außenwanderungsgewinns (1991 bis 2004) ausmachten. Nach 1993 war das Außenwanderungsplus z.T. bei weitem geringer. 2,3 Tausend Personen waren es jeweils in den Jahren 2003 und 2004, der bis dato niedrigste Stand. Die Jahre 1998 bis 2000 haben Außenwanderungsverluste von 3,6 Tausend Personen zu verzeichnen, so dass der Wanderungsgewinn aus dem Ausland innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes mit 139,4 Tausend Personen etwas niedriger ausfällt (Tab. 67).

In allen Untersuchungsjahren bestimmten mehr Zuwanderungen von Ausländern als von Deutschen das Außenwanderungsgeschehen in Rheinland-Pfalz. Ihr Anteil am gesamten Außenwanderungsplus machte 92 % aus. Anhand der Abbildung 56 wird deutlich, dass die Negativsalden der Außenwanderungen in den Jahren 1998 bis 2000 ausschließlich durch Fortzüge von Deutschen hervorgerufen worden waren. Und gerade in diesen Jahren war das Außenwanderungsplus an Ausländern zu gering, um diese Verluste aufzufangen. Dies war dann in den Jahren ab 2001 der Fall: Auch hier wanderten mehr Deutsche aus Rheinland-Pfalz in das Ausland ab als von dort

zuzogen, doch standen nunmehr entsprechend hohe Wanderungsgewinne an Ausländern gegenüber (vgl. Abb. 56).

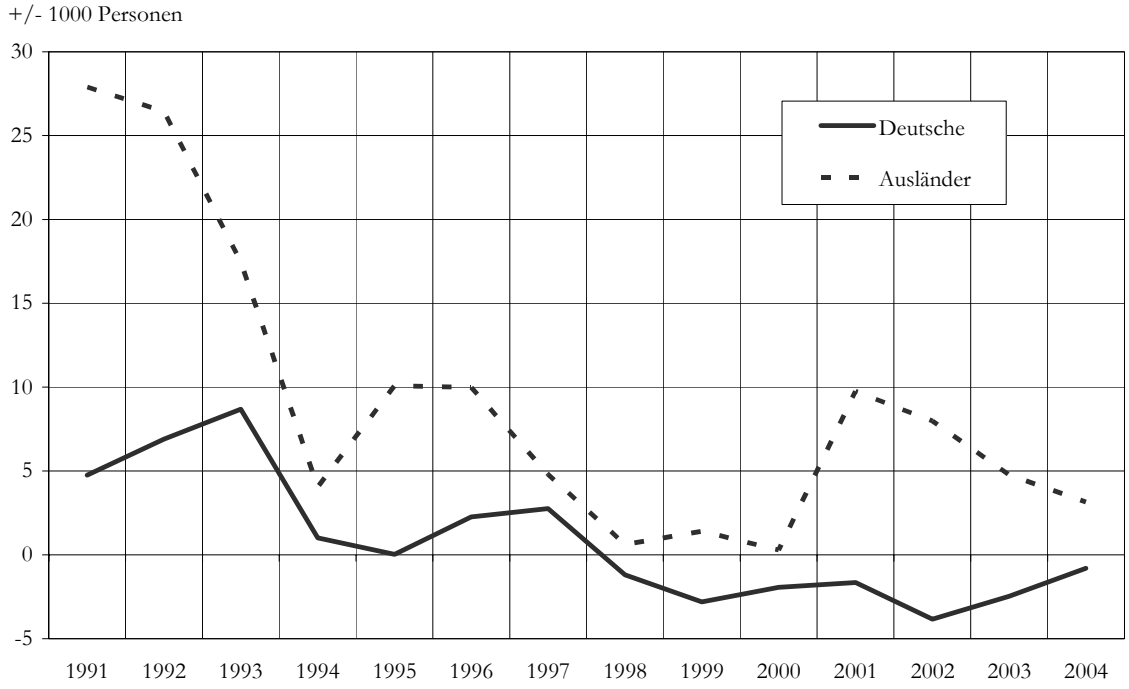
Tab. 67: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Rheinland-Pfalz, 1991 bis 2004

Jahr	Binnenwanderung		Außenwanderung		Gesamtwanderung	
	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*
1991	26,3	6,9	29,9	7,9	56,3	14,8
1992	26,3	6,8	30,5	7,9	56,8	14,7
1993	20,3	5,2	23,2	5,9	43,5	11,2
1994	23,0	5,8	12,7	3,2	35,6	9,0
1995	19,5	4,9	10,1	2,6	29,7	7,5
1996	13,2	3,3	12,2	3,1	25,5	6,4
1997	11,2	2,8	7,6	1,9	18,8	4,7
1998	10,8	2,7	-0,6	-0,1	10,2	2,5
1999	11,5	2,9	-1,4	-0,3	10,1	2,5
2000	9,7	2,4	-1,7	-0,4	8,1	2,0
2001	10,0	2,5	8,1	2,0	18,1	4,5
2002	12,5	3,1	4,1	1,0	16,6	4,1
2003	8,5	2,1	2,3	0,6	10,8	2,7
2004	8,1	2,0	2,3	0,6	10,4	2,6

* Je 1.000 Einwohner am Jahresende

Datenquelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bearbeitung: J. Roloff

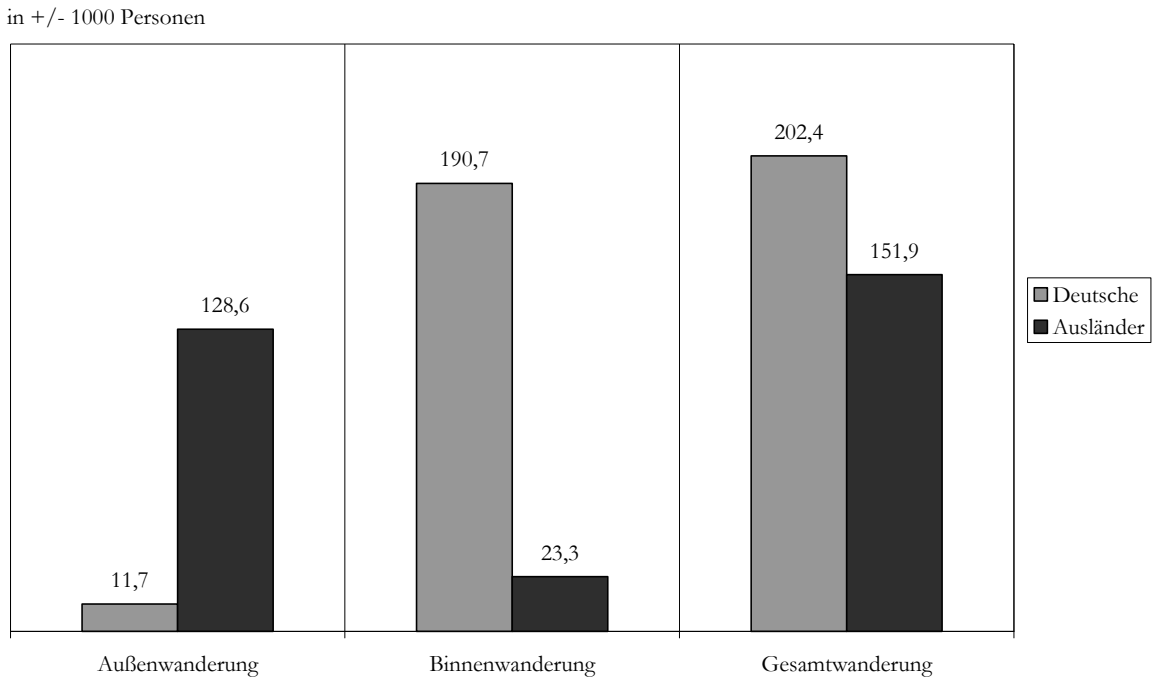
Abb. 56: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Rheinland-Pfalz, 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bearbeitung: J. Roloff

Im Endeffekt hatte das Land Rheinland-Pfalz im Untersuchungszeitraum einen Außenwanderungsgewinn von 11,7 Tausend Deutschen zu verbuchen, der nur einen Bruchteil (6 %) des gesamten Wanderungsplus von 202,4 Tausend Deutschen ausmacht. Demgegenüber kamen von den innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 nach Rheinland-Pfalz zugewanderten Personen nichtdeutscher Herkunft mit 151,9 Tausend allein 85 % aus dem Ausland (vgl. Abb. 57).

Abb. 57: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Rheinland-Pfalz, Summe der Jahre 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bearbeitung: J. Roloff

4.11.2.4 Bevölkerungsbilanz

Zwischen 1991 und 2004 stieg die Zahl der Einwohner in Rheinland-Pfalz um 293,4 Tausend bzw. um 6 %. Dieser Bevölkerungszuwachs beruhte (ausgenommen das Jahr 1992) ausschließlich auf Gewinnen aus der Binnen- bzw. Außenwanderung. Auffällig sind hierunter die Jahre 1991 und 1993: hier standen sehr niedrigen Gestorbenenüberschüssen sehr hohe Überschüsse an Zuzügen gegenüber, die letztendlich das Bevölkerungswachstum verstärkten. Dahingegen weist das Jahr 2003 den innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes niedrigsten Bevölkerungszuwachs aus, 1 Tausend gegenüber z.B. 55 Tausend im Jahr 1991. Im letzten Untersuchungsjahr stieg die Bevölkerung zwar wieder etwas um 2,3 Tausend, dies war jedoch im Vergleich zu den Jahren vor 2003 minimal. Ursache hierfür sind einerseits hohe Sterbefallüberschüsse und andererseits niedrige Wanderungsgewinne (vgl. Tab. 68).

Vergleicht man die Entwicklung der Zahl der Deutschen und Ausländer, so hat Rheinland-Pfalz einen stärkeren prozentualen Zuwachs seiner ausländischen Bevölkerung zu verzeichnen: diese wuchs von 252,9 (1991) auf 311,6 Tausend (2004) bzw. um 23 %, die deutsche Bevölkerung dagegen von 3.568,2 auf 3.749,5 Tausend, d.h. um nur 5 %.

Auch für dieses Bundesland weist das Ausländerzentralregister mit 289 Tausend im Jahr 2004 im Vergleich zur amtlichen Statistik weniger Personen aus. Davon stellten „die türkischen Staatsangehörigen mit rund 25 Prozent (71.000) die größte Gruppe unter der ausländischen Bevölkerung, gefolgt von Menschen aus Italien (28.000) und Serbien-Montenegro (22.000). Insgesamt stammen 37.000 ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien." Und weiter: „Die regionale Betrachtung zeigt, dass sich die ausländische Bevölkerung in den kreisfreien Städten des Landes konzentriert" (*Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz* 2005b).

In den Jahren 2000 bis 2004 erhielten 35.959 bzw. 12 % der in Rheinland-Pfalz wohnenden Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft. Im Vergleich zu anderen Bundesländern war die Zahl der Einbürgerungen in geringerem Maße rückläufig: von 7.338 (2000) auf 6.564 (2004) bzw. um 11 %.

Tab. 68: Bevölkerungsstand und -veränderung in Rheinland-Pfalz

Jahr	Bevölkerung zu Beginn des Jahres	Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-)	Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-)		Bevölkerung am Ende des Jahres
		in 1.000			je 1.000 Ew.	in 1.000
1991	3.763,5	-1,2	56,3	55,0	14	3.821,2
1992	3.821,2	0,1	56,8	56,9	15	3.881,0
1993	3.881,0	-1,6	43,5	42,0	11	3.925,9
1994	3.925,9	-2,3	35,6	33,3	8	3.951,6
1995	3.951,6	-3,3	29,7	26,3	7	3.977,9
1996	3.977,9	-2,8	25,5	22,6	6	4.000,6
1997	4.000,6	-1,5	18,8	17,3	4	4.017,8
1998	4.017,8	-3,1	10,2	7,1	2	4.025,0
1999	4.025,0	-4,3	10,1	5,8	1	4.030,8
2000	4.030,8	-4,3	8,1	3,8	1	4.034,6
2001	4.034,6	-6,4	18,1	11,6	3	4.049,1
2002	4.049,1	-7,9	16,6	8,7	2	4.057,7
2003	4.057,7	-9,8	10,8	1,0	0	4.058,7
2004	4.058,7	-8,1	10,4	2,3	1	4.061,1

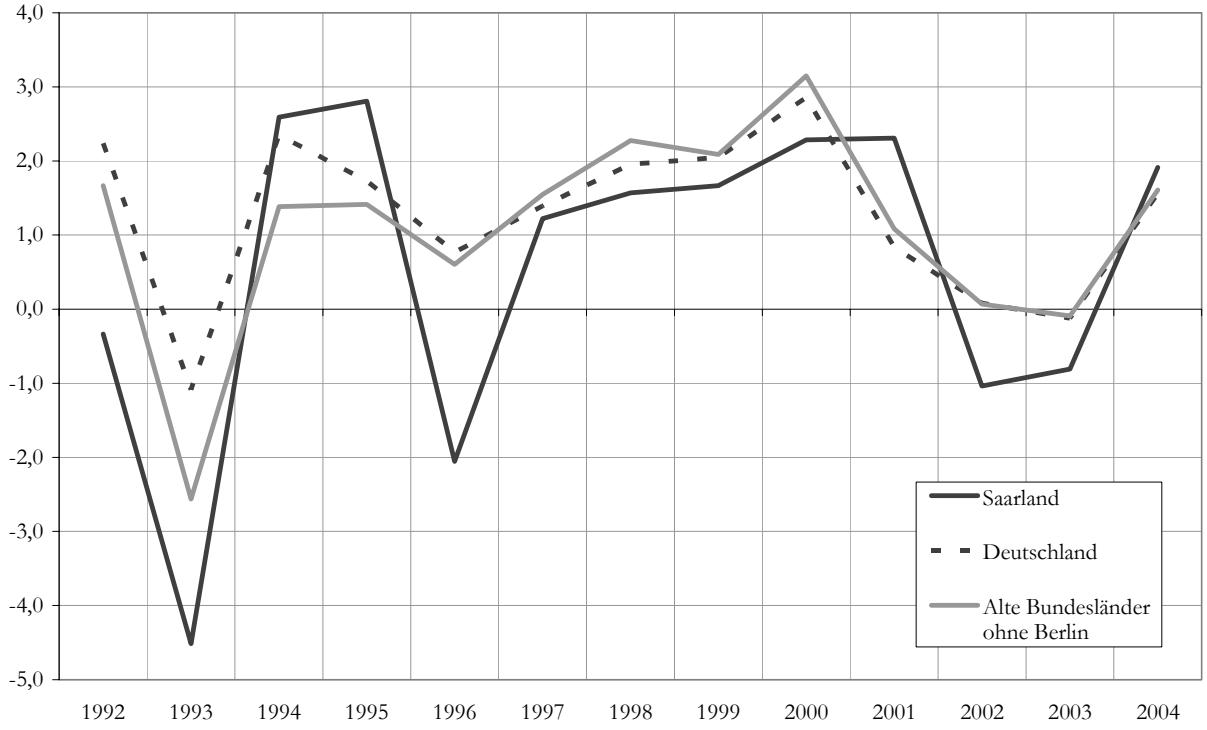
Datenquelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Bearbeitung: J. Roloff

4.12 Saarland

4.12.1 Wirtschaftsprofil

Im Saarland ist das reale Bruttoinlandsprodukt von 1991 bis 2004 um 8 % gestiegen. Von den (westdeutschen) Flächenländern ist dies die niedrigste Veränderung. Die Abwärtsbewegungen sind in den Jahren 1993 (-4,5 %), 1996 (-2,1 %) und Anfang des neuen Jahrtausends stärker ausgeprägt als im Bundesgebiet, aber auch im Vergleich mit dem Durchschnitt der westdeutschen Länder. Dagegen lag das Wachstum in den Jahren 1994 und 1995 1,2 bzw. 1,4 Prozentpunkte über den westdeutschen Raten. Von 2003 auf 2004 ist das reale BIP um 2 % gestiegen und somit etwas stärker sowohl im Bundesgebiet als auch in Westdeutschland (vgl. Abb. 58).

Abb. 58: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Datenquelle: VGR der Länder; Bearbeitung: F. Micheel

Von 1991 bis 2004 wuchs das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner um 9 % auf 22.991 Euro. Während im Jahr 1991 das Niveau des gesamten Bundesgebiets zu 98 % fast erreicht wurde, war dies 2004 nur noch zu 94 % der Fall. Im Jahr 2004 lag das mittlere Lohnniveau von 26.187 Euro um 2 % unterhalb des westdeutschen Durchschnitts. Gegenüber 1991 sind die Löhne und Gehälter im Saarland um fast 25 % gestiegen.

Die Arbeitsproduktivität lag im Jahr 2004 bei rund 48.650 Euro. Im Ländervergleich konnte das Saarland in der Zeit von 1991 bis 2004 am geringsten zulegen, d.h. seine Arbeitsproduktivität stieg nur um 3 %. Gleichzeitig zeigen die Lohnstückkosten die zweithöchste Steigerungsrate (18 %) im Bundesgebiet auf.

Der Dienstleistungsanteil an der Bruttowertschöpfung ist im Zeitraum zwischen 1991 und 2004 von 62 auf 70 % gestiegen. Im Jahr 2004 betrug der Industrieanteil an der Bruttowertschöpfung 30 % (1991: 38 %) und der Anteil der Landwirtschaft 0,3 % (1991: ebenfalls 0,3 %).

Eine Besonderheit der saarländischen Wirtschaft ist die von der Montan- und Stahlindustrie geprägte Struktur. Die beiden Industriezweige erlebten in der Nachkriegszeit einen Boom bis Ende der 1960er Jahre. Seit den 1970er Jahren, in denen steigende Energiepreise und eine voranschreitende internationale Konkurrenzsituation zu beobachten sind, konnte die Montanindustrie ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr aufrechterhalten. Ende der 1960er Jahre konnte jedoch die Wirtschaft im Saarland vom Aufschwung der Automobilindustrie im benachbarten Baden-Württemberg profitieren; aufgrund des dort herrschenden Fachkräftemangels konnte sich dieser Industriezweig im Saarland ansiedeln. Aber nicht nur die regionale Nähe, sondern auch die erfahrenen und relativ niedrig entlohnten Arbeiter sowie die regionale Industriekultur begünstigten die Region im Standortwettbewerb. Mittlerweile haben sich viele Zulieferbetriebe im Saarland etablieren können, die Automobilindustrie ist eine der wichtigsten Branchen (*Otto/Schanne* 2005:11f).

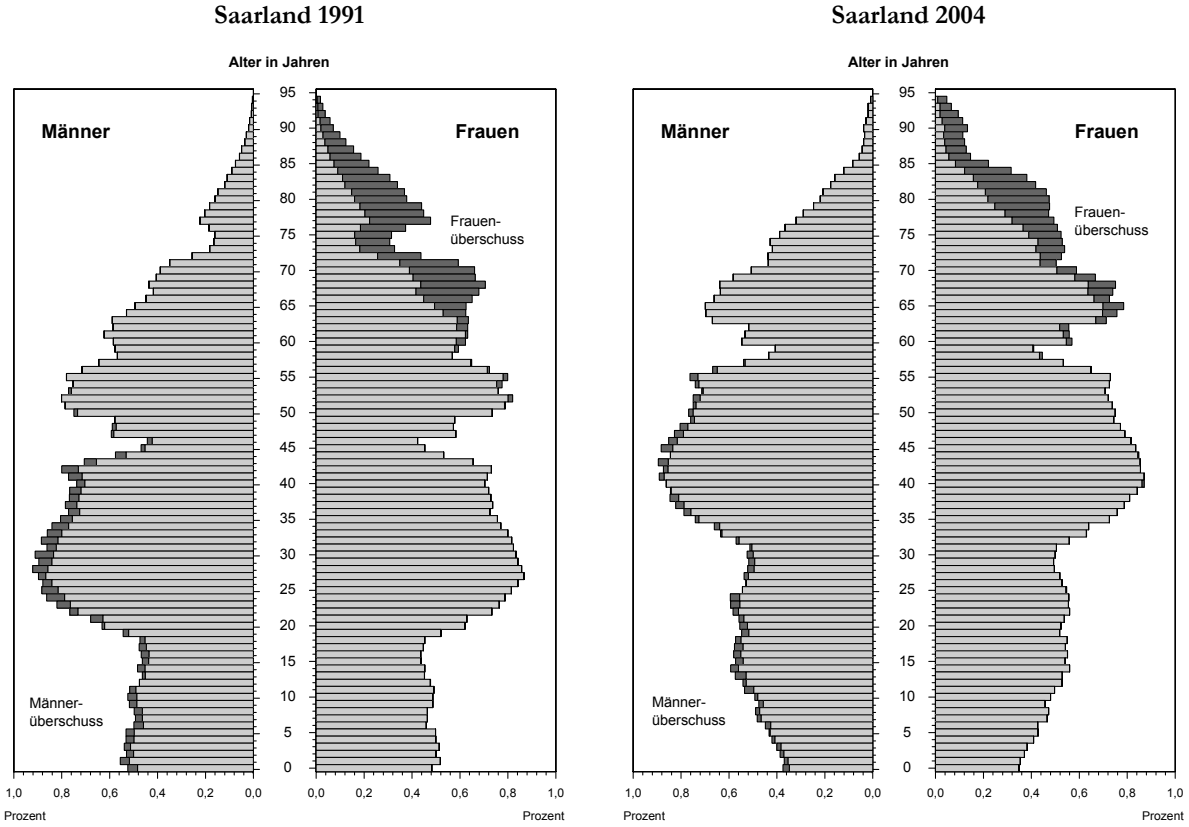
Für das Jahr 2004 wurden im Saarland rund 500 Tausend erwerbstätige Personen gezählt; gegenüber dem Jahr 1991 waren es um 4 % mehr. Die Erwerbstätigenquote betrug im letzten Untersuchungsjahr 61,7 %. Damit liegt das Saarland 2,6 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt.

Im Jahr 2004 wurden im Saarland im Jahresmittel etwa 46 Tausend arbeitslos gemeldete Personen erfasst. Daraus resultiert eine Arbeitslosenquote von 10 %, die Rang Fünf im deutschlandweiten Vergleich belegt. Gegenüber den westdeutschen Ländern war sie 0,6 Prozentpunkte höher. Von den Arbeitslosen waren 13 % unter 25 Jahre und 11 % über 55 Jahre alt. Innerhalb des Saarlandes streuten mit etwa 2,5 Prozentpunkten sowohl die niedrigste als auch die höchste Arbeitslosenquote um den Landeswert. Im Landkreis St. Wendel betrug die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 7,5 %, im Stadtverband Saarbrücken 12,4 %.

Hinsichtlich der Sozialhilfequote teilt sich von den Flächenländern das Saarland zusammen mit Schleswig-Holstein den letzten Platz. Ende 2004 betrug diese 4,3 %, es sind zu diesem Stichtag 45.172 Personen in der Sozialhilfestatistik gemeldet worden.

Mit 33 Patentanmeldungen pro 100 Tausend Einwohner wurde im Saarland für das Jahr 2004 ein Wert ermittelt, der etwas mehr als der Hälfte des Bundesdurchschnitts entspricht. Hinsichtlich des F&E-Ausgabenanteils am BIP belegt das Saarland im Ländervergleich den letzten Rang (1 % im Jahr 2001). Der überwiegende Teil der Finanzierung der Forschungsaktivitäten, knapp 63 %, wurde im Jahr 2001 vom Staat übernommen, die übrigen 37 % von der Wirtschaft.

4.12.2 Bevölkerungsentwicklung



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Darstellung: BiB

4.12.2.1 Geburten und Fertilität

Im Jahr 1991 wurden im Saarland 11.052 Kinder geboren. Bis 2003 sanken die Geburten auf einen Tiefststand von 7.600 Kindern, d.h. um 31 %. Im letzten Untersuchungsjahr wurden wieder mehr Kinder (allerdings nur 60) als im Vorjahr geboren. Damit weisen die Geburtenzahlen im Saarland im Vergleich zu anderen Bundesländern einen besonders starken Rückgang auf.

Analog dazu weist das Fertilitätsniveau einen starken Abwärtstrend auf: Wurden 1991 im Saarland von 1.000 der Frauen im gebärfähigen Alter 1.318 Kinder geboren, waren es 2003 mit 1.211 Kindern 8 % weniger. 2004 stieg die Geburtenziffer, allerdings nur unwesentlich auf 1.244 und lag damit 6 % unter dem Niveau des Jahres 1991 (vgl. Tab. 69). Bis 1997 war die Saarländer Geburtenziffer nur wenig vom Bundesdurchschnitt entfernt. Danach unterschritt sie immer mehr das gesamtdeutsche Niveau, so im letzten Untersuchungsjahr um 8 % (Tab. 69).

Bei Betrachtung der altersspezifischen Geburtenziffern kann man feststellen, dass innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 die unter 30-jährigen Frauen mit durchschnittlich 20 % den stärksten Rückgang ihrer Geburten zu verbuchen hatten: so von 65 auf 52 Kinder je 1.000 der unter 20-jährigen Frauen; von 1.000 der 20 bis 24 Jahre alten Frauen wurden statt 283 nur 226 sowie von 1.000 der 25- bis 29-jährigen Frauen statt 478 nur 383 Kinder geboren. Allerdings ist sowohl bei den unter 20- als auch 25- bis 29-jährigen Frauen 2004 gegenüber 2003 ein leichter Anstieg ihrer Geburtenzahlen zu verzeichnen, d.h. je 1.000 dieser Frauen wurden um 2 bzw. 9 Kinder mehr geboren. Dagegen ist bei den über 30-jährigen Frauen im Allgemeinen eine positive Entwicklung ihres Geburtenniveaus zu verzeichnen.

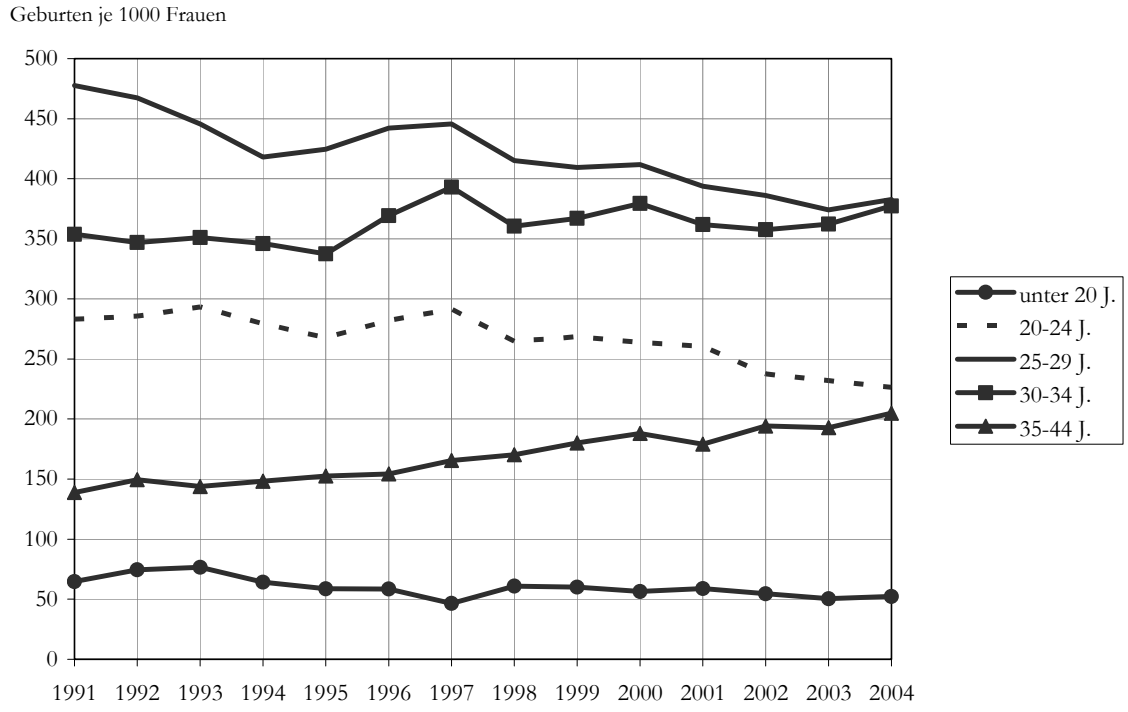
Tab. 69: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer im Saarland

Jahr	Lebendgeborene absolut	Index 1991 = 100	Geburten je 1.000 Frauen	Index 1991 = 100	Differenz*
1991	11.052	100,0	1.318	100,0	-1,0
1992	10.954	99,1	1.324	100,4	2,5
1993	10.653	96,4	1.310	99,4	2,6
1994	10.028	90,7	1.256	95,3	1,2
1995	9.727	88,0	1.241	94,1	-0,6
1996	9.976	90,3	1.306	99,1	-0,6
1997	9.987	90,4	1.342	101,8	-1,9
1998	9.111	82,4	1.272	96,5	-6,1
1999	8.941	80,9	1.285	97,5	-5,5
2000	8.783	79,5	1.300	98,6	-5,6
2001	8.196	74,2	1.254	95,2	-6,9
2002	7.879	71,3	1.230	93,3	-8,2
2003	7.600	68,8	1.211	91,9	-9,5
2004	7.660	69,3	1.244	94,3	-7,9

* in +/- Prozent zu Deutschland

Datenquelle: Statistisches Landesamt Saarland; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 59: Geburtenniveau im Saarland nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Landesamt Saarland; Bearbeitung: J. Roloff

Wie bei den übrigen Bundesländern fallen auch hier die 35 bis 44 Jahre alten Frauen auf: Wurden je 1.000 von ihnen 1991 noch 139 Kinder geboren, waren es im letzten Untersuchungsjahr 205 bzw. um 48 % mehr. Bei den 30- bis 34-jährigen Frauen lässt sich über den gesamten Zeitraum keine so kontinuierliche Entwicklung feststellen wie bei der ältesten Frauengruppe: Bis 1997 stiegen die Geburtenziffern dieser Frauen zwar von 354 auf 393, d.h. um 11 %, sanken bis 2003 wie-

der auf 362 und stiegen dann wiederum auf 377, womit sie nunmehr um 7 % über dem Ausgangsniveau liegen (vgl. Abb. 59).

4.12.2.2 Sterbefälle und Sterblichkeit

Im Jahr 1991 starben im Saarland 12.665 Menschen, 2004 waren es 12.015 Gestorbene bzw. 5 % weniger, womit der bis dato niedrigste Stand erreicht worden war. In den Zwischenjahren waren dahingegen keine nennenswerten Veränderungen in der Sterbefallstatistik festzustellen. Die vergleichsweise höchste Zahl an Gestorbenen wies mit 13.053 noch das Jahr 1993 auf, 3 % über dem Niveau des Jahres 1991. Bezogen auf 1.000 Einwohner sank die Zahl der Gestorbenen im Saarland nur unwesentlich von 11,8 auf 11,3 (Tab. 70).

Tab. 70: Gestorbene absolut und Sterbeziffer im Saarland

Jahr	absolut	Index*	Sterbeziffer**
1991	12.665	100,0	11,8
1992	12.579	99,3	11,6
1993	13.053	103,1	12,0
1994	12.711	100,4	11,7
1995	12.647	99,9	11,7
1996	12.529	98,9	11,6
1997	12.455	98,3	11,5
1998	12.450	98,3	11,6
1999	12.775	100,9	11,9
2000	12.311	97,2	11,5
2001	12.361	97,6	11,6
2002	12.371	97,7	11,6
2003	12.900	101,9	12,2
2004	12.015	94,9	11,3

* 1991 = 100 %

** Gestorbene je 1.000 Einwohner und 1 Jahr

Datenquelle: Statistisches Landesamt Saarland; Bearbeitung: J. Roloff

Tab. 71: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen im Saarland und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002-2004

Altersstufe	Lebenserwartung in Jahren		Abstand zum Bundesdurchschnitt in Monaten	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
0	80,4	74,8	-14,4	-13,0
1	79,7	74,2	-13,8	-12,2
20	61,0	55,5	-13,2	-12,2
40	41,5	36,3	-12,1	-12,5
60	23,3	19,3	-9,4	-9,2
65	19,1	15,6	-8,5	-7,6
80	8,2	6,9	-4,8	-4,4

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, abgekürzte Sterbetafel 2002/2004; Bearbeitung: J. Roloff

Entsprechend der vom Statistischen Bundesamt für die Jahre 2002 bis 2004 erstellten Sterbetafel haben die im Saarland Neugeborenen die Chance, im Schnitt 74,8 (Jungen) bzw. 80,4 (Mädchen) Jahre zu leben (Tab. 71). Beide Geschlechter weisen in allen in der Tabelle 71 aufgeführten Altersstufen eine gegenüber dem Bundesdurchschnitt höhere Sterblichkeit auf – und dies auf fast gleich hohem Abstand: Z.B. haben sowohl die 60-jährigen Männer als auch Frauen im Saarland gegenüber allen Menschen dieses Alters in Deutschland eine um ein dreiviertel Jahr geringere Lebenserwartung und bei den Hochbetagten macht diese Differenz knapp 5 Monate aus (vgl. Tab. 71).

4.12.2.3 Wanderungen

Das Saarland hat nahezu durchgängig Binnenwanderungsverluste zu verzeichnen. Am wenigsten verlor das Bundesland im Jahr 2003 durch Abwanderungen in andere Bundesländer (64 Personen). Nur im Jahr 2002 und im letzten Untersuchungsjahr konnte das Saarland einen, wenn auch sehr niedrigen Binnenwanderungsgewinn (62 bzw. 43 Personen) verbuchen. Innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes betrug der Binnenwanderungsverlust 12,3 Tausend Menschen; je 1.000 seiner Einwohner waren dies 11 Personen. Abgesehen von wenigen Ausnahmen standen im Saarland den Negativsalden der Binnenwanderung immer Außenwanderungsgewinne gegenüber, die zu einem Gesamtwanderungsplus führten. Nur im Jahr 1997 konnte der Überschuss an Zuzügen aus dem Ausland den Überschuss an Fortzügen in andere Bundesländer nicht auffangen. Im Jahr 1998 war neben dem Binnenwanderungsverlust zudem ein Außenwanderungsminus zu verzeichnen, und 2004 stand einem negativen Außenwanderungssaldo ein sehr geringes Binnenwanderungsplus gegenüber. Einzig im Jahr 2002 trugen Binnen- und Außenwanderung zu einem Wanderungsgewinn bei. Abgesehen davon wanderten 1991 bis 2004 aus dem Ausland 41,1 Tausend mehr Personen in das Saarland zu als von dort wegzogen. Abzüglich der Binnenwanderungsverluste gewann die Bevölkerung im Saarland insgesamt 28,8 Tausend Personen über Zuwanderungen dazu (vgl. Tab. 72).

Tab. 72: Salden der Binnen- und Außenwanderung im Saarland, 1991 bis 2004

Jahr	Binnenwanderung		Außenwanderung		Gesamtwanderung	
	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*
1991	-0,4	-0,4	5,9	5,5	5,5	5,1
1992	-1,3	-1,2	10,0	9,2	8,7	8,1
1993	-2,0	-1,9	4,9	4,5	2,9	2,7
1994	-1,4	-1,3	3,7	3,4	2,3	2,2
1995	-1,4	-1,3	4,5	4,1	3,1	2,8
1996	-0,2	-0,2	2,6	2,4	2,4	2,2
1997	-1,0	-0,9	0,4	0,3	-0,6	-0,6
1998	-1,3	-1,2	-1,9	-1,8	-3,2	-3,0
1999	-1,2	-1,1	2,3	2,2	1,1	1,0
2000	-1,3	-1,2	2,0	1,9	0,7	0,7
2001	-1,0	-1,0	2,9	2,7	1,9	1,8
2002	0,1	0,1	2,9	2,7	3,0	2,8
2003	(-4 Pers.)	-0,004	1,6	1,5	1,6	1,5
2004	0,04	0,041	-0,7	-0,6	-0,6	-0,6

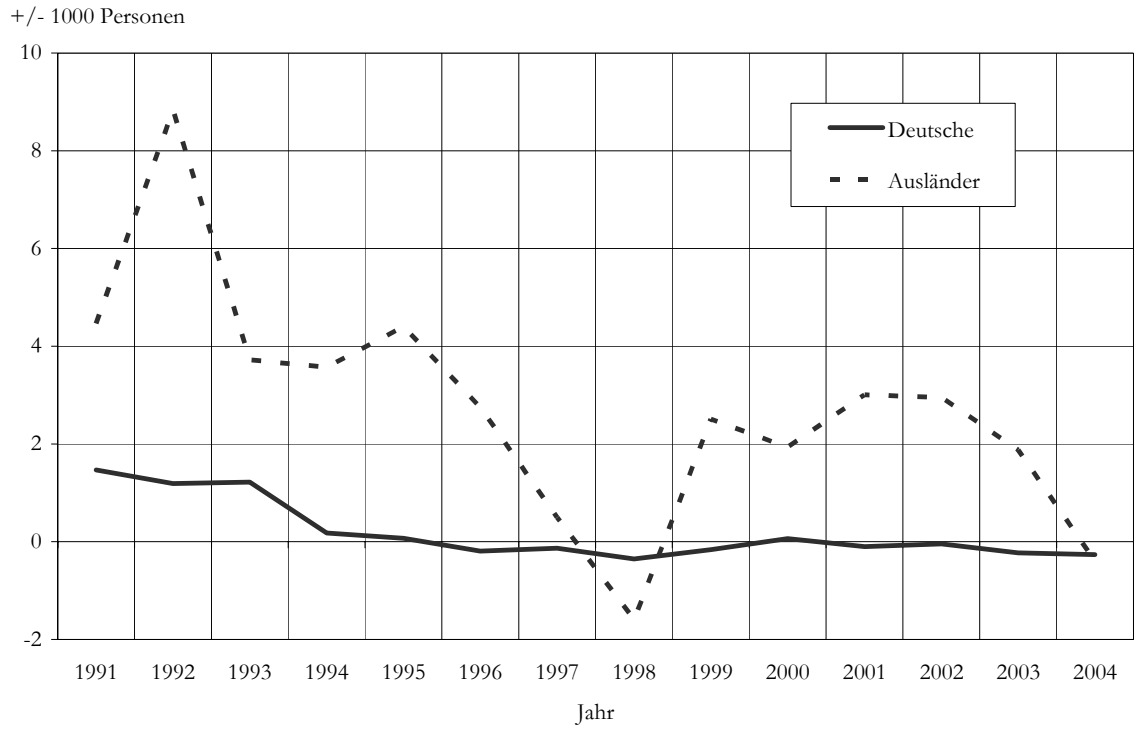
* Je 1.000 Einwohner am Jahresende

Datenquelle: Statistisches Landesamt Saarland; Bearbeitung: J. Roloff

Innerhalb des Zeitraumes von 1991 bis 2004 zogen bei weitem mehr Ausländer als Deutsche aus dem Ausland in das Saarland, eine Ausnahme bildet das Jahr 1998 (vgl. Abb. 60). Ihr Anteil am gesamten o.a. Außenwanderungsgewinn macht 94 % aus. Seit 1996 (ausgenommen das Jahr 2000) hat das Saarland Außenwanderungsverluste an Deutschen zu verzeichnen. Somit gewann es innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes nur wenige 2,7 Tausend Deutsche aus dem Ausland dazu. Dem steht jedoch ein Binnenwanderungsminus von 5,5 Tausend gegenüber, so dass das Saarland letztendlich einen Gesamtverlust von 2,8 Tausend Deutschen infolge von Wegzügen aufweist (Abb. 61). Bei den Ausländern stellt sich die Situation günstiger dar: Zwar hat das Saarland, die Jahre 1991 bis 2004 zusammengenommen, einen Binnenwanderungsverlust von 6,8 Tausend Ausländern zu verzeichnen, doch gewann es 38,5 Tausend Personen durch Zuwan-

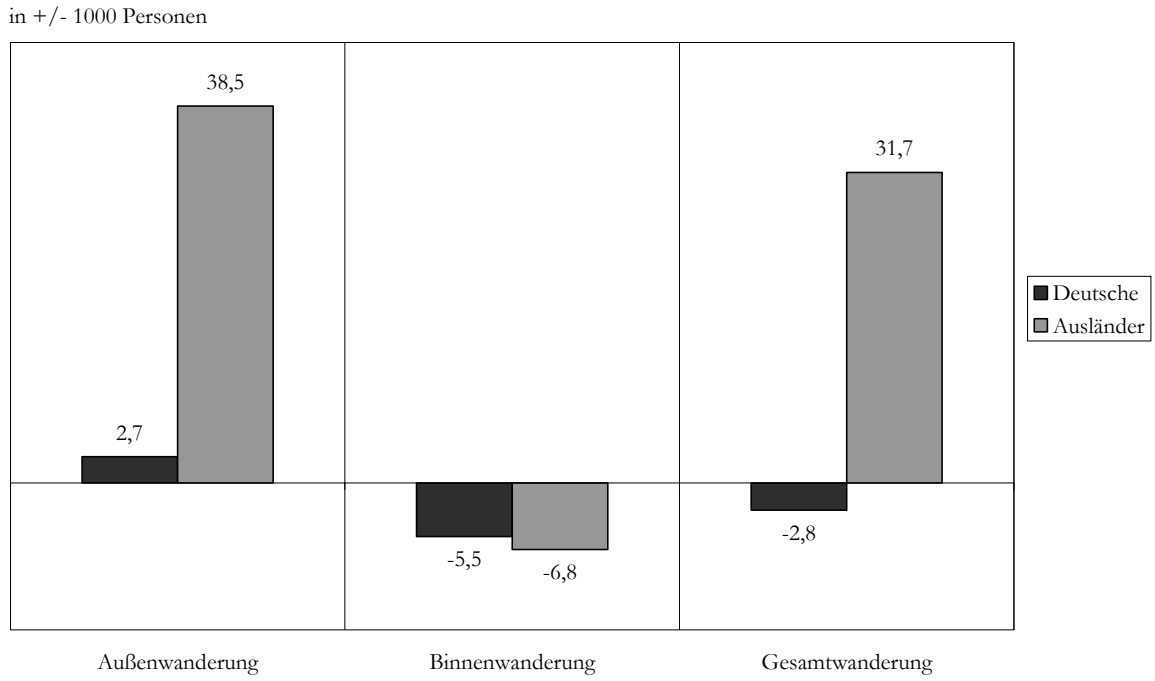
derungen aus dem Ausland. Somit konnte die ausländische Bevölkerung im Saarland insgesamt ein Wanderungsplus von 31,7 Tausend Personen verbuchen (Abb. 61).

Abb. 60: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern im Saarland, 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Landesamt Saarland; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 61: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern im Saarland, Summe der Jahre 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Landesamt Saarland; Bearbeitung: J. Roloff

4.12.2.4 Bevölkerungsbilanz

Die Einwohnerzahl des Saarlandes lag 2004 im Vergleich zu 1991 um 16,5 Tausend bzw. um 2 % niedriger. Dieser Rückgang wurde durch die seit 1994 schrumpfende Bevölkerung hervorgerufen (nur das Jahr 1995 wies noch ein geringfügiges Bevölkerungswachstum von 0,2 Tausend Menschen auf). Das hatte zur Folge, dass der Bevölkerungsgewinn in den ersten drei Jahren unseres Untersuchungszeitraumes von 11,5 Tausend Personen quasi hinfällig wurde. Denn innerhalb der Jahre 1994 bis 2004 ging die Einwohnerzahl im Saarland um 28,1 Tausend zurück. Ursache hierfür sind vor allem die Geburtendefizite, die im Gegensatz zu den Jahren vor 1994 durch entsprechend hohe Wanderungsüberschüsse nicht mehr ausgeglichen werden konnten (vgl. Tab. 73).

Anhand der Daten in Tabelle 73 ist zudem ein nahezu stetig anwachsendes Geburtendefizit zu sehen: Betrug dieses im Ausgangsjahr 1991 noch 1,6 Tausend Personen, hatte es 2003 mit 5,3 Tausend Personen seinen bisherigen Höchststand erreicht; 2004 war es mit 4,4 Tausend Personen wieder etwas geringer.

Betrachtet man abschließend die Entwicklung der deutschen und ausländischen Bevölkerung gesondert, so kann man feststellen, dass im Saarland die Ausländerzahl relativ stark gestiegen ist: Lebten 1991 im Saarland noch 65.518 Ausländer/innen, waren es 2004 88.925 bzw. 36 % mehr. Dahingegen erfuhr die Zahl der Deutschen einen Rückgang: von 1.011,4 auf 967,5 Tausend bzw. um 4 %.

Im Verlauf der Jahre 2000 bis 2004 wurden 7.064 Ausländer deutsche Staatsangehörige. Daraus ergibt sich eine Einbürgerungsquote von 8 %. Im letzten Untersuchungsjahr wurden, ebenso wie in den meisten bisher beschriebenen Bundesländern, auch im Saarland im Vergleich zu 2000 weniger Personen eingebürgert: 2000 waren es 1.833, dagegen 2000 nur 1.236, d.h. um ein Drittel weniger.

Tab. 73: Bevölkerungsstand und -veränderung im Saarland

Jahr	Bevölkerung zu Beginn des Jahres	Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-)	Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-)		Bevölkerung am Ende des Jahres
		in 1.000			je 1.000 Ew.	in 1.000
1991	1.073,0	-1,6	5,5	3,9	4	1.076,9
1992	1.076,9	-1,6	8,7	7,1	7	1.084,0
1993	1.084,0	-2,4	2,9	0,5	0	1.084,5
1994	1.084,5	-2,7	2,3	-0,3	0	1.084,2
1995	1.084,2	-2,9	3,1	0,2	0	1.084,4
1996	1.084,4	-2,6	2,4	-0,2	0	1.084,2
1997	1.084,2	-2,5	-0,6	-3,1	-3	1.080,8
1998	1.080,8	-3,3	-3,2	-6,6	-6	1.074,2
1999	1.074,2	-3,8	1,1	-2,7	-3	1.071,5
2000	1.071,5	-3,5	0,7	-2,8	-3	1.068,7
2001	1.068,7	-4,2	1,9	-2,3	-2	1.066,5
2002	1.066,5	-4,5	3,0	-1,5	-1	1.065,0
2003	1.065,0	-5,3	1,6	-3,7	-3	1.061,4
2004	1.061,4	-4,4	-0,6	-5,0	-5	1.056,4

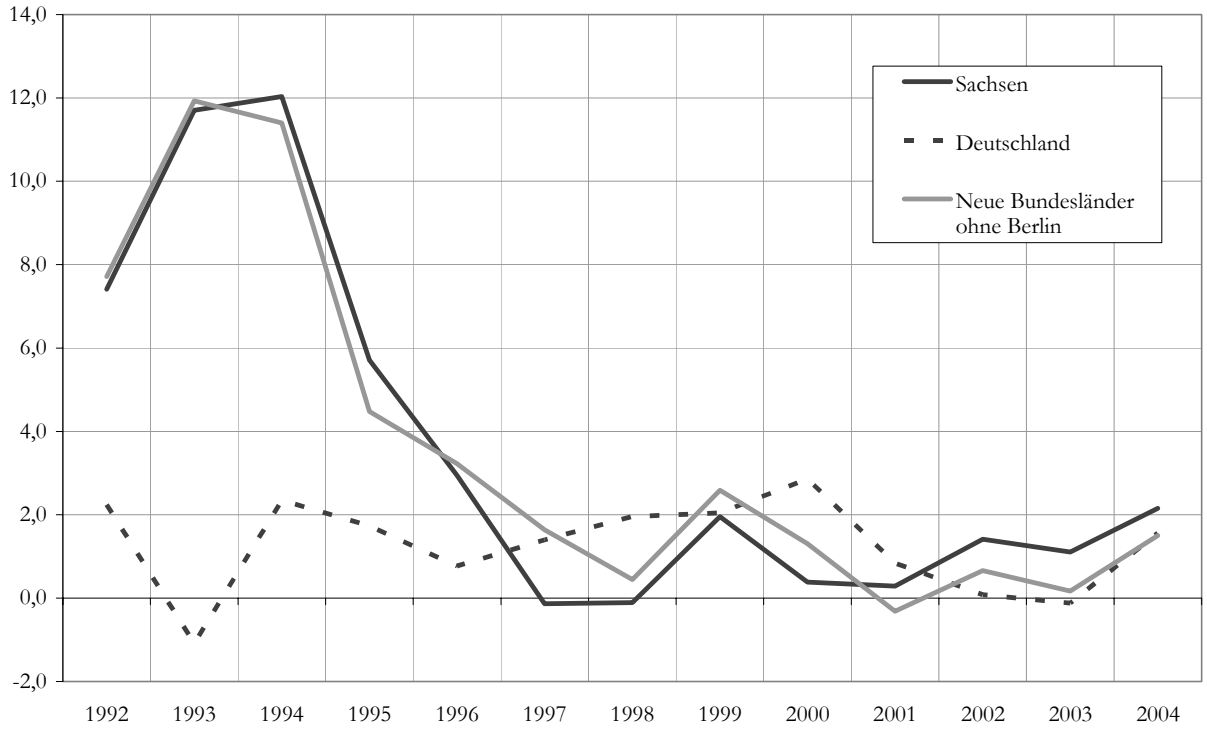
Datenquelle: Statistisches Landesamt Saarland; Bearbeitung: J. Roloff

4.13 Sachsen

4.13.1 Wirtschaftsprofil

In Sachsen hat das Bruttoinlandsprodukt von 1991 bis 2004 um 57 % zugenommen. Dies entspricht dem ostdeutschen Durchschnitt. Die Entwicklung hatte über den gesamten Zeitraum einen ähnlichen Verlauf wie insgesamt in den neuen Bundesländern. Die Wachstumsraten lagen in den Jahren 1993 und 1994 bei über 10 %. Darauf folgte der wirtschaftliche Abschwung. Für die Jahre 1997 und 1998 wurden für Sachsen negative Veränderungsraten (jeweils -0,1 %) registriert (Abb. 62).

Abb. 62: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Datenquelle: VGR der Länder; Bearbeitung: F. Micheel

Von den neuen Bundesländern hat Sachsen das höchste BIP je Einwohner im Jahr 2004 erzielt. Die wirtschaftliche Entwicklung ist, gemessen an dieser Kennzahl, im Zeitraum von 1991 bis 2004 von stetig positiven Wachstumsraten gekennzeichnet. Mit 17.170 Euro ist gegenüber dem Jahr 1991 ein Anstieg von 72 % zu beobachten. Das Niveau gegenüber dem Bundesgebiet ist in der gleichen Zeit von 47 % auf 70 % angewachsen. Auch hier belegt Sachsen unter den ostdeutschen Ländern die Spitzenposition.

Das Land Sachsen steht mit seiner Arbeitsproduktivität (BIP je Erwerbstätiger = 38.558 Euro) derzeit in der Länderhierarchie an vorletzter Stelle. Das Wachstum zwischen 1991 und 2004 betrug 83 %. Die Lohnstückkosten sind von 1991 bis 2004 um 7 % gestiegen.

Im Jahr 2004 wurden in Sachsen 68 % der Bruttowertschöpfung vom Dienstleistungssektor erbracht, dabei hat sich gegenüber dem Jahr 1991 dieser Anteil nur geringfügig, um +0,1 Prozentpunkte, verändert. 30 % wurden im Produzierenden Gewerbe (-0,1 Prozentpunkte gegenüber 1991) sowie knapp 2 % (keine Änderung gegenüber 1991) in der Landwirtschaft erwirtschaftet.

Die sächsische Wirtschaft ist vom Erzabbau gekennzeichnet, diese Tradition geht bis in das Mittelalter zurück. Die Industrialisierung setzte im 19. Jahrhundert mit dem Einsatz von Dampfmaschinen und der Entwicklung des Maschinenbaus ein. Letztgenannter Zweig nimmt noch heute eine wichtige Stellung in der sächsischen Wirtschaft ein,[33] während der Bergbau sowie die Textilbranche nach der Vereinigung an Bedeutung verloren haben. Auch die Automobilbranche blickt auf eine lange Tradition zurück. Heute sind mehr als 65 Tausend Menschen in der Automobilindustrie tätig. Mit der Mikroelektronik hat sich im Dresdener Raum ein neuer Branchenschwerpunkt entwickelt. Dieser Zweig profitierte mit hoher Wahrscheinlichkeit von den Agglomerationsvorteilen (vorhandene Industrie und gut qualifizierte Arbeitskräfte) in dieser Region, der Einstieg in die Mikroelektronik wurde mit der „Arbeitsstelle für Molekularelektronik" bereits zu DDR-Zeiten forciert. Der stark verdichtete Raum bietet für kooperative Zusammenschlüsse oder Netzwerke gute Voraussetzungen. Die Produktionsaufnahme zwei bekannter Computerchiphersteller (AMD, Infineon) hatte – neben anderen Aspekten – vermutlich positive Auswirkungen auf die demographische Entwicklung in Sachsen, denn seit 1999 sind die Wanderungssalden dort nicht mehr negativ (*Kunz/Weyh/Lenecke* 2005: 9ff).

In Sachsen sind seit 1991 die Bruttolöhne und -gehälter um 95 % gestiegen, im Jahr 2004 verdiente ein Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt 21.634 Euro. Damit liegt Sachsen innerhalb der ostdeutschen Länder nach Brandenburg an zweiter Stelle.

Im Jahr 2004 waren 1,92 Millionen Personen in Sachsen erwerbstätig. Im Vergleich zum Jahr 1991 ist ein Rückgang der Erwerbstätigenzahl von 14 % zu beobachten. Neben Brandenburg ist auch in Sachsen diese prozentuale Veränderung in Ostdeutschland am schwächsten negativ ausgeprägt. Die Erwerbstätigenquote Sachsens machte im Jahr 2004 60,8 % aus und lag 3,5 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt.

Insgesamt wurde im Jahresmittel 2004 eine Arbeitslosenzahl von knapp 397 Tausend Personen errechnet. Somit war in Sachsen fast jede fünfte Erwerbsperson arbeitslos. Im Durchschnitt der neuen Bundesländer weist damit Sachsen hinter Thüringen die zweitniedrigste Quote auf. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote war in Ostdeutschland 0,7 Prozentpunkte höher. 11 % der Arbeitslosen in Sachsen waren unter 25 Jahre alt und 10 % 55 Jahre und älter.

In der Stadt Dresden wurde mit 15,7 % die niedrigste Arbeitslosenquote beobachtet, in der Stadt Görlitz war sie mit 27,2 % am höchsten.

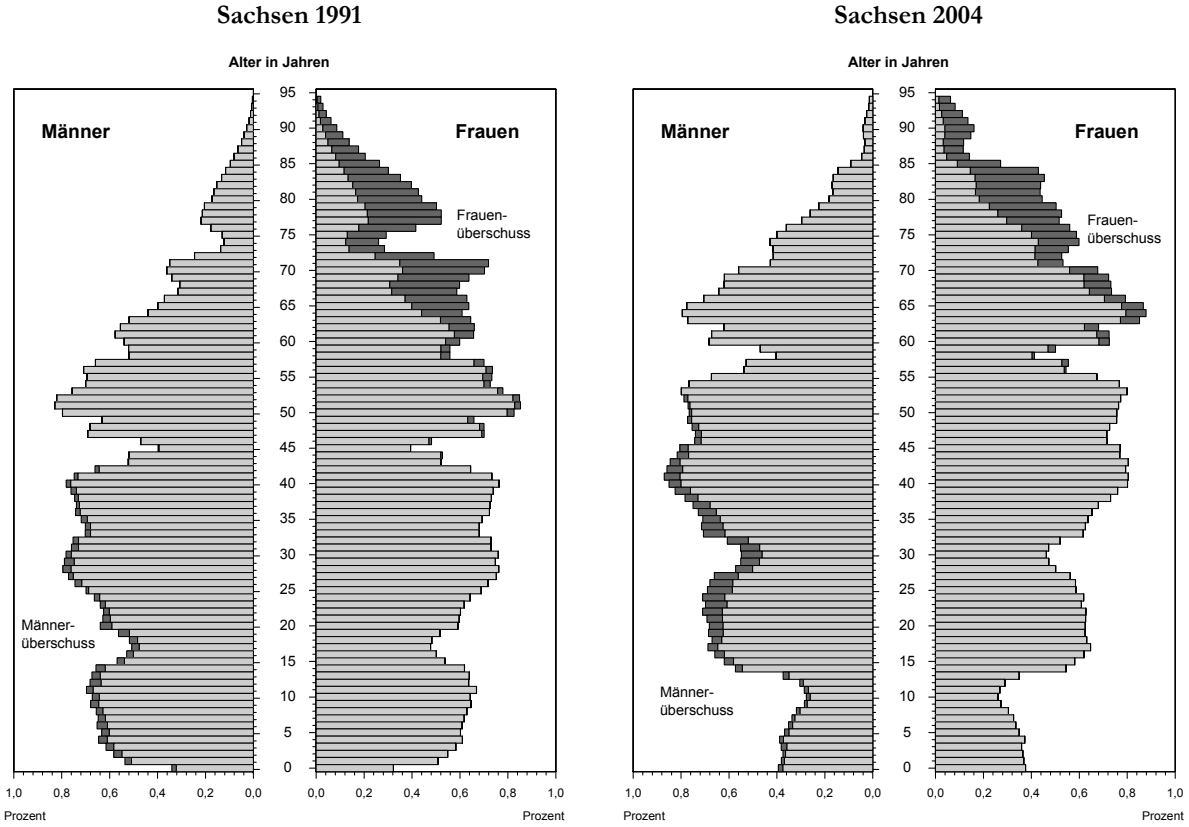
Am Ende des Jahres 2004 lag die Sozialhilfequote im Freistaat Sachsen mit 3,2 % (das entspricht 139.594 Sozialhilfeempfängern) leicht unter dem Bundesdurchschnitt.

In Sachsen war die Patentdichte im Jahr 2004 mit 19 Patentanmeldungen je 100 Tausend Einwohner die zweithöchste in den neuen Bundesländern. Der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP betrug im Jahr 2001 knapp 3 % und lag mit dem Bundesdurchschnitt gleichauf. Öffentliche Hand und private Wirtschaft teilten sich die Aufwendungen für Forschung im Verhältnis von 1:1.

---

[33] Als Beispiel für ein wichtiges Netzwerk in dieser Branche sei die Verbundinitiative Maschinenbau Sachsen (VEMA) genannt.

4.13.2 Bevölkerungsentwicklung



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Darstellung: BiB

4.13.2.1 Geburten und Fertilität

In Sachsen waren die Geburtenzahlen von 1991 bis 1994 stark rückläufig: So wurden 1994 im Vergleich zu 1991 27 %, d.h. 8.544 weniger Kinder geboren. In den Folgejahren trat quasi eine Erholung ein: die Geburtenzahlen stiegen allmählich an und erreichten 1999 erstmalig wieder das Ausgangsniveau des Jahres 1991. Im letzten Untersuchungsjahr wurden 33.044 Geburten registriert, also 6 % mehr als 1991 (Tab. 74).

Laut Mitteilung des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen hatten allein 56 % der im Jahr 2004 Neugeborenen eine nicht verheiratete Mutter. Hier dürfte die gerade in Ostdeutschland hohe Zahl an nichtehelichen Lebensgemeinschaften zu Buche schlagen. Entsprechend der regionalen Geburtenentwicklung teilt das Landesamt weiter mit: „In neun Kreisfreien Städten und Landkreisen wurden 2004 weniger Lebendgeborene als 2003 registriert. Den höchsten Rückgang wies der Landkreis Freiburg mit knapp 7 Prozent auf. In 20 Kreisfreien Städten und Landkreisen kam es zu einem Geburtenanstieg. Der höchste Anstieg von 13 Prozent war im Landkreis Stollberg zu verzeichnen“ (*Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen* 2005a).

Analog zur Entwicklung der absoluten Geburtenzahlen sank bis 1994 die zusammengefasste Geburtenziffer von 990 (1991) auf 773 bzw. um 22 %. In den Folgejahren stieg das Geburtenniveau bis 2004 auf 1.341 Kinder je 1.000 Frauen und lag somit um 35 % über dem Ausgangsniveau des Jahres 1991 (Tab. 74).

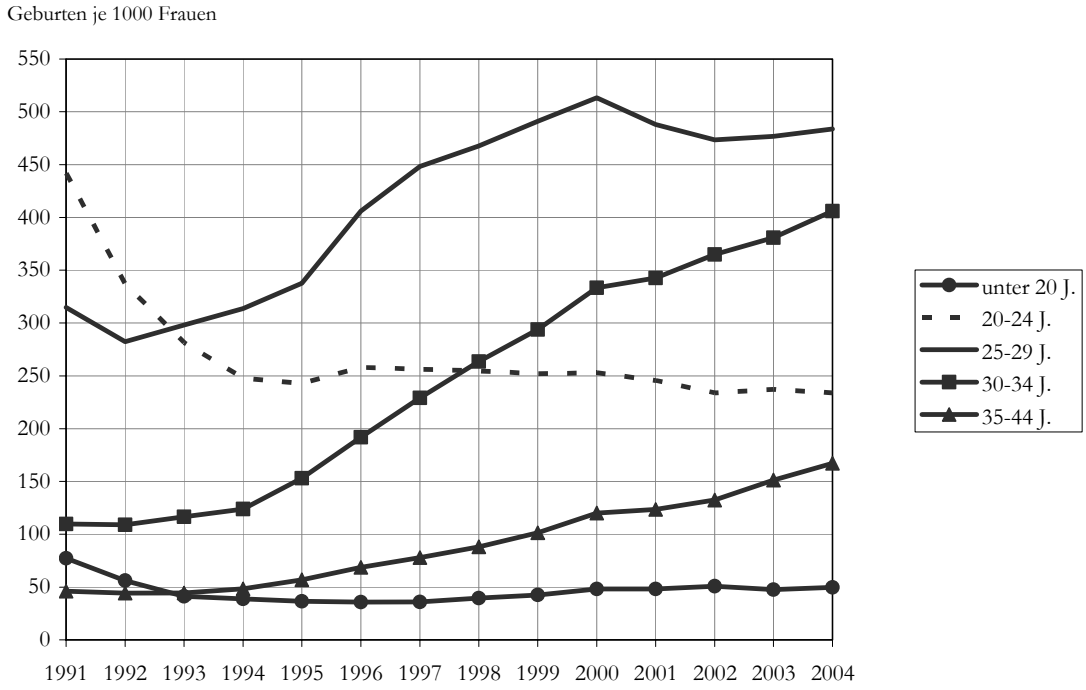
Tab. 74: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Sachsen

Jahr	Lebendgeborene absolut	Index 1991 = 100	Geburten je 1.000 Frauen	Index 1991 = 100	Differenz*
1991	31.278	100,0	990	100,0	-25,6
1992	25.298	80,9	829	83,7	-35,8
1993	23.423	74,9	782	79,0	-38,8
1994	22.734	72,7	773	78,1	-37,7
1995	24.004	76,7	827	83,6	-33,7
1996	27.006	86,3	960	97,0	-27,0
1997	29.008	92,7	1.048	105,9	-23,4
1998	30.190	96,5	1.114	112,5	-17,8
1999	31.383	100,3	1.181	119,3	-13,2
2000	33.139	105,9	1.268	128,1	-7,9
2001	31.943	102,1	1.248	126,1	-7,3
2002	31.518	100,8	1.256	126,8	-6,3
2003	32.100	102,6	1.294	130,7	-3,4
2004	33.044	105,6	1.341	135,4	-0,7

* in +/- Prozent zu Deutschland

Datenquelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 63: Geburtenniveau in Sachsen nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen; Bearbeitung: J. Roloff

Das Geburtenniveau Sachsens lag im Vergleich zu dem in Deutschland in allen Jahren, darunter bis 1997 erheblich, niedriger. Bis 2004 hat sich aber die Lage entspannt. So war die Geburtenziffer in Sachsen im letzten Untersuchungsjahr fast annähernd so hoch wie die im gesamten Bundesgebiet (zum Vergleich: dieser Abstand betrug z.B. im Saarland 16 %) (Tab. 74).

Anhand Abbildung 63 wird deutlich, dass der oben beschriebene Geburtenrückgang fast ausschließlich aus dem Geburtenverhalten der unter 25 Jahre alten Frauen resultiert. So erreichte das Geburtenniveau der unter 20-jährigen Frauen seinen Tiefstand im Jahr 1996, d.h. es sank von 77 (1991) auf 36 bzw. um 54 %. Danach stieg es wieder und lag 2004 bei 50 Kindern je 1.000 dieser

Frauen. Die Geburtenziffern der 20 bis 24 Jahre alten Frauen sanken innerhalb der Jahre 1991 bis 1995 von 442 auf 243, d.h. um 45 %. Ab 1996 bewegten sich die Geburtenziffern dieser Frauengruppe bis 2000 auf einem nahezu stabil niedrigen Niveau (durchschnittlich 255 Geburten je 1.000 Frauen). Danach sanken sie wieder, jedoch nicht ganz so stark, d.h. bis 2004 auf 234 bzw. um 8 % (gegenüber 2000). Weitaus günstiger verlief die Geburtenentwicklung bei den 25 Jahre und älteren Frauen. Hierunter stiegen nach einem anfänglich kurzzeitigen Rückgang die Geburtenziffern der 25 bis 29 Jahre alten Frauen von 315 (1991) bis 2004 auf 484, somit um 54 %. Die Zahl der Geburten je 1.000 der 30- bis 34-jährigen Frauen erhöhte sich von 110 auf 406 bzw. auf das Vierfache und liegt zudem nunmehr bei weitem über dem Geburtenniveau der 20- bis 24-jährigen Frauen. Eine ähnliche Entwicklung weist die älteste Frauengruppe auf: Wurden 1991 je 1.000 der 35- bis 44-jährigen Frauen 46 Kinder geboren, waren es 2004 167 Kinder (vgl. Abb. 63).

4.13.2.2 Sterbefälle und Sterblichkeit

Innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 sank die Zahl der Sterbefälle in Sachsen nahezu kontinuierlich: Hatte 1991 dieses Bundesland 65.851Gestorbene zu verzeichnen, waren es 2004 48.254 bzw. um 27 % weniger. Die rohe Sterbeziffer sank von 14,1 auf 11,2 ‰ (Tab. 75).

Wie in allen übrigen Bundesländern sind auch in Sachsen nach Erkrankungen des Kreislaufsystems Krebserkrankungen die zweithäufigste Todesursache: knapp ein Viertel aller Sterbefälle im Jahr 2004 (weiter siehe *Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen* 2005b).

In Sachsen haben die neugeborenen Jungen entsprechend der abgekürzten Sterbetafel 2002/2004 eine durchschnittliche Lebenserwartung von 75,4 Jahren; die der neugeborenen Mädchen liegt mit 81,9 Jahren um 6,4 Jahre höher. Vergleicht man die aktuelle mittlere und fernere Lebenserwartung der in Sachsen lebenden Frauen mit dem deutschen Gesamtdurchschnitt, so liegt diese bis zur Altersstufe 40 im Schnitt um 3,4 bis 3,8 Monate höher. Bei den 60-jährigen Frauen beträgt dieser Abstand nur noch einen Monat und bei den 65- und 80-jährigen Frauen ist die Lebenserwartung mit der aller Frauen dieses Alters im Bundesgebiet nahezu identisch (vgl. Tab. 76).

Im Gegensatz dazu weisen die Männer in Sachsen in allen in Tabelle 76 aufgeführten Altersstufen eine im Vergleich zum Bundesdurchschnitt niedrigere Überlebenschance auf. So haben die Männer in den Altersstufen bis 40 eine um durchschnittlich ein halbes Jahr geringere Lebenszeit zu erwarten als alle Männer dieses Alters in Deutschland; bei den 60-, 65- und 80-jährigen Männern ist dieser Abstand mit etwas über einem Monat geringer.

Tab. 75: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Sachsen

Jahr	absolut	Index*	Sterbeziffer**
1991	65.851	100,0	14,1
1992	61.565	93,5	13,3
1993	59.900	91,0	13,0
1994	58.234	88,4	12,7
1995	57.550	87,4	12,6
1996	55.756	84,7	12,3
1997	53.483	81,2	11,8
1998	51.883	78,8	11,6
1999	50.562	76,8	11,3
2000	50.428	76,6	11,4
2001	49.244	74,8	11,2
2002	50.096	76,1	11,5
2003	50.700	77,0	11,7
2004	48.254	73,3	11,2

* 1991 = 100 %

** Gestorbene je 1.000 Einwohner und 1 Jahr

Datenquelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen; Bearbeitung: J. Roloff

Tab. 76: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Alterstufen in Sachsen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002-2004

Altersstufe	Lebenserwartung in Jahren		Abstand zum Bundesdurchschnitt in Monaten	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
0	81,9	75,4	3,8	-5,5
1	81,1	74,7	3,1	-6,1
20	62,3	56,0	3,2	-6,2
40	42,7	36,9	3,4	-5,5
60	24,2	19,9	1,0	-1,3
65	19,8	16,2	0,2	-1,3
80	8,7	7,1	0,1	-1,4

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, abgekürzte Sterbetafel 2002/2004; Bearbeitung: J. Roloff

4.13.2.3 Wanderungen

Betrachtet man als erstes das Binnenwanderungsgeschehen in Sachsen, so lässt sich für alle Untersuchungsjahre eine Negativbilanz festzustellen. Von1991 bis 2004 zogen 245,5 Tausend mehr Menschen in andere Bundesländer weg als von dort nach Sachsen zu; je 1.000 Einwohner waren es 54 Personen. Darunter wies das Jahr 1991 mit absolut 51,3 Tausend Personen den stärksten Abwanderungsverlust auf (vgl. Tab. 77). In den Jahren danach hatte Sachsen bis 1997 stetig sinkende Negativsalden seiner Binnenwanderung zu verzeichnen. Dabei wies das Jahr 1997 den bis dato geringsten Wanderungsverlust von 4,8 Tausend bzw. einer Person je 1.000 Einwohner auf. Erst seit 1998 wanderten wieder vergleichsweise mehr Menschen aus Sachsen in andere Regionen Deutschlands ab. Der Wanderungsverlust machte in den Jahren 1998 bis 2004 126,7 Tausend Menschen und damit über die Hälfte des gesamten Binnenwanderungsminus seit 1991 aus. Das Außenwanderungsgeschehen in Sachsen gestaltete sich bei weitem günstiger. Nur in den Jahren 1991 und 2004 hatte dieses Bundesland einen, allerdings sehr geringen Negativsaldo von 0,8 bzw. 0,3 Tausend Personen zu verzeichnen. Die übrigen Jahre weisen, jedoch in recht unterschiedlichen Dimensionen, Wanderungsgewinne auf, worunter sich für das Jahr 1998 der bis dato geringste Zuzugsüberschuss aus dem Ausland feststellen lässt. Dieser sowie die Außenwanderungsgewinne der Jahre 1992 und 1998 bis 2003 reichten jedoch nicht aus, um die zum Teil hohen Abwanderungsverluste in andere Bundesländer aufzufangen, so dass die Bilanz der Gesamt-

wanderung negativ ausfiel. Dementsprechend hat Sachsen innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes 122 Tausend Menschen infolge von Abwanderungen verloren; je 1.000 seiner Einwohner waren dies 27 Personen (Tab. 77).

Tab. 77: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Sachsen, 1991 bis 2004

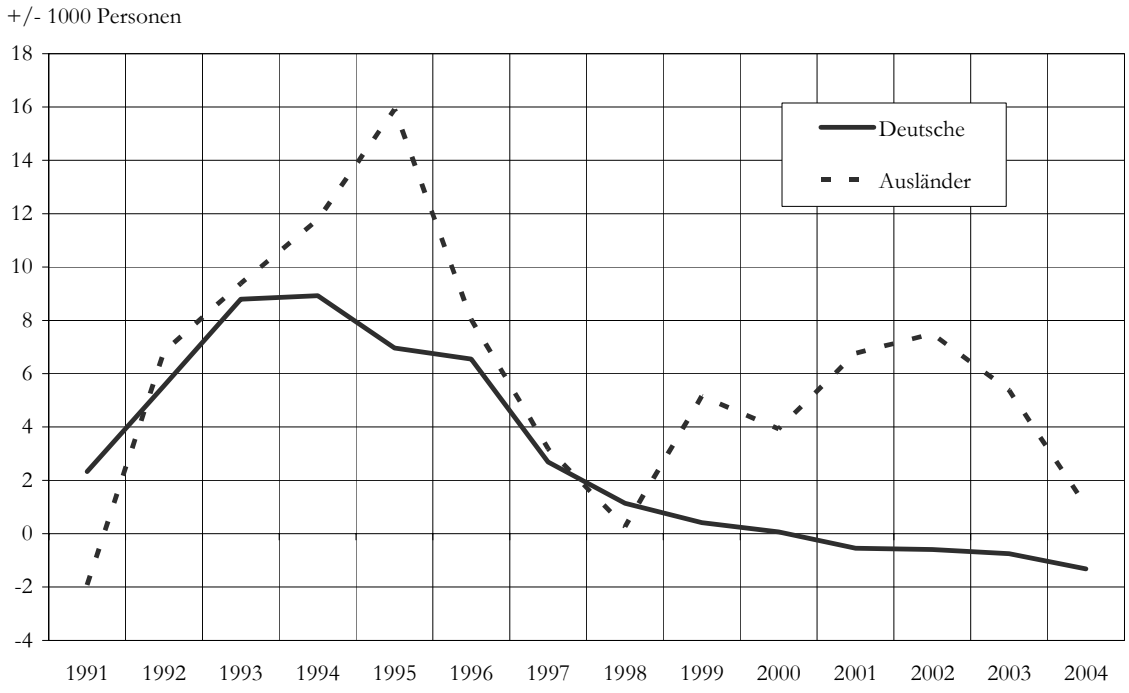
Jahr	Binnenwanderung		Außenwanderung		Gesamtwanderung	
	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*
1991	-51,3	-10,8	-0,8	-0,2	-52,0	-11,0
1992	-25,2	-5,4	12,2	2,6	-13,0	-2,8
1993	-15,0	-3,3	18,2	3,9	3,1	0,7
1994	-9,0	-2,0	20,7	4,5	11,7	2,5
1995	-7,4	-1,6	22,9	5,0	15,5	3,4
1996	-6,0	-1,3	14,6	3,2	8,5	1,9
1997	-4,8	-1,1	5,9	1,3	1,1	0,2
1998	-12,7	-2,8	1,4	0,3	-11,2	-2,5
1999	-16,3	-3,6	5,6	1,2	-10,8	-2,4
2000	-20,9	-4,7	4,0	0,9	-16,9	-3,8
2001	-30,0	-6,8	6,2	1,4	-23,8	-5,4
2002	-23,4	-5,4	6,9	1,6	-16,5	-3,8
2003	-13,6	-3,1	4,6	1,1	-9,0	-2,1
2004	-9,9	-2,3	-0,3	-0,1	-10,1	-2,4

* Je 1.000 Einwohner am Jahresende

Datenquelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen; Bearbeitung: J. Roloff

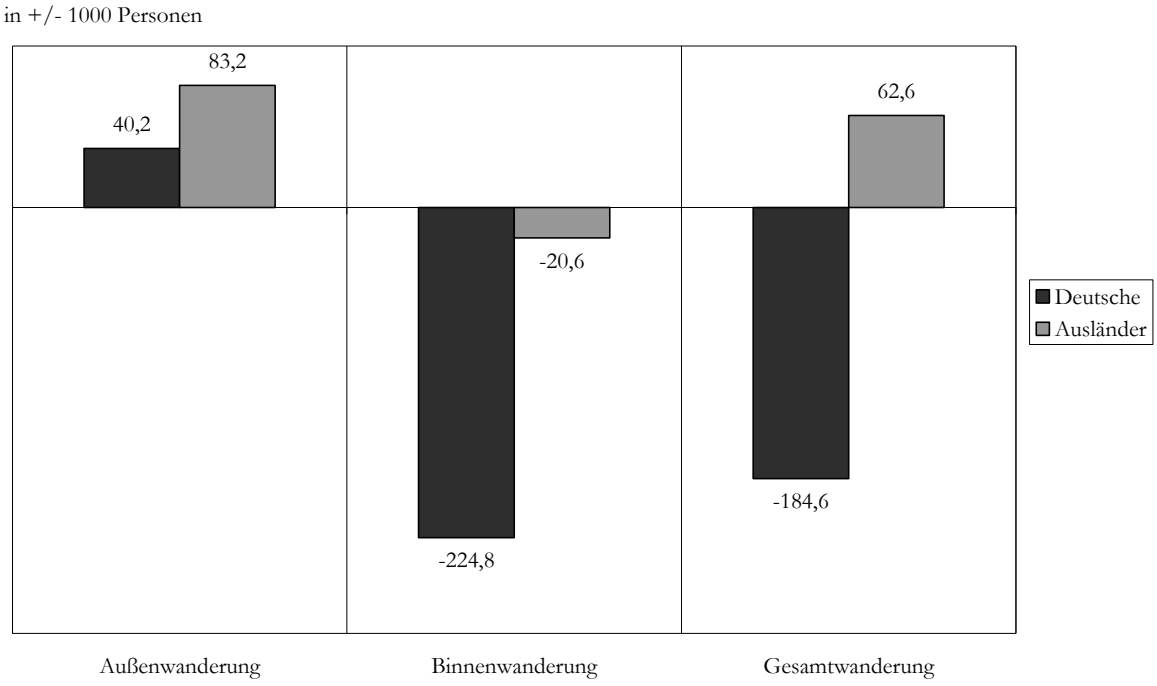
Bis auf Ausnahme zweier Jahre (1991, 1998) waren stets mehr Ausländer als Deutsche am Außenwanderungsgeschehen Sachsens beteiligt. Deren Anteil am Außenwanderungsplus des gesamten Untersuchungszeitraums 1991 bis 2004 (+123,4 Tausend) macht 67 % aus (vgl. Abb. 64).

Abb. 64: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Sachsen, 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 65: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Sachsen, Summe der Jahre 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen; Bearbeitung: J. Roloff

Zudem wanderten mehr Ausländer aus Sachsen in andere Bundesländer ab als, umgekehrt, von dort herkamen; deren Fortzugsüberschuss innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 machte 20,6 Tausend Personen aus. Dem steht aber ein Außenwanderungsgewinn von 83,2 Tausend Ausländern gegenüber, so dass die ausländische Bevölkerung in Sachsen letztendlich 62,6 Tausend Personen über Wanderungen dazu gewann. Demgegenüber gewann die deutsche Bevölkerung in Sachsen innerhalb o.a. Jahre 40,2 Tausend Personen aus dem Ausland dazu, verlor jedoch 224,8 Tausend Personen an das übrige Bundesgebiet und somit per Saldo insgesamt 184,6 Tausend Personen (Abb. 65).

4.13.2.4 Bevölkerungsbilanz

In allen Untersuchungsjahren sank in Sachsen die Bevölkerungszahl – allerdings in jährlich unterschiedlichem Maße: Der stärkste Bevölkerungsrückgang ist mit 86,6 Tausend Personen im Jahr 1991 zu verzeichnen. Dem folgt das Jahr 1992 mit 49,3 Tausend Personen. Der Bevölkerungsverlust dieser beiden Jahre macht bereits 28 % des gesamten Bevölkerungsrückganges der Jahre 1991 bis 2004 von 480,9 Tausend Personen aus (Tab. 78). Den vergleichsweise geringsten Bevölkerungsverlust weist mit 18,1 Tausend Menschen das Jahr 1995 auf, und das letzte Untersuchungsjahr hat den seit 1998 niedrigsten Schwund an Einwohnern zu verzeichnen: „Die Grenze von 4,3 Millionen Einwohnern wurde erstmals bereits Oktober 2004 unterschritten. Der Bevölkerungsrückgang 2004 war der geringste der vergangenen sieben Jahre. Etwa drei Fünftel des Bevölkerungsrückganges sind darauf zurückzuführen, dass ca. 15.000 Menschen mehr gestorben sind als geboren wurden“ (*Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen* 2005c). Generell sind für das Sinken der Einwohnerzahlen in Sachsen Geburtendefizite verantwortlich. Doch weisen diese, wie in Tabelle 78 zu sehen ist, einen kontinuierlichen Abwärtstrend auf:

Tab. 78: Bevölkerungsstand und -veränderung in Sachsen

Jahr	Bevölkerung zu Beginn des Jahres	Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-)	Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-)		Bevölkerung am Ende des Jahres
		in 1.000			je 1.000 Ew.	in 1.000
1991	4.775,9	-34,6	-52,0	-86,6	-19	4.678,9
1992	4.678,9	-36,3	-13,0	-49,3	-11	4.641,0
1993	4.641,0	-36,5	3,1	-33,3	-7	4.607,7
1994	4.607,7	-35,5	11,7	-23,8	-5	4.584,3
1995	4.584,3	-33,5	15,5	-18,1	-4	4.566,6
1996	4.566,6	-28,8	8,5	-20,2	-4	4.545,7
1997	4.545,7	-24,5	1,1	-23,4	-5	4.522,4
1998	4.522,4	-21,7	-11,2	-32,9	-7	4.489,4
1999	4.489,4	-19,2	-10,8	-29,9	-7	4.459,7
2000	4.459,7	-17,3	-16,9	-34,2	-8	4.425,6
2001	4.425,6	-17,3	-23,8	-41,1	-9	4.384,2
2002	4.384,2	-18,6	-16,5	-35,1	-8	4.349,1
2003	4.349,1	-18,6	-9,0	-27,6	-6	4.321,4
2004	4.321,4	-15,2	-10,1	-25,4	-6	4.296,3

Datenquelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen; Bearbeitung: J. Roloff

Wurden 1991 noch 34,6 Tausend Kinder weniger geboren als in diesem Jahr Menschen starben, betrug dieses Defizit 2004 nur noch 15,2 Tausend Personen. „Dieses Geburtendefizit ist das niedrigste seit 1990 und Resultat eines fortgesetzten Anstiegs bei den Geburtenzahlen und einem stetigen Rückgang der Zahl der Gestorbenen“ (*Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen* 2005c).

In der Mehrheit der Untersuchungsjahre trugen zudem Wanderungsverluste zum Bevölkerungsrückgang bei. Auch in den Jahren mit einem Zuzugsüberschuss (1993 bis 1997) stand ein so hohes Geburtendefizit gegenüber, dass die Bevölkerungszahl sank (Tab. 78). Was die sinkende Einwohnerzahl im letzten Untersuchungsjahr anbetrifft, heißt es hierzu in einer weiteren Pressemitteilung des *Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen* (2005d): „Die Bevölkerungsentwicklung verlief 2004 regional unterschiedlich. Von den 29 Kreisen wurde für 21 ein Bevölkerungsrückgang registriert, der über dem Sachsenwert lag. Besonders hohe Verluste hatten die Kreisfreie Stadt Hoyerswerda (1,9 Prozent) sowie der Niederschlesische Oberlausitzkreis (1,3 Prozent) und der Landkreis Döbeln (1,0 Prozent). (...) Die Kreisfreie Stadt Dresden konnte gegenüber 2003 eine Bevölkerungszunahme um 0,5 Prozent ausweisen.“

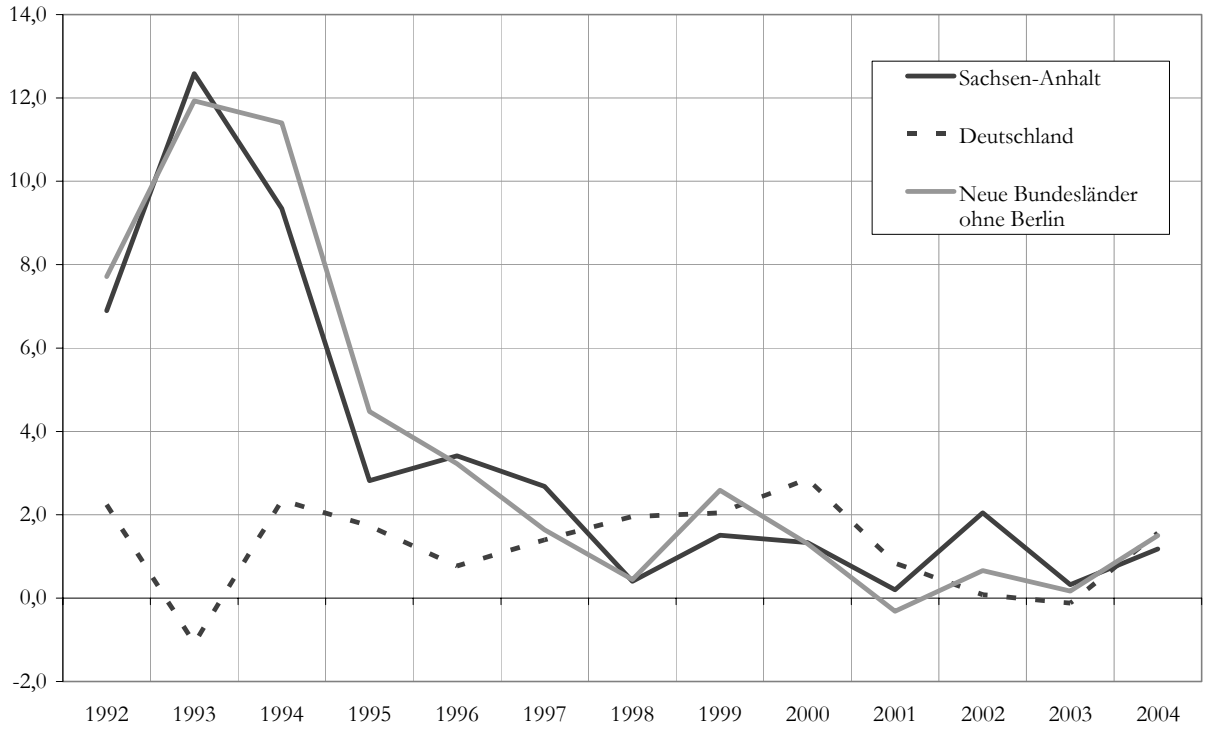
Im Jahr 2004 lebten in Sachsen 4.296,3 Tausend Menschen, 1991 waren es noch 4.678,9 Tausend bzw. 8 % mehr. Dies ist ausschließlich einer sinkenden deutschen Bevölkerung geschuldet: Lebten 1991 in Sachsen 4.630 Tausend Deutsche, waren es 2004 4.177,8 Tausend bzw. um 10 % weniger. Dagegen stieg im gleichen Zeitraum die Zahl der Ausländer von 48,9 Tausend auf 118,5 Tausend, somit um allein 143 %. 2 % der in Sachsen registrierten Ausländer erhielten in den Jahren 2000 bis 2004 die deutsche Staatsbürgerschaft, absolut waren es 2.478 Personen. Von den im Jahr 2004 eingebürgerten 486 Personen hatten zuvor „266 Personen (55 Prozent) eine europäische, 131 (27 Prozent) eine asiatische, 51 (zehn Prozent) eine afrikanische und 33 (sieben Prozent) eine amerikanische Staatsangehörigkeit. Fünf Personen waren staatenlos. (…) Von den eingebürgerten Personen waren 12 Prozent jünger als 18 Jahre. 62 Prozent der Eingebürgerten waren 18- bis unter 45-jährig, 24 Prozent 45- bis unter 65-jährig und rund 3 Prozent hatten ein Alter von 65 Jahren und mehr erreicht“ (*Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen* 2005e).

4.14 Sachsen-Anhalt

4.14.1 Wirtschaftsprofil

Die Wirtschaftsleistung ist in Sachsen-Anhalt von 1991 bis 2004 um insgesamt 54 % angestiegen und war damit 2,8 Prozentpunkte niedriger als das Wachstum in den ostdeutschen Bundesländern insgesamt. Darunter wurde der stärkste Zuwachs von 1992 bis 1993 mit 12,6 % beobachtet. Seit Mitte der 1990er Jahre ist jedoch, wie in den übrigen neuen Ländern, eine starke Abwärtsbewegung zu erkennen, wobei in Sachsen-Anhalt in jedem Jahr des Beobachtungszeitraumes positive Veränderungsraten registriert wurden (vgl. Abb. 66).

Abb. 66: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Datenquelle: VGR der Länder; Bearbeitung: F. Micheel

Das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt Sachsen-Anhalts lag im Jahr 2004 bei 16.845 Euro und damit im Vergleich zum Jahr 1991 um drei Viertel höher. Im Jahr 2004 erreicht das BIP je Einwohner ein Niveau von 69 % des Bundesdurchschnitts, 1991 waren es 45 %.

Von den neuen Bundesländern konnte das Land Sachsen-Anhalt im Jahr 2004 mit 41.867 Euro je Erwerbstätigen die höchste Arbeitsproduktivität aufweisen und erreichte knapp 79 % des Bundesdurchschnitts. In der Zeit von 1991 bis 2004 betrug das Produktivitätswachstum, welches stets von positiven Werten geprägt ist, 94 %. Die Veränderungsrate der Lohnstückkosten innerhalb unseres Untersuchungszeitraumes zeigt mit 0,8 % einen sehr moderaten Verlauf, womit Sachsen-Anhalt im Ländervergleich den zweiten Rang belegt.

Im Jahr 2004 wurden von der gesamten Bruttowertschöpfung Sachsen-Anhalts 69 % im Dienstleistungssektor, 28 % im Produzierenden Gewerbe sowie 3 % in der Landwirtschaft erwirtschaftet. In den Jahren 1991 bis 2004 ist im Bereich der Dienstleistungen ein Anstieg von 3,1 Prozentpunkten zu verzeichnen. Im Vergleich zum Bundesgebiet ist in Sachsen-Anhalt die Landwirtschaft überdurchschnittlich stark vertreten. Ihr Anteil an der Bruttowertschöpfung ist allerdings

gegenüber dem Jahr 1991 um 0,6 Prozentpunkte gesunken. Sinkende Anteile an der Wertschöpfung sind auch im Industriesektor (-2,5 Prozentpunkte) zu verzeichnen.

Der strukturelle Wandel vollzog sich nach der deutschen Vereinigung in einem hohen Tempo. Sachsen-Anhalt verfügt(e) über hohe Rohstoffvorkommen (Braunkohle, Kali, Steinsalze, Kupferschiefer), die das damalige Wirtschaftsbild prägten. Der primäre Sektor war zu DDR-Zeiten beschäftigungsintensiv. In diesem Bereich sind nach der Vereinigung massive Beschäftigungsrückgange zu verzeichnen, besonders am Anfang der 1990er Jahre: allein von 1991 bis 1992 sank die Beschäftigtenzahl um fast 43 %. Insgesamt betrug in der Zeit von 1991 bis 2004 der Rückgang über 64 %, und so sind heute noch gut 34 Tausend Beschäftigte im primären Sektor tätig. Allerdings hat dieser Wirtschaftszweig seine bedeutende Rolle in der Gesamtwirtschaft nicht verloren, wenn man die Bruttowertschöpfung betrachtet. Sie ist im gleichen Zeitraum um das 3,8-fache gestiegen. Als ein weiterer Schwerpunkt hatte sich in der DDR, aufgrund der Nähe zum Braunkohletagebau, die chemische Industrie gebildet. Bekannt ist hier die regionale Konzentration im Dreieck Halle-Merseburg-Bitterfeld. Aber auch in der chemischen Industrie sind relativ große Beschäftigungsrückgänge zu verzeichnen. Die geographische Lage begünstigte dagegen die Ansiedlung von mehreren Logistikstandorten. Magdeburg liegt zwischen Berlin und Hannover und eignet sich günstig für die Zwischenlagerung von Waren. In dieser Branche sind Beschäftigungsgewinne zu beobachten (*Granato/ Farhauer/Dietrich* 2005: 10ff). Des Weiteren ist zu vermuten, dass Sachsen-Anhalt seinen Strukturwandel zu einem Dienstleistungsstandort noch nicht abgeschlossen hat. Branchen wie der Bergbau oder die Landwirtschaft halten bezüglich der Leistungsfähigkeit des Landes noch relativ große Anteile. Zum Teil sind diese verkrusteten Strukturen Ergebnis der zentralwirtschaftlichen Verwaltung der DDR. Doch auch nach der Vereinigung wurde der strukturelle Wandel durch Erhaltungssubventionen behindert. Die Konkurrenzfähigkeit der Region wird erst mit Zeitverzögerung eintreten (*Granato/Farhauer/Dietrich* 2005: 25).

Die Verdienste sind, wie in allen neuen Bundesländern, auch in Sachsen-Anhalt von 1991 bis 2004 um beachtliche 94 % gestiegen, was in engem Zusammenhang mit der Lohnangleichung an den Westen zu sehen ist. Heute belaufen sich die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter in Sachsen-Anhalt auf 21.462 Euro. Im Vergleich zum ostdeutschen Spitzenreiter Brandenburg sind dies um 264 Euro weniger.

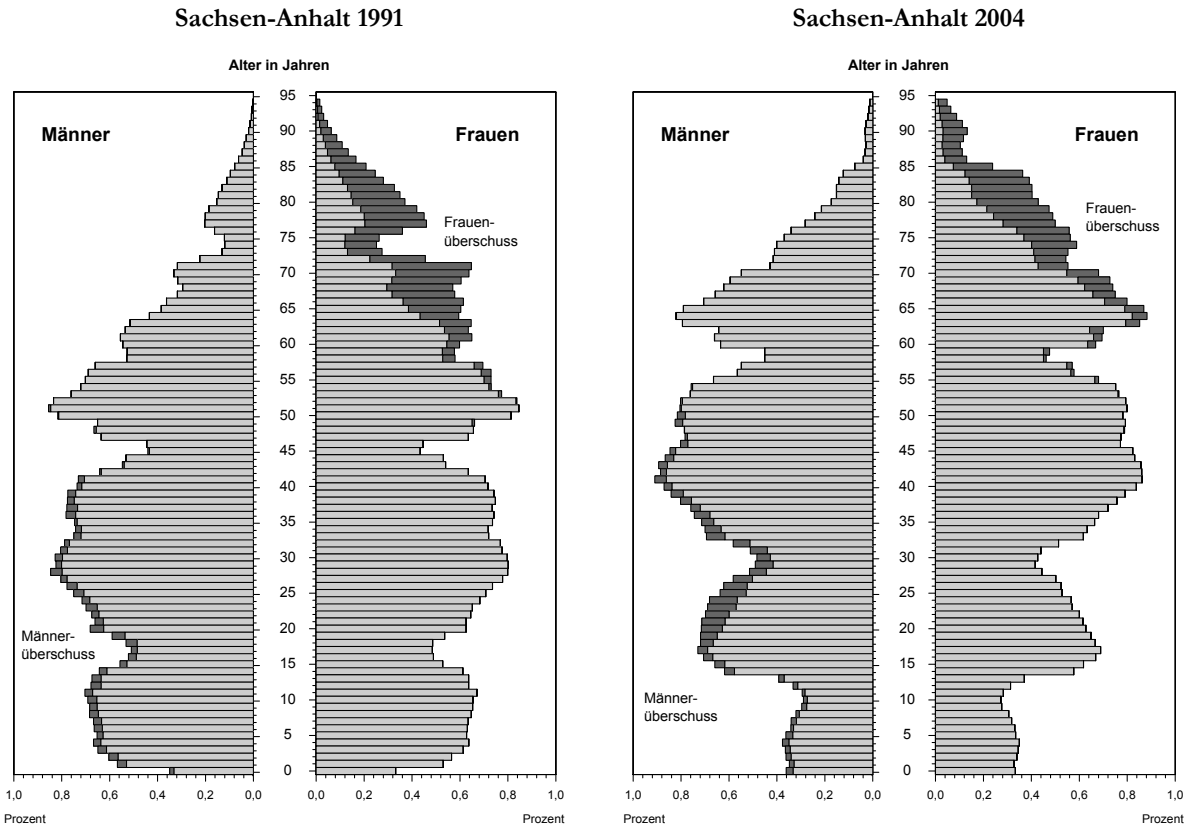
Im Vergleich zu den anderen Bundesländern belegt Sachsen-Anhalt bezüglich der Veränderungsrate der Erwerbstätigenzahl den letzten Platz: gegenüber dem Jahr 1991 ist ein Rückgang von 21 % zu beobachten. Im Jahr 2004 waren somit in diesem Bundesland knapp über eine Million Menschen erwerbstätig, und die Erwerbstätigenquote betrug 58,5 %. Damit nimmt sie im Bundesvergleich den drittletzten Platz ein.

Im letzten Untersuchungsjahr ergaben in Sachsen-Anhalt gut 263 Tausend arbeitslos gemeldete Personen im Jahresdurchschnitt eine Arbeitslosenquote von 21,7 %; das war die zweithöchste in Deutschland. Der Abstand zum Mittelwert der ostdeutschen Länder betrug 1,6 Prozentpunkte. Von den arbeitslos gemeldeten Personen waren 11 % unter 25 Jahre sowie 10 % mindestens 55 Jahre alt. Innerhalb Sachsen-Anhalts konnte der Ohrekreis mit 14,9 % die niedrigste Arbeitslosenquote im Land vorweisen, dagegen war der höchste Wert im Mansfelder Land (27,1 %) anzutreffen.

Am 31.12.2004 waren im Land Sachsen-Anhalt 97.639 Personen von der Sozialhilfe abhängig. Daraus errechnet sich eine Sozialhilfequote von 3,9 %, die ebenso wie die Quoten Hessens und Niedersachsens um 0,4 Prozentpunkte über dem Bundesmittel lag.

Für das Jahr 2004 nahm Sachsen-Anhalt mit 16 Patentanmeldungen je 100 Tausend Einwohner den drittletzten Rang beim Vergleich mit den übrigen Bundesländern ein. Im Jahr 2001 betrug der Anteil der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung am BIP etwas mehr als ein Prozent. In diesem Jahr wurden 74 % der Aufwendungen vom öffentlichen Sektor und 26 % von der Wirtschaft getragen.

4.14.2 Bevölkerungsentwicklung



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Darstellung: BiB

4.14.2.1 Geburten und Fertilität

In Sachsen-Anhalt ging von 1991 bis 1994 die Zahl der Lebendgeborenen stark zurück: Wurden 1991 19.459 Kinder geboren, waren es 3 Jahre später nur noch 14.280, d.h. 27 % weniger. Danach stiegen die Geburtenzahlen zunächst bis 2000 auf 18.723 bzw. um fast ein Drittel. Doch wurden in den darauf folgenden zwei Jahren wieder weniger Kinder geboren: So wurden 2003 gegenüber 2000 1.823 bzw. 10 % weniger Geburten registriert. Im letzten Untersuchungsjahr war wieder ein leichter Geburtenanstieg zu verzeichnen; d.h. gegenüber dem Vorjahr wurden 437 mehr Kinder geboren. Den gesamten Zeitraum 1991 bis 2004 betrachtet hat Sachsen-Anhalt einen Geburtenrückgang von 11 % zu verzeichnen (Tab. 79).

Dementsprechend war die Fertilitätsentwicklung. 1991 wurden in Sachsen-Anhalt je 1.000 Frauen im gebärfähigen Alter 983 Kinder geboren; 2004 lag die zusammengefasste Geburtenziffer mit 1.263 wesentlich höher. Geht man in die einzelnen Jahre, so wiesen die Jahre 1993 und 1994 mit 788 bzw. 786 historisch niedrige Geburtenziffern auf, im Vergleich zum Ausgangsjahr lagen sie um 20 % darunter. Danach wurden wieder durchgängig mehr Kinder geboren und in den Jahren ab 2000 übertraf die Geburtenziffer im Schnitt zu über einem Viertel die des Jahres 1991 (vgl. Tab. 79). Im Vergleich zum Durchschnitt aller Bundesländer lag die zusammengefasste Gebur-

tenziffer Sachsen-Anhalts stets darunter – so z.B. 1993 um 38 %; 2004 weist sie mit 6 % den bis dato geringsten Abstand auf (Tab. 79).

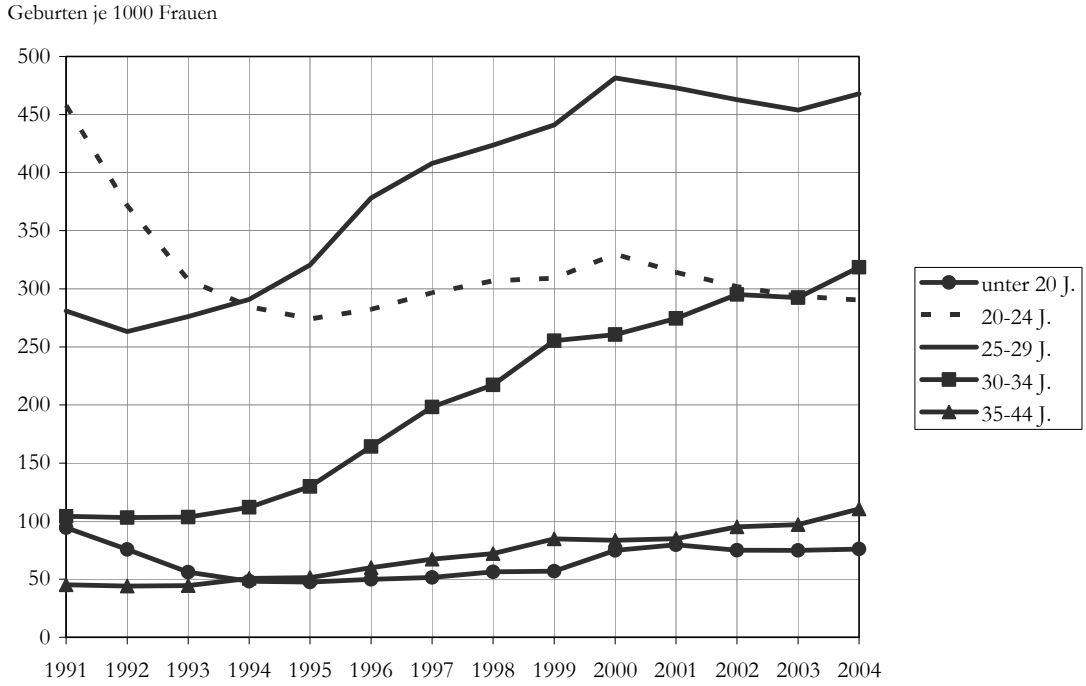
Tab. 79: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Sachsen-Anhalt

Jahr	Lebendgeborene absolut	Index 1991 = 100	Geburten je 1.000 Frauen	Index 1991 = 100	Differenz*
1991	19.459	100,0	983	100,0	-26,2
1992	16.284	83,7	858	87,3	-33,6
1993	14.610	75,1	788	80,1	-38,3
1994	14.280	73,4	786	80,0	-36,6
1995	14.568	74,9	823	83,8	-34,0
1996	16.152	83,0	935	95,1	-28,9
1997	17.194	88,4	1.022	104,0	-25,3
1998	17.513	90,0	1.076	109,5	-20,5
1999	18.176	93,4	1.147	116,7	-15,7
2000	18.723	96,2	1.230	125,2	-10,7
2001	18.073	92,9	1.226	124,8	-9,0
2002	17.617	90,5	1.230	125,1	-8,2
2003	16.900	86,8	1.211	123,3	-9,5
2004	17.337	89,1	1.263	128,5	-6,4

* in +/- Prozent zu Deutschland

Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 67: Geburtenniveau in Sachsen-Anhalt nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Bearbeitung: J. Roloff

Das überaus niedrige Geburtenniveau Mitte der 1990er Jahre war ausschließlich auf die wenigen Geburten der unter 24 Jahre alten Frauen zurückzuführen. So halbierte sich die Zahl der Geburten je 1.000 der unter 20-jährigen Frauen bis 1995 von 95 (1991) auf 48. Danach wurden von diesen Frauen zwar wieder mehr Kinder geboren, doch konnte mit einer Geburtenziffer von 76 im letzten Untersuchungsjahr der Ausgangswert nicht wieder erreicht werden. Das Geburtenniveau der 20- bis 24-jährigen Frauen sank ebenfalls bis 1995 beträchtlich: von 458 auf 274 bzw.

um 40 %. Es stieg dann zwar wieder, doch lag es im letzten Berichtsjahr weiterhin mit 290 bzw. um 37 % unter dem des Jahres 1991. Wie in den anderen ostdeutschen Ländern erhöhte sich nach einem anfänglichen Rückgang auch in Sachsen-Anhalt das Geburtenniveau der 25 Jahre und älteren Frauen um ein Vielfaches. So lag im Jahr 2004 die Geburtenziffer der 25- bis 29-jährigen Frauen bei 468 bzw. um 67 % über der des Jahres 1991. Die Lebendgeborenenzahl je 1.000 der 30- bis 34-jährigen Frauen stieg ebenfalls: bis 2004 auf 319. Damit übertraf die Geburtenziffer dieser Frauengruppe um etliches, um 206 %, die des Jahres 1991 und zudem die der 20- bis 24-jährigen Frauen. Nicht ganz so stark, aber auch noch beachtlich war der Geburtenanstieg bei der ältesten Frauengruppe: Wurden je 1.000 der 35- bis 44-jährigen Frauen 1991 noch 45 Kinder geboren, waren es 2004 bereits 111, d.h. um 144 % mehr; und damit liegt nunmehr deren Geburtenniveau bei weitem höher als das der jüngsten Frauengruppe (vgl. Abb. 67).

4.14.2.2 Sterbefälle und Sterblichkeit

In Sachsen-Anhalt nahmen die Sterbefälle bis 2004 stetig ab: Starben 1991 dort 38.203 Menschen, waren es im letzten Untersuchungsjahr 29.008 Menschen, d.h. 24 % weniger. Die Zahl der Gestorbenen je 1.000 Einwohner ging von 13,5 auf 11,5 zurück (Tab. 80).

Tab. 80: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Sachsen-Anhalt

	absolut	Index*	Sterbeziffer**
1991	38.203	100,0	13,5
1992	35.754	93,6	12,8
1993	34.838	91,2	12,5
1994	33.816	88,5	12,3
1995	33.519	87,7	12,2
1996	32.639	85,4	12,0
1997	30.892	80,9	11,4
1998	31.011	81,2	11,6
1999	30.059	78,7	11,3
2000	30.175	79,0	11,5
2001	29.621	77,5	11,5
2002	30.159	78,9	11,8
2003	29.600	77,5	11,7
2004	29.008	75,9	11,5

* 1991 = 100 %

** Gestorbene je 1.000 Einwohner und 1 Jahr

Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Bearbeitung: J. Roloff

Auch in diesem Bundesland waren Krankheiten des Kreislaufsystems die häufigste Todesursache, nämlich bei knapp der Hälfte aller Sterbefälle; dem folgen mit einem Viertel bösartige Neubildungen (siehe *Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt* 2005a).

Für die Jahre 2002/2004 wurde für Sachsen-Anhalt eine durchschnittliche Lebenserwartung für die neugeborenen Jungen von 74 Jahren und für die neugeborenen Mädchen von 80,8 Jahren ermittelt. Der geschlechtsspezifische Abstand macht somit 6,8 Jahre aus. Laut Mitteilung des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt „hat sich die Lebenserwartung in Sachsen-Anhalt in den letzten elf Jahren um 4,6 für männliche und um 4,0 Jahre für weibliche Neugeborene erhöht". Weiter heißt es: „Gegenwärtig kann jeder zweite Mann in Sachsen-Anhalt wenigsten 77 bzw. jede zweite Frau 83 Jahre alt werden. Vor 11 Jahren wurde die Hälfte der Männer bzw. Frauen mindestens 72 bzw. 79 Jahre alt" (*Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt* 2005b).

Tab. 81: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Sachsen-Anhalt im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002-2004

Altersstufe	Lebenserwartung in Jahren		Abstand zum Bundesdurchschnitt in Monaten	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
0	80,8	74,0	-9,2	-22,4
1	80,1	73,3	-9,5	-23,8
20	61,3	54,6	-8,8	-23,0
40	41,8	35,6	-8,3	-21,1
60	23,3	19,0	-9,1	-13,0
65	19,0	15,3	-9,1	-11,5
80	8,2	6,7	-5,6	-6,6

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, abgekürzte Sterbetafel 2002/2004; Bearbeitung: J. Roloff

In Sachsen-Anhalt weisen sowohl die Frauen als auch die Männer eine gegenüber allen in Deutschland lebenden Frauen bzw. Männern geringere Lebenserwartung auf. So haben z.B. die in Sachsen-Anhalt neugeborenen Jungen eine um fast 2 Jahre geringere Lebenszeit; bei den neugeborenen Mädchen macht diese Differenz zum Bundesdurchschnitt ein Dreivierteljahr aus. Anhand der Tabelle 81 ist zu sehen, dass dieser Abstand bei den Frauen bis zur Altersstufe 65 in etwa gleich bleibt: Haben z.B. alle 60 Jahre alten Frauen in Deutschland die Chance, im Schnitt noch weitere 24,1 Jahre zu leben, sind es bei den gleichaltrigen Frauen in Sachsen-Anhalt 23,3 Jahre, d.h. um rd. 9 Monate weniger. Bei den 80 Jahre alten Frauen ist dieser Abstand mit knapp einem halben Jahr geringer. Bei den Männern ist die Differenz zum gesamtdeutschen Durchschnitt durchweg höher als bei den Frauen. So haben die Männer in Sachsen-Anhalt in den Altersstufen bis 40 eine gegenüber allen Männern dieses Alters in Deutschland 21 bis 24 Monate geringere Lebenserwartung; bei den 60- und 65-jährigen Männern liegt diese 13 bzw.12 Monate und bei den 80-jährigen Männern 7 Monate unterhalb des Bundesdurchschnitts (vgl. Tab. 81).

4.14.2.3 Wanderungen

Sachsen-Anhalt hatte durchweg Verluste bei seiner Binnenwanderung hinzunehmen. Von 1991 und 2004 wanderten 230,8 Tausend mehr Menschen aus Sachsen-Anhalt in andere Bundesländer ab als von dort zuzogen. Je 1.000 seiner Einwohner waren dies 87 Personen. Verhältnismäßig hoch war die Abwanderung in den Jahren 1991 und 1992; sie machte knapp ein Viertel des gesamten Binnenwanderungsverlustes aus. In den Jahren zwischen 1993 und 1997 verlor Sachsen-Anhalt weniger Menschen an andere Bundesländer; ab 1998 wurden es dann wieder mehr: Die Jahre 1998 bis 2004 zusammen genommen, betrug das Binnenwanderungsminus 134,6 Tausend Personen (Tab. 82).

Anders als bei der Binnenwanderung hatte Sachsen-Anhalt fast durchgehend positive Salden seiner Außenwanderung zu verzeichnen. Nur die Jahre 1998 und 2004 weisen ein Außenwanderungsminus von 307 bzw. 1.661 Personen auf. Außer in den Jahren 1993, 1994 und 1996 konnten die hohen Binnenwanderungsverluste durch Zuwanderungen aus dem Ausland nicht ausgeglichen werden (vgl. Tab. 82). Innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes gewann Sachsen-Anhalt 63,8 Tausend Personen über Außenwanderungen dazu. Damit konnte jedoch der Gesamtwanderungsverlust nur geringfügig auf 167,1 Tausend Personen abgeschwächt werden.

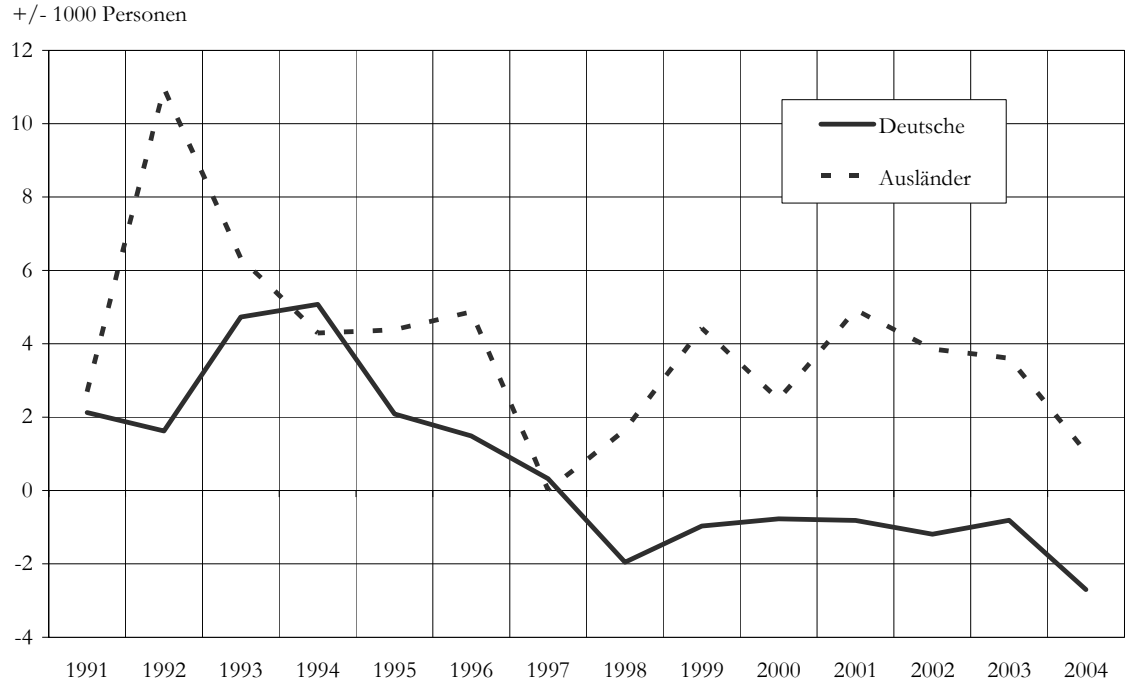
Tab. 82: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Sachsen-Anhalt, 1991 bis 2004

Jahr	Binnenwanderung		Außenwanderung		Gesamtwanderung	
	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*
1991	-36,7	-13,5	3,9	1,4	-32,8	-12,1
1992	-19,5	-6,9	12,3	4,4	-7,2	-2,6
1993	-9,9	-3,5	10,9	3,9	1,1	0,4
1994	-8,6	-3,1	9,3	3,4	0,8	0,3
1995	-7,8	-2,8	6,5	2,4	-1,3	-0,5
1996	-5,2	-1,9	6,4	2,3	1,2	0,4
1997	-8,6	-3,2	0,3	0,1	-8,2	-3,0
1998	-13,3	-5,0	-0,3	-0,1	-13,7	-5,1
1999	-17,3	-6,5	3,5	1,3	-13,9	-5,2
2000	-23,6	-9,0	1,7	0,7	-21,9	-8,3
2001	-27,3	-10,5	4,1	1,6	-23,2	-8,9
2002	-21,8	-8,5	2,7	1,0	-19,2	-7,5
2003	-16,0	-6,3	2,8	1,1	-13,2	-5,2
2004	-15,2	-6,1	-1,7	-0,7	-16,8	-6,7

* Je 1.000 Einwohner am Jahresende

Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 68: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Sachsen-Anhalt, 1991 bis 2004

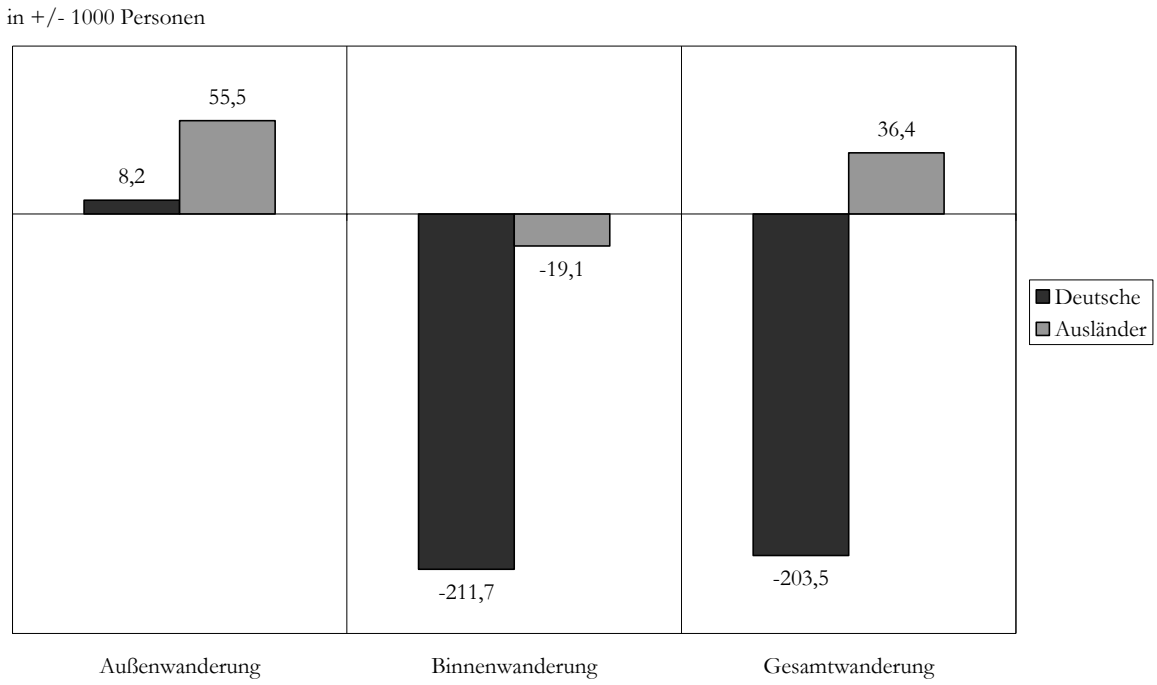


Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Bearbeitung: J. Roloff

Der in den Jahren 1998 und 2004 registrierte Außenwanderungsverlust ist ausschließlich auf einen Überschuss an Wegzügen von Deutschen in das Ausland zurückzuführen: In diesen beiden Jahren wanderten 1.955 bzw. 2.703 mehr Deutsche aus Sachsen-Anhalt über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland ab als von dort zuzogen. Dem stand zwar ein Zuzugsüberschuss an Ausländern von 1.648 bzw. 1.042 gegenüber, der jedoch nicht ausreichte, einen Außenwanderungsverlust zu verhindern. Anhand Abbildung 68 wird zudem deutlich, dass auch in den Zwischenjahren (1999 bis 2003) Außenwanderungsverluste an Deutschen zu verzeichnen sind. Aber hier waren die Zuwande-

rungsgewinne an Ausländern hoch genug, sodass die Gesamtbilanz positiv ausfiel. Auch in den Jahren vor 1998 lagen, bis auf Ausnahme der Jahre 1994 und 1997, die Zuzugsüberschüsse an Ausländern im Vergleich zu denen an Deutschen stets höher. Und somit beruht der gesamte Außenwanderungsgewinn Sachsen-Anhalts in den Jahren 1991 bis 2004 zu 87 % auf dem Zuzug von Ausländern.

Abb. 69: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Sachsen-Anhalt, Summe der Jahre 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Bearbeitung: J. Roloff

Innerhalb des Untersuchungszeitraumes konnte Sachsen-Anhalt ein Wanderungsplus von 55,5 Tausend Ausländern und 8,2 Tausend Deutschen aus dem Ausland verbuchen. Dem steht jedoch ein Binnenwanderungsverlust von 211,7 Tausend Deutschen und 19,1 Tausend Ausländern gegenüber, so dass Sachsen-Anhalt letztendlich per Saldo einerseits 203,5 Tausend Deutsche durch Wanderungen verlor, andererseits 36,4 Tausend Ausländer durch Wanderungen dazu gewann (vgl. Abb. 69).

4.14.2.4 Bevölkerungsbilanz

Infolge der über die Jahre stets negativen Bilanz sowohl der natürlichen als auch der räumlichen Bevölkerungsbewegung (hier bilden nur, wie bereits erwähnt, die Jahre 1993, 1994 und 1996 eine Ausnahme) sank in Sachsen-Anhalt die Bevölkerungszahl: Lebten am Jahresende 1991 in diesem Bundesland 2.823,3 Tausend Menschen, waren es Ende 2004 nur noch 2.494,4 Tausend bzw. 12 % Menschen weniger. Dabei hatte Sachsen-Anhalt, ähnlich wie die übrigen ostdeutschen Länder, besonders im ersten Jahr unseres Untersuchungszeitraumes einen starken Rückgang seiner Einwohnerzahl um 51,6 Tausend erfahren. In den Folgejahren (1992 bis 1996) verringerte sich der Bevölkerungsschwund und war im Jahr 1996 mit 15,3 Tausend Personen am niedrigsten (vgl. Tab. 83).

Tab. 83: Bevölkerungsstand und -veränderung in Sachsen-Anhalt

Jahr	Bevölkerung zu Beginn des Jahres	Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-)	Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-)		Bevölkerung am Ende des Jahres
		in 1.000			je 1.000 Ew.	in 1.000
1991	2.611,3	-18,7	-32,8	-51,6	-18	2.823,3
1992	2.823,3	-19,5	-7,2	-26,6	-10	2.797,0
1993	2.797,0	-20,2	1,1	-19,2	-7	2.777,9
1994	2.777,9	-19,5	0,8	-18,7	-7	2.759,2
1995	2.759,2	-19,0	-1,3	-20,3	-7	2.738,9
1996	2.738,9	-16,5	1,2	-15,3	-6	2.723,6
1997	2.723,6	-13,7	-8,2	-21,9	-8	2.701,7
1998	2.701,7	-13,5	-13,7	-27,2	-10	2.674,5
1999	2.674,5	-11,9	-13,9	-25,8	-10	2.648,7
2000	2.648,7	-11,5	-21,9	-33,4	-13	2.615,4
2001	2.615,4	-11,5	-23,2	-34,7	-13	2.580,6
2002	2.580,6	-12,5	-19,2	-31,7	-12	2.548,9
2003	2.548,9	-12,7	-13,2	-25,9	-10	2.522,9
2004	2.522,9	-11,7	-16,8	-28,5	-11	2.494,4

Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Bearbeitung: J. Roloff

Danach sank die Einwohnerzahl wieder stärker, d.h. in den Jahren 1997 bis 2004 um 229,1 Tausend bzw. 8 %. Innerhalb des gesamten Zeitraumes 1991 bis 2004 verlor Sachsen-Anhalt je 1.000 seiner Bevölkerung 143 Menschen infolge von Geburtendefiziten und Wanderungsverlusten (vgl. Tab. 83).

Wie in anderen Bundesländern lässt sich auch in Sachsen-Anhalt ein rasanter Anstieg seiner ausländischen Bevölkerung feststellen: von 20,1 Tausend Personen (1991) auf 47,1 Tausend Personen (2004). Laut Statistischem Landesamt Sachsen-Anhalt sind die meisten dort registrierten Ausländer Vietnamesen:[34] „Jeder 9. Ausländer bzw. Ausländerin kam aus Vietnam, jeder 11. aus der Russischen Föderation, jeder 13. aus der Ukraine, jeder 15. stammte aus Serbien-Montenegro und jeder 20. aus dem Irak bzw. der Türkei“ (*Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt* 2005c). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass Sachsen-Anhalt mit einem Ausländeranteil von 1,9 % weit unter dem Bundesdurchschnitt liegt.

Im Gegensatz zu den Ausländern sank die Zahl der Deutschen innerhalb o.a. Zeit von 2.803,3 auf 2.447,3 Tausend Personen bzw. um 13 %.

In Sachsen-Anhalt wurden innerhalb der letzten fünf Jahre des Untersuchungszeitraumes 2.223 Personen eingebürgert; auf alle Ausländer bezogen waren es 5 %.

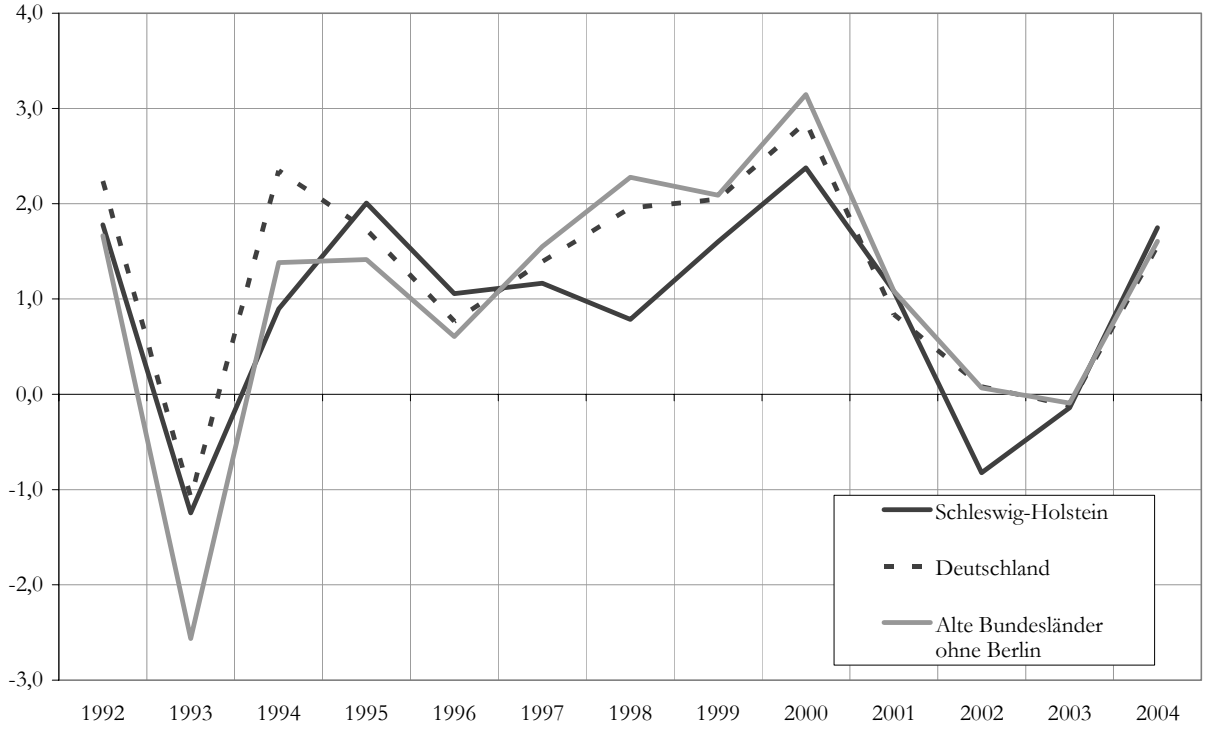
[34] Hierbei dürfte es sich größtenteils um ehemalige „Vertragsarbeiter“ in der damaligen DDR handeln.

4.15 Schleswig-Holstein

4.15.1 Wirtschaftsprofil

Das Wirtschaftswachstum zwischen den Jahren 1991 und 2004 betrug in Schleswig-Holstein insgesamt 13 % und lag damit knapp 5 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt in der Bundesrepublik. Der Abstand zum Wachstum der westdeutschen Länder betrug 2 Prozentpunkte. Im Großen und Ganzen ähnelte der Verlauf dem (westdeutschen) Bundestrend, die wirtschaftlichen Schwächephasen 1993 und 2002 waren in Schleswig-Holstein mit Veränderungen von -1,2 % bzw. -0,8 % gegenüber den jeweiligen Vorjahren etwas stärker ausgeprägt als im gesamten Bundesgebiet. Im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern konnte Schleswig-Holstein im Jahr 1993 etwas günstiger abschneiden, deren wirtschaftliche Leistung wies gegenüber dem Jahr 1992 eine Schrumpfung von 2,6 % vor (vgl. Abb. 70).

Abb. 70: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Datenquelle: VGR der Länder; Bearbeitung: F. Micheel

Im Jahr 2004 wurde ein Bruttoinlandsprodukt je Einwohner von 20.996 Euro erwirtschaftet. Es stieg von 1991 bis 2004 um 5 % und erreichte ein Niveau von 91 % des Bundesdurchschnitts. Mit Bruttolöhnen und -gehältern je Arbeitnehmer von 25.158 Euro belegte Schleswig-Holstein im Jahr 2004 von den westdeutschen Bundesländern den letzten Platz. Von 1991 bis 2004 sind Lohn- und Gehaltszuwächse von 26 % zu verzeichnen.

Die Arbeitsproduktivität war im Jahr 2004 mit 51.640 Euro je Erwerbstätigen leicht unter dem Niveau des Bundesdurchschnitts. Von 1991 bis 2004 ist ein Zuwachs von fast 13 % zu beobachten. Die Lohnstückkosten sind in der gleichen Zeit um 10 % gestiegen. Im Ländervergleich entsprach dies einem vorderen Mittelplatz.

Die Bruttowertschöpfung Schleswig-Holsteins verteilte sich im Jahr 2004 auf die Wirtschaftssektoren folgendermaßen: 77 % fielen auf den Dienstleistungsbereich (+7,1 Prozentpunkte ge-

genüber 1991), 21 % (-7 Prozentpunkte gegenüber 1991) auf das Produzierende Gewerbe und 2 % auf die Landwirtschaft (-0,1 Prozentpunkte gegenüber 1991). Im Vergleich mit den alten Bundesländern hat die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein den größten Anteil zur Bruttowertschöpfung beigetragen.

In Schleswig-Holstein ist über einen langen Zeitraum ein Strukturwandel zugunsten einer Dienstleistungsgesellschaft zu beobachten. Allerdings liegen die Anteile sowohl des primären als auch des tertiären Sektors über dem Durchschnitt des gesamten Bundesgebietes. Der Produzierende Sektor hielt dagegen einen unterdurchschnittlichen Anteil an der Wirtschaftsleistung. Im Jahr 1950 waren noch rund ein Viertel aller Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig, im Jahr 2004 betrug deren Anteil nur noch rund 4 %. Zusätzlich ist zu beobachten, dass die Produktivität in diesem Sektor deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt; 2004 waren es 17 %.

Vom primären Sektor profitierte das Ernährungsgewerbe, der Anteil der Beschäftigten in diesem Industriezweig ist im Vergleich zum Bundesgebiet überdurchschnittlich hoch, doch in der jüngeren Vergangenheit war auch diese Branche von einem Beschäftigungsabbau gekennzeichnet. Der Anteil des sekundären Sektors ist im Vergleich zum Bundesgebiet unterrepräsentiert.[35] Zwar konnte der Anteil der Beschäftigten in diesem Zweig bis zum Jahr 1961 auf 38 % zulegen, doch seit den 1970er Jahren setzte in Schleswig-Holstein die Tertiarisierung ein.[36] Folgende Branchen sind innerhalb der Dienstleistungsbereiche relativ stark vertreten: der Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern, das Gastgewerbe und die öffentliche Verwaltung. Als problematische Branche wird der Bereich der Medizintechnik angesehen. Während im Bundesgebiet kontinuierliche Beschäftigungssteigerungen festgestellt werden konnten, ist in Schleswig-Holstein ein Schrumpfungsprozess eingetreten (*Niebuhr/Kotte* 2005: 13ff). Zudem scheint das relativ dünn besiedelte Schleswig-Holstein mit Problemen der mangelnden Nähe zu Beschaffungs- und Absatzmärkten behaftet zu sein. Ferner weist das Land geringe regionale Verdichtungen (Ballungsräume) auf, in denen nicht nur die Nähe der Märkte von Vorteil wäre, sondern auch den Wissensaustausch bei Forschung und Entwicklung begünstigte. Der letztgenannte Aspekt erklärt auch den relativ geringen Anteil an Forschungseinrichtungen in Schleswig-Holstein (*Niebuhr/Kotte* 2005: 42ff).

Die Erwerbstätigenzahl belief sich im Jahr 2004 auf 1,21 Millionen Personen. Gegenüber dem Jahr 1991 ist diese Zahl um 0,4 % leicht angestiegen. Im Vergleich zu den westdeutschen Flächenländern belegt Schleswig-Holstein damit den letzten Platz. Die Erwerbstätigenquote liegt im Jahr 2004 bei 65,4 % und im Bundesdurchschnitt auf Rang Vier.

Im Jahr 2004 wies Schleswig-Holstein mit fast 138 Tausend arbeitslos gemeldeten Personen eine jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote von 11,1 % auf. Sie lag damit 0,6 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt, allerdings um 1,7 Prozentpunkte über dem westdeutschen Durchschnitt. Von den Arbeitslosen waren 12 % unter 25 Jahre alt sowie 11 % 55 Jahre und älter. Auch in Schleswig-Holstein bestanden regionale Abweichungen vom Landesdurchschnitt. So war in der Region um Hamburg sowie im Kreis Rendsburg-Eckernförde mit Arbeitslosenquoten unter 10 % die Arbeitslosigkeit geringer ausgeprägt, während in den kreisfreien Städten (Kiel, Flens-

---

35 Zudem wurde festgestellt, dass die Produktivität im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2004 etwa 97 % des Bundesniveaus entsprach.

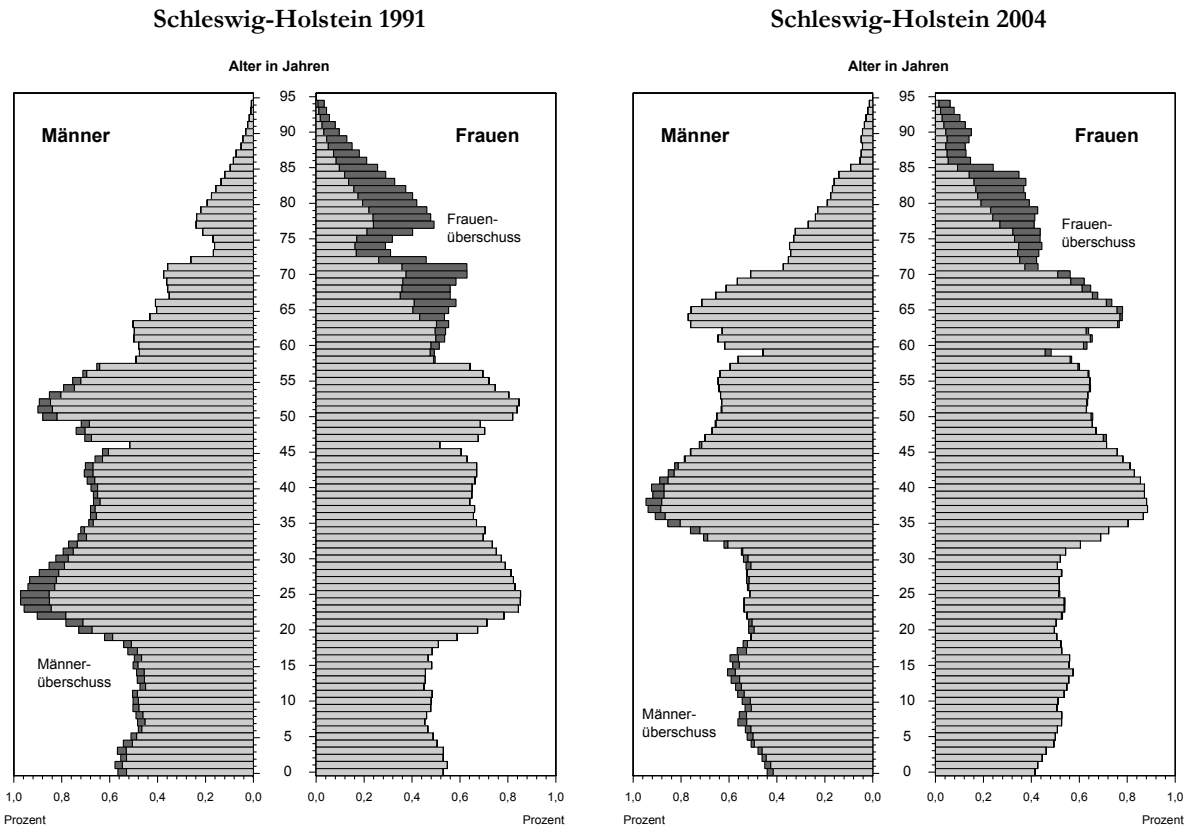
36 Auch innerhalb des industriellen Sektors kam es zu Verschiebungen: während in der Werftindustrie und im Textilgewerbe Beschäftigungsverluste beobachtet wurden, kam es im Maschinenbau zu Zuwächsen.

burg und Lübeck) die Quoten zwischen 14,7 % und 15,3 % schwankten (*Niebuhr/Kotte* 2005: 20). Darunter waren Flensburg und Lübeck mit je 15,3 % die Schlusslichter. Die niedrigste Arbeitslosenquote wurde demgegenüber mit 7,9 % im Landkreis Stormarn gemeldet, der offensichtlich von der Nähe zu Hamburg profitiert.

Die Sozialhilfequote betrug Ende 2004 in Schleswig-Holstein mit 114.645 Sozialhilfeempfängern 4,1 %. Neben den Flächenländern Mecklenburg-Vorpommern und Saarland hat damit Schleswig-Holstein die höchste Quote zu verzeichnen.

Im Jahr 2004 wurden 22 Patentanmeldungen pro 100 Tausend Einwohner gezählt. Damit weist Schleswig-Holstein die niedrigste Patentdichte im Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern auf. Die geringe Patentdichte kann u.a auf den relativ niedrigen Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP (1 % im Jahr 2001) zurückgeführt werden. Im Ländervergleich belegte Schleswig-Holstein damit den vorletzten Rang. Der überwiegende Teil der F&E-Aktivitäten wurde im Jahr 2001 vom Staat (54 %), der restliche Teil von der freien Wirtschaft finanziert.

4.15.2 Bevölkerungsentwicklung



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Darstellung: BiB

4.15.2.1 Geburten und Fertilität

In Schleswig-Holstein sank die Zahl der Geburten 2004 gegenüber 1991 von 28.935 auf 24.090 bzw. um 17 %. Damit hatte Schleswig-Holstein innerhalb des Untersuchungszeitraumes erstmalig einen Tiefstand erreicht. Nur im Jahr 1997 wurden etwas mehr, d.h. 145 mehr Kinder als im Ausgangsjahr geboren (Tab. 84).

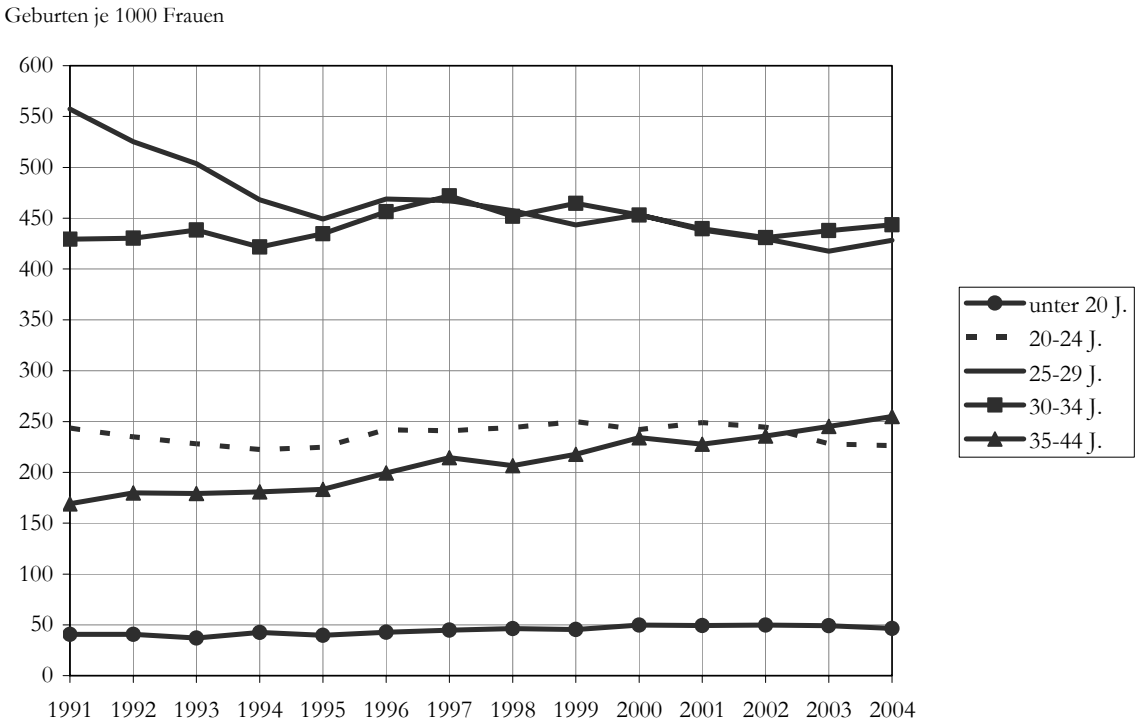
Tab. 84: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Schleswig-Holstein

Jahr	Lebendgeborene absolut	Index 1991 = 100	Geburten je 1.000 Frauen	Index 1991 = 100	Differenz*
1991	28.935	100,0	1.440	100,0	8,2
1992	28.757	99,4	1.411	98,0	9,3
1993	28.632	99,0	1.386	96,3	8,6
1994	27.542	95,2	1.336	92,8	7,6
1995	27.430	94,8	1.331	92,5	6,7
1996	28.766	99,4	1.409	97,9	7,2
1997	29.080	100,5	1.439	100,0	5,2
1998	27.729	95,8	1.406	97,7	3,9
1999	27.351	94,5	1.421	98,7	4,5
2000	26.920	93,0	1.432	99,5	4,0
2001	25.681	88,8	1.404	97,5	4,2
2002	24.915	86,1	1.390	96,6	3,7
2003	24.200	83,6	1.378	95,7	2,9
2004	24.090	83,8	1.399	97,2	3,7

* in +/- Prozent zu Deutschland

Datenquelle: Statistikamt Nord; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 71: Geburtenniveau in Schleswig-Holstein nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistikamt Nord; Bearbeitung: J. Roloff

Betrachtet man die zusammengefasste Geburtenziffer, so wurden im Jahr 1991 von 1.000 Frauen in Schleswig-Holstein 1.440 Kinder geboren, im letzten Untersuchungsjahr waren es mit 1.399 nur unerheblich weniger (-3 %). Auch in den Zwischenjahren veränderte sich das Geburtenniveau nicht gravierend. Am niedrigsten war es noch in den Jahren 1994/1995 und erreichte hier nur zu 93 % den Ausgangswert (vgl. Tab. 84).

Die TFR in Schleswig-Holstein wies gegenüber dem gesamtdeutschen Durchschnittswert ein durchweg höheres Niveau auf, allerdings mit jährlichen Schwankungen: So lag sie z.B. im Jahr 1992 um 9 %, dagegen 2004 „nur" um 4 % über dem Bundesdurchschnitt (Tab. 84).

Betrachtet man Abbildung 71, so fällt bei den 25- bis 29-jährigen Frauen der im Vergleich zu den anderen Frauengruppen starke Geburtenrückgang in den Jahren 1991 bis 1995 auf. Wurden je 1.000 Frauen dieses Alters im Jahr 1991 noch 557 Geburten registriert, waren es 1995 nur noch 449 bzw. 19 % weniger. In den Folgejahren sank, abgesehen von kurzzeitigen Steigerungen, die Geburtenziffer dieser Frauen weiter, wenn auch nicht mehr ganz so stark: bis 2004 auf 428; im Vergleich zu 1995 und 1991 waren es somit 7 bzw. 23 % weniger. Nicht ganz so spektakulär war die Fertilitätsentwicklung bei den 20- bis 24-jährigen Frauen: Deren Geburtenziffer sank innerhalb des Zeitraumes 1991/2004 von 244 auf 226, d.h. um 7 %.

Eine positive Entwicklung weisen dagegen die übrigen Frauengruppen auf, allerdings in unterschiedlichen Dimensionen. Betrachtet man als erstes die 30 bis 34 Jahre alten Frauen, so erreichte deren Geburtenniveau im Jahr 1997 mit 472 gegenüber 429 (1991) einen Höchststand. Danach sank es jedoch bis 2004 auf 443 und lag damit nur noch um 3 % über dem Ausgangswert, übertraf aber um 4 % das Geburtenniveau der 25- bis 29-jährigen Frauen. Eine fast kontinuierlich steigende Geburtenziffer weisen die 35- bis 44-jährigen Frauen auf: Betrug sie 1991 noch 169 Kinder je 1.000 dieser Frauen, lag sie 2004 mit 255 um 51 % höher und zudem um 13 % über der Geburtenziffer der 20- bis 24-jährigen Frauen (vgl. Abb. 71).

Gestiegene Geburtenziffern haben ebenso die unter 20-jährigen Frauen (hier allerdings auf einem insgesamt niedrigen Niveau) zu verzeichnen. Wurden 1991 je 1.000 dieser Frauen 41 Kinder geboren, waren es im letzten Berichtsjahr 47 Kinder bzw. 15 % mehr (Abb. 71).

4.15.2.2 Sterbefälle und Sterblichkeit

Innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 sank die Zahl der Sterbefälle in Schleswig-Holstein von 31.202 auf 29.829, d.h. um 4 %. Bezogen auf 1.000 Einwohner gingen die Gestorbenenzahlen von 11,8 auf 10,5 zurück (vgl. Tab. 85).

Tab. 85: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Schleswig-Holstein

Jahr	absolut	Index*	Sterbeziffer**
1991	31.202	100,0	11,8
1992	30.299	97,1	11,3
1993	31.223	100,1	11,6
1994	30.766	98,6	11,4
1995	31.288	100,3	11,5
1996	31.314	100,4	11,4
1997	30.274	97,0	11,0
1998	30.042	96,3	10,9
1999	30.110	96,5	10,8
2000	29.821	95,6	10,7
2001	29.667	95,1	10,6
2002	29.903	95,8	10,6
2003	30.500	97,8	10,8
2004	29.829	95,6	10,5

* 1991 = 100 %

** Gestorbene je 1.000 Einwohner und 1 Jahr

Datenquelle: Statistikamt Nord: Bearbeitung: J. Roloff

In Schleswig-Holstein lagen, ebenso wie in den übrigen Bundesländern, „bei den Todesursachen – wie in den Vorjahren – Kreislauferkrankungen mit 38,2 Prozent der Sterbefälle an erster Stelle. Zweithäufigste Todesursache waren bösartige Neubildungen (Krebserkrankungen) mit 26,8 Prozent (…). Mit deutlichem Abstand folgten an dritter Stelle der Sterbeursachen wieder Krankheiten des Atmungssystems mit 7,5 Prozent“ (*Statistikamt Nord* 2005a).

Entsprechend der Sterbetafel 2002/2004 ergibt sich für die in Schleswig-Holstein neugeborenen Jungen eine mittlere Lebenserwartung von 76 Jahren; die der neugeborenen Mädchen beträgt 81,4 Jahre und liegt somit um 5,4 Jahre höher. „Gegenüber der letzten Berechnung einer in Verbindung mit der Volkszählung erstellten allgemeinen Sterbetafel auf der Basis der Jahre 1986/1988 hat die Lebenserwartung innerhalb der vergangenen 16 Jahre bei neugeborenen Jungen in Schleswig-Holstein um 3,5 Jahre zugenommen, bei weiblichen Neugeborenen in Schleswig-Holstein um 2,7 Jahre. Bundesweit betrug die Veränderung in diesem Zeitraum bei Jungen plus 3,7 Jahre und bei Mädchen plus 2,8 Jahre" (*Statistikamt Nord* 2005b).

Tab. 86: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002-2004

Altersstufe	Lebenserwartung in Jahren		Abstand zum Bundesdurchschnitt in Monaten	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
0	81,4	76,0	-1,6	1,6
1	80,7	75,4	-2,0	1,7
20	61,9	56,7	-2,0	2,0
40	42,3	37,5	-1,7	1,9
60	24,1	20,2	-0,2	2,2
65	19,8	16,5	0,2	2,4
80	8,7	7,4	0,7	1,6

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, abgekürzte Sterbetafel 2002/2004; Bearbeitung: J. Roloff

Betrachtet man die Überlebenschance einzelner Altersstufen im Vergleich zur Bundesbevölkerung, so weisen die Frauen in Schleswig-Holstein im Alter von 0 bis 40 Jahren eine, allerdings nur unwesentliche, geringere Lebenserwartung von im Schnitt 2 Monaten auf; in den darauf folgenden Altersstufen sind die Überlebenschancen der Frauen in Schleswig-Holstein und Deutschland nahezu gleich hoch (vgl. Tab. 86).

Im Gegensatz dazu ist die mittlere bzw. fernere Überlebenschance der in Schleswig-Holstein lebenden Männer in allen Altersstufen gegenüber dem Bundesdurchschnitt höher, wenn auch mit durchschnittlich 2 Monaten nur unbedeutend (Tab. 86).

4.15.2.3 Wanderungen

In Schleswig-Holstein war das Binnenwanderungsgeschehen in den ersten Jahren des Untersuchungszeitraumes durch Verluste geprägt. So verlor dieses Bundesland in der Summe der Jahre 1991 bis 1995 infolge von Abwanderungen in das übrige Bundesgebiet 53,6 Tausend Menschen (vgl. Tab. 87). Erst seit 1996, und dies durchgängig bis 2004, zogen mehr Menschen aus anderen Bundesländern nach Schleswig-Holstein zu als weg; innerhalb der o.a. Jahre waren es insgesamt 103,7 Tausend. Somit konnte Schleswig-Holstein während des gesamten Untersuchungszeitraumes einen Binnenwanderungsgewinn von 50,1 Tausend Personen verbuchen.

Schleswig-Holstein weist in allen Untersuchungsjahren positive Außenwanderungssalden auf. Von 1991 bis 1995, darunter insbesondere 1992, waren sie vergleichsweise hoch. In diesen Jahren erzielte Schleswig-Holstein 87 % des gesamten Außenwanderungsplus von 198,6 Tausend Perso-

nen. In den Jahren danach fielen die Zuwanderungsgewinne aus dem Ausland wesentlich niedriger aus, und das letzte Jahr (2004) verzeichnet mit nur 181 Personen den bis dato geringsten Zuzugsüberschuss (vgl. Tab. 87).

Tab. 87: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Schleswig-Holstein, 1991 bis 2004

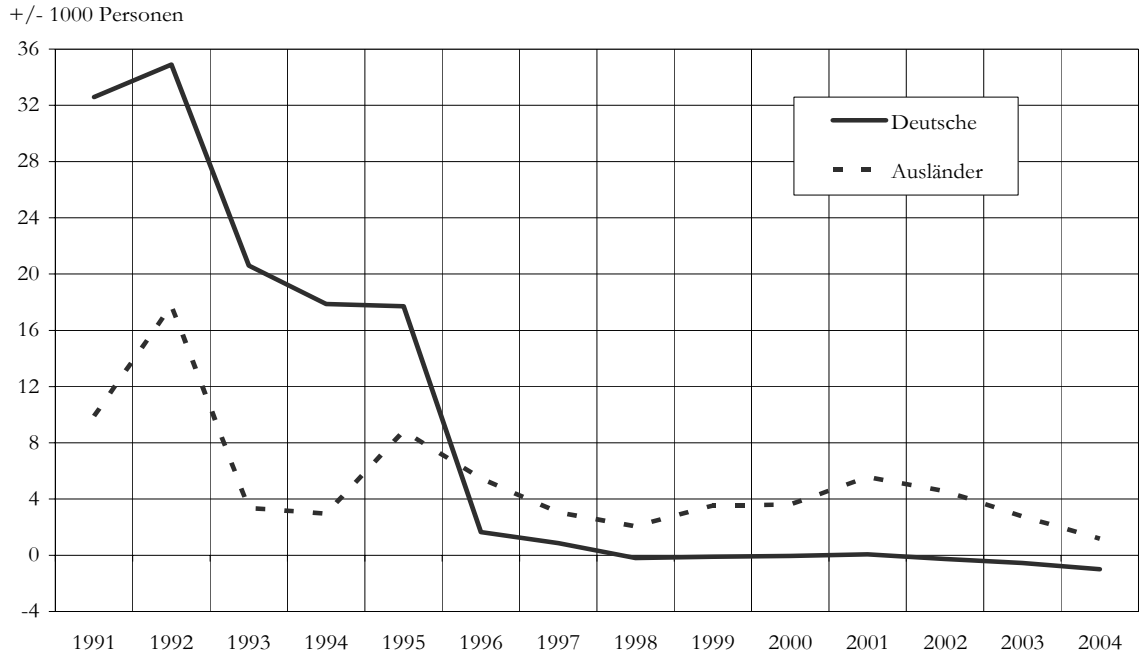
Jahr	Binnenwanderung		Außenwanderung		Gesamtwanderung	
	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*
1991	-17,8	-6,8	49,2	18,6	31,4	11,9
1992	-20,1	-7,5	64,3	24,1	44,2	16,6
1993	-6,1	-2,3	37,3	13,9	31,3	11,6
1994	-4,1	-1,5	29,5	10,9	25,4	9,4
1995	-5,6	-2,1	26,5	9,8	20,9	7,7
1996	12,3	4,5	7,1	2,6	19,4	7,1
1997	11,5	4,2	3,9	1,4	15,4	5,6
1998	10,0	3,6	1,9	0,7	11,9	4,3
1999	10,6	3,8	3,4	1,2	14,0	5,0
2000	11,8	4,3	3,6	1,3	15,4	5,5
2001	12,9	4,6	5,6	2,0	18,5	6,6
2002	12,9	4,6	4,3	1,5	17,2	6,1
2003	10,8	3,8	2,2	0,8	13,0	4,6
2004	11,0	3,9	0,2	0,1	11,2	4,0

* Je 1.000 Einwohner am Jahresende

Datenquelle: Statistikamt Nord; Bearbeitung: J. Roloff

Von 1991 bis 2004 gewann die Bevölkerung in Schleswig-Holstein 248,7 Tausend Menschen über Wanderungen dazu, die zu 80 % aus einem Außenwanderungsplus resultieren.

Abb. 72: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Schleswig-Holstein, 1991 bis 2004



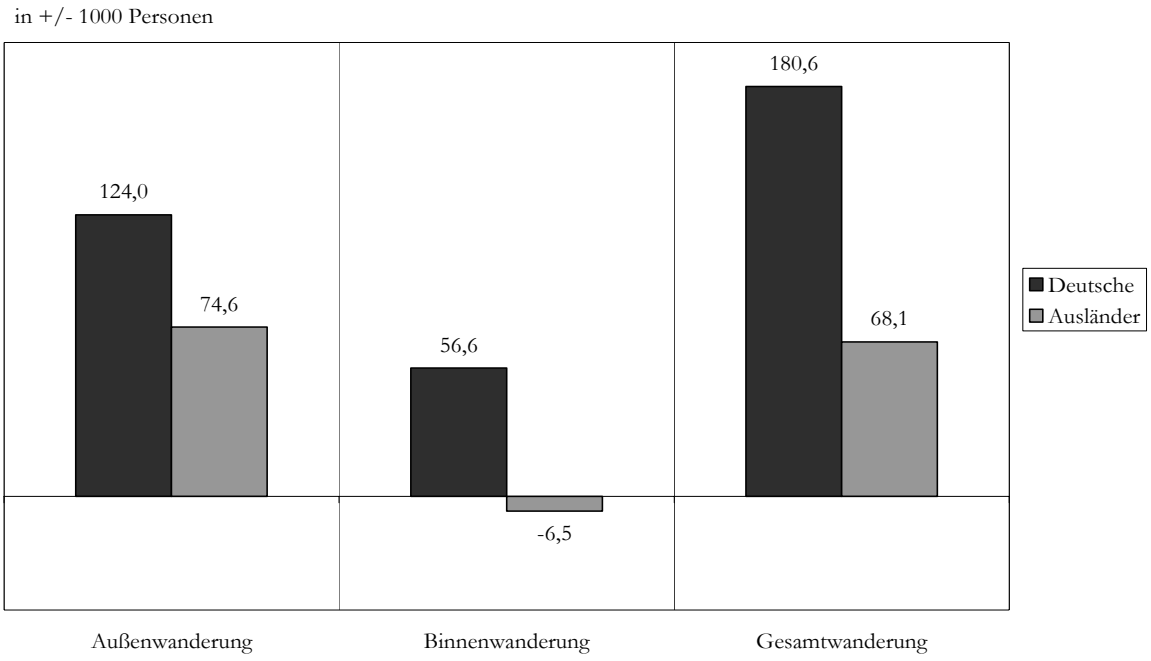
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistikamt Nord; Bearbeitung: J. Roloff

Anhand der Abbildung 72 ist zu sehen, dass in den Jahren 1991 bis 1995 im Außenwanderungsgeschehen Schleswig-Holsteins Zuzugsüberschüsse von Deutschen dominierten, die maßgeblich

zu den oben beschriebenen hohen Außenwanderungsgewinnen mit beitrugen: Ihr Anteil am gesamten Wanderungsplus aus dem Ausland der Jahre 1991 bis 1995 machte allein 74 % aus. Erst ab 1996 wanderten in das Land Schleswig-Holstein mehr Ausländer als Deutsche über die Grenzen Deutschlands ein. Zudem sind seit 1998 (ausgenommen das Jahr 2001) bei den Deutschen nunmehr leichte Verluste zu verzeichnen (vgl. Abb. 72). Dadurch wurde der gesamte Gewinn an Deutschen aus dem Ausland innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 auf 124 Tausend geschmälert.

Jedoch liegt er immer noch höher als der Binnenwanderungsgewinn von 56,6 Tausend Deutschen und macht somit 69 % des gesamten Wanderungsplus von 180,6 Tausend Deutschen aus. Schleswig-Holstein hat innerhalb des Untersuchungszeitraumes zudem einen Außenwanderungsgewinn von 74,6 Tausend Ausländern zu verzeichnen. Dem steht allerdings ein leichter Binnenwanderungsverlust von 6,5 Tausend Ausländern gegenüber, so dass das gesamte Wanderungsplus mit 68,1 Tausend Ausländern geringer ausfällt (Abb. 73).

Abb. 73: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Schleswig-Holstein, Summe der Jahre 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistikamt Nord; Bearbeitung: J. Roloff

4.15.2.4 Bevölkerungsbilanz

Betrachtet man abschließend die Bevölkerungsbilanz Schleswig-Holsteins, so weist diese in jedem Jahr einen Gestorbenenüberschuss aus: Innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 starben in Schleswig-Holstein 46,2 Tausend mehr Menschen als geboren wurden. Und somit sind es ausschließlich Wanderungsüberschüsse, die den steten Anstieg der Einwohnerzahl in Schleswig-Holstein bewirkten. Lebten Ende des Jahres 1991 in Schleswig-Holstein 2.648,5 Tausend Menschen, waren es am Jahresende 2004 242,8 Tausend bzw. 7 % mehr (Tab. 88).

„Der Bevölkerungszuwachs Schleswig-Holsteins ist auf die positiven Veränderungen in der kreisfreien Stadt Flensburg und in der Landeshauptstadt Kiel sowie insbesondere in den an Hamburg angrenzenden Kreisen Herzogtum Lauenburg, Pinneberg, Segeberg und Stormarn zurückzuführen. Auch in den Kreisen Nordfriesland, Ostholstein, Plön und Schleswig-Flensburg stieg die

Einwohnerzahl zum Jahresende 2004. Die kreisfreien Städte Lübeck und Neumünster verloren dagegen Bevölkerung, während in den Kreisen Dithmarschen, Rendsburg-Eckernförde und Steinburg praktisch keine Veränderung stattfand" (*Statistikamt Nord* 2005c).

Wie in allen Bundesländern ist auch in Schleswig-Holstein die ausländische Bevölkerung stärker gewachsen als die deutsche: Deren Zahl erhöhte sich von 111,3 auf 151,3 Tausend bzw. um 36 %; demgegenüber wuchs die Zahl der Deutschen von 2.537,3 auf 2.677,4 Tausend, d.h. um 6 %.

Tab. 88: Bevölkerungsstand und -veränderung in Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung zu Beginn des Jahres	Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-)	Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-)		Bevölkerung am Ende des Jahres
	in 1.000				je 1.000 Ew.	in 1.000
1991	2.626,1	-2,3	31,4	29,1	11	2.648,5
1992	2.648,5	-1,5	44,2	42,6	16	2.679,6
1993	2.679,6	-2,6	31,3	28,7	11	2.694,9
1994	2.694,9	-3,2	25,4	22,1	8	2.708,4
1995	2.708,4	-3,9	20,9	17,1	6	2.725,5
1996	2.725,5	-2,5	19,4	16,8	6	2.742,3
1997	2.742,3	-1,2	15,4	14,2	5	2.756,5
1998	2.756,5	-2,3	11,9	9,6	3	2.766,1
1999	2.766,1	-2,8	14,0	11,2	4	2.777,3
2000	2.777,3	-2,9	15,4	12,5	4	2.789,8
2001	2.789,8	-4,0	18,5	14,5	5	2.804,2
2002	2.804,2	-5,0	17,2	12,3	4	2.816,5
2003	2.816,5	-6,3	13,0	6,7	2	2.823,2
2004	2.823,2	-5,7	11,2	5,4	2	2.828,8

Datenquelle: Statistikamt Nord; Bearbeitung: J. Roloff

„In Schleswig-Holstein lebten am 31.12.2004 nach den Ergebnissen des Ausländerzentralregisters[37] 42.100 Personen aus den Ländern der heutigen EU. Knapp jeder dritte ausländische Mitbürger in Schleswig-Holstein hatte die Staatsbürgerschaft eines Mitgliedsstaates der EU, darunter als große Gruppe 6.300 dänische Staatsangehörige." Zudem waren „gut ein Viertel von ihnen (35.500 Personen) türkischer Nationalität, 9.300 hatten die polnische und 7.100 die serbisch-montenegrinische Staatsangehörigkeit" (*Statistikamt Nord* 2005d).

Schleswig-Holstein hatte in den Jahren 2000 bis 2004 insgesamt 24.860 Einbürgerungen zu verzeichnen. „Am häufigsten wurden auch im Jahr 2004 (hier waren es insgesamt 4.660 Einbürgerungen – die A.) türkische Staatsangehörige (1.315 Personen bzw. 29 Prozent) eingebürgert, gefolgt von Personen polnischer (573) und irakischer Staatsangehörigkeit (546 Personen). Mehr als drei Viertel der Eingebürgerten befanden sich im wahlberechtigten Alter. Nur 2,7 Prozent aller Personen mit einer zuvor nichtdeutschen Staatsangehörigkeit zählten 2004 zu den 60-Jährigen und älteren" (*Statistikamt Nord* 2005e). Schleswig-Holstein weist im Ländervergleich neben Hamburg mit 16 % den höchsten Einbürgerungsanteil auf.

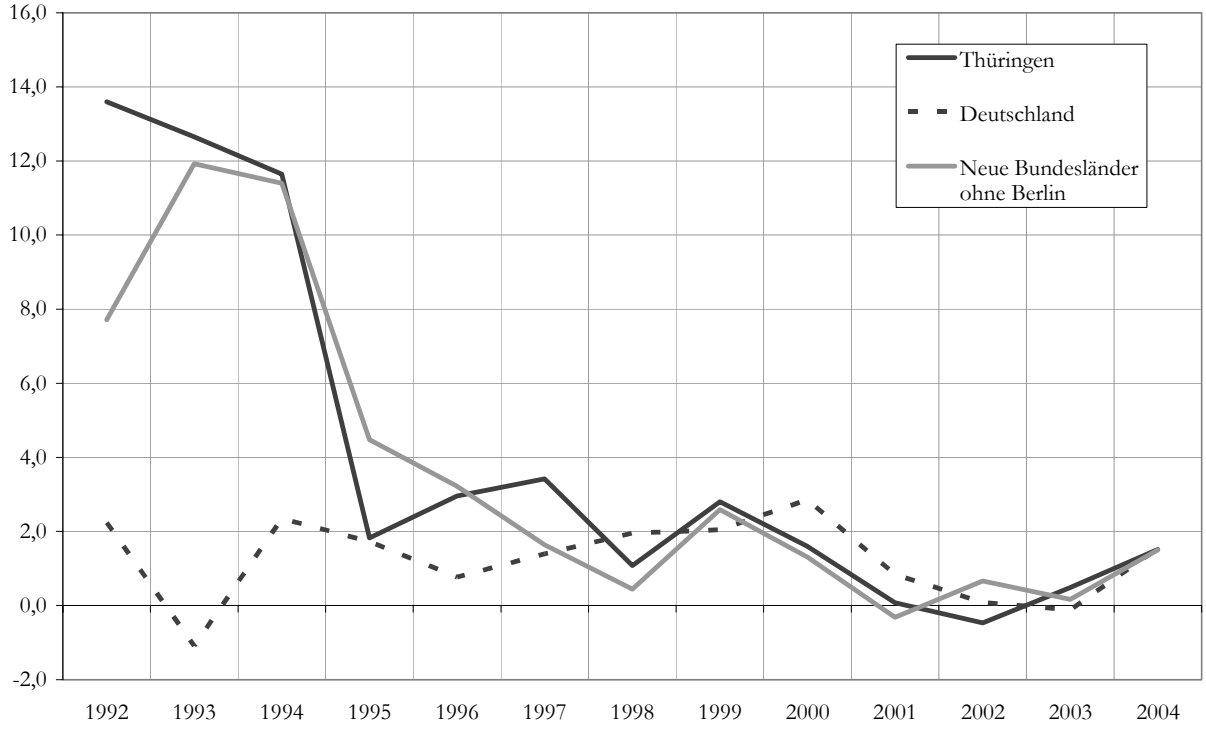
[37] Auch hier sind es im Vergleich zur amtlichen Statistik um 16.127 Personen weniger!

4.16 Thüringen

4.16.1 Wirtschaftsprofil

Das reale Bruttoinlandsprodukt Thüringens ist im Zeitraum von 1991 bis 2004 um 66 % gestiegen. Damit kann dieses Land das höchste, den Durchschnitt um 9,4 Prozentpunkte übersteigende Wachstum im ostdeutschen Bundesgebiet vorweisen. Die für Ostdeutschland typische Boomphase ging bis Mitte der 1990er Jahre, danach war das Wirtschaftswachstum Thüringens auf einem deutlich geringeren Niveau. Im Jahr 2002 wurde innerhalb unseres Untersuchungszeitraums eine einmalige negative Veränderungsrate von -0,5 % gegenüber dem Vorjahr festgestellt (Abb. 74).

Abb. 74: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Datenquelle: VGR der Länder; Bearbeitung: F. Micheel

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ist in Thüringen im Zeitraum von 1991 bis 2004 von 9.013 Euro auf 16.412 Euro, d.h. um 82 % gestiegen. Der Abstand zum Bundesdurchschnitt ist mit 67 % deutlich zu erkennen, immerhin wurde gegenüber dem Jahr 1991 das Niveau um 25,1 Prozentpunkte erhöht. Thüringen nimmt hinsichtlich der Bruttolöhne und -gehälter seiner Arbeitnehmer im Ländervergleich den vorletzten Platz ein. Im letzten Untersuchungsjahr betrugen sie 21.368 Euro und entsprachen 80 % des Bundesniveaus. Im Zeitraum zwischen 1991 und 2004 sind sie fast um das Doppelte gestiegen. Die Arbeitsproduktivität betrug im Jahr 2004 je Erwerbstätigen 37.600 Euro. Im Ländervergleich schneidet Thüringen damit am schlechtesten ab, auch wenn seine Steigerungsrate in der Zeit von 1991 bis 2004 mit 99 % in der Bundesrepublik am höchsten war. In Hinblick auf die Lohnstückkosten hat Thüringen die niedrigste Steigerung aufzuweisen: sie veränderte sich im Zeitraum 1991 bis 2004 um 0,7 %.

Die Dienstleistungsbereiche leisteten im Jahr 2004 zur Bruttowertschöpfung Thüringens einen Anteil von 66 %, während 32 % vom Produzierenden Gewerbe und 2 % von der Landwirtschaft

erbracht wurden. Der Dienstleistungsanteil ist im Vergleich zum Jahr 1991 um 3,9 Prozentpunkte gefallen. Thüringen ist damit das einzige Bundesland, in dem sich der strukturelle Wandel nicht zugunsten des Dienstleistungssektors entwickelt hat. Dagegen ist der Anteil des Produzierenden Gewerbes gegenüber dem Jahr 1991 um 4,5 Prozentpunkte gewachsen. Der Anteil der Landwirtschaft ist in diesem Zeitraum um 0,5 Prozentpunkte gesunken.

Die Region des heutigen Thüringens war ursprünglich von mittelständischen Unternehmen geprägt. Dies änderte sich dann während der DDR-Zeit durch eine Reihe von zentralwirtschaftlichen Maßnahmen. Der Mittelstand wurde durch Großbetriebe (Kombinate) verdrängt, Monostrukturen bildeten sich heraus. Nach der deutschen Vereinigung stellten sich diese Strukturen in Bezug auf die (internationale) Wettbewerbsfähigkeit als ungünstig heraus. Doch entgegen dem allgemeinen Trend in den neuen Ländern, strukturerhaltende Förderungen zu gewähren, wurde auf die Dezentralisierung der ehemaligen volkseigenen Großbetriebe gesetzt. Darüber hinaus wurden eher strukturstarke Regionen in Thüringen gefördert. Das Land Thüringen weist bezüglich der Branchenstruktur regionale Spezialisierungen auf.[38] Bis auf den wirtschaftlich schwächeren Norden sind diese Industriezweige eher technologieorientiert (*Farhauer/Granato/Dietrich* 2005: 12ff).

Insgesamt ist in Thüringen eine Branchenstruktur vorzufinden, in der, mit Ausnahme des Zweiges Erziehung/Unterricht, schrumpfende Branchen im ostdeutschen Vergleich unterrepräsentiert sind. Der vorherrschende Branchenmix trug dazu bei, dass im Zeitraum von 1995 bis 2001 die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten noch am günstigsten in Ostdeutschland war.[39] Weiterhin ist festzustellen, dass die für die Beschäftigung günstigen Strukturen vorwiegend in den kreisfreien Städten zu finden sind. In den meisten Kreisen wurden positive Branchenstruktureffekte gemessen, lediglich der Osten Thüringens (Greiz, Altenburger Land, Weimarer Land und Saale-Holzland) schnitt im Hinblick auf die Beschäftigung ungünstig ab (*Farhauer/Granato/Dietrich* 2005: 25ff).

Für das Jahr 2004 wurden in Thüringen 1,03 Millionen erwerbstätige Personen gezählt. Dies waren gegenüber dem Jahr 1991 17 % weniger. Mit dieser prozentualen Veränderung steht Thüringen im gesamtdeutschen Vergleich an vorletzter Stelle. Die Erwerbstätigenquote liegt im Jahr 2004 bei 62,5 %. Von den ostdeutschen Bundesländern ist dies das beste Ergebnis und im gesamten Ländervergleich nimmt Thüringen hier einen der mittleren Plätze ein.

Thüringen kann in den Neuen Ländern die niedrigste Arbeitslosenquote vorweisen; d.h. sie war 2 Prozentpunkte niedriger ausgefallen als in den ostdeutschen Ländern insgesamt. So waren im Jahr 2004 im Durchschnitt fast 208 Tausend Personen arbeitslos gemeldet. Daraus ergab sich eine Arbeitslosenquote von 18,1 %. 12 % der Arbeitslosen waren jünger als 25 Jahre und 11 % 55 Jahre und älter. Im Landkreis Sonneberg wurde im Jahresmittel 2004 eine Arbeitslosenquote von 13,1 % gemeldet. Am schlechtesten schnitt im gleichen Jahr der Kyffhäuserkreis mit einer Quote von 26,1 % ab.

---

[38] Ostthüringen: Medizin- und Messtechnik, Optik, Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren; Mittelthüringen: EDV-Technik, Elektronik, Bautechnologie; Südthüringen: Automobilindustrie, Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren und Elektrotechnik (Technologie-Dreieck Jena-Erfurt-Ilmenau); Nordthüringen: Tabakverarbeitung, Spielwaren, Möbel und Musikinstrumente.

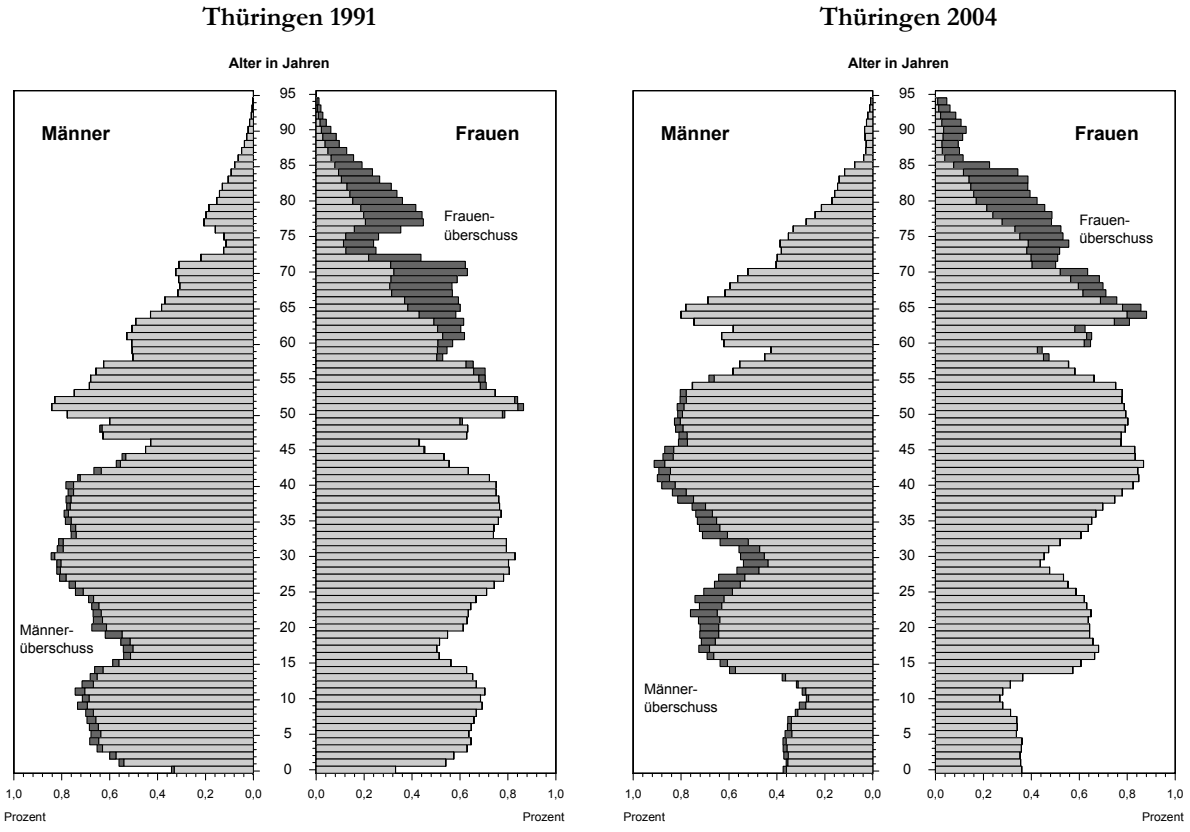
[39] Der Beschäftigungsabbau betrug 1,9 % im Jahr, es war für den Zeitraum der geringste Abbau in den neuen Ländern (*Amend/Bauer/Bogai* 2005: 2).

Die innerhalb Ostdeutschlands niedrigste Arbeitslosigkeit ist auch als Folge der im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Bundesländern günstigeren geographischen Lage zu sehen: Thüringen grenzt an drei westliche Bundesländer, in die viele Erwerbstätige pendeln und somit den Arbeitsmarkt Thüringens entlasten (*Bertelsmann Stiftung* 2005: 212).

Am Jahresende 2004 wurden in Thüringen 59.582 Personen in der Sozialhilfestatistik erfasst. Das entsprach einer Sozialhilfequote von 2,5 %, und diese war, neben der von Rheinland-Pfalz, die drittniedrigste im Bundesgebiet.

Im aktuellen Standortranking der *Bertelsmann Stiftung* wird die positive Entwicklung Thüringens bei den Patentanmeldungen bescheinigt. Positiv hervorgehoben wird insbesondere das Technologie-Dreieck Jena-Erfurt-Ilmenau mit seinem hohen Entwicklungspotenzial (*Bertelsmann Stiftung* 2005: 210). Die Daten bzgl. der Erfindertätigkeiten bekräftigen diesen Aspekt. Im Jahr 2004 wurden 31 Patente je 100 Tausend Einwohner angemeldet. Damit führt Thüringen die Gruppe der ostdeutschen Bundesländer an. Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung entsprachen im Jahr 2001 einem Anteil von 2 % am BIP. Im gleichen Jahr wurden fast 54 % der Ausgaben von der Wirtschaft und etwa 46 % von der öffentlichen Hand übernommen. Damit weist Thüringen den höchsten Anteil der privaten Förderung im Vergleich mit den anderen ostdeutschen Ländern auf.

4.16.2 Bevölkerungsentwicklung



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Darstellung: BiB

4.16.2.1 Geburten und Fertilität

In Thüringen sank, wie auch in den übrigen ostdeutschen Ländern, in den Jahren 1991 bis 1994 die Zahl der Lebendgeborenen von 17.470 auf 12.721 bzw. um 27 %. Danach lässt sich bis 2000

ein relativ starker Geburtenanstieg um 38 % feststellen. Die Geburtenzahl lag zudem in diesem Jahr mit 4.856 leicht über der des Tiefpunktes von 1994. Seit 2001 wurden, abgesehen von jährlichen Schwankungen, wieder etwas weniger Kinder geboren; im Vergleich zu 2000 waren es im letzten Untersuchungsjahr 2004 um 2 % weniger (Tab. 89). Interessant ist hier eine Pressemitteilung des *Thüringer Landesamtes für Statistik* (2005a), dass sich „eine deutliche Zunahme des Anteils der jährlich geborenen Mehrlingskinder (zeigt). Die Mehrlingsquote (Mehrlingskinder je 1.000 Lebendgeborene) ist von 16,1 im Jahr 1980 auf 27,7 im Jahr 2004 kontinuierlich angestiegen".

Die aufgezeigte Entwicklung der Geburtenzahlen ist die logische Folge der Fertilitätsentwicklung. Bis 1994 setzte sich, und dies gilt für alle Neuen Länder, der bereits 1989 begonnene Abwärtstrend der Geburten fort. In Thüringen sank bis 1994 die zusammengefasste Geburtenziffer von 973 (1991) auf 773, d.h. um 21 %. In den Folgejahren stieg sie dann stetig und lag 2004 mit 1.290 Geburten je 1.000 Frauen um 33 % über dem Ausgangswert des Jahres 1991 (Tab. 89).

Tab. 89: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Thüringen

Jahr	Lebendgeborene absolut	Index 1991 = 100	Geburten je 1.000 Frauen	Index 1991 = 100	Differenz*
1991	17.470	100,0	973	100,0	-26,9
1992	14.615	83,7	849	87,3	-34,2
1993	13.307	76,2	788	81,0	-38,3
1994	12.721	72,8	773	79,4	-37,8
1995	13.788	78,9	856	88,0	-31,4
1996	15.265	87,4	971	99,8	-26,1
1997	16.475	94,3	1.067	109,7	-22,0
1998	16.607	95,1	1.102	113,2	-18,6
1999	16.926	96,9	1.145	117,7	-15,8
2000	17.577	100,6	1.213	124,7	-11,9
2001	17.351	99,3	1.225	125,9	-9,0
2002	17.007	97,3	1.228	126,2	-8,4
2003	16.900	96,7	1.239	127,4	-7,5
2004	17.310	99,1	1.290	132,6	-4,8

* in +/- Prozent zu Deutschland

Datenquelle: Thüringer Landesamt für Statistik; Bearbeitung: J. Roloff

Wie in den anderen Bundesländern gibt es auch innerhalb des Landes Thüringen regionale Unterschiede in der Geburtenentwicklung. „Bezieht man die Zahl der Lebendgeborenen nur auf die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 44 Jahren, so führen die Landkreise Eichsfeld (1,45 Kinder je Frau) und der Unstrut-Hainich-Kreis (1,43 Kinder je Frau) diese Rangliste an, gefolgt vom Landkreis Gotha (1,39) und der kreisfreien Stadt Eisenach (1,37). Den letzten Platz belegt die kreisfreie Stadt Suhl (1,10)" (*Thüringer Landesamt für Statistik* 2005b).

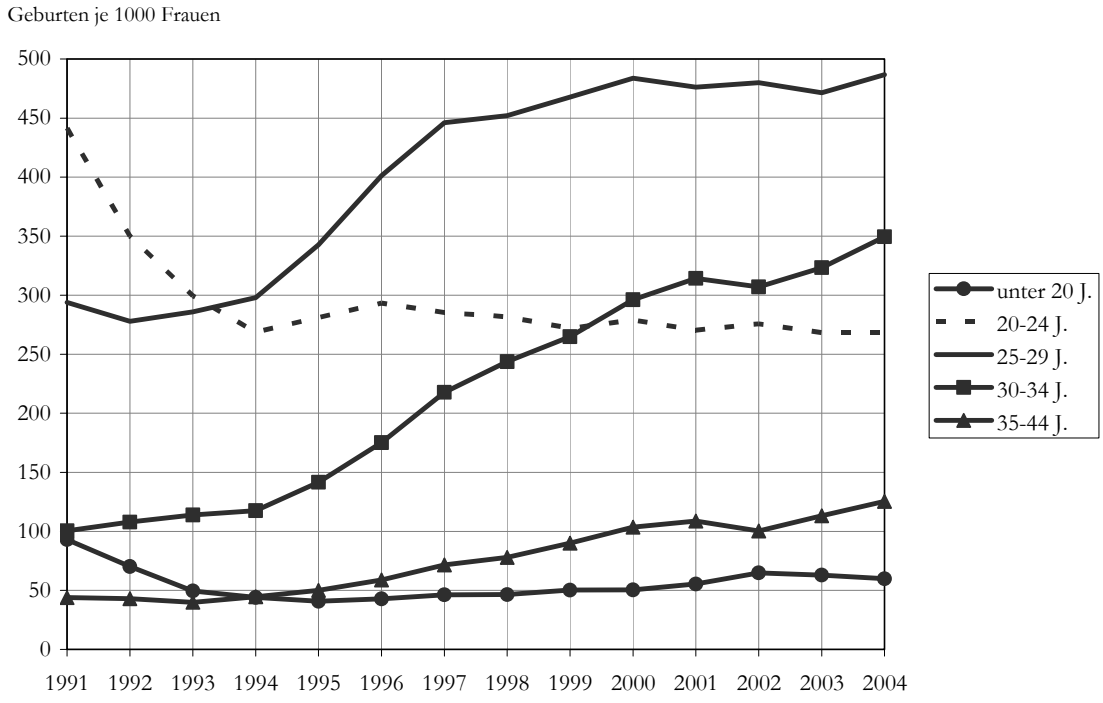
Während des gesamten Untersuchungszeitraumes war das Geburtenniveau Thüringens niedriger als das von Deutschland insgesamt. Jedoch wurde der Abstand von Jahr zu Jahr geringer: Z.B. lag 1993 die TFR Thüringens 38 %, dagegen 2004 nur noch 5 % unterhalb des Bundesdurchschnitts (Tab. 89).

Wie in den übrigen ostdeutschen Ländern ist der seit ca. Mitte der 1990er Jahre zu verzeichnende Aufwärtstrend in der Fertilitätsentwicklung Thüringens ausschließlich auf den Anstieg der Geburten der 25 Jahre und älteren Frauen zurückzuführen (vgl. Abb. 75).

Nach einem anfänglich leichten Rückgang stieg die Geburtenziffer der 25- bis 29-jährigen Frauen nahezu stetig und lag 2004 mit 487 über der des Jahres 1991 (294). Die Geburtenziffer der über 30 Jahre alten Frauen weist im letzten Untersuchungsjahr gegenüber dem Ausgangsjahr noch höhere Werte auf: Wurden 1991 je 1.000 der 30 bis 34 Jahre alten Frauen 100 Kinder geboren, waren es 2004 350, d.h. über das Zweifache mehr. Damit lag das Geburtenniveau dieser Frauen im Jahr 2004 zudem um 30 % über dem der 20- bis 24-jährigen Frauen (vgl. Abb. 75). Nicht ganz so stark, aber auch noch beachtlich stieg innerhalb o.a. Jahre die Geburtenziffer der 35 bis 44 Jahre alten Frauen: von 44 auf 125 bzw. um 86 %. Und damit lag deren Geburtenniveau bei weitem über dem der unter 20-jährigen Frauen (vgl. Abb. 75).

Die Geburtenziffer der jüngsten Frauengruppe erreichte 1995 mit 41 gegenüber 93 (1991) ihren Tiefststand, stieg danach zwar wieder, lag aber im letzten Untersuchungsjahr weiterhin um 36 % unter dem Ausgangsniveau. Die Zahl der Geburten je 1.000 der 20 bis 24 Jahre alten Frauen Thüringens sank von 442 (1991) auf 269 (1994), d.h. um 39 %, stieg dann kurzzeitig bis 1996 auf 293, sank dann jedoch wieder bis 2004 auf das Niveau des Jahrs 1994 zurück (vgl. Abb. 75).

Abb. 75: Geburtenniveau in Thüringen nach Altersgruppen des Frauen, 1991 bis 2004



Datenquelle: Thüringer Landesamt für Statistik; Bearbeitung: J. Roloff

4.16.2.2 Sterbefälle und Sterblichkeit

In Thüringen wurden im ersten Jahr unseres Untersuchungszeitraumes 31.965 Sterbefälle registriert; auf 1.000 Einwohner bezogen waren dies 12,4. Abgesehen von einigen jährlichen Schwankungen sank die Zahl der Gestorbenen ab da stetig und lag 2004 um 6.640 Personen bzw. um 21 % niedriger; die rohe Sterbeziffer machte nun 10,7 ‰ aus (Tab. 90).

Entsprechend der abgekürzten Sterbetafel 2002/2004 haben die männlichen Neugeborenen in Thüringen die Chance, 74,8 Jahre alt zu werden. Die durchschnittliche Lebenserwartung der weiblichen Neugeborenen beträgt 81 Jahre, liegt somit gegenüber der der Jungen um 6,2 Jahre höher. Lt. Mitteilung des *Thüringer Landesamtes für Statistik* (2005c) ist die Lebenserwartung im

Vergleich zu 1990/1992 bei den neugeborenen Jungen um 4,8 und bei den neugeborenen Mädchen um 4,2 Jahre gestiegen. „Auch bei den älteren Personen ist die gestiegene Lebenserwartung nach der neuesten Berechnung für Thüringen offensichtlich.
So kann ein 65-jähriger Mann im Durchschnitt mit weiteren 15,5 Lebensjahren rechnen (Deutschland: 16,3 Jahre), gegenüber 13 Jahren nach der Sterbetafel von vor zwölf Jahren. Für eine gleichaltrige Frau in Thüringen ergeben sich noch 19,1 weitere Lebensjahre (Deutschland: 19,8 Jahre), gegenüber 16,2 Jahren im Zeitraum 1990/1992."

Tab. 90: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Thüringen

Jahr	absolut	Index*	Sterbeziffer**
1991	31.965	100,0	12,4
1992	30.155	94,3	11,8
1993	29.866	93,4	11,8
1994	28.877	90,3	11,5
1995	29.027	90,8	11,6
1996	28.468	89,1	11,4
1997	27.694	86,6	11,2
1998	26.991	84,4	11,0
1999	26.590	83,2	10,9
2000	26.081	81,6	10,7
2001	25.499	79,8	10,6
2002	26.000	81,3	10,9
2003	26.200	82,0	11,0
2004	25.325	79,2	10,7

* 1991 = 100 %

** Gestorbene je 1.000 Einwohner und 1 Jahr

Datenquelle: Thüringer Landesamt für Statistik; Bearbeitung: J. Roloff

Tab. 91: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Thüringen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002-2004

Altersstufe	Lebenserwartung in Jahren		Abstand zum Bundesdurchschnitt in Monaten	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
0	81,0	74,8	-6,5	-13,4
1	80,3	74,1	-6,4	-13,6
20	61,6	55,5	-5,5	-12,1
40	42,0	36,5	-5,4	-10,6
60	23,5	19,3	-7,2	-8,9
65	19,1	15,5	-7,7	-8,6
80	8,2	6,8	-5,3	-5,9

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, abgekürzte Sterbetafel 2002/2004; Bearbeitung: J. Roloff

Vergleicht man im Einzelnen die durchschnittliche bzw. fernere Lebenserwartung der Männer in Thüringen mit der aller in Deutschland lebenden Männer, so weisen diese in allen in Tabelle 91 aufgezeigten Altersstufen eine höhere Sterblichkeit auf, dabei ist dieser Abstand zum Bundesdurchschnitt bei den 80-jährigen Männern noch am geringsten. Haben z.B. die in Thüringen neugeborenen Jungen eine gegenüber allen im Bundesgebiet neugeborenen Jungen um 13,4 Monate geringere Lebenserwartung, macht diese Differenz bei den 60-jährigen Männern rd. ein drei viertel Jahr und bei den 80-jährigen Männern rd. ein halbes Jahr aus. Bei den Frauen Thüringens lässt sich ebenfalls eine gegenüber allen Frauen in Deutschland höhere Sterblichkeit feststellen. Doch ist hier die Differenz im Vergleich zu den Männern kleiner. So haben die neugeborenen Mädchen in Thüringen gegenüber allen neugeborenen Mädchen eine um 6,5 Monate geringere Überlebens-

chance. Die fernere Lebenserwartung der 60-jährigen Frauen liegt um 7,2 und die der 80-jährigen Frauen um 5,3 Monate unter der aller Frauen dieses Alters in Deutschland (Tab. 91).

4.16.2.3 Wanderungen

Thüringen hat, ebenso wie die Mehrheit der übrigen Neuen Länder, über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg Verluste bei der Binnenwanderung zu verzeichnen. Von 1991 bis 2004 insgesamt zogen 147 Tausend mehr Menschen aus diesem in andere Bundesländer weg als von dort zu; je 1.000 seiner Einwohner waren es 59 Personen. Darunter ist der hohe Negativsaldo im Jahr 1991 auffällig: Hier machte der Binnenwanderungsverlust 27,2 Tausend Personen aus, d.h. 20 % des Negativsaldos im gesamten Untersuchungszeitraum. Nach einer gewissermaßen „Erholung" in den Jahren zwischen 1992 und 1999 sind ab 2000 die jährlichen Verluste wieder relativ hoch. Anteilig machen sie, die Jahre 2000 bis 2004 zusammen genommen, 41 % des gesamten Binnenwanderungsminus aus (vgl. Tab. 92).

Tab. 92: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Thüringen, 1991 bis 2004

Jahr	Binnenwanderung		Außenwanderung		Gesamtwanderung	
	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*	in 1.000 Personen	je 1.000 Einwohner*
1991	-27,2	-10,0	1,2	0,4	-26,1	-9,6
1992	-9,4	-3,7	9,9	3,9	0,5	0,2
1993	-7,7	-3,0	11,2	4,4	3,5	1,4
1994	-6,0	-2,4	7,3	2,9	1,2	0,5
1995	-7,5	-3,0	8,8	3,5	1,3	0,5
1996	-7,0	-2,8	7,5	3,0	0,6	0,2
1997	-5,3	-2,1	3,6	1,4	-1,8	-0,7
1998	-8,1	-3,3	3,2	1,3	-4,9	-2,0
1999	-8,7	-3,6	4,6	1,9	-4,1	-1,7
2000	-11,6	-4,8	1,6	0,7	-10,0	-4,1
2001	-14,8	-6,1	3,1	1,3	-11,7	-4,8
2002	-12,6	-5,2	2,3	1,0	-10,3	-4,3
2003	-10,8	-4,6	1,4	0,6	-9,5	-4,0
2004	-10,2	-4,4	0,3	0,1	-9,9	-4,2

* Je 1.000 Einwohner am Jahresende

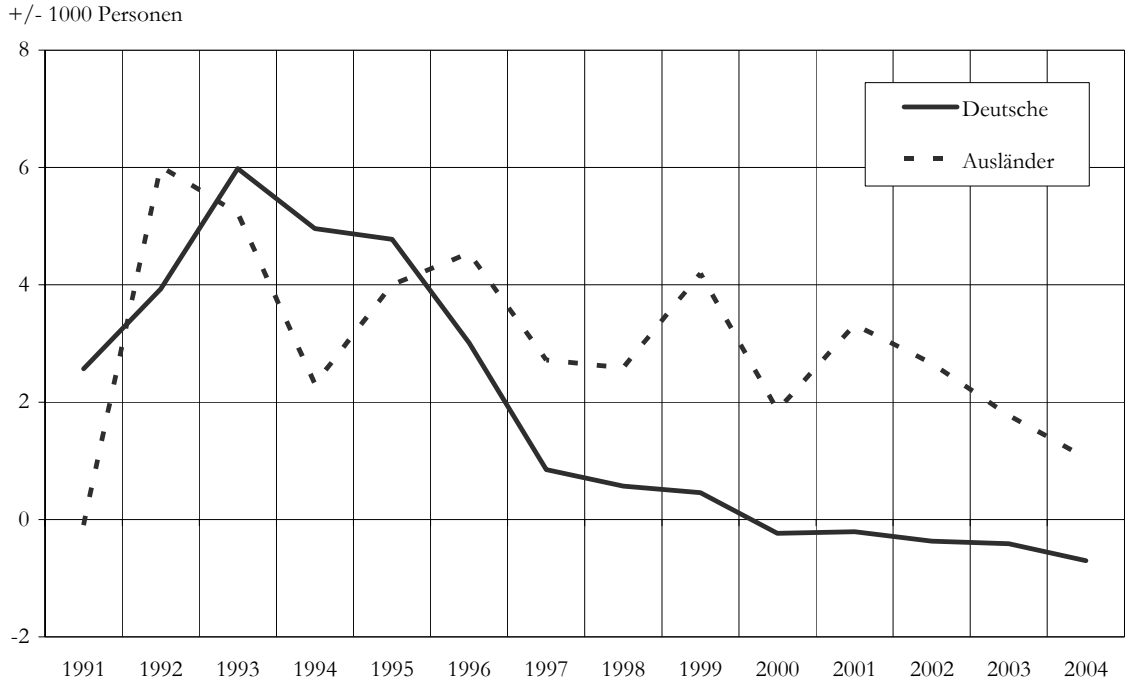
Datenquelle: Thüringer Landesamt für Statistik; Bearbeitung: J. Roloff

Für Thüringen lassen sich von 1991 bis 2004 regelmäßig, allerdings in jährlich unterschiedlicher Höhe, positive Salden der Außenwanderung feststellen. Insgesamt gewann Thüringen in diesem Zeitraum 67,3 Tausend Menschen durch Zuwanderungen aus dem Ausland hinzu. Wie Tabelle 92 zeigt, waren die Außenwanderungsgewinne aber nur in den Jahren 1992 bis 1996 hoch genug, um die Binnenwanderungsverluste aufzufangen, was somit in diesen Jahren relativ geringe Gewinne in der Gesamtwanderung Thüringens erbrachte. Über den gesamten Zeitraum 1991 bis 2004 hinweg betrachtet verlor Thüringen infolge von Abwanderungen 79,7 Tausend Menschen (Tab. 92).

Thüringen weist, im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern, keinen einheitlichen Gesamttrend in der Wanderungsbewegung der Deutschen und Ausländer auf. So waren im Jahr 1991 sowie von 1993 bis 1995 mehr Deutsche als Ausländer am Außenwanderungsgeschehen beteiligt. 1991 war sogar ein leichter Überschuss an Fortzügen von 98 Ausländern aus Thüringen über die Grenzen Deutschlands zu verzeichnen, dem jedoch ein Überschuss an Zuzügen von 2.567 Deutschen aus dem Ausland gegenüberstand. Nach Jahren verhältnismäßig hoher Wanderungsgewinne an Deutschen wurden diese immer geringer, und das Jahr 1999 wies mit einem Plus von 455 Deutschen den bis

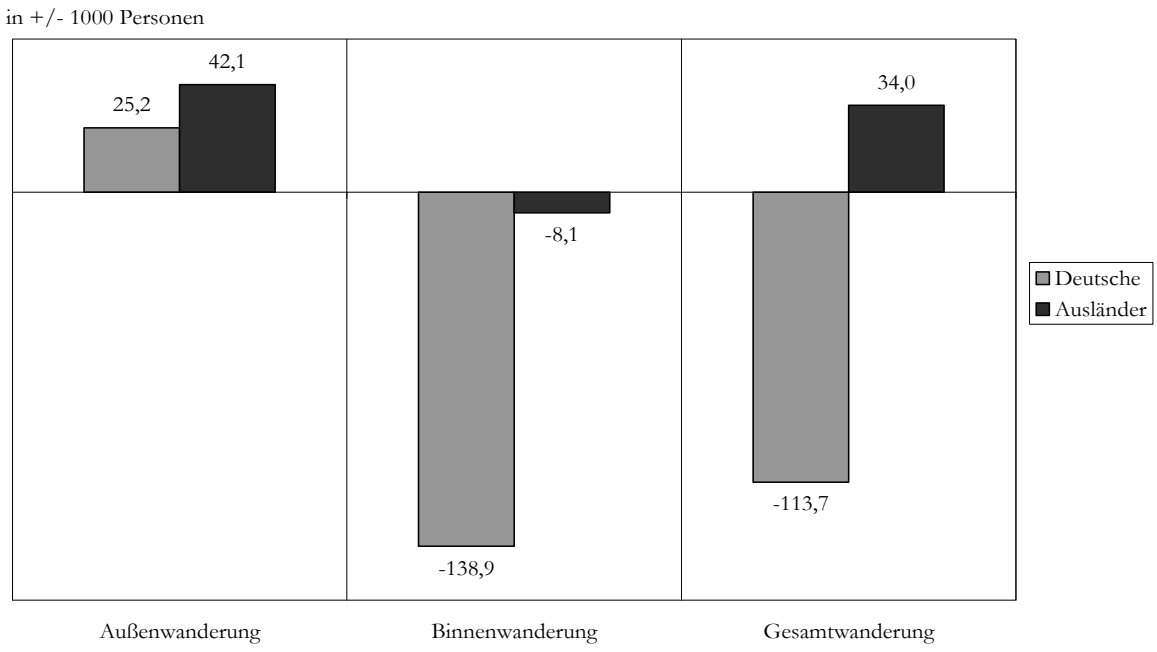
dato niedrigsten Stand auf. Gerade in diesem Jahr überwog der Zuzugsüberschuss an Ausländern den der Deutschen in einem besonderen Maße, d.h. in diesem Jahr machte der Ausländeranteil am gesamten Außenwanderungsgewinn 90 % aus; auf alle Jahre (1991 bis 2004) bezogen betrug dieser Anteil 63 % (vgl. Abb. 76).

Abb. 76: Außenwanderungssalden an Deutschen und Ausländern in Thüringen, 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Thüringer Landesamt für Statistik; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 77: Wanderungsgewinn bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Thüringen, Summe der Jahre 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Thüringer Landesamt für Statistik; Bearbeitung: J. Roloff

Anhand der Abbildung 76 ist zudem seit 2000 ein leichtes Außenwanderungsminus an Deutschen zu erkennen, d.h. seit diesem Jahr bis einschließlich 2004 sind aus Thüringen 1.930 mehr Deutsche in das Ausland verzogen als umgekehrt von dort herkamen. Insgesamt aber hat die deutsche Bevölkerung in Thüringen, in der Summe der Jahre 1991 bis 2004, 25,2 Tausend Personen über Außenwanderungen dazu gewonnen. Dem steht allerdings ein Binnenwanderungsverlust von 138,9 Tausend Deutschen gegenüber, so dass Thüringen per Saldo 113,7 Tausend Deutsche verloren hat. Innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes zogen 42,1 Tausend mehr Ausländer über die Grenzen Deutschlands nach Thüringen als abwanderten; dieser Gewinn wurde jedoch durch ein Binnenwanderungsminus von 8,1 Tausend auf 34 Tausend Ausländer abgeschwächt (Abb. 77).

4.16.2.4 Bevölkerungsbilanz

Tab. 93: Bevölkerungsstand und -veränderung in Thüringen

Jahr	Bevölkerung zu Beginn des Jahres	Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-)	Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-)		Bevölkerung am Ende des Jahres
		in 1.000			je 1.000 Ew.	in 1.000
1991	2.874,0	-14,5	-26,1	-40,6	-16	2.572,1
1992	2.572,1	-15,5	0,5	-15,1	-6	2.545,8
1993	2.545,8	-16,6	3,5	-13,0	-5	2.532,8
1994	2.532,8	-16,2	1,2	-14,9	-6	2.517,8
1995	2.517,8	-15,2	1,3	-14,0	-6	2.503,8
1996	2.503,8	-13,2	0,6	-12,6	-5	2.491,1
1997	2.491,1	-11,2	-1,8	-13,0	-5	2.478,1
1998	2.478,1	-10,4	-4,9	-15,3	-6	2.462,8
1999	2.462,8	-9,7	-4,1	-13,8	-6	2.449,1
2000	2.449,1	-8,5	-10,0	-18,5	-8	2.431,3
2001	2.431,3	-8,1	-11,7	-19,9	-8	2.411,4
2002	2.411,4	-9,0	-10,3	-19,3	-8	2.392,0
2003	2.392,0	-9,3	-9,5	-18,8	-8	2.373,2
2004	2.373,2	-8,0	-9,9	-17,9	-8	2.355,3

Datenquelle: Thüringer Landesamt für Statistik; Bearbeitung: J. Roloff

Zwischen 1991 und 2004 sank die Bevölkerung in Thüringen von 2.572,1 Tausend auf 2.355,3 Tausend, d.h. um knapp 8 %. Das lag einerseits am Geburtendefizit, das aber seit 1999 einen leichten Abwärtstrend aufzeigt (vgl. Tab. 93). Die Jahre 1991 bis 2004 zusammengenommen wurden 165,4 Tausend weniger Menschen geboren als starben. Hinzu kommt ein Gesamtwanderungsverlust von 81,1 Tausend Menschen. Zwar war 1992 bis 1996 ein Wanderungsplus zu verzeichnen, doch reichte dies bei weitem nicht aus, die Gestorbenenüberschüsse zu kompensieren, so dass auch in diesen Jahren die Einwohnerzahl sank (Tab. 93). Wie in fast allen Bundesländern ist auch in Thüringen nur die Zahl der Deutschen gesunken: von 2.557,3 Tausend (1991) auf 2.307,5 Tausend (2004) bzw. um 10 %. Dagegen wuchs die ausländische Bevölkerung deutlich: Von 14,7 Tausend (1991) auf 47,8 Tausend (2004) bzw. auf über das Dreifache. Der Ausländeranteil Thüringens ist trotzdem mit 2 % weiterhin äußerst gering. Thüringen bildet damit innerhalb aller Bundesländer gemeinsam mit Sachsen-Anhalt das Schlusslicht (der Stadtstaat Hamburg hat z.B. einen Ausländeranteil von 15 %). Innerhalb des Zeitraumes 2000 bis 2004 erwarben 1.674, d.h. knapp 4 % aller Ausländer in Thüringen die deutsche Staatsbürgerschaft.

5 Ausblick: Die zukünftige Alterung in den Bundesländern

Dass die regionalen demographischen Unterschiede, allein schon bedingt durch eine weiterhin unterschiedliche demographische Ausgangssituation, langfristig fortbestehen werden, das unterstreichen die Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder zur Bevölkerungsentwicklung bis 2050.[40] „Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnungen beruhen auf zwischen den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder abgestimmten Annahmen und werden nach einem einheitlichen Verfahren im Statistischen Bundesamt berechnet. Die Entwicklung der Bevölkerung wird durch die gegebene Altersstruktur und die Bewegungskomponenten Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit und Wanderungen bestimmt. Bei koordinierten Vorausberechnungen sind neben den Außenwanderungen über die Grenzen Deutschlands die Binnenwanderungen zwischen den Ländern als zusätzliche Bestimmungsgröße der Bevölkerungsentwicklung zu berücksichtigen“ (*Sommer* 2004: 834).[41]

Im Folgenden werden die Ergebnisse der o.a. Bevölkerungsvorausberechnung für das letzte Prognosejahr 2050 dargestellt.

Im Jahr 2050 werden in der Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich 75,1 Millionen Menschen leben. Im Vergleich zu 2004 werden es damit 7,4 Millionen bzw. 9 % weniger sein.

Innerhalb der Länder wird nur in Hamburg die Bevölkerungszahl 2050 gegenüber 2003 um 48,8 Tausend Personen bzw. um 3 % angestiegen sein. In allen übrigen Ländern wird hingegen ein Bevölkerungsrückgang erwartet. Doch wird dieser in einem regional sehr unterschiedlichen Maße ausfallen. In Brandenburg werden 2050 gegenüber 2004 um knapp 30 % weniger Menschen leben. Dem folgen Sachsen-Anhalt (-28 %), Sachsen (-27 %) und Thüringen (-26 %). Innerhalb der Neuen Länder wird Mecklenburg-Vorpommern mit 22 % noch den geringsten Bevölkerungsverlust aufweisen. An dieser Stelle wird bereits deutlich, dass der in Deutschland insgesamt zu erwartende Bevölkerungsrückgang insbesondere zu Lasten der ostdeutschen Länder erfolgen wird. So wird für alle ostdeutschen Länder zusammen angenommen, dass dort in knapp einem halben Jahrhundert 3,61 Millionen, d.h. 27 % weniger Menschen leben werden. Betrachtet man die alten Bundesländer, so sind es das Saarland (-12 %), Hessen und Nordrhein-Westfalen (jeweils -11 %) sowie Rheinland-Pfalz (-10 %), die einen vergleichsweise hohen Bevölkerungsschwund zu verzeichnen haben werden. Dies wird ebenso für Berlin (-9 %) zutreffen. Am wenigsten Einwohner verlieren werden Baden-Württemberg (-1 %) und Bayern (hier allerdings nur minimale 0,1 %) (vgl. Tab. 94).

Wie Abbildung 78 zeigt, wird der für das Jahr 2050 vorausberechnete Bevölkerungsrückgang in Deutschland ausschließlich die Kinder und Jugendlichen sowie die Menschen im erwerbsfähigen Alter betreffen. So wird die Zahl der unter 20-Jährigen gegenüber 2004 um 28 % und die der 20- bis unter 60-Jährigen um 22 % sinken. Demgegenüber wird die Zahl der ab 60-jährigen Menschen um 34 % wachsen. Innerhalb dieser Gruppe wird ein besonders drastischer Anstieg der Hochbetagten erwartet. Lebten 2004 in Deutschland 3,6 Millionen Menschen, die 80 Jahre und älter waren, werden es 2050 voraussichtlich 9,1 Millionen sein, d.h. deren Zahl wird sich fast verdreifachen.

---

40 Es liegt inzwischen die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2050 vor, die jedoch wegen noch fehlender Länderdaten in dieser Studie nicht berücksichtig werden konnte.

41 Zu den genauen Annahmen der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung – siehe weiter *Sommer* 2004.

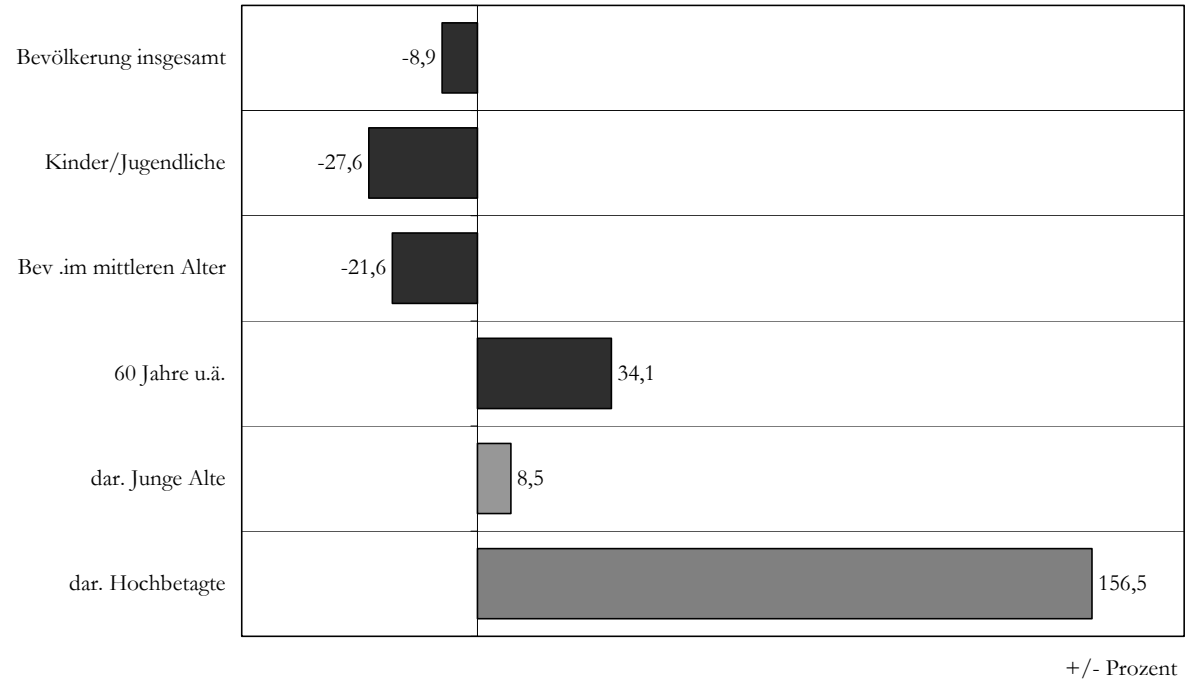
Tab. 94: Bevölkerung 2004 und 2050, in Tausend Personen und prozentuale Veränderung

	2004	2050	Veränderung*	Rangplatz
Deutschland	*82.500,8*	*75.117,3*	*-8,9*	-
Berlin	3.387,8	3.072,3	-9,3	10
Alte Länder	*6.679,7*	*61.885,2*	*-5,8*	-
Baden-Württemberg	10.717,4	10.588,8	-1,2	14
Bayern	12.443,9	12.433,0	-0,1	15
Bremen	663,2	652,0	-1,7	13
Hamburg	1.734,8	1.783,6	2,8	16
Hessen	6.097,8	5.404,2	-11,4	7
Niedersachsen	8.000,9	7.691,6	-3,9	12
Nordrhein-Westfalen	18.075,4	16.088,7	-11,0	8
Rheinland-Pfalz	4.061,1	3.642,7	-10,3	9
Saarland	1.056,4	934,1	-11,6	6
Schleswig-Holstein	2.828,8	2.666,5	-5,7	11
Neue Länder	*13.433,4*	*9.827,4*	*-26,8*	-
Brandenburg	2.567,7	1.811,0	-29,5	1
Mecklenburg-Vorpommern	1.719,7	1.340,0	-22,1	5
Sachsen	4.296,3	3.145,5	-26,8	3
Sachsen-Anhalt	2.494,4	1.784,8	-28,4	2
Thüringen	2.355,3	1.746,1	-25,9	4

* 2050 zu 2004 in Prozent

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Landesämter; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 78: Entwicklung einzelner Bevölkerungsgruppen in Deutschland Zu-/Abnahme 2050 gegenüber 2004 (in Prozent)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, 10. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (V5); Bearbeitung: J. Roloff

Wie wird diese Entwicklung in den Bundesländern aussehen? Aus Vergleichsgründen werden zur Beantwortung dieser Frage die Hauptaltersgruppen in den Bundesländern gesondert betrachtet.

5.1 Kinder und Jugendliche

Den stärksten Rückgang seiner Bevölkerung im Alter bis zu 20 Jahren wird Brandenburg erfahren: In diesem Land werden in knapp einem halben Jahrhundert voraussichtlich 40 % weniger Kinder und Jugendliche leben als im Jahr 2004. Danach folgt mit 34 % Sachsen-Anhalt. Um mehr als 30 % wird wahrscheinlich die Zahl der unter 20-jährigen Menschen sinken in Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen. Hamburg und Bremen werden mit 17 bzw. 13 % den geringsten Rückgang ihrer Kinder und Jugendlichen zu erwarten haben (vgl. Tab. 95).

Tab. 95: Jüngere Bevölkerung unter 20 Jahren in den Bundesländern 2050

R.ang		in 1.000	Veränderung*
-	*Deutschland*	*12.093,7*	*-27,6*
1	Brandenburg	281,2	-39,8
2	Sachsen-Anhalt	286,7	-33,5
3	Hessen	832,4	-32,2
4	Thüringen	277,8	-32,0
5	Nordrhein-Westfalen	2.619,6	-31,3
6	Rheinland-Pfalz	589,0	-31,0
7	Sachsen	508,6	-30,1
8	Berlin	423,8	-28,5
9	Mecklenburg-Vorpommern	229,6	-27,7
10	Saarland	147,8	-27,3
11	Baden-Württemberg	1.711,9	-25,8
12	Schleswig-Holstein	444,1	-24,9
13	Bayern	2.018,4	-23,0
14	Niedersachsen	1.334,4	-22,4
15	Hamburg	254,8	-17,4
16	Bremen	105,5	-13,4

* 2050 zu 2004 in Prozent

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Landesämter; Bearbeitung: J. Roloff

5.2 Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Die Daten in Tabelle 96 zeigen eindeutig, dass vor allem die ostdeutschen Länder künftig einen großen Verlust an Menschen im Alter von 20 bis unter 60 Jahren zu erwarten haben. So wird deren Zahl in Brandenburg im Prognosejahr 2050 um fast die Hälfte niedriger sein als im Ausgangsjahr 2004. Bei den übrigen Neuen Ländern ist mit einem prozentualen Rückgang zwischen 39 bis zu 43 % zu rechnen. Berlin weist dann den nächsthöheren Wert auf; d.h. in der Bundeshauptstadt werden in knapp 50 Jahren 29 % weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter leben als 2004. In Hessen wird dieser Rückgang ein Viertel ausmachen. Der vergleichsweise geringste Verlust ihrer zwischen 20 und 60 Jahre alten Einwohner wird voraussichtlich in Bremen und Niedersachsen mit jeweils 11 % erwartet (Tab. 96).

Tab. 96: Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den Bundesländern 2050

R.ang		in 1.000	Veränderung*
-	*Deutschland*	*35.436,5*	*-21,6*
1	Brandenburg	735,3	-48,7
2	Thüringen	746,5	-43,3
3	Sachsen-Anhalt	784,9	-42,5
4	Sachsen	1.358,3	-41,7
5	Mecklenburg-Vorpommern	588,6	-39,1
6	Berlin	1.420,2	-28,8
7	Hessen	2.531,6	-25,1
8	Nordrhein-Westfalen	7.694,5	-21,4
9	Rheinland-Pfalz	1.738,4	-20,7
10	Saarland	469,1	-18,0
11	Hamburg	850,8	-15,4
12	Baden-Württemberg	5.028,8	-14,6
12	Schleswig-Holstein	1.290,0	-14,2
13	Bayern	5.965,2	-12,9
14	Bremen	323,5	-11,4
14	Niedersachsen	3.788,6	-11,4

* 2050 zu 2004 in Prozent

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Landesämter; Bearbeitung: J. Roloff

5.3 60-Jährige und Ältere

Für alle Bundesländer wird bis 2050 eine wachsende Zahl der über 60-jährigen Menschen angenommen, und dies besonders drastisch für den Stadtstaat Hamburg – um 61 %. Ein relativ starker Anstieg der älteren Menschen wird ebenfalls in Berlin, Baden-Württemberg und Bayern zu erwarten sein: in diesen Ländern werden in ca. einem halben Jahrhundert im Vergleich zu 2004 um die Hälfte mehr über 60-Jährige leben. Auffällig gering wird dahingegen der Zuwachs der Älteren in Sachsen und Sachsen-Anhalt ausfallen, d.h. deren Zahl wird nur um 3 bzw. 2 % höher sein (vgl. Tab. 97).

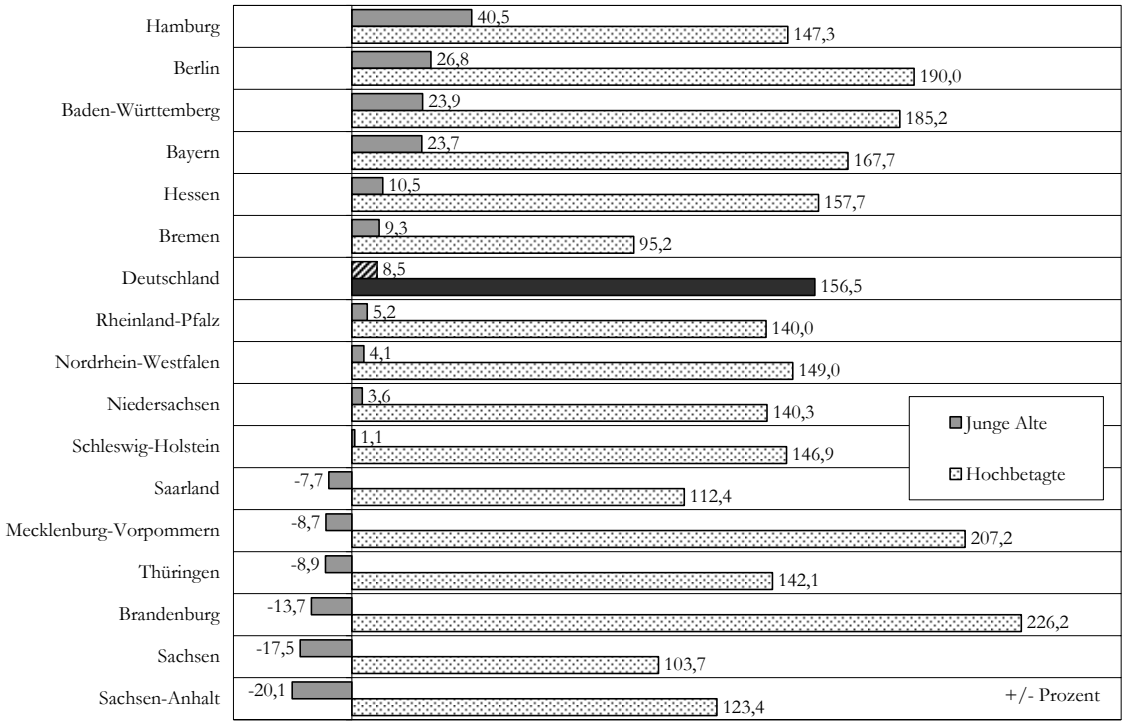
Tab. 97: 60 Jahre und ältere in den Bundesländern 2050

R.ang		in 1.000	Veränderung*
-	*Deutschland*	*27.587,0*	*34,1*
1	Hamburg	678,3	61,2
2	Berlin	1.228,3	53,4
3	Baden-Württemberg	3.848,1	52,5
4	Bayern	4.449,5	49,6
5	Hessen	2.040,9	37,2
6	Rheinland-Pfalz	1.315,1	29,7
7	Nordrhein-Westfalen	5.775,1	29,0
8	Niedersachsen	2.568,8	28,1
9	Schleswig-Holstein	932,0	27,0
10	Bremen	222,1	26,0
11	Mecklenburg-Vorpommern	521,8	19,9
12	Brandenburg	794,1	19,2
13	Thüringen	722,2	14,5
14	Saarland	317,7	13,1
15	Sachsen	1.278,6	3,1
16	Sachsen-Anhalt	712,9	1,9

* 2050 zu 2004 in Prozent

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Landesämter; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 79: Junge Alte (60 bis unter 80 Jahre) und Hochbetagte (80 Jahre und älter) in den Bundesländern 2050[1)], prozentuale Veränderung gegenüber 2004



[1)] in der Rangfolge gemäß Tabelle 97

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Landesämter; Bearbeitung: J. Roloff

Anhand Abbildung 79 wird deutlich, dass der relativ geringe Zuwachs der über 60-Jährigen in den beiden letztgenannten Ländern dem Rückgang der so genannten „Jungen Alten", der 60- bis 79-Jährigen geschuldet ist: Demnach werden 2050 im Vergleich zu 2004 in Sachsen 18 % und in Sachsen-Anhalt 20 % weniger Menschen dieses Alters leben. Auch in den übrigen ostdeutschen Ländern und (als einzige Ausnahme innerhalb der westdeutschen Länder) im Saarland wird mit einer sinkenden Zahl der 60- bis unter 80-jährigen Menschen gerechnet. Der Ende der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre währende Geburteneinbruch in Ostdeutschland sowie die hohen Abwanderungsverluste in Richtung Westdeutschland sind die eindeutigen Ursachen hierfür.[42]

Des Weiteren ist anhand der Abbildung 79 zu sehen, dass der für die o.a. Länder erwartete überaus starke Zuwachs der ab 60-Jährigen (vgl. Tab. 97) auf einem im Vergleich zu allen anderen Ländern sehr hohen prozentualen Anstieg der jungen Alten beruht: so in Hamburg um allein 41 % und in Berlin, Baden-Württemberg und Bayern um über 20 %. Dagegen wird z.B. in Schleswig-Holstein und Niedersachsen dieser Anstieg nur 1 bzw. 4 % ausmachen.

Der Alterungsprozess wird sich insbesondere wegen der drastischen Zunahme der Hochbetagten in den nächsten Jahren verstärken. Und dies trifft für alle Bundesländer, wenn auch in unterschiedlichen Dimensionen, zu. Am stärksten wachsen wird die über 80-jährige Bevölkerung in Brandenburg: von 91,2 Tausend (2004) auf 297,4 Tausend (2050), d.h. auf mehr als das Dreifache. Dem folgen Mecklenburg-Vorpommern (+207 %), Berlin (+190 %) und Baden-Württemberg (+185 %). Für Bremen wird mit um 95 % noch der geringste Anstieg seiner Hochbetagten vorausberechnet (Abb. 79).

42 Siehe auch Teil B.

Tab. 98: 80 Jahre und ältere Männer und Frauen in den Bundesländern 2050

	Männer		Frauen	
	in 1.000 Pers.	2004 = 100*	in 1.000 Pers.	2004 = 100*
Deutschland	*3.599,5*	264,8	*5.525,2*	*115,0*
Baden-Württemberg	512,7	300,4	763,5	139,0
Bayern	571,0	269,3	863,3	126,5
Berlin	152,9	392,9	225,7	126,8
Brandenburg	117,0	427,6	180,4	161,5
Bremen	25,9	165,0	41,1	67,4
Hamburg	82,9	262,7	118,8	102,4
Hessen	277,4	247,0	418,6	120,2
Mecklenburg-Vorpommern	68,4	398,3	108,7	147,5
Niedersachsen	335,0	225,3	530,4	106,3
Nordrhein-Westfalen	733,2	244,5	1.181,7	112,5
Rheinland-Pfalz	173,1	225,0	268,9	105,4
Saarland	38,3	182,0	65,3	85,5
Sachsen	174,2	231,7	255,1	61,2
Sachsen-Anhalt	92,3	244,5	147,7	83,2
Schleswig-Holstein	126,4	236,6	195,6	110,6
Thüringen	94,0	277,4	142,7	95,9

* in Prozent

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Landesämter; Bearbeitung: J. Roloff

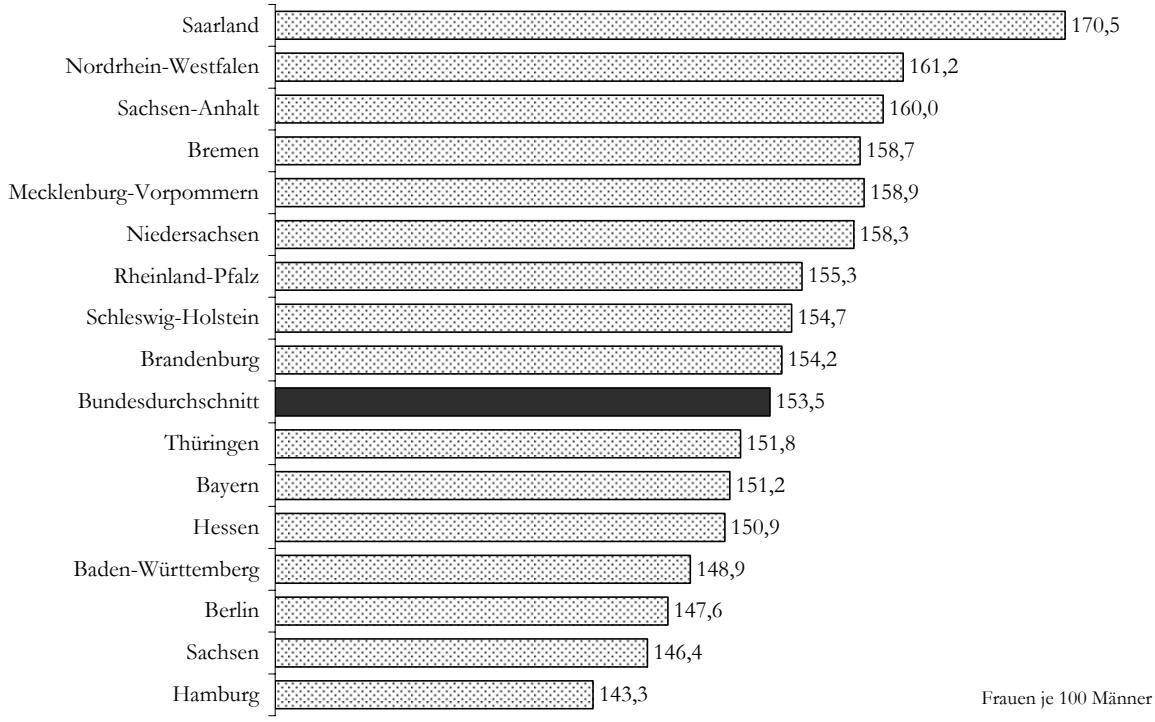
Eingangs wurde die These aufgestellt, dass das demographische Altern eher für die weibliche als für die männliche Bevölkerung zutrifft und dies auch in Zukunft seine Gültigkeit behalten wird. Wie man anhand der Daten in Tabelle 98 feststellen kann, wird der oben beschriebene künftige starke Anstieg der absoluten Zahl hochbetagter Menschen in den Bundesländern einerseits aus einem überdurchschnittlichen Anwachsen der männlichen Bevölkerung im Alter von 80 und mehr Jahren resultieren.

So wird dieser Bevölkerungsteil im Prognosejahr 2050 in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Baden-Württemberg um über das Drei- bis Vierfache zugenommen haben; im Vergleich hierzu wird der zahlenmäßige Anstieg bei den gleichaltrigen Frauen in diesen Ländern „nur" zwischen 127 und 162 % ausmachen. Doch werden andererseits, absolut betrachtet, auch in knapp 50 Jahren in allen Bundesländern mehr hochbetagte Frauen als Männer leben. Z.B. wird diese Differenz in Nordrhein-Westfalen voraussichtlich 448,5 Tausend ausmachen (Tab. 98).

Diese Tatsache wird anhand der Geschlechterrelation der über 80-Jährigen nochmals deutlich. Zwar wird diese im Vergleich zu heute künftig ausgeglichener sein, doch wird weiterhin mit einem Frauenüberschuss bei den Älteren zu rechnen sein, der aus der gegenüber den Männern höheren Überlebenschance der Frauen resultiert. So werden im Prognosejahr 2050 im Saarland auf 100 Männer, die 80 Jahre und älter sind, 170 Frauen dieses Alters entfallen. Den vergleichsweise geringsten Frauenüberschuss seiner Hochbetagten wird dann mit 143 Hamburg aufweisen (Abb. 80).

Analog zur absoluten Entwicklung der Zahl der alten und sehr alten Menschen in Deutschland und in den Bundesländern verändern sich auch die einzelnen Messgrößen der demographischen Alterung.

Abb. 80: Geschlechterrelation der Hochbetagten in den Bundesländern 2050 (Frauen je 100 Männer)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Landesämter; Bearbeitung: J. Roloff

Betrachtet man als Erstes den Altenanteil, den Anteil der 60 Jahre und Älteren an der Gesamtbevölkerung, so wird dieser bis 2050 um rund die Hälfte gestiegen sein. In Deutschland werden in knapp einem halben Jahrhundert von 100 seiner Bevölkerung 37 im Alter von 60 und mehr Jahren sein; dies entspricht einem relativen Anstieg gegenüber 2004 von 47 % (vgl. Tab. 99).

Eine weitere wichtige Messgröße ist der Altenquotient, der für die gegenwärtige und künftige Alterssicherung von besonderer Bedeutung ist.

Geht man zunächst von der bisher gebräuchlichen Altersabgrenzung von 60 Jahren aus, so lässt sich feststellen, dass alle ostdeutschen Länder eine vergleichsweise ungünstige Entwicklung aufweisen werden. So werden in ca. 50 Jahren in Brandenburg auf 100 seiner 20- bis unter 60-Jährigen allein 108 der 60 Jahre und älteren Menschen entfallen; in Thüringen und Sachsen werden es 97 bzw. 94 sein. Über dem Bundesdurchschnitt (78) werden dann zudem Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Hessen und Hamburg liegen. Niedersachsen und das Saarland werden mit (jeweils) 68 noch den niedrigsten Altenquotienten aufweisen (vgl. Abb. 81).

Würden alle am Erwerbsleben beteiligten Menschen in Deutschland und den Bundesländern tatsächlich erst mit 65 Jahren, dem gesetzlich festgelegten Renteneintrittsalter, in den Ruhestand gehen, würde sich die Relation „Ruheständler zu Beitragszahler“ bereits weniger drastisch darstellen. So würden im Prognosejahr 2050 in Brandenburg, dem Land mit dem voraussichtlich höchstem Altenquotienten, auf 100 der 20- bis 64-Jährigen 77 Personen im Alter von 65 Jahren und darüber entfallen; in Thüringen und Sachsen würde der Altenquotient bei 66 und 65 liegen (siehe weiter Abb. 81).

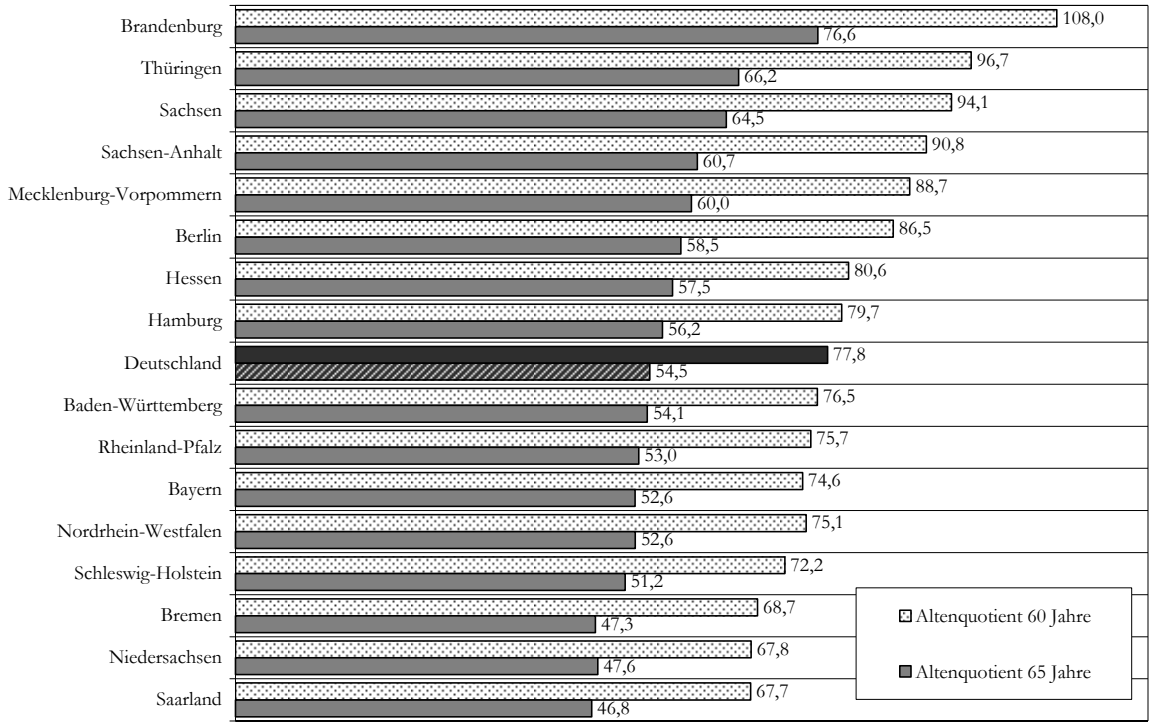
Tab. 99: Anteil der 60-Jährigen und älteren an der Gesamtbevölkerung in den Bundesländern 2050 (in Prozent)

	in 1.000	Rangplatz	Veränderung*
Deutschland	*36,7*	-	47,3
Baden-Württemberg	36,3	9	54,4
Bayern	35,8	12	49,8
Berlin	40,0	4	69,2
Brandenburg	43,8	1	68,9
Bremen	34,1	14	28,2
Hamburg	38,0	7	56,8
Hessen	37,8	8	54,8
Mecklenburg-Vorpommern	38,9	6	53,8
Niedersachsen	33,4	16	33,3
Nordrhein-Westfalen	35,9	11	44,9
Rheinland-Pfalz	36,1	10	44,6
Saarland	34,0	15	27,9
Sachsen	40,6	3	40,9
Sachsen-Anhalt	39,9	5	42,5
Schleswig-Holstein	35,0	13	34,7
Thüringen	41,4	2	54,5

* 2050 zu 2004 in Prozent

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Landesämter; Bearbeitung: J. Roloff

Abb. 81: Altenquotient in den Bundesländern 2050, Altersbegrenzung auf 60 und 65 Jahre



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Landesämter; Bearbeitung: J. Roloff

Betrachtet man abschließend, welches Land im Prognosejahr 2050 das demographisch älteste, welches Land das demographisch jüngste sein wird, ergibt sich Folgendes (Tab. 100):

Im Schnitt wird die Bevölkerung in Deutschland in ca. einem halben Jahrhundert um 7,9 Jahre älter bzw. 49,8 Jahre alt sein. Innerhalb der Länderhierarchie wird dann Berlin mit einem Durchschnittsalter seiner Bevölkerung von 52,2 Jahren an der Spitze stehen. Dem folgt dichtauf Brandenburgs Bevölkerung mit 51,7 Jahren. Die jüngste Bevölkerung wird mit 47,9 Jahren das Land Niedersachsen aufweisen. Das demographisch zweitjüngste Land wird, im Gegensatz zu 2004, Mecklenburg-Vorpommern mit einer im Schnitt 48,3 Jahre alten Bevölkerung sein (vgl. Tab. 100).

Tab. 100: Durchschnittsalter der Bevölkerung in den Bundesländern 2050

	Alter	Rangplatz	Differenz*
Deutschland	*49,8*	-	*7,9*
Baden-Württemberg	49,9	7	9,2
Bayern	49,4	10	8,3
Berlin	52,2	1	11,0
Brandenburg	51,7	2	8,2
Bremen	48,5	12	6,0
Hamburg	50,9	4	10,4
Hessen	51,0	3	9,4
Mecklenburg-Vorpommern	48,3	13	5,0
Niedersachsen	47,9	14	6,3
Nordrhein-Westfalen	49,7	9	8,1
Rheinland-Pfalz	49,8	8	7,8
Saarland	48,5	12	4,9
Sachsen	50,5	6	5,9
Sachsen-Anhalt	49,7	9	5,1
Schleswig-Holstein	49,0	11	7,0
Thüringen	50,6	5	6,7

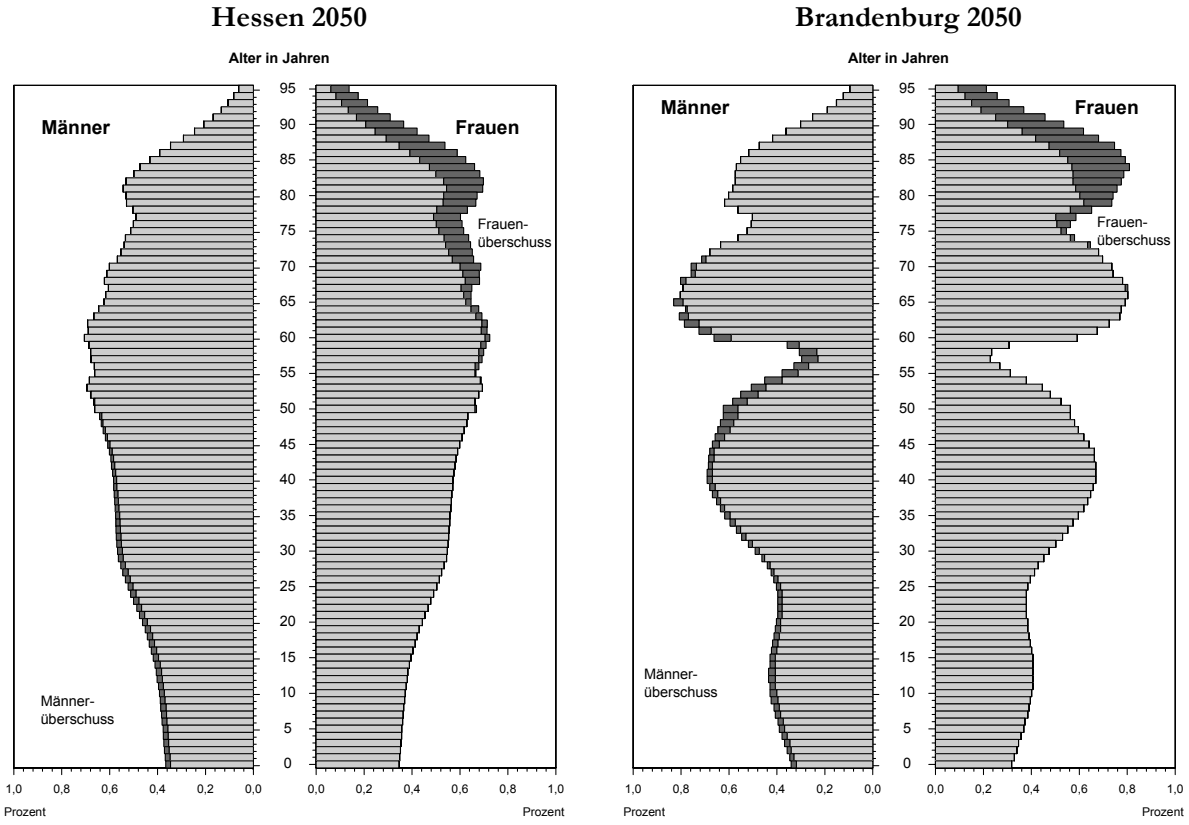
* Gegenüber 2004 in +/- Jahren

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Landesämter; Bearbeitung: J. Roloff

Dass die in diesem Kapitel aufgezeigte Entwicklung für das Jahr 2050 nur einen Modellcharakter haben kann, versteht sich von selbst. Zu berücksichtigen ist, dass neben den demographischen Faktoren auch solche Faktoren wie die künftige wirtschaftliche Entwicklung in einem Land/einer Region eine maßgebliche Rolle spielen, so dass es äußerst schwierig ist, 100-prozentig genaue Voraussagen zur Bevölkerungsentwicklung zu treffen.

Doch gibt es keinerlei Zweifel, dass sich der demographische Alterungsprozess in den nächsten Jahren/Jahrzehnten weiter beschleunigen wird. Das wird jedoch, ausgehend von der vorliegenden Analyse, in einem zwischen den einzelnen Bundesländern unterschiedlichen Maße geschehen. Es ist zudem zu erwarten, dass die zwischen den west- und ostdeutschen Ländern aufgezeigten Besonderheiten in ihrer demographischen Entwicklung auch in naher Zukunft weiter gegeben sein werden. Davon zeugen, stellvertretend, die Altersaufbauten der Bevölkerung des im Jahre 2050 jeweils ältesten westdeutschen und ostdeutschen Landes Hessen und Brandenburg (Abb. 82).

Abb. 82: Altersaufbau der Bevölkerung in Hessen und Brandenburg 2050 (in Prozent)



Datenquelle: Statistische Landesämter; Bearbeitung: J. Roloff

Anhang: Ausgewählte Wirtschaftsdaten im Ländervergleich

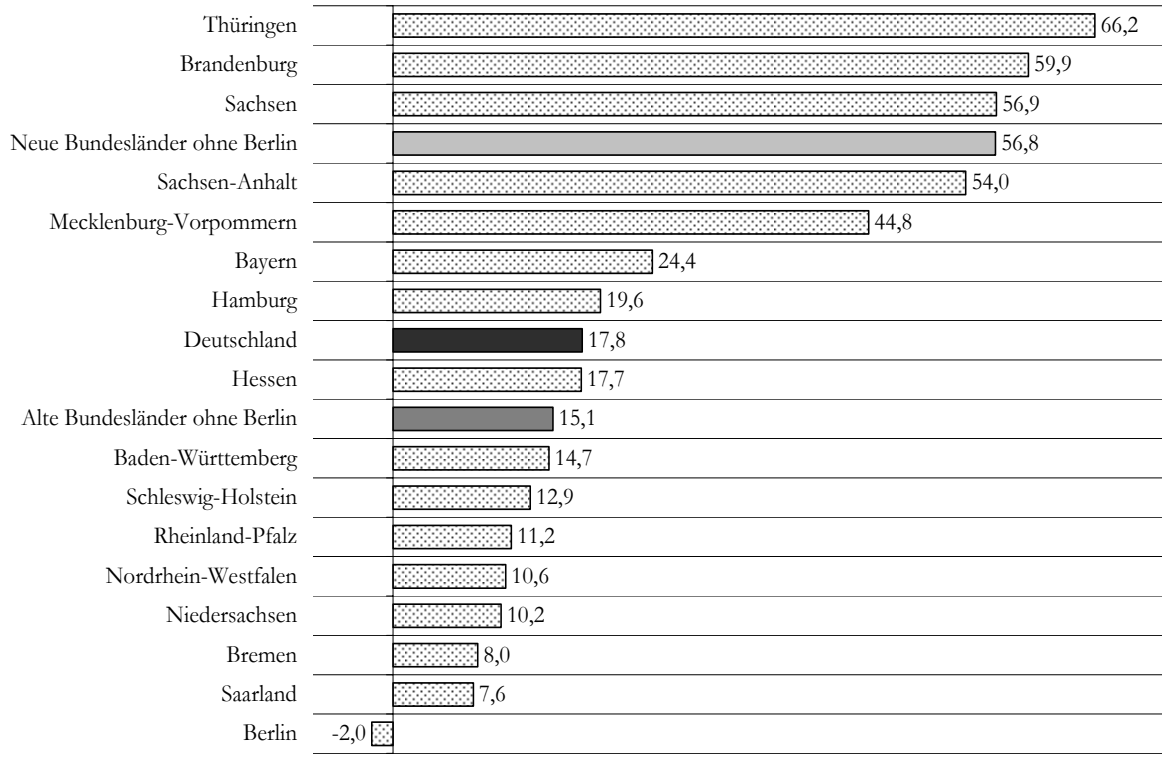
Tab. 101: Auflistung der verwendeten Indikatoren

Indikator	Definiert als	Datenquelle
Wirtschaftswachstum	Zeitliche Veränderung des realen Bruttoinlandsproduktes in %	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (VGR)
Regionale Wohlfahrt	Reales Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro	VGR der Länder
Kaufkraft bzw. Lohnkosten	Bruttolöhne und -gehälter je Erwerbstätigen in Euro	VGR der Länder
Arbeitsproduktivität	Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Euro	VGR der Länder
Lohnstückkosten	Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland) / unbereinigte Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Preisen von 1995; prozentuale Veränderung 1991-2004	VGR der Länder
„Reifegrad" der Volkswirtschaft (Tertiarisierung)	Anteile der Wirtschaftsbereiche (Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Dienstleistungsbereiche) an der Bruttowertschöpfung in %, sozialversicherungspflichtige Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	VGR der Länder, Bundesagentur für Arbeit
Erwerbstätigkeit	Zahl der Erwerbstätigen; Erwerbstätigenquote in %	VGR der Länder, Mikrozensus
Arbeitslosigkeit	Arbeitslosenquoten, auch nach Altersgruppen (in % der Arbeitslosenzahlen)	Bundesagentur für Arbeit
Verfestigte Arbeitslosigkeit bzw. Verlust an Humankapital	Sozialhilfe, Sozialhilfequote in %	Statistisches Bundesamt
Forschungsaktivitäten	Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP in %, Patentdichte (Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner nach Erfindersitz)	Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, *Keller/ Niebuhr/ Stiller* 2004, Marken- und Patentamt

Datenquelle: Bearbeitung: F. Micheel

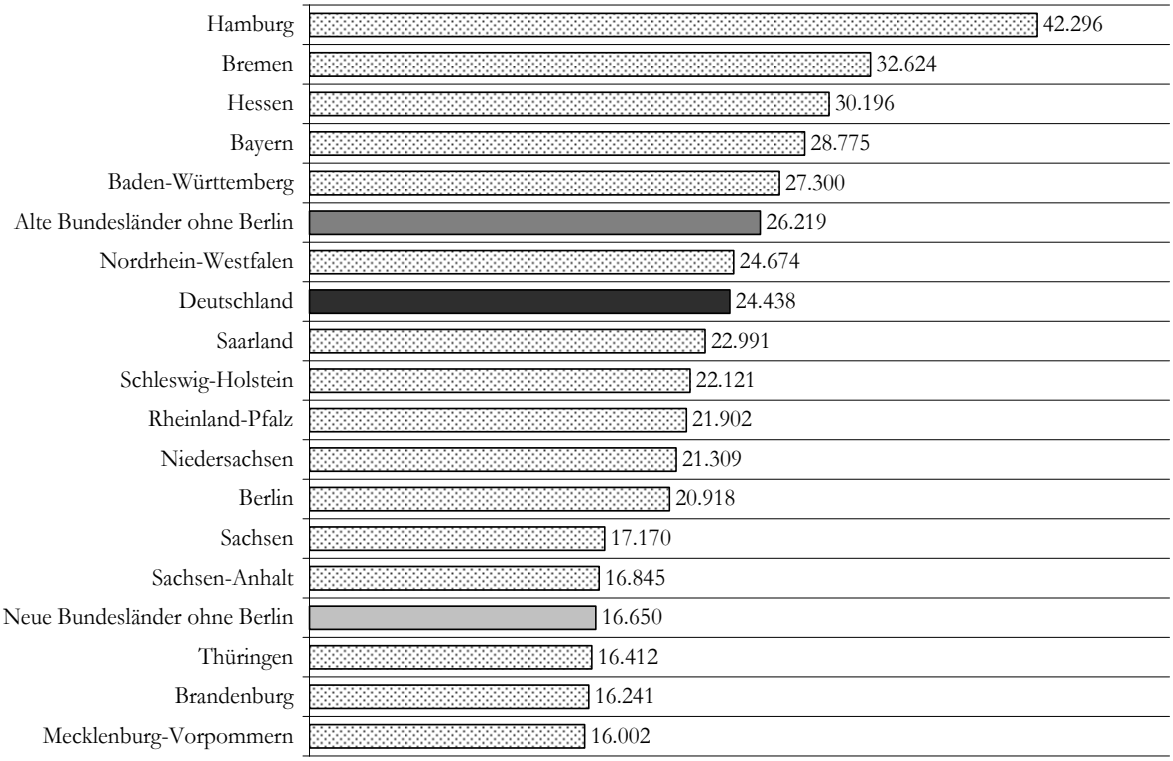
Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird als Indikator für die allgemeine Wirtschaftsleistung verwendet. Der Definition nach handelt es sich um den Wert aller Waren und Dienstleistungen in einer Volkswirtschaft innerhalb einer bestimmten Periode. Das Pro-Kopf-BIP im jeweiligen Bundesland ist das monetäre Ergebnis der regionalen Wirtschaft. Um die Wirtschaftsleistungen in den Bundesländern vergleichbar zu machen, wurde die Größe im zeitlichen Verlauf (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, Abbildungen in den jeweiligen Wirtschaftsprofilen der Bundesländer) bzw. pro Kopf (Abb. 84) ausgewiesen. In Abbildung 83 wird die prozentuale Veränderung des realen BIP's im Jahr 2004 gegenüber 1991 dargestellt.

Abb. 83: Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2004 (1995er Preise), Veränderung gegenüber 1991 in Prozent



Datenquelle: VGR der Länder; Bearbeitung: F. Micheel

Abb. 84: Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Einwohner im Jahr 2004, Euro



Datenquelle: VGR der Länder; Bearbeitung: F. Micheel

Die Beschreibung der ökonomischen Leistung erscheint jedoch nicht so einfach, da neben den monetären Größen (Einkommen, Bruttoinlandsprodukt) auch nicht-monetäre Komponenten wie z.B. eine hohe Umweltqualität oder niedrige Kriminalitätsraten berücksichtigt werden.[43] Des Weiteren halten wir es für sinnvoll, die west- bzw. ostdeutschen Länder mit dem west- bzw. ostdeutschen Trend zu vergleichen, da der Sondereinfluss des Beitritts zum Bundesgebiet auf die Wirtschaftsstrukturen deutlich zu erkennen ist.

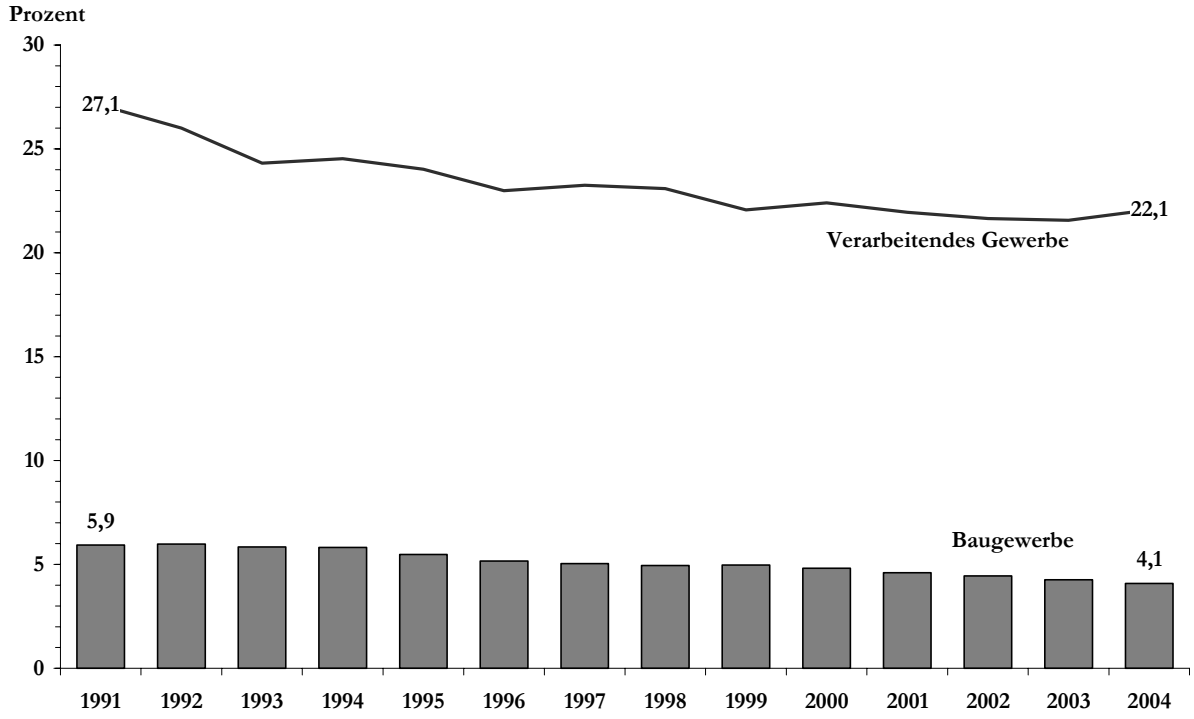
In den Abbildungen 85 und 86 werden die Anteile an der Bruttowertschöpfung (in 1995er Preisen) des Baugewerbes und des Verarbeitenden Gewerbes gegenüberstellt (siehe auch *Berlemann/Thum* 2006 für weitere Analysen). Von Anfang bis Mitte der 1990er Jahre war im gesamten ostdeutschen Gebiet ein regelrechter Bauboom zu beobachten, während im westdeutschen Gebiet das Baugewerbe, bei einem relativ niedrigem Ausgangsniveau von knapp 6 % an der Bruttowertschöpfung, kontinuierlich einen sinkenden Anteil verzeichnete. Im Jahr 2004 lag der Anteil in Westdeutschland bei etwa 4 %. Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes ist dort ebenfalls gesunken, im Vergleich zu den neuen Ländern war er jedoch auf einem deutlich höheren Niveau (vgl. Abb. 85). Das Baugewerbe hatte in den neuen Bundesländern im Jahr 1994 seinen Höhepunkt mit einem Anteil von gut 17 % an der ostdeutschen Bruttowertschöpfung. Mit der Verschlechterung der Auftragslage wurden Konsolidierungsmaßnahmen eingeleitet mit der Folge, dass der Anteil an der Bruttowertschöpfung bis zum Jahr 2004 auf fast 7 % gesunken ist (Abb. 86). Er lag zu diesem Zeitpunkt (immer) noch rund drei Prozentpunkte über dem westdeutschen Schnitt. Das Verarbeitende Gewerbe hingegen nahm in den neuen Ländern eine immer wichtigere Rolle an der Wertschöpfung ein, der Anteil ist in der Zeit von 1991 bis 2004 um gut sieben Prozentpunkte gestiegen. Der Abstand der Anteile des Verarbeitenden Gewerbes zwischen Ost und West betrug im Jahr 2004 rund 5 Prozentpunkte, im Jahr 1991 waren es rund 17 Prozentpunkte.

Die Bruttolöhne und -gehälter (Abb. 87) stellen im Ländervergleich eine ambivalente Größe dar. Auf der einen Seite drücken Bruttolöhne und -gehälter den allgemeinen Wohlstand in einer Region aus. Je höher der Wert, desto höher die Kaufkraft bzw. das Wohlstandsniveau (wobei regionale Preisunterschiede oder personelle Verteilungen vernachlässigt wurden). Auf der anderen Seite sind aus Sicht der ansässigen Unternehmen die höheren Löhne und Gehälter Kosten und wirken sich im Hinblick auf die Standortfragen bzw. Beschäftigungssituation eher negativ aus. Je höher die Kosten sind, desto schwächer die Wettbewerbsfähigkeit. Allerdings sind diese Aussagen eher auf die einzelnen Branchen zu beziehen als auf ganze Bundesländer, daher sollte die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter auf Länderebene mit Vorsicht bewertet werden. Auch ist die Beschäftigung von der Tatsache abhängig, inwiefern es sich bei den Produkten um „junge" Produkte handelt, sie also am Anfang ihres Produktlebenszyklus stehen. Dann können höhere Löhne und höhere Beschäftigung noch einigermaßen in Einklang gebracht werden.

---

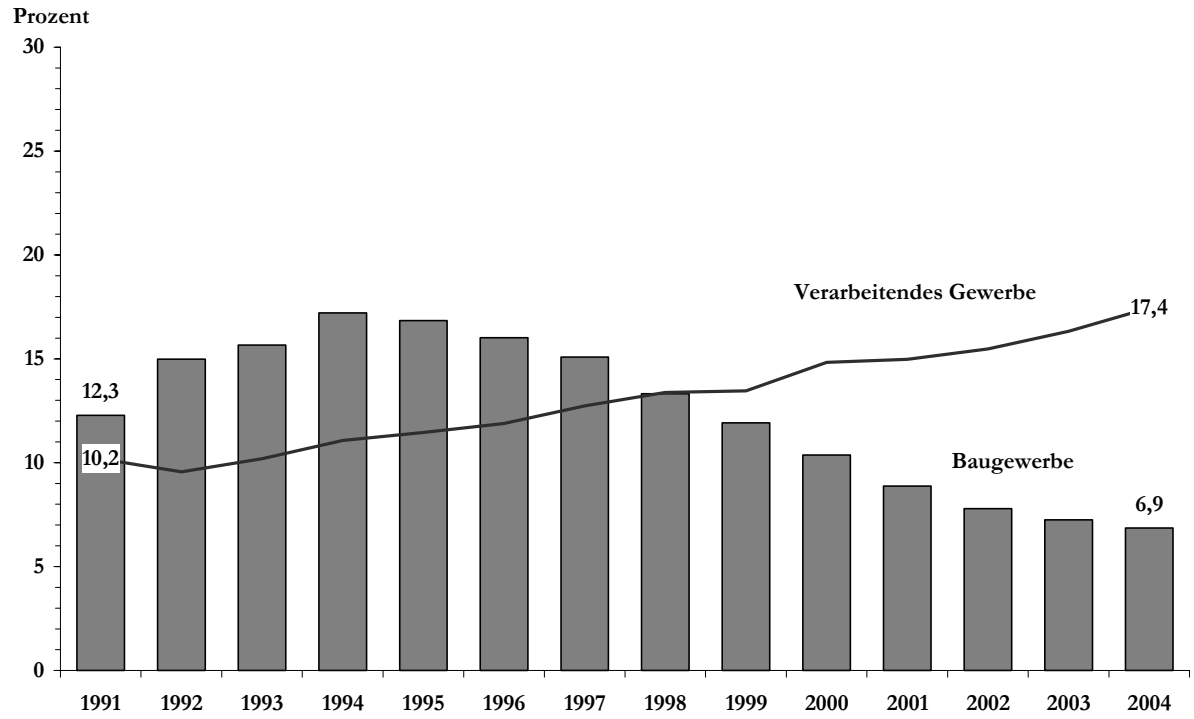
[43] Der interessierte Leser wird zur Vertiefung auf die empfehlenswerte Studie von *Rosenfeld et al.* (2001) verwiesen. Die Autorengemeinschaft untersuchte im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen-Anhalt die wirtschaftlichen Strukturen in Sachsen-Anhalt im regionalen Vergleich für den Zeitraum von 1995 bis 1999.

Abb. 85: Anteile des Verarbeitenden Gewerbes und des Baugewerbes an der Bruttowertschöpfung in den alten Bundesländern (einschließlich Berlin)



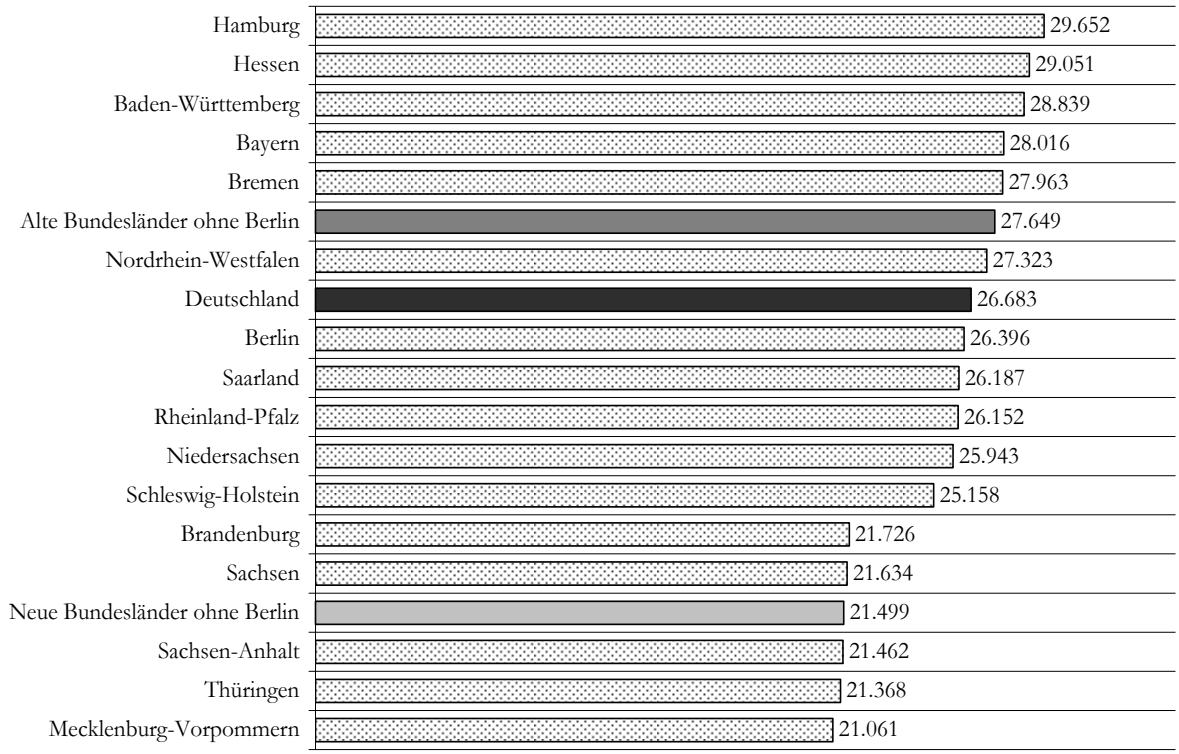
Datenquelle: VGR der Länder; Bearbeitung: F. Micheel

Abb. 86: Anteile des Verarbeitenden Gewerbes und des Baugewerbes an der Bruttowertschöpfung in den neuen Ländern (ohne Berlin)



Datenquelle: VGR der Länder; Bearbeitung: F. Micheel

Abb. 87: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inland) im Jahr 2004, Euro



Datenquelle: VGR der Länder; Bearbeitung: F. Micheel

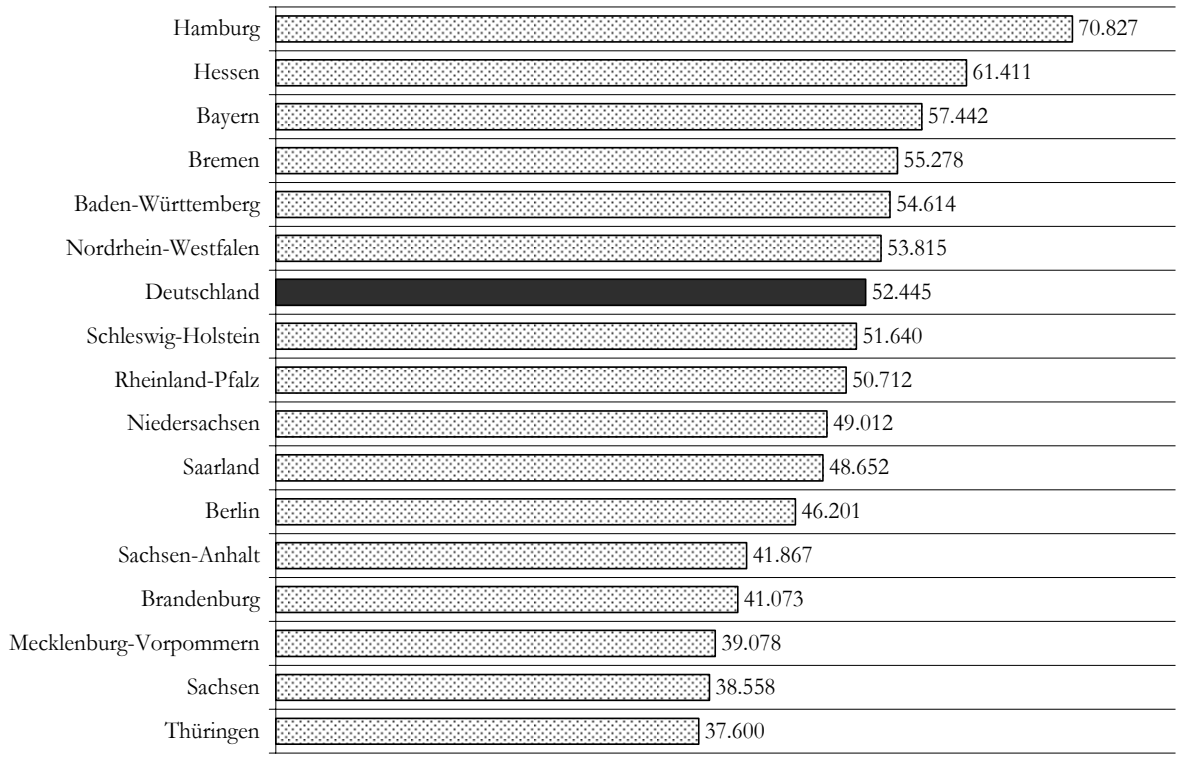
Nähern sich die Produkte dem Ende ihrer Lebenszyklen, findet eher arbeitssparender technischer Fortschritt (Rationalisierungsmaßnahmen) und damit Beschäftigungsabbau statt (*Appelbaum/Schettkat* 1999).[44] Entscheidend für diese Entwicklung ist die Elastizität der Güternachfrage bei Preisänderungen. Stehen die Güter noch am Anfang des Lebenszyklus, dann sind die Gütermärkte noch nicht gesättigt. Produktivitätssteigerungen können in Form von Preissenkungen an die Konsumenten weitergegeben werden, es kommt zu einer höheren Nachfrage dieser Güter und führt folglich zum Ausbau von Beschäftigung. Sind dagegen die Gütermärkte gesättigt (das Produkt hat also das Ende des Lebenszyklus erreicht), dann führen Produktivitätssteigerungen und Preissenkungen zu keiner weiteren Güternachfrage, es kommt zum Beschäftigungsrückgang. Die allgemeine Beschäftigungsentwicklung einer Region ist also davon abhängig, welche Branchen sich dort niederlassen bzw. davon, an welcher Stelle sich die Produkte in ihrem Lebenszyklus befinden (*Böhme/Eigenhüller* 2005: 16). Zusätzlich werden die Indikatoren Arbeitsproduktivität (definiert als reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, Abb. 88) sowie die prozentuale Veränderung der Lohnstückkosten (definiert als Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland geteilt durch die unbereinigte Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in 1995er Preisen, Abb. 89) vorgestellt. Je höher die Arbeitsproduktivität im Allgemeinen ausfällt, desto leistungsfähiger wird die Volkswirtschaft bewertet. Allerdings erfordert diese Aussage eine differenzierte Auswertung der Wirtschaftsbereiche.[45]

---

44 Die Textilbranche gilt als typisches Beispiel für einen „gesättigten" Markt. Deutlich wird dies in den IAB-Länderstudien, in denen für die jüngere Vergangenheit Beschäftigungsabbau dokumentiert wurde (z.B. in der Länderstudie über Bayern von *Böhme/Eigenhüller* 2005).

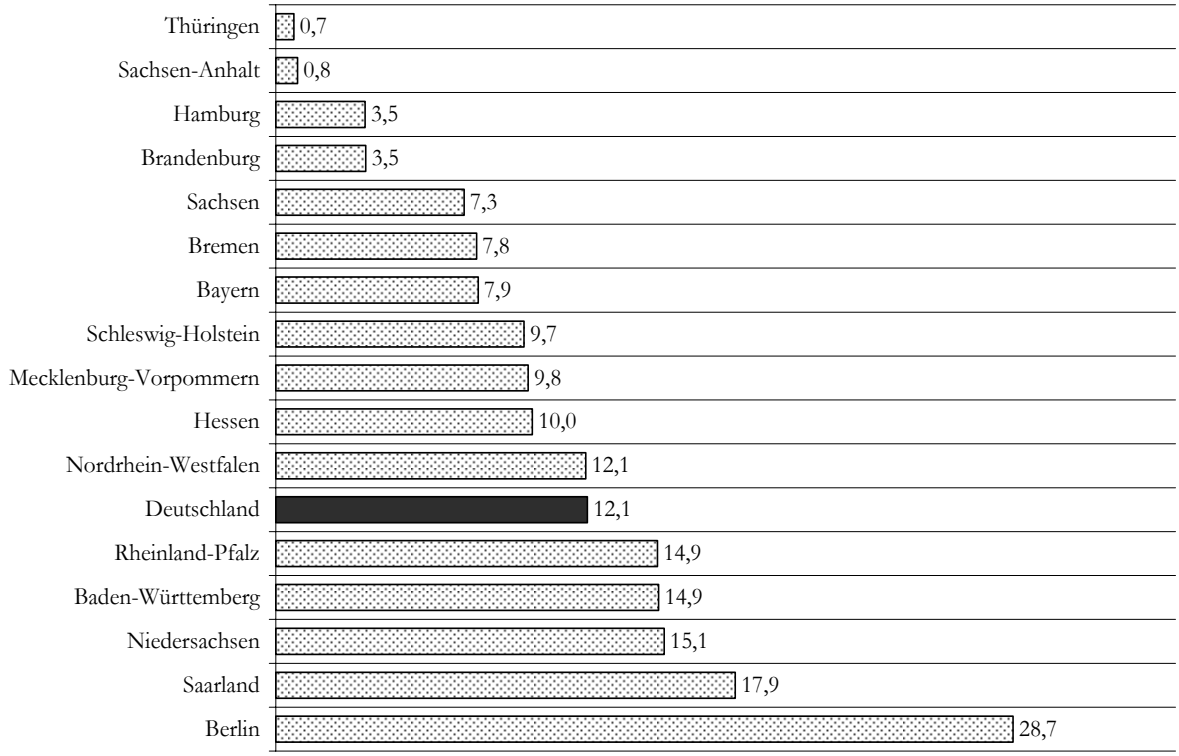
45 Exemplarisch für Baden-Württemberg s. *Donhauser* 2005.

Abb. 88: Bruttoinlandsprodukt (1995er Preise) je Erwerbstätigen im Jahr 2004, Euro



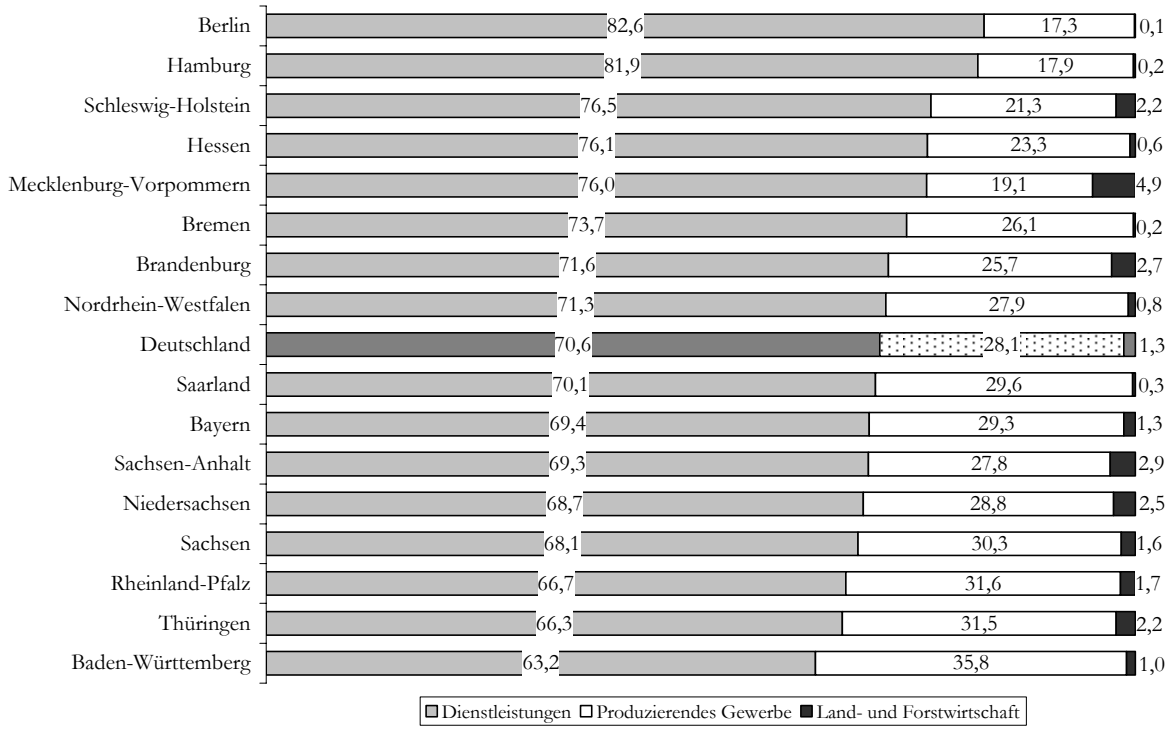
Datenquelle: VGR der Länder; Bearbeitung: F. Micheel

Abb. 89: Veränderung der Lohnstückkosten von 1991 bis 2004 in Prozent



Datenquelle: VGR der Länder; Bearbeitung: F. Micheel

Abb. 90: Bruttowertschöpfung (unbereinigt, in Preisen von 1995) nach Sektoren für das Jahr 2004



Datenquelle: VGR der Länder; Bearbeitung: F. Micheel

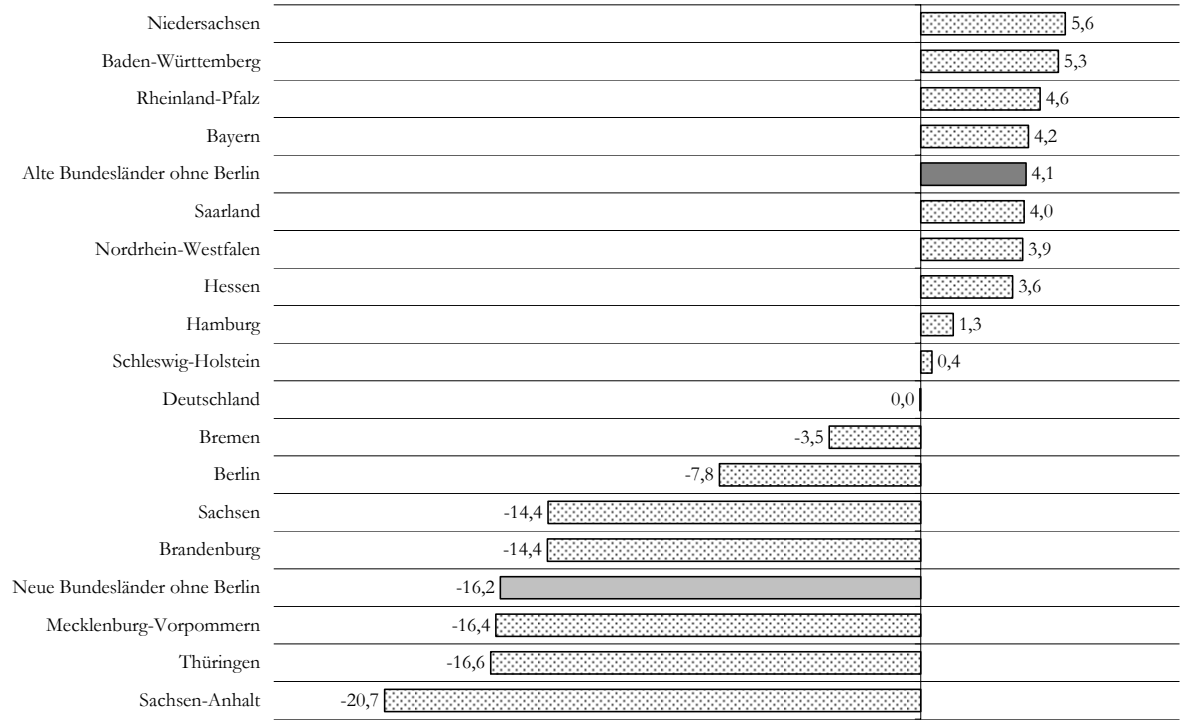
Die Aufteilung der Wirtschaftsleistung (Bruttowertschöpfung in 1995er Preisen) nach Wirtschaftssektoren (Abb. 90) beschreibt im Sinne Fourastiés den Reifegrad einer Volkswirtschaft.[46] Je höher der Anteil der Dienstleistungsbereiche an der Gesamtwertschöpfung, desto „reifer" ist das jeweilige Bundesland, wobei es sich um eine rein quantitative Auseinandersetzung handelt. Ob in einigen Bundesländern „Dienstleistungslücken" bestehen, soll hier nicht bewertet werden. Denn auch im Bereich der Dienstleistungen sind deutliche Strukturunterschiede zu verzeichnen. Zurzeit scheinen die „überwiegend wirtschaftsbezogenen Dienstleistungen"[47] die besten Beschäftigungsperspektiven zu bieten.

Eine weitere entscheidende Komponente im Hinblick auf die regionale Wohlfahrt stellt die Möglichkeit der Teilnahme am Erwerbsleben und somit die Möglichkeit dar, seine Existenz aus eigener Kraft zu sichern. Höhere Erwerbstätigenzahlen (Abb. 91) und höhere Erwerbstätigenquoten (Abb. 92) zeigen günstigere Arbeitsmärkte auf. Das „Spiegelbild" dazu wird mit den Arbeitslosenzahlen bzw. -quoten angezeigt (Abb. 93).

46 Einen kurzen Überblick über die so genannte 3-Sektoren-Hypothese gibt z.B. *Pohl* 1970.

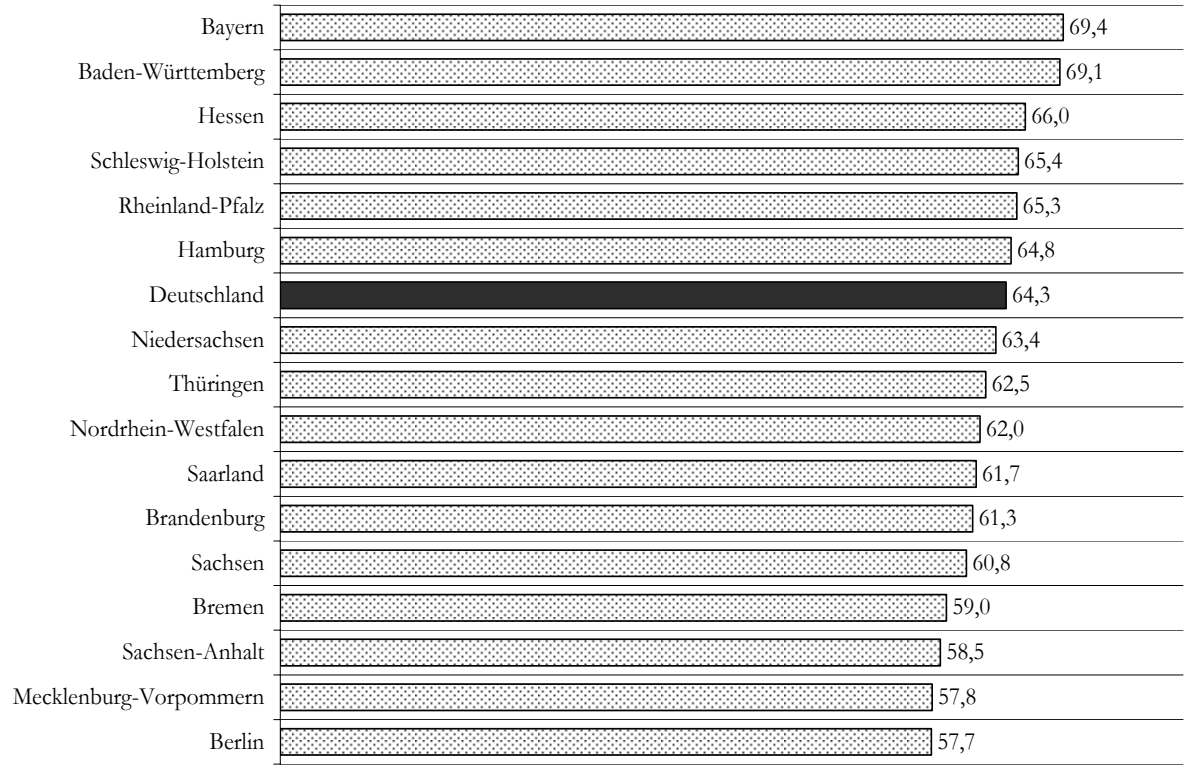
47 In diese Kategorie fallen zum einen wissensintensive Branchen mit hohen Qualifikationsanforderungen wie z.B. Unternehmensberatungen, Prüfungsgesellschaften, Rechtsberatung oder Ingenieurbüros. Deren erbrachten Leistungen werden regional, vorwiegend überregional gehandelt. Weiter finden sich einfache Unternehmensdienstleistungen ohne formale Qualifikationsanforderungen (Reinigung, Abfall- oder Verpackungsservice). Daneben gehören auch Unternehmen der Arbeitnehmerüberlassung in diese Gruppe. Ebenso zählen Unternehmen dazu, die aus Auslagerungen entstanden sind. Die aufgeführten Unternehmen erbringen Leistungen für andere Unternehmen, vorwiegend aus dem Produzierenden Gewerbe, aber auch für andere Dienstleistungsunternehmen (*Rau/Werner* 2005: 19).

Abb. 91: Veränderung der Erwerbstätigenzahl 2004 gegenüber 1991 in Prozent



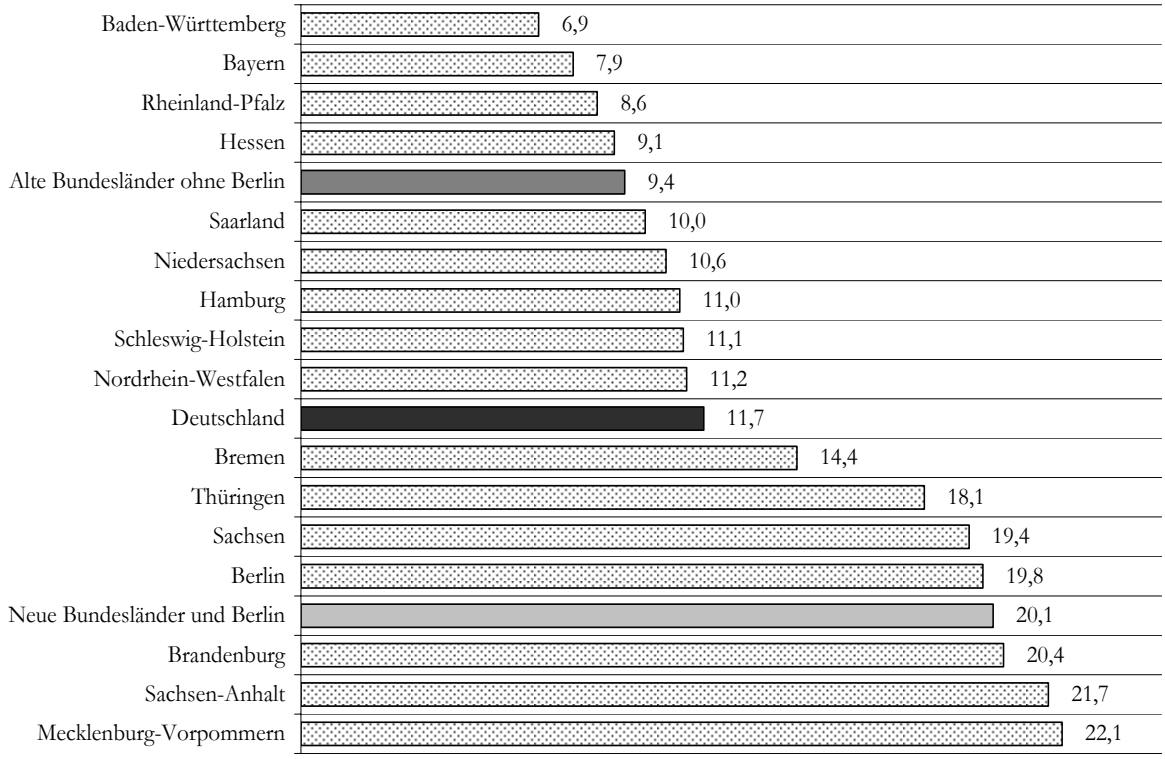
Datenquelle: VGR der Länder; Bearbeitung: F. Micheel

Abb. 92: Erwerbstätigenquote für das Jahr 2004 in Prozent



Datenquelle: VGR der Länder; Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: F. Micheel

Abb. 93: Arbeitslosenquote für das Jahr 2004 (Jahresdurchschnitt) in Prozent, bezogen auf abhängige Erwerbstätige

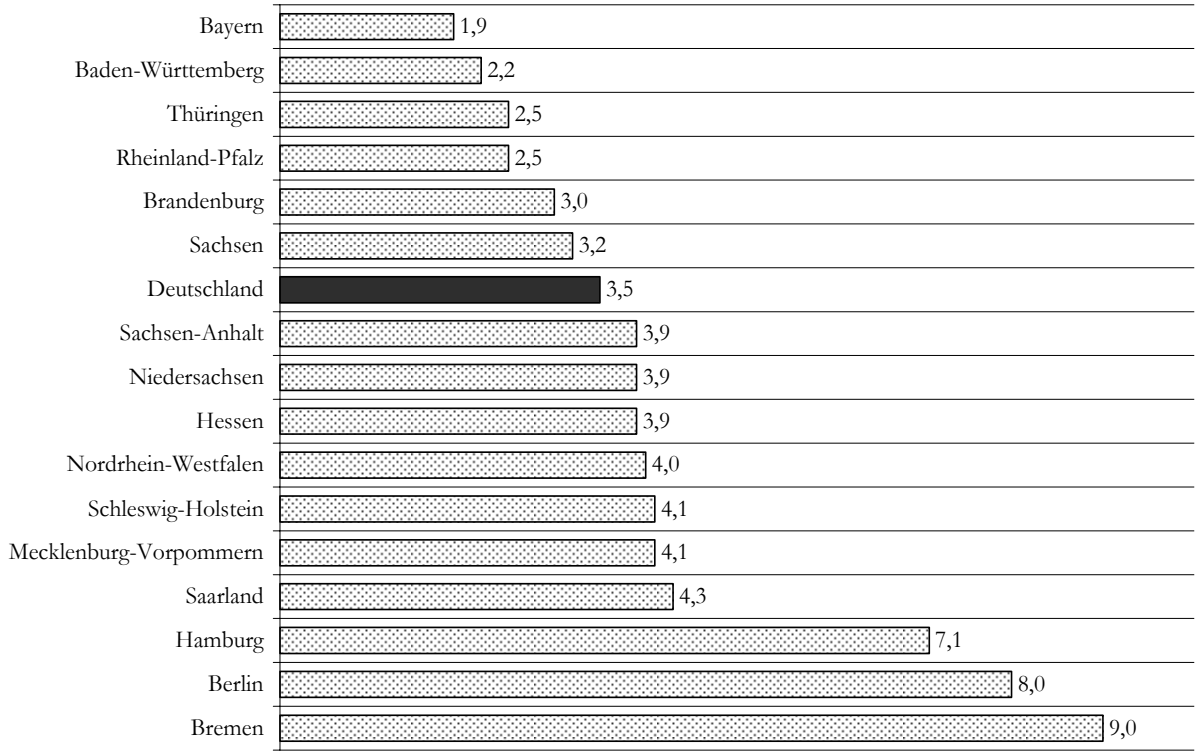


Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit; Bearbeitung: F. Micheel

Für die Verstetigung von Arbeitslosigkeit ist die Sozialhilfe bzw. deren Quote (siehe Abb. 94) ein Anzeichen. Zudem kann sie auch als Verlust von Humankapital auf den Arbeitsmärkten betrachtet werden, denn je länger jemand arbeitslos ist, desto stärker wird das Wissen der betroffenen Person entwertet. Dies gilt besonders bei wissensintensiven Tätigkeiten.

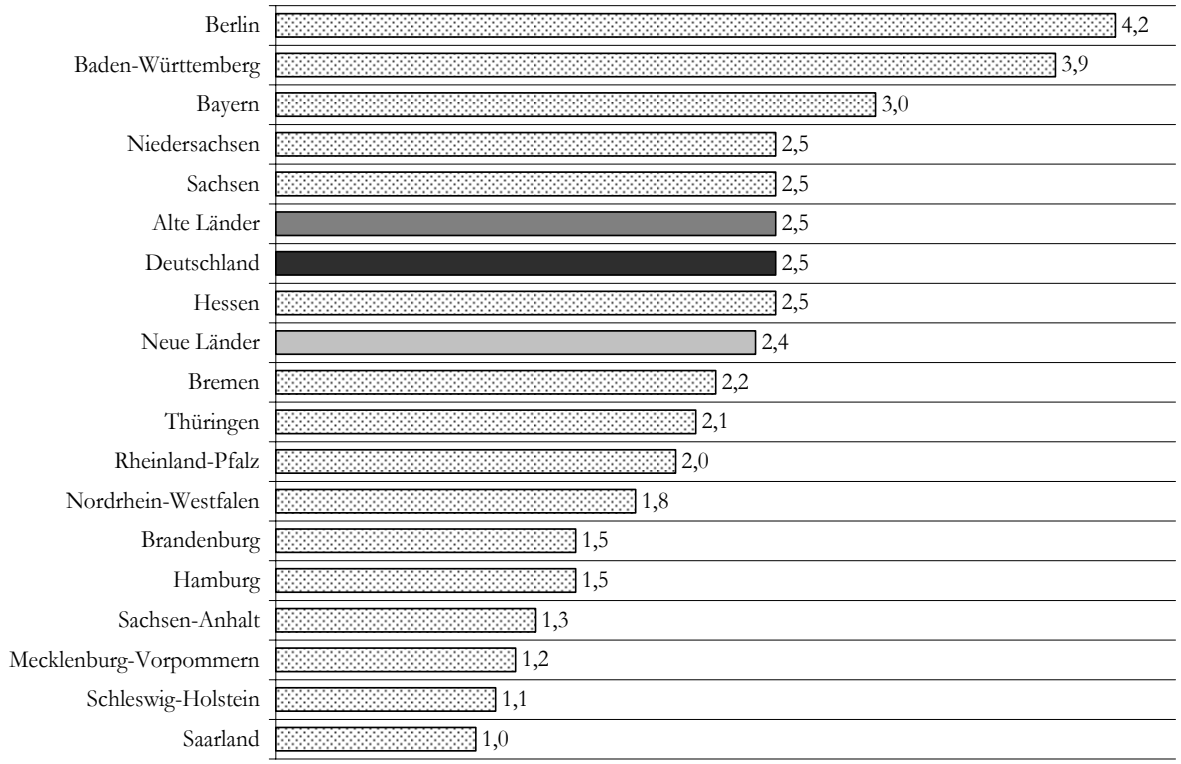
Wie oben bereits kritisch angemerkt, sind die Entwicklungen der Arbeitsproduktivität oder der Lohnstückkosten mit Einschränkungen aussagekräftig. Über die ökonomische Perspektive eines Landes entscheiden auch die Aktivitäten in Forschung und Entwicklung (F&E). Daher sollen die Anteile der F&E-Ausgaben am jeweiligen BIP diese Beschreibung ergänzen (Abb. 95). Grundsätzlich wird ein höherer Anteil am BIP auch positiver eingeschätzt. Einschränkend ist aber festzuhalten, dass ein höherer Anteil nicht zwingend mit höherem Erfolg (z.B. in Form von Patentanmeldungen – siehe Abb. 96) einhergeht. Wie z.B. *Keller/Niebuhr/Stiller* (2004) feststellten, ist der privat finanzierte Teil der F&E-Ausgaben von größerem Erfolg gekrönt als der öffentlich finanzierte, was sich u.a. durch höheren Verwertungsdruck der Forschungen erklären lässt. Ferner ist zu beachten, dass Einschätzungen über den künftigen Erfolg von Forschung und Entwicklung mit großer Unsicherheit behaftet sind. Man kann damit nur ausdrücken, dass die Chancen gut sind, wenn in Forschung und Entwicklung investiert wird.

Abb. 94: Sozialhilfequote für das Jahr 2004 in Prozent



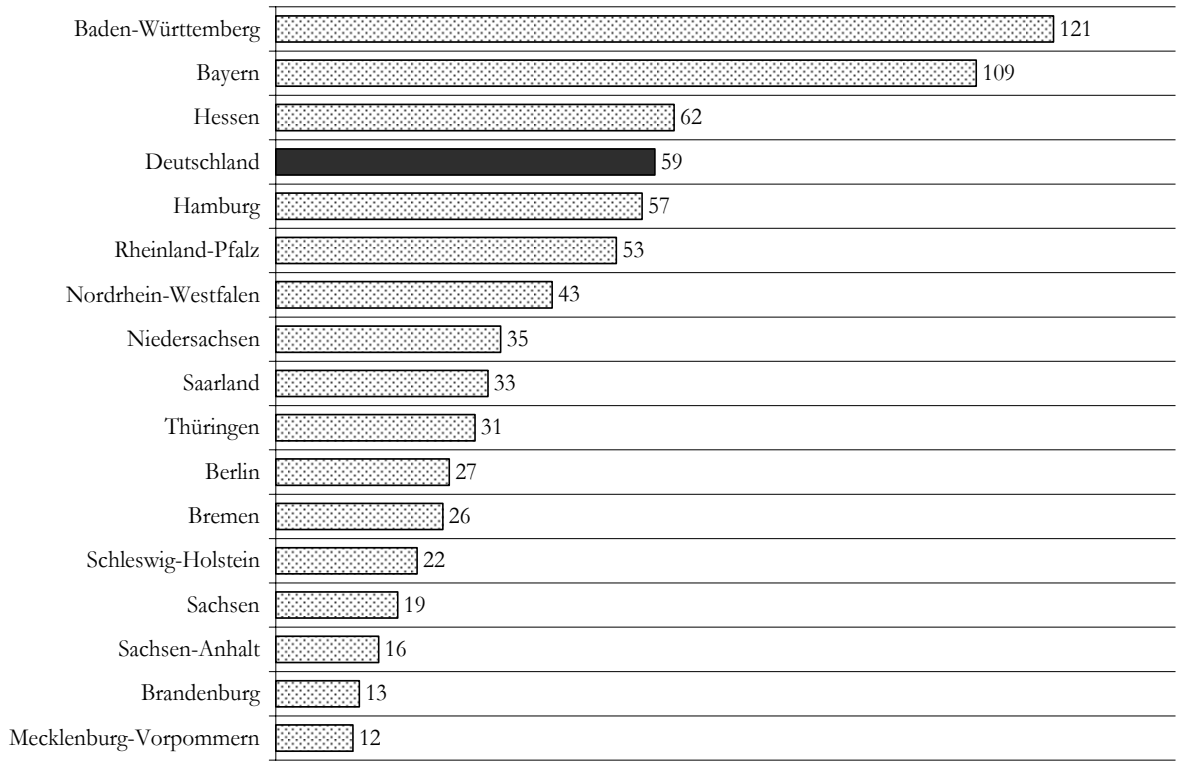
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfe regional 2004; Bearbeitung: F. Micheel

Abb. 95: Ausgaben für Forschung und Entwicklung, Anteil am BIP 2001, in Prozent



Datenquelle: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft; Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Keller/Niebuhr/Stiller 2004; Bearbeitung: F. Micheel

Abb. 96: Patentanmeldungen im Jahr 2004, Anzahl pro 100.000 Einwohner



Datenquelle: Deutsches Patent- und Markenamt, Jahresbericht 2004; Bearbeitung: F. Micheel

Abbildungsverzeichnis (Teil A)

Abb. 1: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland 1991 und 2004 (in Prozent) 10
Abb. 2: Durchschnittsalter der Bevölkerung in den Bundesländern am 31.12.2004 11
Abb. 3: Die Veränderung des Durchschnittsalters der Bevölkerung in den Bundesländern, 2004 gegenüber 1991 in Jahren 12
Abb. 4: Der Ausländeranteil in den Bundesländern, 2004 (in Prozent) 14
Abb. 5: Altenanteil in den Bundesländern ohne Ausländer 2004, prozentuale Unterschiede zum Altenanteil mit Ausländern 15
Abb. 6: Geschlechterrelation der 80-Jährigen und älteren in den Bundesländern 2004 (Frauen je 100 Männer) 20
Abb. 7: Altersaufbau der Bevölkerung in Hamburg und Sachsen 2004 (in Prozent) 20
Abb. 8: Zusammengefasste Geburtenziffern (TFR) der Länder, 1990-2004 22
Abb. 9: Lebenserwartung bei Geburt in den Ländern, Sterbetafel 1993/95 und 2002/04 (in Jahren) 26
Abb. 10: Binnen- und Außensaldo 1991-2004 (in 1.000) 30
Abb. 11: Gesamtsaldo der Bevölkerungsentwicklung nach Ländergruppen, 1991-2004 (Wachstumsrate je 1.000 Einwohner) 35
Abb. 12: Komponenten der Bevölkerungsdynamik im zeitlichen Verlauf, 1991-2004 36
Abb. 13: Rangfolge der Bevölkerungsdynamik, 2004 (Gesamtsaldo je 1.000 E.) 40
Abb. 14: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr 44
Abb. 15: Geburtenniveau in Baden-Württemberg nach Altersgruppen der Frauen, 1991-2004 48
Abb. 16: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Baden-Württemberg, 1991 bis 2004 51
Abb. 17: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Baden-Württemberg, Summe der Jahre 1991 bis 2004 52
Abb. 18: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr 55
Abb. 19: Geburtenniveau in Bayern nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004 59
Abb. 20: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Bayern, 1991-2004 61
Abb. 21: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Bayern, Summe der Jahre 1991 bis 2004 62
Abb. 22: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr 65
Abb. 23: Geburtenniveau in Berlin nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004 67
Abb. 24: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Berlin, 1991-2004 70
Abb. 25: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Berlin, Summe der Jahre 1991 bis 2004 70
Abb. 26: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr 72
Abb. 27: Geburtenniveau in Brandenburg nach Altersgruppen der Frauen, 1991-2004 75

Abb. 28: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Brandenburg, 1991 bis 2004 79
Abb. 29: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Brandenburg, Summe der Jahre 1991 bis 2004 79
Abb. 30: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr 81
Abb. 31: Geburtenniveau in Bremen nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004 84
Abb. 32: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Bremen, 1991-2004 87
Abb. 33: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Bremen, Summe der Jahre 1991 bis 2004 88
Abb. 34: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr 90
Abb. 35: Geburtenniveau in Hamburg nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004 93
Abb. 36: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Hamburg, 1991 bis 2004 96
Abb. 37: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Hamburg, Summe der Jahre 1991 bis 2004 96
Abb. 38: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr 98
Abb. 39: Geburtenniveau in Hessen nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004 101
Abb. 40: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Hessen, 1991 bis 2004 104
Abb. 41: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Hessen, Summe der Jahre 1991 bis 2004 104
Abb. 42: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr 107
Abb. 43: Geburtenniveau in Mecklenburg-Vorpommern nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004 110
Abb. 44: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Mecklenburg-Vorpommern, 1991 bis 2004 114
Abb. 45: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Mecklenburg-Vorpommern, Summe der Jahre 1991 bis 2004 114
Abb. 46: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr 117
Abb. 47: Geburtenniveau in Niedersachsen nach Altersgruppen der Frauen, 1991-2004 119
Abb. 48: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Niedersachsen, 1991 bis 2004 122
Abb. 49: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen[1] und Ausländern in Niedersachsen, Summe der Jahre 1991 bis 2004 123
Abb. 50: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr 125
Abb. 51: Geburtenniveau in Nordrhein-Westfalen nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004 129
Abb. 52: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Nordrhein-Westfalen, 1991 bis 2004 131

Abb. 53: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Nordrhein-Westfalen, Summe der Jahre 1991 bis 2004 132
Abb. 54: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr 134
Abb. 55: Geburtenniveau in Rheinland-Pfalz nach Altersgruppen der Frauen, 1991-2004 137
Abb. 56: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Rheinland-Pfalz, 1991 bis 2004 140
Abb. 57: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Rheinland-Pfalz, Summe der Jahre 1991 bis 2004 141
Abb. 58: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr 143
Abb. 59: Geburtenniveau im Saarland nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004 146
Abb. 60: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern im Saarland, 1991 bis 2004 149
Abb. 61: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern im Saarland, Summe der Jahre 1991 bis 2004 149
Abb. 62: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr 151
Abb. 63: Geburtenniveau in Sachsen nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004 154
Abb. 64: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Sachsen, 1991 bis 2004 157
Abb. 65: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Sachsen, Summe der Jahre 1991 bis 2004 158
Abb. 66: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr 160
Abb. 67: Geburtenniveau in Sachsen-Anhalt nach Altersgruppen der Frauen, 1991-2004 163
Abb. 68: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Sachsen-Anhalt, 1991 bis 2004 166
Abb. 69: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Sachsen-Anhalt, Summe der Jahre 1991 bis 2004 167
Abb. 70: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr 169
Abb. 71: Geburtenniveau in Schleswig-Holstein nach Altersgruppen der Frauen, 1991 bis 2004 172
Abb. 72: Außenwanderungssalden von Deutschen und Ausländern in Schleswig-Holstein, 1991 bis 2004 175
Abb. 73: Wanderungsgewinne bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Schleswig-Holstein, Summe der Jahre 1991 bis 2004 176
Abb. 74: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr 178
Abb. 75: Geburtenniveau in Thüringen nach Altersgruppen des Frauen, 1991-2004 182
Abb. 76: Außenwanderungssalden an Deutschen und Ausländern in Thüringen, 1991 bis 2004 185
Abb. 77: Wanderungsgewinn bzw. -verluste von Deutschen und Ausländern in Thüringen, Summe der Jahre 1991 bis 2004 185

Abb. 78: Entwicklung einzelner Bevölkerungsgruppen in Deutschland Zu-/Abnahme 2050 gegenüber 2004 (in Prozent) 188
Abb. 79: Junge Alte (60 bis unter 80 Jahre) und Hochbetagte (80 Jahre und älter) in den Bundesländern 2050[1)], prozentuale Veränderung gegenüber 2004 191
Abb. 80: Geschlechterrelation der Hochbetagten in den Bundesländern 2050 (Frauen je 100 Männer) 193
Abb. 81: Altenquotient in den Bundesländern 2050, Altersbegrenzung 60 und 65 Jahre 194
Abb. 82: Altersaufbau der Bevölkerung in Hessen und Brandenburg 2050 (in Prozent) 196
Abb. 83: Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2004 (1995er Preise), Veränderung gegenüber 1991 in Prozent 198
Abb. 84: Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Einwohner im Jahr 2004, Euro 198
Abb. 85: Anteile des Verarbeitenden Gewerbes und des Baugewerbes an der Bruttowertschöpfung in den alten Bundesländern (einschließlich Berlin) 200
Abb. 86: Anteile des Verarbeitenden Gewerbes und des Baugewerbes an der Bruttowertschöpfung in den neuen Ländern (ohne Berlin) 200
Abb. 87: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inland) im Jahr 2004, Euro 201
Abb. 88: Bruttoinlandsprodukt (1995er Preise) je Erwerbstätigen im Jahr 2004, Euro 202
Abb. 89: Veränderung der Lohnstückkosten von 1991 bis 2004 in Prozent 202
Abb. 90: Bruttowertschöpfung (unbereinigt, in Preisen von 1995) nach Sektoren für das Jahr 2004 203
Abb. 91: Veränderung der Erwerbstätigenzahl 2004 gegenüber 1991 in Prozent 204
Abb. 92: Erwerbstätigenquote für das Jahr 2004 in Prozent 204
Abb. 93: Arbeitslosenquote für das Jahr 2004 (Jahresdurchschnitt) in Prozent, bezogen auf abhängige Erwerbstätige 205
Abb. 94: Sozialhilfequote für das Jahr 2004 in Prozent 206
Abb. 95: Ausgaben für Forschung und Entwicklung, Anteil am BIP 2001, in Prozent 206
Abb. 96: Patentanmeldungen im Jahr 2004, Anzahl pro 100.000 Einwohner 207

Tabellenverzeichnis (Teil A)

Tab. 1: Bevölkerung nach Hauptaltersgruppen, Veränderung 2004 gegenüber 1991 in Prozent 13
Tab. 2: Bevölkerung nach Hauptaltersgruppen 2004 in 1.000 und Strukturanteile 13
Tab. 3: Altenquotient mit und ohne Ausländer, Deutschland und Bundesländer 2004 16
Tab. 4: Durchschnittsalter der Männer und Frauen in den Bundesländern 2004 16
Tab. 5: Altenanteile der Männer und Frauen sowie die Geschlechterrelation der über 60-Jährigen in den Bundesländern 2004 17
Tab. 6: Hochbetagte in den Bundesländern 2004 19
Tab. 7: 80 Jahre und ältere Männer und Frauen in den Bundesländern 2004 19
Tab. 8: Zusammengefasste Geburtenziffer (TFR) 1990-2004 (Geburten je Frau zwischen 15 und 45 Jahren) 22
Tab. 9: Lebenserwartung bei Geburt in Jahren (Sterbetafel 1993/95 und 2002/04) 26
Tab. 10: Binnen- und Außenwanderungen nach Ländern, 1991-2004 (absolut und je 1.000 Einwohner) 31
Tab. 11: Komponenten der Bevölkerungsdynamik nach Ländergruppen, 1991-2004 (in 1.000 Personen) 34
Tab. 12: Komponenten der Bevölkerungsdynamik nach Ländern, 1991-2004 (absolut und je 1.000 Einwohner) 39
Tab. 13: Die Bevölkerung am Jahresende 2004 in den Bundesländern 42
Tab. 14: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Baden-Württemberg 47
Tab. 15: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Baden-Württemberg 49
Tab. 16: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Baden-Württemberg und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002 bis 2004 50
Tab. 17: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Baden-Württemberg, 1991-2004 51
Tab. 18: Bevölkerungsstand und -veränderung in Baden-Württemberg 53
Tab. 19: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Bayern 58
Tab. 20: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Bayern 59
Tab. 21: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Bayern und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002 bis 2004 60
Tab. 22: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Bayern, 1991 bis 2004 61
Tab. 23: Bevölkerungsstand und -veränderung in Bayern 63
Tab. 24: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Berlin 67
Tab. 25: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Berlin 68
Tab. 26: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Berlin und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002 bis 2004 68
Tab. 27: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Berlin, 1991 bis 2004 69

Tab. 28: Bevölkerungsstand und -veränderung in Berlin 71
Tab. 29: Lebendgeborene und zusammengefasste Geburtenziffer in Brandenburg 75
Tab. 30: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Brandenburg 77
Tab. 31: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Brandenburg und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002 bis 2004 77
Tab. 32: Wanderungen in Brandenburg, Überschuss der Zu(+) bzw. Fortzüge(-) 78
Tab. 33: Bevölkerungsstand und -veränderung in Brandenburg 80
Tab. 34: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Bremen 84
Tab. 35: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Bremen 85
Tab. 36: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Bremen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002 bis 2004 86
Tab. 37: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Bremen, 1991 bis 2004 86
Tab. 38: Bevölkerungsstand und -veränderung in Bremen 89
Tab. 39: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Hamburg 93
Tab. 40: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Hamburg 94
Tab. 41: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Hamburg und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002 bis 2004 94
Tab. 42: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Hamburg, 1991 bis 2004 95
Tab. 43: Bevölkerungsstand und -veränderung in Hamburg 97
Tab. 44: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Hessen 101
Tab. 45: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Hessen 102
Tab. 46: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Hessen und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002-2004 103
Tab. 47: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Hessen, 1991 bis 2004 103
Tab. 48: Bevölkerungsstand und -veränderung in Hessen 106
Tab. 49: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Mecklenburg-Vorpommern 110
Tab. 50: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Mecklenburg-Vorpommern 112
Tab. 51: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Mecklenburg-Vorpommern und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002-2004 112
Tab. 52: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Mecklenburg-Vorpommern, 1991-2004 113
Tab. 53: Bevölkerungsstand und -veränderung in Mecklenburg-Vorpommern 115
Tab. 54: Lebendgeborene und zusammengefasste Geburtenziffer in Niedersachsen 119
Tab. 55: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Niedersachsen 120
Tab. 56: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Niedersachsen und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002-2004 121
Tab. 57: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Niedersachsen, 1991 bis 2004 122

Tab. 58: Bevölkerungsstand und -veränderung in Niedersachsen....124
Tab. 59: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Nordrhein-Westfalen....128
Tab. 60: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Nordrhein-Westfalen....129
Tab. 61: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Nordrhein-Westfalen und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002-2004....130
Tab. 62: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Nordrhein-Westfalen, 1991-2004...131
Tab. 63: Bevölkerungsstand und -veränderung in Nordrhein-Westfalen....133
Tab. 64: Lebendgeborene und zusammengefasste Geburtenziffer in Rheinland-Pfalz....137
Tab. 65: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Rheinland-Pfalz....138
Tab. 66: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Rheinland-Pfalz und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002-2004....139
Tab. 67: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Rheinland-Pfalz, 1991-2004....140
Tab. 68: Bevölkerungsstand und -veränderung in Rheinland-Pfalz....142
Tab. 69: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer im Saarland....146
Tab. 70: Gestorbene absolut und Sterbeziffer im Saarland....147
Tab. 71: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen im Saarland und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002-2004....147
Tab. 72: Salden der Binnen- und Außenwanderung im Saarland, 1991 bis 2004....148
Tab. 73: Bevölkerungsstand und -veränderung im Saarland....150
Tab. 74: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Sachsen....154
Tab. 75: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Sachsen....156
Tab. 76: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Alterstufen in Sachsen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002-2004....156
Tab. 77: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Sachsen, 1991 bis 2004....157
Tab. 78: Bevölkerungsstand und -veränderung in Sachsen....159
Tab. 79: Lebendgeborene und zusammengefasste Geburtenziffer in Sachsen-Anhalt....163
Tab. 80: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Sachsen-Anhalt....164
Tab. 81: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Sachsen-Anhalt im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002-2004....165
Tab. 82: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Sachsen-Anhalt, 1991 bis 2004....166
Tab. 83: Bevölkerungsstand und -veränderung in Sachsen-Anhalt....168
Tab. 84: Lebendgeborene und zusammengefasste Geburtenziffer in Schleswig-Holstein...172
Tab. 85: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Schleswig-Holstein....173
Tab. 86: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002-2004....174
Tab. 87: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Schleswig-Holstein, 1991-2004....175
Tab. 88: Bevölkerungsstand und -veränderung in Schleswig-Holstein....177

Tab. 89: Lebendgeborene absolut und zusammengefasste Geburtenziffer in Thüringen 181
Tab. 90: Gestorbene absolut und Sterbeziffer in Thüringen.....183
Tab. 91: Durchschnittliche Lebenserwartung ausgewählter Altersstufen in Thüringen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, 2002-2004.....183
Tab. 92: Salden der Binnen- und Außenwanderung in Thüringen, 1991 bis 2004 184
Tab. 93: Bevölkerungsstand und -veränderung in Thüringen.....186
Tab. 94: Bevölkerung 2004 und 2050, in 1000 Personen und prozentuale Veränderung.....188
Tab. 95: Jüngere Bevölkerung unter 20 Jahren in den Bundesländern 2050 189
Tab. 96: Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den Bundesländern 2050.....190
Tab. 97: 60 Jahre und ältere in den Bundesländern 2050 190
Tab. 98: 80 Jahre und ältere Männer und Frauen in den Bundesländern 2050 192
Tab. 99: Anteil der 60-Jährigen und älteren an der Gesamtbevölkerung in den Bundesländern 2050 (in Prozent).....194
Tab. 100: Durchschnittsalter der Bevölkerung in den Bundesländern 2050.....195
Tab. 101: Auflistung der verwendeten Indikatoren 197

Kartenverzeichnis (Teil A)

Karte 1: Zusammengefasste Geburtenziffern (TFR) der Kreise, Durchschnitt 2001-03 24
Karte 2: Lebenserwartung der Männer nach Kreisen, 2003 27
Karte 3: Lebenserwartung der Frauen nach Kreisen, 2003 28
Karte 4: Binnenwanderungssaldo nach Kreisen, 2003 32
Karte 5: Außenwanderungssaldo nach Kreisen, 2003 33
Karte 6: Prozentuale Bevölkerungsveränderung und Komponenten der Bevölkerungsentwicklung, 1991-2004 38
Karte 7: Komponenten der Bevölkerungsdynamik nach Kreisen, 1991-2003 41

Teil B

Trends der Binnenwanderung in Deutschland

Ralf Mai

(unter Mitarbeit von Manfred Scharein)

1 Einleitung

1.1 Begriffe und Selektivität

Nachdem im ersten Teil dieser Studie die demographische Entwicklung in Deutschland regional verglichen wurde (mit Schwerpunkt auf der Alterung), befasst sich Teil B mit den Binnenwanderungsstrukturen und -verflechtungen. Diese haben einen nicht unerheblichen Einfluss auf die demographische Entwicklung und Alterung in den Bundesländern. Der Schwerpunkt liegt dabei einerseits auf den Ost-West-Wanderungen (Kapitel 5) und anderseits auf Modellrechnungen, mit denen die demographischen Effekte der Binnenwanderungen auf Bevölkerungsentwicklung und Alterung berechnet wurden (Kapitel 6).

Binnenwanderungen spielen sich innerhalb der Grenzen eines Staates ab. Je kleiner der räumliche Maßstab der Analyse ist, desto eher beeinflussen sie die demographische und sozioökonomische Entwicklung einer Region. Entscheidend ist die Distanz als „(…) eine der wichtigsten Einflussfaktoren der räumlichen Mobilität“ (*Birg et al.* 1998: 8). Binnenwanderungen bewegen sich in erster Linie in einem kleinen Maßstab; der Großteil bleibt innerhalb eines kleinen Umkreises. Man unterscheidet klein- und großräumige Binnenwanderungen bzw. Nah- von Fernwanderungen. Beide Formen sind aufgrund ihrer Selektivität und Struktur ein sensibler Indikator für Disparitäten und Standortqualitäten und wichtiger Ansatzpunkt für die Regionalpolitik, vor allem bei einer längerfristigen Konstanz.

Ein Problem der Wanderungsanalyse ist, dass durch die statistische Erfassung nicht Personen gezählt werden, sondern die auftretenden Fälle, wodurch es zu einer gewissen Unter- bzw. Übererfassung kommt. Zudem werden die Fortzüge unterschätzt, weil sich Abwanderer oft nicht abmelden. Weiterhin können Binnen- von Außenwanderungen beeinflusst werden: durch „Aufnahmeeinrichtungen“ für Asylbewerber und Aussiedler, die sich auf wenige Standorte konzentrieren. Hier kommt es zu einer hohen Zahl an Binnenfortzügen, wenn die Personen nach ihrer Aufnahme fortziehen. Auf der Ebene der Bundesländer ist dieser Effekt nicht so ausgeprägt wie auf Kreisebene, aber doch messbar. Die Binnenwanderungen zwischen den Ländern, wie sie hier schwerpunktmäßig untersucht werden, umfassen Fern-, aber auch teilweise Nahwanderungen. Letzteres trifft in erster Linie auf die Stadtstaaten zu, wo mit einem Fortzug in ein anderes Land entweder große oder eben nur kurze Distanzen (ins benachbarte Umland) zurückgelegt werden. Fernwanderungen sind dabei, anders als Nahwanderungen, von eher längerfristigen Änderungen im Lebensverlauf gekennzeichnet und vor allem charakteristisch für Personen, die arbeitsmarktbedingt ihren Wohnort wechseln. Die Vermischung unterschiedlicher Typen ist gleichwohl schwer aus der Statistik zu eliminieren.

Struktur und Ausmaß von Binnenwanderungen können stark variieren. Sie sind Reaktion auf objektiv vorherrschende, aber auch individuell wahrgenommene Lebensverhältnisse vor Ort, vielfach differenziert, und haben unterschiedliche regionale Ursachenstrukturen (vgl. Kapitel 3). Eine gesicherte Erkenntnis der Migrationsforschung ist der Zusammenhang der Mobilitätsmuster mit dem Alter, die *Altersselektivität* (*Courgeau* 1985). Sie zeigt sich in altersstrukturellen Mustern, die eng mit dem Verlauf im Lebenszyklus zusammenhängen, aber auch abhängig sind von der Distanz. Die typische Binnenwanderungsstruktur hat ihren Schwerpunkt bei den jüngeren Altersgruppen (Abb. 1). Mit zunehmendem Alter reduziert sich der Umzugswunsch; Familien haben eine deutlich niedrigere Mobilität als Alleinstehende und legen kürzere Strecken zurück. Die jün-

gere Bevölkerung ist dagegen am mobilsten und kann am schnellsten auf Veränderungen, die hauptsächlich in den Bereichen Ausbildung und Arbeitsmarkt liegen, mit einem (auch weiter entfernten) Ortswechsel reagieren. Auf diese Altersgruppen ist daher das Maximum der Wanderungsvorgänge konzentriert (neben einer kleineren Häufung bei den Kinderjahrgängen, die im Familienverbund mitwandern), während in den Altersstufen ab etwa 35 Jahren nur noch geringe Raten gemessen werden. Gerade das Wanderungsverhalten jüngerer Menschen ist ein deutlicher Indikator für die gefühlte und objektive Lebensqualität vor Ort und vor allem die Einschätzung der wirtschaftlichen Aussichten einer Region durch die heranwachsenden Generationen – denn auch junge Menschen ziehen nur dann um und nehmen die Kosten auf sich, wenn der zu erwartende Nutzen dementsprechend groß ist.

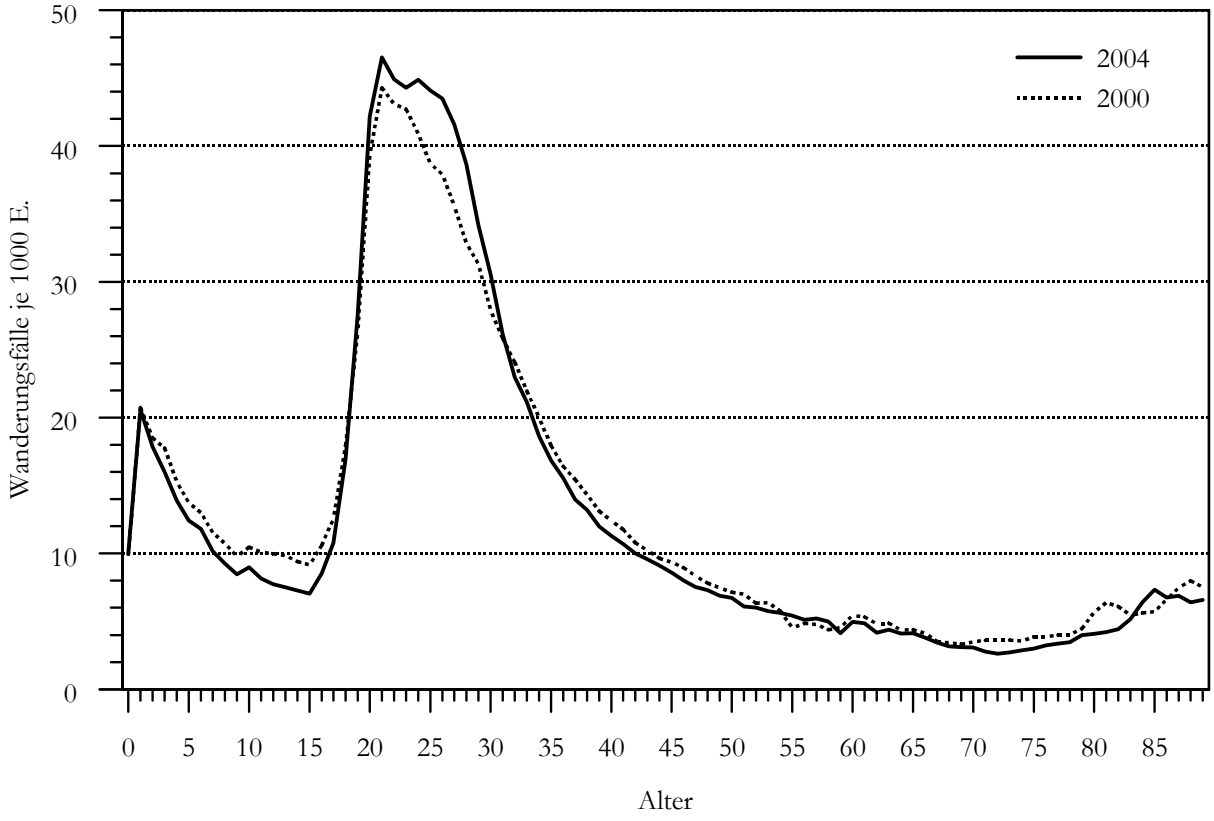
Binnenwanderungen ziehen also altersstrukturelle Austauschprozesse nach sich, die die Altersstruktur sowohl im Herkunfts-, als auch im Zielgebiet deutlich verändern können (neben den quantitativen Konsequenzen für den Bevölkerungsbestand). Dies kann je nach Struktur der Zu-/bzw. Abwanderung eine Zu- oder Abnahme von Schülerzahlen, zukünftigen Familien, Arbeitskräften, Pflegebedürftigen etc. bedeuten. Die Selektivität von (Binnen-)Wanderungen erstreckt sich aber auch auf andere Bereiche, wie etwa die Geschlechtsstruktur, Bildungs- und Qualifikationsstruktur oder die Motivationsstruktur.

Für die nachfolgende Analyse werden vor allem zusammengefasste Altersgruppen verwendet, die die unterschiedlichen Wanderungsmotive funktional und übersichtlich abbilden (*Gatzweiler* 1975):

- Die *18- bis unter 30-Jährigen* sind aufgrund ihres Eintritts in den Bildungssektor/Arbeitsmarkt sehr mobil und ziehen insbesondere in die Kernstädte, d.h. in die räumliche Nähe zum Arbeitsplatz/Ausbildungssektor; häufige Wohnortwechsel sind üblich. Umgekehrt fungieren vor allem periphere Regionen als Abwanderungsgebiete. In oberen Bereich dieser Altersgruppe kommen Familien- und Haushaltsgründungen hinzu. In diesem Fall konzentrieren sich die Wanderungen eher auf das Umland der verdichteten Regionen.
- Die *30-bis unter 50-Jährigen* befinden sich in den jüngeren Jahren in der Familiengründungsphase; ihre Wanderungen sind vor allem bedingt durch die Suche nach Wohnungen oder Wohneigentum (meist im suburbanen Umland). Hierzu zählen auch die *unter 18-Jährigen*, die zumeist als Kinder mitwandern.[48] Im oberen Teil dieser Altersgruppe ist die Familiengründung abgeschlossen, die Wanderungen sind aber auch hier vom Erwerb von Wohneigentum und Sesshaftwerden geprägt.
- *50- bis unter 65-* und *ab 65-Jährige*: Die ältere Bevölkerung richtet ihre Wanderungen verstärkt auf ländliche Räume (landschaftliche Attraktivität und Erholungs- und Freizeitwert). In den höheren Altersstufen kommt es zu Wanderungen aufgrund von Pflegebedürftigkeit und Aufgabe der eigenen Wohnung.

[48] Da (fast) alle Kinder unter 18, jedoch nicht jeder 30- bis 50-Jährige einer Familie angehört, kann sich eine alleinige Analyse der unter 18-Jährigen für Analyse von Familienwanderungen durchaus lohnen (*Schlömer* 2004).

Abb. 1: Binnenwanderungen zwischen den Ländern in Deutschland, 2000 und 2004, Alter zwischen 0 und 89 Jahren



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

1.2 Relevanz von Binnenwanderungen für die Regionalpolitik

Im Verbund mit der natürlichen Bevölkerungsentwicklung wirken Wanderungen auf mehreren Ebenen und beeinflussen die soziale und wirtschaftliche Entwicklung einer Region. Eine schlechte Wirtschaftsentwicklung kann Anreize zum Abwandern bieten und im schlimmsten Fall einen Teufelskreis in Gang setzen. Allerdings treten Wanderungen regional mit unterschiedlicher Intensität und Selektivität auf und haben unterschiedliche Entwicklungsperspektiven zur Folge. Vor allem im kleinräumigen Maßstab beeinflussen Binnenwanderungen die demographische Entwicklung und Wirtschafts- und Sozialstruktur in den Regionen und sind ein wichtiger Ansatzpunkt der Regionalentwicklung. Aber auch großräumig gibt es eindeutige Trends, die sozioökonomisch und politisch relevant sind – die Ost-West-Wanderungen sind ein Beispiel (*Mai* 2004). Auch großräumige Wanderungen sind also eine wichtige Kenngröße für Politik und Planung, vor allem bei einer längerfristigen Trendkonstanz und Selektivität. Diese Selektivität kann sich z.B. darin äußern, dass (wie in Ostdeutschland) gut ausgebildete Bevölkerungsgruppen abwandern oder einzelne Abwanderungsregionen unter wachsenden Folgeproblemen zu leiden haben (vgl. Kapitel 5). Angesichts dieser regionalpolitischen Bedeutung der Abwanderung (sowie des dramatischen Geburteneinbruchs in Ostdeutschland) findet die Thematik „Demographie/Abwanderung und Regionalentwicklung“ verstärkt Beachtung in Wissenschaft und Politik.

2 Historischer Überblick über das Binnenwanderungsgeschehen

2.1 Die Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg

Vor Beginn der Industrialisierung spielten Binnenwanderungen in Deutschland eine nur geringe Rolle. Nach einer seit dem Mittelalter langen Phase der demographischen Stagnation (zuletzt ausgelöst durch den 30-jährigen Krieg, dessen demographischen Einschnitte viele Jahrzehnte kompensiert werden mussten), wuchs die deutsche Bevölkerung seit Mitte des 18. Jahrhunderts langsam an. Ursache dieses leichten Wachstums war vor allem eine sinkende Sterblichkeit an bestimmten Krankheiten bei anhaltend hoher Fertilität – aber auch ein sinkendes Heiratsalter. Anfangs wurde dies von der Auswanderung nach Übersee zu großen Teilen absorbiert. Das Bevölkerungswachstum hielt in den 1830er und 40er Jahren an und führte in der Folge zu einer „steigenden Massenverelendung" (*Köllmann* 1976: 13), die vor allem in Südwestdeutschland als *Pauperismus* bekannt wurde. Der Arbeitsmarkt konnte die geburtenstarken Jahrgänge (noch) nicht aufnehmen und reagierte mit der Abwertung der Arbeitsverhältnisse durch Lohnsenkungen und eine verschärfte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Zudem gab es in ländlichen Regionen mit Realerbteilung eine zunehmende Zersplitterung der Parzellen und einen Zulauf bei den Handwerksberufen.

Diese Entwicklung wirkte auf die Wanderungsbereitschaft der Bevölkerung und ließ die Mobilität allmählich ansteigen. Einen entscheidenden politischen Einschnitt bildete hierfür die Bundesakte vom 8. Juni 1815, mit der Wanderungen zwischen den deutschen Staaten erlaubt wurden (*Köllmann* 1976). Dies war die Voraussetzung für das Entstehen nennenswerter Binnen- und Außenwanderungsbewegungen. Davor waren Wanderungen zwischen den zahlreichen deutschen Staaten nur sehr eingeschränkt oder ausgewählten Personen möglich. Letzten Endes kann angenommen werden, dass die fehlende räumliche Freizügigkeit ein wichtiger Aspekt der aufstrebenden Freiheitsbewegung, etwa unter der Studentenschaft, war. Es mussten vor allem drei Kriterien erfüllt sein, damit Ortswechsel innerhalb eines Landes im nennenswerten Maße entstehen konnten (*Bähr/Jentsch/Kuls* 1992):

- Die vor allem seit Beginn des 19. Jahrhunderts einsetzende Aufhebung der Beschränkungen der sozialen und
- der räumlichen Mobilität[49] sowie
- die Verfügbarkeit von Informationen über die Zielgebiete der Wanderungen.

Wichtige Wanderungsströme erstreckten sich zunächst von Süddeutschland nach Übersee und vom ländlichen Raum in die Städte, die in Folge dessen deutlich anwuchsen (so z.B. München, das zwischen 1800 und 1850 mehr als zweieinhalbfach anwuchs; *Köllmann* 1976: 14).

Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren Binnenwanderungen einerseits Voraussetzung, andererseits Folge der zunehmenden Industrialisierung und Verstädterung.[50] Umgekehrt war die Industrie die prägende Kraft der Stadtentwicklung und Verstädterung und damit des siedlungsstrukturellen Wandels. Aber nicht nur weit reichende Konzentrationsprozesse der Bevölkerung entstanden,

---

[49] Die Stadt beispielsweise hob mit der Schleifung der Stadtbefestigungen seit dem Ende des 18. Jahrhunderts die Abgrenzung zu ihrem Umland auf und „(...) vollzog dadurch [...] eine geradezu revolutionäre Hinwendung in eine völlig neue Richtung" (*Reulecke* 1985: 15).

[50] „Die industrielle Gesellschaft entstand in der Wanderung" (*Köllmann* 1972: 260).

auch andere sozialgeschichtliche Wandlungen wurden entscheidend von der steigenden Mobilität beeinflusst, wie die Entstehung einer bürgerlichen Gesellschaft in den Städten. Das starke Anwachsen der Bevölkerung und der so entstehende Bevölkerungsdruck entluden sich in Abwanderungen. Binnenwanderungen sind somit eng mit Industrialisierung, demographischer Entwicklung und sozialen Prozessen verknüpft, weshalb das Gewicht und die Wirkungsrichtung der einzelnen Komponenten schwer zu isolieren sind. Begünstigt wurde die Mobilität von dem vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rasant anwachsenden Eisenbahnnetz, das Reisen über größere Distanzen enorm erleichterte.

Das Ausmaß der Binnenwanderungen stieg immer mehr an, und zur Zeit der Hochindustrialisierung hatten sie eine deutlich größere demographische Bedeutung als heute.[51] *Köllmann* (1972) beispielsweise errechnete für das Jahr 1900 einen Anteil von Zuwanderern an der Gesamtbevölkerung ausgewählter Großstädte von 50 % (Hamburg), 58 % (Dortmund), 59 % (Berlin) oder gar 62 % (Stuttgart). Insgesamt waren im Jahr 1907 im Deutschen Reich 48 % der Bevölkerung Zugezogene aus einer anderen Gemeinde oder Provinz (*Köllmann* 1976). In dieser Zeit hat also jeder zweite Deutsche seinen Geburtsort verlassen. Die Binnenwanderungen der hochindustriellen Phase waren wohl „(…) die größte Bevölkerungsbewegung der deutschen Geschichte (…)" – größer noch als die Fluchtbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg (*Kuls/Kemper* 2000: 220). *Kuls/Kemper* schätzen das gesamte Wanderungsaufkommen zwischen 1860 und 1925 über eine Landes-/Provinzgrenze auf 22 bis 24 Millionen, mit einem Maximum in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg. Die rasant steigende Mobilität ging aber auch mit weit verbreiteten Vorbehalten und Ängsten in der Bevölkerung einher: sie sei verantwortlich für den Rückgang der Geburten, den Niedergang sozialer Beziehungen und der Familie, für die Abkoppelung von der Heimat und die „Landflucht" und für das anonyme Aufgehen in der Stadt. Bezeichnend ist das folgende Zitat von *Gustav Schmoller* aus dem Jahr 1889: „Ist das letzte Resultat unserer heutigen sozialen Zustände eine hausierende Vagabundage der ganzen arbeitenden Bevölkerung, ein Durcheinanderschütteln der Menschen von Ort zu Ort, von Geschäft zu Geschäft, wie es selbst die Nomaden nicht kannten?" (zitiert in *Langewiesche* 1977: 1).

Hauptanziehungspunkte für Zuwanderer waren die Städte als Industrie- oder Verwaltungszentren. Geographisch waren dies in erster Linie das Ruhrgebiet, das Rheinland und Berlin. Wanderungsanreize waren die Suche nach oder die Aussicht auf Arbeit (mit gezielten Anwerbungen durch Unternehmen). Außerdem konnte der Agrarsektor die Bevölkerung aufgrund ihres starken Anwachsens nicht mehr ernähren, und als Folge der Agrarreformen wurde eine große Zahl an erwerbstätiger Bevölkerung frei gesetzt. Die *Land-Stadt-Wanderung* (zunächst aus dem Umland) war bis nach dem Ersten Weltkrieg prägend. Vor allem die großen Industriestädte profitierten von Zuwanderern und wuchsen stark an.[52] Die Industrie konnte ihren Bedarf an Arbeitskräften mit dem Potenzial vor Ort nicht mehr decken, weshalb (anders als zuvor) die Menschen der Arbeit nachzogen, also in die Industriestandorte. Gab es 1871 erst acht Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern, waren es 1910 schon 48, mit einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von

---

[51] Dies spiegelt sich auch in der Binnenwanderungsforschung wider, die sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts vor allem mit großräumigen Wanderungen beschäftigte (z.B. *Heberle/Meyer* 1937).

[52] „Die Industrie hat sich ihren Raumanforderungen entsprechend nicht weit gestreut, sondern an verhältnismäßig wenigen, für sie vorteilhaften Standorten niedergelassen und die von ihr benötigten Arbeitskräfte vielfach aus großen Entfernungen an sich gezogen" (*Kuls/Kemper* 2000: 218).

über 21 %, gegenüber knapp 5 % vierzig Jahre zuvor (*Reulecke* 1985).[53] In dieser Phase war der Großteil der deutschen Bevölkerung an Binnenwanderungen beteiligt.

Allerdings war nicht nur die Zuwanderung, sondern auch die Ab-/Rückwanderung aus den Großstädten beträchtlich, die sich aber meist auf das nahe Umland konzentrierte (*Langewiesche* 1977: 20). Ein Grund lag in der häufigen Befristung von Aufenthalt im Zusammenhang mit Beschäftigungsverhältnissen. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass es selbst in dieser Phase des Städtewachstums auch Schrumpfungstendenzen[54] gab: so wiesen zwischen 1871 und 1910 18,5 % aller deutschen Städte (vor allem kleinere) einen Bevölkerungsrückgang auf und immerhin 50 % stagnierten mehr oder weniger. Die Stadt Plauen schrumpft sogar bis heute durchgängig seit dem Jahr 1912 (*Benke* 2005: 56). Auch übers Jahr gesehen schwankte die Mobilität während der Hochindustrialisierung, mit einem Minimum im Winter (*Langewiesche* 1977: 19). Darin spiegelt sich die Struktur der Wanderungsbewegungen mit einem Schwerpunkt auf Nahwanderungen und Hilfsarbeit mit einer kurzen Aufenthaltsdauer. Dieses saisonale „agarische" Muster, bei dem die Wanderer auf der Suche nach Arbeit kurzzeitig vom Land in die Stadt zogen, flaute v.a. nach dem Ersten Weltkrieg im Zuge der abnehmenden Bedeutung der Landwirtschaft ab.

Während die Industriestädte ihren Arbeitskräftebedarf zunächst noch aus dem näheren und anschließend weiteren Umland decken konnten, setzte aufgrund des weiter wachsenden Bedarfs Ende des 19. Jahrhunderts zusätzlich eine *großräumige Wanderung aus den ostdeutschen Provinzen* ein, wieder vor allem in das Ruhrgebiet und nach Berlin. Das Wanderungsaufkommen folgte dabei weitestgehend den Konjunkturzyklen, mit Rückgängen in Rezessionsphasen (*Langewiesche* 1977: 9). Treibende Kraft waren auch die hohen Geburtenüberschüsse im ländlichen ostdeutschen Raum. Ein weiterer Grund war die abflauende Überseeauswanderung aufgrund der weitgehend abgeschlossenen Landnahme in den USA (Einreisebeschränkungen seit den 1880er Jahren).[55] Der ländliche Abwanderungsdruck richtete sich daraufhin nach Westdeutschland, wurde aber auch durch Anwerbungen gezielt dorthin gelenkt. Dies vollzog sich nicht ohne soziale Spannungen, so etwa mit den Angehörigen polnischsprachiger Minderheiten, die aus West- und Ostpreußen angeworben wurden („Ruhrpolen").

Die Binnenwanderungen bis zum Ersten Weltkrieg kann man damit in wenigstens *zwei Phasen* einteilen: anfangs herrschten *Nah- und Umlandwanderungen* vom Land in die Städte vor, während nach der Reichsgründung im Jahr 1871 zunehmend *Fernwanderungen* vom Land (Ost) in die Industrieregionen und -städte (West) hinzukamen und bald dominierten. Das letztere Wanderungsmuster war in erster Linie bei jungen Männern zu finden, während Nahwanderungen von jungen Frauen geprägt wurden (als Dienstpersonal in den Städten, aber auch heiratsbedingt). Folge dieser altersselektiven Migration waren altersstrukturelle Verschiebungen im Herkunfts- und Zielgebiet. Die Groß- und vor allem Industriestädte wiesen ausgesprochen junge Altersstrukturen

---

53 Interessanterweise weist *Langewiesche* (1977: 36) darauf hin, dass die Großstädte sich damals schwerwiegenden Folgeproblemen des rapiden Wachstums gegenübersahen – etwa auf dem Wohnungsmarkt oder beim Ausbau sozialer und infrastruktureller Maßnahmen. Dies sind genau die Politikfelder, die heute wieder diskutiert werden – allerdings im gegensätzlichen Sinne, nämlich im Kontext der Schrumpfung.

54 Auch in dieser Phase ging das Wachstum der Städte in erster Linie auf das Konto von Zuwanderung. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung war in den Städten selbst im Mittelalter unterdurchschnittlich und oft negativ: „Verantwortlich war und ist die Tatsache, dass in den Städten seit je die Ausbildung und Qualifikation der Kinder als wichtiger betrachtet wurde als ihre Anzahl" (*Mackensen* 2000: 92).

55 Durch die abflauende Auswanderung in die USA und den wachsenden Arbeitskräftebedarf wurde zudem die Außenwanderungsbilanz bis zum Ersten Weltkrieg langsam, aber stetig größer.

mit einem hohen Anteil an arbeitsfähiger Bevölkerung auf, was neben der Binnenwanderung für ein hohes natürliches Bevölkerungswachstum sorgte (bis zum „säkularen" Geburtenrückgang Anfang des 20. Jahrhunderts). Die Land-Stadt-Wanderungen nahmen ein solches Ausmaß an, dass im Gegenzug sogar stellenweise Arbeitskräftemangel in der ostdeutschen Landwirtschaft herrschte und ausländische Arbeitskräfte angeworben wurden (in erster Linie Polen und Italiener; vgl. *Reulecke* 1985). Anders als bei diesen Wanderungen, die in der Hauptsache von Angehörigen der unteren Einkommensschichten realisiert wurden, zogen aus den kleineren und mittleren Städten eher Personen der bürgerlichen Schicht in die Großstädte, was für sie oft einen sozialen Aufstieg bedeutete. Dies galt in eingeschränktem Maße ebenfalls für die Landbevölkerung. Wanderungen zwischen den Städten waren in dieser Zeit zahlenmäßig dennoch unbedeutend. Das starke Anwachsen und die demographische „Verjüngung" der großstädtischen Bevölkerungen resultierten außerdem in einer Ende des 19. Jahrhunderts immer stärker werdenden Eingemeindungswelle des Umlands.

2.2 Die Zwischenkriegszeit

Nach dem Ersten Weltkrieg und den darauf folgenden Flüchtlingsbewegungen setzte sich die großräumige Ost-West-Wanderung fort; die Land-Stadt-Wanderung hielt zunächst bis zur Weltwirtschaftskrise (ab 1929) an. Ein Vorgriff auf die später einsetzende Suburbanisierung waren die *Stadt-Land-Wanderungen* nach dem Ersten Weltkrieg – freilich aus anderen Motiven, weil nach dem Krieg die Versorgungslage auf dem Lande ungleich besser war. Dies änderte sich im Laufe des Aufschwungs der 1930er Jahre. Dennoch waren Ansätze eines beginnenden Stadt-Land-Trends bereits zu beobachten. Im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs wurden Ende der 1930er Jahre wieder polnische und italienische Arbeiter in der Landwirtschaft angeworben. Ein Grund war die anhaltende Abwanderung aus den Ostprovinzen, die auch durch propagandistische bzw. politische Gegenmaßnahmen (z.B. Subventionierung) nicht umgekehrt werden konnte – für die nationalsozialistische Vision vom „großdeutschen Reich" waren gerade die Ostgebiete von entscheidender ideologischer Bedeutung, was unter anderem in der verheerenden „Ostkolonisation" zum Ausdruck kam.

2.3 Die Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg

Will man das bundesdeutsche Binnenwanderungsgeschehen nach dem Zweiten Weltkrieg überblicksartig darstellen, so bietet sich die Einteilung in Phasen an (*Bähr* 2003).[56] Die Binnenwanderungen und die räumliche Bevölkerungsverteilung in Deutschland nach 1945 wurden zunächst von den Nachwirkungen des Zweiten Weltkrieges beeinflusst. Erst im Laufe der 1950er Jahre klangen diese gravierenden Einflüsse (Umverteilung der Flüchtlinge, Rückwanderung aus den Städten) langsam ab. Die Flüchtlinge und Vertriebenen kamen in den ersten Nachkriegsjahren vor allem auf dem Land unter, ebenso wie Evakuierte aus den Städten. Im Zuge des raschen Wirtschaftsaufschwungs konnten aber die Großstädte zuziehende Bevölkerung gewinnen und wuchsen schnell an.

Seit den späten 1950er Jahren war Westdeutschland dann von der *Suburbanisierung* geprägt, als im Zuge des steigenden Wohlstandes der PKW eine immer stärkere Verbreitung fand. Die Mobilität (vor allem das Pendeln) erhöhte sich, viele Familien erfüllten sich ihren Traum vom „Haus im

---

[56] Explizit auf Fernwanderungen wird in den folgenden Kapiteln näher eingegangen.

Grünen“ außerhalb der Stadt, während sie weiter in der Stadt ihrem Beruf nachgingen. Dieser Trend schwächte sich im weiteren Verlauf kaum ab, gewann jedoch neue Facetten, wie die Entstehung so genannter *Zwischenstädte* (*Sieverts* 1998). Daneben gab es Fernwanderungen, vor allem in die aufstrebenden Industrieregionen. Die lange Zeit prägende Land-Stadt-Wanderung flaute dagegen ab und war nur noch für bestimmte Gruppen (etwa Jugendliche im Ausbildungsalter) relevant. In der Forschung ist umstritten, inwieweit die *Counterurbanisierung* vor allem während der 1970er und 1980er Jahre für ein Wachstum geringer verdichteter, ländlicher Regionen auf Kosten der städtischen und damit für eine großräumige Dekonzentration der Bevölkerung sorgte (vgl. *Berry* 1976, *Vogelsang/Kontuly* 1986, *Siedentop* 2004). In den 1990er Jahren entwickelte sich in einzelnen Großstädten ein Trend der *Gentrifizierung*, bei der innerstädtische Wohnquartiere nach der Aufwertung und Renovierung erneuten Zustrom von reichen Einkommensschichten erfuhren, allerdings auf quantitativ sehr niedrigem Niveau. Inwieweit es neuerdings einen Trend der *Reurbanisierung* vom Umland in die Kernstädte gibt oder geben wird, ist noch unklar. Manche Effekte lassen sich wohl eher kohortenspezifisch (*Köppen* 2005) bzw. verwaltungstechnisch (Umbuchungen des Erstwohnsitzes z.B. von Studierenden) zu erklären. Insgesamt war Westdeutschland in den letzten 50 Jahren jedenfalls von einer großräumigen Dekonzentration der Bevölkerung gekennzeichnet.

Im Gegensatz dazu vollzog sich in Ostdeutschland vor 1990 eine Konzentration der Bevölkerung. Binnenwanderungen waren in der ehemaligen DDR allerdings nur eingeschränkt freizügig möglich und daher weniger häufig. Anfangs richteten sie sich vor allem in die aufstrebenden Industriestädte wie Hoyerswerda oder Eisenhüttenstadt. Herkunftsgebiete der Abwanderung waren der ländliche Raum, aber auch Städte mit nicht ausreichendem Wohnungsbestand (Altbau). Ab den 1970er Jahren stand der Zuzug der Bevölkerung in die wichtigsten Verwaltungszentren (v.a. Ost-Berlin) im Vordergrund. Durch die dortige Konzentration von Bevölkerung, Wirtschaft und Verwaltung sollten die Lebensbedingungen verbessert werden. Die staatliche Wohnungspolitik mit ihrer Konzentrierung auf wenige Standorte mit vielen Wohneinheiten brachte neben der räumlichen Umverteilung aber auch Selektionsvorgänge im ländlichen Raum mit sich, die wiederum Druck auf die Abwanderungsmotivation ausübten und die Land-Stadt-Wanderungen noch verstärkten.

Nach der Wiedervereinigung veränderte, differenzierte und intensivierte sich die Binnenwanderung. Vor allem die Suburbanisierung prägte das ostdeutsche Binnenwanderungsgeschehen, wobei sie teilweise andere Muster aufwies als in Westdeutschland und sich ein verdichtetes Umland um die Städte erst bilden musste. Die Wanderungen resultierten nicht in einer großräumigen Dekonzentration wie im Westen, weil gleichzeitig auch viele junge Einwohner aus den ländlichen Gebieten nach Westen oder in die Städte abgewandert sind.

3 Erklärungsansätze (großräumiger) Binnenwanderungen

3.1 Überblick

Theoretische Ansätze zur Erklärung von Binnenwanderungen werden zumeist aus der allgemeinen Wanderungsforschung übernommen; speziell auf Binnenwanderungen gemünzte Ansätze sind selten zu finden.[57] Allerdings fällt es auch schwer, Binnen- von Außenwanderungen definitorisch und inhaltlich so abzugrenzen, dass man daraus einen eigenen Erklärungsansatz ableiten könnte. Oftmals ist diese Unterscheidung strukturell für die Entwicklung einer Theorie kontraproduktiv und unterschlägt die immer stärkeren Wechselwirkungen zwischen den beiden Prozessen (*Salt/Kitching* 1992). So ist eine Wanderung von Brüssel nach Hamburg einer innerdeutschen Fernwanderung in Struktur und Motivation sicherlich ähnlicher als einer Wanderung vom Senegal nach Paris. Es erscheint daher lohnender, Erklärungsansätze zu regionalisieren und auf die regionalen Einheiten anzuwenden, die untersucht werden. Hier versprechen (qualitative) Informationen über das regionale Image, die Gebundenheit an die Heimat und Familie, aber auch die Wahrscheinlichkeit eines Übergangs in eine andere Lebensphase, interessante und neue Erkenntnisse über Wanderungsmotivationen zu geben. Auch die Gegenüberstellung der Strukturen, Motive und Potenziale von Migranten und der „Residualbevölkerung" (diejenigen, die nicht wandern) ist ein wichtiger Ansatz (vgl. *Dienel* 2005). Schließlich ist anzuraten, bei der Suche nach Erklärungen auch nach der Distanz zu differenzieren: wie erwähnt, erstreckt sich der Großteil von Binnenwanderungen über kurze Entfernungen. Solche Nahwanderungen sind eher von nichtökonomischen Motiven bestimmt, während die arbeitsmarkt- bzw. berufsbedingten Gründe bei den Fernwanderungen hervorstechen (s.u.). Da in dieser Arbeit der Schwerpunkt auf die Fernwanderungen gelegt wird, werden eher ökonomische Motivationen angesprochen.

Die Untersuchung von Wanderungsvorgängen ist von drei methodischen Ausgangspositionen her möglich: (1) Migration als individuelles Verhalten, (2) als Eigenschaft sozialer Systeme bzw. (3) als Folge von Interdependenzen zweier oder mehrerer sozialer Systeme. Der erste Ansatz begreift Migration als das Ergebnis eines individuellen Entscheidungsprozesses, der durch die Analyse der individuellen Bedürfnisse und Motive erklärbar ist. Der zweite und dritte Ansatz fassen Migration als Strukturmerkmal sozialer Systeme auf und versuchen, sie als Kollektivphänomen zu analysieren. Man kann damit grundsätzlich zwischen Makro- und Mikrotheorien unterscheiden; Ansätze, die beide Ebenen verbinden, sind selten zu finden.

Bei *mikrotheoretischen Ansätzen* werden Wanderungen als Folge der Entscheidungsfindung einzelner Personen bzw. Haushalte aufgefasst. Mikrotheorien erklären zwar den Wanderungsvorgang und die dahinter stehenden Faktoren gut. Da die Merkmale aber oft nicht exakt gemessen werden können, beinhalten diese Modelle mehr subjektive Einschätzungen als objektiv haltbare Urteile. Zudem ist die Aussage einer Abwanderungsbereitschaft nur bedingt anwendbar auf die Prognose künftiger Wanderungen – von einer vollkommenen Rationalität im Entscheidungsverhalten kann nicht ausgegangen werden. Darüber hinaus arbeiten viele mikroökonomische Modelle mit der

---

[57] Die theoretische Herleitung von Binnenwanderungen ist allerdings einfacher, weil sie, im Gegensatz zur internationalen Wanderung, vom Staat nicht direkt gesteuert wird und daher in der Regel von außen (zumindest direkt) unbeeinflusst abläuft. Wenn dennoch ein Einfluss von politischer Seite aus erfolgt, dann dürfte dies zumindest meistens nicht direkt gewollt sein.

Annahme, dass potenzielle Migranten Entscheidungsspielräume besitzen – womit erzwungene Wanderungen bzw. Sesshaftigkeit nicht erfasst werden.

In der *makrotheoretischen Wanderungsforschung* sind Wanderungen in erster Linie Folge ökonomischer Disparitäten zwischen Regionen, so etwa bei Arbeitsmarkt und Einkommen. Dahinter steht die Überlegung, dass Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt das Lohnniveau bestimmen und Wanderungen die Reaktion auf regional unterschiedliche Lohnniveaus oder eine unterschiedliche Nachfrage am Arbeitsmarkt sind. Der Vorteil gegenüber mikrotheoretischen Ansätzen ist, dass makrotheoretische Analysen in der Regel die real beobachteten Wanderungsbewegungen zum Untersuchungsgegenstand haben und keine subjektiven Einstellungen bzw. Vorhaben. Auf der anderen Seite sind diese Einstellungen und Einschätzungen oft wanderungsentscheidend und können von einem stark aggregierten Wanderungsmodell auf der Makroebene nicht berücksichtigt werden.

3.2 Mikro- und makrotheoretische Erklärungsansätze

In den neoklassischen mikroökonomischen Modellen (*Massey et al.* 1993) richtet sich der Fokus auf das Individuum, das eine rationale Entscheidung trifft, wobei die Wanderung eine Investition in Humankapital ist, mit der der ökonomische Nutzen des Individuums vergrößert wird (*Humankapitaltheorie*). In *cost-benefit-Modellen* werden Wanderungen als Folge einer Abwägung der erwarteten Kosten und Nutzen für den Migranten aufgefasst. Sie erfolgen nur dann, wenn der Nutzen höher eingeschätzt wird (*Sjaastad* 1962). Das Konzept des *subjektiven Standortnutzens* von *Wolpert* (1965) sieht die Realisierung einer Wanderung nicht nur abhängig von den Ansprüchen und Wünschen des Einzelnen, sondern auch von den Möglichkeiten der Informationsbeschaffung und -verarbeitung in Bezug auf weitere Möglichkeiten, seine Ansprüche zu erfüllen. Der Wohnstandortnutzen (*place utility*) ist die subjektive Attraktivität des Wohnstandorts, die mit denjenigen anderer Regionen verglichen wird. Ein wichtiger Aspekt vor dem Hintergrund sich wandelnder Lebensformen ist auch die Berücksichtigung der Partnerstrukturen (wenn vorhanden) in einem Haushalt und ihr Einfluss auf die Wanderungsentscheidung. Gerade bei gut ausgebildeten Paaren wird eine berufliche (und räumliche) Veränderung oft nicht allein, sondern in Abstimmung mit dem Partner getroffen, zumal wenn dieser ebenfalls berufstätig ist. Nicht zuletzt aufgrund der schwierigen Datenerfassung ist der Forschungsbedarf beim Zusammenhang von Wanderungen und Haushaltsveränderungen noch groß (*Grundy* 1992).

In den *(neo-)klassischen Makro-Modellen* verlaufen Wanderungen von Regionen mit hoher zu niedriger Arbeitslosigkeit, denn die Fortziehenden werden versuchen, ihr Einkommen zu verbessern bzw. einen Arbeitsplatz zu finden. Sie tendieren dazu, Disparitäten auszugleichen – ähnlich den Modellen in der Ökonomie (*Rosenfeld/Kronthaler/Kawka* 2004: 57ff). Die Bevölkerung folgt der räumlichen Wirtschaftsentwicklung (s.u.).[58] Dies geschieht allerdings unter bestimmten Prämissen wie einer uneingeschränkten Mobilität und dem Zugang zu Informationen. Ein weit verbreitetes Beispiel dieses Ansatzes stammt von *Harris/Todaro* (1970). Wanderungen werden hier von regionalen Disparitäten am Arbeitsmarkt gesteuert, indem in die Region mit höherer Nachfrage nach Arbeitskräften und höheren Löhnen gewandert wird. In späteren Ansätzen wurden die Annahmen abgeschwächt (*post-neoklassische Theorien*). Ursache der Wanderungen ist aber immer das Un-

[58] Dies steht im Widerspruch zur These, wonach die Wirtschaft den Arbeitskräften folgt (z.B. Auslagerung von Fertigungsstätten in periphere Gebiete, weil dort Lohnkosten geringer sind).

gleichgewicht zwischen Arbeitskräftebedarf und -nachfrage einer Region. Liegt die Nachfrage über dem Angebot, erzeugt dies einen Abwanderungsdruck und umgekehrt. Ein anderer Ansatz besagt, dass Zuwanderung in der Zielregion zu einem Anstieg des Wirtschaftswachstums führt. Arbeitskräfte werden als das am Ort vorhandene Humankapital erkannt. Das führt längerfristig zu einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung, und höhere Löhne ziehen wieder zusätzliche Migranten an. Eine weitere Folge ist, dass Regionen mit einem hohen Bildungsniveau in der Regel attraktiver sind (*Akkumulierung von Humankapital*). Dies veranlasste *Greenwood* (1975) zu dem Schluss, dass Wanderungen nicht Disparitäten verringern, sondern eher vergrößern. Dem klassischen Ansatz (Ausgleich von Disparitäten) stehen damit die *neueren Wachstumstheorien* gegenüber, die davon ausgehen, dass Regionen mit einer unterschiedlichen Kapitalausstattung verschieden schnell wachsen und keiner Konvergenz entgegenstreben (*Rosenfeld/Kronthaler/Kawka* 2004: 61f). Dadurch manifestieren sich regionale Disparitäten und können durch die Mobilität des Humankapitals verstärkt werden, wenn ein nennenswerter *brain drain* in Richtung der wachstumsstärkeren Region besteht (der sich durch die Rückwanderung ehemaliger Auswanderer u.U. zu einem *brain gain* wandeln kann). Der Ansatz der *New Economic Geography* geht schließlich ebenfalls von Disparitäten aus, hält aber eine Konvergenz unter bestimmten, eng gefassten Bedingungen für möglich (*Krugman* 1991).

Eine wesentliche Motivation großräumiger Binnenwanderungen sind also Differenzen am Arbeitsmarkt und in den (ökonomischen) Lebensbedingungen. Die altersselektiven Muster werden hiervon entscheidend geprägt, weil der Hauptteil der ökonomisch motivierten Wanderungen von jüngeren Altersgruppen getragen wird. Die erläuterten klassisch-ökonomischen Ansätze betonen, dass Wanderungen meist in Regionen mit einer höheren Arbeitskräftenachfrage führen (*job-vacancy*-Ansatz). Allerdings bedeutet dies nicht notwendigerweise, dass Wanderungen mit der Arbeitslosenquote ansteigen (*Bucher/Schlömer* 2001; zur gegensätzlichen Position vgl. *Hunt* 2000). Je schlechter die Aussicht, eine neue/bessere Arbeitsstelle zu finden, desto eher wird eine Abwanderung realisiert – allerdings mehr von Personen, die eine Chance auf einen (besseren) Arbeitsplatz in der Zielregion haben. Auch *Büchel/Schwarze* (1994) betonten anhand des Beispiels der Ost-West-Wanderungen in Deutschland den Unterschied in den erzielbaren Lohneinkommen als Einflussgröße. Darüber hinaus sind die Transferzahlungen von West nach Ost ein wichtiger Faktor in diesem Zusammenhang. *Burda/Hunt* (2001) kommen zu dem Schluss, dass die rasche Angleichung der Löhne zwischen Ost- und Westdeutschland ein wesentlicher Faktor dafür war, dass die Abwanderung abflaute bzw. nicht größer wurde.

Eine Erklärung dafür, dass Menschen nicht wandern, obwohl die Verhältnisse am Arbeitsmarkt bzw. das Lohngefälle es eigentlich nahe legen würden, entwickelte *Burda* (1993). Seine Theorie des *option value of waiting* besagt, dass ein Fortzug aufgeschoben wird, obwohl die zu erwartenden Vorteile/Löhne einer Wanderung größer sind als wenn man bleiben würde, die rationalen Gründe dafür also überwiegen. Es wird demnach erst auf weitere Informationen gewartet, die die *Unsicherheit* eines Wegzuges (z.B. über Kosten) eventuell beseitigen. Im Zusammenhang damit erklärt *Hunt* (2000) die abflauende Abwanderung von Ost nach West in den 1990er Jahren unter anderem damit, dass nach den Abwanderungswellen kurz nach der Wende in Ostdeutschland eher Personen zurück geblieben sind mit vergleichsweise hohen „Kosten" eines Fortzuges, die diesen erschweren.

Ein Einflussfaktor für kurzfristige zyklische Schwankungen der Wanderungsintensität ist nach *Hoover/Giarratani* (1985) die regionale Wirtschaftsentwicklung. In der Hochkonjunktur steigt die Zahl der Wanderungen an, in der Rezession geht sie zurück. Analog dazu nahm *Lowry* (1966) an, dass Regionen mit wachsenden Einkommen Wanderungen anziehen. Umgekehrt habe Arbeitslosigkeit einen verstärkenden Effekt auf die Abwanderung, weil die besseren Beschäftigungsaussichten auf die Wanderungsentscheidung wirken (*income-differential-Ansatz*).

Regionale Disparitäten sind auch Grundlage des bekannten *Push-Pull-Modells*, das von attrahierenden Kräften zwischen Regionen ausgeht (*Lee* 1966). Je nach „Kräfteverhältnis" und individueller Bewertung kommt es zu einem Ortswechsel. *Push-Pull-Theorien* gehen davon aus, dass Wanderungen neben der Entfernung von weiteren, in der Hauptsache ökonomischen, Faktoren abhängen. Nach *Lee* wird eine Wanderung nicht deterministisch nur von reellen Faktoren ausgelöst, sondern erst durch die Kombination derselben mit ihrer Wahrnehmung und Bewertung durch den potenziellen Migranten. Die dazwischen liegenden Hindernisse stellen einen Grad der Überwindbarkeit dar, der von Migrant zu Migrant verschieden groß ist. Das Individuum steht allerdings nicht im Zentrum dieser Theorie. Für *Lee* wird das Wanderungsvolumen entscheidend von den unabhängigen Variablen auf der Makroebene beeinflusst.

Stellenweise wurde das ökonomische Hauptwanderungsmotiv (Verbesserung der Einkommenssituation) als zu einseitig in Frage gestellt. Daher hat *O'Rourke* (1972) zwischen *stock* und *flow* unterschieden: die ökonomischen Bedingungen beeinflussen nur die Größe des Potenzials an Migranten (*stock*), das mit dem tatsächlichen Wanderungsstrom (*flow*) nicht identisch ist (*migrant-stock-Hypothese*). Auf der anderen Seite betonen *Kawka/Sturm* (2006) die Bedeutung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Lebenszufriedenheit der Bürger. Selbst Verbesserungen der Wohnbedingungen erbringen keine wesentliche Steigerung der Zufriedenheit, wenn die Verhältnisse am Arbeitsmarkt unbefriedigend sind. Die Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen wirkt aber nicht zuletzt auf die Wanderungsbereitschaft. Dies mag eine Erklärung sein für die anhaltende Abwanderung aus Ostdeutschland trotz der teilweise beachtlichen infrastrukturellen Modernisierung.[59]

Wanderungen können dennoch auch umfassender aufgefasst werden als Ausdruck unterschiedlicher Lebensbedingungen. Noch treffender scheint der Ausdruck *Lebensqualität* zu sein – darunter subsumieren sich sehr heterogene Bereiche wie etwa Wohnungsmarkt, soziale Infrastruktur, Umweltqualität, Arbeitsmarkt, Kinderbetreuung, Einkaufsmöglichkeiten etc.[60] Die Migranten vergleichen die anziehenden und abstoßenden Faktoren der Regionen und realisieren dann ihre Wanderung. Wenn man auf die attraktiven Faktoren einer Wanderung rückschließen und ihr Gewicht bei der Wanderungsentscheidung erfassen kann, lässt sich die relative Anziehungskraft der Region feststellen. Dann untersucht man die makrostrukturellen Determinanten der Wanderungen: Ökonomie, Lebensqualität, Bevölkerungs- und Sozialstruktur, politische Rahmenbedingungen, Wohn- und Bausituation, Infrastruktur, Klima etc. Migration kann so als Reaktion auf die Struktur oder einen Wandel der regionalen Standortgegebenheiten erklärt werden (*Vanderkamp* 1989); Wanderungen und regionale Verhältnisse weisen Wechselwirkungen auf, sie reagieren auf die Standortgegebenheiten, und diese werden wiederum von ihnen beeinflusst.

---

59 Allerdings war der Stellenwert ökonomischer Bedingungen in Ostdeutschland merklich größer als im Westen.

60 *Kawka/Sturm* (2006) weisen auf die unterschiedlichen Erfassungsansätze (subjektivistisch, objektivistisch) hin.

Trotz der oft plausiblen ökonomischen Argumentation stimmen die realen Wanderungsmuster nicht unbedingt mit den Disparitäten-Ansätzen überein, wonach die stärkste Abwanderung von der schwächsten in die stärkste Region führen bzw. Disparitäten entscheidend sein müssten. Es gibt auch Überlagerungen durch den Faktor der *räumlichen Nähe*. Bei Binnenwanderungen kann man auch einen Zusammenhang zwischen Distanz und Wanderungshäufigkeit feststellen: je näher Regionen aneinander liegen, desto höher die Wanderungshäufigkeit. Eher formalistische Ansätze versuchen Binnenwanderungen daher vor allem mit der Entfernung zu erklären (*Gravitationsgesetze*): je näher die Regionen beieinander liegen, desto wahrscheinlicher ist eine Wanderung. Hierfür spricht zwar die Verteilung der Wanderungen nach der Distanz, allerdings ist ein Problem der Distanzmodelle, dass es ihnen an der theoretischen Fundierung mangelt, weil die Entfernung zweier Regionen nicht als alleinige Erklärung dienen kann.

Eine Wanderungsrealisierung hängt auch vom Qualifikationsniveau ab: Personen mit einem höheren Bildungsgrad sind eher bereit bzw. in der Lage umzuziehen, vor allem über größere Distanzen (*Genosko* 1980, *Windzio* 2004), und erlangen höhere Einkommen durch einen Ortswechsel. Je größer also das Ungleichgewicht von Qualifikationsniveau und aktueller Beschäftigung ist, desto eher wird eine Wanderung wahrscheinlich (*Quinn/Rubb* 2005). Ein anderer Blickwinkel ist die Unterteilung von Berufswanderungen in spekulative und vertragsbedingte Berufswanderungen. Während der erste Typ lediglich in der Hoffnung auf eine bessere/neue Stelle erfolgt, wird beim zweiten erst gewandert, wenn ein konkreter neuer Job bereits arrangiert wurde. Dabei konzentriert sich in westlichen Ländern der spekulative Typ eher auf gering qualifizierte Arbeitskräfte, während der Großteil der Fernwanderungen dem zweiten Typ angehört, was nach Ansicht von *Flowerdew* (1992) in der Forschung noch zu wenig beachtet wird.

Neuere Ansätze von Wanderungstheorien betonen ebenfalls außerökonomische Faktoren stärker. Die Theorie der *sozialen Netzwerke* besagt, dass persönliche und verwandtschaftliche Beziehungen im Herkunfts- und Zielgebiet für die Realisierung einer Wanderung entscheidend sind und Wanderungsnetzwerke bilden (*Haug* 2000: 38). Das Konzept des *sozialen Kapitals* betont ebenfalls, dass persönliche Kontakte die Migranten in der Herkunfts- und Zielregion unterstützen und dadurch fehlende materielle Möglichkeiten bzw. anfallende Kosten ausgleichen können – der Migrant zieht aus seinem sozialen Kapital ökonomische Vorteile. *Dienel et al.* (2004: 135) wiesen am Beispiel der Abwanderung aus Sachsen-Anhalt darauf hin, dass vor allem bei jungen Frauen private Gründe, wie der Zuzug zum (Ehe-)Partner und/oder soziale Kontakte in der Zielregion, die wichtigste Rolle spielen.[61] Die Theorie der *Migrationssysteme* (*Massey et al.* 1993: 454) beschreibt die dynamischen Austauschsysteme, die zwischen Herkunfts- und Zielregion bestehen. Der Fokus liegt hier auf der Einbeziehung sowohl des Herkunfts- als auch des Zielgebietes hinsichtlich ihrer Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten und Beziehungen. Der Ansatz integriert zudem das Konzept der sozialen Netzwerke, die hier als Verbindungsstück zwischen den Migranten (Mikroebene) und der strukturellen (Makro-)Ebene fungieren. *Haug* (2000: 159) entwickelte schließlich eine Synthese klassischer und neuerer Ansätze, bei der eine Wanderung als rationale und vom

[61] Auf der anderen Seite ergab eine Studie unter Kunden der Agentur „mv4you", dass bei 97,5 % der Befragten Rückkehrinteressen nach Mecklenburg-Vorpommern bestehen. In fast allen Fällen sind persönliche Gründe ausschlaggebend. Mehr als die Hälfte der Befragten würde für eine Rückkehr sogar Einkommenseinbußen in Kauf nehmen (*Schultz* 2004: 245f). Dennoch ist die Hürde von der Absicht zur Realisierung recht hoch.

monetären Nutzen beeinflusste Entscheidung aufgefasst wird, die von sozialen Netzwerken und dem sozialen Kapital abhängt.

3.3 Erklärungsansätze altersselektiver Wanderungen

Eine wichtige Variable eines Erklärungsansatzes ist die Altersselektivität von Binnenwanderungen. Wie erwähnt konzentrieren sich die meisten Binnenwanderungen auf jüngere Altersgruppen. Danach verringert sich die Wanderungsbereitschaft im Verlauf von Familiengründungen bzw. Haushaltsbildungen. Ereignisse und Änderungen im Lebenslauf haben also entscheidenden Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person ihren Wohnsitz wechselt, weshalb ihre Hintergründe und Bestimmungsfaktoren in eine Wanderungsanalyse einbezogen werden sollten. Zusammen mit der oben angesprochenen sozialen Selektivität von Binnenwanderungen führt die Altersselektivität zu Austauschprozessen in der Herkunfts- und Zielregion.

Eine der ersten Untersuchungen über differentielle Wanderungen stammte von *Bogue/Hagood* (1953, deutsch 1972). Neben der Entwicklung spezieller Methoden zur Untersuchung der Selektivität unterschieden sie bestimmte Wanderungsmotive, differenziert nach Gruppen von Migranten. Sie versuchten zudem, einen theoretischen Ansatz über differentielle Wanderungen zu entwickeln. Eine Selektivität ist dann gegeben, wenn der Anteil von Migranten, die ein bestimmtes Merkmal aufweisen, signifikant höher ist als der Durchschnittswert. Die Autoren erklärten die Selektivität interregionaler Wanderungen als Ergebnis anziehender und abstoßender Determinanten; die Entscheidung für eine Zielregion hängt also immer vom Zusammenspiel beider Komplexe ab. Die Selektivität kann aus dem Blickwinkel entweder der Herkunftsregion (*origin differential*) oder der Zielregion (*destination differential*) betrachtet werden.

Bei Befragungen von Migranten in einer ostbayerischen Region konnte *Genosko* (1980) Regelmäßigkeiten herausarbeiten, die er für die selektiven Wanderungen verallgemeinerte: etwa einen Zusammenhang zwischen Alter, Familienstand und Wanderungshäufigkeit oder Unterschiede nach Bildungsabschlüssen. Es ist dabei schwer, „positive“ oder „negative“ Selektionswirkungen durch Zuwanderung generell herauszuarbeiten, z.B. im Zusammenhang mit dem Innovationspotenzial oder einem wirtschaftlichen Aufschwung. Eine objektive Beurteilung solcher Einflüsse ist mit Schwierigkeiten behaftet und hängt entscheidend von den zu Grunde gelegten Maßstäben und Bewertungen ab – ein Grund mehr, Wanderungen altersspezifisch zu differenzieren, um aus diesem Muster Rückschlüsse auf Effekte ziehen zu können.

Ein Ansatzpunkt für die Erklärung von Binnenwanderungen und ihrer Altersselektivität ist das *Konzept des Lebenszyklus* (*Rossi* 1955, *Kemper* 1987). Der Stellung des Migranten im Lebenszyklus kommt eine entscheidende Rolle bei der Beschreibung und Erklärung altersspezifischer Wanderungen zu. Durch das Konzept des Lebenszyklus werden Altersgruppen abgegrenzt, die nach bestimmten sozioökonomischen Faktoren unterschieden sind. Es beschreibt damit den Einfluss der Lebenssituation auf Wanderungen. Diese wirken sowohl auf intraregionaler als auch auf interregionaler Ebene, allerdings unterschiedlich motiviert. (Großräumige) Binnenwanderungen werden demnach durch eher längerfristige Änderungen im Lebensverlauf ausgelöst und können als Reaktion auf disparitäre Lebensbedingungen verstanden werden, die wiederum von Wanderungen beeinflusst werden können. Man zieht fort, wenn in der Zielregion ein höheres „Befriedigungsniveau“ zu erwarten ist, das abhängig ist

von der Stellung im Lebenszyklus, aber auch von der Bewertung der regionalen Lebensbedingungen nach altersspezifisch unterschiedlichen „Anspruchsniveaus“ (*Bogue/Hagood* 1972). Je nach Ereignis im Lebensverlauf der Person kommt es also zu Wanderungsvorgängen mit einer bestimmten Richtung, Motivation und Wirkung. Ereignisse können eine Heirat, die Geburt des ersten Kindes, der Auszug des ersten oder des letzten Kindes aus der elterlichen Wohnung, eine Scheidung oder ein Todesfall sein. Eine Wanderungsentscheidung kann also durch exogene Faktoren beeinflusst werden, wie die wirtschaftliche Lage oder die Infrastruktur, aber auch durch subjektives Entscheidungsverhalten. Fernwanderungen unterliegen eher längerfristigen Änderungen im Lebensverlauf. Fernwanderungen können daher auch als Chancenwanderungen mit dem Ziel des sozialen Aufstiegs angesehen werden (*Köllmann* 1972).

Auf Bevölkerungsgruppen im Zuge der Diversifikation von Partner- und Ehebeziehungen ist das klassische Konzept nur um den Preis vermehrter Komplexität anwendbar. Außerdem bezieht das Konzept nur freiwillige Wanderungen ein – es gibt jedoch auch Wanderungen, die nicht Resultat freiwilliger Entscheidungsprozesse sind, sondern äußeren Zwängen unterliegen. Trotzdem lässt sich mit *Kemper* (1987: 180) feststellen, dass das Lebenszykluskonzept „(...) eine der Säulen, auf denen die Aussagen über die interregionale Mobilität und die moderne Stadtstruktur beruhen“, und entscheidend für die Erklärung von Wanderungsvorgängen und -motiven ist.

Wanderungsmotive ändern sich also mit dem Erreichen neuer Altersstufen. Dabei kann die Einteilung der Altersgruppen flexibel gehandhabt werden, je nachdem, wie die Frage- und Zielstellung geartet ist. Arbeitsmarktorientierte Wanderungen, also die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz oder besseren Jobangebot, spielen in den jüngeren und mittleren Altersgruppen zwischen 18 und 50 – neben suburbanen Wanderungen – eine vorrangige Rolle, und verlieren mit fortschreitendem Alter wieder an Bedeutung.[62] Für Personen in den mittleren Altersstufen werden Faktoren wie Immobilienpreise und Ansprüche an die Wohnumfeldqualität wichtiger. Entscheidend bei der Unterscheidung und Zuordnung von Wanderungsmotiven ist nicht zuletzt auch die Wanderungsdistanz: innerstädtische und intraregionale Umzüge sind oft auf veränderte Ansprüche an die Wohngröße und -qualität zurückzuführen, was durch das Lebenszyklus-Konzept ebenfalls gut beschrieben wird. Auf der anderen Seite gibt es eine Reihe von Abwanderungsstimuli in der Herkunftsregion, worunter vor allem sozioökonomische Faktoren fallen (Infrastrukturausstattung, Umwelt, naturräumliche Ausstattung, soziales Umfeld, Wohnungsmarkt). Solche *push-Faktoren* können die Zufriedenheit und Mobilitätsbereitschaft der potenziellen Abwanderer entscheidend beeinflussen und letztendlich ausschlaggebend für eine Wanderung sein. An dieser Stelle sollte jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass auch politische Maßnahmen Wanderungsentscheidungen durchaus beeinflussen können. Zu denken ist beispielsweise an die aktuelle Einführung von Studiengebühren für Erstsemester in mehreren Bundesländern. Inwieweit dies auf die Austauschbeziehungen bei jüngeren Personen zwischen den Ländern wirkt, muss abgewartet werden. Genauso sind Auswirkungen im Bereich der Arbeitslosen denkbar, die durch restriktivere Arbeitsmarktmaßnahmen dazu aufgefordert werden könnten, für eine neue Stelle ihren Wohnsitz zu wechseln.

---

62 Zumindest derzeit – dies mag sich mit einem höheren Renteneintrittsalter ändern, ist aber noch nicht abschätzbar.

Gatzweiler (1975) entwickelte ein wahrscheinlichkeitstheoretisches Modell, in dem er die Gesamtbevölkerung in vier Altersgruppen aufgliederte, unter der Annahme, dass das altersgruppenspezifische Wanderungsverhalten von ähnlichen Faktoren und Zwängen beeinflusst wird. Er integrierte weiche Standortfaktoren wie etwa die soziale Infrastruktur, weil diese die herrschenden Standortbedingungen gut erklären. Grundlage des Modells sind regionale Ungleichheiten und qualitativ unterschiedliche Lebensbedingungen, die mit Wanderungen quasi ausgeglichen werden. *Gatzweiler* sieht die interregionalen Wanderungen als Folge des Anpassungswunsches an befriedigende Lebensbedingungen des Einzelnen, woran sich die Auswahl des Zielgebietes orientiert. Eine interregionale Wanderung vollzieht sich in mehreren Schritten: die Suche nach einem neuen Wohnstandort erfolgt zunächst in der eigenen, vertrauten Region. Wenn dann das Befriedigungsniveau erreicht wird, zieht man innerhalb dieser Region um. Tritt die Entscheidungseinheit in eine neue Lebensphase oder kann das Befriedigungsniveau nicht erreicht werden, wird weiter gewandert bzw. nach einer entfernter liegenden Region gesucht. Die Wanderungen sind damit abhängig von der Stellung im Lebenszyklus, d.h. dem Alter, und variieren in ihrer Ausprägung und subjektiven Motivation. Als Ergebnis stellt *Gatzweiler* fest, dass die Selektivität interregionaler Wanderungen nicht nur ökonomisch interpretiert werden sollte. Entscheidende Faktoren sind auch die regionalen Lebensbedingungen, die verschieden wahrgenommen werden und daher individuell und altersspezifisch unterschiedlich die Wanderungsmotivation beeinflussen.

Der Erklärungsansatz von *Mai* (2004) bezieht sich explizit auf die innerdeutschen Ost-West-Wanderungsmuster. Er nimmt an, dass die Ost-West-Wanderungen im Rahmen des Lebenszyklus und der funktionalen Gruppen primär strukturell begründet sind. Es wird interregional gewandert, wenn in der Zielregion ein höheres Befriedigungsniveau zu erwarten ist, das abhängig ist von der Stellung im Lebenszyklus, aber auch den unterschiedlichen Bewertungen regionaler Lebensbedingungen nach den Anspruchsniveaus. Durch den altersselektiven Ansatz wurden funktionale Wanderungsgruppen getrennt analysiert, von denen angenommen werden kann, dass sie relativ homogene Wanderungsmuster aufweisen und ihre individuellen Bewertungen und Motivationen durch die Stellung im Lebenszyklus abgebildet werden. Vor allem bei den jüngeren und mittleren Altersgruppen werden Wanderungen in erster Linie von Arbeitsmarktdisparitäten und den Aussichten auf einen (oder dem Erwerb eines) Arbeitsplatzes determiniert. Ebenso entscheidend sind Lohn- und Einkommensdisparitäten zwischen den Regionen. Eine Wanderung kann also erfolgen, wenn sozioökonomische Disparitäten vorherrschen und wahrgenommen werden, wobei die Wahrscheinlichkeit mit dem Gefälle steigt. Wenn es zu konjunkturellen Schwankungen oder einem Aufschwung in einer potenziellen Zielregion kommt, ist anzunehmen, dass die Wanderungswahrscheinlichkeit steigt. Daneben spielen außerökonomische Determinanten, die bereits genannt wurden, mit dem Alter zunehmend eine Rolle.

Die Schilderung des Konzepts selektiver Wanderungen unterstreicht, dass es ein unverzichtbares Instrument der Wanderungs- und Regionalforschung ist. Mit seiner Hilfe lassen sich Wanderungen unterschiedlich typisieren, und es kann auf ihre Motivationsmuster geschlossen werden. Vor allem lassen sich die Folgen im Hinblick auf regionale Disparitäten zwischen Herkunfts- und Zielgebiet abschätzen. Umgekehrt bietet eine Herleitung der Determinanten der selektiven Wanderungsbewegungen wertvolle Aufschlüsse über die strukturellen Gegebenheiten in einer Region – also die Lebensbedingungen, die zu einem spezifischen Wanderungsmuster führen. Analysen der differentiellen Migration sind damit ein wichtiges Hilfsmittel der Regionalanalyse.

4 Fernwanderungen zwischen den Bundesländern seit 1950

Im Folgenden werden Fernwanderungen zwischen den Bundesländern in einem Überblick von 1950 bis 2004 analysiert, bevor in Kapitel 5 detaillierter auf die Ost-West-Wanderungen seit 1991 eingegangen wird. Ausgangspunkt der Analyse ist zunächst der Verlauf der Binnenmobilität, also die Entwicklung der Wanderungsintensität (Wanderungsfälle je Einwohner). Die Wanderungshäufigkeit, also die Mobilität, war in früheren Zeiten deutlich höher als heute (vgl. Kapitel 2). Dies gilt nicht nur für die Nachkriegszeit nach 1945, sondern und vor allem für die Hochindustrialisierungsphase. Hier wurden Mobilitätsziffern erreicht, die um ein Vielfaches über den heutigen liegen (*Kuls/Kemper* 2000). Im Hinblick auf die heutzutage propagierte „mobile Gesellschaft" und die zur Verfügung stehenden Verkehrsmittel/Mobilitätsmöglichkeiten ist dies ein beachtenswerter Aspekt. Deutlich zugenommen haben allerdings die durchschnittliche Distanz der Wegentfernungen sowie das Pendeln als (zumindest zeitweiliger) Ersatz für permanente Wohnsitzverlagerungen.[63]

Die Mobilität zwischen den Bundesländern hat seit 1950 kurzzeitig zu-, dann merklich abgenommen (Abb. 2). Der Höhepunkt wurde Ende der 1950er Jahre erreicht, vor allem aufgrund vieler DDR-Flüchtlinge vor dem Mauerbau, die von West-Berlin aus weiterzogen. Die Mobilität schwankte anschließend und lag Anfang der 1970er Jahre fast auf dem Ausgangssniveau. Die hohe Mobilität in den Jahren 1966 und 1971 bzw. die niedrige im Jahr 1963 und 1967 sieht *Birg* (1983) als Hinweis auf die Abhängigkeit großräumiger Wanderungen von Konjunkturzyklen. In Wachstumszeiten steigt ihr Volumen in der Regel an, was vor allem zu Zeiten der Industrialisierung zu beobachten war. In den 1970er Jahren nahm die Mobilität allerdings ab und verharrte vor allem in den 1980er Jahren auf einem niedrigen Niveau. Der Abfall könnte nicht nur konjunkturelle Ursachen gehabt zu haben: *Birg* (1983) sieht einen weiteren Grund in der gestiegenen Erwerbstätigkeit der verheirateten Frauen. Je stärker sie im Erwerbsleben gebunden sind, desto schwieriger ist ein Umzug über größere Distanzen – denn damit ist in aller Regel auch ein Arbeitsplatzwechsel für beide Partner verbunden. In den 1990ern nahm die Mobilität wieder zu, erreichte aber lediglich das Niveau der 1970er Jahre. Seit Ende der 1990er Jahre ist ein geringer Anstieg zu beobachten, der sich 2003 aber erneut umgekehrt hat.

Abbildung 3 zeigt die Wanderungsverflechtungen zwischen den in Teil A vorgestellten „Ländergruppen":

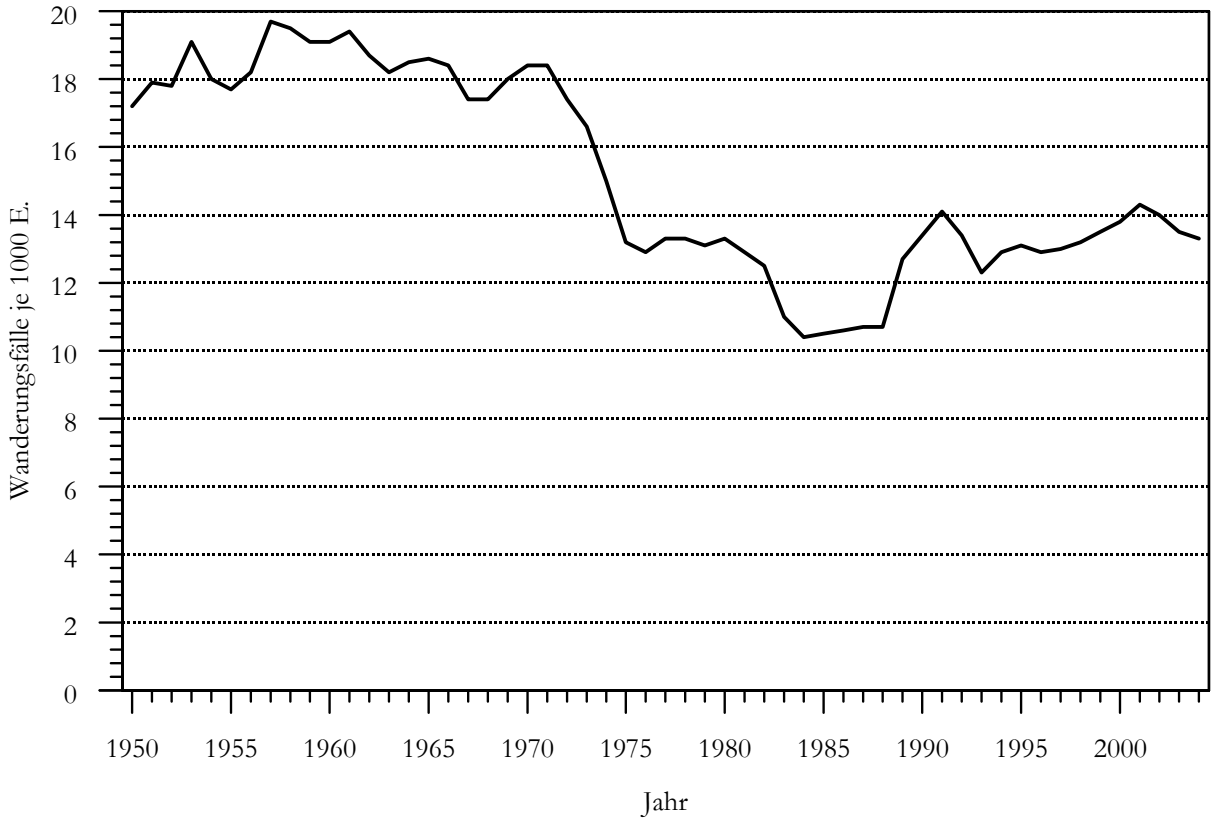
- *Nord*: Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen;
- *Mitte*: Nordrhein-Westfalen, Hessen, Saarland, Rheinland-Pfalz;
- *Süd*: Baden-Württemberg, Bayern;
- *Ost*: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, Berlin.

Die Zahlen geben den absoluten Saldo, also die Differenz der Binnenzuzüge und -fortzüge, mit der jeweiligen Ländergruppe an. Das Vorzeichen bezieht sich stets auf die erstgenannte Gruppe.

---

63 Wenn man Mobilität im Sinne der Verkehrswissenschaft umfassender und als sämtliche Ortsveränderungen versteht (auch temporäre wie etwa Fußwege), dann lässt sich eine längerfristige Konstanz feststellen: so war das „spezifische Verkehrsaufkommen" mit 3 bis 3,5 Wegen pro Person und Tag in Westdeutschland in den letzten Jahrzehnten weitgehend stabil, in Ostdeutschland nach einem Anstieg nach der Wende und einer Angleichung an West ebenfalls (*Ahrens/Ließke/Pitrone* 2005).

Abb. 2: Mobilitätsrate Deutschlands[1] zwischen 1950 bis 2004 (Wanderungsfälle über die Ländergrenzen)



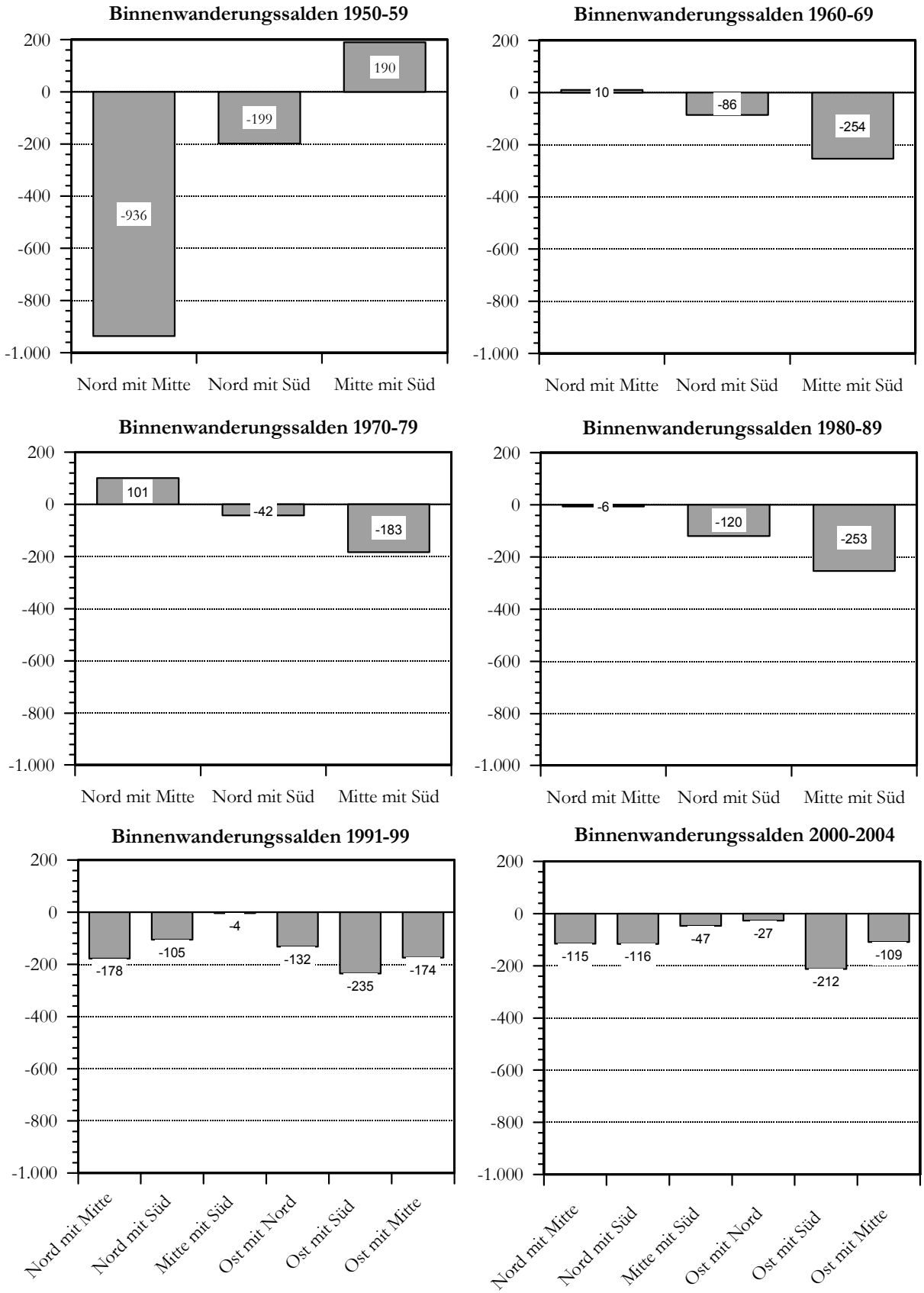
[1] Bis 1955 Westdeutschland ohne West-Berlin, bis 1989 nur Westdeutschland, ab 1991 Ost- und Westdeutschland
Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BBR; Bearbeitung: R. Mai

In den *1950er* Jahren waren Binnensalden und Mobilität am größten. Die Binnenwanderungen waren noch stark von den Kriegsfolgen gezeichnet. Vor allem aus Norddeutschland zogen viele Flüchtlinge, aber auch Arbeiter fort, insbesondere ins Ruhrgebiet (Saldo mit *Mitte*: -936 Tausend) und auch ins wirtschaftlich schnell wachsende Süddeutschland (Saldo: -199 Tausend). Die Wiederaufnahme der industriellen Produktion und der wirtschaftliche Aufschwung führten aber vor allem zu einer Umverteilung nach *Mitte*, auch mit Süddeutschland war der Saldo positiv (+190 Tausend).

In den *1960er* Jahren schwächten sich die Wanderungssalden ab, die Binnenmobilität sank insgesamt aber nur wenig. Die Wanderungsströme wurden also ausgeglichener. Die Nachkriegsfolgen bestimmten nicht mehr das Bild, und es entwickelte sich eine Tendenz der Nord-Süd-Verlagerung der Bevölkerung. Dies war vor allem Folge der angesprochenen Wirtschaftsentwicklung in Süddeutschland.[64] Konsequenterweise wies jetzt der Süden mit den übrigen Ländergruppen einen positiven Saldo auf (+86 mit *Nord* bzw. +254 Tausend mit *Mitte*).

[64] Nach dem Zweiten Weltkrieg zogen bedeutende Unternehmen vor allem aus der ehemaligen DDR in den Süden. Ausschlaggebende Gründe waren aber auch die im Vergleich etwa zum Ruhrgebiet noch günstigen Standortbedingungen, sowohl räumlich (neue geopolitische Lage, Flächenangebot, Umwelt), ökonomisch (Lohnniveau, wenig oder fehlende Konkurrenz, qualifizierte Fachkräfte), als auch gesellschaftlich (Handwerkstradition im Nebenerwerb, pietistischer Arbeitsethos, zahlreiche zugezogene Flüchtlinge aus den Ostprovinzen) (*Plahuta/Halder* 2006). Zusätzlich entwickelten sich Cluster (z.B. in der Stuttgarter Region) mit wichtigen Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe (vgl. auch Teil A, Kapitel 4).

Abb. 3: Binnenwanderungssalden nach Ländergruppen, 1950 bis 2004 (in 1.000)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BBR; Bearbeitung: R. Mai

In den *1970er* Jahren blieb dieser Trend bestehen, obgleich sich die Zuwanderung nach Süddeutschland in Folge der abflauenden Konjunktur abschwächte (Saldo *Nord* und *Mitte* mit *Süd*: -225 Tausend). Norddeutschland dagegen konnte gegenüber den *Mitte*-Ländern zunehmend Bevölkerung gewinnen, wie auch schon in den 1960ern (+101 Tausend).

In den *1980er* Jahren blieben diese Muster teilweise erhalten, mit einem mittlerweile leichten Zuwanderungsgewinn von *Mitte* mit *Nord* und weiterhin deutlicher Zuwanderung nach Süden aus den beiden anderen Regionen. Die Zuwanderung hatte in diesem Zeitraum wieder etwas zugenommen. Der Trend nach Süden war in der Summe trotzdem etwas stärker als in den 1960er Jahren (Saldo mit *Süd* zusammen: 373 Tausend).

Die *1990er* Jahre waren gekennzeichnet von der Abwanderung aus Ostdeutschland (vgl. Kapitel 5). Diese hatte 1990 bereits einen Höhepunkt mit einer Nettoabwanderung von gut -360 Tausend Personen erreicht (vgl. Kapitel 5.2). Einen Sonderfall stellen seitdem die Wanderungen zwischen Berlin und Brandenburg dar, die in erster Linie von der Nah-Wanderung ins nähere Umland Berlins geprägt sind (Suburbanisierung). Diese überlagert das tatsächliche Ausmaß der Wanderungsströme.[65] Die ostdeutsche Abwanderung ging bis 1996 zwar zurück, der negative Saldo wurde danach allerdings wieder größer. Die Zielgebiete der ostdeutschen Fortzüge lagen vor allem in den beiden südlichen Ländern Deutschlands (Saldo 1991 bis 1999: -235 Tausend), was vorrangig eine Reaktion auf die Verhältnisse am Arbeitsmarkt sein dürfte. Bis Mitte der 1990er Jahre waren eher an Ostdeutschland angrenzende Regionen Ziel der Abwanderung gewesen (*Kemper* 2003). Von *Ost* nach *Mitte* wurden 174 Tausend Fortzüge registriert. Im Westen stieg die Abwanderung von *Nord* nach *Mitte* merklich an (-178 Tausend), während der Wanderungsüberschuss Süd gegenüber *Mitte* fast verschwand. Die *Mitte*-Länder konnten damit eine steigende Zu- bzw. sinkende Abwanderung verzeichnen.

Im *neuen Jahrzehnt* blieben die Binnenwanderungsmuster erhalten, auch wenn die Salden aufgrund des kürzeren Zeitraumes kleiner sind. Umso bemerkenswerter ist, dass die Abwanderung von *Ost* nach *Süd* im Zeitraum von 2000 bis 2004 mit -212 Tausend Personen bereits 79 % des Saldos der Jahre 1991 bis 1999 erreicht hat. Die *Ost*-Abwanderung in die *Mitte*-Länder lag bei -109 Tausend. Etwas abgeschwächt hat sich die Abwanderung von Ost- nach Norddeutschland. Der Hauptteil der Abwanderung insgesamt konzentriert sich auf die Jahre 2000 bis 2002. Inwieweit dies ein Anzeichen für eine Konsolidierung ist, muss abgewartet werden. Im Westen ist die Binnenwanderung wieder angewachsen: Die Abwanderung von *Nord* nach *Süd* hat mit -116 Tausend bereits das Niveau der 1990er Jahre überschritten; von *Nord* nach *Mitte* waren es -115 Tausend.

Die großräumigen Binnenwanderungstrends können damit wie folgt zusammengefasst werden (Tab. 1):

- Die Binnenmobilität war in Deutschland in früheren Jahrzehnten höher als heute. Auch Untersuchungen aus den USA zeigten, dass entgegen landläufiger Annahmen die Mobilität dort längerfristig abgenommen hat und ebenfalls in den 1940er und 1950er Jahren höher war als heute (*Wolf/Longino* 2005).
- Insgesamt hat der Süden seit 1950 gut +1,66 Mio., davon allein 718 Tausend Menschen innerhalb der Jahre 1991 bis 2004, durch Binnenwanderungen hinzugewonnen. Die *Mitte*-Länder konnten während des Untersuchungszeitraumes ein Binnenwanderungsplus von 857 Tausend Menschen

[65] Aufgrund der Einteilung in Ländergruppen wird bei dieser Darstellung Berlin zu Ostdeutschland gezählt.

verbuchen. Der Norden und Osten waren dagegen per Saldo Abwanderungsregionen. Allerdings zogen nicht nur aus den neuen Bundesländern viele Menschen in den Süden Deutschlands, sondern auch aus *Mitte/Nord*. Eine bloße Reduzierung der Binnenwanderungen auf die „Abwanderung Ost" erscheint also, zumindest in absoluten Zahlen gesehen, nicht angebracht. Auch in Westdeutschland fanden und finden ausgeprägte Austauschprozesse statt. Allerdings sind dort die Wanderungsverflechtungen weniger einseitig.

- In *Westdeutschland* erfolgte vor allem seit den 1960er Jahren eine Verlagerung der Bevölkerung von *Nord/Mitte* nach *Süd*, mit einer stärkeren Abwanderung aus Norddeutschland (1991 bis 2004: insgesamt 271 Tausend davon 221 aus *Nord*). Die Gründe lagen vor allem in der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der oft im Süden liegenden Dienstleistungszentren. Aber auch die Ausbildungssituation (vor allem Universitäten) und die Attraktivität für ältere Menschen (ruhesitzorientiert) einiger süddeutscher Regionen spielten eine Rolle *(Birg et al.* 1998). Zudem lässt sich eine Abwanderung von *Nord* nach *Mitte* (1991 bis 2004: -294 Tausend) und in den 1960er und 1970er Jahren eine Abwanderung von *Mitte* nach *Nord* feststellen.
- In *Ostdeutschland* vollzog sich, allerdings mit jährlichen Schwankungen, eine hohe Abwanderung in das frühere Bundesgebiet, die vor allem in den letzten Jahren stark nach *Süd* gerichtet war (1991 bis 2004 insgesamt: -887 Tausend, davon 447 Tausend in den Süden. Zählt man den Wert von 1990 hinzu, ergibt sich 1990 bis 2004 ein Gesamtsaldo von -1,25 Millionen).

Tab. 1: Binnenwanderungssalden nach Ländergruppen, 1950 bis 2004 (in 1.000)

Ländergruppe		Insgesamt	*Davon: mit Süd*	*Davon: mit Mitte*	*Davon: mit Nord*	*Davon: mit Ost*
Süd	1950-1989	947,0		500,4	446,5	
	1991-2004	718,4		50,4	221,1	446,9
	Insgesamt	1.665,3		550,8	667,7	446,9
Mitte	1950-1989	331,4	-500,4		831,8	
	1991-2004	525,5	-50,4		293,8	282,1
	Insgesamt	856,9	-550,8		1.125,6	282,1
Nord	1950-1989	-1.278,3	-446,5	-831,8		
	1991-2004	-356,7	-221,1	-293,8		158,2
	Insgesamt	-1.635,1	-667,7	-1.125,6		158,2
Ost	1991-2004	-887,2	-446,9	-282,1	-158,2	

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, BBR; Bearbeitung: R. Mai

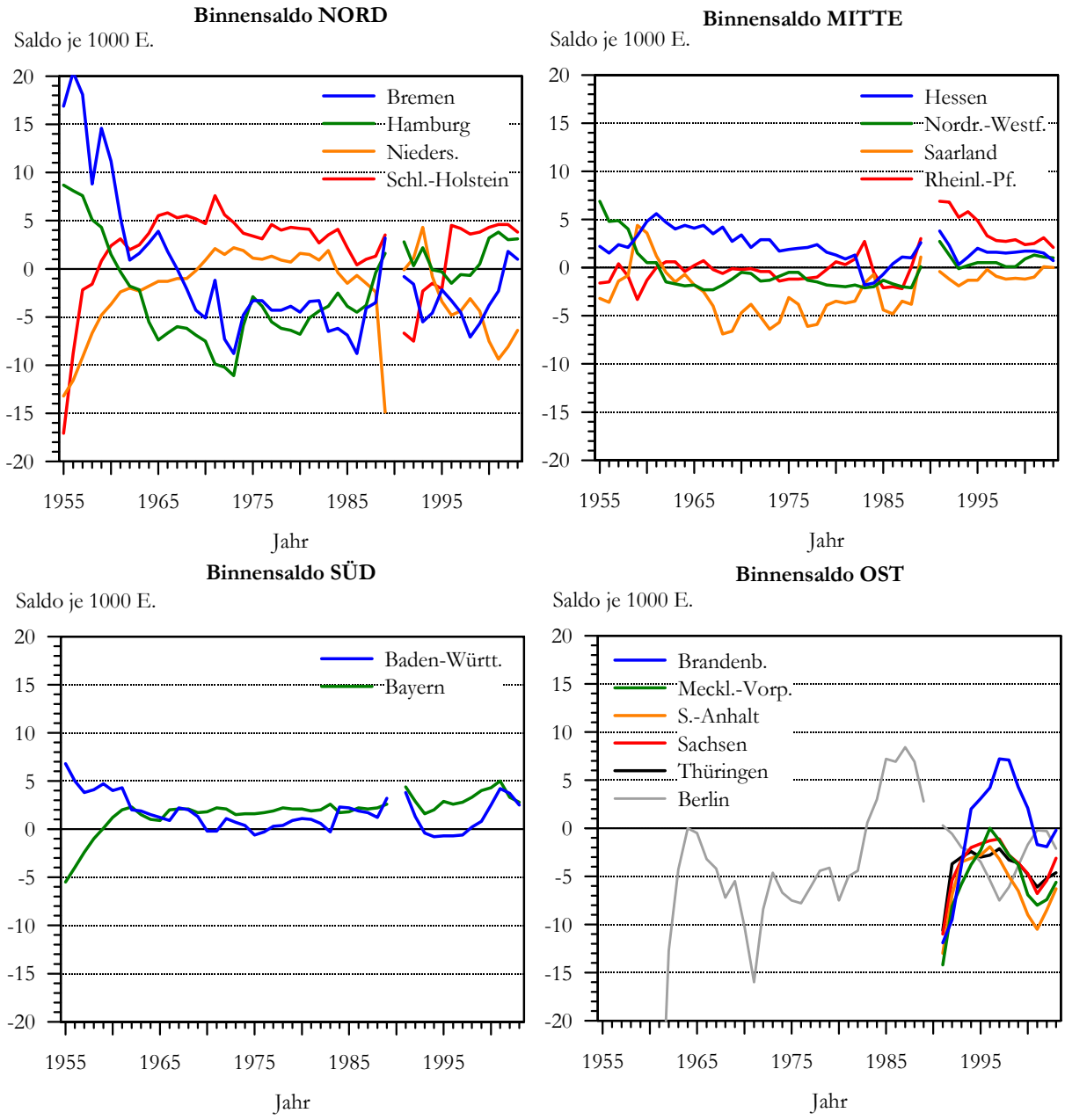
Diese Salden geben zwar einen Eindruck des absoluten Ausmaßes der Wanderungsströme, sagen aber nichts aus über die Wanderungsintensität in den Ländern. Abbildung 4 zeigt daher die Binnenwanderungssalden der Länder, bezogen auf 1.000 Einwohner (*Saldorate*). Um die Nachkriegseinflüsse auszublenden, beginnt die Darstellung im Jahr 1955. Es zeigt sich auch hier, dass die Binnenwanderungsintensität vor allem bis Anfang der 1970er Jahre am höchsten war. Insgesamt bewegten sich die Saldoraten der Länder in den letzten Jahren zwischen +10 und -10 Personen je 1.000 Einwohner, während sie in den 1950ern noch teilweise zwischen +20 und -20 schwankten.

Die Abwanderung aus den neuen Bundesländern ist relativ gesehen kein Sonderfall, wenn man die Länder vergleicht; eher ist ihre langjährige Konstanz und Selektivität (vgl. oben) bedenklich. Allerdings gehören die westdeutschen Länder mit einer einst hohen Abwanderung zumeist Sondertypen an (Überlagerung durch hohe Außenzuwanderung bzw. Fortzüge von Aussiedlern, Umlandwanderungen bei den Stadtstaaten). Gemessen an den übrigen Flächenstaaten ist die Abwan-

derung in Ostdeutschland per Saldo in der Tat überdurchschnittlich.[66] Brandenburg konnte allerdings aufgrund des Umlandzuzugs aus Berlin zumeist Zuwanderung verbuchen. Die Verläufe für die ostdeutschen Länder zeigen aber auch, dass sich die (Ab-)Wanderungsintensität in den letzten zwei Jahren etwas abgeschwächt hat.

Die meisten westdeutschen Flächenstaaten wiesen in den letzten Jahren eine moderate Zu- oder Abwanderung auf. Altindustrialisierte Länder wie das Saarland oder Nordrhein-Westfalen verloren in der Vergangenheit überwiegend Bevölkerung durch Abwanderung, Länder wie Hessen, Bayern oder Baden-Württemberg gewannen hinzu. *Birg* (1983) sieht hier die Gefahr, dass die Konjunkturabhängigkeit der Wanderungen zu stabilen Ab- und Zuwanderungsgebieten führt.

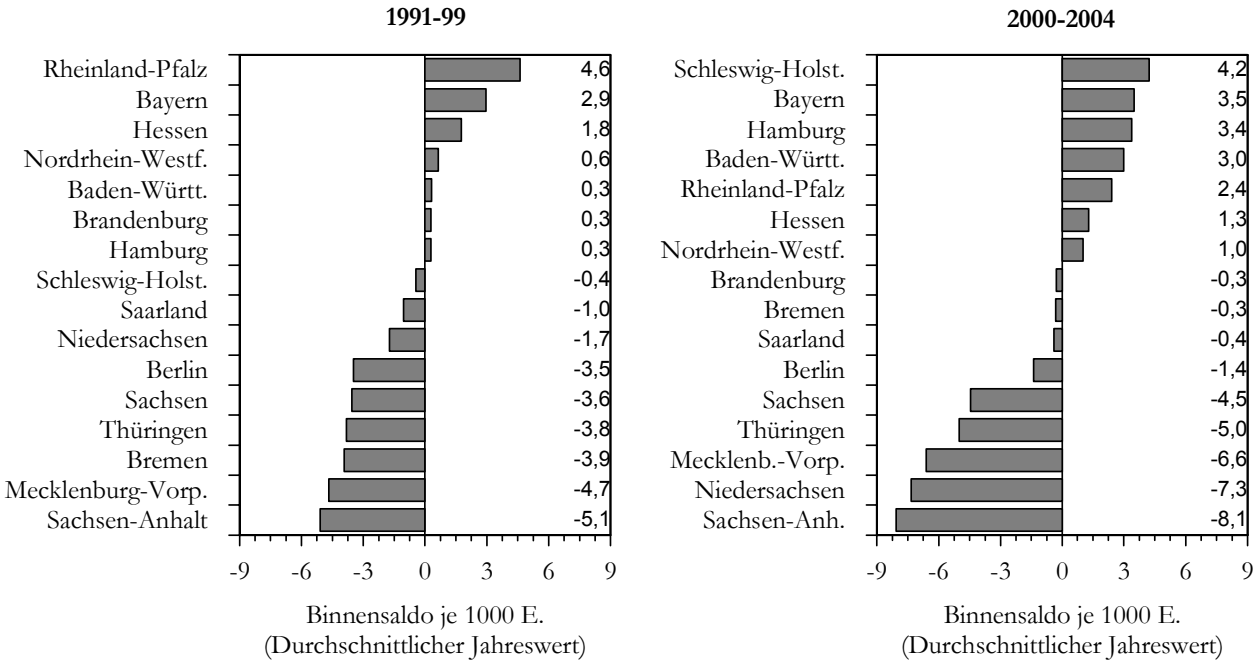
Abb. 4: Binnenwanderungssalden der Länder, 1955 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, BBR; Bearbeitung: R. Mai

[66] Allerdings ist dies nicht unbedingt Folge einer hohen Abwanderungsrate in den Regionen, sondern eher Konsequenz zu geringer Zuzüge, die dies kompensieren könnten (s.u.).

Abb. 5: Binnenwanderungssalden der Länder, 1991 bis 1999 und 2000 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

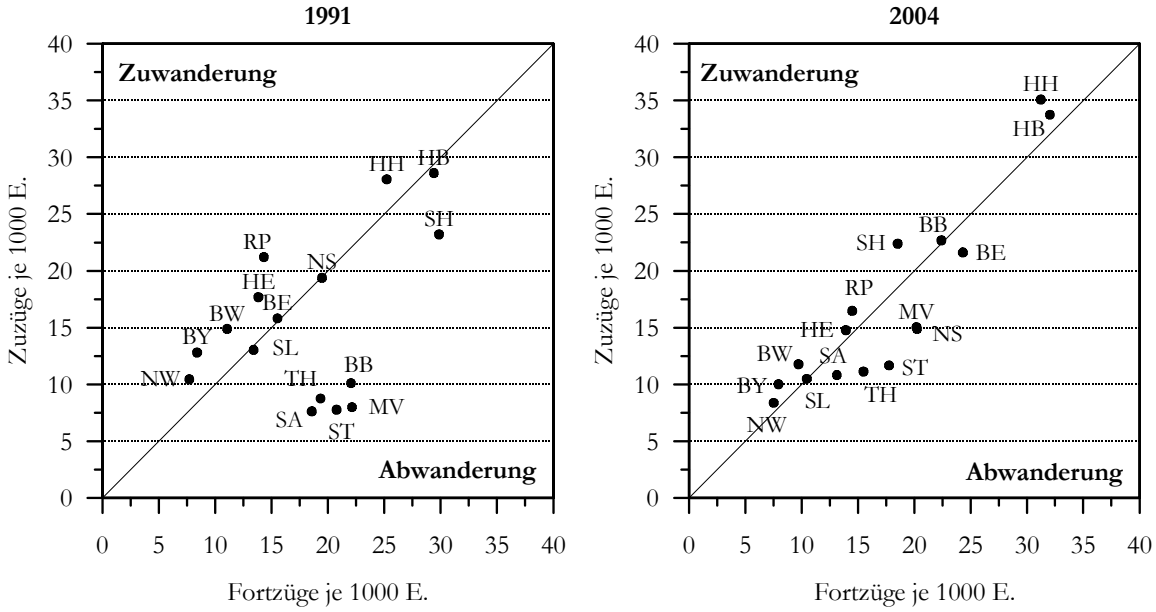
Die Rangfolge der Länder bei der Zuwanderung hat sich im Laufe der Zeit deutlich geändert (Abb. 5). Zu Beginn standen die erwähnten Nachkriegseinflüsse im Vordergrund. Bis zur Wiedervereinigung verloren vor allem die westdeutschen Stadtstaaten, das Saarland und Nordrhein-Westfalen Einwohner, während vor allem Schleswig-Holstein, Bayern und Hessen zu den Gewinnern zählten. Sowohl die Gewinne als auch die Verluste schwächten sich aber mit den Jahren ab. In den 1990er Jahren verzeichneten vor allem die ostdeutschen Länder starke Abwanderungen, ebenso die Stadtstaaten wie Bremen oder Berlin. Sieht man hiervon und vom Sonderfall Niedersachsen mit der Aufnahmeeinrichtung Friedland sowie dem Saarland ab, so weisen die westdeutschen Länder seit 1991 Binnenwanderungsgewinne, die ostdeutschen Länder mit Ausnahme Brandenburgs Binnenwanderungsverluste auf. An der Reihenfolge der Länder hat sich im Vergleich der beiden Zeiträume nichts Grundsätzliches geändert. Sachsen-Anhalt war seit 1991 das Land mit der relativ stärksten Abwanderung, wobei in den 2000er Jahren der relative Wert sogar höher war. In Niedersachsen stieg die Abwanderung merklich an, und Brandenburg wies in der zweiten Phase eine leichte Binnenabwanderung auf. An der Spitze änderte sich während der beiden Untersuchungszeiträume wenig. Am bemerkenswertesten ist jedoch der Aufstieg Schleswig-Holsteins von einer leichten Abwanderung in den 1990ern (-0,4 Personen je 1.000 Einwohner) zu einer Zuwanderung und somit auf den ersten Platz in den Jahren 2000 bis 2004 (4,2 Personen je 1.000 Einwohner).[67]

Vergleicht man das Anfangs- und das Endjahr unseres Untersuchungszeitraumes, 1991 und 2004, hinsichtlich der Streuung von Zu- und Abwanderung, so zeigt sich zum einen, dass die Wanderungsintensität abgenommen hat, die Länder näherten sich bis 2004 stärker einem ausgeglichenen Saldo an (Abb. 6). Im Jahr 1991 ließen sich dagegen noch deutliche Gruppen unterscheiden: Ostdeutschland, Stadtstaaten, Flächenländer im Westen. 2004 war diese Unterscheidung nicht mehr möglich, da sich die Länder einander annäherten, die Variabilität nahm also ab. Nur die

[67] Dies dürfte vor allem eine Folge der Suburbanisierung aus Hamburg sein.

beiden Stadtstaaten im Norden wiesen eine weit überdurchschnittliche Zu- und Abwanderung auf, gefolgt von Berlin und Brandenburg.

Abb. 6: Streuung der Zu- und Fortzüge nach Ländern, 1991 und 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

Zusammenfassend waren die vergangenen Haupttrends der deutschen Binnenwanderungen eine *Nord-Süd-* und *Ost-West-Verlagerung* der Bevölkerung. Im Westen hat sich die Binnenwanderung seit einigen Jahren auf einem niedrigeren Niveau konsolidiert, demgegenüber hält im Osten die Abwanderung weiter an, allerdings hat sie sich in den letzten beiden Untersuchungsjahren abgeschwächt. Negativ wirken hier die (Alters- und Geschlechts-)Selektivität und langjährige Konstanz, dazu kommen zu geringe Zuzüge, um die Binnenwanderungsverluste auszugleichen. Im Westen sind die südlichen Länder seit Jahrzehnten eindeutig Zuzugsgebiet sowohl aus West-, als auch Ostdeutschland. Alles in allem fand seit den 1950er Jahren in Deutschland ein reges Binnenwanderungsgeschehen statt, das in erster Linie von der Entwicklung der regionalen Arbeits-, Bildungs- und Wohnungsmärkte angetrieben wurde, die die Wanderungsentscheidung der Bevölkerung beeinflussten. Die Mobilität und Wanderungsgewinne waren in früheren Jahrzehnten teilweise höher, was die heutige Situation zumindest quantitativ relativiert. Eine regionale Umverteilung durch Binnenwanderungen ist schon immer Bestandteil der bundesdeutschen Bevölkerungsentwicklung gewesen und hat maßgeblich, allerdings regional unterschiedlich, die demographische Dynamik beeinflusst.

An dieser Stelle kann nicht näher auf die Verflechtungsstrukturen der Bundesländer eingegangen werden. *Birg* (1983) zeigte in einer älteren Studie, dass jedes Bundesland einzelne Austauschpartner hat, mit denen es den überwiegenden Teil seiner Wanderungen bestreitet. Allerdings können sich ökonomische Verflechtungen auch längerfristig ändern, und hinzu kommen Wohnumfeldwanderungen, die zumindest nicht auf der Basis monetärer Größen stattfinden.

Es ist abschließend zu betonen, dass die (großräumigen) Binnenwanderungen in Deutschland seit einigen Jahren stark von zwei Trends überlagert werden: zum einen durch den Zuzug von Spätaussiedlern in entsprechende Aufnahmeeinrichtungen, von denen heute nur noch Friedland in Niedersachsen eine Rolle spielt. Vor allem zu Beginn der 1990er Jahre haben diese Wanderungs-

bewegungen das Binnenwanderungsgeschehen stark beeinflusst, in den letzten Jahren schwächte sich die Zuwanderung zunehmend ab. Grundsätzlich dasselbe, jedoch auf geringerem Niveau, gilt für die Aufnahme von Asylbewerbern. Die räumliche Verteilung und das Umzugsverhalten der ausländischen Bevölkerung bzw. von Personen mit Migrationshintergrund ist ein interessanter Aspekt, dem noch wenig Aufmerksamkeit in der Demographie gewidmet wurde, was nicht zuletzt der schlechten Datenlage geschuldet ist. Letztendlich berührt dies die Schnittstelle zwischen Binnen- und Außenwanderungen und verweist auf die bisweilen starken Interdependenzen, die zwischen beiden bestehen. An dieser Stelle kann jedoch nicht näher darauf eingegangen werden.

Der zweite, noch sehr viel stärker dominierende Trend aber waren und sind die Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland, auf die daher im Folgenden näher Bezug genommen wird.

5 Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland

5.1 Sonderfall Berlin

Bevor die Wanderungsbewegungen zwischen Ost- und Westdeutschland näher betrachtet werden, muss definiert sein, aus welchen Gebietseinheiten die beiden Landesteile bestehen. Diese offenkundig leichte Frage birgt Fallstricke. Das Hauptproblem ist die ab dem Jahr 2001 in der amtlichen Statistik weitgehend aufgegebene getrennte Ausweisung von Ost- und Westberliner Zahlen, so dass seitdem nicht mehr exakt zwischen Ost- und Westdeutschland nach altem Muster unterschieden werden kann. Prinzipiell hat man vier Varianten, wie eine Ost-West-Analyse der Wanderungen dennoch durchgeführt werden könnte:

- Berlin wird zu Westdeutschland gezählt;
- man zählt Berlin zu Ostdeutschland;
- man schließt Berlin aus der Analyse aus.

Für jede dieser drei Varianten sprechen plausible Gründe. Ein zentraler Störfaktor sind allerdings die Wanderungen zwischen Berlin und seinem Umland Brandenburg. Dies sind eher kleinräumige Umlandwanderungen, die mit den Ost-West-Wanderungen wenig gemein haben und diese Zahlen in der Vergangenheit überlagert haben. Daher wäre eine weitere Möglichkeit:

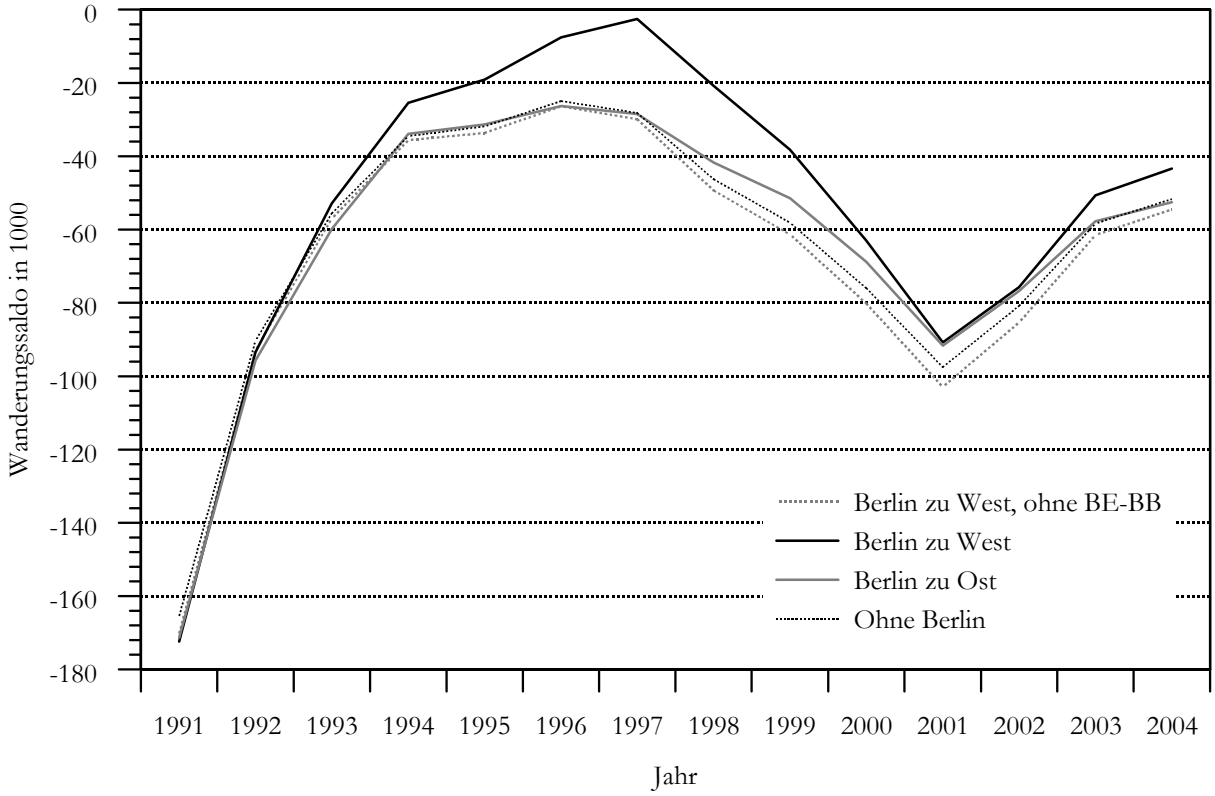
- Man rechnet die Wanderungen zwischen Berlin und Brandenburg heraus.

Dies wäre prinzipiell die ideale Lösung, da sie die Umlandwanderungen nicht berücksichtigt, aber trotzdem die Wanderungen zwischen Berlin und dem restlichen Ostdeutschland beinhaltet. Der Nachteil ist, dass diese Zahlen sehr aufwändig zu berechnen sind, was im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden kann.

Auf welche rechnerische Größenordnung beläuft sich der Unterschied zwischen den o.a. Varianten? Abbildung 7 zeigt, dass vor allem zwischen 1994 und 2000 der Abstand zwischen den Varianten 1 und 4 (*Berlin zu West* ohne und mit Herausrechnung der Wanderungen mit Brandenburg) recht groß war. Davor und danach bewegte sich der Korridor in einem schmaleren Band. Die Variante *Berlin zu Ost* liegt zwar näher an der „gewünschten" schwarzen Linie, aber weist trotzdem noch einigen Abstand auf. Daher erscheint die Option, Berlin aus der Analyse auszuschließen, vom realen Verlauf her als eine akzeptable und einfach zu berechnende Alternative.

Dies wird im Folgenden noch deutlicher: Ohne Berlin (Variante 3) beläuft sich der Ost-West-Saldo 1991 bis 2004 auf -900 Tausend, während er bei Herausrechnung der Berlin-Brandenburg-Wanderungen (Variante 4) -941 Tausend beträgt. Schlägt man Berlin zu Westdeutschland (Variante 1), liegt der Saldo lediglich bei -756 Tausend (Tab. 2).

Abb. 7: Ost-West-Wanderungen, Vergleich der unterschiedlichen Binnenwanderungssalden, 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BBR; Bearbeitung: R. Mai

Tab. 2: Vergleich der Ost-West-Wanderungen, 1991 bis 2004 (in 1.000 Personen)

	Berlin zu West	Berlin zu Ost	ohne Berlin	Berlin zu West (ohne BE-BB)
Ost nach West	2.569,2	2.698,8	2.181,6	2.329,7
West nach Ost	1.813,4	1.811,3	1.281,8	1.388,9
Saldo	-755,8	-887,5	-899,9	-940,8

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

Eine genauere Analyse der Wanderungen zwischen Berlin und Brandenburg gibt weiteren Aufschluss (Tab. 3). Hierbei ist es wichtig, zwischen dem Saldo und den Wanderungsströmen zu unterscheiden: gemessen an den Wanderungsströmen (Zu- und Fortzüge) dominieren die Wanderungen zwischen Westdeutschland und Berlin klar. Dahingegen ist der Saldo mit Brandenburg eindeutig die beherrschende Größe im Berliner Binnenwanderungsgeschehen. Die Wanderungsverflechtungen mit Westdeutschland sind also sehr ausgeprägt, besitzen jedoch eine geringe Effektivität. Das heißt, der Saldo ist, bezogen auf das große Wanderungsvolumen, relativ klein, da die Zu- und Fortzüge mit dem Westen im angegebenen Zeitraum auf fast gleich hohem Niveau liegen. Demzufolge fand ein reger Wanderungsaustausch statt. Auch mit Brandenburg war die Verflechtung absolut gesehen recht groß, relativ betrachtet sogar noch größer. Immerhin entfielen ca. 40 % der Fortzüge aus Berlin auf das Bundesland Brandenburg und umgekehrt 26 % der Zuzüge nach Berlin aus Brandenburg.

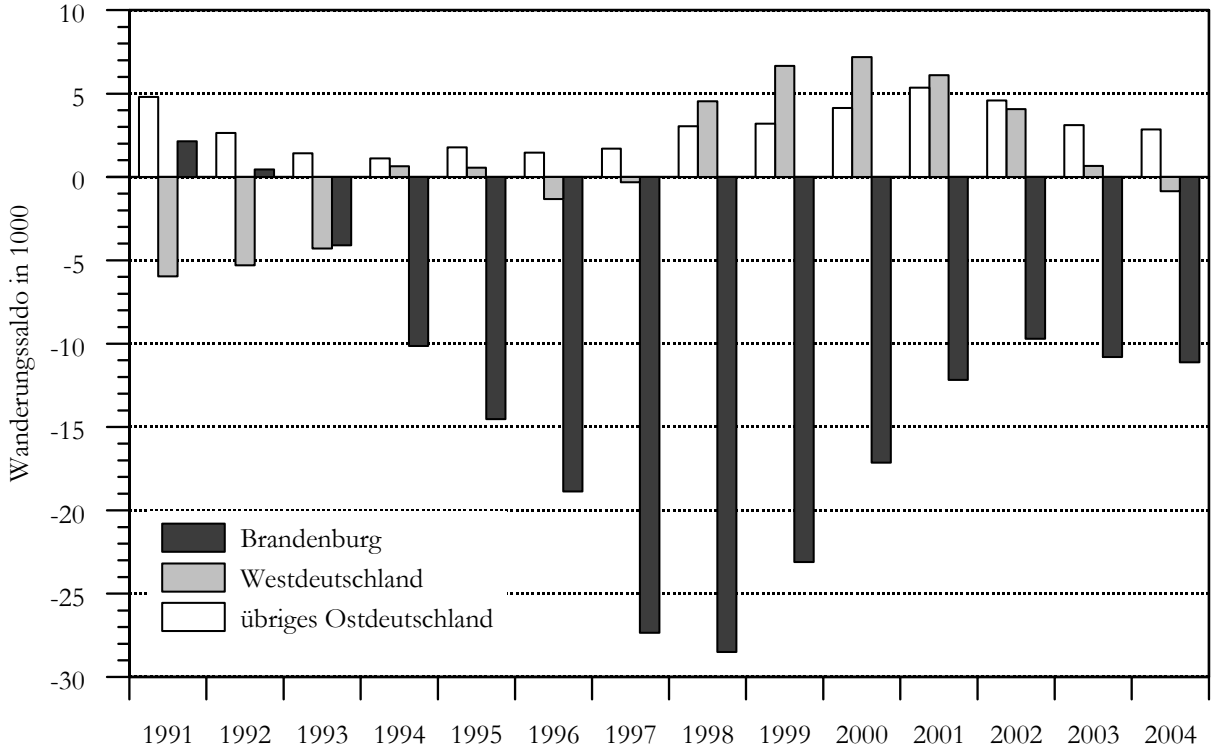
Tab. 3: Wanderungen Berlins mit Brandenburg, Ost- und Westdeutschland, 1991 bis 2004 (in 1.000 Personen)

	Brandenburg	Ost (ohne Brandenburg)	West	Insgesamt
Zuzüge	216,6	136,4	490,8	843,8
Fortzüge	390,5	98,0	477,6	966,1
Saldo	-173,8	38,4	13,2	-122,3

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

Betrachtet man nur die absoluten Salden, so zeigt sich ein deutlicheres Bild: die Wanderungsbilanz Berlins wird klar von den Wanderungen nach Brandenburg beherrscht. Berlin verlor innerhalb der Jahre 1991 bis 2004 rund 174 Tausend Einwohner an Brandenburg, während netto aus Westdeutschland 13 Tausend Personen zuwanderten, aus Ostdeutschland 38 Tausend. Kurzum: Die Abwanderung in Berlin geht fast ausschließlich auf das Konto der Umlandwanderungen (Abb. 8).

Abb. 8: Wanderungssalden Berlins mit Brandenburg, Ost- und Westdeutschland 1991 bis 2004



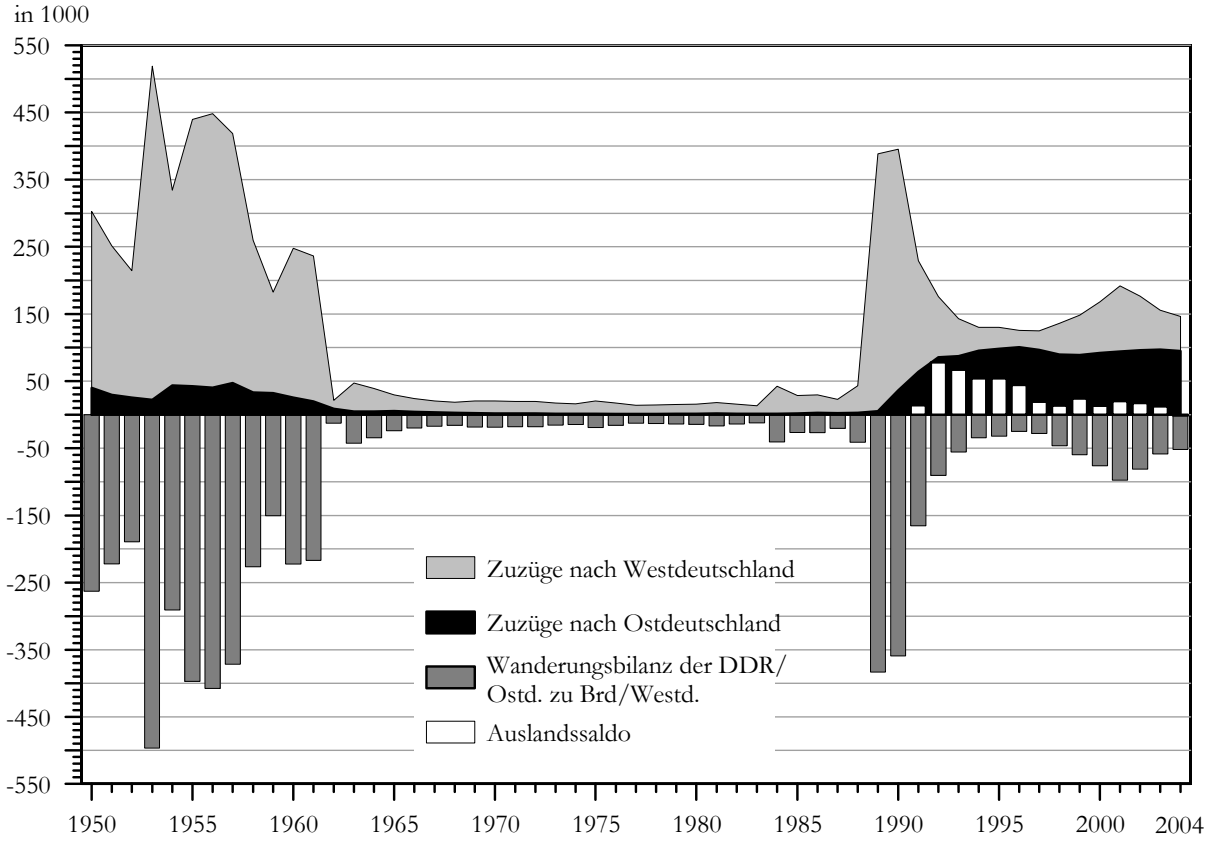
Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

Es bleibt die Erkenntnis, dass es keine Ideallösung gibt. Jede Variante birgt ihre Vor- und Nachteile. Bei der Interpretation muss man sich ihrer bewusst sein und sie berücksichtigen. Für die folgende Ost-West-Analyse wurde Berlin daher (mit wenigen Ausnahmen aufgrund der Datenverfügbarkeit) aus den Berechnungen ausgeschlossen.

5.2 Überblick über die Ost-West-Wanderungen

In Deutschland gibt es unterschiedliche Binnenwanderungstrends, dabei sind die großräumigen Ost-West-Wanderungen dominierend (vgl. Kapitel 4). Wanderungen von Ost- nach Westdeutschland sind allerdings kein neues Phänomen. So waren Ost-West-Wanderungen schon während der hochindustriellen Phase der beherrschende Binnenwanderungstrend in Deutschland (*Kuls/Kemper* 2000). Diese führten aus den ländlichen Ostprovinzen (auch aus dem heutigen Nord-Ostdeutschland) vor allem in die Industriegebiete im Westen, aber auch nach Sachsen. So zogen 1880 bis 1907 ca. 675 Tausend Menschen in die Rheinprovinz bzw. 610 Tausend nach Westfalen, mit einem jeweils hohen Anteil (27 % bzw. 45 %) von Zuwanderern aus den östlichen Provinzen; vor allem Westfalen wurde Ziel der Ost-Zuwanderung (*Köllmann*, zitiert in *Reulecke* 1985). Dies galt abgeschwächt ebenfalls für die Zwischenkriegsjahre, und auch die Nationalsozialisten konnten die Abwanderung nicht umkehren.

Abb. 9: Wanderungen der DDR/Ostdeutschland mit BRD/Westdeutschland und dem Ausland, 1950 bis 2004 (ab 1991: ohne Berlin)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

In der Nachkriegszeit fand dann bis zum Mauerbau eine starke Zuwanderung von Ost nach West statt. Im kurzen Zeitraum zwischen 1950 und 1961 zogen 3,8 Mill. Ostdeutsche in den Westteil (Abb. 9), vor allem kurz vor dem Mauerbau; 1961 waren es bis zu 5 Tausend täglich (*Birg* 1983). Ab 1962 sanken die Fortzüge drastisch ab und spielten bis etwa 1989 keine nennenswerte Rolle. Die DDR wies aber auch in dieser Zeit der äußersten Abschottung Abwanderung auf. Erst Ende der 1980er Jahre stieg die Zahl der Auswanderungen aus der DDR infolge allmählich gelockerter Ausreisebestimmungen wieder an. Insgesamt summierte sich die Zahl der DDR-Bürger, die von

1950 bis 1989 in den Westen zogen, auf 4,9 Millionen Menschen. Im Gegenzug wanderten knapp eine halbe Million Westdeutsche in die DDR.

Die Übergangszeit 1989/90 birgt aus statistischer Sicht das Problem, dass verlässliche Daten für diesen Zeitraum schwer ermittelbar sind. Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland konnten damals nicht korrekt erfasst werden, da der gesellschaftliche und politische Umbruch sich auch in der Verwaltung und Statistik niederschlug. Nach Angaben von *Weiß* (1998) meldeten sich im Jahr 1989 340 Tausend Personen in Westdeutschland an. Allerdings weist er auf die Differenz von 125 Tausend Personen aufgrund von „nur" 215 Tausend Abmeldungen in der DDR hin. Offizielle Zahlen des Statistischen Bundesamtes gehen von einem Abwanderungssaldo von -383 Tausend (1989) bzw. -359 Tausend (1990) aus[68] – zusammen also -742 Tausend Personen. Die Zahl für 1989 umfasst allerdings das ganze Jahr – wie viele Ostdeutsche erst nach dem Fall der Mauer am 9.11.1989 abgewandert sind, lässt sich nur über Umwege erfahren (s.u.). Ab 1989 stieg die Abwanderung jedenfalls merklich an; danach verringerte sie sich bis Mitte der 1990er Jahre.[69] Nach 1997 zogen Ostdeutsche wieder in stärkerem Maße fort; ab 2001 nahm die Abwanderung wiederum ab. Insgesamt wanderten von 1990 bis 2004 gut 2,577 Millionen Personen in den Westen und umgekehrt 1,316 Millionen Personen in den Osten. Damit verlor Ostdeutschland per Saldo rund 1,26 Mio. Einwohner durch Abwanderung.[70] Weitet man den Zeitraum auf das vierte Quartal 1989 aus (also in unmittelbarer zeitlicher Nähe zum Mauerfall), dann kommt man auf eine Netto-Abwanderungszahl von 1,524 Millionen bis zum Jahr 2004, mit 2,843 Millionen Fortzügen (Abb. 10, Tab. 4). [71,72] Die Ost-West-Wanderungen sind quantitativ also eindeutig dominierend. Allerdings sind die Zuzüge in die neuen Bundesländer ebenfalls beachtenswert. Sie liegen seit 1992 bemerkenswert konstant bei jährlich 90 bis 100 Tausend Personen.

Auch wenn in Ostdeutschland die Abwanderung quantitativ hinter dem Geburtendefizit zurücksteht, wird sie dennoch intensiver in der Öffentlichkeit diskutiert, was auch an ihrer ausgesprochenen Selektivität liegt. Die Ost-West-Wanderungen seit der Wiedervereinigung haben auch demographisch einen wichtigen Stellenwert: Während in Ostdeutschland die Abwanderung gen Westen von gut 900 Tausend Personen (1991-2004, ohne Berlin) einen Großteil des negativen Saldos ausmachte, trug sie im Gegenzug in Westdeutschland zum Wachstum der Bevölkerung bei. In Ostdeutschland ist der Anteil der Ost-West-Wanderungen an den Gesamtwanderungen zwar in den letzten Jahren wieder gesunken, dennoch macht er weiterhin einen Großteil aus. Seit 2002 sinkt der Anteil der Fortzüge in den Westen an den Fortzügen insgesamt parallel zur rückläufigen Abwanderung. Trotzdem ist er weiterhin relativ hoch: ca. drei Viertel aller Fortzüge über eine Ländergrenze gingen nach Westdeutschland. Die ostdeutsche Binnenwanderung zeigt also in erster Linie eine Dynamik in die westdeutsche Richtung. Im Zeitverlauf hat die Abwanderung von Ost nach West allerdings an demographischem Einfluss nachgelassen. Die Wanderungseffektivität zwischen Ost und West ist parallel zum Wanderungssaldo gesunken.[73]

---

68 Jeweils mit Ost-Berlin zu Ostdeutschland.

69 *Hunt* (2000) erklärt diesen Rückgang der Abwanderung mit der raschen Angleichung der Löhne.

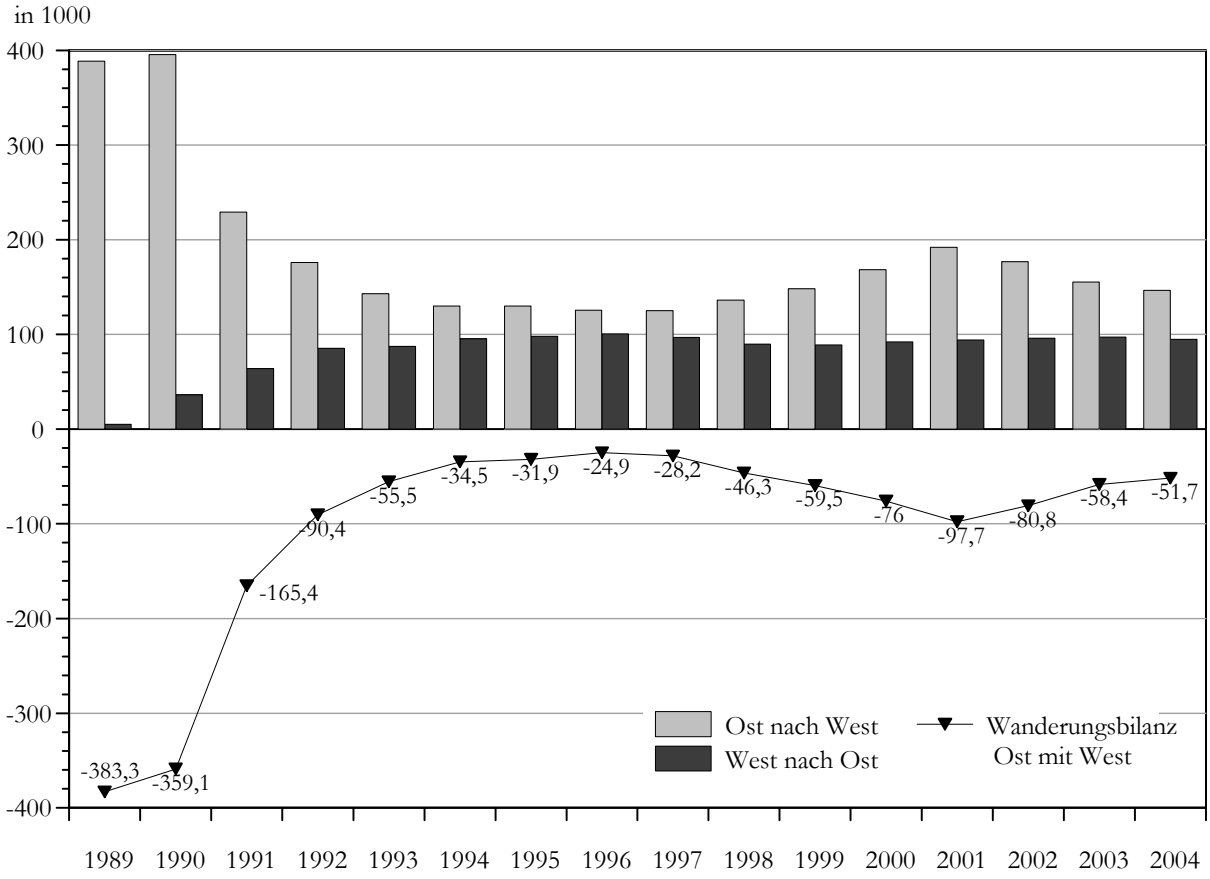
70 1990: Ost-Berlin zu Ostdeutschland, ab 1991 ohne Berlin.

71 Nicht berücksichtigt werden hierbei die Ausreisen aus der DDR über Ungarn und die Ex-CSSR.

72 Für wertvolle Hinweise in diesem Zusammenhang sei Herrn *Prof. M. Kaufmann* (Jena) herzlich gedankt.

73 Die Wanderungseffektivität ist eine Möglichkeit, den Einfluss der Wanderungen auf die Bevölkerungsentwicklung darzustellen. Sie gibt den Quotienten aus Saldo und Volumen an.

Abb. 10: Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland, 1989 bis 2004 (ohne Berlin)



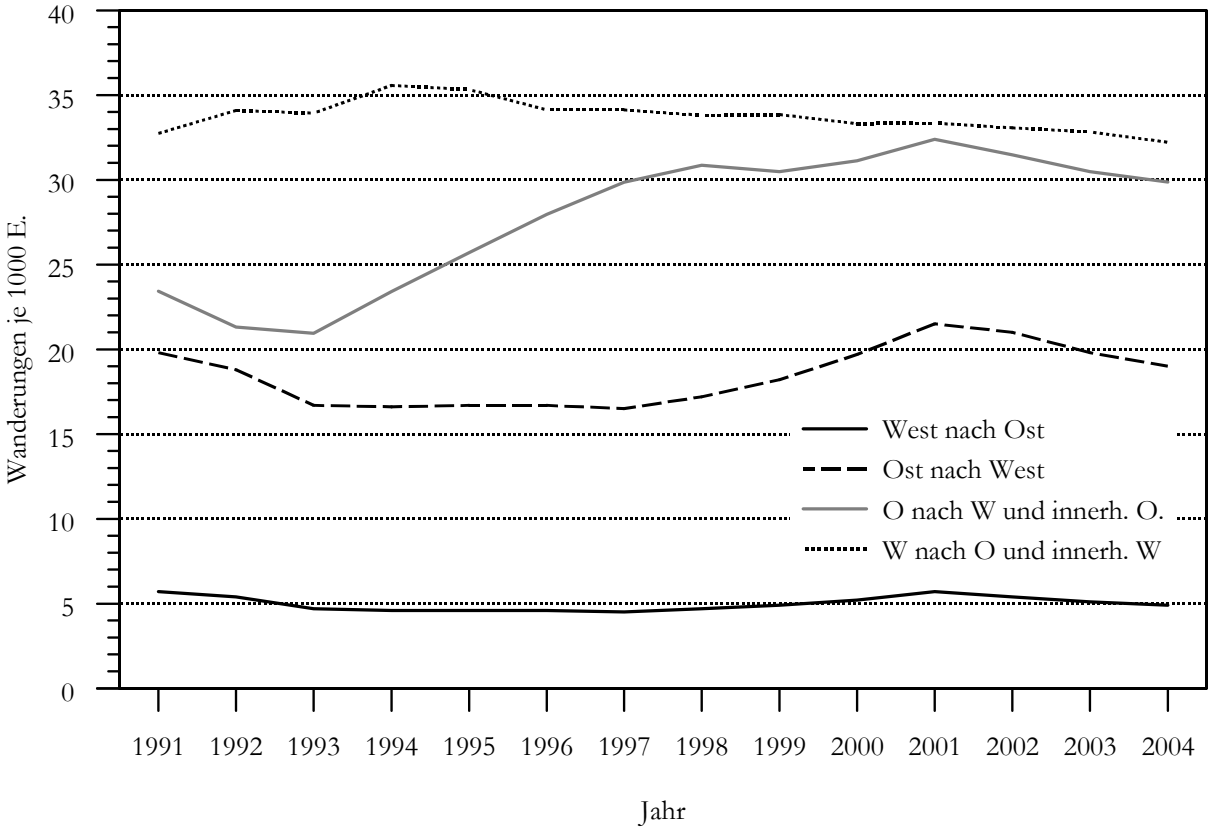
Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

Tab. 4: Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland zwischen 1989 und 2004 (in 1.000 Personen, 1989/1990 mit Ost-Berlin zu Ostdeutschland, ab 1991 ohne Berlin)

Jahr	West nach Ost	Ost nach West	Saldo
1989	5,1	388,4	-383,3
4. Quartal 1989	2,8	266,3	-263,5
1990	36,2	395,3	-359,1
1991	63,8	229,2	-165,4
1992	85,4	175,9	-90,4
1993	87,4	142,9	-55,5
1994	95,4	129,9	-34,5
1995	98,1	129,9	-31,9
1996	100,6	125,5	-24,9
1997	96,7	124,9	-28,2
1998	89,8	136,1	-46,3
1999	88,8	148,3	-59,5
2000	92,2	168,2	-76,0
2001	94,2	192,0	-97,7
2002	95,9	176,7	-80,8
2003	97,0	155,4	-58,4
2004	94,7	146,4	-51,7
Summe 1990-2004	1.316,3	2.576,7	-1.260,4
Summe VI/89-2004	1.319,1	2.842,9	-1.523,8

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

Abb. 11: Mobilität in Ost- und Westdeutschland, 1991 bis 2004 (Binnenwanderungen über die Kreisgrenze[1])



[1] Ostdeutschland einschließlich Berlin

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

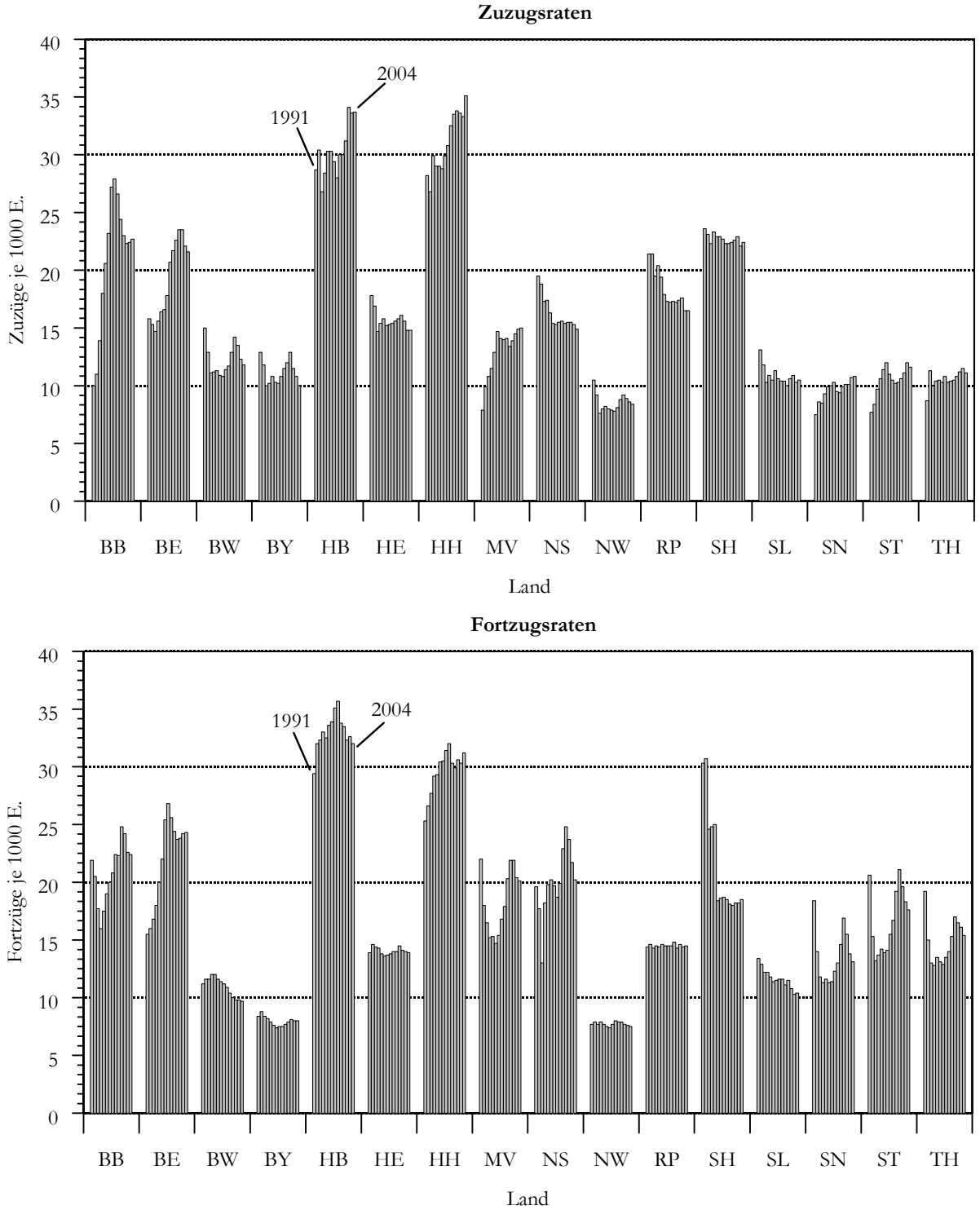
Auch die Mobilität zwischen Ost- und Westdeutschland wird klar von der Ost-West-Richtung dominiert, wie Abbildung 11 verdeutlicht. Sie zeigt den Verlauf sowohl zwischen Ost und West, als auch zu Vergleichszwecken die Binnenwanderungen in Ost- und Westdeutschland insgesamt (über eine Kreisgrenze, also einschließlich der innerostdeutschen bzw. -westdeutschen Wanderungen)[74]. Die Wanderungsbewegungen von Ost nach West sind, bezogen auf die Bevölkerung, drei- bis vier Mal so häufig. Die Mobilität in Richtung Westdeutschland stieg seit 1997 an, um nach 2001 wieder etwas zurückzugehen.

In entgegen gesetzter Richtung stagniert die Mobilitätsrate mehr oder weniger seit Anfang der 1990er Jahre. Der Binnenwanderungsaustausch zwischen Ost- und Westdeutschland ist damit recht einseitig. Höher ist notwendigerweise die Mobilität über eine Kreisgrenze insgesamt. Der deutliche Ost-West-Gegensatz sollte aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die ostdeutsche Mobilität insgesamt, die vor allem bis 1997 zugenommen hat und 2004 bei etwa 30 Wanderungen je 1.000 Einwohnern lag, durchgängig niedriger als die westdeutsche war. Dieses Niveau ist zwar seit 1995 leicht gesunken, bewegt sich jedoch immer noch über der ostdeutschen Mobilität mit ca. 33 Wanderungen je 1.000 Einwohner. Bis Mitte der 1990er Jahre war die ostdeutsche Mobilität sogar deutlich geringer als im Westen.

---

[74] Während die Mobilität insgesamt mit Fortzugsraten operationalisiert wird, müssen für die Messung der Mobilität zwischen Ost- und Westdeutschland Zu- und Fortzüge addiert werden, um alle Wanderungen erfasst zu haben, da es sich hier um zwei Gebietseinheiten handelt.

Abb. 12: Fort- und Zuzugsraten der Bundesländer 1991 bis 2004 (in ein anderes Bundesland)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

Es lässt sich festhalten, dass die ostdeutsche Mobilität zweigeteilt ist: während die Ost-West-Mobilität klar höher ist, ist die ostdeutsche Binnenmobilität insgesamt (sowohl insgesamt, als auch nur innerhalb Ostdeutschlands) im Vergleich zum Westen niedriger. Das heißt: Die Ost-West-Wanderungen nehmen zwar für das ostdeutsche Wanderungsgeschehen einen hohen Stellenwert ein. Trotzdem waren und sind die ostdeutschen Fortzugsraten insgesamt eher unterdurchschnittlich.

In Abbildung 12, die die Binnenwanderungen über eine Ländergrenze darstellt, kommt dieser Umstand nochmals zum Ausdruck. Die Fortzugsraten in den ostdeutschen Ländern liegen höchstens im oberen Mittelfeld der Bundesländer. Auch im Zeitverlauf lässt sich keine Ausnahmeposition erkennen. Die Stadtstaaten sind bei den Fortzügen erwartungsgemäß die Spitzenreiter. Die Abbildung „Zuzüge" zeigt, dass auch die Zuzüge in Ostdeutschland nicht besonders hoch lagen. Es bleibt daher die Erkenntnis: die Abwanderung aus Ostdeutschland ist vor allem ein Problem mangelnder Zuzüge. Mit anderen Worten: Ostdeutschland nimmt zu wenig am bundesdeutschen Wanderungsgeschehen teil, es ist verhältnismäßig selten das Ziel einer Person aus Westdeutschland *(Schlömer* 2004, *Dinkel* 2004). Darüber hinaus kommt man zum Schluss, dass nicht die bloße Höhe der ostdeutschen Abwanderung, sondern eher die zeitliche Konstanz und vor allem die Selektivität problematisch sind.

5.3 West-Verflechtungen der ostdeutschen Länder

Eine Analyse der Wanderungsströme gibt Aufschluss über die vielfältigen Beziehungen zwischen den Ländern, aber auch über Wechselwirkungen wie z.B. Rückwanderungen. Auch in den Verflechtungen der ostdeutschen mit den westdeutschen Ländern spiegeln sich verschiedene Faktoren. Dabei spielt die Distanz als limitierender oder motivierender Faktor für Wanderungen eine entscheidende Rolle: in der Regel nimmt die Wanderungsintensität mit der Distanz ab bzw. ist mit den Nachbarregionen am größten. Dazu treten historische Verbindungen sowie langfristige regionale Verflechtungen in sozialer, ökonomischer und politischer Hinsicht.

Tabelle 5 gibt zunächst einen Überblick über die Wanderungsrichtungen in den neuen Bundesländern während des Zeitraumes von 1991 bis 2004. Bei der innerostdeutschen Binnenwanderung war die Wanderungsbilanz in Brandenburg und Sachsen-Anhalt in der Summe der o.a. Jahre negativ, während Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen positive Salden verbuchen konnten. Die Saldoraten in Tabelle 5 zeigen, dass sich der Schwerpunkt der ostdeutschen Bevölkerung durch Binnenwanderungen leicht nach Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern verlagerte. Alle ostdeutschen Länder haben gegenüber Berlin einen leichten Wanderungsverlust zu verzeichnen, nur Brandenburg hat enorme Zuwanderungsgewinne aus Berlin, wie an anderer Stelle bereits beschrieben wurde.

Trotz dieser Trends ist die Binnenwanderung aller ostdeutschen Länder eindeutig von der Ost-West-Richtung bestimmt. Dabei wiesen die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt die stärksten Verluste auf: 1991 bis 2004 verloren sie rd. 70 bzw. 72 Einwohner je 1.000 ihrer Bevölkerung in Richtung Westen.

Tab. 5: Binnenwanderungssalden der neuen Bundesländer mit Ost-, Westdeutschland und Berlin von 1991 bis 2004 (Männer und Frauen)

		Saldo Abs.	Saldo Männer		Saldo Frauen	
			Abs.	je 1.000 M.	Abs.	je 1.000 F.
Brandenburg	Ost	-13.068	-8.367	-6,6	-4.701	-3,6
	West	-168.455	-73.770	-58,5	-94.685	-72,7
	Berlin	184.970	97.071	77,0	87.899	67,4
Mecklenburg-Vorpommern	Ost	8.951	3.218	3,6	5.733	6,3
	West	-133.058	-55.639	-62,6	-77.419	-84,5
	Berlin	-11.765	-4.706	-5,3	-7.059	-7,7
Sachsen	Ost	15.436	10.399	4,8	5.037	2,2
	West	-247.722	-95.322	-44,0	-152.400	-65,3
	Berlin	-13.282	-5.089	-2,4	-8.193	-3,5
Sachsen-Anhalt	Ost	-14.685	-6.010	-4,6	-8.675	-6,3
	West	-204.198	-86.172	-66,4	-118.026	-85,4
	Berlin	-11.951	-5.410	-4,2	-6.541	-4,7
Thüringen	Ost	3.025	687	0,6	2.338	1,8
	West	-146.057	-52.676	-43,8	-93.381	-73,6
	Berlin	-4.102	-1.513	-1,3	-2.589	-2,0

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

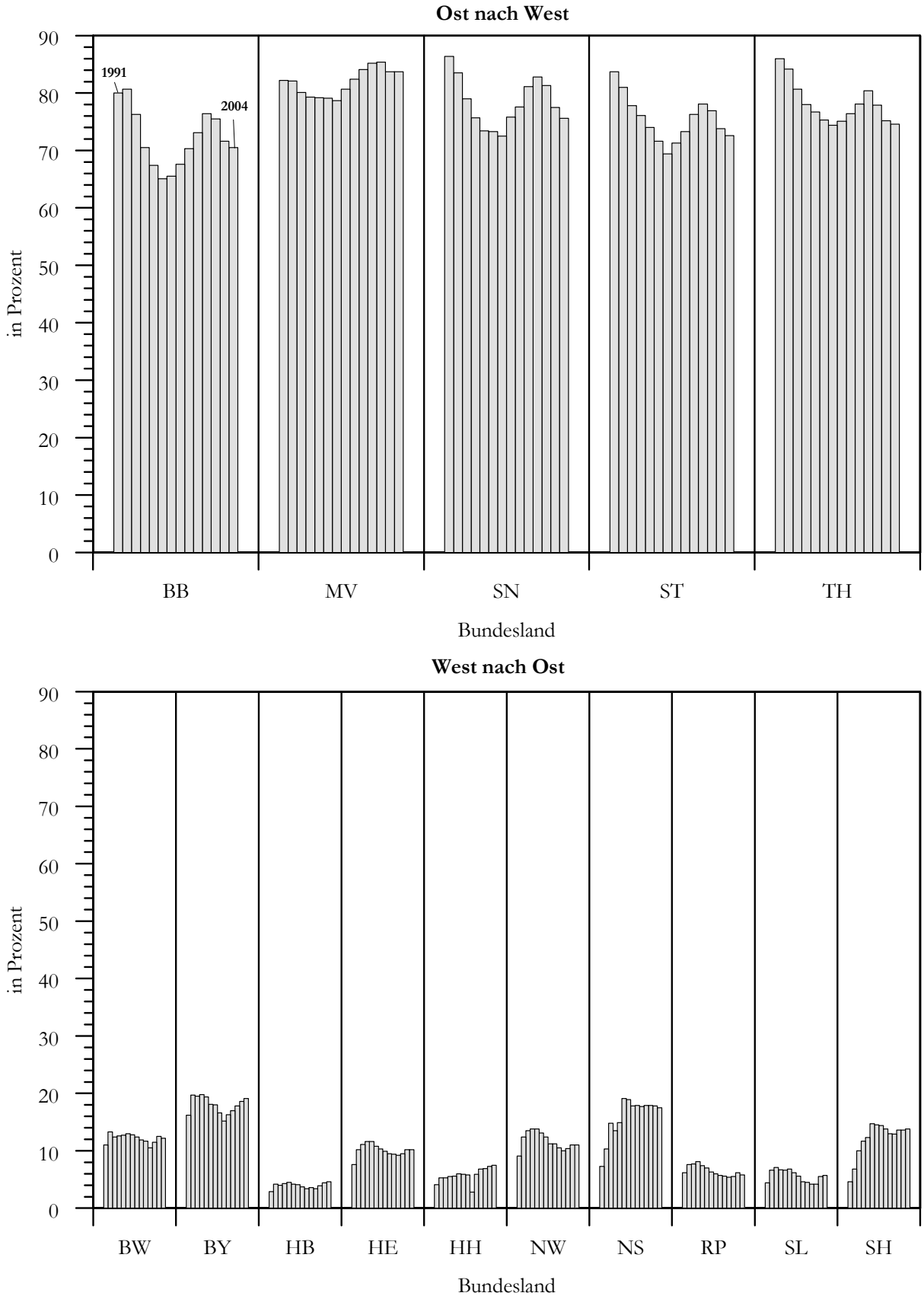
Abbildung 13 verdeutlicht ebenfalls die Dominanz der Westfortzüge. Je nach Land gehen ca. drei Viertel aller Binnenfortzüge über eine Landesgrenze nach Westdeutschland. Regionale Unterschiede gibt es in erster Linie in Bezug auf Mecklenburg-Vorpommern, das einen signifikant höheren Anteil (über 80 %) aufweist. Das zeitliche Muster ähnelt sich in allen Ländern: Analog zu der Entwicklung des Saldos insgesamt fiel der Anteil der Westfortzüge zunächst bis Mitte der 1990er Jahre ab, um dann bis 2001 wieder anzusteigen. Danach sank er wiederum, in Mecklenburg-Vorpommern allerdings kaum.

Betrachtet man umgekehrt die Verflechtung der westdeutschen Länder mit Ostdeutschland (rechte Abbildung), so ist ein gegensätzliches Bild zu erkennen: der Anteil liegt in allen Ländern äußerst niedrig und überschreitet keine 20 %. Höhere Anteile finden sich in Baden-Württemberg und Bayern, was auf eventuelle Rückwanderungen von aus Ostdeutschland zugezogenen Personen hindeuten könnte. Die höheren Werte bei Niedersachsen beruhen sicherlich auf Fortzügen von Aussiedlern, die oft nach Ostdeutschland verwiesen werden.

Eine Gegenüberstellung der jeweils fünf stärksten Wanderungsströme in den Jahren 1991 und 2004 (Karte 1) zeigt, dass sich die Hauptrichtungen und Ströme nur wenig geändert haben. Das Niveau im Jahr 2004 ist aber erwartungsgemäß niedriger. Die wichtigsten Austauschbeziehungen gibt es zwischen Mecklenburg-Vorpommern und den norddeutschen Ländern, zwischen Sachsen-Anhalt bzw. Sachsen und Niedersachsen, und Sachsen/Thüringen mit Bayern. Alle anderen Länder nehmen in nur geringem Maße am Ost-West-Wanderungsgeschehen teil (Berlin ist hier nicht einbezogen). Der Wanderungsaustausch zwischen Ost und West ist, wie auf der Karte zu erkennen, einseitig.

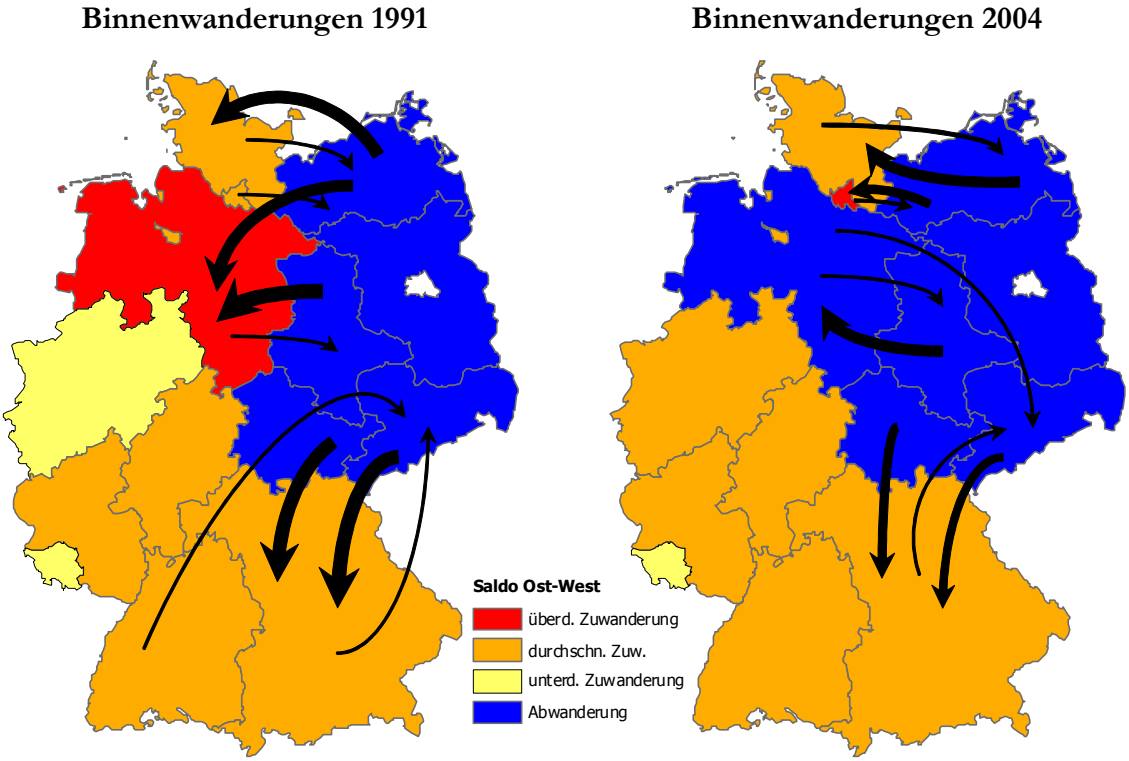
Die Karte zeigt außerdem, welche Länder Ab- oder Zuwanderung und in welchem Maße erfahren haben (Saldorate mit West- bzw. Ostdeutschland). War Niedersachsen 1991 noch ein Ziel überdurchschnittlich vieler Ostdeutscher, so weist es 2004 auch Abwanderung nach Ostdeutschland auf. 2004 ist Hamburg das Bundesland mit dem relativ stärksten Wanderungsgefälle zu Ostdeutschland.

Abb. 13: Anteile der Fortzüge von Ost- nach Westdeutschland bzw. West- nach Ostdeutschland an den Binnenfortzügen insgesamt, 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

Karte 1: Die jeweils fünf stärksten Binnenwanderungsströme zwischen Ost- und Westdeutschland[1], 1991 und 2004 (Fortzugsraten und Saldo)



[1] Ost-West-Wanderungen: ohne Berlin

(Breite der Pfeile gibt Relation der Fortzugsraten an, Einfärbungen den Ost-West-Saldo)

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Kartographie: Ralf Mai

Auch bezogen auf die Summe der Jahre 1991 bis 2004 sind dies die wesentlichen Wanderungsverflechtungen. Allerdings dominiert kein Zielland die Fortzüge mit mehr als einem Drittel. Die fünf stärksten Wanderungsströme in den Jahren 1991 bis 2004 waren:

- Mecklenburg-Vorpommern nach Schleswig-Holstein (absolut 90 Tausend, relativ 52,4),
- Mecklenburg-Vorpommern nach Niedersachsen (absolut 73 Tausend, relativ 42,4),
- Sachsen nach Bayern (absolut 205 Tausend, relativ 47,9),
- Sachsen-Anhalt nach Niedersachsen (absolut 143 Tausend, relativ 57,4),
- Thüringen nach Bayern (absolut 113 Tausend, relativ 48,1).

In umgekehrter Richtung waren dies (auf weitaus niedrigerem Niveau):

- Baden-Württemberg nach Sachsen (absolut 78 Tausend, relativ 7,3),
- Hamburg mit Mecklenburg-Vorpommern (absolut 21 Tausend, relativ 12,4),
- Schleswig-Holstein mit Mecklenburg-Vorpommern (absolut 56 Tausend, relativ 19,7),
- Niedersachsen mit Sachsen-Anhalt und Sachsen (absolut 104/73 Tausend, relativ 13/9).

Zur vertieften Analyse der Wanderungsverflechtungen gibt der Saldo im Jahr 2004 Aufschluss (Tab. 6), weil davon ausgegangen werden kann, dass sich seit 1991 längerfristige Muster verfestigt haben. In Mecklenburg-Vorpommern ist die Abwanderung nach Nordwestdeutschland dominierend; in Sachsen die nach Süddeutschland. Bayern und Baden-Württemberg waren Hauptziele für Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen; Nordrhein-Westfalen für Sachsen-Anhalt und Brandenburg; für Mecklenburg-Vorpommern waren es Schleswig-Holstein und der Stadt-

staat Hamburg. Auffällig ist, dass bei der Abwanderung nach Westen immer eine Ländergruppe dominiert: in Mecklenburg-Vorpommern sind es die nördlichen, bei den übrigen vier ostdeutschen Bundesländern eher die Süd-Länder. Die Wanderungsbeziehungen zwischen Ost und West sind jedoch nicht ausschließlich von der Abwanderung nach Westen geprägt. So haben Thüringen und Sachsen seit Mitte der 1990er Jahre einen positiven Saldo vor allem mit Niedersachsen – allerdings vor allem aufgrund der oben angesprochenen Sonderrolle. Des Weiteren wies Mecklenburg-Vorpommern in dieser Zeit (wenn auch geringe) Zuwanderung aus Süddeutschland auf.

Tab. 6: Binnenwanderungssalden der neuen mit den übrigen Bundesländern (2004)

	Brandenburg			Mecklenburg-Vorpommern		
	abs.	je 1.000 E.	*Rang*	abs.	je 1.000 E.	*Rang*
BW	-2.265	-0,9	*10*	-815	-0,5	*7*
BY	-1.799	-0,7	*8*	-746	-0,4	*6*
HB	-184	-0,1	*3*	-270	-0,2	*3*
HE	-811	-0,3	*6*	-366	-0,2	*4*
HH	-994	-0,4	*7*	-3.269	-1,9	*10*
NW	-2.031	-0,8	*9*	-970	-0,6	*8*
NS	310	0,1	*1*	-433	-0,3	*5*
RP	-511	-0,2	*4*	-255	-0,1	*2*
SL	-71	0	*2*	7	0	*1*
SH	-723	-0,3	*5*	-2.213	-1,3	*9*
West	*-9.079*	*-3,5*		*-9.330*	*-5,4*	

	Sachsen			Sachsen-Anhalt			Thüringen		
	abs.	je 1.000 E.	*Rang*	abs.	je 1.000 E.	*Rang*	abs.	je 1.000 E.	*Rang*
BW	-4.099	-1	*9*	-2.261	-0,9	*8*	-2.196	-0,9	*9*
BY	-4.726	-1,1	*10*	-2.350	-0,9	*9*	-3.057	-1,3	*10*
HB	-99	0,0	*2*	-245	-0,1	*2*	-105	0,0	*3*
HE	-1.639	-0,4	*7*	-1.130	-0,5	*6*	-1.888	-0,8	*8*
HH	-512	-0,1	*5*	-559	-0,2	*4*	-322	-0,1	*5*
NW	-2.234	-0,5	*8*	-2.541	-1,0	*10*	-1.582	-0,7	*7*
NS	2.619	0,6	*1*	-2.001	-0,8	*7*	902	0,4	*1*
RP	-754	-0,2	*6*	-656	-0,3	*5*	-430	-0,2	*6*
SL	-100	0,0	*3*	-78	0,0	*1*	-73	0,0	*2*
SH	-354	-0,1	*4*	-536	-0,2	*3*	-260	-0,1	*4*
West	*-11.898*	*-2,8*		*-12.357*	*-5,0*		*-9.011*	*-3,8*	

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

Brandenburg konnte als einziges Land die Abwanderung nach Westen kompensieren – allerdings nur bei den Männern. Grund ist vor allem die Abwanderung von brandenburgischen Frauen z.B. nach Bayern oder Nordrhein-Westfalen. Auch in den übrigen Ländern besteht dieses Ungleichgewicht, wobei es 2004 in Sachsen am größten und in Sachsen-Anhalt am geringsten war. In allen Ländern ist also die Abwanderung von Frauen größer (Tab. 7, vgl. Kapitel 6). Aus dem Land Sachsen-Anhalt siedelten zwischen 1991 und 2004 82,5 Tausend Männer und 114 Tausend Frauen nach Westdeutschland über. Relativ gesehen weist damit dieses Land die im Vergleich zu den übrigen ostdeutschen Ländern höchsten Wanderungsverluste auf, und zwar bei beiden Geschlechtern (Tab. 7): -75,2 je 1.000 Männer und -96,4 je 1.000 Frauen. Das Land Mecklenburg-Vorpommern folgt mit einem Wanderungsverlust von 64,3 je 1000 Männer und 86,0 bei den Frauen. Im zeitlichen Verlauf der geschlechtsspezifischen Salden zeigt sich darüber hinaus, dass der leicht positive Saldo mit Westdeutschland Mitte der 1990er Jahre nur auf die Männer entfiel. Die Frauen wiesen eine unveränderte Abwanderung auf.

Tab. 7: Binnenwanderungssalden der fünf ostdeutschen Bundesländern nach Männer und Frauen, Summe 1991 bis 2004 (je 1.000)

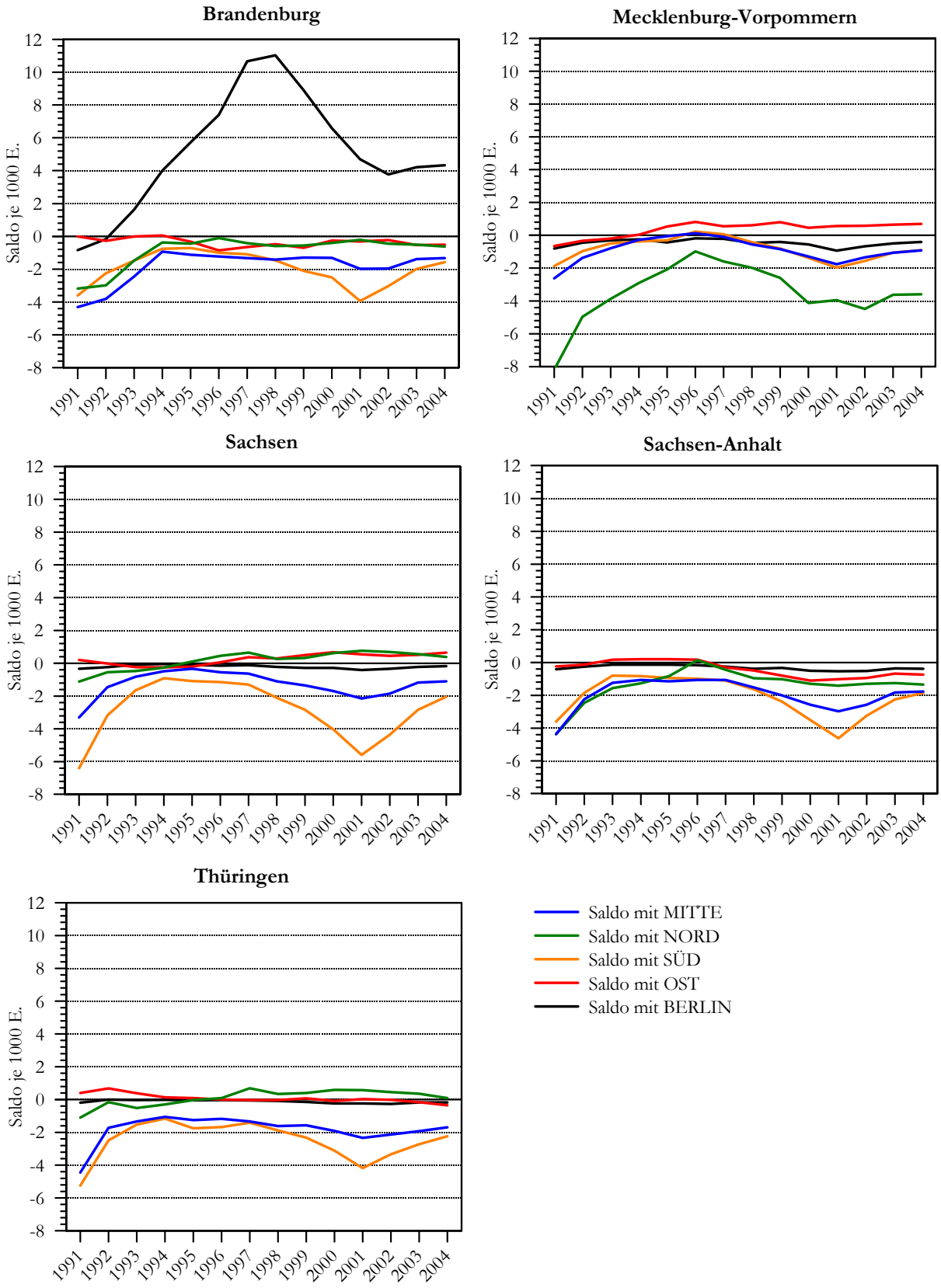
	Je 1000 Männer	Je 1000 Frauen
Brandenburg	11,9	-8,8
Mecklenburg-Vorpommern	-64,3	-86,0
Sachsen	-41,6	-66,7
Sachsen-Anhalt	-75,2	-96,4
Thüringen	-44,5	-73,8

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

Zu betonen ist, dass die Wanderungsbeziehungen zwischen Ost und West nicht ausschließlich von einer Abwanderung nach Westen geprägt sind. Wenn man wieder nach Ländergruppen unterscheidet (unter besonderer Berücksichtigung Berlins), kann man deutliche Gegensätze ausmachen (Abb. 14). So weisen Thüringen und Sachsen seit 1995/96 einen positiven Saldo mit den norddeutschen Ländern auf. Allerdings geht dies wieder vor allem auf den Zuzug von Niedersachsen (Aussiedler aus Friedland) zurück. Die drei südlichen neuen Bundesländer sowie Brandenburg verbuchen seit Mitte der 1990er Jahre den negativsten Saldo mit den beiden südlichen Ländern Bayern und Baden-Württemberg. Mecklenburg-Vorpommern dagegen hat die höchste Abwanderung in die norddeutschen Staaten, was zudem die derzeit (relativ) stärkste Abwanderung darstellt. Bei Brandenburg fällt die exponierte Stellung der Wanderungen mit Berlin auf, auch im Hinblick auf die anderen neuen Bundesländer.

Die Zuwanderung aus Berlin weist allerdings ein klares Maximum zur Mitte der 1990er Jahre auf. Das scheint für das ostdeutsche Wanderungsgeschehen insgesamt ein bedeutender Wendepunkt zu sein. Auffällig ist weiterhin, dass sich der Großteil der Abwanderung nach Westen bei allen neuen Bundesländern stark auf eine Ländergruppe konzentriert. Die übrigen spielen eine geringere Rolle, ebenso wie die Zuwanderung aus dem Westen.

Abb. 14: Binnenwanderungssalden der neuen Bundesländer mit Ländergruppen und Berlin, 1991 bis 2004



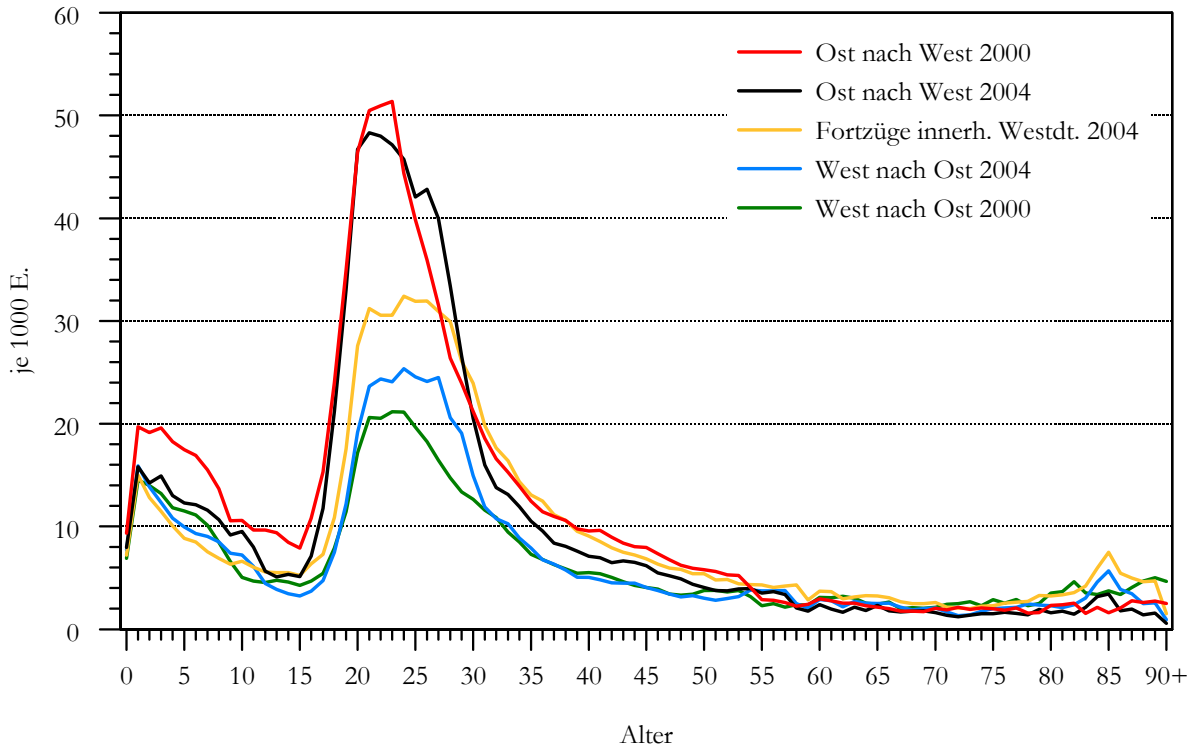
Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

5.4 Altersselektivität der Abwanderung nach Westdeutschland

5.4.1 Ost-West-Altersselektivität: Normal oder ungewöhnlich?

Im Folgenden wird die Altersselektivität der Ost-West-Wanderungen detaillierter hinsichtlich verschiedener Aspekte und regionaler Muster untersucht. Die Altersselektivität ist vor allem für die Regionalpolitik eine wichtige Kenngröße (vgl. Kapitel 3). Betrachtet man die Altersverteilung der Ost-West-Wanderungen für die Jahre 2000 und 2004 (Abb. 15), so lässt sich das in Kapitel 1 beschriebene verallgemeinerte Muster gut am Verlauf ablesen. Die Fortzüge aus Ost überwiegen die Zuzüge in fast jeder Altersstufe bis ca. 55 Jahre deutlich. Der Hauptteil wird von den jüngeren Altersstufen etwa zwischen 18 und 30 Jahren getragen, wobei diese überdurchschnittliche Konzentrierung typisch für Ostdeutschland ist.

Abb. 15: Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland und Fortzüge innerhalb Westdeutschlands nach Altersjahren, 2000 und 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

Diese Altersklassen sind aufgrund ihres Eintritts in den (Aus-)Bildungssektor bzw. Arbeitsmarkt sehr mobil, später kommen Familien-/Haushaltsgründungen hinzu. Die Mobilität der Vorschulkinder ist höher als die der schulpflichtigen Jugendlichen. Familien ziehen häufiger mit Kleinkindern als mit älteren Kindern um, wie am Kurvenverlauf gut zu sehen ist. Die Ost-West-Mobilität sinkt dann ab etwa dem Alter 30 ab und spielt ab dem Alter 50 quantitativ kaum mehr eine Rolle.

Tab. 8: Medianalter der Binnenwanderungen (nur Fortzüge, in Jahren)

Ost nach West 2004	25,3
West nach Ost 2004	27,1
Innerhalb Westdeutschland 2004*	29,0

* Zwischen den Ländern (Fortzüge über die Ländergrenzen)

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

Beim Vergleich der Zu- und Fortzüge der Ost-West-Wanderungen fällt auf, dass die West-Ost-Richtung eine ältere Zusammensetzung aufweist (Tab. 8). Die Fortzügler von Ost nach West waren im Jahr 2004 im Schnitt immerhin um 1,8 Jahre jünger (25,3 Jahre) als in der umgekehrten Richtung (27,1 Jahre). Dies lässt vermuten, dass in den Osten mehr Personen im erwerbsfähigen Alter und weniger im Ausbildungs- bzw. Studieralter ziehen. Folge dieses altersstrukturellen Austausches ist ein zusätzlicher Alterungseffekt für die ostdeutsche Bevölkerung (vgl. Kap. 6.3).

Betrachtet man nochmals Abbildung 15, so fällt in den höheren Altersstufen ein weiterer Unterschied auf: hier sind bei den Wanderungen von West nach Ost die Zuwanderungsraten älterer Menschen deutlich höher als in der umgekehrten Richtung.

Auch beim Vergleich der beiden Zeitpunkte 2000 und 2004 erkennt man deutliche Unterschiede: Zum einen hat sich bei den Fortzügen der Schwerpunkt innerhalb der vier Jahre stärker auf die jüngeren Altersgruppen verschoben. Im Jahr 2000 waren die Saldoraten der Bevölkerung ab 35 Jahre höher, die der End-Zwanziger etwas niedriger. Zum anderen zogen im Jahr 2000 mehr Kinder unter 10 Jahren fort als vier Jahre später; die Familienabwanderung hat somit etwas nachgelassen. Bei den Zuzügen kam es nur in den jüngeren Altersstufen zu einem deutlichen Anstieg (2004 gegenüber 2000), was zum großen Teil studiumsbedingt sein dürfte.

Wie ist das Ost-West-Muster zu beurteilen? Im Vergleich mit den großräumigen Binnenwanderungen innerhalb Westdeutschlands lässt sich eine jüngere Struktur der Ost-Fortzüge feststellen. Das Medianalter betrug bei den inner-westdeutschen Wanderungen 29 Jahre, was eine Differenz zu den Ost-West-Wanderungen (25,3 Jahre) von immerhin 3,7 Jahren ausmacht. Die West-Wanderungen sind offensichtlich stärker erwerbs- bzw. familienorientiert. Ab etwa dem Alter 30 übertreffen die inner-westdeutschen die Ost-West-Raten. Auch sind die inner-westdeutschen Wanderungen deutlich zahlreicher als die West-Ost-Wanderungen. Festzuhalten ist, dass, zumindest verglichen mit den großräumigen West-Wanderungen, die Ost-West-Fortzüge im Wesentlichen nur zwischen 20 und 30 Jahren überdurchschnittlich, ansonsten sogar (unter)durchschnittlich ausfallen. Dies kann dennoch längerfristig die Entwicklungschancen vieler Regionen beeinträchtigen – und das wird mittlerweile auch von politischer Seite als große Herausforderung begriffen.[75]

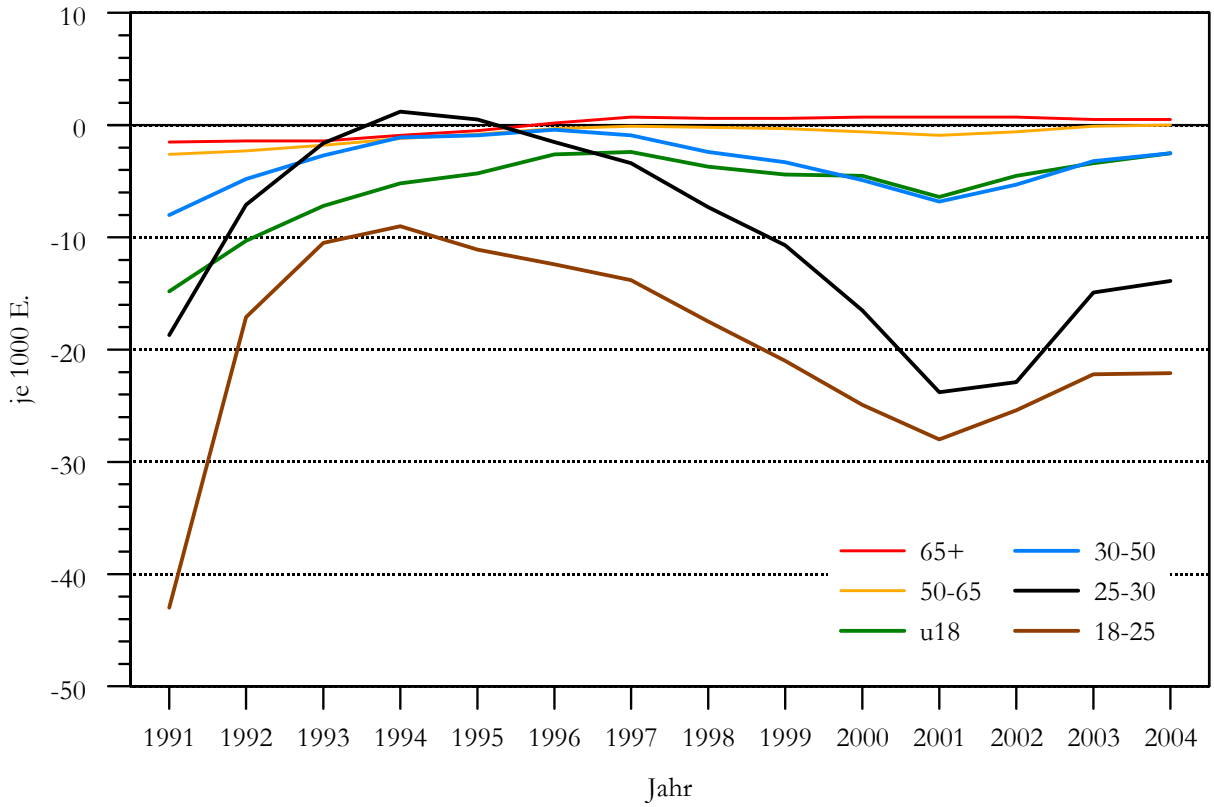
5.4.2 Zeitliche Entwicklung der Altersselektivität

Im Zeitverlauf betrachtet können einzelne Phasen der Altersselektivität abgegrenzt werden (Abb. 16). Nach einer starken Abwanderung in allen Altersgruppen, einer Konsolidierung bis Mitte der 1990er Jahre und einem zeitweilig positiven Saldo bei den 25- bis unter 30-Jährigen (1994/95) vergrößerte sich das Wanderungsgefälle, um nach 2001 wieder abzunehmen. Vor allem in der Gruppe der 18- bis unter 30-Jährigen gab es starke Wanderungsverluste in Ostdeutschland. Eine Ausnahme bildeten die ab 50-Jährigen, deren Wanderungsgefälle in den letzten Jahren stetig abflaute und bei den ab 65-Jährigen ab 1996 sogar positiv wurde. Seit 2001/02 ist ein Abflauen der Abwanderung in allen Altersgruppen zu beobachten, allerdings nicht bei den 18- bis unter 25-Jährigen. In der Summe der Jahre 1991 bis 2004 wiesen nur die ab 65-Jährigen einen leicht positiven Saldo auf (gut 800 Personen). Auch die mittleren und älteren Altersgruppen bis unter 65 Jahre verloren Einwohner an Westdeutschland, doch vor allem die 18- bis unter 25-Jährigen (-340 Tausend) und unter 18-Jährigen (-215 Tausend). Die Abwanderung nach Westen wurde

[75] Beispielhaft seien die Enquete-Kommissionen zum demographischen Wandel genannt, die in mehreren neuen Bundesländern gebildet wurden.

also vor allem von jüngeren Altersgruppen realisiert,[76] während umgekehrt eher Personen höheren und mittleren Alters nach Ostdeutschland zogen. Zwischen 1991 und 2004 konzentrierte sich über die Hälfte des negativen Saldos von insgesamt -900 Tausend auf die 18- bis unter 30-Jährigen (-455 Tausend), während auf die 50- bis unter 65-Jährigen ein Anteil von nur 3,7 % fiel. Diese altersselektiven Austauschprozesse verstärkten insgesamt die Alterung in den neuen Bundesländern und schwächten sie im Westen leicht ab. Am problematischsten ist es für Regionen, wo der Zuzug älterer Menschen zu einer „aktiven" Alterung, und der Fortzug jüngerer Einwohner und ihrer Kinder zu einer zusätzlichen „passiven" Alterung führen (vgl. Kap. 6.3.).

Abb. 16: Salden der Ost-West-Wanderungen nach Altersgruppen von 1991 bis 2004

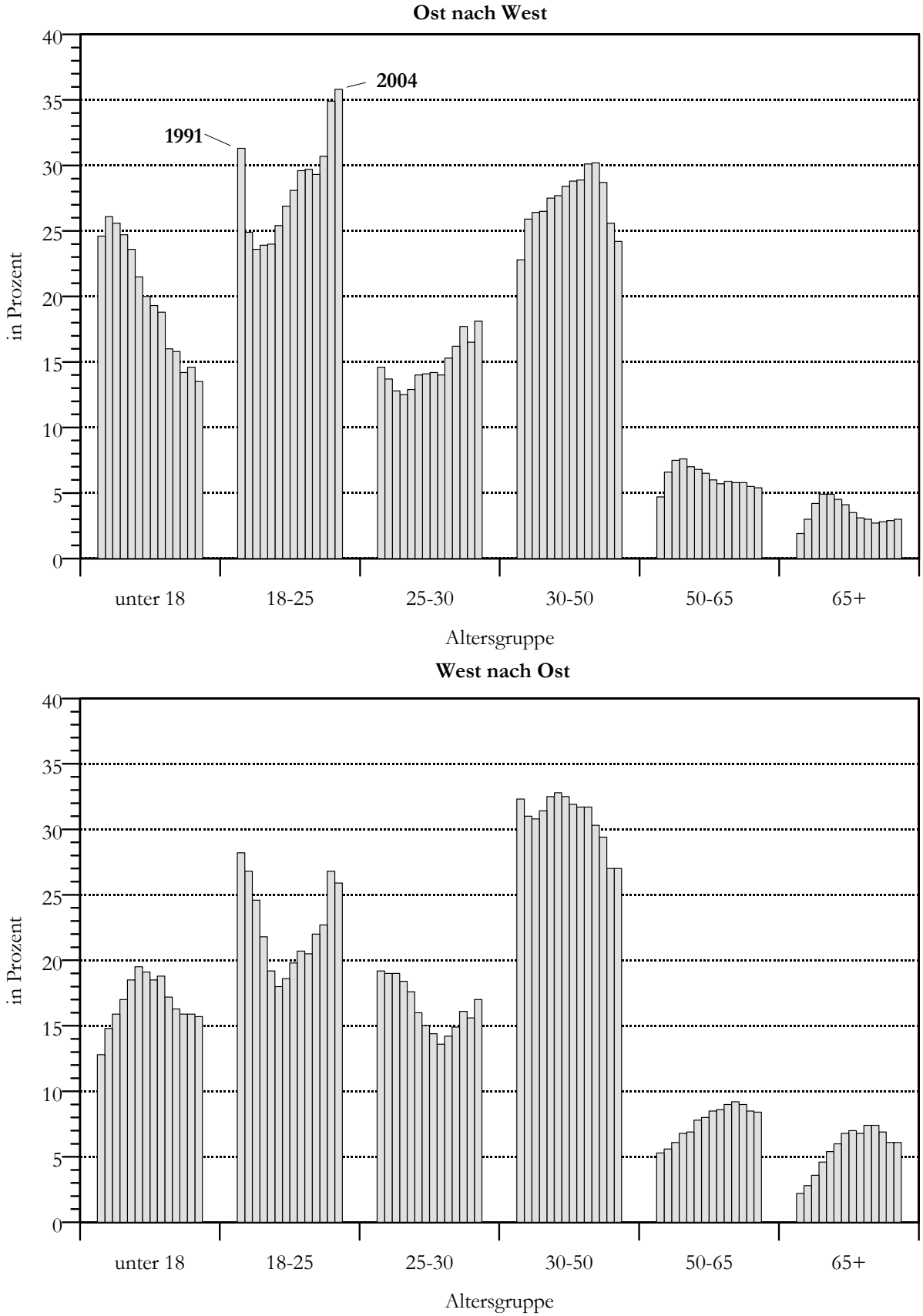


Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

Mit einer detaillierten Analyse der altersstrukturellen Zusammensetzung und zeitlichen Entwicklung der Wanderungsströme werden Verhaltensänderungen angedeutet, die sich in den Wanderungsmustern widerspiegeln (Abb. 17). Bei den Wanderungen von Osten Richtung Westen fällt auf, dass in den ersten Jahren des Untersuchungszeitraumes von 1991 bis 2004 der Anteil der Familien deutlich höher war (interpretiert anhand der 0- bis unter 18-Jährigen).

[76] Dies wurde durch Zuzüge aus dem Ausland etwas abgeschwächt, allerdings waren diese Wanderungsgewinne in den Altersstufen deutlich geringer als die Verluste.

Abb. 17: Altersgruppen-Anteile an den Ost-West-Wanderungen von 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

Umgekehrt ist im Verlaufe der Jahre bis 2001 der Anteil der 30- bis unter 50-Jährigen angestiegen. Er wies 2000/2001 sogar den größten Anteil an den Fortzügen auf. Die gegensätzliche Ent-

wicklung in den letzten Jahren deutet darauf hin, dass es unter den 30- bis unter 50-Jährigen nun mehr ledige Erwachsene bzw. Erwachsene ohne Familie gewesen sein dürften, die arbeitsorientiert wanderten. Aber auch diese Altersgruppe hat in den letzten Jahren prozentual abgenommen, ebenso wie die Älteren ab 50 Jahren. Im Anteil deutlich zugenommen haben dagegen die Jüngeren zwischen 18 und 30 Jahren. 2004 entfielen über 35 % aller Fortzüge gen Westen auf die zwischen 18 und 25 Jahre alten Personen.

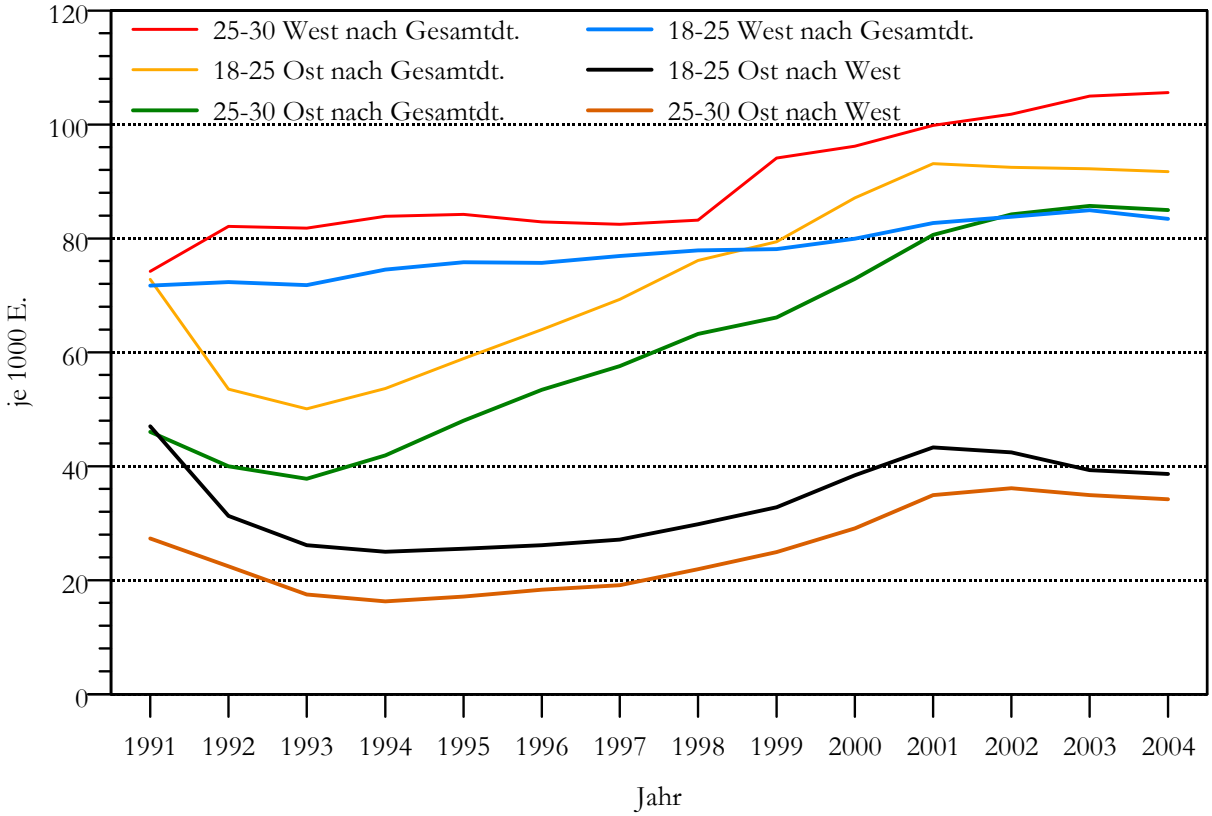
Deutlich wird der Gegensatz zwischen den „jungen" Fortzügen und den eher von mittleren und älteren Altersgruppen geprägten Zuzügen von West- nach Ostdeutschland. Die Altersgruppen ab 30 machen über 50 % der Ost-Zuzüge aus. Die jüngere Altersgruppe 18- bis unter 25 Jahre hatte demgegenüber zu Beginn der 1990er Jahre einen noch größeren Anteil, der in den letzten zwei Jahren wieder auf gut ein Viertel anwuchs. Außerdem stieg der Anteil des Familienzuzugs nach Ostdeutschland zunächst deutlich an. Nach einem Anstieg in den 1990er Jahren stagnierte der Anteil der Älteren in den letzten Jahren bzw. war sogar leicht rückläufig. Zu dieser Wanderungsgruppe gehören wohl teilweise auch ruhesitzorientierte Senioren und rückkehrende Ostdeutsche. Innerhalb aller Altersgruppen waren jedoch die Personen der Altersgruppe 30- bis unter 50 Jahren am stärksten an den West-Ost-Wanderungen beteiligt.

Für eine Wanderungsanalyse ist neben dem Saldo auch die Fortzugsintensität als Indikator der Mobilität eine wichtige Variable. Vergleicht man lediglich die beiden großräumigen Ströme zwischen Ost und West, so zeigt sich in allen Altersgruppen eine klare Dominanz der Fortzüge aus Ostdeutschland, wogegen die West-Ost-Wanderungen quantitativ kaum relevant sind. Bei den 18- bis unter 25-jährigen Ostdeutschen sind die Fortzüge mehr als 10mal so häufig. Dies ändert sich allerdings, vergleicht man diese mit den Fortzugsraten innerhalb Westdeutschlands: Dann sind die Fortzugsraten in Ostdeutschland in allen Altersgruppen eher (unter)durchschnittlich. Allerdings ist hier die Vergleichsmasse nicht dieselbe: bei den innerwestdeutschen Wanderungen[77] ist der Großteil kleinräumig, z.B. von der Stadt ins Umland. Vergleicht man daher alle Wanderungen in West und Ost über die Kreisgrenze mit dem übrigen Deutschland, dann sind die ostdeutschen Fortzugsraten weitestgehend durchschnittlich: die älteren Altersgruppen weisen etwas höhere, die Altersgruppen im Familienalter etwas niedrigere Raten auf. Eine Ausnahme bilden die jüngeren Altersgruppen (Abb. 18). Hier haben die 18- bis unter 25-Jährigen (alle Wanderungsrichtungen zusammen genommen) höhere Fortzugsraten als ihre westlichen Altersgenossen, allerdings erst seit etwa 1999. Die Fortzugsrate der 18- bis unter 25 Jahre alten Ostdeutschen war dabei stets höher als die der 25- bis unter 30-Jährigen. Die ostdeutschen jungen Erwachsenen sind also, sowohl bei einem reinen Ost-West-Vergleich, als auch unter Einbeziehung aller Wanderungsrichtungen, insgesamt mobiler als ihre westdeutschen Altersgenossen. Diese Feststellung gilt allerdings nicht für die 25- bis unter 30-Jährigen, bei denen die Westdeutschen deutlich mobiler sind als die Ostdeutschen. Der Abstand dieser Kurven zu denjenigen der Ost-West-Wanderungen verdeutlicht nochmals das Ausmaß der kleinräumigen Wanderungen, die in diesen Kurven nicht enthalten sind.

---

77 Bei dieser Analyse wieder jeweils über die Kreisgrenze betrachtet.

Abb. 18: Binnenfortzugsraten in Ost- und Westdeutschland (über die Kreisgrenzen) 18- bis unter 25- und 25- bis unter 30-Jährige, 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

5.4.3 Geschlechtsspezifische Altersselektivität

Neben dem zeitlichen Verlauf weisen die altersselektiven Ost-West-Wanderungen deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede auf. In den Jahren 1991 bis 2004 wanderten netto 364 Tausend Männer, jedoch 536 Tausend Frauen aus Ostdeutschland ab (Tab. 9). Bei den 18- bis unter 25-Jährigen kommt dieses Missverhältnis noch drastischer zum Ausdruck: 123 Tausend Männer gegenüber 216 Tausend Frauen. Auch insgesamt gesehen betraf die überdurchschnittliche Abwanderung der Frauen in erster Linie diese Altersgruppe, auch wenn in den übrigen ebenfalls Frauen netto stärker abwanderten. Genauer zeigt dies Abbildung 19: das Maximum der weiblichen Abwanderung lag 2004 klar bei den 20-Jährigen. Vor allem zwischen 17 und 20 Jahren ist die Abwanderung der Frauen erheblich größer als bei den Männern.

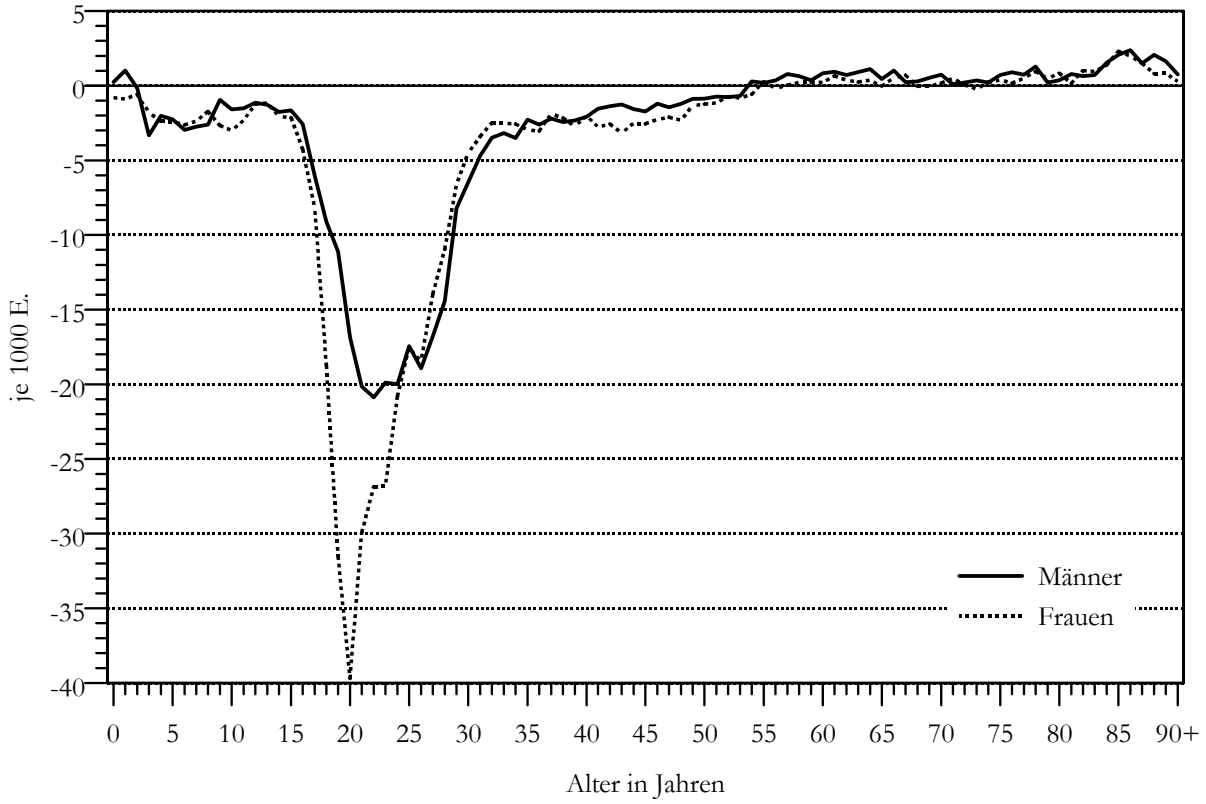
Die Gründe für die doppelt so hohe Abwanderung jüngerer Frauen werden im vergleichsweise hohen weiblichen Ausbildungs- und Erwerbstätigenniveau der ostdeutschen Frauen einerseits und deren dennoch mangelnden Beschäftigungsperspektiven andererseits gesehen. Ostdeutsche Frauen haben demzufolge offensichtlich eine höhere Mobilitätsbereitschaft, zudem ziehen sie deutlich eher aus dem Elternhaus aus als Männer. Schließlich wird auch der *mismatch* auf dem Heirats-/Partnermarkt vor Ort stellenweise als Ursache genannt. Die Auswirkungen dieser geschlechtsspezifisch ungleichen Abwanderung sind jedenfalls gravierend. Mögen sie quantitativ noch nicht sehr bedeutend sein, demographisch wirken sie zweifach: einmal durch den Wegzug junger Menschen, zum anderen durch den Fortzug potenzieller Mütter und deren künftiger Kinder.

Tab. 9: Wanderungssaldo zwischen Ost- und Westdeutschland nach Altersgruppen und Geschlecht, 1991-2004 (in 1.000)

Altersgruppe	Frauen	Männer	*Gesamt*
bis 18	-110,4	-104,6	*-215,0*
18-25	-216,2	-123,4	*-339,7*
25-30	-60,1	-55,1	*-115,2*
30-50	-123,2	-74,0	*-197,2*
50-65	-25,1	-8,4	*-33,4*
65+	-1,0	1,8	*0,8*
Gesamt	*-536,0*	*-363,6*	*-899,6*

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

Abb. 19: Wanderungssaldo Ost- mit Westdeutschland nach Geschlecht und Einzelalter, 2004

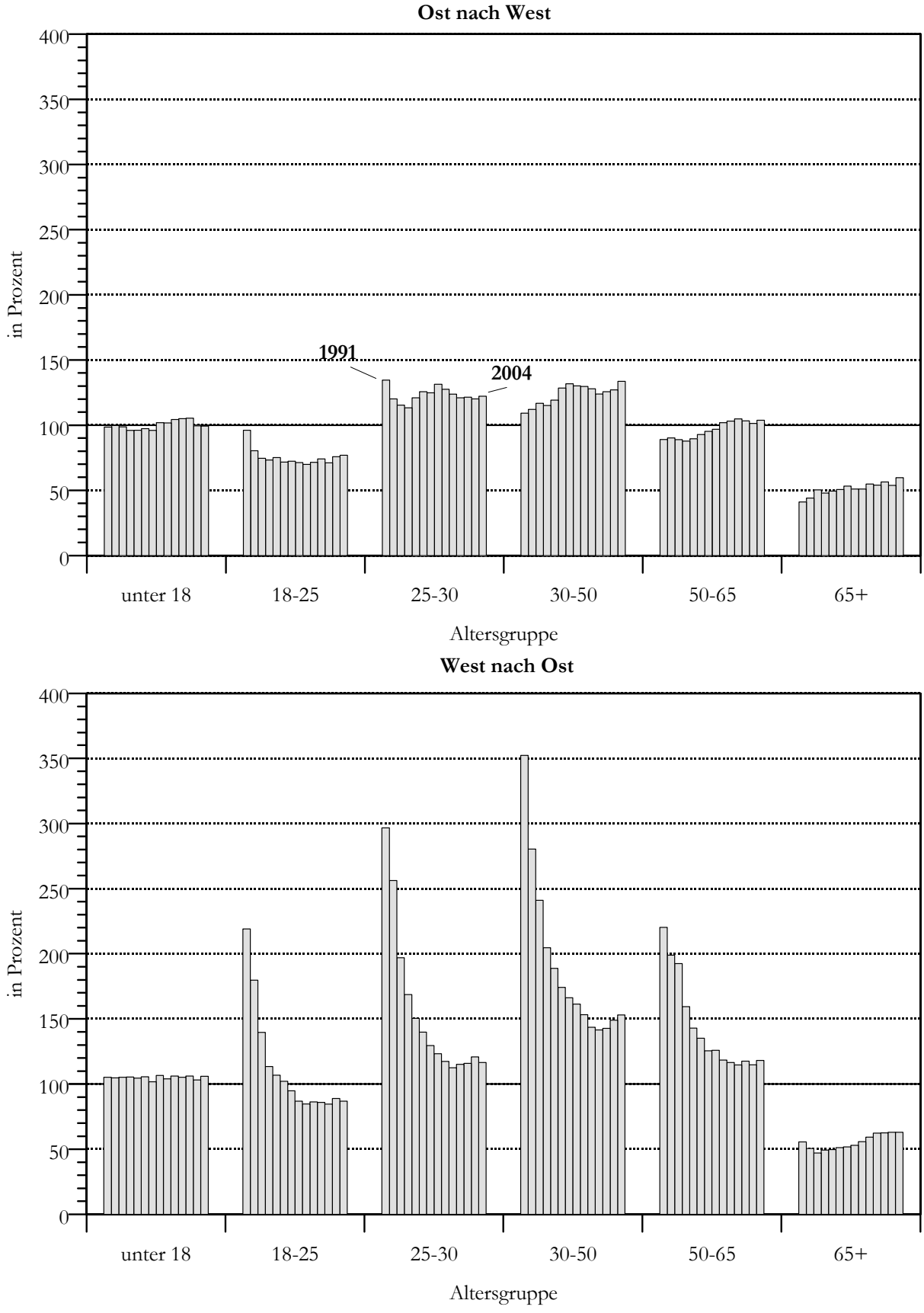


Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

Folge dieser Entwicklung ist ein Männerüberschuss vor allem bei jüngeren Jahrgängen, vor allem in ländlich-peripheren Räumen (*Weiß* 2002). Ein anderer Grund für die stärkere Abwanderung der Frauen insgesamt zeigt ein Vergleich der Sexualproportion nach Altersgruppen (Abb. 20): die Fortzüge nach Westen der 18- bis 25-Jährigen sind weiblich dominiert. Andererseits liegt das Verhältnis bei den Altersgruppen zwischen 25 und 50 Jahren zugunsten der Männer. Zudem hat sich der Frauenüberschuss bei den Fortzügen in den letzten Jahren verringert oder stagnierte zumindest. Bei den Zuzügen von West nach Ost waren die Wanderungen vor allem in den Anfangsjahren stark männlich dominiert. Auch 2004 lag die Relation bei den 25- bis 65-Jährigen noch klar zugunsten der Männer. Insbesondere Anfang der 1990er Jahre sind wenige Frauen nach Ostdeutschland gezogen, und im Gegenzug überdurchschnittlich viele jüngere Frauen in den Westen abgewandert.[78]

[78] Allerdings lag das Niveau der West-Ost-Fortzüge deutlich unter den Ost-West-Fortzügen.

Abb. 20: Sexualproportion der Ost-West-Wanderungen von 1991 bis 2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R Mai

5.4.4 Regionale Altersselektivität

5.4.4.1 Regionale Altersstrukturtypen der Abwanderung

Neben der zeitlichen und geschlechtsspezifischen Selektivität trat die Altersselektivität auch räumlich differenziert auf.[79] Der altersselektive Verlauf der Ost-West-Wanderungen wies zwar Übereinstimmungen auf, dennoch lassen sich regionale Unterschiede ausmachen. Grundsätzlich ist die Abwanderung immer im regionalen Kontext zu sehen, es gibt räumliche Muster der Verlierer und Gewinner, kleinräumig oft nah beieinander. Persistente selektive Abwanderungsmuster existierten schon zu DDR-Zeiten vor allem im ländlichen Raum.

Insgesamt wanderte vor allem die jüngere Bevölkerung großflächig ab. Es gab aber auch zumindest zeitweilig Zuwanderungsregionen wie etwa Universitätsstädte. Der Saldo variierte regional deutlich, am stärksten bei den 18- bis 25-Jährigen.[80] Zuwanderungsgewinne gab es auch bei der älteren Bevölkerung ab Mitte der 1990er Jahre, vor allem im ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns. Hierunter fielen Ruhesitzwanderer oder Rückwanderer, aber auch die günstige Baulandausweisung in den grenznahen Gemeinden zu Hamburg/Schleswig-Holstein spielte wohl eine Rolle (*Dinkel* 2004). Der Anteil der Westwanderungen an allen Fortzügen betrug im Jahr 2004 37 % und hatte seine höchsten Werte in ländlichen Kreisen. Der Anteil variiert ebenfalls altersspezifisch mit den höchsten Werten (über 40 %) bei den 18- bis 30-Jährigen. Der Westwanderungsanteil ist nicht zuletzt ein aussagekräftiger Indikator für die Attraktivität und Ausstattung einer Region. Im Zeitverlauf ist er allerdings geringer geworden: 1991 betrug er zwischen 55 % und 65 % aller Fortzüge, mit regional noch höheren Werten. In den letzten Jahren hat er sich auf einem niedrigeren Niveau eingependelt; das ostdeutsche Wanderungsgeschehen hat sich zunehmend diversifiziert.

Mittels einer Clusteranalyse wurden Altersstrukturtypen der Ost-West-Wanderungen gebildet, um die regional differenzierten altersselektiven Strukturen der Abwanderung zu gruppieren (Karte 2). Die Cluster deuten auf regionale Milieus und Standortqualitäten, die die Wanderungen beeinflussen:

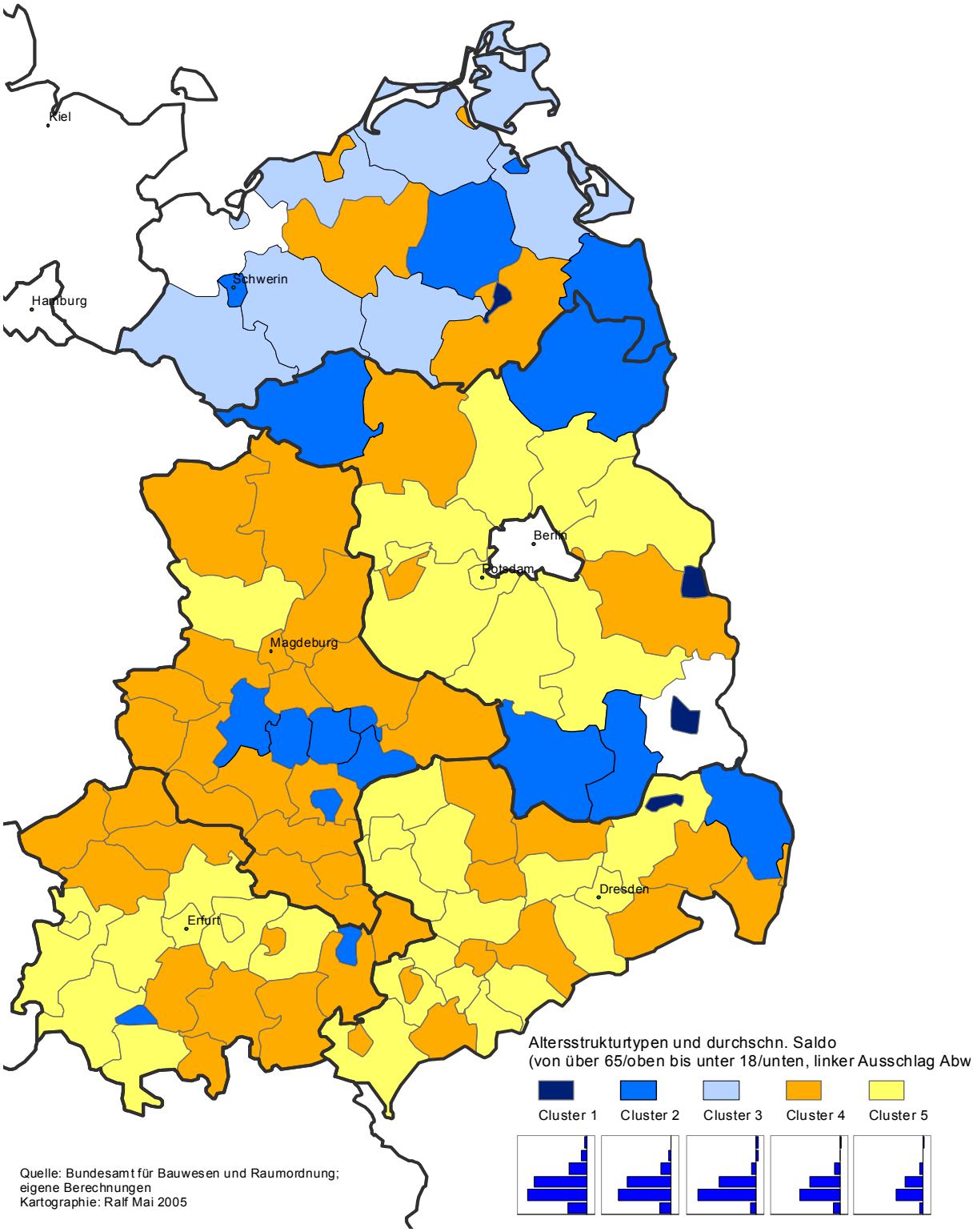
Cluster 1 und 2 zeigen Abwanderungen in jeder Altersstufe, besonders aber bei den 18- bis 25-Jährigen, und umfassen vorrangig altindustrialisierte Gebiete (etwa in Sachsen-Anhalt), peripher gelegene ländliche Räume im Norden, oder strukturschwache Mittelstädte (Frankfurt/Oder, Cottbus, Hoyerswerda). Die 18- bis 25-Jährigen müssen in beiden Clustern die (relativ) stärkste Abwanderung hinnehmen – wie auch bei den übrigen drei Clustern. Cluster 1 umfasst die Kreise mit der stärksten Abwanderung der zwischen 18- und 25-Jährigen. Diese Mittelstädte weisen deshalb ausgeprägte Schrumpfungs- und Alterungstendenzen auf. Hier übt die Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation einen starken Druck auf die Abwanderungsbereitschaft der jüngeren Bevölkerung aus. Auch bei den Altersgruppen im Familienalter ist die Abwanderung in Cluster 1 am stärksten.

---

79 Regionale Analyseebene sind im Folgenden die Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland, mit Ausnahme der Kreise Spree-Neiße und Nordwest-Mecklenburg, deren Wanderungsaufkommen durch Aufnahmelager für Aussiedler in den 1990er Jahren stark überlagert war.

80 Zwischen -52,8 und +5,7 Personen je 1.000 Einwohner (Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2004).

Karte 2: Altersstrukturtypen der Abwanderung aus Ostdeutschland[81] (2002 bis 2004)



Cluster 2 hat im Mittel eine etwas geringere Abwanderung, jedoch mit demselben altersstrukturellen Muster. Sowohl bei den Jüngeren als auch den 30- bis 50- und bei den unter 18-Jährigen zeichnen sich solche strukturschwachen Kreise etwa in Sachsen-Anhalt durch eine überdurch-

[81] Die Kreise ohne Einfärbung wurden aufgrund von Aufnahmeeinrichtungen für Aussiedler/Asylbewerber nicht die Analyse einbezogen; ebenso Berlin.

schnittliche Abwanderung aus. Cluster 1 und 2 umfassen damit diejenigen Regionen, die überdurchschnittlich zur ostdeutschen Schrumpfung beitragen.

Cluster 3 bildet zu den o.a. Clustern einen Gegensatz mit aber ebenfalls hoher Abwanderung jüngerer Bevölkerung zwischen 18 und 30 Jahren, einer geringen Abwanderung von Familien bzw. 30- bis 50-Jährigen, und einer leichten Zuwanderung von Personen ab 50 Jahren. Diese Kreise finden sich vor allem in Mecklenburg-Vorpommern. In diesen peripher-ländlichen Regionen ist die Abwanderung der Jugendlichen am stärksten. Im Zeitraum 2002/2004 betrug der größte Wanderungsverlust 53 je 1.000 Einwohner (Parchim), in Uecker-Randow waren es 50 je 1.000 Einwohner.

Cluster 4 und 5 schließlich haben ein gemäßigtes Abwanderungsmuster. Auch aus Cluster 4 wandern hauptsächlich jüngere Menschen ab, allerdings liegt das Abwanderungsniveau deutlich unter dem der oben beschriebenen Regionen. Insgesamt sind hier Kreise mit gemäßigter Abwanderung, junger Altersstruktur, aber unterdurchschnittlicher ökonomischer Entwicklung zusammengefasst. Dazu zählen oft grenznahe (zu Westdeutschland) bzw. verstädterte Räume, die mehr als Wohnstandort attraktiv sind und weniger als Arbeitsort. Auch in dieser Gruppe befinden sich Kreise mit einem positiven Saldo bei der älteren Bevölkerung. Die Abwanderung älterer Personen konzentriert sich dagegen hauptsächlich auf Cluster 1 und 2, Großstädte oder strukturschwache Regionen mit einer ungünstigen Ausstattung.

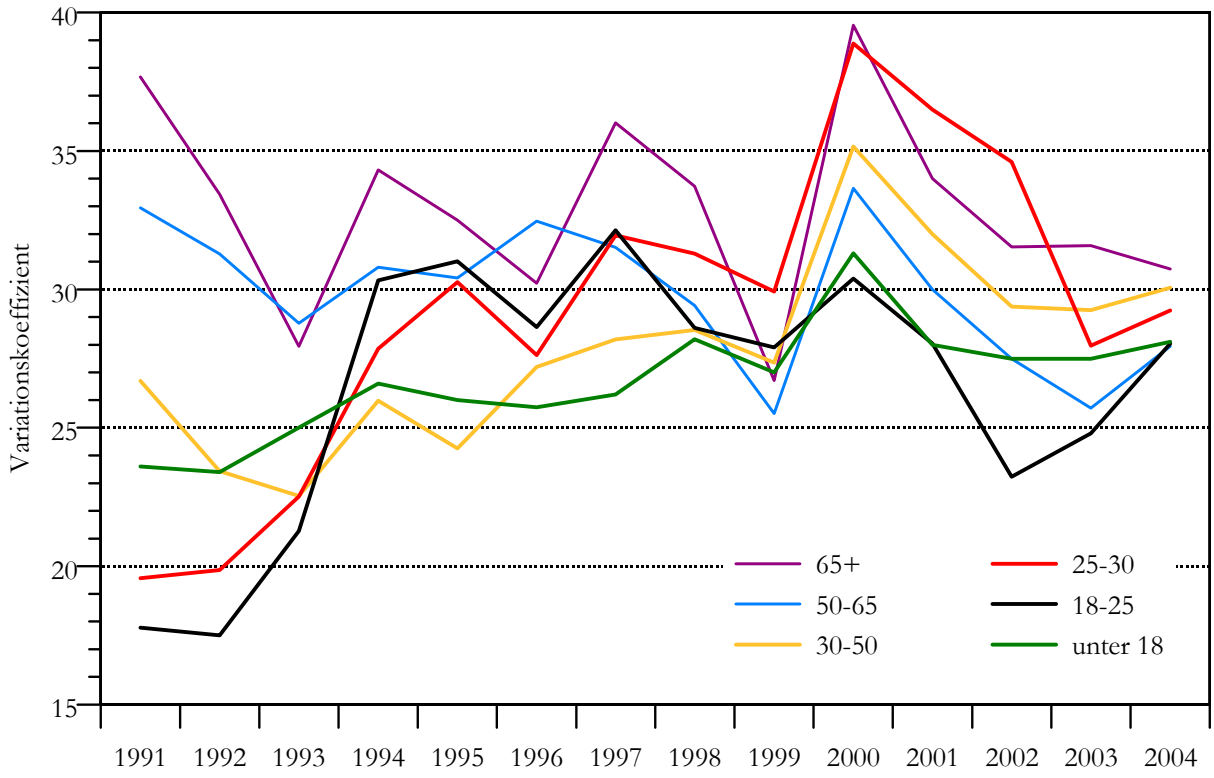
Cluster 5 umfasst die Kreise mit der geringsten Abwanderung in allen Altersgruppen. Dazu gehören Regionen, die spezifische Standortvorteile – sei es als Wohn- oder Wirtschafts- und -Bildungsstandort – und eine überdurchschnittliche sozioökonomische Entwicklung aufweisen. Während die verdichteten Kreise im Umland größerer Städte wichtige Wohnstandorte sind, können die Oberzentren eher mit ihren Vorteilen am Arbeitsmarkt oder bei Versorgungsstrukturen Einwohner am Ort halten oder gar neue gewinnen. Solche „Stabilitätsinseln", wie Leipzig, Dresden oder Potsdam können ihre Abwanderung nach Westdeutschland sogar teilweise kompensieren – allerdings auf Kosten des Umlands, aus dem Bevölkerung abwandert (*Herfert* 2002: 334). Universitätsstädte wie Weimar und Jena schließlich verbuchen bei der jüngeren Bevölkerung leichte Zuwanderung mit 1 bzw. 5,7 Personen je 1.000 Einwohner. Auch bei den Altersgruppen im Familienalter ist die Abwanderung unterdurchschnittlich: in diesen oft suburbanen Kreisen verfügen Familien eher über Wohneigentum und eine längerfristige Lebensperspektive, die sie stärker am Ort hält bzw. bindet.

Die regionale Streuung der altersselektiven Abwanderung[82] zeigt im Zeitverlauf eine Tendenz zur Konvergenz der Altersgruppen (Abb. 21). Im Jahr 1991 lagen die Koeffizienten noch recht weit auseinander; mit der größten Streuung bei den ab 65-Jährigen und der niedrigsten bei den 18- bis 25-Jährigen. Im Jahr 2004 hat sich das Bild gewandelt, die altersspezifischen Streuungen liegen mittlerweile nah beieinander. Die 18- bis 25- und die unter 18-Jährigen weisen generell relativ niedrige Streuungswerte auf. Die ansteigende regionale Streuung bei den Jüngeren könnte ein Hinweis auf steigende ökonomische Disparitäten sein, wenn man davon ausgeht, dass solche Wanderungsmotive in dieser Altersgruppe vorherrschend sind. Die altersspezifische Konvergenz insgesamt dagegen könnte darauf hindeuten, dass die altersspezifische Bewertung der regionalen Lebensbedingungen als Wanderungsdeterminante im Laufe der Jahre an Bedeutung verlor; mit

[82] Gemessen anhand der Variationskoeffizienten der Fortzugsraten in den Kreisen.

anderen Worten, dass die wanderungsentscheidenden Aspekte von den Altersgruppen mit den Jahren ähnlicher beurteilt wurden. Allerdings sind diese Interpretationen empirisch noch relativ schwach unterfüttert.

Abb. 21: Streuung der Fortzugsraten nach Altersgruppen (Fortzüge in den ostdeutschen Kreisen nach Westdeutschland), 1991-2004



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

5.4.4.2 Altersstrukturelle Phasen der Abwanderung

Wie stellt sich nun die räumliche Differenzierung im Zeitverlauf dar? Hierfür wurden die altersselektiven Wanderungen in vier Phasen eingeteilt (Tab. 10). Die Abwanderungsregionen wurden zu drei siedlungsstrukturellen Gebietskategorien aggregiert: Agglomerationen/Kernstädte, verstädterte Räume und ländliche Räume:[83]

- Die erste Phase (1991-1993) war in allen Altersgruppen von einem großen Wanderungsgefälle zum Westen geprägt. Insbesondere aus verstädterten und ländlichen Kreisen wanderten jüngere Menschen ab. Hierin spiegelt sich die mangelnde Befriedigung des Anspruchsniveaus dieser Altersgruppen wider. Familien und ältere Altersgruppen wanderten am meisten aus verstädterten Regionen nach Westdeutschland. Auch die beiden anderen Gebietskategorien haben negative Saldoraten bei der mittleren und älteren Bevölkerung. Das gegensätzliche Muster verweist auf die unterschiedliche Wanderungsmotivation: jüngere Bevölkerung zieht eher aus ländlichen oder verstädterten Gebieten fort als Familien, die dort eventuell noch einen bevorzugten Wohnstandort haben und zunächst Pendeln als Möglichkeit ansehen.

83 Analog zur Systematik des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (*BBR* 2004).

Tab. 10: Phasen der altersselektiven Ost-West-Wanderungen nach Regionstypen (Saldo je 1.000 Einwohner, Durchschnitt der Jahre)

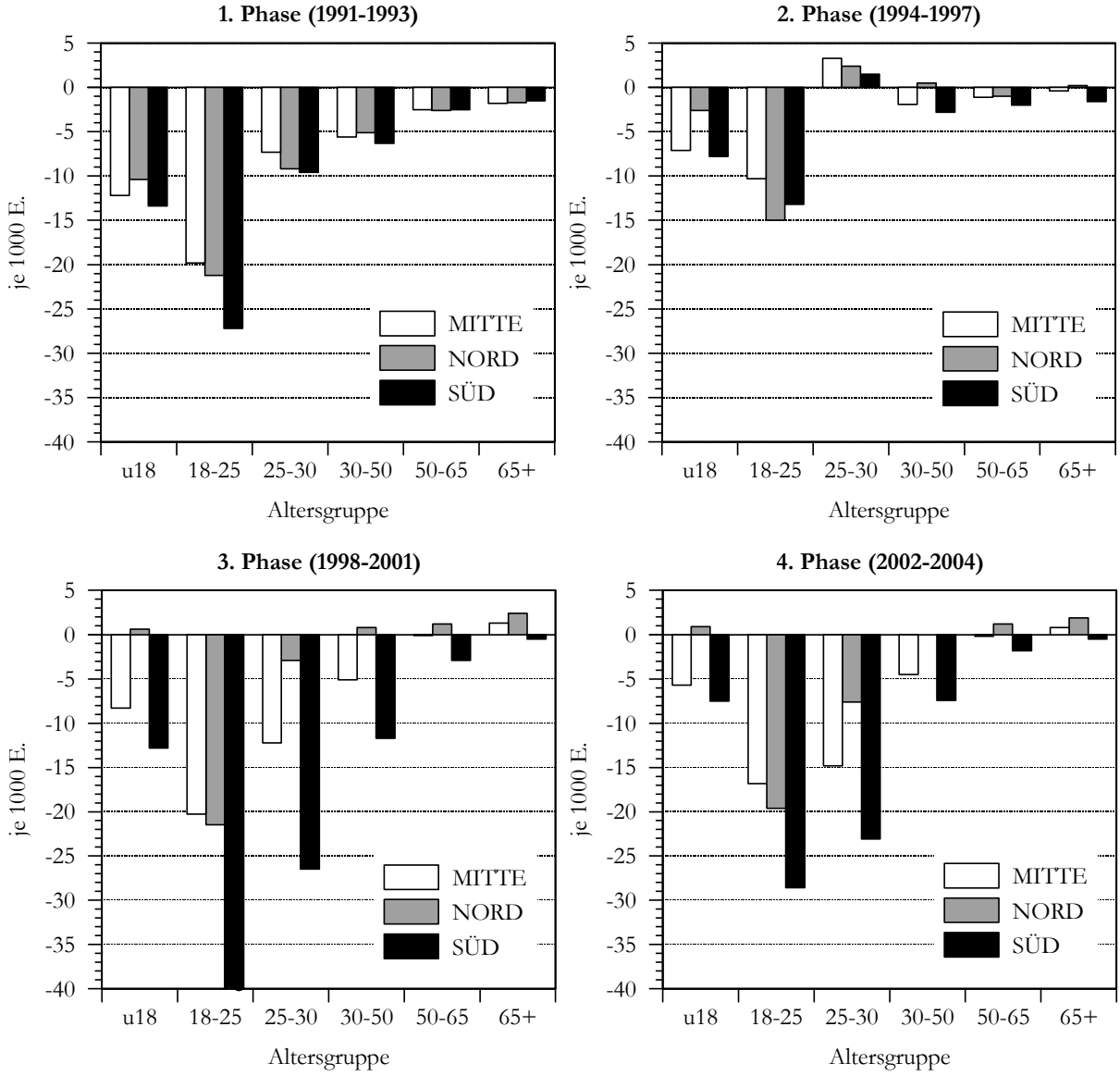
	Altersgruppe	1991-1993	1994-1997	1998-2001	2002-2004
Agglomerationen	unter 18	-9,3	-2,7	-4,4	-3,3
	18-25	-22,9	-5,6	-17,1	-16,8
	25-30	-7,2	2,4	-9,7	-11,5
	30-50	-3,9	0,4	-3,2	-3,1
	50-65	-2,0	-0,5	-0,3	-0,1
	65+	-1,6	-0,4	0,6	0,5
Verstädterte Räume	unter 18	-10,3	-4,0	-6,1	-4,4
	18-25	-27,1	-11,6	-25,0	-23,0
	25-30	-9,0	-1,7	-14,6	-18,8
	30-50	-5,2	-1,2	-4,9	-4,3
	50-65	-2,3	-0,8	-0,8	-0,5
	65+	-1,2	-0,1	0,3	0,3
Ländliche Räume	unter 18	-9,4	-4,0	-6,0	-4,8
	18-25	-25,6	-17,0	-31,9	-33,4
	25-30	-7,2	-3,9	-17,2	-24,5
	30-50	-4,5	-1,7	-4,4	-4,1
	50-65	-1,8	-0,4	-0,5	-0,1
	65+	-0,9	0,3	0,7	0,6

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BA für Bauwesen und Raumordnung; Bearbeitung: R. Mai

- In der zweiten Phase (1994-1997) verringerten sich die Wanderungsgefälle in fast allen Kreisen merklich und waren beinahe ausgeglichen. In bestimmten Altersgruppen und Jahren konnte sogar Zuwanderung verbucht werden (25- bis 50-Jährige in Agglomerationen und ab 65-Jährige im ländlichen Raum). Die unterschiedliche räumliche Struktur der altersselektiven Wanderungen äußerte sich wie in der ersten Phase darin, dass die jüngere Bevölkerung vor allem aus ländlichen und verstädterten Kreisen, die ältere am ehesten noch aus den Kernstädten fortzog; bei den verstädterten/ländlichen Kreisen war ihr Saldo fast ausgeglichen, während dies bei den jüngeren und mittleren Altersstufen für die Agglomerationen zutraf. Bei den mittleren Altersgruppen war die Abwanderung aus dem ländlichen Raum am stärksten.
- In der dritten Phase (1998 bis 2001) war wieder, altersspezifisch differenziert, ein Anwachsen des Wanderungsgefälles zu beobachten. Der Saldo der älteren Bevölkerung war zwar seitdem im verstädterten und ländlichen Raum leicht positiv, und ihr Anteil an den Zuzügen nach Ostdeutschland erhöhte sich. Die anderen Wanderungsgruppen verzeichneten dagegen ansteigende Wanderungsgefälle. Die Muster glichen sich in Bezug auf das Niveau und die siedlungsstrukturellen Muster der ersten Phase an: Jugendliche zogen eher aus ländlichen Kreisen, Familien am stärksten aus verstädterten Regionen fort. Bei den 18- bis 30-Jährigen in ländlichen Kreisen wurden die Werte der ersten Phase sogar deutlich übertroffen. Hier deutete sich eine Trendwende an. Der West-Anteil an den Fortzügen stieg ebenfalls wieder an, nachdem er zur Mitte der 1990er Jahre gesunken war.
- In der vierten Phase (ab 2002) scheint sich die Abwanderung in einigen Altersstufen eingependelt zu haben: die älteren Jahrgänge haben per Saldo in allen drei Kategorien Wanderungsgewinne, die Familien und mittleren Altersgruppen wandern am stärksten aus dem verstädterten Raum ab, wobei die Raten bei den 30- bis 50-Jährigen gleich geblieben und bei den Familien sogar leicht gesunken sind. Nur die jüngere Bevölkerung weist eine noch stärkere Abwanderung gegenüber der dritten Phase auf – allerdings weitestgehend konzentriert auf den ländlichen Raum. In den beiden anderen Raumkategorien haben sich die Saldoraten

kaum verändert. Der ländliche Raum jedoch muss ein ansteigendes Wanderungsgefälle hinnehmen, wobei die Abwanderung der 18- bis 25-Jährigen noch stärker ist. Die Agglomerationen haben nun insgesamt die geringsten Wanderungsverluste.

Abb. 22: Phasen der Ost-West-Wanderungen nach Zielgebieten, 1991-2004 (Binnenwanderungssalden mit Ländergruppen)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Bearbeitung: R. Mai

Im nächsten Schritt wurde die altersselektive Abwanderung statt nach den Herkunftsregionen nach der Zielregion der Abwanderung differenziert, die mit den bereits mehrmals verwendeten Ländergruppen operationalisiert wurden (Abb. 22):

- Die *erste Phase* war in allen Altersgruppen von einem deutlichen Wanderungsgefälle zum Westen geprägt. Dieses konzentrierte sich vor allem auf die Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen. In höheren Altersgruppen wurde das Wanderungsgefälle kleiner. Vor allem von Personen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren wanderten überdurchschnittlich viele nach *Süd*. Aber auch in den anderen Altersgruppen, außer bei den ab 50-Jährigen, war dies die häufigste Zielregion.
- In der *zweiten Phase* verringerten sich die Wanderungsverluste zu Westdeutschland merklich. Bei den 25- bis 30-Jährigen war der Saldo sogar positiv. Bei den 18- bis 25-Jährigen war nun

Nord das häufigste Zielgebiet, Familien (unter 18) wanderten dagegen am seltensten dorthin ab. Bei den 25- bis 30-Jährigen war die Zuwanderung von Personen aus *Mitte* am größten.

- In der *dritten Phase* wuchs das Wanderungsgefälle teilweise wieder an. Die beiden jüngeren Wanderungsgruppen verzeichneten ansteigende Wanderungsverluste und trugen so noch stärker zur Abwanderung bei. Auffallend ist, dass nun die Richtung *Süd* eine größere Rolle spielte. Sie weist in allen Altersstufen die stärkste Abwanderung auf. Die anderen Zielgebiete haben unregelmäßige Muster. So wandern Personen zwischen 18 und 30 Jahren nach *Nord* ab, während es in den übrigen Altersstufen in dieser Phase Zuwanderung gegenüber *Nord* gab (vor allem Suburbanisierung aus dem Großraum Hamburg). Nach *Mitte* wanderten vor allem unter 50-Jährige.
- Die *vierte Phase* lässt ein erneutes Abflauen der Ost-West-Abwanderung erkennen. Die Altersverteilung bleibt ähnlich zur vorherigen Phase, nur die Abwanderung bei den 25- bis 30-Jährigen ist stärker als vorher. Es kristallisiert sich mehr und mehr eine jugendliche Abwanderung bei ansonsten „normalen" Wanderungsmustern heraus. Auch das regional differenzierte Muster ist dem der dritten Phase ähnlich; im Grunde unterscheiden sich die beiden Phasen nur im Niveau. Wie sich das Wanderungsniveau auch im Hinblick auf die sinkende Zahl potenzieller Abwanderer in Ostdeutschland in Zukunft entwickeln wird, bleibt offen.

5.5 Fazit

Die Abwanderung aus Ostdeutschland weist seit der Wiedervereinigung eine zeitlich, geschlechtsspezifisch und räumlich ausgeprägte Selektivität auf. Die Abwanderung konzentrierte sich mit der Zeit immer stärker auf die jüngeren Altersgruppen, deren Mobilität höher ist als bei den westdeutschen Jugendlichen. Das Medianalter der Fortzüge liegt um 1,8 Jahre unter dem der Zuzüge aus Westen, und sogar um 3,7 Jahre niedriger als bei den Wanderungen innerhalb Westdeutschlands. Das unterschiedliche Muster lässt Differenzen bei der Motivationsstruktur der jeweiligen Wanderungsgruppen vermuten. Die zeitliche Entwicklung der altersstrukturellen Wanderungen kann in verschiedene Phasen, die auch die Schwerpunkte der Altersgruppen bei den Wanderungsströmen abbilden, eingeteilt werden. Die geschlechtsspezifische Selektivität zeigt sich beispielsweise darin, dass in der Gruppe der 18- bis 25-Jährigen deutlich mehr Frauen als Männer abwanderten. Auch regional gibt es ausgeprägte Strukturen, wobei die Abwanderung regional unterschiedlich ausfallen kann. Typisiert nach der Altersstruktur und zeitlich-siedlungsstrukturellen Phasen ergeben sich aufschlussreiche Muster: die Abwanderung konzentriert sich vor allem auf die jüngere Bevölkerung aus dem ländlichen Raum. Ob sich mit den letzten Jahren ein längerfristiges Wanderungsmuster herauskristallisiert hat, bleibt noch offen. Durch die unterschiedlichen Alterszusammensetzungen der Zu- und Fortzüge kommt es jedenfalls zu Austauschprozessen und einer Verschärfung der Alterung in Ostdeutschland. Im Zuge der vermuteten wachsenden ökonomischen Disparitäten innerhalb Deutschlands (*Gatzweiler/Milbert* 2006) ist aber anzunehmen, dass dadurch auch in Zukunft Druck auf die Abwanderungsbereitschaft ausgeübt wird.

6 Effekte der Binnenwanderungen auf die Bevölkerungsentwicklung und Alterung in den Bundesländern[84]

6.1 Vorbemerkungen

In der Demographie ist es eine gängige Methode, mittels Modellrechnungen Effekte von Parameterveränderungen zu simulieren und so die Fragen „was wäre wenn" oder „was wäre gewesen" zu beantworten. Dabei ist es nicht nur möglich, in die Zukunft zu blicken (etwa mit Status-Quo-Projektionen oder dem Modell der stabilen Bevölkerung), sondern auch, den Blick zurückzurichten und eine „ex-post-Projektion" durchzuführen. In dieser Arbeit wird eine solche ex-post-Projektion verwendet, um den Einfluss der Binnenmigration auf die Komponenten der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen deutschen Bundesländern zu extrahieren. Die Methode folgt der Logik, dass, wenn außer dem interessierenden (hier die Binnenmigration) alle anderen Parameter konstant gehalten werden, die beobachteten Veränderungen in Verlauf und Struktur ausschließlich auf Variationen des interessierenden Parameters zurückgehen müssen. Mit dieser Art der „Dekomposition" der Bevölkerungsentwicklung können die Effekte der jeweiligen demographischen Variablen quantifiziert werden (*Dinkel/Meinl* 1991, *Luy* 2002).[85]

Im Folgenden wird eine solche Berechnung für die Bundesländer durchgeführt, der Binnenwanderungseffekt zwischen den Jahren 1991 und 2004 beziffert und sein Einfluss auf Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur analysiert.[86] Aus den real aufgetretenen Fällen der Prozesse Mortalität, Fertilität und Außenwanderung von 1991 bis 2004 werden Übergangsraten abgeleitet und in das Modell übernommen (die absoluten Zahlen konnten nicht verwendet werden, da die Modellbevölkerung ja schon ab dem zweiten Jahr von der realen abweicht).[87] Mit einem Kohorten-Komponenten-Modell wurde die Modellbevölkerung Jahr für Jahr unter Ausschluss der Binnenwanderungen fortgeschrieben. Da die tatsächlich beobachteten generativen Verhältnisse und die Außenwanderung der gleichen Datenbasis entstammen, muss die Differenz zwischen tatsächlicher und Modellbevölkerung auf die Binnenwanderung zurückgehen. Die höhere Ost-West-Wanderung jüngerer Altersgruppen und der Frauen lässt deutliche Effekte auf die ostdeutsche Bevölkerungsdynamik erwarten.[88] Der Effekt umfasst dabei nicht nur diejenigen Personen, die (ab)gewandert sind, sondern auch die potenziellen Kinder, die mit dem Fortzug ihrer Eltern im Westen geboren wurden.

Das Modell kann gleichwohl keinen Anspruch auf absoluten Wahrheitsgehalt bieten. Die Ergebnisse sollten daher eher in der Tendenz interpretiert werden. So oder so dürften mögliche Fehler bei den hier verwendeten, stark aggregierten Massen einen eher geringen Ausschlag geben. Außerdem sind in dem Modell sämtliche Binnenwanderungen enthalten, also auch die innerostdeutschen über die Ländergrenzen hinweg. Dieser Umstand muss bei der Interpretation der

---

84 Das folgende Kapitel wurde zusammen mit *Dr. Manfred Scharein* (BiB) erstellt.

85 Speziell mit den Auswirkungen von Wanderungen auf die Bevölkerungsdynamik hat sich *Dinkel* (1990, 2004) beschäftigt.

86 Eine ausführliche Fassung der Autoren (mit einer detaillierten Beschreibung des Modells) befindet sich in Druck und erscheint 2007.

87 Ausgangspunkt ist die Bevölkerung zum 31.12.1990. Datengrundlage waren Zahlen der Statistischen Landesämter und des Statistisches Bundesamtes.

88 „Für die langfristige Bevölkerungsdynamik sind alleine Frauen relevant, die vor oder während des reproduktiven Lebensabschnittes in einer Bevölkerung leben" (*Dinkel* 1990: 50). Ein Zuzug älterer Migranten ist längerfristig für die demographische Dynamik kaum bedeutend.

Ergebnisse berücksichtigt werden. Jedoch haben die großräumigen Binnenwanderungen innerhalb Ostdeutschlands gegenüber den Ost-West-Wanderungen ein geringes Gewicht. 75 bis 80 % aller Binnenfortzüge über die Ländergrenzen gehen nach Westdeutschland, sieht man von den Wanderungen zwischen Berlin und Brandenburg ab.

6.2 Demographischer Effekt der Binnenwanderungen

Für die Darstellung des Binnenwanderungseffekts werden zunächst die realen und modellierten Bevölkerungen in ihrem Bestand verglichen. Wie groß sind die Unterschiede in der Bevölkerungsgröße, unter der Annahme, dass keine Binnenwanderungen mit den übrigen Bundesländern stattgefunden hätten? Tabelle 11 gibt hierüber Aufschluss mit der Gegenüberstellung beider Bevölkerungsgrößen. Die letzten drei Spalten zeigen die prozentuale Differenz zwischen realer und Modellbevölkerung am 31.12.2004 für Männer, Frauen und die Gesamtbevölkerung. Positive Werte sind so zu interpretieren, dass die tatsächliche Bevölkerung größer ist als die im Modell, es also real Zuwanderungsgewinne gegeben hat. Bei negativen Werten gab es analog zwischen 1991 und 2004 per Saldo Abwanderung, weshalb die tatsächliche Bevölkerung kleiner ausfällt. Ein Beispiel: Bayerns Bevölkerung ist durch Binnenwanderungen im Bestand Ende des Jahres 2004 um 4,5 % größer als im Modell (4,2 % bei den Männern, 4,7 % bei den Frauen), es hat also 4,5 % seines Bevölkerungsbestandes durch Binnenwanderung hinzugewonnen.

Die Differenzen im Bevölkerungsbestand sind teilweise erheblich. Grob kann man zwischen Ost und West unterscheiden, allerdings gibt es auch in Westdeutschland Länder, die durch die Binnenwanderung von 1991 bis 2004 insgesamt Bevölkerung verloren haben, nämlich Bremen, Niedersachsen, das Saarland und Schleswig-Holstein. Bremens Bevölkerung wäre Ende 2004 ohne Binnenwanderungen um 3,2 %, Niedersachsens Bevölkerung sogar um 6,2 % größer (allerdings in erster Linie eine Folge der außerordentlichen Überlagerung durch die Aufnahme von Aussiedlern). Letzterer Wert bewegt sich durchaus im Bereich der Abnahme durch Binnenabwanderung in den neuen Bundesländern: hier schwankt die Differenz zwischen 7 % (Sachsen) und 11,3 % (Mecklenburg-Vorpommern), um die die Bevölkerungen ohne Binnenwanderungen größer wären. Brandenburg fällt aus der Reihe, da dort die ausgeprägte Wanderungsverflechtung mit Berlin eine dominante Rolle spielt.

Abbildung 23 zeigt die geschlechtsspezifischen Unterschiede des Binnenwanderungseffekts. Negative Werte bedeuten auch hier eine Abwanderungsbevölkerung, positive Werte, dass die modellierte Bevölkerung ohne Binnenwanderung kleiner ist (Zuwanderung). Man erkennt z.T. Abweichungen im Vergleich von Männern und Frauen. Vor allem bei den ostdeutschen Ländern zeigt sich die überdurchschnittliche weibliche Abwanderung in höheren Werten. So beträgt der Unterschied bei Mecklenburg-Vorpommern -12,5 % zu -10,2 %, in Sachsen -8,2 % zu -5,6 %. In Niedersachsen, dem Saarland oder Bremen war dagegen die Abwanderung der Männer höher, hier sind die Besetzungszahlen der Männer also stärker geschrumpft. Ein besonders großer Unterschied findet sich in Schleswig-Holstein, wo die männliche Bevölkerung durch Abwanderung im Bestand abnahm (-1,4 %), die weibliche dagegen leichte Zuwanderung erfuhr (0,1 %). Konsequenterweise ist die Zuwanderung in den westdeutschen Ländern bei den Frauen höher als bei den Männern, da sich die Binnenwanderungen ja allesamt zwischen den Ländern abspielen und daher der höheren weiblichen Abwanderung im Osten eine höhere Zuwanderung im Westen entsprechen muss (vgl. Kapitel 5).

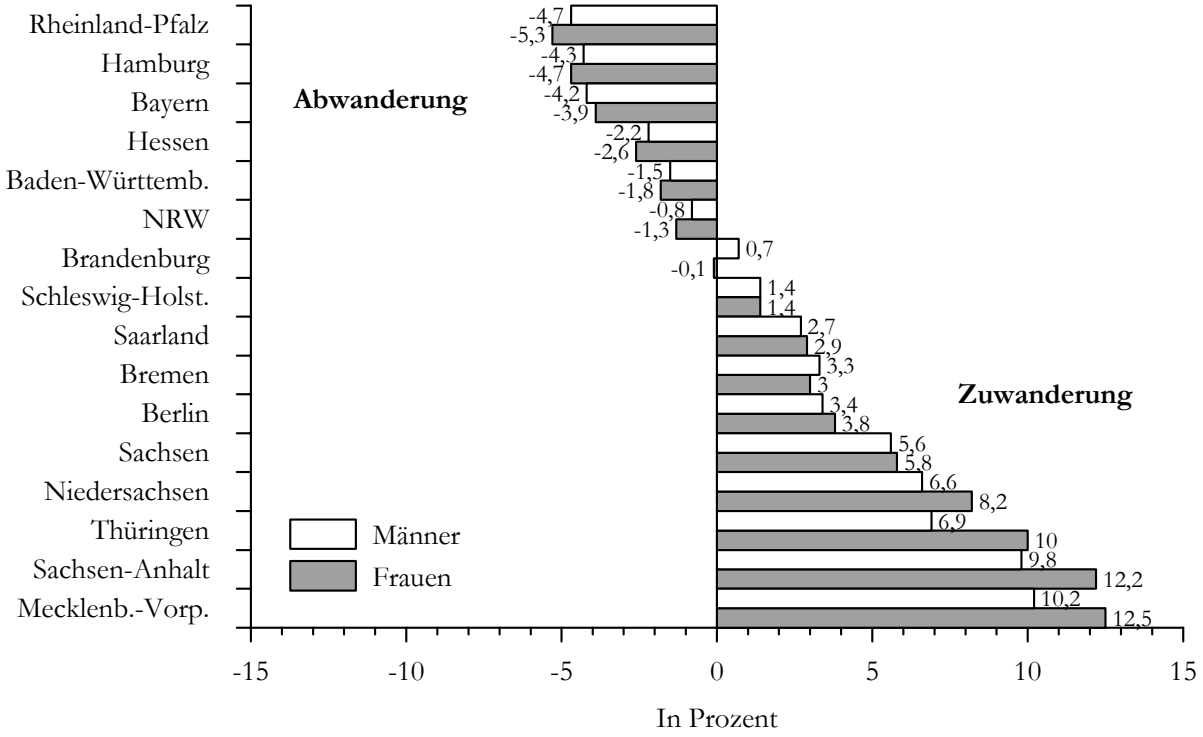
Tab. 11: Ergebnisse der Modellrechnungen zum Binnenwanderungseffekt 1991-2004 (absolute Werte in 1.000 und Differenz in Prozent)

	Reale Bevölkerung 1991			Reale Bevölkerung 2004		
	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt
BW	4.882	5.120	10.002	5.260	5.457	10.717
BY	5.639	5.957	11.596	6.089	6.355	12.444
HB	328	355	684	321	342	663
HH	795	874	1.669	844	891	1.735
HE	2.847	2.990	5.837	2.987	3.111	6.098
NS	3.637	3.839	7.476	3.919	4.082	8.001
NW	8.461	9.048	17.510	8.803	9.272	18.075
RP	1.859	1.962	3.821	1.992	2.069	4.061
SL	520	556	1.077	513	543	1.056
SH	1.288	1.361	2.649	1.383	1.446	2.829
Alte Bl.	*30.256*	*32.064*	*62.320*	*32.111*	*33.569*	*65.680*
BB	1.232	1.311	2.543	1.270	1.297	2.568
MV	921	971	1.892	852	868	1.720
SN	2.209	2.469	4.679	2.092	2.204	4.296
ST	1.350	1.474	2.823	1.217	1.278	2.494
TH	1.231	1.341	2.572	1.158	1.197	2.355
Neue Bl.	*6.943*	*7.566*	*14.509*	*6.590*	*6.844*	*13.433*
BE	1.640	1.806	3.446	1.653	1.735	3.388

	Modellbevölkerung 2004			Differenz reale Bevölkerung zu Modellbevölkerung in 2004 in %		
	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt
BW	5.180	5.361	10.541	1,5	1,8	1,6
BY	5.833	6.057	11.889	4,2	4,7	4,5
HB	332	352	684	-3,3	-3,0	-3,2
HH	807	856	1.663	4,3	3,9	4,1
HE	2.922	3.030	5.952	2,2	2,6	2,4
NS	4.178	4.318	8.495	-6,6	-5,8	-6,2
NW	8.739	9.160	17.899	0,7	1,2	1,0
RP	1.898	1.960	3.858	4,7	5,3	5,0
SL	527	550	1.077	-2,7	-1,4	-2,0
SH	1.402	1.444	2.846	-1,4	0,1	-0,6
Alte Bl.	*31.817*	*33.088*	*64.905*	*0,9*	*1,4*	*1,2*
BB	1.280	1.335	2.614	-0,7	-2,9	-1,8
MV	939	976	1.915	-10,2	-12,5	-11,3
SN	2.210	2.385	4.595	-5,6	-8,2	-7,0
ST	1.336	1.433	2.769	-9,8	-12,2	-11,0
TH	1.238	1.317	2.555	-6,9	-10,0	-8,5
Neue Bl.	*7.002*	*7.446*	*14.447*	*-6,3*	*-8,8*	*-7,5*
BE	1.709	1.801	3.510	-3,4	-3,8	-3,6

Datenquelle: Statistisches Bundesamt und Landesämter; eigene Berechnungen (Mai/Scharein)

Abb. 23: Differenzen im Bestand der tatsächlichen Bevölkerung und der projizierten Modellbevölkerung am 31.12.2004, Männer und Frauen



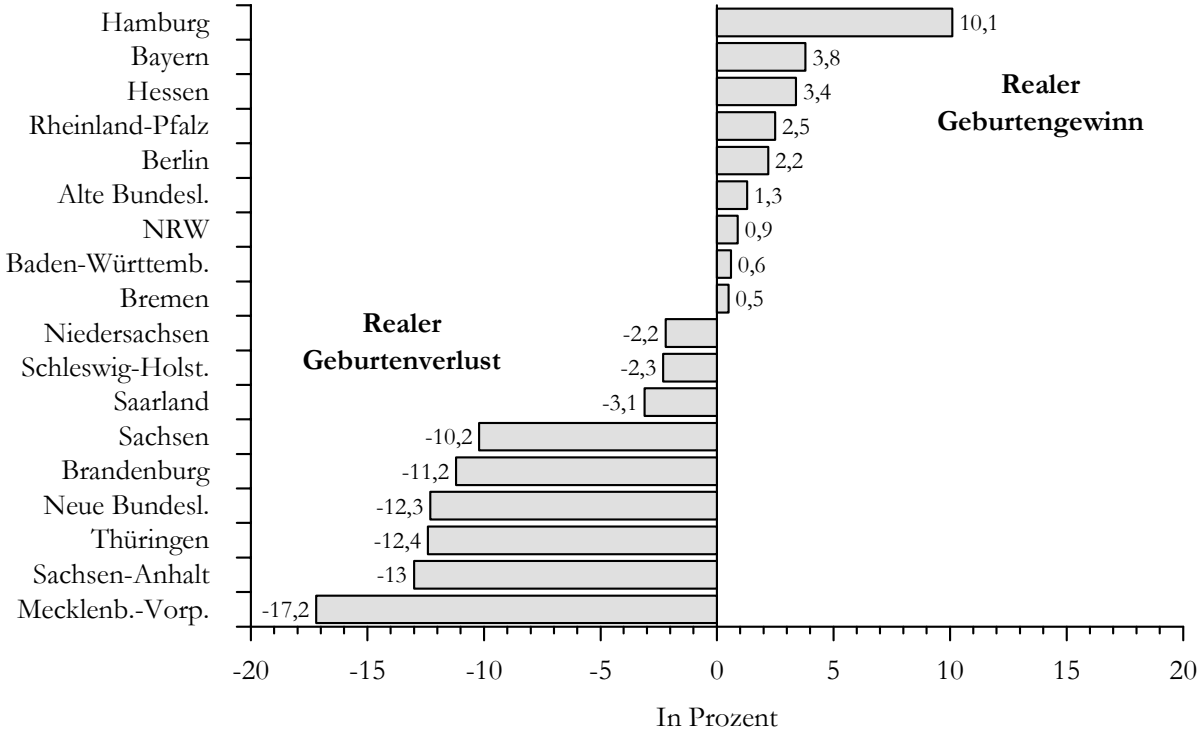
Datenquelle: Statistisches Bundesamt und Landesämter; eigene Berechnungen (Mai/Scharein)

Tab. 12: Vergleich der Geburtenzahlen bei realer und modellierter Bevölkerung, 1991 bis 2004 (absolut in 1.000 und prozentuale Differenz)

	Tatsächliche Geburten 1991-2004	Geburten nach Modell 1991-2004	absolute Differenz (Real zu Modell)	Differenz in % (Real zu Modell)
Baden-Württemberg	1.530	1.521	9,4	0,6
Bayern	1.739	1.675	64,1	3,8
Bremen	87	87	0,5	0,5
Hamburg	227	206	20,8	10,1
Hessen	829	801	27,4	3,4
Niedersachsen	1.115	1.140	-25,0	-2,2
NRW	2.520	2.498	21,6	0,9
Rheinland-Pfalz	544	531	13,1	2,5
Saarland	131	135	-4,2	-3,1
Schleswig-Holstein	380	389	-9,0	-2,3
Alte Bundesländer	*9.101*	*8.983*	*118,7*	1,3
Brandenburg	225	254	-28,5	-11,2
Mecklenb.-Vorpommern	165	200	-34,3	-17,2
Sachsen	406	452	-46,1	-10,2
Thüringen	223	255	-31,6	-12,4
Sachsen-Anhalt	237	272	-35,5	-13,0
Neue Bundesländer	*1.257*	*1.433*	*-175,9*	-12,3
Berlin	411	402	8,7	2,2

Datenquelle: Statistisches Bundesamt und Landesämter; eigene Berechnungen (Mai/Scharein)

Abb. 24: Differenz der Geburtenzahlen 1991 bis 2004, Modell- zu realer Bevölkerung



Datenquelle: Statistisches Bundesamt und Landesämter; eigene Berechnungen (Mai/Scharein)

Die demographischen Effekte der Binnenwanderungen äußern sich nicht nur im Bevölkerungsbestand. Ein interessanter Aspekt sind auch die Geburtenzahlen. Im Modell wird zwar das reale Fertilitätsniveau unterstellt, d.h., die Fertilitätsziffern waren identisch zu den beobachteten zwischen den Jahren 1991 und 2004. Allerdings führt die Binnenwanderung zu dem Effekt, dass in Abwanderungsländern mit den weiblichen Fortzügen auch potenzielle/zukünftige Kinder abwandern bzw. in Zuwanderungsregionen mit zuziehen. Bei Auslassung der Binnenwanderungen unterscheiden sich daher die modellierten Geburtenzahlen von den realen. Durch die Modellrechnungen können die durch Binnenwanderung „entgangenen" bzw. „gewonnenen" Geburten approximiert und quantifiziert werden. Dieser oben angesprochene Altersstruktureffekt sollte gleichwohl nur näherungsweise interpretiert werden, weil sich die Differenz zwischen Modell- und realer Bevölkerung nicht nur aus dem Altersstruktureffekt, sondern auch aus übrigen, bereits angesprochenen Störfaktoren erklärt.

In Tabelle 12 finden sich die Ergebnisse der Modellrechnungen mit den geschätzten Geburtenzahlen. Erwartungsgemäß lassen sich die Länder wie oben unterscheiden. Es ist ein Ost-West-Gegensatz festzustellen mit niedrigeren Geburtenzahlen durch Abwanderung aus dem Osten und umgekehrt höheren im Westen. Doch auch in Niedersachsen und Saarland wären die Geburtenzahlen ohne Binnenwanderungen höher, und zwar in der Summe der Jahre von 1991 bis 2004 um immerhin 2,2 % bzw. 3,1 %. Diese Werte werden jedoch weit übertroffen von den neuen Bundesländern: hier wären die Geburtenzahlen zwischen 10,2 % (Sachsen) und sogar 17,2 % (Mecklenburg-Vorpommern) höher, wenn keine Binnen(ab)wanderung stattgefunden hätte.

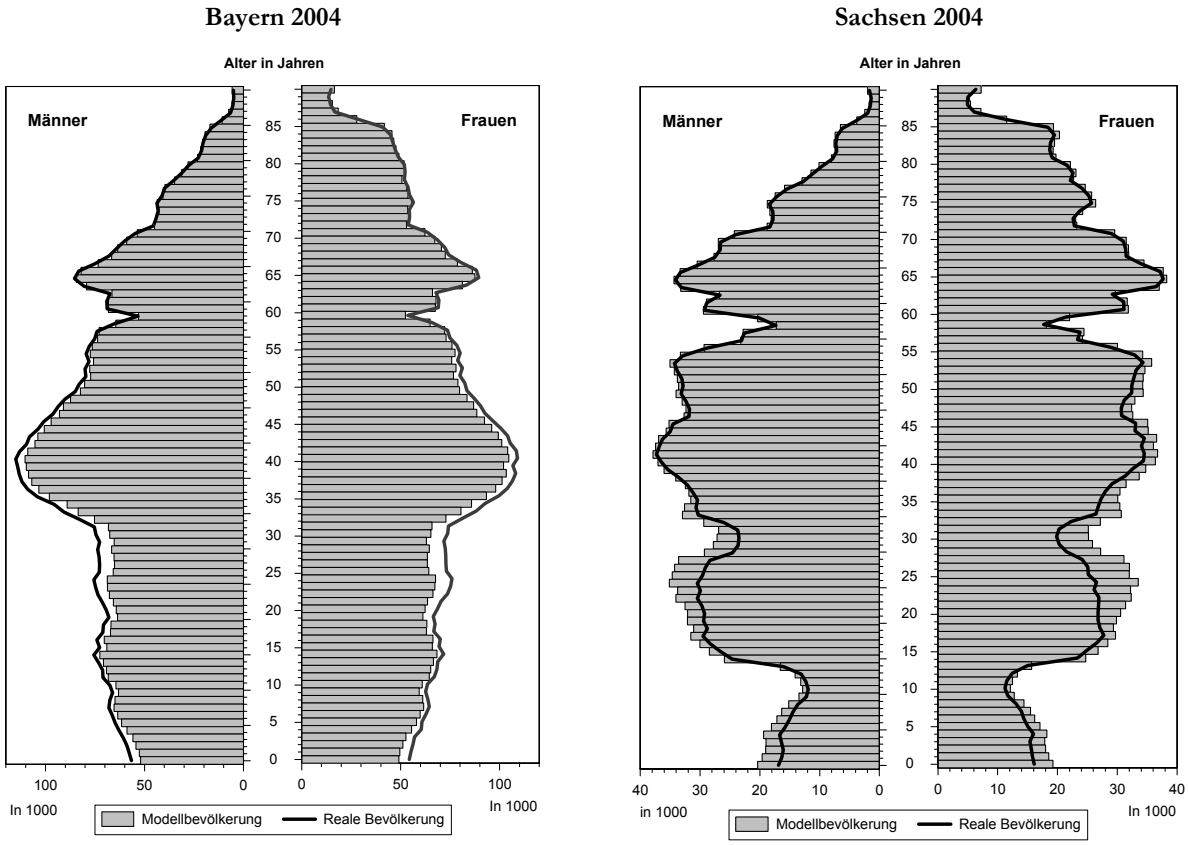
Die Modellrechnung ergab in der Summe ca. 176 Tausend Geburten, die den neuen Bundesländern durch Abwanderung „entgangen" sind; Westdeutschland gewann im Gegenzug knapp 119 Tausend hinzu. Abbildung 24 zeigt die Rangfolge der Länder beim Geburtengewinn und -verlust. Die Spannweite der potenziellen Differenz in den Geburtenzahlen beträgt dabei über

27 Prozentpunkte. Vor allem Hamburg auf der Gewinner- und Mecklenburg-Vorpommern auf der Verliererseite stechen heraus.

6.3 Binnenwanderungen und Alterung

Gravierender als die Folgen für Bevölkerungsgröße und Geburtenzahlen ist der Binnenwanderungseffekt auf die Altersstruktur. Die Gegenüberstellung der Alterspyramiden der realen und modellierten Bevölkerung für den 31.12.2004 verdeutlicht dies; aus Platzgründen seien hier stellvertretend Bayern und Sachsen gezeigt; die anderen Länder sind im Anhang zu finden (vgl. Abb. 25 und Anhang).[89]

Abb. 25: Altersaufbau der realen und der modellierten Bevölkerung in Bayern und Sachsen (31. 12. 2004)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt und Landesämter; eigene Berechnungen (Mai/Scharein)

Die projizierten Altersstrukturen der Bundesländer differieren deutlich von den fortgeschriebenen der amtlichen Statistik. Hamburg ist das Land mit den stärksten positiven Abweichungen, also der größten Zuwanderung in jüngeren Altersstufen. Interessant ist eine Gegenüberstellung von Ländern, die ein intensiver Wanderungsaustausch prägt: Berlin mit Brandenburg oder Hamburg mit Mecklenburg-Vorpommern. Es ist bemerkenswert, dass einzelne (junge) Altersstufen um bis zu 50 und 60 % stärker bzw. bis zu 30 und 40 % schwächer besetzt wären, wenn keine Binnenwanderungen stattgefunden hätten. Verallgemeinert sind vier Gruppen unterscheidbar:

89 Aus Gründen der besseren Darstellbarkeit sind die Altersstrukturen nur bis zum Alter 89 abgebildet.

- Die Muster in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern ähneln sich: die Bevölkerung wäre ohne Binnenwanderungen in den jüngeren Altersstufen etwa bis zum Alter 40 stärker besetzt, vor allem die Altersgruppen zwischen 18 und 30 Jahren, wobei die Abwanderung der Frauen besonders zu Buche schlägt. Aber auch die Jahrgänge bis 10 Jahre werden durch abgewanderte Mütter bzw. Familien geschmälert. Die Unterschiede in den höheren Altersstufen fallen eher gering aus. Mecklenburg-Vorpommern ist das Land mit der stärksten Abwanderung und verzeichnet die stärksten Schrumpfungstendenzen durchweg in allen Altersstufen. Thüringen und Sachsen zeigen geringere Abnahmen der jüngeren Altersgruppen, wobei in Thüringen der Unterschied bei den Frauen deutlich größer ist als in Sachsen. Diese Abwanderungsdifferenz setzt sich in allen Ländern bis in die oberen Altersstufen fort. Niedersachsen kann man aufgrund seiner „statistischen Sonderstellung" ebenfalls zu dieser Gruppe zählen, auch wenn die Binnenabwanderung ungleich geringer war und sich gleichmäßig auf alle Altersstufen erstreckt. Brandenburg dagegen hat ein eigenständigeres Muster: ähnlich wie in den übrigen neuen Bundesländern wandert vor allem Bevölkerung zwischen 20 und 35 Jahren ab. Im Gegenzug ist die brandenburgische Bevölkerung jedoch angewachsen, und zwar in den „Familienaltersstufen" zwischen 35 und 50 – vor allem Folge der Suburbanisierung aus Berlin. Da oft Familien mit Kindern ins Umland ziehen, sind die Altersstufen etwa zwischen 10 und 15 ebenfalls leicht angewachsen – trotz gegenläufiger altersstruktureller Effekte (Reduzierung der Mütterjahrgänge).
- Die drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen weisen konträre altersstrukturelle Muster auf, die durch den „Großstadtstatus" bedingt sind. Die Bevölkerung in mittleren und höheren Altersstufen wandert oft im Familienverbund ab, Zuwanderung erfolgt in erster Linie in jungen Altersstufen. In Berlin und Bremen sind diese Altersstufen auf wenige Altersjahre zwischen 20 und 30 begrenzt; in Hamburg fällt dagegen auf, dass in den letzten Jahren offensichtlich vermehrt Personen im Familienalter bzw. Kinder in die Stadt gezogen sind. Die drei Stadtstaaten konnten mit der Binnenwanderung jedenfalls ihre Altersstruktur merklich verjüngen.
- Das Saarland und Schleswig-Holstein sind Länder, deren Altersstruktur durch die Binnenwanderungen in der Summe der Jahre kaum beeinflusst wurde und in denen per Saldo eher Abwanderung vorherrschte. Im Saarland geschah dies vor allem in den Altersstufen zwischen 30 und 50, in Schleswig-Holstein eher in jüngeren Jahren. Insgesamt unterscheiden sich die Strukturen der Altersaufbauten zwischen Modell- und tatsächlicher Bevölkerung nur wenig.
- Die Restgruppe bilden westdeutsche Flächenstaaten mit Binnenzuwanderung, die jedoch unterschiedlich ausfallen kann. Rheinland-Pfalz verbuchte in quasi jeder Altersstufe deutliche Zuwanderung, in Bayern geschah es in ähnlichem Ausmaß, aber mit einem stärkeren Schwerpunkt auf den jüngeren Altersgruppen. Baden-Württemberg konnte nur in den jüngeren Altersstufen in nennenswertem Maße Einwohner durch Zuwanderung gewinnen. Noch weniger Personen waren es in Nordrhein-Westfalen. In diesen großen Flächenstaaten ist die demographische Bedeutung der Binnenwanderung ungleich geringer als in den kleineren oder in Ostdeutschland. Dies bedeutet allerdings nicht, dass hier die Binnenwanderung geringer war. Im Gegenteil, die Mobilität ist im Westen sogar oft noch höher. Die Unterschiede im altersstrukturellen Binnenwanderungseffekt kommen zustande, weil im Westen ein reger Wande-

rungsaustausch herrscht (der per Saldo aber oft geringe Auswirkungen hat), während im Osten die geringe Zuwanderung die Fortzüge kaum ausgleicht.

Tab. 13: Medianalter der realen und der modellierten Bevölkerung und der Binnenwanderungseffekt in den Ländern, 1991 und 2004 (in Jahren)

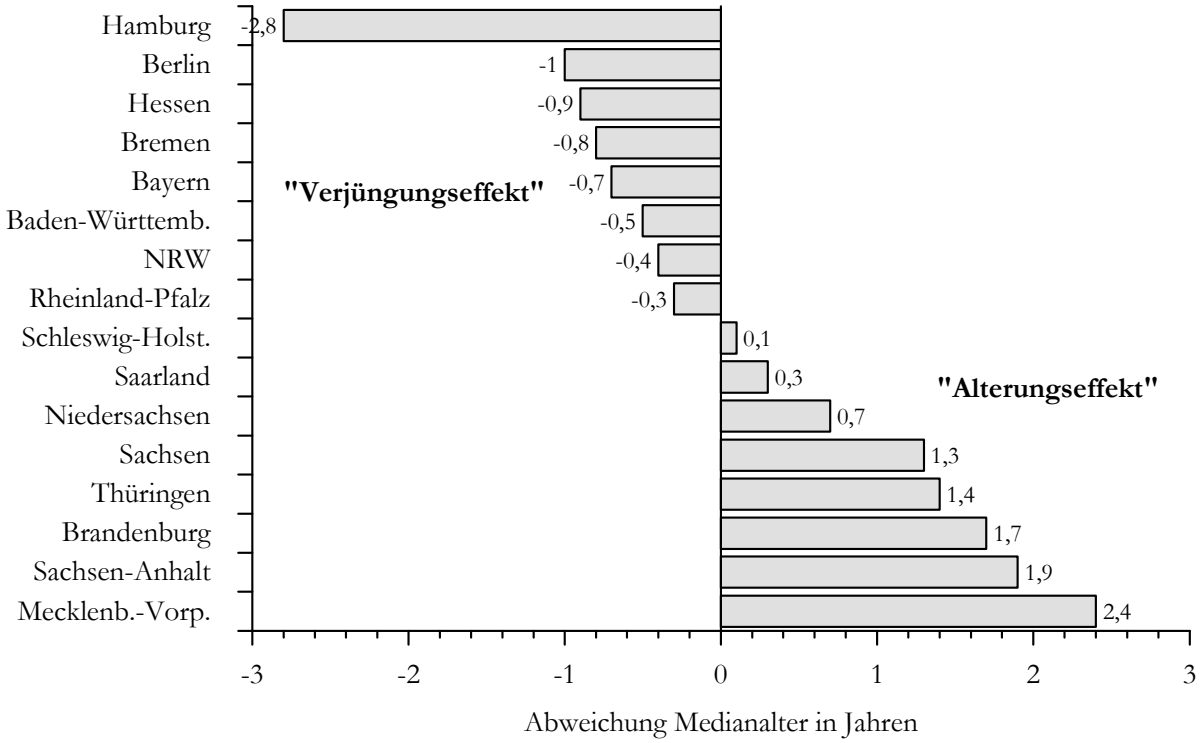
	Reale Bevölkerung						Modellbevölkerung			BW-Effekt:		
	1991			2004			2004			Differenz 2004 Real – Modell		
	m	w	ges.	m	w	ges.	m	w	ges.	m	w	ges.
Baden-Württemberg	34,8	38,6	36,6	39,8	41,8	40,7	40,2	42,3	41,2	-0,4	-0,5	-0,5
Bayern	35,4	39,5	37,3	40,0	42,2	41,1	40,6	43,0	41,8	-0,6	-0,8	-0,7
Bremen	37,4	42,7	40,1	40,7	44,3	42,4	41,7	45,0	43,2	-1,0	-0,7	-0,8
Hamburg	37,4	42,9	40,2	39,3	41,8	40,4	41,8	44,9	43,3	-2,5	-3,1	-2,8
Hessen	36,6	40,4	38,4	40,7	42,7	41,6	41,5	43,7	42,5	-0,8	-1,0	-0,9
Niedersachsen	36,0	40,4	38,1	40,4	42,8	41,6	39,7	42,2	40,9	0,7	0,6	0,7
NRW	36,1	40,3	38,1	40,4	42,8	41,5	40,8	43,4	42,0	-0,4	-0,6	-0,5
Rheinland-Pfalz	36,2	40,3	38,2	40,9	43,2	42,0	41,1	43,6	42,3	-0,2	-0,4	-0,3
Saarland	36,9	41,2	38,9	42,3	44,9	43,6	42,0	44,7	43,3	0,3	0,2	0,3
Schleswig-Holstein	36,7	41,5	39,0	40,8	43,3	42,0	40,6	43,3	41,9	0,2	0,0	0,1
Alte Bundesländer	35,9	40,1	37,9	40,3	42,6	41,4	40,7	43,1	41,8	-0,4	-0,5	-0,4
Brandenburg	34,1	37,9	36,0	42,1	44,9	43,5	40,4	43,3	41,8	1,7	1,6	1,7
Mecklenburg-Vorpommern	32,8	36,4	34,5	41,7	44,9	43,3	39,5	42,3	40,9	2,2	2,6	2,4
Sachsen	36,2	41,4	38,8	42,4	47,1	44,6	41,3	45,4	43,3	1,1	1,7	1,3
Thüringen	34,9	39,1	37,0	42,1	45,9	43,9	40,8	44,2	42,5	1,3	1,7	1,4
Sachsen-Anhalt	35,4	40,0	37,6	42,6	46,7	44,6	40,9	44,6	42,7	1,7	2,1	1,9
Neue Bundesländer	34,7	39,2	37,1	42,2	46,0	44,1	40,7	44,2	42,4	1,5	1,8	1,7
Berlin	35,1	39,9	37,4	40,1	42,4	41,2	41,2	43,4	42,2	-1,1	-1,0	-1,0

Datenquelle: Statistisches Bundesamt und Landesämter; eigene Berechnungen (Mai/Scharein)

Nach diesem Überblick sind in Tabelle 13 die Auswirkungen der Binnenwanderungen auf die Alterung detailliert dargestellt – hier gemessen anhand des Medianalters der realen und modellierten Bevölkerungen.[90] Das Medianalter stieg in den Jahren 1991 bis 2004 in allen Ländern mehr oder weniger deutlich an (im Osten stärker als im Westen), mit einer Ausnahme: das Durchschnittsalter der Frauen in Hamburg, das diesem Zeitraum um 1,1 Jahre sank. Bei Betrachtung der Medianalter für die Modellbevölkerungen ergibt sich ein zweigeteiltes Bild (Abb. 26): zum einen Länder, deren Durchschnittsalter ohne Binnenwanderungen höher gewesen wäre, deren Altersstruktur also durch Binnenwanderungen „verjüngt" wurde. Dazu zählen Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Berlin und Rheinland-Pfalz. Das Modell-Durchschnittsalter insgesamt wäre um bis zu 3,1 Jahre höher (Frauen in Hamburg). Auf der anderen Seite stehen Länder, deren Altersstruktur durch die Binnenwanderungen einen zusätzlichen Alterungseffekt erfuhr: Niedersachsen, Saarland, Schleswig-Holstein und die neuen Bundesländer. Hier läge das Durchschnittsalter ohne Binnenwanderungen um bis zu 2,6 Jahre unter dem real gemessenen von 2004, wie bei den Frauen in Mecklenburg-Vorpommern abzulesen ist.

[90] Das Medianalter ist eine robuste, eindeutig interpretierbare und verhältnismäßig einfach zu berechnende Maßzahl, um die Altersstruktur bzw. die Alterung einer Bevölkerung zu beschreiben.

Abb. 26: Rangfolge der Länder bei der Abweichung des realen vom modellierten Durchschnittsalter am 31. 12. 2004 (Männer und Frauen, in Jahren)

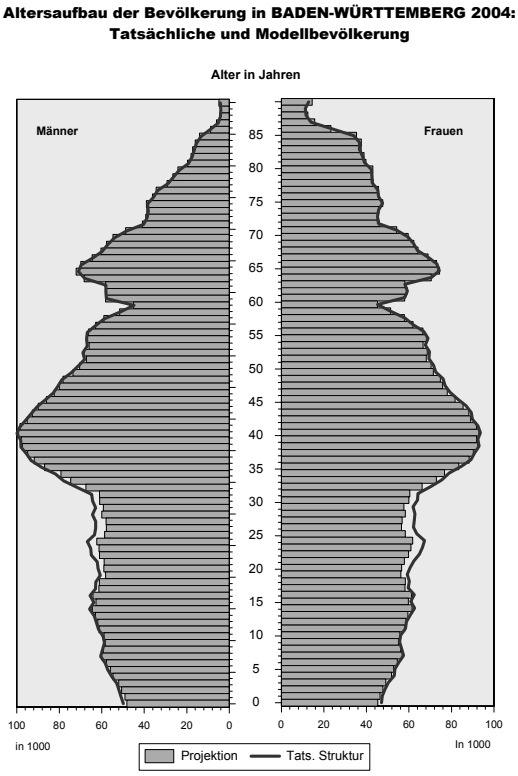


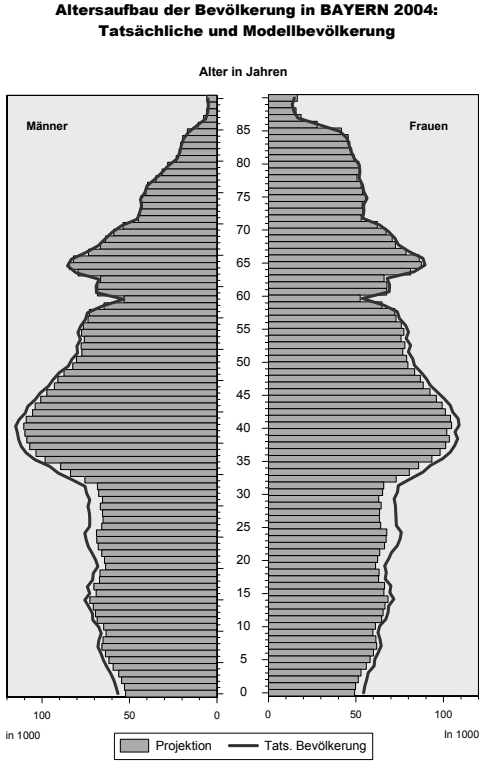
Datenquelle: Statistisches Bundesamt und Landesämter; eigene Berechnungen (Mai/Scharein)

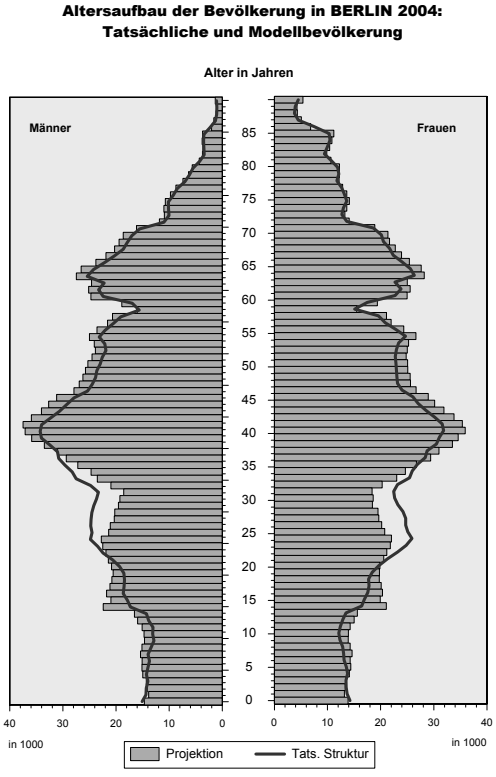
Zusammengefasst wird nach unseren Modellrechnungen gut ein Viertel der ostdeutschen Alterung 1991 bis 2004 (gemessen am Anstieg des Medianalters) von der Binnenwanderung verursacht. Dieser Anteil liegt in Mecklenburg-Vorpommern am höchsten mit 27 %, in Thüringen am niedrigsten mit 23 %. Aber auch in Niedersachsen wird das Durchschnittsalter durch Binnenwanderungen deutlich angehoben. Am stärksten fällt die Alterung durch Binnenabwanderung bei den Frauen in Sachsen-Anhalt (32,8 %) und den Männern in Mecklenburg-Vorpommern (24,7 %) aus. Einen Sonderfall stellt Hamburg dar: die Binnenwanderung hatte einen nicht nur stark verjüngenden Effekt bei der Bevölkerung insgesamt, sondern war bei den Frauen sogar alleinig dafür verantwortlich, dass ihr Durchschnittsalter in diesem Zeitraum sank. Dieser verjüngende Effekt ist gut anderthalbmal so groß wie die in Gegenrichtung wirkende Alterung in Folge der übrigen demographischen Prozesse.

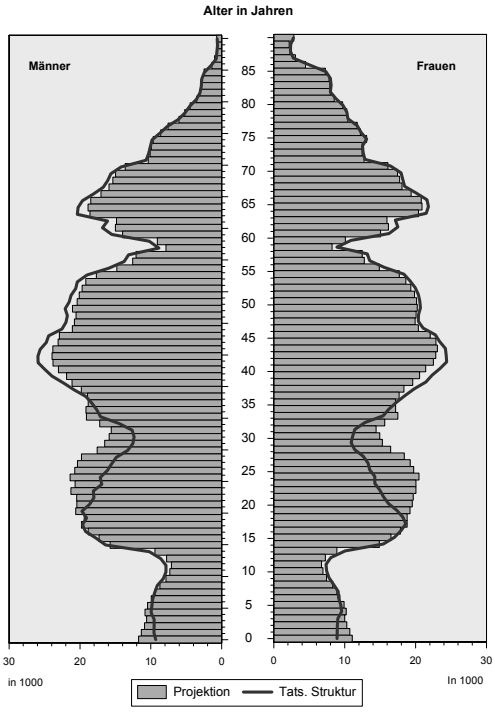
Anhang

Abb. 27: Altersstrukturen der realen und der Modellbevölkerung der Bundesländer (am 31.12.2004)

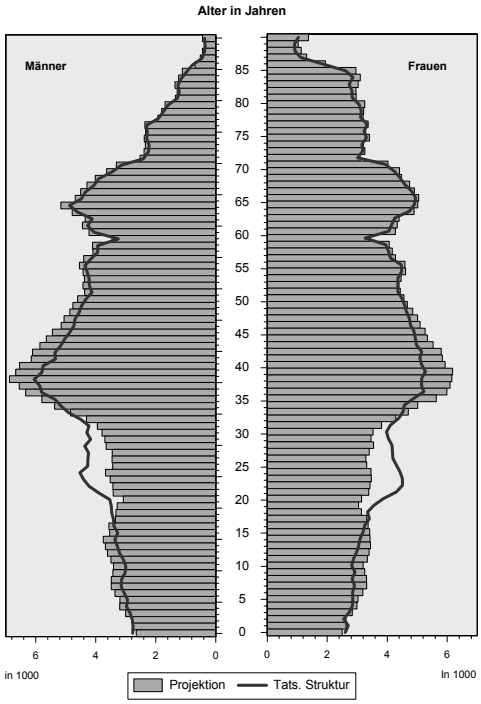




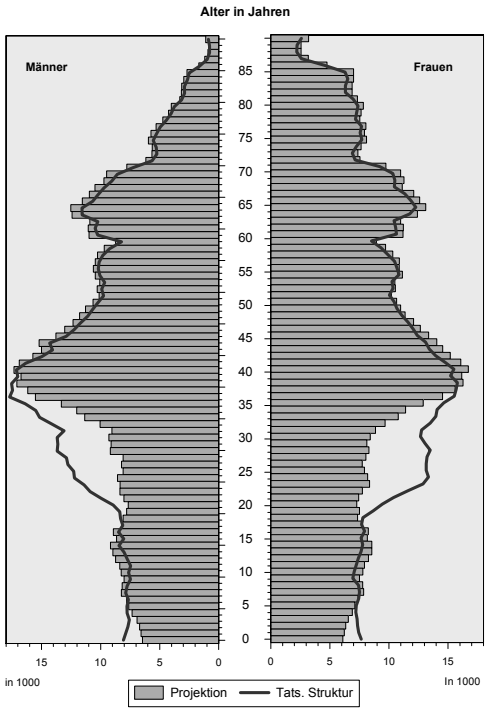




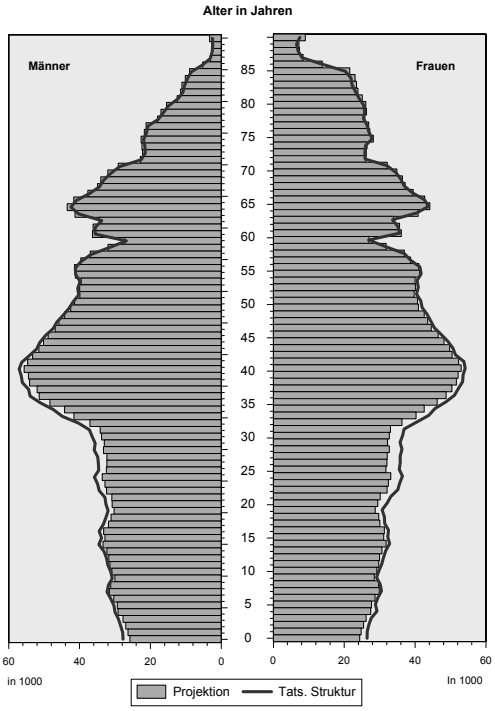
Altersaufbau der Bevölkerung in BREMEN 2004: Tatsächliche und Modellbevölkerung



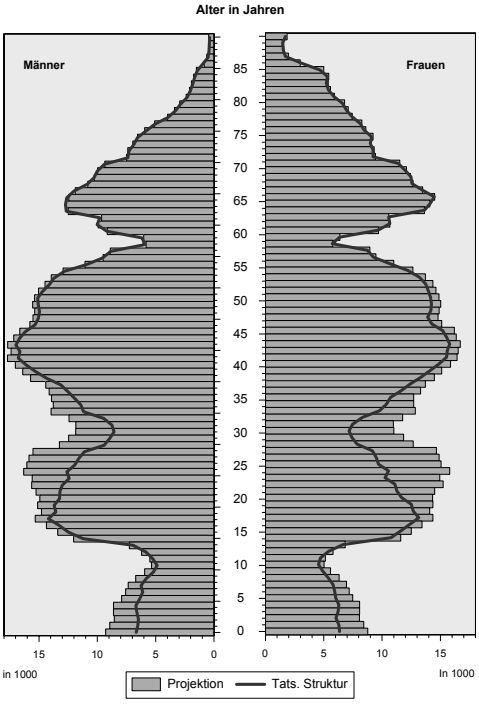
Altersaufbau der Bevölkerung in HAMBURG 2004: Tatsächliche und Modellbevölkerung



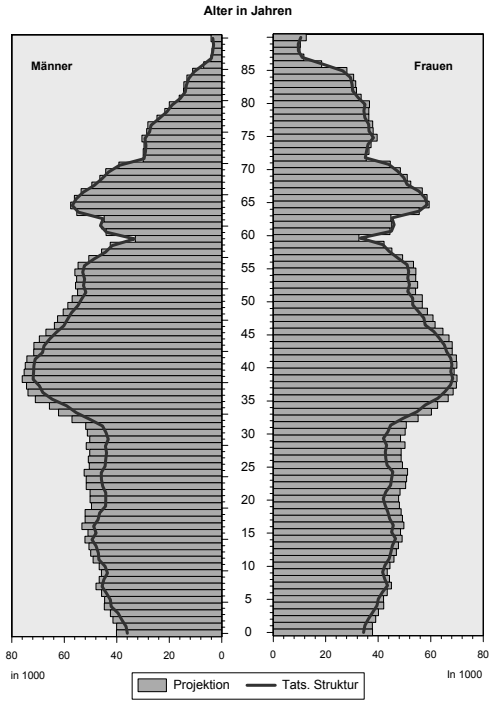
Altersaufbau der Bevölkerung in HESSEN 2004: Tatsächliche und Modellbevölkerung



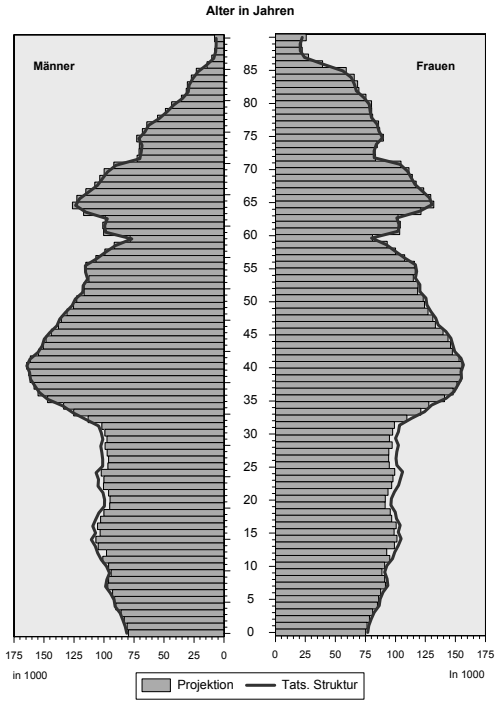
Altersaufbau der Bevölkerung in MECKLENBURG-VORPOMMERN 2004: Tatsächliche und Modellbevölkerung



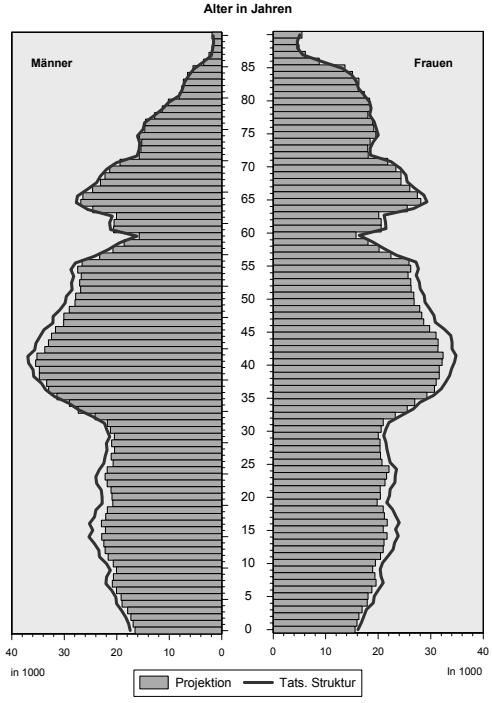
Altersaufbau der Bevölkerung in NIEDERSACHSEN 2004: Tatsächliche und Modellbevölkerung



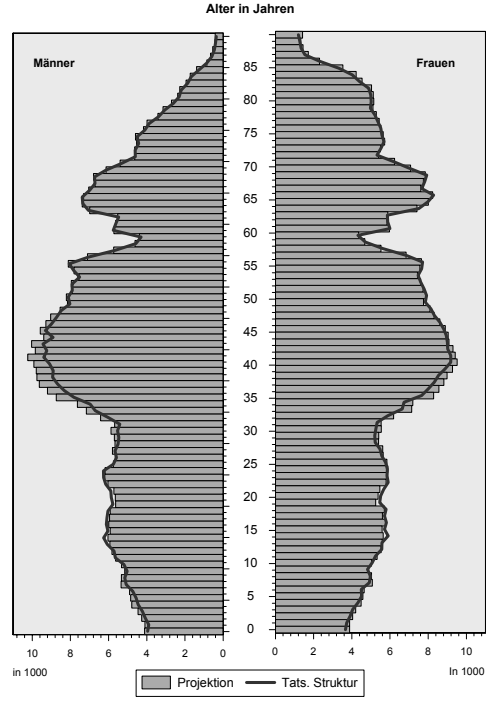
Altersaufbau der Bevölkerung in NORDRHEIN-WESTFALEN 2004: Tatsächliche und Modellbevölkerung



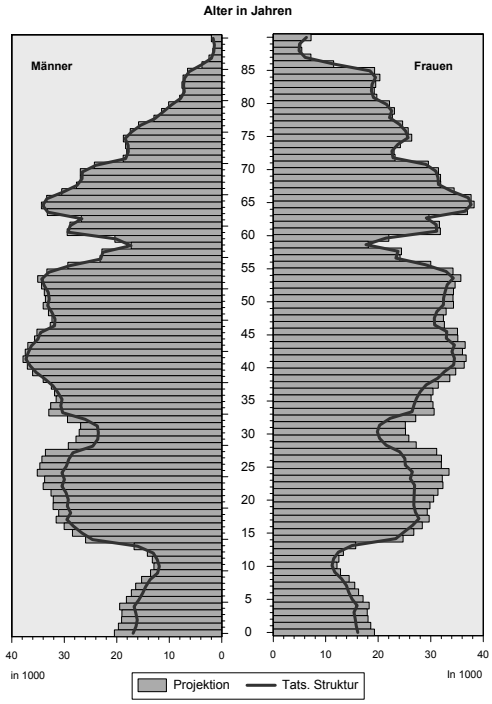
Altersaufbau der Bevölkerung in RHEINLAND-PFALZ 2004: Tatsächliche und Modellbevölkerung



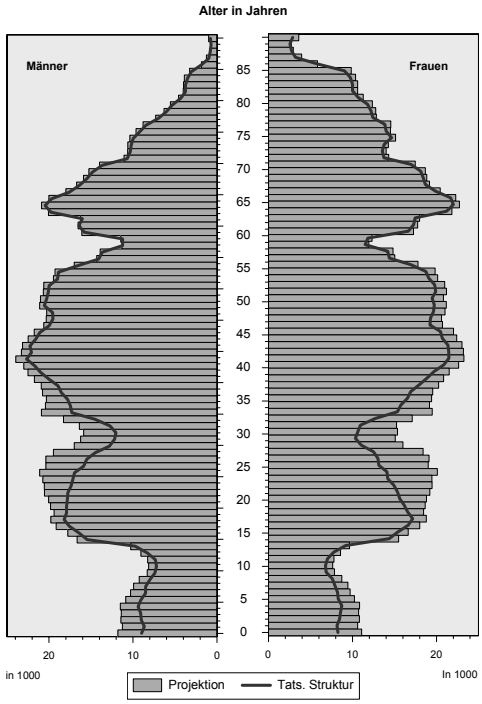
Altersaufbau der Bevölkerung in SAARLAND 2004: Tatsächliche und Modellbevölkerung



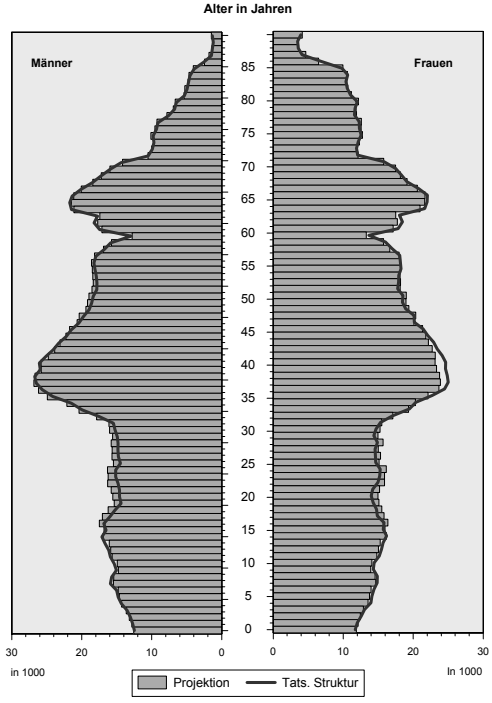
Altersaufbau der Bevölkerung in SACHSEN 2004: Tatsächliche und Modellbevölkerung



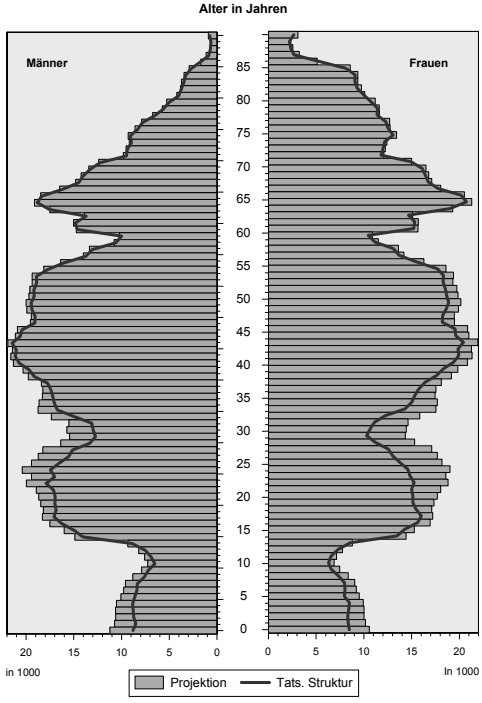
Altersaufbau der Bevölkerung in SACHSEN-ANHALT 2004: Tatsächliche und Modellbevölkerung



Altersaufbau der Bevölkerung in SCHLESWIG-HOLSTEIN 2004: Tatsächliche und Modellbevölkerung



Altersaufbau der Bevölkerung in THÜRINGEN 2004: Tatsächliche und Modellbevölkerung



Datenquelle: Statistisches Bundesamt und Landesämter; eigene Berechnungen (Mai/Scharein)

Abbildungsverzeichnis (Teil B)

Abb. 1: Binnenwanderungen zwischen den Ländern in Deutschland, 2000 und 2004, Alter zwischen 0 und 89 Jahren....221

Abb. 2: Mobilitätsrate Deutschlands[1] zwischen 1950 bis 2004 (über die Ländergrenzen)..236

Abb. 3: Binnenwanderungssalden nach Ländergruppen, 1950 bis 2004 (in 1.000)....237

Abb. 4: Binnenwanderungssalden der Länder, 1955 bis 2004....240

Abb. 5: Binnenwanderungssalden der Länder, 1991 bis 1999 und 2000 bis 2004....241

Abb. 6: Streuung der Zu- und Fortzüge nach Ländern, 1991 und 2004....242

Abb. 7: Ost-West-Wanderungen, Vergleich der Binnenwanderungssalden, 1991-2004....245

Abb. 8: Wanderungssalden Berlins mit Brandenburg, Ost- und Westdt., 1991-2004....246

Abb. 9: Wanderungen der DDR/Ostdeutschland mit BRD/Westdeutschland und dem Ausland, 1950 bis 2004 (ab 1991: ohne Berlin)....247

Abb. 10: Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland, 1989 bis 2004 (o. Berlin) 249

Abb. 11: Mobilität in Ost- und Westdeutschland, 1991 bis 2004 (über die Kreisgrenze) 250

Abb. 12: Fort- und Zuzugsraten der Bundesländer 1991 bis 2004....251

Abb. 13: Anteile der Fortzüge von Ost- nach Westdeutschland bzw. West- nach Ostdeutschland an den Binnenfortzügen insgesamt, 1991 bis 2004....254

Abb. 14: Binnenwanderungssalden der neuen Bundesländer mit Ländergruppen und Berlin, 1991 bis 2004....258

Abb. 15: Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland und Fortzüge innerhalb Westdeutschlands nach Altersjahren, 2000 und 2004....259

Abb. 16: Salden der Ost-West-Wanderungen nach Altersgruppen von 1991 bis 2004....261

Abb. 17: Altersgruppen-Anteile an den Ost-West-Wanderungen von 1991 bis 2004....262

Abb. 18: Binnenfortzugsraten in Ost- und Westdeutschland (über die Kreisgrenzen) 18- bis unter 25- und 25- bis unter 30-Jährige, 1991 bis 2004....264

Abb. 19: Wanderungssaldo Ost- mit Westdeutschland nach Geschlecht und Einzelalter....265

Abb. 20: Sexualproportion der Ost-West-Wanderungen von 1991 bis 2004....266

Abb. 21: Streuung der Fortzugsraten nach Altersgruppen (Fortzüge in den ostdeutschen Kreisen nach Westdeutschland), 1991-2004....270

Abb. 22: Phasen der Ost-West-Wanderungen nach Zielgebieten, 1991-2004 (Binnenwanderungssalden mit Ländergruppen) 272

Abb. 23: Differenzen im Bestand der tatsächlichen Bevölkerung und der Modellbevölkerung am 31.12.2004, Männer und Frauen....277

Abb. 24: Differenz der Geburtenzahlen 1991 bis 2004, Modell- zu realer Bevölkerung 278

Abb. 25: Altersaufbau reale und modellierte Bevölkerung, Bayern und Sachsen (31.12.04).279

Abb. 26: Rangfolge der Länder bei der Abweichung des realen vom modellierten Durchschnittsalter am 31. 12. 2004 (Männer und Frauen, in Jahren) 282

Abb. 27: Altersstrukturen der realen und der Modellbevölkerung der Bundesländer....283

Tabellenverzeichnis (Teil B)

Tab. 1: Binnenwanderungssalden nach Ländergruppen, 1950 bis 2004 (in 1.000) 239
Tab. 2: Vergleich der Ost-West-Wanderungen, 1991 bis 2004 (in 1.000 Personen).....245
Tab. 3: Wanderungen Berlins mit Brandenburg, Ost- und Westdeutschland, 1991 bis 2004 (in 1.000 Personen) 246
Tab. 4: Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland zwischen 1989 und 2004 (in 1.000, 1989/1990 mit Ost-Berlin zu Ostdeutschland, ab 1991 ohne Berlin).....249
Tab. 5: Binnenwanderungssalden der neuen Bundesländer mit Ost-, Westdeutschland und Berlin von 1991 bis 2004 (Männer und Frauen) 253
Tab. 6: Binnenwanderungssalden der neuen mit den übrigen Bundesländern (2004).....256
Tab. 7: Binnenwanderungssalden der fünf ostdeutschen Bundesländern nach Männer und Frauen, Summe 1991 bis 2004 (je 1.000).....257
Tab. 8: Medianalter der Binnenwanderungen (nur Fortzüge, in Jahren) 259
Tab. 9: Wanderungssaldo zwischen Ost- und Westdeutschland nach Altersgruppen und Geschlecht, 1991-2004 (in 1.000) 265
Tab. 10: Phasen der altersselektiven Ost-West-Wanderungen nach Regionstypen (Saldo je 1.000 Einwohner, Durchschnitt der Jahre).....271
Tab. 11: Ergebnisse der Modellrechnungen zum Binnenwanderungseffekt 1991-2004 (absolute Werte in 1.000 und Differenz in Prozent) 276
Tab. 12: Vergleich der Geburtenzahlen bei realer und modellierter Bevölkerung, 1991 bis 2004 (absolut in 1.000 und prozentuale Differenz) 277
Tab. 13: Medianalter der realen und der modellierten Bevölkerung und der Binnenwanderungseffekt in den Ländern, 1991 und 2004 (in Jahren) 281

Kartenverzeichnis (Teil B)

Karte 1: Die jeweils fünf stärksten Binnenwanderungsströme zwischen Ost- und Westdeutschland, 1991 und 2004 (Fortzugsraten und Saldo) 255

Karte 2: Altersstrukturtypen der Abwanderung aus Ostdeutschland (2002 bis 2004).....268

Literatur

Ahrens, Gerd-Axel; Ließke, Frank; Pitrone, Anne, 2005: Verkehrsteilnehmer von übermorgen. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der TU Dresden 3-4, 105-111

Amend, Elke; Bauer, Frank, 2005: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Nordrhein-Westfalen, IAB regional, IAB Nordrhein-Westfalen, Nr. 01/2005, Nürnberg [http://doku.iab.de/regional/NRW/2005/regional_nrw_0105.pdf vom 14.12.05]

Amend, Elke; Bauer, Frank; Bogai, Dieter, 2005: Regionale Arbeitsmärkte in Ostdeutschland: Was hat das eine, was das andere Land nicht hat? IAB-Kurzbericht Nr. 25 vom 27.12.2005

Appelbaum, Elie; Schettkat, Ronald, 1999: Are prices unimportant? In: Journal of Post-Keynesian Economics, 21: 387-398

Bähr, Jürgen, 2003: Binnenwanderungen. In: Geographische Rundschau 55,6: 4-9

Bähr, Jürgen; Jentsch, Carsten; Kuls, Wolfgang, 1992: Bevölkerungsgeographie Berlin (Springer)

Benke, Carsten, 2005: Historische Schrumpfungsprozesse: urbane Krisen und städtische Selbstbehauptung in der Geschichte. In: *Gestring, Norbert* (Hrsg.): Jahrbuch StadtRegion 2004/05 Wiesbaden (VS) 2005: 49-69

Berlemann, Michael; Thum, Marcel, 2006: Mittelfristige Perspektiven der Ost-West-Konvergenz. In: ifo Dresden berichtet, 1: 34-39

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2005: Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2005. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung

Berry, Brian J. L., 1976: The Counterurbanization process. Urban America since 1970. In: *Berry, Brian J. L.* (Hrsg.): Urbanization and Counterurbanization. Beverly Hills: Sage, Urban Affairs Annual Reviews, 11: 17-30

Birg, Herwig, 1981: Bemerkung zu einer regional differenzierten Betrachtungsweise in der Demographie. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 4: 496-505

Birg, Herwig, 1983: Verflechtungsanalyse der Bevölkerungsmobilität zwischen den Bundesländern von 1950 bis 1980, IBS-Materialien Nr. 8, Bielefeld

Birg, Herwig; Flöthmann, Ernst-Jürgen; Heins, Frank; Reiter, Iris, 1998: Migrationsanalyse. Empirische Längsschnitt- und Querschnittanalysen für die BRD. In: Materialien des IBS der Universität Bielefeld, Band 43

Bogai, Dieter; Wiethölter, Doris, 2005: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Brandenburg, IAB regional, IAB Berlin Brandenburg, Nr. 01/2005, Nürnberg [http://doku.iab.de/regional/BB/2005/regional_bb_0105.pdf vom 21.10.05]

Bogue, Donald J.; Hagood, Margaret Jarman, 1972: Differentielle Wanderung im Corn Belt und Cotton Belt. In: *Széll, Gyorgy* (Hrsg.): Regionale Mobilität. München: 176-212

Böhme, Stefan; Eigenhüller, Stefan, 2005: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Bayern, IAB regional, IAB Bayern, Nr. 01/2005, Nürnberg [http://doku.iab.de/ regional/BY/2005/regional_by_0105.pdf vom 03.04.06]

Boustedt, Olaf, 1976: Grundriss der empirischen Regionalforschung Teil II: Bevölkerungsstrukturen, Hannover 1976

Brück-Klingberg, Andrea; Harten, Uwe; Wrobel, Martin, 2005: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Niedersachsen, IAB regional, IAB Niedersachsen-Bremen, Nr. 02/2005, Nürnberg [http://doku.iab.de/regional/NSB/2005/regional_nsb_ 0205.pdf vom 21.10.05]

Büchel, Felix; Schwarze, Johannes, 1994: Die Migration von Ost- nach Westdeutschland – Absicht und Realisierung. Ein sequentielles Probitmodell mit Kontrolle unbeobachteter Heterogenität. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 27,1: 43-51

Bucher, Hansjörg; Heins, Frank, 2001: Binnenwanderungen zwischen den Ländern. In: *Institut für Länderkunde* (IfL) (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland, Band 4: Bevölkerung Leipzig: 108-111

Bucher, Hansjörg; Schlömer, Claus, 2001: Arbeitslosigkeit und Binnenwanderungen. In: Informationen zur Raumentwicklung 1: 33-47

Bucher, Hansjörg; Schlömer, Claus; Lackmann, Gregor, 2004: Die Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen der BRD zwischen 1990 und 2020. In: Informationen zur Raumentwicklung 3-4: 107-126

Bundesagentur für Arbeit, 2006: Arbeitsmarkt in Zahlen, Aktuelle Daten, Jahreszahlen 2005 (Stand Februar 2006), Nürnberg

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2004: INKAR PRO 2020 auf CD-ROM, Bonn

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2005: Raumordnungsbericht 2005, Bonn

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2006: Indikatoren zur Raumentwicklung (INKAR) 2005 auf CD-ROM, Bonn

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.), 2004: Bevölkerung. Fakten – Trends – Ursachen – Erwartungen – Die wichtigsten Fragen. Sonderheft der Schriftenreihe des Bundesinstitutes für Bevölkerungsforschung, 2. Auflage, Wiesbaden

Burda, Michael C., 1993: The determinants of East-West migration. In: European Economic Review, 37: 452–461

Burda, Michael C.; Hunt, Jennifer, 2001: From reunification to economic integration: Productivity and the labour market in Eastern Germany. Brookings Papers on Economic Activity, 2: 1-92

Burkert, Carola; Kirchhof, Kai; Schaade, Peter, 2005: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Hessen, IAB regional, IAB Hessen, Nr. 01/2005, Nürnberg [http://doku.iab.de/regional/H/2005/regional_h_0105.pdf vom 03.04.06]

Cischinsky, Holger, 2005: Determinanten regionaler Mortalitätsunterschiede am Beispiel Baden-Württembergs. In: Jahrbuch für Regionalwissenschaft 25: 175-205

Courgeau, Daniel, 1985: Interaction between spatial mobility, family and career life-cycle: a French survey. In: European Sociological Review, 1,2: 139-162

Deutsches Patent- und Markenamt, 2005 (Hrsg.): Jahresbericht 2004 [http://www.dpma.de/ veroeffentlichungen/jahresbericht04/dpma_jb_2004.pdf vom 10.10.05]

Dienel, Christiane et al., 2004: Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen-Anhalt. Abschlussbericht, Magdeburg

Dienel, Christiane, 2005: Einleitung: Theorie und Praxis regionaler Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland. In: *Dienel, Christiane* (Hrsg.): Abwanderung, Geburtenrückgang und regionale Entwicklung. Wiesbaden (VS): 7-32

Dinkel, Reiner Hans, 1990: Der Einfluß von Wanderungen auf die langfristige Bevölkerungsdynamik. In: Acta Demographica 1: 47-61

Dinkel, Reiner Hans, 2004: Die Auswirkungen der Migration auf die Bevölkerungsentwicklung Mecklenburg-Vorpommerns. In: *Werz, N.* (Hrsg.): Abwanderung und Migration in Mecklenburg und Vorpommern. Wiesbaden (VS): 183-230

Dinkel, Reiner Hans; Meinl, Erich, 1991: Die Komponenten der Bevölkerungsentwicklung in der BRD und der DDR zwischen 1950 und 1987. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 17,2: 115-134

Donhauser, Stefan, 2005: Arbeitsproduktivität und Lohnstückkosten im Standortvergleich. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 5: 24-29

Farhauer, Oliver; Granato, Nadia; Dietrich, Ingrid, 2005: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Thüringen, IAB regional, IAB Sachsen-Anhalt-Thüringen, Nr. 02/2005, Nürnberg [http://doku.iab.de/regional/SAT/2005/regional_sat_0205.pdf vom 21.10.05]

Flöthmann, Ernst-Jürgen, 1993: Migration and the life course. In: Bulletin de Méthodologie Sociologique 39: 45-58

Flowerdew, Robin, 1992: Labour market operation and geographic mobility. In: *Champion, T.; Fielding, T.* (Hrsg.): Migration processes and patterns, Volume 1: Research progress and prospects London (Belhaven Press): 135-147

Gans, Paul, 2001: Regionale Unterschiede der Geburtenhäufigkeit. In: *Institut für Länderkunde* (IfL) (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland Bevölkerung, Heidelberg (Spektrum) 4: 94-95

Gatzweiler, Hans-Peter, 1975: Zur Selektivität interregionaler Wanderungen. Bonn

Gatzweiler, Hans-Peter; Milbert, Antonia, 2006: Regionale Disparitäten in den Erwerbsmöglichkeiten. In: Informationen zur Raumentwicklung, 6/7: 317-324

Genosko, Joachim, 1980: Zur Selektivität räumlicher Mobilität. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 32: 726-745

Grabher, Gernot, 1993: The weakness of strong ties. The lock-in of regional development in the Ruhr area. In: *Grabher, Gernot* (Hrsg.): The embedded firm. On the socioeconomics of industrial networks, London/New York: 255-277

Granato, Nadia; Farhauer, Oliver; Dietrich, Ingrid, 2005: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Thüringen, IAB regional, IAB Sachsen-Anhalt-Thüringen, Nr. 02/2005, Nürnberg [http://doku.iab.de/regional/SAT/2005/regional_sat_0205.pdf vom 21.10.05]

Greenwood, Michael J., 1975: Research on internal migration in the U.S.: a survey. In: Journal for Economic Literature 13: 397-433

Grundy, Emily, 1992: The household dimension in migration research. In: *Champion, Tony; Fielding, Tony* (Hrsg.): Migration processes and patterns Volume 1: Research progress and prospects, London (Belhaven Press): 165-174

Hamann, Silke et al., 2005: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Rheinland-Pfalz, IAB regional, IAB Rheinland-Pfalz-Saarland, Nr. 01/2005, Nürnberg [http://doku.iab.de/regional/RPS/2005/regional_rps_ 0105.pdf vom 21.10.05]

Harris, John R.; Todaro, Michael P., 1970: Migration, unemployment and development: A two sector analysis. In: American Economic Review 60: 126-142

Haug, Sonja, 2000: Soziales Kapital und Kettenmigration. Italienische Migranten in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich

Heberle, Rudolf; Meyer, Fritz, 1937: Die Großstädte im Strome der Binnenwanderung. Leipzig

Herfert, Günter, 2002: Desurbanisierung und Reurbanisierung – polarisierte Raumentwicklung in der ostdeutschen Schrumpfungslandschaft. In: Raumforschung und Raumordnung 6,5/6: 334-344

Hessisches Statistisches Landesamt, 2005a: Hessen Bevölkerungszahl leicht gestiegen. Pressemitteilung vom 27. Juni [http://webhsl.hsl.de/Presse/Presse2.jsp?Thema_1&LfdNr =120]

Hessisches Statistisches Landesamt, 2005b: 15000 Einbürgerungen im Jahr 2004. Pressemitteilung vom 20. April [http://webhsl.hsl.de/Presse/Presse2.jsp?Thema_1&LfdNr =840]

Hoover, Edgar; Giarratani, Frank, 1985: An introduction to regional economics. New York

Hunt, Jennifer, 2000: Why do people still live in Eastern Germany? IZA Discussion Paper No. 123

Kawka, Rupert; Sturm, Gabriele, 2006: Objektive regionale Lebensqualität und subjektives Wohlbefinden. In: Informationen zur Raumentwicklung, 6/7: 309-316

Keller, Dietmar; Niebuhr, Annekatrin; Stiller, Silvia, 2004: Die deutsche Forschungslandschaft – starke regionale Disparitäten. In: Wirtschaftsdienst 84,2: 121-125

Kemper, Franz-Josef, 1987: Die Bedeutung des Lebenszyklus-Konzepts für die Analyse intraregionaler Wanderungen. In: *Kemper, F.-J.* (Hrsg.): Geographie als Sozialwissenschaft. Bonn: 180-212

Kemper, Franz-Josef, 1997: Regionaler Wandel und bevölkerungsgeographische Disparitäten in Deutschland. In: *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* (Hrsg.): Räumliche Disparitäten

und Bevölkerungswanderungen in Europa Hannover (ARL), Forschungs- und Sitzungsberichte 202: 91-101

Kemper, Franz-Josef, 2003: Binnenwanderungen in Deutschland: Rückkehr alter Muster? In: Geographische Rundschau 55,6: 10-15

Kemper, Franz-Josef; Thieme, Günter, 1991: Regional disparities of mortality in the Federal Republic of Germany. In: Espace, Populations, Societés 1: 93-100

Köllmann, Wolfgang, 1972: Zur Bevölkerungsentwicklung ausgewählter deutscher Großstädte in der Hochindustrialisierungsperiode. In: *Köllmann, Wolfgang; Marschalck, Peter* (Hrsg.): Bevölkerungsgeschichte Köln (KiWi): 259-274

Köllmann, Wolfgang, 1974: Bevölkerung in der industriellen Revolution Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht)

Köllmann, Wolfgang, 1976: Bevölkerungsgeschichte 1800-1970. In: *Zorn, W.* (Hrsg.): Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Band 2: Das 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart: 9-50

Köppen, Bernhard, 2005: Zurück in die Stadt oder Schrumpfung überall? In: Städte im Umbruch 3: 31-36

Konietzka, Dirk; Kreyenfeld, Michaela, 2004: Angleichung oder Verfestigung von Differenzen? Geburtenentwicklung und Familienformen in Ost- und Westdeutschland. In: Berliner Debatte Initial 4: 26-41

Kropp, Per; Niebuhr, Annekatrin, 2006: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Hamburg und die Metropolregion, IAB regional, IAB Nord, Nr. 01/2006, Nürnberg [http://doku.iab.de/regional/N/2006/regional_n_0106.pdf vom 13.04.06]

Krugman, Paul, 1991: Geography and Trade. Leuven and Cambridge

Kuls, Wolfgang; Kemper, Franz-Josef, 2000: Bevölkerungsgeographie. Stuttgart (Teubner)

Kunz, Marcus; Weyh, Antje; Lenecke, Philip, 2005: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Sachsen, IAB regional, IAB Sachsen, Nr. 01/2005, Nürnberg [http://doku.iab.de/regional/s/2005/regional_s_0105.pdf vom 21.10.05]

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, 1998: Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1991-1997. In: Daten und Analysen 2: 5-11

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, 2005a: Fast jeder zweite Todesfall in NRW geht auf Krankheiten des Kreislaufsystems zurück. Pressemitteilung vom 22. November [http://www.lds.nrw.de/pressemitteilungen/2005/pres_202_05.html]

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, 2005b: NRW-Einwohnerzahl ging erstmals seit 20 Jahren wieder zurück. Pressemitteilung vom 8. Juni [http://www.lds.nrw.de/pressemitteilungen/2005/pres_094_05.html]

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, 2005: 286 Einbürgerungen im Land Brandenburg im Jahr 2004: Pressemitteilung vom 19. April [http://www.lds-bb.de/cms/detail.php/lbml.c225368.de]

Langewiesche, Dieter, 1977: Wanderungsbewegungen in der Hochindustrialisierungsperiode. Regionale, interstädtische und innerstädtische Mobilität in Deutschland 1880-1914. In: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 64,1: 1-40

Lee, Everett S., 1966: A theory of migration. In: Demography 3: 47-57

Lowry, Ira S., 1966: Migration and metropolitan growth. San Francisco

Luy, Marc, 2002: Die Bedeutung von Zuwanderung für die deutsche Bevölkerung. In: Praxis Geographie 2: 26-31

Luy, Marc, 2004: Mortality differences between Western and Eastern Germany before and after Reunification. In: GENUS 3-4: 99-141

Luy, Marc; Caselli, Graziella, 2004: The impact of a migration-caused selection effect on regional mortality differences in Italy and Germany. Paper presented at the PAA 2004 Annual Meeting in Boston

Mackensen, Rainer, 2000: Binnenwanderungen und die Entwicklung der Agglomerationen in Deutschland zwischen 1980 und 1996. In: IMIS-Beiträge 16: 85-105

Mai, Ralf, 2004: Abwanderung aus Ostdeutschland. Strukturen und Milieus der Altersselektivität und ihre regionalpolitische Bedeutung, Frankfurt/Main (Peter Lang)

Mai, Ralf, 2005: Demographische Alterung in Deutschland. Die Entwicklung von 1871 bis 2050 und der Einfluss von Sterblichkeit und Zuwanderung auf die Alterung. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 30,1: 43-80

Mai, Ralf, 2004: Regionale Sterblichkeitsunterschiede in Ostdeutschland. In: *Scholz, Rembrandt; Flöthmann, E.-Jürgen* (Hrsg.): Lebenserwartung und Mortalität. Tagungsband der Jahrestagung der DGD 2002 in Rostock, Wiesbaden: 51-68

Massey, Douglas S. et al., 1993: Theories of international migration: review and appraisal. In: Population and Development Review 3: 444-466

Niebuhr, Annekatrin; Kalpen, Oliver (Mitarb.), 2005: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Mecklenburg-Vorpommern, IAB regional, IAB Nord, Nr. 01/2005, Nürnberg [http://doku.iab.de/regional/n/2005/regional_n_0105.pdf vom 21.10.05]

Niebuhr, Annekatrin; Kotte, Volker, 2005: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Schleswig-Holstein, IAB regional, IAB Nord, Nr. 02/2005, Nürnberg [http://doku.iab.de/regional/N/2005/regional_n_0205.pdf vom 21.10.05]

Niedersächsisches Landesamt für Statistik, 2005a: Späte Mütter vorwiegend in großstädtisch geprägten Regionen. Pressemitteilung vom 13. Oktober [http://www.nls.niedersachsen.de/Presse/2005/8905.html]

Niedersächsisches Landesamt für Statistik, 2005b: Über 30 Prozent der Ausländer in Niedersachsen stammen aus der EU. Pressemitteilung vom 3. November [http://www.nls.niedersachsen.de/Presse/2005/9605.html]

Niedersächsisches Landesamt für Statistik, 2005c: 10998 Einbürgerungen in Niedersachsen im Jahr 2004. Pressemitteilung vom 16. März [http://www.nls.niedersachsen.de/Presse/2005/3305.html]

O'Rourke, Dara, 1972: A stocks and flows approach to a theory of human migration with examples from past Irish migration. In: Demography 9: 263-274

Otto, Anne; Schanne, Norbert, 2005: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Saarland, IAB regional, IAB Rheinland-Pfalz-Saarland, Nr. 02/2005, Nürnberg [http://doku.iab.de/regional/RPS/2005/regional_rps_0205.pdf vom 21.10.05]

Plahuta, Simone; Halder, Gerhard, 2006: Wirtschaftliche und soziale Folgen der Deindustrialisierung – das Beispiel Stuttgart. In: Geographische Rundschau 6: 32-42

Pohl, Hans Joachim, 1970: Kritik der Drei-Sektoren-Theorie. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 03,4: 313-325

Quinn, Michael A.; Rubb, Stephen, 2005: The importance of education-occupation matching in migration decisions. In: Demography 42,1: 153-167

Rau, Matthias; Werner, Daniel, 2005: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Baden-Württemberg, IAB regional, IAB Baden-Württemberg, Nr. 01/2005, Nürnberg [http://doku.iab.de/regional/BW/2005/regional_bw_0105.pdf vom 21.10.05]

Reulecke, Jürgen, 1985: Geschichte der Urbanisierung in Deutschland. München (Suhrkamp)

Roloff, Juliane, 2003: Demographischer Faktor, Europäische Verlagsanstalt, eva Wissen 3000. Hamburg

Roloff, Juliane, 2004: Die Alterung der deutschen und ausländischen Bevölkerung in den Bundesländern. Ein Jahresvergleich. In: BiB-Mitteilungen 25,4

Roloff, Juliane; Schwarz, Karl, 2002: Bericht 2001 über die demographische Lage in Deutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 27,1: 3-68

Rosenfeld, Martin T. W. et al., 2001: Regionale Wirtschaftsstrukturen in der zweiten Phase der ostdeutschen Transformation: Sachsen-Anhalt 1995-1999. Halle (Saale): Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Rosenfeld, Martin T. W.; Kronthaler, Franz; Kawka, Rupert, 2004: Nichtdemographische Einflussfaktoren der Regionalentwicklung in Deutschland. In: *Rosenfeld, Martin T. W.; Schlömer, Claus* (Hrsg.): Räumliche Wirkungen des demographischen Wandels Teil 4, Bestimmungsfaktoren der künftigen räumlich-demographischen Entwicklung. Deutschland Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Arbeitsmaterial Nr. 312. Hannover: 37-81

Rossi, Peter H., 1955: Why families move. Glencoe

Salt, John; Kitching, Robert, 1992: The relationship between international and internal labour migration. In: *Champion, Tony; Fielding, Tony* (Hrsg.): Migration processes and patterns, Volume 1: Research progress and prospects. London (Belhaven Press): 148-162

Schlömer, Claus, 2004: Binnenwanderungen seit der deutschen Einigung In: Raumforschung und Raumordnung 2: 96-108

Schulze, Peter M., 2001: Regionales Wachstum und Strukturwandel. Quantitative Analysen mit Regionaldaten für die Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main u.a.

Schultz, Andrea, 2004: Wandern und Wiederkommen? In: *Werz, Nikolaus* (Hrsg.): Abwanderung und Migration in Mecklenburg und Vorpommern. Wiesbaden (VS): 231-250

Siedentop, Stefan, 2004: Anforderungen an einen qualifizierten Stadtumbau in schrumpfenden Städten. In: *Altrock, Uwe* (Hrsg.): Wachsende Stadt. Leitbild – Utopie – Vision? Wiesbaden: VS-Verlag: 251-263

Sieverts, Thomas, 1998: Zwischenstadt zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land. Braunschweig

Sjaastad, Larry A., 1962: The cost and returns of human migration In: Journal of Political Economy 70: 80-93

Sommer, Bettina, 2004: Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern bis 2050 – Annahmen und Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. In: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik , 8: 834-844

Statistikamt Nord, 2005a: Gestorbene in Hamburg und Schleswig-Holstein 2004. STATISTIK INFORMIERT … Nr. 86/2005

Statistikamt Nord, 2005b: Neue Sterbetafeln in Hamburg und Schleswig-Holstein. STATISTIK INFORMIERT … Nr. 110/2005

Statistikamt Nord, 2005c: Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein 2004. STATISTIK INFORMIERT … Nr. 64/2005

Statistikamt Nord, 2005d: Ausländer in Hamburg und Schleswig-Holstein. STATISTIK INFORMIERT … Nr. 59/2005

Statistikamt Nord, 2005e: Einbürgerungen. STATISTIK INFORMIERT … Nr. 75/2005

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2006: Sozialhilfe regional 2004. Ein Vergleich aller 439 Kreise in Deutschland. Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2004: Fachserie 1, Reihe 2: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung sowie Einbürgerungen. Wiesbaden

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2005a: Rund 96.700 Lebendgeborene im Jahr 2004 – Niedrigster Stand seit 1985. Pressemitteilung vom 29. Juli [http://www.statistik-bw.de/Pressmitt/2005240.asp]

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2005b: Herz-Kreislauf-Erkrankungen mit Abstand häufigste Todesursache. Pressemitteilung vom 23. September [http://www.statistik-bw.de/Pressmitt/2005308.asp]

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2005c: Lebenserwartung der Baden-Württemberger deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Pressemitteilung vom 12. September [http://www.statistik-bw.de/Pressmitt/2005295.asp]

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2005d: Wanderungsgewinn 2004 deutlich niedriger als in den Vorjahren. Pressemitteilung vom 29. Juli [http://www.statistik-bw.de/ Pressmitt/2005239.asp]

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2005e: Einwohnerzahl Baden-Württembergs nahm 2004 um fast 25.000 Personen zu. Pressemitteilung vom 20. Juni [http://www.statistik-bw.de/Pressmitt/2005189.asp]

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2005f: Rund 16.000 Ausländer wurden 2004 eingebürgert. Pressemitteilung vom 28. April [http://www.statistik-bw.de/Pressmitt/ 2005137.asp]

Statistisches Landesamt Berlin, 2005: Zahl der Einbürgerungen leicht zurückgegangen. Pressemitteilung vom 14. April [http://www.statistik-berlin.de/pms.2000/sg02/2005/05-04-14.html]

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2005a: Leichter Geburtenanstieg in Sachsen hält auch 2004 an. Pressemitteilung vom 5. September [http://www.statistik.sachsen.de/12/pressearchiv2005/pm18305.html]

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2005b: Todesursachen in Sachsen. Pressemitteilung vom 7. Dezember [http://www.statistik.sachsen.de/12/pressearchiv2005/pm24205.html]

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2005c: Bevölkerungsrückgang in Sachsen 2004 weiter abgeschwächt. Pressemitteilung vom 11. August [http://www.statistik.sachsen.de/12/ pressearchiv2005/pm15705.html]

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2005d: Bevölkerungsrückgang in Sachsen geringfügig abgeschwächt. Pressemitteilung vom 9. Februar [http://www.statistik.sachsen.de/12/ pressearchiv2005/pm03105.html]

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2005e: Im Jahr 2004 weniger Einbürgerungen in Sachsen. Pressemitteilung vom 17. August [http://www.statistik.sachsen.de/12/ pressearchiv2005/pm16805.html]

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, 2005: Rheinland-Pfalz. Ein Ländervergleich in Zahlen. Bad Ems [http://www.statistik.rlp.de/analysen/laendervergleich/rlp-laendervergleich.pdf vom 04.08.05]

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Uszczeck, Malte, 2005a: Geburten in Rheinland-Pfalz auf Tiefsstand. Pressemitteilung vom 30. Juni [http://www.statistik.rpl.de/bev/presse/pm05104.html]

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Uszczeck, Malte, 2005b: 289.000 Ausländerinnen und Ausländer in Rheinland-Pfalz. Pressemitteilung vom 31. Mai [http://www.statistik.rpl.de/bev/presse/ pm05076.html]

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, 2005a: Krankheiten des Kreislaufsystems waren häufigste Todesursache. Pressemitteilung vom 13. September [http://www.stala.sachsen-anhalt.de/ Internet/script/print.php]

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, 2005b: Weiterer Anstieg der Lebenserwartung. Pressemitteilung vom 6. September [http://www.stala.sachsen-anhalt.de/Internet/ script/print.php]

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, 2005c: Die meisten Ausländer sind Vietnamesen. Pressemitteilung vom 10. Juni [http://www.stala.sachsen-anhalt.de/Internet/script/print.php]

Thüringer Landesamt für Statistik, 2005a: Mehrlingsquote bei den Lebendgeborenen steigt stetig. Pressemitteilung vom 14. September [http://www.tls.thueringen.de/presse/2005/pr_225_05.htm]

Thüringer Landesamt für Statistik, 2005b: Regionale Unterschiede der Geburtenentwicklung in Thüringen. Pressemitteilung vom 25. Juli [http://www.tls.thueringen.de/presse/2005/pr_286_05.htm]

Thüringer Landesamt für Statistik, 2005c: Lebenserwartung in Thüringen weiter angestiegen. Pressemitteilung vom 21. September [http://www.tls.thueringen.de/presse/2005/pr_301_05.htm]

Vanderkamp, John, 1989: Regional adjustment and migration flows in Canada, 1971-1981 In: Papers of the Regional Science Association 67: 103-119

Vogelsang, Roland; Kontuly, Thomas, 1986: Counterurbanisation in der Bundesrepublik Deutschland. In: Geographische Rundschau 9: 461-468

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, 2005a: Anlagevermögen in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands, 1991-2003 [http://www.vgrdl.de/ Arbeitskreis_VGR/R1B4.zip vom 18.05.05]

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, 2005b: Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands, 1991-2004 [http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/R1B2.zip vom 18.05.05]

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, 2005c: Bruttoanlageinvestitionen in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands, 1991-2002 [http://www.vgrdl.de/ Arbeitskreis_VGR/R1B3.zip vom 18.05.05]

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, 2005d: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands, 1991-2004 [http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/R1B1.zip vom 18.05.05]

Webb, John W., 1963: The natural and migrational components of population components of population changes in England and Wales, 1921-1931 In: Economic Geography 39: 130-148

Weiß, Wolfgang, 1998: Demographische Implosion oder Normalisierung – Versuch einer Bewertung der aktuellen Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. In: *Asmus, I. et al.* (Hrsg.): Geographische und historische Beiträge zur Landesgeschichte Pommerns. Schwerin: 66-74

Weiß, Wolfgang, 2002: Der ländlichste Raum – regional-demographische Begründung einer Raumkategorie. In: Raumforschung und Raumordnung, 3-4: 248-254

Windzio, Michael, 2004: Zwischen Nord- und Süddeutschland: Die Überwindung räumlicher Distanzen bei der Arbeitsmarktmobilität. In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung 37,1: 29-44

Wolf, Douglas A.; Longino, Charles F., 2005: Our "increasingly mobile society"? The persistence of a false belief. In: The Gerontologist 45,1: 5-11

Wolpert, Julian, 1965: Behavioral aspects of the decision to migrate. In: Papers of the Regional Science Association 15: 159-169

Wrobel, Martin; Brück-Klingberg, Andrea; Harten, Uwe, 2005: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Bremen, IAB regional, IAB Niedersachsen-Bremen, Nr. 01/2005, Nürnberg [http://doku.iab.de/regional/NSB/2005/regional_nsb_0105.pdf vom 21.10.05]

Zelinsky, Wilbur, 1971: The hypothesis of mobility transition. In: Geographical Review 61: 219-249